

Geschichte der Stadt

Bad Gottleuba-Berggießhübel

in 12 Teilen

von Annemarie und Dr. Siegfried Fischer

Dresden 2022

Autoren: Annemarie und Dr. Siegfried Fischer, Dresden
E-Mail: Chronik_BGB@t-online.de

Bildnachweis:

Die Fotos und Abbildungen wurden, soweit es nicht anders angegeben, aus der umfangreichen Sammlung der Autoren bereitgestellt. Für die namentlich ausgewiesenen Fotos liegt das Einverständnis für die Publikation vor. In der Sammlung sind Bilder enthalten, deren Herkunft nicht mehr eindeutig feststellbar ist oder deren Autor nicht auffindbar war. Sollte es diesbezüglich rechtliche Ansprüche geben, so bitten die Autoren das zu entschuldigen und um Nachricht.

© Copyright: Kein Teil der Chronologie darf in irgendeiner Form ohne Genehmigung der Autoren vervielfältigt oder verbreitet werden. Für Hinweise und Ergänzungen sind die Autoren dankbar.

Layout: Dr. Siegfried Fischer; ISBN 978-3-00-050992-6

Dresden, 10. Dezember 2021

Kopierschutz

Geschichte der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

Inhalt der 12 Teile

- Teil 1** **Geschichtlicher Hintergrund und die neue Stadt**
- Teil 2** **Fernwege, Eisenbahnen und Steinmale**
- Teil 3** **Bergbau und Eisenverarbeitung**
- Teil 4** **Bad Gottleuba**
- Teil 5** **Berggießhübel und Zwiesel**
- Teil 6** **Börnersdorf und Hennersbach**
- Teil 7** **Breitenau, Oelsengrund und Walddörfchen**
- Teil 8** **Hellendorf**
- Teil 9** **Langenhennersdorf, Forsthaus und Bahra**
- Teil 10** **Markersbach**
- Teil 11** **Oelsen und Hammergut Bienhof**
- Teil 12** **Hartmannsbach mit Giesenstein und Haselberg**

Alte Mühlen an der Gottleuba und ihren Nebenflüssen

sowie

Chronik der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

(gekürzte Darstellung in einem Heft)

Kopierschutz



Zum Autor Prof. Dr. Siegfried Fischer

Er wurde am 4.4.1938 in Berggießhübel geboren und verbrachte dort seine Kindheit und Jugend. 1952 macht er an der Oberschule in Pirna das Abitur. Dort lernte er seine zukünftige Frau Annemarie Münch kennen. 1956 begann er ein Studium an der Technischen Hochschule Dresden, was er mit einem Diplom für Strahltriebwerke abschloss. 1959 heirateten er und Annemarie. Sie wurden Eltern zweier Töchter. 1962 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der TH Dresden und als Dozent für Triebwerkskunde an der Ingenieurschule der Interflug in Berlin und bildete Piloten und Bordingenieure aus. 1968 promovierte er mit einem neuen Verfahren zur Messung sehr hoher Temperaturen. 1969 wurde er Lektor am Lehrstuhl für Thermodynamik Fachgebiet Wärmeübertragung. 1971 bis 1975 wurde er als Entwicklungsingenieur zu Bergmann Borsig entsandt, um als Projektleiter am Bau der Gasturbinenanlage GT45 und an einer Erdgasverdichtungsstation zu arbeiten. 1975 wurde er als Dozent für technische Thermodynamik an die Technische Universität berufen. 1977 promo-

vierte er erneut auf dem Gebiet der Modellierung thermodynamischer Prozesse. 1980 wird er zum Professor mit Lehrstuhl für technische Thermodynamik berufen. Er ist an der Ausbildung von 500 Studenten pro Semester beteiligt und leitet nationale und internationale Gremien auf dem Gebiet der Energietechnik. Er verfasst wissenschaftliche Beiträge in Fachzeitschriften und schreibt mehrere Fachbücher. Er erkannte, dass immer leistungsfähiger werdende Computer die Möglichkeit eröffnen, komplexe Energietransportvorgänge mit verschiedenen Randbedingungen realitätsnah mathematisch zu simulieren und dies in der industriellen Praxis anzuwenden. Er beherrschte die Programmiersprachen Basic, Fortran und Pascal, einschließlich grafischer Darstellung. 1998 beendet er seine berufliche Tätigkeit.

Er schreibt selber über sich: „Schon mein Vater hatte eine Ecke im Bücherschrank, in der er alles sammelte, was mit unserer Heimat zusammen hing, alte Fotos, Berichte, Wanderhefte usw. Besonders im Alter konnte er stundenlang über Begebenheiten in seiner Jugend und der Entwicklung der Stadt berichten. Der Lehrer Kühne war unser Nachbar und Mitautor der Geschichtsbücher „Werte der Heimat“ der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Heute bin ich glücklicher Besitzer eines Teils seines Nachlasses, den mir sein Sohn überließ. Obwohl wir seit 1956 in Dresden wohnen, haben wir den Kontakt zu unserem Heimatort weiter gepflegt. Wir besitzen in Berggießhübel ein Wochenendgrundstück und verbringen dort jede freie Minute. Meine Tochter hat mein Elternhaus übernommen und damit haben wir weiter eine sehr enge Beziehung zu unserem Heimatort. Meine Enkel lauschen heute so meinen heimatkundlichen Berichten, wie ich vor 60 Jahren denen meines Vaters.“

Gemeinsam mit seiner Ehefrau nutzte Siegfried Fischer seine neu gewonnene Zeit sich intensiv mit der Geschichte seiner Heimatstadt auseinanderzusetzen. Er schreibt: „Bei unseren ersten Versuchen stellten wir fest, dass ein großer Teil unserer Bekannten, unsere heimatkundlichen Forschungsergebnisse mit großem Interesse verfolgte. Des Weiteren hatten wir das Glück, mit Herrn Schmidt aus Pirna (Eisenschmidt) einen äußerst kritischen Bekannten zu haben, der keine Hemmungen hatte, unsere laienhaften Ergüsse auseinander zu nehmen. Die Erkenntnis wuchs rasch: Die Historie ist eine ernstzunehmende Wissenschaft, mit der Besonderheit, das sich sehr viele Laien an ihr versuchen. Uns hatte die Heimatgeschichte gepackt und das Risiko Fehler zu machen wurde in Kauf genommen.“

Am 28.3.2022 starb Prof. Dr. Siegfried Fischer an den Folgen einer Hüftoperation im Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt. Er arbeitete bis zuletzt an seinem Werk.

Kopierschutz

Akten erzählen von Annemarie Fischer

Dunkel, brüchig und voller Staub liegen sie meist vor uns, die Akten - gefertigt vor Jahrhunderten. Wer hatte sie wohl einst geschaffen und zuletzt berührt? Ehrfürchtig nehmen wir sie zur Hand. Das Auge folgt ihren Schriftzügen. Mühsam erkennt man Buchstaben, vergessene Begriffe, formt einen Text, prüft und ändert die Abschrift. Man liest nun Wort für Wort und Abschnitt für Abschnitt und langsam dämmert die Erkenntnis der Bedeutung der Schreiben. Ganz nah fühlt man sich dem Schreiber dieser Papiere und schemenhaft steigen die Personen und ihre Zeit vor uns aus dem Nebel der Jahrhunderte.

Jede Akte gewährt uns einen Blick auf ein kleines Stück Vergangenheit. Liest du weiter in den Archiven, so setzt sich allmählich ein Bild zusammen. Begierig liest man, um blinde Flecken im eigenen Geschichtsbild zu ersetzen. Dabei prüfe den Text mit wachem Verstand und rufe aus dem Gedächtnis oder deinem eigenen Geschichtsarchiv Fakten ab, um auch diese zu prüfen, Irrtümern aufzuspüren. Gar leicht irrt man sich und folgt fremden Irrwegen. Blindes Abschreiben von anderen Heimatkundlern hält mehrfach auftauchende Wunder für Tatsachen. Mit der Zeit werden diese Fehler hart wie Stein. Stolpere nicht über sie. Sei kritisch und fürchte dich nicht, deine Fehler zuzugeben. Beharre nicht auf dem "Recht haben". Trugbilder verbauen die klare Sicht. Lies weiter die Akten. Fleiß wird deiner Erkenntnis gut tun und du schaffst ein gutes Reskript!

Ehe wir die Akten unserer Stadt studieren, werfen wir einen Blick in die **Vorzeit**. Vor der Besiedlung unseres heutigen Stadtgebietes lebten im böhmischen Becken und in der Elbeniederung nördlich des Erzgebirges bereits Menschen. Diese beiden Gebiete waren getrennt durch den unwirtlichen Wald, genannt Miriquidi. Funde aus Steinzeit und folgenden Epochen belegen den Durchzug von Menschen. Es waren Jäger, Fischer, Krieger und Händler. Nach der Völkerwanderung waren wenige Menschen zwischen Erzgebirge und Saale/Elbe. Um 600 wanderten slawische Sorben aus dem böhmischen Raum in das Gebiet zwischen Elbe und Saale. Das Elbtal im Sandsteingebirge war unpassierbar. Forscher nehmen an, dass etwa 20.000 Slawen über langen Zeitraum entlang des späteren Kulmer Steiges nach Norden einwanderten. Die Besiedlung war dünn in den offenen Landschaften und fehlte bei uns im Gebirge vollkommen.

König Heinrich legte 929 die Burg Meißen an. Es folgten 968 Bischof und Markgrafen zu Meißen. Der Kampf um die Herrschaft dauerte lange. Erst nach deren Festigung begann Anfang des 12. Jahrhunderts die bäuerliche Besiedlung durch Franken und Thüringer. Nach 1150 sind etwa 200.000 Menschen aus den alten Siedlungsgebieten eingewandert und gründeten etwa 4000 neue Dörfer. Nun wohnten hier etwa ein Drittel Slawen und der Rest waren Deutsche. Parallel dazu entstanden Marksiedlungen und Städte.

Die Pflege Pirna scheint sich "aus einem alten Markwaldstreifen" entwickelt zu haben, der ursprünglich die Burggrafschaft Dohna von dem Königreich Böhmen trennte. Das Schloss Pirna war eine Geleitsburg an Straße und Strom und ein administrativer Mittelpunkt dieser Pflege.

In der Kirchenorganisation scheidet die Gottleuba das Dekanat Aussig und das Archidiakonats Nisan. So gehörten (später) die Kirchen Langenhennersdorf, Markersbach, Gottleuba, wie auch die Kirchen der "Pflege Königstein", zum Dekanat Aussig bzw. dem Archidiakonats Bilin und Erzbistum Prag. Die Stadt Pirna gehörte zum Archidiakonats Nisan" (Meiche).

Nach dem Tode Heinrich des Erlauchten, Markgrafen zu Meißen, 1288 wechselte Burg und Pflege Pirna mehrfach die Herren, bis 1298 König Wenzel II. von Böhmen mit Genehmigung des Königs die Herrschaft Pirna kaufte. Unsere Gegend war nun unter böhmischer Herrschaft!

Siedlungsersterwähnungen sind 1169 Oelsen, 1356 Langenhennersdorf, 1363 Gottleuba und Markersbach, 1379 Hellendorf, 1403 Breitenau, 1412 Hartmannsbach, 1439 Börnersdorf, 1457 Berggießhübel, die Hammerstandorte Haselberg 1445, Giesenstein 1472, Bahra 1501.

Breitenau und Börnersdorf standen unter Lauensteiner Herrschaft, Oelsen war seinem Rittergut untertänig, Hartmannsbach gehörte bis zur Aufhebung der Lehnsherrschaft zum Rittergut Giesenstein, Langenhennersdorf und Bahra unterstanden teilweise dem Langenhennersdorfer Rittergut - zum anderen Teil dem Amt Pirna. Hellendorf und Markersbach waren Amtsdörfer.

Kopierschutz

Vorwort zur Geschichte der Stadt

Mit der Gemeindegebietsreform von 1999 entstand die Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel durch die Zusammenlegung der Städte und Gemeinden Bad Gottleuba, Berggießhübel, Börnersdorf, Breitenau, Bahretal und Langenhennersdorf. Unser Ziel war die Gestaltung einer einheitlichen gemeinsamen Geschichte der neuen Stadt.

Die Zusammenfassung der Städte und Gemeinden zur Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel bereitere auch Probleme bei der Gestaltung dieser gemeinsamen Chronik. Jedes Dorf und jede Stadt hat eine eigenständige Geschichte und die Bewohner haben damit verbunden Heimatgefühle und Stolz auf das Geschaffene. Dies spricht aus den fast überall vorhandenen Ortschroniken. Wiederum leben alle in dem gleichen geschichtlichen Umfeld. Kriege, Nöte und Naturerscheinungen trafen alle gleichermaßen. Aus diesem Grunde werden in den ersten drei Abschnitten dieser Chronik bestimmte Zusammenhänge für alle gemeinsam betrachtet und danach die örtlichen Besonderheiten dargestellt. Es wird empfohlen, diese Abschnitte vor den Ortschroniken zu lesen, da sonst einige geschichtliche Zusammenhänge schwer zu verstehen sind.

Mit Hilfe und Unterstützung vieler Heimatfreunde aus den einzelnen Ortsteilen und der Stadtverwaltung konnte das bekannte Wissen über unsere Gemeinden von der Entstehung bis zur Gegenwart erfasst und im Jahre 2008 in der Broschüre **Chronik der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel** mit 134 Seiten und 235 Abbildungen zusammengefasst werden. Dabei wurde versucht, die geschichtliche Tradition der einzelnen Ortsteile anschaulich aufzubereiten und Gemeinsamkeiten aufzuzeigen. Die einzelnen Teile wurden als Ortschroniken gestaltet, wobei geschichtliche Gemeinsamkeiten zusammengefasst beschrieben wurden, um Wiederholungen zu vermeiden. Die Broschüre liefert einen überschaubaren, konzentrierten Überblick über die neue Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel und wurde in dieser Form auch aktualisiert.

Die Chronik umfasst nur den Bereich der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel und nicht den der Verwaltungsgemeinschaft Bad Gottleuba-Berggießhübel mit der Stadt Liebstadt und der Gemeinde Bahretal. Um die Chronik der neuen Stadt zeitloser zu gestalten, wurde versucht, bei der Gliederung der Chronik nicht von der aktuellen Verwaltungsstruktur auszugehen, die sich noch ändern kann. Historisch ist z. B. die Entwicklung des Ortsteiles Zwiesel direkt an die Entwicklung der Stadt Berggießhübel gebunden und war als "Vorgießhübel" keine selbständige Gemarkung. Das betrifft auch Langenhennersdorf mit dem Ortsteil Forsthaus. Die Einordnung der beschriebenen Objekte erfolgte immer zu den jeweiligen Gemarkungen. In der historischen Entwicklung erwiesen sich die Gemarkungen als nahezu unveränderlich. Danach hatten wir lange überlegt, wie man das Problem des beschränkten Umfanges lösen könnte. An einen umfangreicheren Druck wurde nicht gedacht. Unsere PC-Technik ließ einen größeren Umfang auch nicht zu.

Nach langem Überlegen wurde folgender Weg beschritten:

Aufteilung der Chronik in 12 Teile mit dem gleichen inhaltlichen Aufbau wie die alte Chronik. Dadurch kann der Umfang leicht erweitert werden und die Orientierung wird erleichtert. Um Verwechslungen zu vermeiden, wurde die erweiterte Ausgabe **"Geschichte der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel"** genannt, mit dem Umfang von ca. 1.280 Seiten mit ca. 3048 Abbildungen. In der vorliegenden Form geht sie über das hinaus, was man allgemein unter einer Chronik versteht. Sie enthält auch Zeitberichte, Wanderwege, historische Erläuterungen und fotografische Dokumentationen für den Teil der Stadtgeschichte, den wir selbst erleben durften. Mit Unterstützung des Bürgermeisters Thomas Mutze erfolgte im Jahre 2012 der Druck in einer kleinen Auflage und die Publizierung im Internet auf der Homepage der Stadt unter der Rubrik "Geschichtliches". Diese Lösung erwies sich als ideal. Die Chronik wurde bekannt und wir erhielten über das Internet auch viele Hinweise. Es gab dabei die uns am Anfang rätselhafte Erscheinung, dass die große Mehrzahl der Zuschriften nicht aus unserer Stadt kam, sondern aus dem ganzen Land und dem Ausland. Offensichtlich hatten in der Vergangenheit viele Einwohner ihr Glück in der Fremde gesucht. Eine der Ursachen war möglicherweise das damals schlechte Internet in der Stadt.

2012 erschien auch die ergänzte und erweiterte **Chronik der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel** mit dem Umfang von 188 Seiten und 357 Bildern [1.15].

Ergänzt wird die Geschichte der Stadt durch die **Chronik der Mühlen und Hammerwerke an der Gottleuba mit ihren Nebenflüssen**. Diese Chronik umfasst auf 108 Seiten mit 300 Abbildungen alle Mühlen und Hammerwerke, die in geschichtlicher Zeit an dem Mühlenbach Gottleuba und seinen Nebenflüssen gestanden haben und die teilweise schon in Vergessenheit geraten sind.

Es zeigte sich, dass die Mühlengeschichte unserer Heimat viele Interessenten hat, sodass uns diese Zusammenstellung in einem Heft trotz einiger Doppelungen sinnvoll erschien.

Es war uns in diesem Rahmen nicht möglich, alle Literaturstellen im Einzelnen aufzuführen, da diese in die Tausende gehen. Außerdem interessieren diese Angaben nur einen ausgewählten Leserkreis. Aufgenommen wurden in erster Linie allgemeine Literaturangaben und die Überlassung von Bildern. Die detaillierten Literaturangaben und Zitate werden in einem separaten Dokument **"Chronologische**

historische Datenbank der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel", die über 1000 Seiten umfasst, für interessierte Leser bereitgestellt.

Bei der Erarbeitung der Dokumente erhielten wir eine umfangreiche Unterstützung durch den Bürgermeister Herrn Mutze der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel, sowie durch die Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt, insbesondere Frau Nitzsche und Frau Kirchner, den Heimatverein Langenhennersdorf e. V., das Archiv der Gemeinde Oelsen, durch das Museum Bad Gottleuba, den Gebirgsverein 1899 e. V. Berggießhübel, den Verein Historische Sammlungen im Gesundheitspark Bad Gottleuba e. V., dem Archiv der Gemeinde Markersbach und den Landesverein Sächsischer Heimatschutz, Geschäftsstelle Dresden. Eine große Hilfe waren uns die Chroniken des Gebirgsvereins 1899 Berggießhübel e. V. [1.47] über Berggießhübel, von Herrn Marco Schröder [1.62] über Markersbach, von Frau Ingrid Fröhlich (†) [1.18, 1.19] über Langenhennersdorf, Herrn Gottfried Kretzschmar (†) über Hellendorf, Herrn Walter Tittel (†) [1.63] über Oelsen und Herrn Christoph Hanzsch (†) über Börnersdorf-Breitenau [1.22, 1.23], die in einigen Passagen und Bildern mit Einverständnis der Autoren übernommen wurden. Sehr viele Anregungen und Bilder erhielten wir außerdem von Herrn Klaus Seeger (†), Herrn Siegmor Mörbitz, Herrn Herbert Meißner, Herrn Norbert Schossig aus Berggießhübel, Frau Hildegard Breuer (†), Herrn Reiner Weigend und Herrn Gottfried Kretzschmar (†) aus Hellendorf, den Familien Großmann und Neumann aus Hartmannsbach, Herrn Marco Schröder aus Markersbach, Herrn Klaus Hassemann und Herrn Gerold Häbig aus Oelsen, Herrn Walter Kegel (†), Frau Ingrid Fröhlich (†), Frau Marlies Wolf, Frau Stahl und Herrn Arno Stops aus Langenhennersdorf, Herrn Rainer Kristmann und Frau Hildegard Gerisch (†) aus Börnersdorf, Herrn Bernd Kadner aus Breitenau, Herrn Manfred Hickmann und Herrn Norbert Kaiser aus Pirna und Herrn Helfried Kühne aus Magdeburg. Dank auch den vielen Heimatfreunden, die uns uneigennützig halfen und hier leider nicht alle namentlich genannt werden können.

Besonders dankbar sind wir dem Heimatkundler Herrn Jürgen Freitag aus Oelsen, der uns mit seiner Literatur, Datensammlung und seiner in Jahrzehnten gesammelten Erfahrung half, Lücken zu schließen. Eine große Hilfe waren uns auch die Hinweise und Unterlagen von Herrn Marco Schröder zu Markersbach. Ein väterlicher Freund stand uns auf dem Gebiet des Bergbaus und der Verhütung mit Herrn Gunter H. Schmidt (†) aus Pirna zur Seite. Seinen Forschungen ist letztendlich die Klärung der montanhistorischen Bedeutung unserer Region zu verdanken. Herr Schmidt hat das Projekt zur Geschichte der Stadt großzügig durch Bereitstellung von Bildunterlagen unterstützt und in diesem Rahmen ihre Verwendung gestattet. Unter den Heimatfreunden wird er achungsvoll "Eisen-Schmidt" genannt. Als sehr fruchtbringend erwies sich die Zusammenarbeit mit dem Stammtisch der Ortschronisten des oberen Elbtales. In dieser Gruppe treffen sich erfahrene Ortschronisten unter Leitung des Heimatfreundes A. Fels regelmäßig, stellen ihren Ort vor und geben ihre Erfahrungen und Quellen weiter.

Viele gute Hinweise und Unterlagen zum Bergbau erhielten wir von Herrn Christian Trachbrodt und der Arbeitsgruppe Altbergbau des Gebirgsvereins 1899 e. V. Berggießhübel. Dank gilt auch Herrn Götz Altmann aus Schwarzenberg, der es uns gestattete, die sehr aussagekräftigen Funktionskizzen zum erzgebirgischen Eisen aus [1.1] in der Stadtgeschichte zu übernehmen.

Weiterhin möchten wir uns bei Herrn Rainer Fischer aus Heidenau auf diesem Wege dafür bedanken, dass er es uns gestattete, die sorgfältig erstellten Abbildungen und die Gleispläne der historischen Eisenbahn von Pirna nach Gottleuba aus [1.17] zu übernehmen. Ein weiterer Dank geht an das Landesvermessungsamt Sachsen, das uns gestattete, das digitale Kartenmaterial CD-ROM TOP50 © Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen 2012 (www.landesvermessung.sachsen.de) mit der Erlaubnis 17206/2012 [1.48] in der Ausarbeitung verwenden zu können. Beim nervigen Korrekturlesen half uns z. T. in dankenswerter Weise Herr Klaus Hassemann aus Oelsen.

Die Autoren haben sich erlaubt, in die "Geschichte der Stadt" einige **Wandervorschläge** aufzunehmen. Damit wird nur die Tradition der älteren Chroniken fortgesetzt [1.36, 1.16]. Beim Wandern stößt man überall auf Zeitzeugnisse, die ohne Hilfe für den Besucher unverständlich bleiben. Es wurde deshalb von den Autoren versucht, diese Zeitzeugnisse durch Tafeln zu erläutern und somit auch die Neugier auf die Geschichte zu wecken. Inzwischen steht auch für Wanderer gutes Kartenmaterial zur Verfügung, in dem diese Zeitzeugnisse aufgenommen wurden, wie z. B. die "Wander- und Radwanderkarte Bad Gottleuba-Berggießhübel und Umgebung" und die "Wander- und Radwanderkarte Sächsisch-Böhmische Schweiz" der Sachsenkartographie GmbH Dresden.

Die Wanderungen sind als leicht bis mäßig anspruchsvoll einzustufen und mit normaler Kondition zu bewältigen. Die Wege sind in der Regel gut aber nicht durchgehend beschildert. Auch der uneigennützige Einsatz von Natur- und Heimatfreunden zur Gewährleistung eines guten Wegezustandes, kann nicht über die auftretenden Probleme hinweghelfen. Besonders durch die Privatisierung der Wälder, werden viele der jahrhundertlang begangenen Wege nicht mehr in Ordnung gehalten oder gesperrt. Es ist zu hoffen, dass bald eine befriedigende Lösung dieses Problems gefunden wird.

Der jährlich im Mai stattfindende **Berggießhübler Wandertag des Gebirgsvereins** beweist durch die Teilnehmerzahlen die Beliebtheit unserer Region unter den Wander- und Heimatfreunden.

Der Aufbau dieser hier vorliegenden Geschichte der Stadt wurde bewusst gleich der 2008 veröffentlichten kurzen Chronik der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel gestaltet, sodass eine Vertiefung des Wissens unproblematisch erfolgen kann.

Die Autoren haben sich auch bemüht die aktuellen Ereignisse in die Texte aufzunehmen, obgleich es ihnen mit der Zeit immer schwerer gefallen ist, die Vorgänge zu recherchieren.

Diese Geschichte der Stadt soll in erster Linie den Leser über Vergangenes informieren oder an die Vergangenheit erinnern. Wir bitten um Verständnis dafür, wenn im Text oder bei den Abbildungen Fehler aufgetreten sein sollten, denn diese Ausarbeitung wurde von uns ohne jede professionelle und kommerzielle Unterstützung erstellt. Die professionelle Technik überstieg unsere finanziellen Möglichkeiten. Die Beherrschung unserer einfachen Technik hat uns deshalb oft mehr beschäftigt, als der Inhalt.

Die Herkunft der Abbildungen wurden im Text angegeben. Bilder ohne Angaben wurden von den Autoren erstellt oder stammen aus deren umfangreichen Sammlung. Für einige Abbildungen war aber die Herkunft leider nicht mehr zu ermitteln. Die Sachzeugen wurden von uns gemeinsam erwandert und z. T. fotografisch festgehalten. Das Ergebnis ist ein umfangreicher Bilder-Fundus, der ungewollt zu einem Zeitzeugnis geworden ist.

Die Autoren freuen sich über jeden Kontakt (Email: Chronik_BGB@t-online.de).



Die beiden Autoren. Foto: Daniel Spittel

Abschließend soll festgestellt werden, dass die Arbeit an der Chronik für die Autoren zwar eine sehr aufreibende und zeitaufwendige Beschäftigung war, aber die Arbeit hat uns auch sehr viel Freude bereitet.

Bei den Recherchen haben wir viele Freunde gefunden und nette Menschen kennen gelernt. Mögen uns diese Freundschaften erhalten bleiben, auch wenn es uns altersbedingt nicht mehr möglich sein sollte, diese Arbeit fortzusetzen.

Danke

Dresden, den 5. Februar 2022

Annemarie und Siegfried Fischer

Kopierschutz

Geschichte der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

Teil 1: Geschichtlicher Hintergrund und die neue Stadt

Erweiterte Auflage 2020

Inhalt

1	Geschichtlicher Hintergrund und die neue Stadt	1
1.1	Unsere Heimat	1
1.2	Frühgeschichte und Frühmittelalter	2
1.3	Hoch- und Spätmittelalter	3
1.3.1	Vegetation	3
1.3.2	Kolonisation ab dem 12. Jh.	4
1.3.3	Der Vertrag von Eger	6
1.3.4	Kurzer Exkurs in die Bergbaugeschichte	7
1.3.5	Hussiten	9
1.3.6	Reformation	11
1.3.7	Dreißigjähriger Krieg	11
1.3.7.1	Beginn des Krieges 1618	11
1.3.7.2	Exitus der Protestanten aus Böhmen	12
1.3.7.3	Schwedennot	13
1.3.7.4	„Pirna'sches Elend“ 1639	14
1.3.7.5	Westfälischer Frieden 1648	15
1.4	Die Zeit bis zu den Befreiungskriegen (Koalitionskriegen)	18
1.4.1	Zweiter Nordischer Krieg	18
1.4.2	Preußen wird mit Friedrich dem Großen Großmacht	18
1.4.3	Der Siebenjährige Krieg (1756-1764)	25
1.4.3.1	Gefangennahme der sächsischen Armee 1756	25
1.4.3.2	Der „Finkenfang“ bei Maxen 1759	26
1.4.3.3	Frieden von Hubertusburg 1763	26
1.4.3.4	Bayrischer Erbfolgekrieg (1778-1779)	27
1.5	Spätmittelalterliche Lebensverhältnisse in der Region	29
1.5.1	Dörfer	29
1.5.1.1	Der Bauernhof	30
1.5.1.2	Die Landwirtschaft	39
1.5.1.3	Verwaltung, Steuern, Dienste und Abgaben	42
1.5.2	Städte	46
1.5.3	Schulwesen	49
1.5.4	Pest und andere Seuchen	50
1.5.5	Strafrecht	51
1.6	Das Osterzgebirge im und nach dem Befreiungskrieg	53
1.6.1	Lage bis zum 22. August 1813	53
1.6.2	Schlacht von Dresden am 26. und 27. August 1813	54
1.6.3	Schlacht bei Chlumec (Kulm) am 30. August 1813	56

1.6.4	Rückzug der Franzosen	58
1.6.5	Fahrt 2013 zu den Denkmälern der Kulmer Schlacht	63
1.6.5.1	Das Moreaudenkmal in Dresden	63
1.6.5.2	Denkmal für Eugen von Württemberg bei Krietzschwitz	63
1.6.5.3	Transformatorenturm auf dem Augustusberg	64
1.6.5.4	Der Napoleonstein bei Nakléřov (Nollendorf)	65
1.6.5.5	Das Kleist-Denkmal in Nakléřov (Nollendorf)	65
1.6.5.6	Das österreichische Denkmal bei Varvažov (Arbesau)	66
1.6.5.7	Das preußische Denkmal bei Varvažov (Arbesau)	67
1.6.5.8	Das Vandamme-Denkmal bei Žandov (Sandau)	67
1.6.5.9	Das Jubiläumsdenkmal bei Chlumec (Kulm)	68
1.6.5.10	Kapelle auf der Höhe Hůrka bei Chlumec (Kulm)	68
1.6.5.11	Kapelle und Denkmal in Stradov (Straden)	69
1.6.5.12	Das französische Denkmal bei Přestanov (Pristen)	69
1.6.5.13	Massengrab bei Přestanov (Pristen)	70
1.6.5.14	Das russische Denkmal bei Přestanov (Pristen)	70
1.6.6	Die Bildung der konstitutionellen Monarchie in Sachsen	71
1.6.6.1	Sächsische Schulordnung	72
1.6.6.2	Gesetz über die Gemeinheitsteilung	73
1.6.6.3	Landgemeindeordnung und Fruchtfolgenwirtschaft	73
1.6.6.4	Armenfürsorge und Heimatgesetz	74
1.6.6.5	Auswirkungen des Deutschen Krieges	78
1.7	Französisch-Deutscher Krieg und die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg	79
1.8	Erster Weltkrieg und Nachkriegszeit	83
1.8.1	Erster Weltkrieg	83
1.8.2	Weimarer Republik	86
1.8.2.1	Hochwasser 1927	88
1.8.2.2	Weltwirtschaftskrise	90
1.8.3	NS Regime	91
1.9	Zweiter Weltkrieg	94
1.9.1	Vorbereitung des Krieges	94
1.9.2	Beginn des Zweiten Weltkrieges	96
1.9.3	Kriegsende und bedingungslose Kapitulation	99
1.9.4	Der Krieg war offiziell am 8. Mai 23.01 Uhr zu Ende	106
1.10	Nachkriegszeit	108
1.10.1	Flucht und Vertreibung	108
1.10.2	Aufbau der Selbstverwaltung	111
1.10.2.1	Einsammeln und Sicherstellung von Waffen	111
1.10.2.2	Rückführung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern	112
1.10.2.3	Demontagen und Reparationen	112
1.10.2.4	Säuberung der Behörden und der Wirtschaft von Nazis	112
1.10.2.5	Aufbau der Verwaltung	114
1.10.2.6	Bodenreform	116
1.10.2.7	Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher	117
1.10.2.8	Hungerwinter 1946/47	117
1.10.3	Gründung der DDR 1949 und der "Sozialismus"	121
1.10.4	Lebensverhältnisse um 1950	122
1.10.5	Schulwesen der DDR nach 1959	126
1.10.6	Landwirtschaft, LPG und PGH	127
1.10.6.1	Düngung und Aussaat	128
1.10.6.2	Getreideanbau	129
1.10.6.3	Kartoffelanbau	130
1.10.6.4	Rübenanbau	131
1.10.6.5	Grünfutterernte	132
1.10.6.6	Vieh- und Milchwirtschaft	133
1.10.6.7	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft	135
1.10.6.8	Produktionsgenossenschaft des Handwerks	142
1.10.7	Hochwasser 1957 und 1958	142
1.10.8	Die 1960er Jahre	144
1.10.9	Prager Frühling	146
1.11	Wiedervereinigung	149
1.11.1	Das Ende des Zweiten Weltkrieges	150
1.11.2	Das neue Bildungssystem	153
1.11.3	Hochwasser 2002	154
1.11.4	Eine neue Erscheinung - Kriminalität und Drogen	155
1.11.5	Finanzkriege	156
1.11.6	Hochwasser 2013	156

1.11.7	Flüchtlingskrise 2015	158
1.11.8	Coronakrise 2019	158
1.11.8.1	Gefährlichkeit der Krankheit	159
1.11.8.2	Immunität, Genesung und Vorbeugung	159
1.11.8.3	Entwicklung in Deutschland	160
1.11.8.4	Impfung	163
1.11.8.5	Wirtschaftskrise und Finanzwirtschaft	165
1.11.9	Wo stehen wir nach 30 Jahren deutscher Einheit	166
1.12	Bildung der neuen Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel	167
1.12.1	Entwicklung der kommunalen Verwaltung in der Region	167
1.12.2	Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel	168
1.12.3	Bürgermeister der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel	170
1.12.4	Feuerwehr der Stadt Bad Gottleuba Berggießhübel	173
1.12.5	Entwicklung des Naturschutzes im Stadtgebiet	174
1.12.5.1	Naturschutzgebiete	174
1.12.5.1.1	Naturschutzgebiet um Oelsen	174
1.12.5.1.2	Naturschutzgebiet Hochstein/Karlsruhe	175
1.12.5.2	Flächenhafte Naturdenkmale	176
1.12.5.2.1	Magnetitskarn	177
1.12.5.2.2	Turmalingranit Gratza	177
1.12.5.2.3	Labyrinth Langenhennersdorf	178
1.12.5.2.4	Poetengang	179
1.12.5.2.5	Strudellöcher am Forellensteig	180
1.12.5.2.6	Langenhennersdorfer Wasserfall	181
1.12.5.2.7	Kachemoor Markersbach	182
1.12.5.2.8	Hohler Stein bei Oelsen	182
1.12.5.2.9	Rehwiese, Quellwiese und Trockenhang Hartmanns- bach	183
1.12.5.3	Natur-Baumdenkmale	183
1.13	Anhang	184
1.13.1	Klima und Wetterkapriolen	184
1.13.2	Einwohnerzahlen und Ersterwähnungen der Gemeinden der Stadt	185
1.13.3	Sowjetische Speziallager des NKWD	186
1.13.4	Die Geschichte der Mark der DDR	187
1.13.5	Herrscher im sächsisch-meißenischen Raum	191
1.13.5.1	Wettinische Markgrafen von Meißen	191
1.13.5.2	Kurfürsten von Sachsen	191
1.13.5.3	Herzöge der Albertinischen Linie	192
1.13.5.4	Kurfürsten der Albertinischen Linie	192
1.13.5.5	Könige von Sachsen	192
	Literatur	194
	Index	197

Umfang: 216 Seiten, 235 Abbildungen und 8 Tabellen

Kopierschutz

1 Geschichtlicher Hintergrund und die neue Stadt

1.1 Unsere Heimat

Die Entwicklung der Region wurde durch die gleichen geschichtlichen Ereignisse über die Jahrhunderte bestimmt. Wirtschaftlich und politisch gute Zeiten haben sich mit Hungersnöten und grausamen kriegerischen Notzeiten abgewechselt. Unsere Heimat wurde im hohen Maße von den Machtkämpfen der deutschen und böhmischen Herrscher betroffen. Wir wohnen an deren Jahrhunderte alten Grenzen. Naturkatastrophen trafen alle Orte gleichermaßen. Die Lage an wichtigen Fernstraßen, wie den "Kulmer Steig", die "Alte und Neue Dresden-Teplitzer Straße", hatte zur Folge, dass die Heere der Kriegsparteien immer wieder durch unsere Heimat zogen und durch Plünderungen und Kämpfe die Häuser, Mühlen, Hütten und Hämmer zerstört wurden. Pest und Krankheiten taten das Übrige. Auch die beiden Weltkriege und die Nachkriegszeiten hatten direkt und indirekt eine große Auswirkung auf die Entwicklung der Region. Alle diese Erscheinungen betrafen unsere Heimat, die Städte und Dörfer gleichermaßen, so dass diese Ereignisse der Geschichte der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel vorangestellt werden können.

Der von uns häufig in der Darstellung verwendete Begriff "Region" bzw. "Heimat" soll nur das betrachtete Gebiet benennen, das in unserem Falle in guter Näherung mit dem Einzugsgebiet der Gottleuba mit den Nebenflüssen Bahra und Seidewitz zusammen fällt. Alle Ortsteile der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel liegen in diesem Einzugsgebiet und die Gottleuba hat das Schicksal der Gemeinden im Guten als Trink- und Brauchwasserlieferant und im Schlechten mit Hochwassern mitbestimmt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Ursprung der Gottleuba, d. h., die Lage der Gottleubaquelle. Die **Gottleubaquelle** liegt nach historischen Messtischblättern am Zinnernickelweg im Haberfeld südwestlich von Fürstenwalde (siehe Abb. 0.1.3), wie es auch in älteren Publikationen zu lesen ist. (siehe z. B. [1.28]). Auf den aktuellen amtlichen topografischen Karten (siehe Abb. 0.1.2) beginnt die Gottleuba an der Wüstung Kleinliebenau.

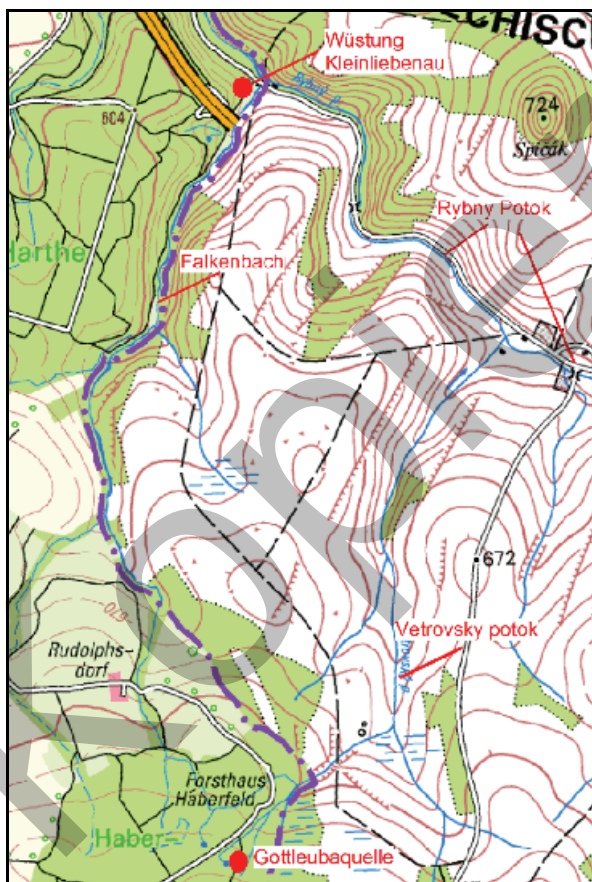


Abb. 0.1.2: Der Oberlauf der Gottleuba auf der aktuellen topografischen Karte TOP 1:50 000 des Landesvermessungsamtes Sachsen [1.48]. Die interessierenden Namen wurden zur Verdeutlichung noch einmal eingetragen. Der Verlauf der Autobahn auf böhmischen Gebiet fehlt noch in der Ausgabe von 2012.

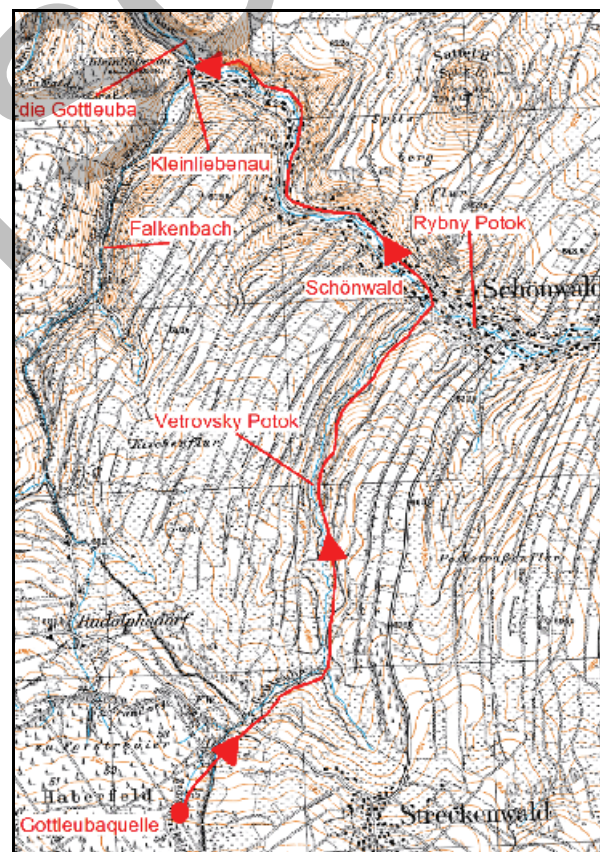


Abb. 0.1.3: Die Gottleubaquelle südwestlich von Fürstenwalde nach Karten vor 1945 [1.48]. Nach der rot verdeutlichten Abbildung befindet sich die Quelle direkt neben dem Zinnernickelweg in der Nähe der Staatsgrenze. Sie überschreitet danach die Grenze, fließt nach Schönwald und weiter bis zur Grenze und vereinigt sich in Kleinliebenau mit dem Falkenbach.

Überträgt man die historisch belegte Gottleubaquelle in aktuelle Karten, dann überschreitet die Gottleuba am Haberfeld die Staatsgrenze und wird zum Vetrovsky potok, der in Krasny Les in den Rýbný potok mündet. Am Zusammenfluss von Rýbný potok und **Falkenbach** im ehemaligen Kleinliebenau werden beide Bäche zur Gottleuba.



Abb. 0.1.4: Skizze des Einzugsgebietes der Gottleuba mit den Ortsteilen der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel.

Dieses Durcheinander der Bezeichnungen entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem tschechoslowakischen Bestreben, jede deutsche Bezeichnung zu vermeiden. Es gibt aber auch ältere nichtamtliche Quellen, die den gesamten Rýbný potok als Quellfluss der Gottleuba bezeichnen (siehe [1.45]).

Da sich Geschichte nicht ohne Probleme zurückdrehen lässt, ist es wohl sinnvoll, den **Rýbný potok** (zu deutsch: Fischbach) zum Quellbach der Gottleuba zu machen, ähnlich, wie es bei der Elbe mit der Labe gehalten wird. Die Elbquelle befindet sich ja bekannterweise im tschechischen Riesengebirge. Dabei zeigt sich eine neue Problematik. Auf der Karte DTK10 des Landesvermessungsamtes Sachsen wird unsinniger Weise der Falkenbach zum Schönwalder Bach. Hier ist unbedingt eine Korrektur erforderlich.

Die Gottleuba bildet nach dem Zusammenfluss an der Wüstung Kleinliebenau nun selbst für ca. 1 km die Grenze. Sie nimmt unter Berggießhübel-Zwiesel die Bahra und in Pirna die Seidenitz auf. Danach mündet sie in die Elbe.

In den Jahren 1845, 1897, 1927, 1957 und 2002 wurde das Flussgebiet von verheerenden Hochwassern heimgesucht, die besonders die Mühlen zerstörten.

Soweit es technisch möglich und sinnvoll war, wurde das Gefälle des Flusses von der Quelle im Haberfeld bis zur Mündung in die Elbe in der Vergangenheit für Wasserantriebe jeder Art genutzt.

1.2 Frühgeschichte und Frühmittelalter

In der Gegend der heutigen Sächsischen Schweiz und des Erzgebirges wuchs zu dieser Zeit dichter fast undurchdringlicher Wald, genannt "Miriquid". Dieser Wald war von den Menschen nicht besiedelt worden. Zu hoch war der Aufwand zum Urbarmachen und zu karg die Böden. Trotzdem fand man hier Zeugnisse menschlicher Anwesenheit, wie Spinnwirtel, Mahlsteine und Werkzeuge aus Stein und Bronze in Giesenstein, Oelsen und Gottleuba (siehe Teil 2 der Geschichte der Stadt). Ursache war ein Netz von Wegen des **Kulmer Steiges**, die hier schon seit der Urzeit über den Kamm des Erzgebirges führten.

Im Elbtal um Dresden und Pirna hielten sich Menschen schon seit der letzten Eiszeit auf. So verweisen die Archäologen auf den in Dresden-Plauen gefundenen Lagerplatz einer Jägerhorde, die dort vor ca. 60.000 Jahren ihre Spuren hinterließ. Weitere Funde beim Bau der Schwimmhalle in Pirna berichten von Horden, die in den Niederungen der Elbe jagten, sammelten und später auch siedelten, wie Feuerstein Werkzeuge. Die eigentliche Besiedelung setzte in der **Jungsteinzeit** (5000 - 3000 v. Chr.) ein. Davon zeugen freigelegte Funde, wie 6.000 Jahre alte Hülsenfrüchte, Spuren von Bandkeramikhäusern, Steinbeile besonders im östlichen Erzgebirge (Kulmer Pass). Eine deutliche Zunahme der Besiedlungsdichte erfolgte in der **Bronzezeit** (1800 -1600 v. Chr.) mit der Besiedelung des Burgberges in Dohna und mit den entsprechenden Funden, wie dem Bronzebeil bei Oelsen, dem Dobritzer Bronzeschatz sowie den germanischen Siedlungsresten aus dem 3. Jh. vor Chr. bis zum 6. Jh. nach Chr. Gegen Ende der Bronzezeit ging in unserem Gebiet die Siedlungsdichte wieder zurück. In der **Eisenzeit** (800 bis 500 v. Chr.), ist nur elbabwärts von Pirna Besiedelung durch eingewanderte Germanen nachgewiesen (Urnenfund in Copitz-West).

Nach der Abwanderung der Germanen am Ende der Völkerwanderung drangen vom 7. bis zum 11. Jh. Slawen entlang der Elbe und deren Nebenflüssen in das freigewordene Land ein und siedelten. Ihre Familien lebten in kleinen Weilern und waren zur Zeit der deutschen Landnahme in kleinen Stämmen mit Fluchtburgen zusammengeschlossen. Ihre Siedlungsgebiete nannte man **Gaue**.

Der **Gau Nizani** reichte am linken Elbufer von der Mündung der Gottleuba bis zur Mündung der Wilden Sau vor dem jetzigen Meißen. Die slawische Besiedelung erfolgte über das Müglitztal in die linkselbische Elbtalweite sowohl nach Süden als auch nach Norden bis zum späteren Briesnitzer Hochufer. Gesichert wurde das Stammesgebiet der Nizani unter anderem von den Burgwällen im Müglitztal und von Niederwartha. Die Slawen siedelten zuerst an den Unterläufen der Flüsse, die aus

dem Gebirge der Elbe zufließen, und gaben ihnen slawische Namen, wie **Biela** (slaw. "bila", d. h. Weißer Bach), **Bahra** bzw. **Bahre** (slaw. "bore", d. h. Sumpf oder Pfütze), **Gottleuba** (slaw. "choda" und "loiba", d. h. Grenze und Wald, bzw. Waldgrenze), **Müglitz** (slaw. "mogyla", d. h. Hügel). Die **Seidewitz** hieß ursprünglich Eula (slaw. "ilova", d. h. Schlamm Bach), ehe der Name des Ortes Seidewitz auf den Fluss übertragen wurde [1.72]. Hier jagten die Slawen, fischten und sammelten Honig. Sie betrieben jedoch vorrangig in der Elbeniederung Landwirtschaft und Viehzucht.

919 kam die ostfränkische Krone an den Sachsenherzog **Heinrich I.** (919-936). Er festigte das Reich nach innen und begann mit der Unterwerfung der Elbslawen. In den Jahren 928/929 besiegte Heinrich I. die Slawen und 929 wurde die Burg Meißen gegründet. Diese strategisch wichtige Burg "castellum misni", besetzt mit einer Truppe gepanzerter Reiter und einem Burggrafen, war die erste Burg, die der König nach seiner auf dem Wormser Reichstag 926 beschlossenen "Burgenordnung" anlegen ließ. Die eroberten Gebiete wurden besetzt. Zur Sicherung und Verwaltung der slawischen Gaue wurde nach der **Burgward-Verfassung** von 955 ein Netz von **Burgenwarden** mit Wällen auf der Basis der slawischen Strukturen geschaffen.

Das neue eroberte Land wurde in **Markgrafschaften** gegliedert und vom König ein Markgraf eingesetzt. So gründete der deutsche **Kaiser Otto I.** 968 das **Bistum Meißen** und die **Mark Meißen**. Die Bekehrung der Slawen zum Christentum war Voraussetzung für die Eingliederung der eroberten Gebiete in das Deutsche Reich. Die ersten Kirchen wurden in den Burgwarden errichtet, wodurch die Urfarreien territorial den Bezirken der Burgwarden gleich waren. Die Existenz der Mark Meißen war 200 Jahre durch Böhmen gefährdet. Anfang des 11. Jh. war das Land noch überwiegend mit Sorben besiedelt, denen wenige deutsche Ritter und Geistliche gegenüberstanden. Bischöfe und Burggrafen traten gleichberechtigt neben die Markgrafen als reichsunmittelbare Herren. Die Machtansprüche der Markgrafen von Meißen, des Bischofs von Meißen, der Burggrafen von von Dohna (die Donins) und der böhmischen Könige waren über Jahrhunderte verantwortlich für manche Ereignisse in der Region. Für die Böhmenkönige war diese Landnahme eine direkte Bedrohung. Aber der Miriquididi diente zu dieser Zeit immer noch als undurchdringlicher Grenzwall nach Böhmen.

1.3 Hoch- und Spätmittelalter

1.3.1 Vegetation

Gegenwärtig beherrscht die Fichte das Landschaftsbild des Osterzgebirges. Ihre gezielte Anpflanzung war durch die rigorose Rodung als Rohstoff für den Bergbau und das Hüttenwesen im 18. Jh. notwendig geworden. Wie aber sah die Vegetation im 12. Jh. aus?

Für den sächsischen Raum, und so auch für den Landschaftsraum in unserer Region, ist es durch günstige Umstände möglich, die ursprüngliche Vegetation um diese Zeit zu rekonstruieren. Sie ergibt sich aus Flurnamen, Pollenanalysen und alten Aufzeichnungen. Wie war also der damalige Zustand: Im unteren und mittleren Bergland war zu dieser Zeit die **Weiß-Tanne** die Baumart, welche die größte Bedeutung hatte. Ihre Hauptverbreitung lag in der Höhenstufe von ca. 400 ü. NN bis 700 m ü. NN. Da es bei uns kaum noch Vorkommen von Tannen gibt, hier eine kleine Hilfe:



Abb. 1.3.1: Eine ausgewachsene Weißtanne. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.3.2: Am Tannenzweig erkennt man am Einfachsten den Unterschied zwischen Tanne und Fichte: Die Nadeln sind flacher, weicher und in einer Ebene angeordnet. Dadurch schmecken sie leider auch dem Wild besser.



Abb. 1.3.3: Ein grüner Tannenzapfen. Foto Wikipedia.



Abb. 1.3.4: Ein reifer Tannenzapfen mit Samen. Die Tanne ist einhäusig getrenntgeschlechtlich, d. h. sie trägt oben grünlich weibliche Blütenzapfen und über den ganzen Baum verteilt, kleinere gelbliche männliche. Die Bestäubung erfolgt durch den Wind. Foto Wikipedia.

Auch um 1700 soll noch jeder vierte Baum im Wald eine Tanne gewesen sein. Die Tanne war der Rot-Buche bei Trockenheit, Bodennässe und bei kurzen Vegetationsperioden überlegen. Sie gedieh auch im schattigen Buchenwald. Sie bedeckte etwa 20 % der Waldfläche. Heute findet man die Weiß-Tanne nur noch in alten Parks. Aber der Name des Flurs "Tannenbusch" in Bad Gottleuba erinnert uns daran, dass die Tanne hier einmal verbreitet war und natürlich auch alte Namen wie Tannenhäher oder Tannenbaum in Weihnachtsliedern. Leider ist sie die schadstoffempfindlichste (Schwefeldioxid) Baumart, verträgt aber Hitze und Trockenheit und kann sehr alt werden. Sie ist aber empfindlich gegen lange und tiefe Fröste. Nur an Standorten, wo es für **Rot-Buche, Weiß-Tanne, Fichte oder Hainbuche** ungünstig war, konnte sich die **Eiche** halten. Dies trifft vor allem für sonnige, steile Hanglagen zu. Das zeigt auch der Flurname "Eichberg" (heute Helleberg) in Bad Gottleuba. Ein aktueller Standort ist das Naturschutzgebiet Karlsleite in Berggießhübel.

An Berghängen, welche im Mittelalter offensichtlich noch mehr wärmebegünstigt und noch trockener als gegenwärtig waren, gab es **Lindenwälder**. Wälder mit Lindenanteil finden wir heute noch am Hang über dem Poetenweg zwischen Bad Gottleuba und Berggießhübel. Im Zuge der Ausbreitung von **Eichen** und Linden kam es auch zur verstärkten Zuwanderung der Hainbuche. Entsprechend den Wärmebedürfnissen der **Hainbuche** ist sie in unserem Landschaftsraum oberhalb von 500 m ü. NN nur noch selten vorzufinden. So z. B. in der **Karlsleite** am Hochstein in Berggießhübel. Vorzugsweise wächst die Hainbuche auf den nährstoffreichen Böden kleiner Bachtäler.

Die Fichte hatte offensichtlich im Mittelalter nicht den Stellenwert von heute. Wie Untersuchungen ergaben, wuchs die Fichte zu dieser Zeit großflächig nur in den Kammlagen des oberen Erzgebirges. Um 1900 waren bekanntlich große Flächen im Erzgebirge baumlos und wurden als Ackerflächen verwendet. Das hatte schreckliche Folgen für die Umwelt in Form von regelmäßigen Hochwasserkatastrophen. Ihren bevorzugten Anbau im 20. Jh. in der Region verdankt die Fichte in erster Linie ihrer Schnellwüchsigkeit, denn sie liefert schon nach 60 Jahren wertvolles Bauholz.

1.3.2 Kolonisation ab dem 12. Jh.

Für eine umfangreiche **Besiedelung** waren mehrere Voraussetzungen nötig. So das Vorhandensein von geeignetem Boden, Wald, Zugang zu Trinkwasser, eine hochwassersichere Lage und die Möglichkeit zum Fischen. Hinzu kommt ein entsprechendes Futterangebot für das Vieh. Darunter waren nicht nur Wiesen zu verstehen, sondern möglichst Wälder mit Eichen und Rotbuchen für die **Waldweide**. Für die Acker- und Wiesenflächen wurde der vorher undurchdringliche Wald großflächig bis in die oberen Lagen des Erzgebirges gerodet. Mit der Rodung vollzogen sich Veränderungen in großen Umfang. Denn mit der Feld- und Wiesenflur wurde ein völlig neuer Lebensraum geschaffen. Die Folge war oft ein unerwünschter Bodenabtrag (Erosion) in den Hanglagen bei Starkregen. Der fruchtbare Oberboden wurde in die Bach- oder Flussauen geschwemmt. Hier lagerte er sich auf die vorhandenen Schotterauen der Gebirgsbäche ab¹. Jede Fläche, die nicht für den Feldfruchtbau

¹ Ein Beispiel hierfür wäre die Talaue unterhalb von Giesenstein. Bei Starkregenfällen wird noch heute der fruchtbare Ackerboden von den Hangflächen im Bereich der Thomas-Müntzer-Straße abwärts bis in die Aue geschwemmt und einen Auwald gebildet.

gebraucht wurde, nutzte man als Weidefläche für die Haustiere. Über Jahrhunderte führte dieser Weidebetrieb zu einer Nährstoffverarmung im Boden. Dementsprechend zeigte sich auf diesen extensiv genutzten Weideflächen eine besondere Artenvielfalt (Hungerwiese). Da die Ackerflächen wegen der geringen Erträge dringend gebraucht wurden, trieb man die Haustiere (Schweine und Rinder) noch bis etwa Ende des 17. Jh. in den Wald, damit sie dort ihr Futter suchten. Vor der Einführung der Kartoffel war die gemeinsame Viehhaltung der Gemeinde in bestimmten Waldfluren (Waldhutung²) für die Bauern und Häusler üblich.

Das waren aber ungünstige Bedingungen für das Waldwachstum. Erhalten wurden besonders die Hutebäume für die Viehmast (Masteichen, Mastbuchen). Diese Wälder waren damit sogenannte **"Hutewälder"**, welche aber auch der Laubgewinnung dienten (Laubheu). Die Weidung im Wald reduzierte und unterdrückte den Wuchs junger Bäume und es entstand die Heidelandschaft mit wenig Unterwuchs und großkronigen alten Bäumen und Wacholder. Schafe fressen wegen der Stacheln keine Wacholdersträucher, so dass er sich auf diesen Flächen der Wacholder ausbreitete. In den Hochflächen um die Täler finden wir heute häufig die Flurnamen mit dem Zusatz "Heide", wie "Breite Heide" über Markersbach, oder Cottaer Heide die alte Bezeichnung für den "Cottaer Busch". In unserer Jugend war es noch üblich, die Ziegen auf die großen Kahlschläge zu treiben, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden waren.

Steile unzugängliche Hangbereiche dienten als **"Triftweiden"**. Sie wurden zu Weiden für Ziegen und Schafe. Jedoch war auch der tägliche Viehtrieb zu diesen Weideflächen auf den "Triftwegen" Teil des Weidebetriebes. Es war eine Bewirtschaftungsform, welche besonders mit dem Anwachsen der Bevölkerung, so ab 1650, als Ernährungsgrundlage der "Häusler" und Kleinbauern genutzt wurde.

In der Zeit von 1780 bis 1800 wurde die Stallhaltung angeordnet und die Waldweide verboten.

Schon vom Anfang der Besiedlung gibt es Nachweise für die **Waldbienenwirtschaft**. Der älteste schriftliche Beleg hierfür findet sich im Jahre 1418. Der Burghauptmann von Pirna, Heinrich von Reichenbach führt an, dass niemand in der Zeidelweide³ Holz fällen darf, außer er bezahlt es.

Zeidlerei ist das alte Wort für Waldbienenwirtschaft. Der Zeidler erhielt jedes Jahr eine Anzahl von hochstämmigen Bäumen, wo er im oberen Stammteil für das Bienenvolk eine Höhle herstellte. Anfänglich nutzte er natürliche Baumhöhlen, später wurden mit der Axt Höhlungen in den Stamm geschlagen und diese auf der Rückseite mit einem Brett verschlossen. Honig war zu dieser Zeit das einzige Süßungsmittel. Der Wert von zwei Bienenvölkern soll in jener Zeit ähnlich der einer Milchkuh gewesen sein. Die Zeidlerei wurde im Mittelalter durch Gesetze geregelt und geschützt. Ein Zitat von 1445 besagte, Gottleuba hatte jährlich "3 toppfe mit honyge von der zcydelweyde" an das Amt in Pirna abzugeben. Der östlich von Markersbach gelegene "Beutwald" gibt mit seinen Namen den Hinweis auf die dort ausgeübte Zeidlerei.

Die Gottleuba erscheint über die Jahrhunderte in den Akten als **Fischereigewässer**. Fisch hat aber als Nahrungsmittel keine große Rolle gespielt. 1445 betrug z. B. die Jahrespacht für die Gottleuba 600 Forellen. Es muss also sehr viele Forellen gegeben haben. So wurde 1517 Georg von Bernstein, dessen Familie von 1470 bis ca. 1550 Besitzer des Gutes Giesenstein war, u. a. auch mit der Fischerei in der Gottleuba belehnt. Damit erhielt er das Fischereirecht für diesen Bach von Berggießhübel bis zur böhmischen Grenze, allerdings unter Ausschluss der Bachstrecke welche der Stadt Gottleuba gehörte. Für 1726 lässt sich belegen, dass die der Stadt Gottleuba gehörende Bachstrecke jährlich für 3 Thaler verpachtet wurde.

Noch nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man heimlich als geschickter Junge 10 Forellen am Vormittag mit der Hand fangen.

Die **bäuerliche Kolonisation** erfolgte in unserer Region von beiden Seiten des Gebirges. Sie wurde durch den König von Böhmen, den Markgrafen, den Bischof von Meißen und den Burggrafen von Dohna (die Burg war zu dieser Zeit noch Reichsterritorium) betrieben. Das Ergebnis war eine Besiedelung des Gebirges bis in die Kammlagen. Ihre Lokatoren holten aus dem westlichen Reich Scharen von Siedlern. Diese rodeten den Wald und legten Dörfer an. Die Orte trugen deutsche Namen, entweder nach den **Lokatoren**, die diese Siedlungen gründeten, wie Börnersdorf, Hartmannsbach oder solche Namen, die die Örtlichkeit beschrieben, wie Breitenau oder Haselberg. Die Siedlungsform war vorwiegend das **Waldhufendorf**. Hinter den Höfen erstreckten sich die Hufen und der Wald. Die Hufen sind heute noch oft an den alten **Lesesteinrändern**, die die Felder begrenzten, und an den Feldwegen erkennbar. Der nicht vergebene Wald auf den Höhen wurde den bestehenden Herrschaften einverleibt. Aus der Tatsache, dass die slawischen Fluss- und Flurnamen übernommen wurden, wird auf ein längeres Zusammenleben der Slawen und deutschen Siedler geschlossen. Die ursprünglich slawischen Dörfer in den Niederungen wiesen eine völlig andere Siedlungsform auf, es waren Siedlungen aus 2 bis 5 Bauernhöfen, die als Runddorf, wie Goes, oder als Haufendorf ohne Ordnung angelegt wurden. Meist war es eine Großfamilie, die die Siedlung bildete.

Durch den böhmischen König kam das Elbsandsteingebirge von Hohnstein bis Königstein in böh-

² Hutung kommt von Hüten (Viehhüten).

³ Die Zeidelweide ist eine Waldflur südlich von Berggießhübel am großen Horn gelegen.

mische Hand, die Burggrafen (Reichsgrafen) von Dohna erweiterten ihr Gebiet gegen Liebstadt, Dippoldiswalde und Tharandt und der Markgraf von Meißen erweiterte sein Einflussgebiet über Freiberg, Frauenstein bis in die Kammlagen. Die deutschen Könige bzw. Kaiser (die Staufer) förderten die Gründung von Dresden, Pirna und wahrscheinlich auch von Gottleuba. Nachdem schloss sich der bäuerlichen Besiedlung der Zustrom der Harzer Bergleute nach den ersten Silberfunden an und führte zur Gründung der ersten Bergstädte.

1123 begründete der Meißner Markgraf Konrad der Große die bis 1918 währende Macht der Wettiner. Die Herrschaftsgrenzen änderten sich in dieser Zeit der Machtkämpfe häufig. Beständiger war die Struktur der Kirche, die deshalb noch heute über die mittelalterlichen Herrschaftsgrenzen Auskunft gibt. Im 13. Jh. wurden zahlreiche **Burgen** als Einrichtungen zur Verwaltung und Verteidigung genannt, so die Burg Stolpen (1222), die böhmische Burg Königstein (1241), die markgräflichen Burgen Pirna und Wehlen (1269), Liebenthal und Rathen (1289). Diese meist durch Vögte geleiteten Verwaltungszentren wurden später zu Ämtern. Unter den hier geschilderten Umständen wurde die Region schrittweise besiedelt und die Machtverhältnisse wurden gefestigt.

Die Existenz der Städte und Dörfer zählt der Historiker erst ab der **ersten urkundlichen Erwähnung**. Die Siedlungsnamen begegnen uns in den Urkunden als Ausstellungsort, als Herkunftsort der beteiligten Personen und als Teil der urkundlichen Festlegungen (Privilegien, Rechte usw.). Die Orte haben mit Sicherheit schon vor dieser urkundlichen Erwähnung existiert. Oft liegt die zweite urkundliche Erwähnung sehr lange nach der ersten. Wäre also die erste nicht gefunden worden und wie so vieles, dem Zahn der Zeit zum Opfer gefallen, so erschiene so mancher Ort heute nicht so alt. Oft entsteht auch ein Streit, weil der Ort nicht als solcher exakt genannt wurde und dann entweder nur der gleichnamige Fluss, ein Wald oder Ähnliches gemeint sein kann. Bedingung ist, dass der amtliche bestätigte Nachweis für den Ort vorliegt ("Dorff Gissshobel").

Nach dem Tode des mächtigen Markgrafen **Heinrichs des Erlauchten** (1221-1288) ging die **Pflege Pirna** an böhmische Herren und der deutsche König bestätigte 1298 den Verkauf. Unser Gebiet gehörte damit zu Böhmen. Kirchlich war es dem Erzbistum Prag bis zur Reformation unterstellt.

Einige Ersterwähnungen unserer Orte ergeben sich aus Urkunden kirchlicher Ereignisse und sind deshalb in den Archiven des Prager Erzbistums aufbewahrt, wie auch andere Akten bis zur Reformation. Nach dem Tod Kaiser Karl IV. 1378 übernahm der schwache böhmische **König Wenzel** diese Gebiete als Erbe. Wenzel überließ seinem Kammerherrn Thimo von Colditz pfandweise die Pflege von Pirna, Struppen, Gottleuba, Wehlen, Königstein u. a., die damit aus dem böhmischen Lehnverband gelöst wurden. Jetzt konnte **Markgraf Wilhelm der Einäugige** seine Ziele anstreben. Er erwarb 1397 Eilenburg, Mühlberg, Strehla, 1398 Grenzfestung und Herrschaft Riesenburg, Stadt Dux, sowie Kloster Ossegg.

Durch einen Streit der Familien von Körbitz auf Meusegast und der Familie Donin 1385 entstand eine Fehde größeren Umfangs (**Dohnaer Fehde**) [1.59, 1.38]. Die Familie der Donins saßen als böhmische Lehnsherren und Burggrafen auf der Burg von Dohna. Die Auseinandersetzung begann um 1400 bei einer **Dresdner Ballfestlichkeit**, zunächst als persönlicher Streit zwischen Hans von Körbitz und dem jungen Burggrafen Jeschke von Donin, nachdem ein Edelmann Namens Körbitz dem Burggrafen Jeschke v. Dohna ein Bein stellte, worauf der Dohnaer mit einer Ohrfeige reagierte (spätere Berichte schmückten diesen Vorfall dann als **Adelstanz im Dresdner Rathaus** fantasievoll aus [1.53]). Unter dem Vorwand, dass durch die Fehde die Sicherheit der alten Handelsstraße, die an Dohna vorbei nach Böhmen führte, gefährdet war, griff Wilhelm der Einäugige, Markgraf von Meißen, in diesen Streit ein. Eine Einmischung des Böhmenkönigs Wenzel war nicht zu befürchten, da durch die deutschen Fürsten seine Absetzung beschlossen war. 1399 besetzte Wilhelm der Einäugige die Dohnaer Burg Rabenau, ließ die Brücke über den Grund bei Luga abbrechen und leitete den Verkehr über Pirna. 1402 eroberte Wilhelm der Einäugige die Burgen Dohna und Weesenstein. Schon wenige Tage nach seinem Sieg saßen seine Vasallen auf den Burgen der Dohnaer. In der Folge hatte er freie Hand. 1405 erwarb er nach der erfolglosen Belagerung Gottleubas im November 1404 für 3000 Schock böhmische Groschen von Jan von Wartenberg auf Tetschen das ganze Pfandgebiet der **Pirnaer Pflege**. Die Pflege Pirna umfasste Pirna, Gottleuba, Haselberg, Berggießhübel, Oelsen, Langenhennersdorf, Hermsdorf, Markersbach und Hellendorf. 1408 besaß er die Königsteiner Pflege mit der linkselbischen Sächsischen Schweiz, 1443 die Herrschaft Hohnstein und 1457 Rathen.

1.3.3 Der Vertrag von Eger

Im **Vertrag von Eger**⁴, am 25. April 1459, wurden Zugehörigkeiten der einzelnen Herrschaften bestätigt, doch so, dass alle diese sächsischen Erwerbungen auch weiterhin als böhmische Lehen

⁴ Im Vertrag von Eger vom 25. April 1459 einigten sich Georg von Podiebrad, König von Böhmen und Herzog Wilhelm von Sachsen auf eine Regelung der gegenseitigen Lehnrechte und Territorialansprüche, eine Erbeinigung zwischen beiden Fürstenhäusern und auf eine eindeutige Grenzziehung. Alle Städte, Schlösser, Märkte und Dörfer südlich des Erzgebirges wurden an Böhmen überwiesen. Dafür verzichtete der böhmische König auf die Landeshoheit über böhmische Lehen nördlich des Erzgebirge im Herrschaftsbereich der Wettiner liegend. Um den Vertrag abzusichern wurden zwei Ehen geschlossen.

gelten sollten.

Damit waren im 15. Jh. die Herrschaftsverhältnisse für die Region weitgehend geklärt. Die Herrschaft der Wettiner reichte nun bis in unsere Orte. Mit den Zuordnungen der Herrschaften waren jedoch nicht alle Grenzen festgelegt, so dass z. B. der Streit um das **Kriegsholz** (Streitwald) erst 1799 seinen Abschluss fand. Erst 1806, nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, kamen diese Gebiete endgültig an Deutschland. Die übernommenen Gebiete waren die Grundlage für eine neue Verwaltung durch Einteilung in Ämter. Es entstanden die Ämter Dohna, Hohnstein, Königstein, Lohmen, Rathen, Liebenthal, Wehlen und Pirna.



Abb. 1.3.5: Der Vertrag von Cheb (Eger) vom 25. April 1459 mit Siegeln. Quelle: Archiv der böhmischen Krone Prag. http://www.monasterium.net/mom/CZ-NA/ACK_14590425_01627_r.

1.3.4 Kurzer Exkurs in die Bergbaugeschichte

Schon im Zuge der ersten Besiedlung gab es kleinere Zinn-, Eisen- und Kupferfunde. Markgraf Otto von Meißen (1156-1190) ließ zwischen 1156 und 1162 im Bereich der Flusstäler der Freiberger Mulde und Striegis den Urwald roden und mehrere Waldhufendörfer für das Kloster Altleite anlegen: darunter Tuttendorf, Berthelsdorf und Christiansdorf. Im Jahre 1168 wurde bei Christiansdorf (Freiberg) Silbererz entdeckt. Als die reichen Silberfunde im Raum Freiberg bekannt wurden, lösten diese das **Erste Berggeschrey** aus. Schnell kamen auf die Kunde vom Silberreichtum Bergleute, Händler, Köhler und Vagabunden in dieses damals unwirtliche Gebiet. "Wo eyn man ercz suchen will, das meg her thun mit rechte" hatte der Markgraf, Inhaber des Bergnutzungsrechtes (Bergregal), den ins Land strömenden Siedlern zugestanden. Um die Bergleute, welche größtenteils aus dem Harz stammten, anzusiedeln, wurden sie von Feudalabgaben an Grundherren befreit und konnten sich so ganz ihrer Arbeit widmen. Eine direkte Steuer mussten sie jedoch in Form des Bergzehnten an den Landesherrn entrichten. Die Suche nach Erz dehnte sich im Laufe der Jahrhunderte bis in die Kammlagen des Erzgebirges und bis in unsere Region aus. Unsere Region lag um diese Zeit (bis 1459) unter böhmischer Herrschaft. Die neuesten archäologischen Forschungen weisen nach, dass offensichtlich in den Tälern der Weißeritz (Dippoldiwalde und Pölpeltal) im 12. Jh. mit geringen Erfolg und hohem Aufwand nach Silber gesucht wurde.

Es war eine bekannte Weisheit: - **Ohne Eisen kein Silber.**

Bisher wurde dieser Zusammenhang für die wirtschaftliche Entwicklung oft unterschätzt. Es waren Zehntausende von Bergleuten, die jeweils viele Bergeisen und Schlegel für ihre Arbeit benötigten und die täglich neu geschmiedet und gehärtet werden mussten. Der Abbau mit Schlegel und Eisen war über viele Jahrhunderte die effektivste Methode dem harten Gestein unter Tage Vortrieb abzugewinnen. Überall wurden im Bergbau für das Werkzeug (Schaufeln, Keilhauen, Kratzen, Karren und später die Hunte) Eisen benötigt. Da kommen viele Tonnen Eisen zusammen, die durch Verhüttung gewonnen werden mussten. Dafür benötigte man Eisenerz, viel Holzkohle und Wasser für die Blasebälge. Dem Landesherrn Friedrich dem Streitbaren war dieser Zusammenhang klar, er kaufte ab 1463 alle Bergwerke auf Eisen in unserer Region auf.

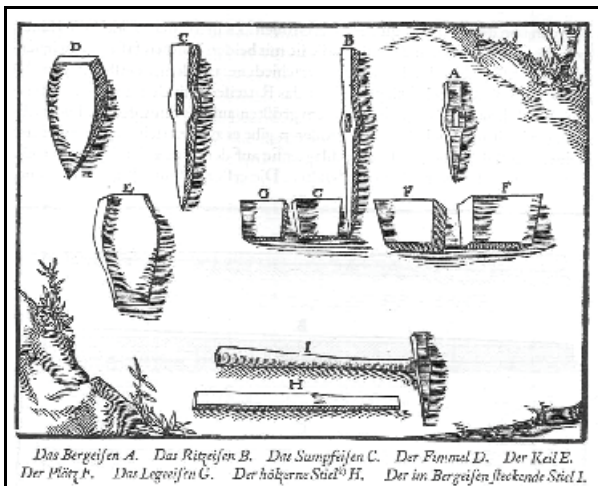


Abb. 1.3.6: Bergeisen. Quelle: Agricola [1.1].

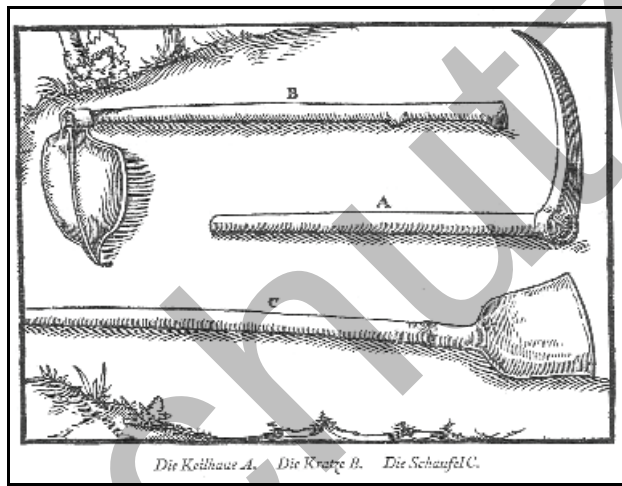


Abb. 1.3.7: Werkzeuge, die Eisen benötigten. Quelle: Agricola [1.1].



Abb. 1.3.8: Zwei nachgefertigte Bergeisen. Davon benötigte der Bergmann mehrere pro Schicht. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.3.9: Bergeisen am Riemen. Foto: Wikipedia.

Eisen war ein unedles Metall. Deshalb sind die Dokumente über die Gewinnung und Verarbeitung in der Vergangenheit oft stiefmütterlich behandelt worden und sie verschwanden oft aus den Archiven. Damit verschwand der Altbergbau auf Eisen im Vergleich zum Bergbau auf Silber häufig aus dem Gedächtnis.

Die hochwertigen Eisenerzlager neben Gottleuba waren ja sehr zeitig bekannt, lagen an der Oberfläche und konnten am Witeberg (Kirchberg) im Tagebau mit 600 m Länge abgebaut werden. Der Beginn des oberflächlichen Abbaus und der Verhüttung müsste damit um 1250 oder schon in der Periode des "Ersten Berggeschreys" liegen. Der alte, sehr umfangreiche Tagebau am Kirchberg lässt keinen anderen Schluss zu, denn es gab weit und breit kein anderes nennenswerte Eisenerzlager. Leider fehlen alle Nachweise für die Verhüttung des Erzes in dieser frühen Zeit (Bergwerke wurden 1388 erstmalig erwähnt). Die damaligen kleinen Rennöfen können nicht erhalten geblieben sein und die eventuell vorhandenen Schlacken sind möglicherweise durch die Hochwasser im Geröll der

Gottleuba von Giesenstein bis Zwiesel verstreut, denn die Hütten standen immer an den Flüssen. Dreihundert Jahre nach dem Ersten Berggeschrey wurden ergiebige Silbererzvorkommen 1470 in Schneeberg und 1491 am Schreckenberg im heutigen Annaberg-Buchholz entdeckt. Von dieser Kunde ging das **Zweite Berggeschrey** aus. Rege Bergbautätigkeit und der damit verbundene Zuzug von Menschen aus anderen Regionen dehnten sich auf das ganze Erzgebirge aus. Dabei lebte auch der Berggießhübler Eisenbergbau und die Verhüttung wieder auf. Ca. 40 **Hammerwerke** mussten mit Erz versorgt werden und Berggießhübel erhielt 1463 das erste **kurfürstliche Bergamt**. Eisen wurde rar und die eigens dafür 1472 gegründete **Kurfürstliche Eisenkammer Pirna** besaß allein das Recht des Eisenhandels. Um 1520 errichtete Rabe in Giesenstein den ersten Hochofen für den Eisenguss in Sachsen. Das **Pirnisch Eisen** wurde infolge des guten Erzes ein Qualitätsbegriff. Diese Entwicklung endete leider im Dreißigjährigen Krieg. Alle Hütten wurden zerstört, die Gruben ersoffen und verfielen.



Abb. 1.3.10: Das zweite Berggießhübler Bergamt am Kirchberg aus dem 16. Jh.



Abb. 1.3.11: Bergmann vor Ort. Das Wappenbild der Stadt Berggießhübel.

Nach dem Krieg erholte sich der Bergbau und die Verhüttung nur langsam. Ein Teil der Hämmer nahmen den Betrieb nicht wieder auf. Im 19. Jh. wurde der Bergbau mit modernen Methoden erweitert und das Erz wurde nach dem Bau der Eisenbahn auch an weit entfernt liegende Stahlwerke geliefert. Dann versetzte die englische Erfindung der Kokshochöfen der hiesigen Montanindustrie den Todesstoß. Es kam zu einer Eisen-Überproduktionskrise. Das Erzlager war praktisch erschöpft und für eine moderne Verhüttung zu unergiebig. Koks musste aus dem Ruhrgebiet herantransportiert werden und der Standort Berggießhübel war nicht ausbaufähig. Nur das Eisenwerk in Berggießhübel bestand als Maschinenfabrik (Drehbänke) und Gießerei (Bauguss und zuletzt Kolbenringgießerei) bis zur Wende weiter.

Dem Bergbau hat aber Berggießhübel mit den dabei erschlossenen Heilquellen, seinen Kurortstatus zu verdanken, obgleich die Quellen mit der Zeit versiegten.

So viel zu dem Erzabbau in der Region. Ausführlich sind diese Zusammenhänge für Interessenten im **Teil 3 Bergbau und Eisenverarbeitung in der Geschichte der Stadt** dargestellt.

Fast 800 Jahre nach dem ersten Berggeschrey brach in den Nachkriegsjahren ab 1946 mit dem Uranabbau der SDAG Wismut noch einmal Goldgräberstimmung im Erzgebirge aus. In unserer Region wurde in Königstein (Leupoldishain) nach der Auslaugungsmethode im großen Umfang Uranerz abgebaut, wobei sich das Abbauggebiet bis nach Langenhennersdorf erstreckte. Nach der Wende wurde der Abbau eingestellt und die Anlage abgerissen.

1.3.5 Hussiten

Der Priester, Theologe und Rektor der Prager Universität **Jan Hus** lebte im 15. Jh. und war ein beliebter Prediger, der die katholische Kirche reformieren wollte. Seine Forderungen waren: Abkehr von der verweltlichten Papstkirche und Hinwendung zu dem urchristlichen Leben, wie es das Evangelium verlangte und der Gebrauch des Abendmahls in beiderlei Gestalt (Das Abendmahl wird heute in der katholischen Kirche so gefeiert, dass die Gläubigen nur die Hostie {"Dies ist mein Fleisch"} erhalten, der Priester stellvertretend für die Gemeinde Wein vom Kelch trinkt {"Dies ist mein Blut"}). In der evangelischen Kirche erhalten die Gläubigen das Brot und den Wein {in beiderlei Gestalt}. Hus predigte in Tschechisch und schuf die tschechische Schriftsprache und Nationalkirche. Damit wurde die katholische Kirche in Frage gestellt und sie wehrte sich auf eine hinterhältige Weise, die einen der schrecklichsten Religionskriege auslöste.

Nach einem Erlass {Bulle} des Papstes gegen Hus im Jahre 1410 wurden die Handschriften von Huss

und seinen Mitstreitern öffentlich verbrannt. Doch Hus predigte unbeeindruckt weiter und wurde deshalb im Juli 1410 mit dem Kirchenbann belegt.

Danach brachen in Prag die ersten Unruhen aus. Hus verurteilte nun auch die Kreuzzugs- und Ablassbullen des Gegenpapstes, die gegen klingende Taler alles Verwerfliche gestatteten. 1412 musste Jan Hus fliehen, aber er war bereits zu bekannt geworden.

Als der Gegenpapst Johannes XXIII. erneut zu einem Kreuzzug gegen den König von Neapel aufrief und jedem Verbrecher vollkommenen Ablass versprach, ging er mit Unterstützung der Bevölkerung dagegen vor. Damit hatte er auch den König gegen sich, der ein wirtschaftliches Interesse an dem geplanten Ablasshandel hatte. Er vertrat die Ansicht, dass viele Häupter der Kirche in Wahrheit Diener des Teufels seien. Damit machte er sich bei der Kirche natürlich keine Freunde. Jan Hus musste sich jetzt verbergen, denn sein Leben wahr bedroht.

Um den Ruf der Kirche wiederherzustellen, sollte der Prediger 1417 auf dem "Konzil von Konstanz" die Gelegenheit erhalten, seine Ansichten frei und ungezwungen zu vertreten. Hierzu sicherte ihm der deutsche König und spätere Kaiser Sigismund freies Geleit zu. Der Papst hob am 4. November 1414 sogar sämtliche gegen ihn ausgesprochenen Kirchenstrafen auf.

Auf seinem Weg nach Konstanz erlebte Jan Hus überall freundlichen Empfang. Doch keine drei Wochen später geriet er in Gefangenschaft. In einem Anbau des Konstanzer Dominikanerklosters wurde er eingekerkert und der Feuertod angedroht. Er war Tags gefesselt und nachts bei schlechter Ernährung in einem Verschlag eingesperrt. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich. Bei der Verlegung in einen Gefängnisturm wurde ihm dringend ans Herz gelegt, seine Lehren zu widerrufen, was Jan Hus ablehnte.

Im Beisein König Sigismunds wurde Jan Huss am 6. Juli 1414 als Ketzer vom Konzil zum Feuertod verurteilt. Da sich der Verurteilte nach wie vor nicht zu einem Widerruf seiner Lehren bekehren wollte, ordnete der Reichsmarschall die Verbrennung an. Die Fackel wurde an den Holzstoß gelegt. Zusammen mit seinen Schriften wurde Jan Hus zwischen Stadtmauer und Graben als Ketzer auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Seine Asche streuten die Henker in den Rhein.

Das löste in Böhmen eine leidenschaftliche Empörung gegen die katholische Kirche aber auch gegen den deutschen Kaiser aus, der dieser Kirche fest verbunden war. 1419 griffen die radikalen Anhänger von Hus, die Taboriten, Prag an. Das war der Beginn der **Hussitenkriege** (siehe [1.46]).

Die später im Ort Tabor gegründeten "Taboriten" - ein radikaler und besonders militanter Flügel der Hussiten - sollten sich vor allen wegen ihrer Grausamkeit an Frauen einen Namen machen. Von Vergewaltigungen, dem Abschneiden der Brüste oder dem Abziehen der Haut war die Rede.

1420 unterstützte der meißnische Markgraf Friedrich der Streitbare, Kaiser Sigismund im ersten **Kreuzzug gegen die Hussitenheere** mit einem eigenen Heer. Die Hussiten wendeten sich nun gegen das Land der Wettiner. 1426 wurde das kaiserliche Ritterheer von dem Taboriten Prokop bei Außig vernichtend geschlagen. Dadurch starben ganze Adelsfamilien aus, wie die des Burggrafen von Meißen. Die Hussitenheere waren den Ritterheeren durch die bessere Kampfmoral und Taktik (Wagenburgenkrieg, geschlossene Angriffsformationen) überlegen. Die Hussitenkriege führten zum Ende der Ritterheere. Leider entwickelten sich die Hussitenheere im weiteren Verlaufe des Krieges zu plündernden und mordenden Kriegerhaufen, die keinen Unterschied mehr zwischen den Glaubensanhängern machten und alles zerstörten und verbrannten.

Im Oktober 1429 drang ein Vortrupps der hussitischen Bauernheere von Graupen in Richtung Dresden in die Mark Meißen ein und plünderten das Land. Das Hauptheer befand sich seit September in der Lausitz (am 7. Oktober Eroberung von Kamenz). Nach der vergeblichen Belagerung von Bautzen (12. bis 16. Oktober) wendete sich das Heer gegen Meißen. Am 18. Dezember zog das Hauptheer von Graupen unter Prokop gegen Pirna, Dresden, Meißen und Oschatz, das am 29. Dezember verbrannt wurde. Dabei wurde unsere Region zwei Mal in Mitleidenschaft gezogen.

Erst im Februar 1430 kehrte Prokop über das Vogtland und Franken nach Prag zurück. Das Hauptheer bestand aus ca. 4.000 Reitern, 40.000 Mann Fußtruppen und 3.000 Wagen. In dem kurzen Feldzug wurden 18 Städte und 1400 Dörfer verbrannt. Ganz gleich, ob diese Zahlen übertrieben sind, ist es Fakt, dass hinter dem Heer eine ungeheure Verwüstung zurückblieb. Im Erzgebirge und besonders in Grenznähe wurden viele Dörfer entvölkert. In unserer Region waren es die Dörfer Oelsen, Breitenau und Erdmannsdorf. Erdmannsdorf wurde danach für immer aufgegeben. Über die Wüstungen Lindenknock und Heidenholz ist zu wenig bekannt, um ihr Schicksal zu beurteilen, denn genauere Angaben sind spärlich.

In Gottleuba erinnert die **Sage von den Vierzehn Nothelfern** mit dem **Kreuz für die vierzehn Nothelfer** unter dem Augustusberg an diese schreckliche Zeit.

Die Bewegung zur Reformierung der katholischen Kirche beschränkte sich nicht auf Böhmen, sondern ging durch alle europäischen Länder. Es war ein Versuch, die römisch-katholische Kirche zu reformieren. Viele Katholiken in West- und Mitteleuropa waren beunruhigt durch das, was sie als falsche Lehren und Missbrauch innerhalb der Kirche ansahen, besonders in Bezug auf die Ablassbriefe. Ein weiterer Kritikpunkt war die Käuflichkeit kirchlicher Ämter, die den gesamten Klerus in den Verdacht der Korruption brachte. Markgraf Friedrich II. der Streitbare aber verdankt seinem Einsatz an der Seite Kaiser Sigismunds in den Kriegen gegen die Hussiten besonders durch seinen Sieg bei Brüx die Kurwürde mit dem Titel Herzog von Sachsen-Wittenberg. Damit waren die Wettiner unter die sieben

mächtigsten Fürsten des Reiches aufgestiegen und das Herrschaftsgebiet der Wettiner wurde später nur noch **Sachsen** genannt.

1.3.6 Reformation

Die **Reformation** begann 1517. **Martin Luther** arbeitete damals als Theologie-Professor an der Universität Wittenberg. Er beschäftigte sich intensiv mit der Bibel und wurde immer unzufriedener mit den Regeln und Bräuchen der katholischen Kirche. Besonders störte ihn der Ablasshandel. Anstatt zur Beichte zu gehen, kauften die Menschen bei den Priestern teure Ablassbriefe, mit denen sie sich nach ihrem Glauben von ihren Sünden frei kauften. Luther störte auch, die Allmacht des Papstes und das Eheverbot der Priester.

Am 31. Oktober 1517 soll Martin Luther die berühmten 95 Thesen veröffentlicht haben. Die evangelische Kirche feiert jährlich an diesem Tag den **Reformationstag**. Luther wollte den Papst über die Richtigkeit seiner Thesen entscheiden lassen. Der Papst konnte aber als Vertreter Gottes und Nachfolger von Petrus keinen Zweifel an seiner Allmacht und Unfehlbarkeit zulassen. Luther kritisierte den Papst und die katholische Kirche zum ersten Mal öffentlich. Seine Thesen verbreiteten sich in der darauffolgenden Zeit schnell. Luther wollte die Bibel als einzige Glaubensgrundlage. Er wollte das Mönchstum und die Heiligen- und Reliquienverehrung abschaffen.

1518 vertieft Luther in weiteren Schriften seine Thesen. Daraufhin wurde im selben Jahr in Rom gegen ihn der Ketzerprozess eröffnet. Da er und seine Anhänger nun von Mitgliedern der katholischen Kirche verfolgt wurden, flüchtete Luther 1521 auf die Wartburg bei Eisenach, wo er sich Junker Jörg nannte. Innerhalb von nur elf Wochen übersetzt er dort das Neue Testament vom Griechischen ins Deutsche. 1534 wird die gesamte Bibel in deutscher Sprache veröffentlicht. Währenddessen beginnen seine Anhänger die Thesen in die Tat umzusetzen und stellen sich so gegen die katholische Kirche. 1522 kehrt Luther nach Wittenberg zurück und wirkt aktiv bei der Reformation mit. Da diese sich immer weiter ausbreitet, wird es der katholischen Kirche und den Mitgliedern des Reichstags unmöglich Luther zu verhaften. Luther predigt in ganz Deutschland und verbreitet seine Thesen so immer weiter.

Nach der ersten Phase der Reformation, die Deutschland konfessionell gespalten hatte, versuchten die katholischen und protestantischen Landesherren zunächst, eine für beide Seiten akzeptable Verfassungsordnung und ein Mächtigegleichgewicht zwischen den Konfessionen im Reich zu finden. Im **„Augsburger Religionsfrieden“** vom 25. September 1555 einigten sie sich schließlich auf den Grundsatz: **„wessen Herrschaft, dessen Religion“**. Die Bevölkerung wurde also nicht befragt. Der Landesherr bestimmte die Religion. Im Reich war damit das katholische und evangelisch-lutherische Glaubensbekenntnis als gleichberechtigt anerkannt, nicht jedoch das reformierte der Calvinisten und Hussiten. Für die Landesherren war der Übertritt zum reformierten Glauben dadurch lukrativ, weil beträchtliche Anteile des Kirchengutes (z. B. die Klöster) dem Landesherrn zufielen.

In dieser Zeit herrschte in unserer Gegend Frieden. Trotzdem war das Leben immer schwierig, denn Not und Krankheiten waren ständig gegenwärtig. So wurde unsere Gegend 1577 und 1582 von den Auswirkungen der Pest heimgesucht. Das Leben der Siedler hatte sich stark verändert. Die Geldwirtschaft hatte sich durchgesetzt. Die Produkte wurden verkauft oder gegen Entgelt abgeliefert. Abgaben an den Grund- oder Landesherrn schmälerten das Einkommen der Bauern. Gut wirtschaftende Bauern kamen dabei zu einem bescheidenen Wohlstand.

Zwischen dem 16. und 17. Jh. entstanden aus den ehemaligen Rittersitzen in Langenhennersdorf, Oelsen und Giesenstein durch Belehnung als Erb-, Lehn- und Gerichtsherren durch den Landesherrn die **Rittergüter**. Teilweise umfasste die Belehnung auch Teile oder ganze Dörfer. Die Rittergutsbesitzer verwalteten dadurch teilweise recht große Ländereien. Zum Rittergut Giesenstein (ehemaliger Rittersitz Nebelschütz) gehörten z. B. zeitweilig Hartmannsbach, Haselberg und Obergersdorf. Ursprünglich gehörten zu einem Rittersitz ca. vier Hufen Land, was natürlich den adligen Grundherren zu wenig Einkommen erbrachte, um standesgemäß auftreten zu können. Regulär war es ihnen durch kurfürstlichen Erlass verboten, den Bauern ihre Güter abzukaufen. Nur wenn Bauernland durch Verschuldung, nach Missernten oder Kriegseinwirkungen wüst wurde, kam es in ihre Hände.

Unsere Stadt gehörte in dieser Zeit zum Amt Pirna, in das nach 1405 die Ämter Dohna, Königstein und Rathen eingegliedert worden waren. Es umfasste damit ungefähr das Gebiet des späteren Landkreises Pirna. Der Verwaltungssitz des Amtmannes befand sich auf dem Schloss Sonnenstein.

1.3.7 Dreißigjähriger Krieg

1.3.7.1 Beginn des Krieges 1618

Mit der weiteren Ausbreitung der Reformation gegen Ende des 16. Jh. und dem gleichzeitigen Wiedererstarken des Katholizismus in der Gegenreformation schwand jedoch zunehmend die Bereitschaft zum Kompromiss. Eine neue Generation von Fürsten strebte danach, mit Gewalt die eigene Position auf Kosten der Gegenseite auszubauen.

Der Auslöser, der zum Ausbruch des **Dreißigjährigen Krieges** führte, war schließlich der Aufstand der protestantischen böhmischen Stände gegen den katholischen **Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Ferdinand II.** im Jahr 1618 (erstellt unter Verwendung von [1.46]). Er saß in Wien und vertrat einen Kurs des Absolutismus und der Gegenreformation. Die Aufständischen

warfen am 23. Mai 1618 die zur Verhandlung angereisten kaiserlichen Räte Martinitz und Wilhelm Slavata sowie einen Sekretär aus einem Fenster der Prager Burg. Die kaiserlichen Räte überlebten den Fenstersturz. Dass sie ihr Überleben einem Misthaufen im Burggraben zu verdanken hätten, ist aber eine Erfindung späterer Zeiten. Dieser **Fenstersturz zu Prag** gilt bis heute als Auslöser des Krieges.

Unser Sachsen blieb infolge der vorsichtigen Staatsführung des evangelischen **Kurfürsten Johann Georg I.** länger als ein Jahrzehnt vom Kriege verschont. Anfangs parteilos, traf der Landesvater jedoch vorsorglich schon im Jahre 1618 militärische Vorbereitungen gegen das Übergreifen der böhmischen Auseinandersetzungen auf sächsisches Gebiet.

Der **Kurfürst Johann Georg I.** verbündete sich 1620 mit dem Kaiser und stellte ihm sein Heer zur Niederschlagung der Aufständischen Böhmen zur Verfügung. Für die Übernahme der Kriegskosten verpfändete ihm der Kaiser die katholische Lausitz und zusätzlich sicherte ihm der Kaiser die Glaubensfreiheit der Lutheraner in Sachsen zu. Weil der Kaiser die Kriegskosten nicht zurückzahlen konnte, kam dadurch die Lausitz nach dem Krieg zu Sachsen. Der Kurfürst hatte damit seine böhmischen Glaubensbrüder verraten. Der von den Ständen eingesetzte neue böhmische König Friedrich V., bis dato protestantischer Kurfürst von der Pfalz, ordnete deshalb im September 1620 eine **Handelssperre gegen Sachsen** an. Es durften weder Brotgetreide, noch andere Lebensmittel nach Sachsen geliefert werden. Dies wurde mit einem Verbot der Ausfuhr Halleschen Salzes nach Böhmen beantwortet. Der Schmuggel an der Grenze blühte. Diese Maßnahmen haben in einer Reihe von Schmugglergeschichten ihren Niederschlag gefunden.

Das Freundschaftsverhältnis zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten lockerte sich jedoch, als der Kaiser nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstands in der **Schlacht am Weißen Berge** bei Prag am 8. November 1620 auf der ganzen Linie zum Angriff auf den Protestantismus in Deutschland überging. In Böhmen wurde dabei die Gegenreformation gewaltsam durchgesetzt. Im Prager Frieden von 1635 suchte er den Ausgleich mit den Reichsständen, konnte damit den Krieg aber nicht beenden, weil es nicht gelang, die ausländischen Mächte, besonders Frankreich und Schweden, daran zu hindern, ihre eigenen Interessen auf dem deutschen Kriegsschauplatz weiterzuverfolgen. Sie hatten kein Interesse an einem starken deutschen Kaiser.

Kaiser Ferdinand II. befahl, in seinen Ländern die "protestantische Ketzerei" endgültig auszurotten und die Rekatholisierung Böhmens zu vollenden. Viele Protestanten waren durch den Zwang lediglich zu "Muskatholiken" geworden, und die verbliebenen Evangelischen waren "hart wie Eisen". Ein kaiserliches Patent bezeichnete sie als "meineidige, treulose, ehr- und pflichtvergessene" Untertanen, die "aus den kaiserlichen Landen zu verbannen waren".

1.3.7.2 Exitus der Protestanten aus Böhmen

Damit begann der letzte Akt der Tragödie und der vollständige Exitus der Protestanten in Böhmen. Ca. 150.000 evangelischer Böhmen verließen daraufhin das Land und ließen sich auch in Sachsen nieder. Unter den ersten **Exulanten** waren vor allem Adelige, Pfarrer, Lehrer und Stadtbürger gewesen, aber später kam viel Landvolk, dem die Emigration eigentlich verboten war. Diese "Scholtenpflichtigen" verließen die Heimat, weil die Botschaft des Evangeliums von der Freiheit des Christenmenschen für sie zu einer mächtigen Triebkraft geworden war.

Die Einwanderung begann in den Jahren 1623 und 1624. Es war die größte Zuwanderung, die Sachsen seit der deutschen Kolonisation erlebt hatte. Konkrete Zahlen bestätigen das. 1629 zählte man in Pirna 2123 Exulanten gegenüber 58 in Dresden, 518 in Freiberg⁵. In den Archiven sind dazu umfangreiche Aufzeichnungen zu finden. Z. B. wandte sich der Hohnsteiner Amtsschösser (siehe [1.4]), dem die Probleme mit den Flüchtlingen über den Kopf wuchsen, an den Kurfürsten und bat um Instruktionen. Johann Georg I. steckte in einer Zwickmühle. Einerseits versuchte er, jeden Ärger mit dem Kaiser zu vermeiden, andererseits fühlte er sich verpflichtet, die Glaubensflüchtlinge zu beschützen. Er wies deshalb den Hohnsteiner Schösser an, die Flüchtlinge aufzunehmen, wenn sie "umb der Religion, nicht aber etwa anderer Verwicklungen willen" gekommen waren. Bald meldeten sich die böhmischen Grundbesitzer, denen die Leibeigenen in Scharen davon gelaufen waren. Allein aus den Herrschaften Schluckenau und Hainspach sollen es 700 gewesen sein. Um sie zurückfordern zu können, wurden ihnen unehrenhafte Motive und Gewalttaten unterstellt. Der Kurfürst distanzierte sich natürlich von solchen "Religionsverwandten" und sagte eine Prüfung zu.

Abgesandte aus Schluckenau und Hainspach erschienen daraufhin in Hohnstein, übergaben Verzeichnisse von Entwichenen und forderten ihre Herausgabe. Auch der Sebnitzer Rat wurde bedrängt, die Flüchtlinge auszuliefern. Er verhörte die Exulanten in Gegenwart eines böhmischen Beamten. Nach den Gründen ihrer Flucht befragt, erklärten alle, "dass sie sich besorget, auch zu der katholischen Religion gezwungen zu werden".

Auf kurfürstlichen Befehl hatten alle Bürgermeister und Dorfrichter "fleißige Erkundungen einzuziehen, was in jedem Städtlein oder Dorfe vor fremde Personen sich aufhalten und aus welcher Ursachen sie entwichen." Für den 23. April 1652 waren die Emigranten auf die Hohnsteiner Burg bestellt worden,

⁵ Hugo Jentsch. Die Geschichte von Pirna. <http://www.geschichte-pirna.de/>, unveröffentlicht.

um ihre Fluchtgründe in Anwesenheit böhmischer Vertreter vorzubringen. Die Hainspacher berichteten, dass sie eingesperrt wurden und "alle miteinander ihre notturfft zusammen thun" mussten. Um frei zu kommen, mussten sie katholisch werden. Den Nixdorfern hatten Landsknechte gedroht, die Häuser anzuzünden, wenn sie nicht "communiciren". Die Schluckenauer hatten binnen einer Stunde Stadt und Land zu verlassen. Und jedesmal vermerkte das Protokoll: "Die gräflichen Beamten können nichts darwider vorbringen."

Im Erzgebirge entstanden mit Genehmigung des Kurfürsten neue Städte und Siedlungen, denn die Ankommenden waren fleißige Handwerker und verstanden sich auf den Bergbau. Der Kurfürst hegte anfänglich Bedenken gegen die Neugründung und meinte, dass die Exulanten in den alten, bereits bestehenden Bergstädten unterkommen sollten. Dem Oberhofprediger, Dr. Jakob Weller, und dem Kurfürstlichen Rat Burkhard Berlichius gelang es, den Kurfürsten umzustimmen. Am 23. Februar 1654 ließ er "Mildtätigkeit" walten und genehmigte die Gründung einer Stadt. An den Rand seiner Bewilligung hatte er mit eigener Hand vermerkt, "daß dieses Städtlein hinfüro Johannis Georgen Stadt genennet werden soll, mit aller Freyheit, Zunfft, Innung, Handwerksgewohnheiten ... versehen."

So erhielt die Stadt Johannegeorgenstadt ihren Namen. Am 1. Mai 1654 wurden die Straßen und Plätze für das neue Stadtgebiet abgesteckt und jedem Bauwilligen durch Los ein Stück Land zugewiesen. 10 Tage später konnte die erste Schwelle zu einem Haus am Markt gelegt werden. Ende 1654 waren fast 40 Häuser vollendet. Als erstes städtisches Gebäude entstand das Brauhaus am späteren Röderplatz. Der neue Kurfürst Johann Georg II. förderte die Stadt, indem er die Hälfte der Zölle und Lizenzgelder erließ. Zehn Jahre nach der Gründung zählte Johannegeorgenstadt 2.000 Einwohner. Erst 1663-1669 wurde das Rathaus am Markt erbaut.

1728 emigrierten 800 Evangelische aus dem Böhmisches in das sächsische Zinnwald. 1731 gab es eine erneute Verfolgungswelle in Böhmen, daraufhin wurde nach einem festen Plan Neu-Georgenfeld (heute Zinnwald-Georgenfeld) angelegt. In den Neugründungen (oft zu erkennen an der Vorsilbe "Neu" z. B. Neurehefeld, Neusalza usw.) entstanden oft Exulantenkirchen wie in Zinnwald-Georgenfeld, Bärenstein und Deutschneudorf, in denen anfänglich auch Tschechisch gepredigt wurde.

Weiterhin ist einiges von dem Schicksal der Familie Bühnau bekannt. Rudolph der Ältere, geb. 1603, Herr auf Tetschen, Bodenbach, Blankenstein, Türmitz usw. musste, wie alle Bünaer in Böhmen, mit den inzwischen protestantisch gewordenen Untertanen alles verkaufen und Böhmen verlassen. Am Feste Philippi und Jakobi 1628 geht die Herrschaft Tetschen für 160.000 rheinische Gulden an Christoph Freiherr v. Thun über. Da die Bezahlung unvollständig bleibt, entwickelt sich ein lange währender Streit, wie noch heute im Hauptstaatsarchiv in Dresden nachzulesen ist.

Bekannt ist auch das Schicksal von Rudolph von Bünau den Jüngeren (auf Prossen). Er wurde als Protestant 1628 aus Böhmen vertrieben, verlor seine Besitzungen in Böhmen und kaufte die Herrschaft Prossen. 1636 erwarb er von seinem Bruder Rudolph dem Älteren auf Lauenstein das Vorwerk Oelsen samt dem Dorfe Oelsen für 12.000 Gulden, 10 Groschen und 2 Pfennig. Dieser Kaufvertrag wurde 1637 von dem Oelsener Schulmeister Christoph Tittel niedergeschrieben und verankert, dass "dies Gut Oelsen von dem Lauensteiner nunmehr separiert ist". Die Untertanen waren nun dem neuen Herren verpflichtet. Die Urkunde befindet sich noch heute im Archiv Oelsen.

Die Gegenreformation war für Böhmens Wirtschaft ein kräftiger Aderlass. Unter den Exulanten befanden sich auch viele gute und wohlhabende Handwerker und Kaufleute, die Sachsens Wirtschaft stärkten. Dagegen wurden viele geflüchtete Adlige abgewiesen.

Um den Kurfürsten zu zwingen, auf der Seite des Kaisers zu bleiben, fiel der Heerführer des Kaisers, Tilly, nach der Zerstörung Magdeburgs mit 40.000 Mann in Sachsen ein.

1.3.7.3 Schwedennot

Kurfürst Johann Georg I. entschied sich nach langem Zaudern am 11. September 1631 für einen Vertrag mit dem protestantischen Schwedenkönig **Gustav Adolf** und damit zum Kampf gegen den Kaiser. Von jetzt an begann das Kriegselend unmittelbar auch in unserer Heimat.

Während der Schwedenkönig Gustav Adolf nach der siegreichen Schlacht bei Breitenfeld am 7. September 1631 auf seinem Triumphzug durch Deutschland bis in die Kernlande des katholischen Glaubens, nach Bayern, vorstieß, drangen sächsische Truppen im Spätherbst 1631 in Böhmen ein. Am 3. November zog der Kurfürst durch Pirna und weiter über Berggießhübel, Ústí (Aussig) nach Prag. Am folgenden Tage überschritt der Hauptteil des sächsischen Heeres unter dem Befehl des Generals von Arnim bei Sluknov (Schluckenau) die Landesgrenze. Der bedrängte Kaiser musste nach dem Tode Tillys den abgesetzten **Wallenstein** bitten, die Führung seiner Heere wieder zu übernehmen. **Wallenstein** ging zum Gegenangriff über und warf die Sachsen mit dreifacher Übermacht aus Böhmen.

Ende Mai 1632 kehrten die kurfürstlichen Regimenter von Ústí über Petrovice (Peterswald) nach Pirna zurück und bezogen bis zum Juli ein befestigtes Lager bei Laubegast, wo der sächsische Feldherr den feindlichen Angriff erwartete. Danach wurden alle Übergänge über das Erzgebirge verschanzt und bewacht. Die Elbe wurde bei Königstein mit Ketten abgeriegelt. Jedoch alle Sicherungsmaßnahmen vermochten die Einfallstore aus Böhmen nicht zu verstopfen und das Eindringen der kaiserlichen Truppen aufzuhalten. Wallenstein hatte sich überraschend gegen Leipzig gewandt.

Aber nach dem Abmarsch des sächsischen Heeres aus dem Laubegaster Lager in die (damals böhmische) Oberlausitz, versuchte der **Feldmarschall Heinrich Holck** auf Befehl Wallensteins im August Dresden zu nehmen. Er brannte am 4. September das Städtlein Dippoldiswalde bis auf das Schloss und ein einziges Haus ab, "säbelte 17 Bürger jämmerlich nieder und verfuhr auch sonst mit Plünderung und Schändung derer Weibspersonen recht Holckisch".

Im Juli und August hausten die Kaiserlichen in Lauenstein und in Oelsen, verschonten aber auch die böhmischen Orte Petrovice (Peterswald) und Naklérov (Nollendorf) nicht. Die sächsischen Truppen vergaltens Gleiches mit Gleichem. Am 12. Juni 1632 beraubten sie Dorf und Kirche Krásný Les (Schönwald), am 13. Habartice (Ebersdorf). In der Not schloss sich die Bevölkerung des Gebirges zusammen und leisteten Widerstand. Diese entschlossene Kampfbereitschaft war ein wirksames Abschreckungsmittel für die Kaiserlichen, die unter solchen Umständen den beabsichtigten Einfall in unsere Gegend unterließen.

Nach der verlorenen **Schlacht bei Lützen** am 16. November zog sich Wallenstein nach Teplice (Teplitz) zurück. 500 Kroaten drangsalierten unsere Gegend von Dezember bis Februar.

Nach der Niederlage der Schweden bei Nördlingen am 6. September 1634 wurde der Kurfürst von Sachsen wieder wankelmütig. Am 30. Mai 1635 löste er das Bündnis. Er schloss nach Verhandlungen in Litomerice (Leitmeritz) und in Pirna mit dem Kaiser einen Sonderfrieden, durch den die Lausitz zu Sachsen kam und wechselte wieder zum Kaiser über. Die lange Sehnsucht der Bevölkerung nach Ordnung und Sicherheit ging aber nicht in Erfüllung. Anfang 1637 fielen die Schweden aufs Neue in Sachsen ein, um für den Wechsel des Kurfürsten Rache zu nehmen. Damit begannen die Leiden unserer Heimat abermals. Die Grausamkeiten wurden durch kurfürstliche Truppen im Wettstreit mit kaiserlichen Söldnern verübt. Die Bevölkerung floh in den Schutz der Wälder und Höhlen des Gebirges.

Im März 1639 zog der kaiserliche Heerführer Gallas mit dem Feldmarschall Grafen Morzin durch Sachsen. Dohna und Maxen plünderten sie am 5. März. Pirna selbst durften sie auf Verbot des Kurfürsten nicht betreten. Nur der Feldmarschall bezog am 9. März innerhalb der Stadtmauern Quartier. Er wohnte im Gasthaus "Weißer Schwan" am Markt. Aber in den Vorstädten wurde ein Teil des Fußvolks untergebracht, das hier arg hauste. Fürchterlich gebärdeten sich die Kaiserlichen in Gottleuba, wo sie dem Bürgermeister Daumenschrauben anlegten und die Bewohner marterten, die Wohnhäuser plünderten und die städtischen Freiheitsbriefe, die Gerichtsladen, Handschriften und Verschreibungen vernichteten. Morzin zog mit seinen Truppen am 14. März von Pirna über Berggießhübel nach Böhmen ab.

1.3.7.4 "Pirnaisches Elend" 1639

Im Frühjahr 1639 standen die kaiserlichen sowie die kurfürstlichen Truppen den Schweden noch einmal gegenüber, wurden aber am 4. April bei Chemnitz geschlagen. Sie zogen sich nach Böhmen zurück. Sachsen war nun schutzlos den rachsüchtigen Schweden preisgegeben. Nach der erfolglosen und verlustreichen Belagerung Freibergs versuchte Banér die Stadt Pirna und das Schloss Sonnentein zu erobern, die die Elbfurt und die hier einmündenden wichtigen Landstraßen beherrschten.

Es war am dritten Ostertage, dem 16. April morgens 8 Uhr. Die Gemeinde hatte sich zum Gottesdienst in der Hauptkirche zu Sankt Marien versammelt. Mitten in der andächtigen Stille der Predigt des Superintendents rollte plötzlich der Donner der Kanonen von der Festung über der Stadt, die den anrückenden Schweden die ersten Grüße entgegen schickten. Der Geistliche brach seine Rede sofort ab. Alles stürzte aus dem Gotteshause hinaus und rannte in die Wohnungen.

Der Kommandant des Ortes und des Schlosses, der Oberstleutnant der Artillerie **Siegmund von Liebenau**, traf in fieberhafter Eile die nötigsten Vorbereitungen zur Verteidigung. Er ließ die Stadttore zuschütten und schickte die waffenfähigen Bürger und die schwache Besatzung der Burg mit ihren Musketen auf die Wehrgänge. Banér hatte seine Streitmacht draußen in der Elbaue, auf dem Hausberg nahe bei Cunnersdorf und vor dem Schiffertore versammelt. Am Abend zuvor hatte er den Ort so vollständig eingeschlossen, "dass nicht ein Hund hätte vor ihm aus- oder reinkommen können". Sofort begannen die Vorbereitungen des Feindes zur Belagerung der Stadt. Ungeachtet des Feuers der Geschütze des Sonnensteins grub er Minen, errichtete und bestückte Schanzen. Um freies Schussfeld zu bekommen, ließ Liebenau die Häuser der Vorstädte niederbrennen.

Eine lange, bange Woche voller Belagerungsängste war vergangen. Am 23. April fingen vormittags 8 Uhr schlagartig alle Geschütze der Schweden an zu schießen und schleuderten ihre Kugeln stundenlang hauptsächlich gegen die Tore. Punkt 12 Uhr schwiegen sie. Banér richtete durch einen Trommelschläger vor dem Dohnaischen Tore die Frage an den Kommandanten, ob er die Stadt jetzt übergeben wollte. Der unerschrockene Liebenau ließ ihm antworten: "Es mag sich verkriechen, wer sich fürchtet... Ich habe keinen Befehl, einen Vergleich zu schließen oder die Stadt zu übergeben. Gott wird uns beistehen!"

Jetzt bliesen die Schweden zum Sturme. Am Dohnaischen Tore riss eine Mine eine breite Bresche in die Umwallung, durch die die Feinde eindringen. Da Liebenau keine Möglichkeit sah, sie wieder hinauszuerwerfen, gab er die Stadt auf. Die Besatzungstruppen zogen sich auf die Festung zurück.

In dem Kirchgässchen stellte sich ihm der Bürgermeister, Heinrich Promnitz, verzweifelt mit den Worten entgegen: "Herr Comendante, Herr Comendante, will er uns denn verlassen und aufs Schloß?"

Wie sollen wir uns denn in der Stadt verhalten?" - "Nimm den Superintendenten mit und akkordiere (mit den Schweden)" rief ihm dieser in Hast zu und sprengte auf seinem Schimmel den Schlossberg hinan, schon verfolgt von den ersten peitschenden Flintenschüssen.

Die Bürgerwehr war längst von ihren Posten geflohen. Die durch den heftigen Widerstand in äußerster Wut versetzten Sieger hausten in ihrer Bluttrunkenheit wie reißen Tiere in dem Orte. Mehr denn 350 blutige Menschenleiber lagen acht Tage lang faulend in den Straßen. Bewaffnete und waffenlose Bürger, Frauen und Kinder. Die Stadt war in der Hand des Feindes, nicht aber die Feste Sonnenstein. In Scharen überfluteten die Schweden von Pirna aus alle Teile der Region. Am 18. April hatte eine starke Abteilung Schweden aus Rache für das gewaltsame Ende sieben ihrer Kameraden, die hasserfüllter Bergleute in Altenberg in einen stillliegenden Schacht hinabgestürzt hatten, alle Frauen und Männer zu Tode gemartert. Sie äscherten die Schule, 69 Bürgerhäuser, 3 Scheunen, 2 Göpel und 1 Zechengebäude ein.

Am 6. Mai zog Banér mit seiner Hauptmacht von seinem Standquartier Zehista über Peterswald, Usti (Aussig) und sodann über Leitmeritz nach Prag. Zwei Regimenter führten die Belagerung des Pirnaer Schlosses fort. Die Schweden, die geprahlt hatten, die Feste gleich in einer Frühsuppe aufzuessen, vermochten sie jedoch nicht zu nehmen, sächsische Streitkräfte aber auch nicht, sie zu befreien.

Am 22. September flutete der Heeresstrom aus Böhmen über Peterswald und Berggießhübel wieder in unsere Region zurück, um den Belagerungstruppen des Sonnensteins Hilfe zu bringen. Banér entschied sich, Pirna zu räumen, aber aus Rache für die schweren Verluste, die er hier erlitten, "das verwünschte Rattenest" dem Erdboden gleichzumachen.

Am 24. September ließ er sein grausiges Vorhaben austrommeln und die Einwohner auffordern, ihre Heimstätten zu verlassen und sich ohne Verzug über die Elbe zu begeben. In jedem Hause wurde Holz und Stroh aufgeschichtet und Pech zum Anzünden niedergelegt. Alles Bitten des Bürgermeisters und des Rates konnte das Herz Banérs nicht erweichen.



Abb. 1.3.12: Der gusseiserne Hinweis am Wohnhaus von Jacobäer in Pirna am Markt.

Aber der schwedische Oberst Oesterling, der den Befehl hatte, am nächsten Tage das Niederbrennen zu vollziehen, fühlte Erbarmen mit der Stadt. Er drängte den **Apotheker Theophilus Jacobäer** zu einem letzten Rettungsversuch. Noch in der Nacht sollte dieser auf seinem Pferd an den Hof nach Dresden jagen und die Kurprinzessin, eine Verwandte der Königin von Schweden, bewegen, Banér schriftlich um Gnade für Pirna zu bitten. Die Rettung glückte. Der schwedische Feldherr ließ nach Kenntnisnahme des fürstlichen Schreibens dem Rate und der Bürgerschaft unerwartet mitteilen, dass er ihre Stadt verschonen wolle. Er wendete sich am 26. September, nachdem er Teile des Mauerkranzes der Stadt hatte sprengen und eine Anzahl Häuser niederbrennen lassen, wieder nach Böhmen und nahm auch die Besatzungstruppen mit. Pirna und sein Schloss waren gerettet und frei vom Feinde.

Mit der Aufhebung der Belagerung des Sonnensteins Ende September 1639 waren zwar die ärgsten schwedischen Bedrängnisse für die ganze Gegend überwunden. Teuerung und Hungersnot waren die Folgen. Wie nachhaltig die Eindrücke jenes leidvollen Jahres der **Schwedennot** 1639 auf die Volksseele gewirkt haben, beweisen eine Anzahl Flurnamen, die heute noch an Schluchten und Höhlen unseres Gebirges haften, in denen die gequälte Bevölkerung Zuflucht suchte und fand:

die "Schwedenlöcher" bei der Bastei und bei Dorf Wehlen in der Nähe der Wilke-Aussicht, die "Schwedenhöhle" im Bielgrund südlich der Otto-Mühle, die "Schwedenhöhle" auf dem Gohrsch und die "Fehmhöhle" an der Bastei, an deren Eingang sich die Jahreszahl 1639 und die Namensbuchstaben A. F. eingemeißelt finden.

1.3.7.5 Westfälischer Frieden 1648

Am 27. August 1648 schloss der Kurfürst von Sachsen in Kötzensbroda unter harten Bedingungen einen Waffenstillstand mit den Schweden, der bis zum **Westfälischen Frieden 1648** verlängert wurde. Die Dokumente des Vertrages galten bis zur Französischen Revolution als Grundlage des Systems der europäischen Staaten, das um 1650 erst im Entstehen begriffen war. An dem Kongress nahmen die meisten politisch relevanten Mächte teil (außer Polen, Russland, England). Ihre aus-

drückliche Nennung im Vertrag war die Garantie für die Einhaltung der Verträge. Das Heilige Römische Reich war nun endgültig nur noch ein Rahmen um mehrere Einzelstaaten. Dennoch sollte es in dieser Konstellation noch bis zum Jahre 1806 überdauern, ehe Napoleon ihm den Gnadenschuss verpasste.

Sachsen musste darüber hinaus bis in das Jahr 1650 Kontribution entrichten, bis die im Friedensvertrage zugesprochene Kriegsentschädigung von 5 Millionen Talern bezahlt war.

Am meisten hatten die Orte durch die vielen Truppendurchmärsche, Einquartierungen, Plünderungen, Brand und Mord erdulden müssen. Ganze Ortschaften waren nach dem Kriege Ruinenstätten ohne eine Spur menschlichen Daseins. Blühende, Jahrhunderte alte Industriezweige des sächsischen Gebirges hatte der Krieg vernichtet, die nie mehr oder nur kümmerlich auflebten. Das Hammerwerk Fichte war schon vor 1626 eingegangen. Ihm folgten um 1632 das Hammerwerk Kleppisch, 1636 das Hammerwerk Reichstein, 1640 das Hammerwerk Bahra. 1639 brannten die Schweden mit dem Dörfchen Brausenstein auch das dortige Hammerwerk nieder. Mühlen waren für Jahrzehnte in Trümmerhaufen verwandelt worden.

Der Handel lag vollständig darnieder. Das alte, gute Silbergeld war verschwunden. Durch **"Kipper und Wipper"** kamen geringwertige Münzen in Umlauf. Auch in Pirna hatte man im Haus Nr. 10 am Marktplatz eine Kippermünzstätte eingerichtet, die die kurfürstliche Regierung einem Pächter übertrug, der sich Reichtum damit erwarb.

Auch nach dem Westfälischen Frieden zogen noch monatelang marodierende Söldner beider Seiten durch das Land und nahmen alles mit, was sie fanden. Moralische Bedenken waren verloren gegangen.

Pirna erlangte nie wieder die herausragende wirtschaftliche Stellung, wie vor dem Kriege. Der große Bevölkerungsschwund durch das Morden und die Seuchen wurde jedoch durch die Zuwanderung der tschechischen Exulanten weitgehend ausgeglichen.



Abb. 1.3.13: Die spanischen und niederländischen Gesandten beschwören am 15. Mai 1648 im Rathaussaal den Frieden von Münster. Gem. v. Gerard Terborch. Foto: Wikipedia.

Historiker schätzen ein, dass unsere Region mit zu den am stärksten in diesem Kriege verwüsteten Regionen in Deutschland gehörte. Besonders um die Passstraßen stand kaum noch ein Haus. Die wenigen Überlebenden aus den Dörfern hatten sich in die Wäldern versteckt, in der Hoffnung, von den Söldnern, gleich welcher Seite nicht gefunden zu werden. Nach der Rückkehr fehlte es an Saatgut, Knechten, Mägden und an Baumaterial. Hinzu kamen als Folge der Verwüstung, Hungersnöte und Seuchen. Es dauerte lange bis sich das Land von diesem Elend erholte. In den Akten ist dies in der Regel nur an den nüchternen Zahlen über die geringen Bevölkerungszahlen, den vielen

brachliegenden Bauerngütern und den vielen Besitzerwechseln zu erkennen.

Im Chaos der Nachkriegszeit versuchten einige Rittergutsbesitzer die Agrarordnung des Kurfürsten zu umgehen. In dessen Agrargesetzen hieß es zum Schutz der Bauern, dass "ein Bauern-Guth von niemanden, als Leuthen des Bauern-Standes erworben werden kann". Bauerngüter (die Hufe Land mit Gehöft) hatten in Kriegszeiten oft den Besitzer gewechselt, aber nur von Bauer zu Bauer. Hier blieb der Kurfürst hart. Trotzdem gelang es einigen Rittergutsbesitzern in der Nachkriegszeit ihren Landbesitz durch lange brach liegende Flächen zu vergrößern.

Ähnlich verliefen die Versuche der Rittergutsbesitzer ihr Einkommen durch Vergrößerung der Abgaben und Dienste der Bauern zu vergrößern. Das nahmen die Bauern aber nicht ohne Widerstand hin und hielten zusammen. Es kam zu vielen Prozessen, die sie oft verloren. Sie klagten gegen die Herren unter deren Gerichtsbarkeit sie standen. Es gab aber auch Fälle, in denen sie gewannen. Als sich die Beschwerden beim Kurfürsten häuften, lies dieser die Zustände prüfen. In einem Fall entzog Georg II. einem Herrn von Loss 1649 das Pillnitzer Lehn, weil er seine Lehnsleute über alle Maßen ausgebeutet hatte. Das Erbregister wurde daraufhin korrigiert. Um ihre Einnahmen zu vergrößern, schränkten die Grundherren die Nutzung der Gemeindeweiden und der Brachen ein, um ihre eigenen Schafe weiden zu lassen. Außerdem erweiterten sie ihre Jagdrechte, in dem sie festlegten, dass die Bauern das Wild nicht von ihren Feldern vertreiben durften und verboten das Fischen.

1.4 Die Zeit bis zu den Befreiungskriegen (Koalitionskriegen)

1.4.1 Zweiter Nordischer Krieg

Nach dem Dreißigjährigen Krieg waren viele sächsische Städte und Dörfer zerstört, große Verluste an Menschenleben waren zu beklagen, das Land war verarmt und die Staatskasse leer. Auch die kleinsten und verkehrsentlegendsten Ansiedlungen des Gebirges hatte das Kriegsvolk ausgeschnüffelt. Allerdings erholte sich der sächsische Staat aufgrund seiner natürlichen und politischen Voraussetzungen (gute Böden und reiche Erzvorkommen auf der einen, eine gut organisierte Verwaltung auf der anderen Seite) schneller als andere Territorien des Reiches von den Folgen des Krieges.

Eine wichtige Komponente für den Wiederaufstieg Sachsens stellten die aus den habsburgischen Territorien nach der Gegenreformation einströmenden **Exulanten** dar, durch die der Bevölkerungsverlust aus den Kriegszeiten schneller ausgeglichen werden konnte. Das handwerkliche und kaufmännische Können der Exulanten und ihr Gewerbefleiß kurbelten die Wirtschaft an. In Böhmen hatte die Auswanderung dagegen tiefe Wunden hinterlassen.

Der **Erste Nordische Krieg (1655 - 1660)** war eine Auseinandersetzung zwischen dem schwedischen König Karl X. Gustav und Polen, Dänemark und Brandenburg und wurde durch den Tod des Schwedenkönigs beendet. Sachsen war nicht einbezogen.

Der **Zweite Nordische Krieg** begann 1699 zwischen dem Königreich Schweden unter Karl XII., Russland, Dänemark und dem Königreich Polen. Wir erinnern: **August der Starke (1694 - 1733)** wurde 1694 Kurfürst. 1697 trat er zum katholischen Glauben über, um die polnische Königskrone zu erwerben. Die Personalunion Sachsen-Polen bestand mit zwei kurzen Unterbrechungen von 1706 bis 1763. Sachsen wurde dadurch leider in den Krieg mit hineingezogen, weil August der Starke König von Polen war. Die Schweden besiegten die Gegner einzeln, zuletzt erzwang Schweden 1706 die Kapitulation der Polnisch-Sächsischen Armee, besiegelt durch den **Frieden von Altranstädt** bei Leipzig. Infolge dessen musste August der Starke die polnische Königskrone zurückgeben und die schwedische Armee hielt große Teile des Kurfürstentums Sachsen besetzt. Durch Einquartierung in "Stube und Stall", Verpflegung von "Reiter und Ross", Eintreibung von Kriegssteuern sowie durch Zwangsdienste wurde die Bevölkerung extrem belastet. Plünderung und Verwüstung waren allgegenwärtig. Land- und Waldwirtschaft, Handel, Gewerbe und Manufakturen kamen fast völlig zum Erliegen. In der nun beginnenden Besatzungszeit nutzte die Bevölkerung wiederum natürliche Verstecke in den unwegsamen und dicht bewaldeten Felsenrevieren, um sich selbst, die bewegliche Habe und die Nutztiere vor dem Zugriff der Schwedischen Armee zu verbergen.

Erst 1707 zogen die Schweden wohlgenährt und gut ausgerüstet wieder ab. Bei dem Abzug des Schwedenkönigs kam es zu einer unglaublichen Episode:

"Nahe bei Dresden war er plötzlich auf den Gedanken gekommen, August dem Starken einen Besuch abzustatten. Er ritt in die Stadt in Begleitung von drei oder vier Generälen und stieg vor dem königlichen Palast ab. Er kam bis fast an des Königs Gemach, ehe seine Anwesenheit in der Stadt bekannt wurde...Karl betrat gestieft und gespornt dessen Gemach. August war unpässlich und befand sich im Schlafrock..."⁶. **August der Starke** zog sich leidlich gut aus der Affaire und lud König Karl zum Frühstück ein. Die schwedischen Generäle wollten aus Angst um ihren König Karl schon Dresden stürmen, als dieser gut gelaunt zur Armee zurückkam. Er zog dann weiter nach Russland.

Unter der Herrschaft August des Starken und seines Sohnes Friedrich August II. erblühte Dresden. Die berühmten Bauwerke wie Zwinger, Semperoper, Hofkirche und Frauenkirche entstanden. Kurfürst Friedrich August der II. konnte sich nach der Heirat mit der Tochter des deutschen Kaisers Karl VI in Wien, sogar Hoffnung auf die deutsche Kaiserkrone machen.

Die Bauern auf dem Lande spürten jedoch nichts von diesem Aufschwung. Die vom Hofe ausgelösten Aufträge brachten zwar Arbeit und Lohn, aber die hohen Steuern fraßen alles wieder auf.

Trotz seines politischen Scheiterns hat der 1733 gestorbene Kurfürst große Verdienste bei der Förderung der sächsischen Kultur und Kunst auf höchstem europäischen Niveau. Die Union Sachsens mit Polen endete mit dem Tode des Sohns Augusts des Starken, **Friedrich August II.**, im Jahre 1763. Ein neues Angebot der zur Übernahme der polnischen Königskrone lehnte sein Sohn der Kurfürst Friedrich August III. im Jahre 1791 ab. Sachsen war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, im Konzert der Großmächte mitzuspielen.

1.4.2 Preußen wird mit Friedrich dem Großen Großmacht

Die Etablierung der **Preußen** in der europäischen Geschichte begann mit den **Schlesischen Kriegen**, die unser Gebirge nur wenig berührten aber die Geschichte Sachsens festschrieben [1.9, 1.10]. 1740 übernahm **Kurfürst Friedrich II. von Preußen (Friedrich der Große)** die Regierung und am 20. Oktober 1740 starb Kaiser Karl VI., wodurch die österreichische Erbfolge wieder offen wurde. Daraufhin besetzte Friedrich II. im **Ersten Schlesischen Krieg** Schlesien und besiegte Österreich am 10. April 1741 bei Mollwitz.

⁶ Berichtet von Voltaire nach [1.44]

Im **Zweiten Schlesischen Krieg** erobert Maria Theresia Böhmen zurück, hielt Bayern besetzt und verbündete sich mit England und Hannover.

Die verschwenderische Herrschaft unter dem **Kurfürsten Friedrich August II. (1733 - 1763)** hatte zu völliger Vernachlässigung des sächsischen Heeres geführt. Mit wenig politischem Weitblick und der schlechten Beratung von seinem Ersten Minister, dem Grafen Heinrich von Brühl, wählte er im **Zweiten Schlesischen Krieg** das Bündnis mit der Erzherzogin von Österreich gegen Friedrich des Großen. 1744 trat auch Rußland dem Bund bei. Im Sommer 1744 marschierte Friedrich II. von Preußen mit 80.000 Mann durch Sachsen und nahm Prag. Friedrich August II. (als König von Polen August III.) stellte den Österreichern sein Heer zur Verfügung und 20.000 Sachsen marschierten hinter den Preußen nach Cheb (Eger). Friedrich II. zog sich nach Schlesien zurück. Am 8. Januar 1745 schlossen Österreich, England, Sachsen, Holland, Rußland ein Bündnis, mit dem Ziel der Rückeroberung Schlesiens. Darauf schlug am 4. Juni 1745 Friedrich II. Sachsen und Österreich bei Hohenfriedberg und Striegau vernichtend.

Am 12. Dezember rückten 18.000 österreichische Soldaten in das Osterzgebirge ein, und besetzten alle Gebäude. Alle Vorräte wurden geplündert, das Vieh geschlachtet, die Kleider und Schuhe geraubt und alles brennbare in den Lagerfeuern verbrannt. Als Verbündete von Sachsen hausten sie wie die Hunnen. Obgleich Krieg war, blieben sie in den Quartieren. Preußen bot Sachsen ein Bündnis an, der Premierminister Brühl lehnte (leider) ab und arbeitete weiter gegen Friedrich II.

Am 15. Dezember 1745 wurde das 30.000 Mann starke, schlecht ausgerüstete, geführte und versorgte Heer der Sachsen, bei der **Schlacht bei Kesselsdorf** in eisiger Kälte von den Preußen vernichtend geschlagen. Die Österreicher standen Gewehr bei Fuß. Über 7000 Landsleute blieben erfroren und erschossen auf dem Schlachtfeld. Daraufhin ergab sich am 16. Dezember Dresden. Im **Frieden von Dresden am 25. Dezember 1745** erneuerte Österreich seinen Verzicht auf Schlesien und Glatz, Sachsen zahlte 1 Million Taler und trat Fürstenberg/Oder an Preußen ab. Österreich hatte seinen Besitzstand erhalten und Preußen war zur militärisch erprobten Großmacht geworden.

Über die Schlacht bei Kesselsdorf gibt es in [1.32] einen sehr ausführlichen und eindrucksvollen Bericht von Wulf Kirsten, der hier gekürzt wiedergegeben wird.

“Der Kriegsrat in der Residenz Dresden unter Vorsitz des Herzogs von Weißenfels hatte Anfang Dezember vor, zusammen mit den Österreichern das preußische Heer anzugreifen. Die österreichische Rheinarmee rückte schon in Eilmärschen auf Leipzig vor, während die sächsische Hauptarmee unter der Führung des Feldmarschalls Friedrich August Graf Rutowski in Richtung Leipzig aufbrach.

Die preußische Armee stand in Leipzig und der preußische König Friedrich II. war rechtzeitig von den sächsischen Absichten unterrichtet worden. Er hoffte, den ihm zahlenmäßig überlegenen Sachsen zuvorkommen, ehe sie sich mit den Österreichern vereinigten. Deshalb trieb Friedrich seine Leipziger Truppen unter dem Fürsten Leopold von Dessau in Richtung Dresden an, um die Sachsen zu überraschen. Da sich die Sachsen mit den Österreichern im Bund hoch überlegen fühlten, schlugen sie alle Friedensangebote Friedrichs in den Wind. In der Nähe von Kesselsdorf kam es zum Treffen.

Am 15. Dezember des Jahres 1745 standen die sächsischen Truppen seit dem frühen Morgen bibbernd und zähneklappernd unter Gewehr bei Kesselsdorf. Das Herumstehen ließ den schneidenden Frost ins Gebein und unter die Nägel fahren, dass sie zitterten. Zwei Nächte hatten sie schon auf freiem Felde kampiert. Durch die Misswirtschaft des Premierministers Brühl waren die Kassen leer und der Kurfürst Friedrich August II. war ahnungslos. Selbst für das zum Leben Notwendigste war nicht gesorgt worden. Vor allem fehlte es an Holz zum Feuern, Stroh zum Schlafen und Verpflegung. Wo sich irgend ein Stück Holz fand, sei es Brett, Pfosten, Rechen, Besenstumpen, Schaufel oder Gabel, Hacken- oder Axtstiel, Stacken, Stange, Baumpfahl samt Baum oder Stumpf dergleichen, wurde es aus Not ins Feuer geworfen. Binnen Tagesfrist verschwand auf diese Weise auch das gesamte Schanzzeug der Armee. An den meisten Zelten wedelten die Fetzen und die Nässe ging durch. So zerschissen, wie die Zelte aus dem Magazin kamen, mussten sie aufgebaut werden. Kein Zeltschneider, kein Sattler war zu sehen. Diese hatten vollauf damit zu tun, die Offizierszelte und das Riemenzeug der Offizierspferde zu reparieren.

Mit dem Nachschub ging es nicht voran. Der Tross war in der Stadt geblieben. Zwar waren Offiziere in ausreichender Zahl vorhanden, aber es fehlte Erfahrung. Keiner interessierte sich für Angelegenheiten, die außerhalb seines Kompetenzbereiches lagen. In ähnlich desolatem Zustande wie die Zelte befanden sich auch die Monturen der neunzehntausend Grenadiere. In ihrem Aufzug machten sie einen ausgesprochen jämmerlichen Eindruck. Seit der Zusammenführung vor vier Tagen waren die Mannschaften nicht mehr richtig satt geworden. Wohl waren die Brotrationen immer und immer wieder für die nächsten Stunden versprochen worden. Woher auch nehmen, nach einer Ernte, die nur kärglich war. Das Korn war knapp, daher entsprechend teuer. An allen Ecken und Enden herrschte Mangel. Den armen Muschkoten aus den Grenadierbataillonen lief der Rotz und die Hände waren durch die Krätze blutig. Überall Zeichen der Not und der Verwahrlosung! Um die Stimmung nicht unter den Nullpunkt ab sinken zu lassen, hatte der Heerführer den Mannschaften ein Trostpflaster ver-

abreicht, den Sold für zwei Wochen. Damit war erst der vorletzte Monat beglichen. Der Rest stand noch immer aus. Die Herren Offiziere warteten bereits ein Vierteljahr und länger auf ihr Geld. Brühl sorgte dafür, dass die Kassen leer waren. Für den erkrankten Herzog von Sachsen-Weissenfels hatte der Kavalleriegeneral Rutowski den Oberbefehl übernommen. Ein Sohn Augusts des Starken und der Türkin Fatime. Bereits um sechs Uhr war er aus seinem Quartier in Dresden aufgebrochen, um die Schlachtordnung festzulegen. Da er von seinen Entscheidungen selbst nicht so recht überzeugt war, verbrachte er den Rest des Vormittags damit, seine Anordnungen fortgesetzt zu korrigieren. Einige Truppenteile mussten die Position mehrmals wechseln, da merkte doch selbst der einfältigste Soldat, dass die Obrigkeit im Kriegshandwerk nicht ganz sattelfest war.

Der Weitblick und die Umsicht, die erforderlich gewesen wären, die 32.000 Soldaten so günstig wie möglich zu platzieren und mit Sachverstand zu dirigieren, standen diesem Heerführer ganz einfach nicht zur Verfügung. Die Liste seiner Fehlentscheidungen und seiner Versäumnisse war lang. Ja, er verbaute die Vorteile regelrecht, die ihm das Terrain anbot.

Ein Umstand, der den schnelleren Preußens freudvoll ins Auge sprang. Vorteile dieser Art wussten sie rasch in ihre Strategie einzubauen. So konnten sie sich an mehreren Stellen der Verteidigungslinie unbemerkt nähern, ohne ins Schussfeld zu geraten. Ein nicht unerheblicher Teil des rechten Flügels, an dem vor allem die Kavallerie konzentriert war, blieb strategisch ohne Belang. Wohl war die Vorderstellung günstig gewählt. Das Dorf auf den Höhen vor Dresden lag wie eine natürliche Festung. Südlich des Dorfrandes fiel das Gelände jählings ab. Der Frost hatte die zerklüfteten Schluchten zumindest für die Kavallerie und Artillerie unpassierbar gemacht. Von dort war nichts zu befürchten. Die im Bereich des linken Flügels gelegenen kleineren Ortschaften blieben unverständlicherweise unbesetzt, in der leichtfertigen Annahme, es werde dort gar nicht erst zum Kampf kommen, da eine offene Feldschlacht bevorstehe.

Die tausend Kroaten, die Steinbach besetzen sollten, sind aus unerfindlichen Gründen in Dresden auf der Neustädter Seite steckengeblieben. Das Loch in der Front wurde viel zu spät bemerkt, nämlich erst dann, als sich die Preußen näherten und aus dem Dorf auf sie nicht ein einziger Schuss abgegeben wurde. Als sich die sächsische Generalität dann auch noch zu streiten begann, welche drei Regimenter je 100 Mann dorthin zu entsenden hätten, waren die Würfel gefallen. Die Preußen hatten rasch disponiert. Ein Nachrichtendienst auf sächsischer Seite existierte nicht. Für ein Zusammenspiel zwischen Infanterie und Kavallerie bestanden nicht einmal Ansätze. So etwas zu proben wurde nie in Erwägung gezogen. Ebenso war man viel zu erhaben, einen Rückzug für möglich zu halten und für einen solchen Fall irgendwelche Vorkehrungen zu treffen. Kuriere gab es nicht. Fast alle Adjutantendienste verrichteten die Befehlshaber selbst. So ritten denn die Generäle beständig im Gelände umher und machten eine schneidige Figur. Wurden sie jedoch gebraucht, waren sie nicht zu erreichen. Weder Rutowski noch die meisten seiner Offiziere kannten sich im Gelände richtig aus.

Am zweckvollsten war noch die Infanterie und die Artillerie mit ihren 42 schweren Geschützen postiert. Eine starke Batterie mit schweren und leichten Kanonen blockierte als vorgeschobene Befestigung von der Höhe aus den etwas tiefer gelegenen Dorfeingang von Kesselsdorf. 22 der schweren Geschütze standen weiter zurückgezogen auf dem Wüsteberg bei Pennrich, einer Anhöhe über dem Zschoner Grunde. Von hier aus war das Gelände weit zu überblicken und einzusehen. Ein idealer Standplatz. Die Kavallerie hingegen, als der schlagkräftigste Heeresteil, war völlig zersplittert. Das österreichische Korps der Rheinarmee konnte gerade noch rechtzeitig herbeordert werden und stand nun zwischen Briesnitz und Ockerwitz an den Hängen des Zschoner Grundes in guter Deckung. Um an den rechten Flügel der Sachsen anzuschließen, hätte es etwa 1500 Schritt vorrücken müssen. Frage einer, warum dies unterblieb, warum Rutowski ihre Hilfe nicht in Anspruch nahm! Rutowski war wohl bis zum Anbruch der Schlacht auch der Meinung, auf die Hilfe der Verbündeten nicht unbedingt angewiesen zu sein. Überheblichkeit, den Ruhm des Siegers vielleicht doch ungeteilt einheimen zu können.

So konnte denn auch seine Vorhut ausgiebig und ungestört der angenehmsten Beschäftigung nachgehen. Sie nutzte die Gunst des Angriffstages, die Pirnaische Vorstadt und das Dorf Plauen an der Weißeritz kräftig zur Ader zu lassen. Sie plünderten und marodierten, was das Zeug hielt, da sie schlecht gepflegt wurden. War in den Ställen nicht Platz für ihre Pferde, trieben sie der Bauern Vieh einfach in die Winterkälte, ohne erst viel zu fragen. Heureiter, Zäune, Scheunentore, Körbe, Bottiche, alles Schaffelzeug, Leitern, Gatter und was ihnen sonst unter die Finger geriet, wurde an den offenen Feuern verheizt. Sogar die vollen Korngarben warfen sie in die Flammen, dass ein Funkenregen aufstob und die Bauern um ihre Gehöfte bangen mussten. Die Sachsen waren nicht in der Lage, das eigene Heer auch nur notdürftig zu beköstigen, geschweige denn noch die Österreicher.

Der preußische Heerwurm verließ in Höhe der Dörfer Birkenhain und Limbach den Lauf der Triebisch, um in östlicher Richtung abzuschwenken. Über große Viehweiden ging es hinweg, dicht am Klipp-hausener Rittergutes vorbei, geradewegs auf die Stadt Dresden zu. Ein Stampfen und Rattern, zu einem dumpf drohenden Geräusch vereint, das alles andere schluckte und durchdrang. Krächzendes Geflatter dicht neben den Kolonnen her, über sie hinweg. Hungrige Krähenschwärme, kriegserfahren, Unheilpropheten. Die getreuesten Begleiter seit Tagen. Ungerufene Totengräber.

Zwei Husarenregimenter, geteilt in 20 Schwadronen, trabten voran, beiseite treibend, was dem Gros hinderlich war. So musste es sich auch das bequem am Wege liegende Städtchen Wilsdruff gefallen

lassen, in großer Eile gerupft und ausgenommen zu werden. Quasi mit einer Hand vom Pferderücken herunter. Mehr in der wählerischen Art des Gourmands, als in der systematischen Heuschreckenbrutalität, wie sie die Fouragekommandos es an den Tag legten, die aufs Requirieren eingeübt waren. Am späten Vormittag sah einer der preußischen Spähtrupps von einer Kuppe die Stellung der Sachsen wie auf einem Präsentierteller liegen. Zwanzig Geschützrohre auf sich gerichtet. Die große Batterie auf vorgeschobenem Posten, von Kavallerie flankiert. Ein waffenstarrendes Dorf. Das Vorgelände im Halbkreis von zahlreichen Wegen und Stegen durchschnitten. Die wasserreichen Äcker und Wiesen talwärts mit morastigen Gründen, durch die sich Rinnsale zogen, teils offen, teils zugefroren. Hügel, Hänge, Senken, glatt und schlüpfrig. Das geringste Gefälle bildete eine Barriere. Hohlwege hatten sich in tückische Fallen verwandelt. Tümpel, von bereiftem Gestrüpp gesäumt, von Eisdecken überzogen, die keine Tragkraft besaßen. Im Hintergrund ein paar Ortschaften.

Frost, Tauwetter mit leichtem Schneefall im Wechsel hatten den Boden übel zugerichtet. Wie sollte hier, in diesem von mehreren morastigen Gründen durchzogenen Terrain, eine offene Feldschlacht geschlagen werden? Wie sollte hier Artillerie und Kavallerie operieren?

Kurz nach zwölf Uhr eröffnete vom Lerchenbusch aus die erste preußische Batterie das Feuer auf Kesselsdorf. Von da aus war das Dorf gut zu übersehen.

Von dem Tag sei nicht mehr viel zu erwarten, meinten die Sachsen, mit Schauern die dritte Frostnacht im Zelt erwartend, frierend. Jeder glaubte, die Preußen würden wohl erst am kommenden Morgen zum Angriff blasen. In aller Ruhe ausgeschlafen. Mit dieser Galgenfrist rechneten sie alle. Rutowski nicht ausgenommen.

Aber wieder weit gefehlt. Zwischen Grumbach und Kaufbach hatten die preußischen Kolonnen ihre tief gestaffelte Angriffsstellung bezogen. Die Kavallerie gab Flankenschutz. Links reichte er bis zu den Höhen zwischen Unkersdorf und Roitzsch, rechts bis Grumbach-Braunsdorf und von dort bis dicht an Kesselsdorf heran. Der Fürst setzte alles auf eine Karte. Er wollte die Entscheidung bis zum Einbruch der Dunkelheit erzwingen. Nur drauf! Ohne zu zaudern. Der rechte Flügel stieß zuerst vor. Ein ungewöhnlicher Schachzug. Niemals wurde eine so starke Batterie frontal angegriffen. Damit rechneten die Sachsen nicht. Wussten sie doch, dass ihre Artillerie der preußischen überlegen war. Zumindest vermag sie schneller zu feuern, und das allein zählt für die Militärs.

Wie Puppen, von unsichtbaren Fäden gehalten und dirigiert, setzten sich die preußischen Grenadiere mit ihren hohen Blechschilden vor der Mütze, um einen höheren Wuchs vorzutäuschen, in Bewegung. Welch eigenartiger Anblick, diese steifbeinige staksische Bewegung. Wie sie alle gleichzeitig die Stiefel hoben, wenn das Kommando dazu ertönte. Perfekteste Monotonie, die sich nach vorn wälzte, nicht mehr aufzuhalten. Aber noch zuckte es im Takt der Fußtritte über die Erde. Jede Bewegung war eingebläut. Nicht mehr rauszukriegen aus den Kerls, solange sie leben.

Trommler und Hoboisten, die das Geleit auf den Weg zum Heldentod gaben, intonierten den Dessauer Marsch, ein für diesen Heerführer zu allen Jahreszeiten und Anlässen probates Mittel, die Stimmung zu heben: "So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage ...". Der Kampfwille der Marschierer stieg reflexartig. Und wenn dann doch noch einem das Zittern ankommen sollte, wusste der Korporal, der hinter ihnen lief, mit dem Sponton rasch Abhilfe zu schaffen. Wer aus der Reihe zu tanzen versuchte, musste damit rechnen, unbarmherzig in die Nieren gestochen zu werden. So blieb kein Spielraum für Eigenmächtigkeiten. Also vorwärts. Die am Lerchenbusch postierten Geschütze stellten das Feuer ein, um nicht die eigenen Reihen zu dezimieren.

Während die Sachsen hinter Flechtzäunen, Hecken, Sträuchern, Bäumen, Mauern und Scheunenwänden in Deckung standen und knieten, mussten die Preußen übers freie Feld, ohne jeden Schutz zum Sturm anrücken. Die ersten Reihen sackten im Kartätschenfeuer und Kugelhagel zusammen. Welle um Welle rückte nach und wurde niedergemäht.

Als die Preußen jedoch, ungeachtet des enormen Blutzolls, immer dichter an die große Batterie heranrückten, fuhr den Stückknechten ein panischer Schrecken in die Glieder. Sie standen mit ihren Rohrputzern wie gelähmt und vergaßen, dem anrückenden Feind den Rücken zu bieten und die Geschütze zu säubern. In dem Augenblick sahen sie sich überrollt und zu Tode getrampelt. Dieser Perfektionismus war ihnen unheimlich und ließ sie schauern. Dass man geradewegs auf eine so gewaltige Batterie drauf zumarschiert, verblüffte sie und brachte sie aus dem Konzept. Hals über Kopf stürzten sie zu den Protzenwagen, die die Munition heranschafften. In irrer Todesangst preschten die ersten in das Dorf hinein, Kanone Kanone sein lassend.

Die Bedienungsmannschaften waren nicht mehr in der Lage, die volle Feuerstärke zu halten. Eine allgemeine Panik griff rasch um sich. Alle Befehle, Drohungen, Rufe, Schreie, Bitten stießen zunehmend auf taube Ohren. Das Beispiel der angstschlotternden Stückknechte begann Schule zu machen. Blindlings nahmen die Artilleristen Reißaus, die große Batterie samt und sonders dem anstürmenden Feind überlassend. Die Todesfurcht fing an zu grassieren. Nicht einer blieb auf seinem Posten, nicht einer besann sich und kehrte zurück.

Die gut verschanzten Grenadiere am Dorfrand hingegen ließen sich davon nicht beeindrucken. Jedenfalls zunächst noch nicht. Sie schossen so vehement in die Reihen der Stürmenden, dass der Angriff zusammenbrach. Kein preußischer Soldat erreicht das Dorf. Ein zweites Mal wurde zum Sturm geblasen und getrommelt. Das Ganze noch einmal von vorn. Neue Kolonnen wurden als Rammbock ins Feld gestoßen. Erzwungener Todesmut stieg über einen Wall von Leichen hinweg. Der Feind

musste erst auf mindestens zweihundert Schritt herangerückt sein, ehe das Feuer eröffnet wurde. Salve um Salve prallte auf die lebende Mauer. Schnelligkeit ging vor Treffsicherheit. Im Abstand von dreißig Sekunden wurde auf Kommando geschossen. Die in drei Gliedern gestaffelten Pelotons feuerten im Wechsel.

Auch diesmal blieb der frontale Angriff im Geschosshagel stecken. Angesichts der starren Linear-technik boten die preußischen Sturmkolonnen eine ideale Zielscheibe für die Verteidiger. Ungleich genug waren die Gewichte auf den Waagschalen verteilt, als dass es anders hätte ausgehen können. Die Lücken wurden immer größer. Die stark gelichteten Reihen wankten, zogen sich schrittweise zurück. Innerhalb von wenigen Minuten füllte sich das Kampfgebiet mit Verwundeten, die nicht mehr von der Stelle kamen, und mit Toten. Die Blutlachen gefroren rasch, die Toten fest an die Erde heftend. 35 Offiziere und fast 1500 Soldaten kosteten der preußischen Armee die beiden frontalen Sturmangriffe auf Kesselsdorf. Darunter an die 600 Verwundete. Die Sachsen sind ohne größere Verluste davongekommen.

In diesem Moment des Stockens und Wankens hielt sich der preußische Artilleriegeneral von Wilster, dessen Kanoniere auf und davon waren, für berufen, die so sicher verschanzte Infanterie ins freie Feld führen zu müssen. Um alles in der Welt, warum suchte er nicht lieber seine Leute zusammen, die wie verschreckte Hammel davongerannt sind? Und wenn er nur einen zum Stehen gebracht hätte! Der Armee wäre vielleicht einiges erspart geblieben. Sein Fehler zog einen Rattenschwanz von selbstzerstörerischen Aktivitäten nach sich.

Just als es darauf ankam, sind fast alle Kommandeure der Infanterieregimenter nicht bei ihren Truppen, dort, wo sie sein müssten. Fatalerweise schwirrten sie, irgendwo im Gelände herum, zu wichtigen Besprechungen, als gäbe es weit Bedeutsameres zu halten als die Frontlinie. Es war einfach niemand vorhanden oder in der Lage, die Operationen der sieben Grenadierbataillone aufeinander abzustimmen. Wilster brüllte: "Allons, Ihr Herren Grenadiere! Avancieret! Avancieret!, der Feind ist geschlagen! Wir müssen ihn verfolgen!"

Über Zäune und Hecken hinweg, aus der Einfriedung des Dorfes hervor brach eine Meute mit wildem Geheul. Alle Unbilden der letzten Tage und Nächte in Sekundenschnelle abschüttelnd, stürzte sie sich auf die wankenden Reihen der Preußen. "Viktoria! Viktoria! Viktoria!" brüllte es. Immer wieder aufs neue brandete der Schlachtruf auf, aus Hunderten von Kehlen geschleudert, mit dem Mut, den die Masse gab. Rasch war die verlassene Batterie wieder in ihrer Hand. Die preußischen Kanonen auf dem Lerchenbusch stachen Wilster verführerisch in die beutegierigen Augen. Er badete sich in einem Vorgefühl des Triumphs. Temperamentvoll fuchtelte er mit dem Säbel und donnerte sein

"Allons, Ihr Herren Grenadiere! Avancieret! Avancieret! Der Feind ist geschlagen! Wir müssen ihn verfolgen! Ihm nach mit aller Vigueur! Nehmt seine Canons!"

über das Schlachtfeld, sich an die Spitze der beiden Bataillone setzend.

Jetzt sah sich auch Infanteriegeneral Allnpeck mit seinen Truppen, die den Südrand des Dorfes besetzt hielten, zum Vorrücken gezwungen, da beide Flanken des keilförmigen Vorstoßes ungedeckt blieben. Aber wie er sich eben anschickte, Wilster nachzusetzen, warf ihn ein Schuss aus dem Sattel. Währenddessen hatten die vorrückenden Grenadiere nichts Eiligeres zu tun, als von ihrem angestammten Privileg Gebrauch zu machen. Sie entledigten die gefallenen und verwundeten Preußen ihrer Habseligkeiten. Das ist für sie das Nächstliegende. Uniformen ausgezogen, Knieriemen gelöst, Stiefeletten aufgeknöpft, jede Tasche umgedreht und ausgekehrt. Sollten die Preußen nur laufen, sie würden sie schon noch einholen.

In dieser immer unübersichtlicher werdenden Situation sah der preußische Fürst, dem schon drei Kugeln durch die Mantelschöße gefahren sind, eine Chance, das Blatt zu wenden. "Lüderitz, so hilf mir doch!" schrie er ungebärdig zu dem Befehlshaber der Dragoner hinüber, die ihm am nächsten standen. "Schwadrons vor!" gellte es. Und schon fegten sie über das Schneefeld. Das Nachbarregiment schloss sich an.

Die Schnapphähne auf dem Kampfgebiet richteten ihre Blicke allzu begehrllich nach unten auf Ringe, Uhren, Börsen, um des Unheils rechtzeitig gewahr zu werden. Mitten in ihrer geschäftigen Fledderei wurden sie von den Dragonern zusammengehauen. Der Tod säte schon wieder mit vollen Händen. Nur diesmal traf es die Sachsen. Nun waren sie es, denen bei diesem Spektakel das Fell über die Ohren gezogen wurde, deren Rümpfe im Schnee um und um gewälzt wurden, bis sie nackt lagen und der Frost freie Hand hatte. Ganz gleich, ob tot oder blessiert. Die Kälte tat ein übriges, den entblößt im Schnee liegenden und nicht mehr aufkommenden Soldaten das Lebenslicht auszublases. Und schon wusste keiner mehr, wer vor einer Stunde noch Preuße und wer Sachse war.

Wo war denn der kühne General Wilster geblieben? Die Leute vom Nachbarbataillon sprangen in wilder Hast ungeordnet zurück. Bloß weg von den preußischen Reitern, die wie die Teufel einhauten mit ihren Klingen, wohin sie grad treffen. Mit den Fliehenden drangen die ersten preußischen Schwadronen in das Dorf. Dichtauf gefolgt von Grenadiereinheiten. Zahlreiche Häuser wurden in Brand geschossen. Von den Strohdächern schlug eine funkenstiebende Lohe auf. Die Preußen unterstützten den Vormarsch mit starkem Artilleriefeuer, wobei ihnen die gewendeten zwanzig Geschütze der großen sächsischen Batterie bestens zustatten kamen.

Wer noch laufen konnte, suchte das Heil in der Flucht. Zwischen den fliehenden Trupps hindurch und über sie hinweg preschten die Artilleriegespanne, mit und ohne Protzen. Ein Bataillon riss das

benachbarte mit sich, prallte auf die dahinter stehenden Einheiten. Die Offiziere waren fassungslos angesichts des in Windeseile entstandenen Tohuwabohus. Ohnmächtig mussten sie zusehen, wie sich die verschiedensten Truppenteile vermischten, wie sie sich ineinander verkeilten, verschachtelten, verfilzten, wie sie nicht mehr zu entwirrende Klumpen bildeten. Der Weg war nach vorn ebenso wie nach hinten verstopft. Einer behinderte den andern. Kaum einer, der in diesem Chaos einen klaren Kopf behielt. Und die wenigen Besonnenen und Beherzten scheiterten daran, dass sie bei dem Versuch einer Gegenwehr ohne Unterstützung blieben. Auf der Dorfstraße lagen Überfahrene, Niedergerittene, Niedergetrampelte, Erschossene, Verstümmelte. Herrenlose Pferde galoppierten durch das Inferno. Der Reiter längst aus dem Sattel geglitten und hinterher geschleift. Manch einer, der angesichts dieser Katastrophe die Nase vom Kriegshandwerk voll hat, schlug sich seitwärts in die Büsche. Die Gelegenheit war wie selten günstig. Einer hetzte dem andern hinterher. So schnell die Beine trugen, ging es über das freie Feld und dann die vereisten Schluchten hinab in den Steinleitengrund und weiter ins Weißeritztal. Wie von einer inneren Uhr getrieben, stoben sie rudelweise die abschüssigen, vereisten Leitungen hinunter. Die Todesangst verlieh den pulvergeschwärzten armen Teufeln Flügel, so ausgehungert und herunter sie auch waren. Jeder verlangte seinem Körper das Letzte ab. Keiner wollte zurückfallen. Wehe dem, der bei einem Sturz über die holprigen Äcker nicht sofort wieder seine Beine gebrauchen konnte. Als sie im Tal zu sich kamen, war es bereits von preußischen Husaren besetzt. Die meisten waren zu erschöpft, um die Hetzjagd fortzusetzen. Die steilen Hänge wieder hinauf. So geriet die hechelnde Mehrheit in Gefangenschaft.

Die Preußen, denen Soldaten jederzeit willkommen sind, ganz gleich, woher sie kommen, machten kurzen Prozess und füllten sofort ihr geschwächtes Kontingent auf, indem sie der lebenden Kriegsbeute kehrte um befahlen. Umgedreht wie die Geschütze! Eine neue Uniform auf den Leib, die Grenadiermütze auf den Kopf! Fertig ist der preußische Grenadier!

Am Wüsteberg wusste man noch nicht, ob das, was von Kesselsdorf herüberdrang an Getöse und Gestank, Sieg oder Niederlage zu bedeuten hat. Die Herren Reiteroffiziere von den Regimentern Sybilski, Rutowski und Prinz Karl standen derweilen debattierend, aber ansonsten recht untätig herum. Einige tun so, als hätten sie die "halbe Viktoria" schon im Mantelsack. Den Stehkonvent unterbrach ein heran jagender Ulan. Außer Atem radebrente er: "Leuten retirieren. In Dorf schon Preußen!" Louis von Nostitz, einer der drei Regimentsführer, der damit geprahlt hatte, seinen Leuten für jede eroberte Trophäe zwölf Dukaten aus der eigenen Tasche auf die Hand zu legen, schrie ihn verächtlich an: "Ach, was magst du Tölpel wohl gesehen haben! Das lügst du zum Hals heraus! Wart, Pollack, ich werd dir gleich was geben!". Dennoch unsicher geworden, schwang er sich aufs Pferd und drückte ihm die Sporen in die Weichen. Er wollte sich doch lieber gleich selbst überzeugen, was es mit dieser Botschaft auf sich hat. Als er sich dem Dorf näherte, sah er das ihm unmöglich Scheinende mit eigenen Augen. Das ganze Dorf war von Pulverdampf eingenebelt, der in dichten, dicken Schwaden über die brennenden Firste zog. Nur noch vereinzelt tackerte Gewehrfeuer. Die letzten Sachsen der für uneinnehmbar gehaltenen Bastion, ergaben sich auf Gnade oder Ungnade. Wer noch Widerstand leistete, wurde im Nahkampf abgestochen, wie ein Stück Vieh. Der gesamte linke Flügel war vernichtet, aufgegeben, in die Flucht geschlagen. Einfach nicht mehr vorhanden.

Nun konnten die Preußen bis Wurgwitz vordringen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Hier standen sie bereits im Rücken der sächsischen Linien. Und so blieb ihnen nichts anderes übrig, als diese in die Zange zu nehmen. Was sich in Kesselsdorf abspielte war eine der schmachlichsten Katastrophen der sächsischen Armee. Sie pflanzte sich nun wellenförmig auf der ganzen Frontlänge fort. Wenn auch an einigen Punkten erbitterter Widerstand geleistet wurde und die Preußen an einer Stelle sogar zweimal zurückgeschlagen wurden, änderte das nichts mehr am Gesamtverlauf und am Ausgang der Schlacht.

Überall die gleichen Bilder. Szenen des Schreckens und Grauens. An allen Abschnitten lösten die anrückenden Preußen mit ihrem gnadenlosen Perfektionismus bei den Mannschaften den gleichen Effekt aus: Panik und nachfolgendes Desaster. Nur den wenigsten Offizieren gelang es, Teile ihrer demoralisierten Truppe in leidlicher Ordnung zurückzuführen und die Verluste niedrig zu halten.

Ein Desaster von solch verheerenden Ausmaßen hätte noch vor zwei Stunden keiner für möglich gehalten. Die sächsische Armee war ein Trümmerhaufen. Ein solch verheerender Ausgang war nicht einkalkuliert. So sind auch keinerlei Vorkehrungen getroffen, die es ermöglicht hätten, die Niederlage wenigstens in Grenzen zu halten. Die Sachsen hatten in den zwei, drei Stunden etwa 9000 Mann verloren, einschließlich der 3000, die in Gefangenschaft geraten oder übergelaufen sind 250 Offiziere tot oder verwundet, darunter vier Generale. Kavallerie und Artillerie büßten 1400 Pferde ein. Ganz zu schweigen von den enormen Verlusten an Waffen und Gerätschaften.

Die Schmerzensschreie der Sterbenden gellten die ganze Nacht hindurch hilfeheischend über die eisigen Flächen, ohne dass man sich ihrer erbarmt hätte. Wer nicht mehr auf die Beine kam oder auf allen Vieren davon kroch bis zur nächsten Ansiedlung, blieb seinem Schicksal überlassen. Nicht nur an den Lagerfeuern der preußischen Soldaten, die noch einmal eine Nacht im Zelt zuzubringen gezwungen waren, hörte man die Elenden. Selbst noch in Weistropp, eine Meile vom Ort des Grauens entfernt, wollten welche die Hilferufe gehört haben. Allen Ortschaften des Umkreises gab das blutige Handwerk markerschütternd Kunde. Erst in den frühen Morgenstunden, als der Frost am schärfsten auf den Boden drückte, brachen die letzten ihr Geschrei ab. Bald nur noch unscheinbare

Schneehügel. Als man sich dann endlich bequemte, den sich hartnäckig haltenden Gerüchten auf den Grund zu gehen, fand der inspizierende Amtsdienner nur noch Tote, fast alle nackig, steif wie die Bretter, viele mit einer roten Eisrinde überzogen.

Noch am gleichen Tage gab sich die Stadt Dresden der Gnade des preußischen Königs hin. Mit vier Regimentern rückte er ein. Sachsen durfte zu den fünf Millionen, die vom Breslauer Vertrag anstanden, noch eine dazulegen. Und auch sonst stach dem König das eine oder andere in die Augen, das er der Mitnahme für wert hielt. So hatte er für sämtliche Geschütze und Kanonen, die sich im Zeughaus noch vorfinden, Verwendung. Des weiteren fielen seinen Leuten beim Auf- und Ausräumen in die Hände: 350 Zentner Blei, je 600 Dragoner- und Kürassierkarabiner, 1730 Pistolen, eine ambulante Feldschmiede, ein Sattelwagen, vierzehn Munitionswagen, zum Teil bestückt, sechs- und sechzig Proviantwagen, allesamt leer, ein Hebezeug, fünfzehn Zentner Ketten, Bolzen, Stangen, Hammerköpfe und dergleichen nützliches Eisenwerk, 30 Wagenwinden, 200 Hebebäume, zehn Rindshäute, 98 Pferde, 44 Gespannknechte. Transportmittel und Ladekolonne nebst Kutschern sind im Beutegut gleich inbegriffen.

80.000 preußische Soldaten übervölkerten Sachsen. Das ausgepowerte Land musste sie ernähren. Ein zwingender Grund, den Frieden so rasch wie möglich zu schließen, noch vor Weihnachten. Für Preußen blieb alles beim alten. Das im Breslauer Frieden Erreichte wurde gefestigt, indem es die Verlierer noch einmal bestätigen mussten. Schlesien blieb preußisch. Allerdings mussten seine Fußtruppen auch einen hohen Blutzoll entrichten. Jeder vierte Musketier und Füsilier war tot oder verwundet. An die 5000 Mann und weit über 100 Offiziere waren außer Gefecht gesetzt. Die Sachsen waren nur darauf bedacht, gnädig davonzukommen und die Heuschreckenplage auf schnellstem Wege loszuwerden.

Das eigentliche Problem waren jedoch die Toten auf den Feldern, die inzwischen so uninteressant für beide Parteien geworden sind, dass ihnen keiner die letzte Ruhe gewähren will. Zwei Wochen nach der Schlacht lagen immer noch an die tausend Leichen unbestattet im Gelände herum. Auch Hunderte von Pferdekadavern mussten endlich beseitigt werden. Zunächst fühlte sich keiner für die Opfer zuständig. Ein Amtmann, ein Amtskopist und ein Amtsbote wurden über Land geschickt. Bauern zusammentrommeln. Aber wohin die drei auch kamen, ihre Order tat keine Wirkung. Nirgendwo war ein Adressat zu finden. In Gorbitz und Altfranken: Totenstille. Nicht anders in Gompitz. In Pennrich saßen preußische Wachen um ein großes Lagerfeuer und wärmten sich auf. Einmal die Vorderseite, einmal die Hinterseite dem Feuer zukehrend. Auch hier war kein Bauer anzutreffen. In Roitzsch, Steinbach, Zöllmen keine Menschenseele, der sie die Botschaft überbringen könnten. Gespenserdörfer. Die Bevölkerung wie vom Erdboden verschluckt. Die meisten hatten das Schlachtfeld mit Sack und Pack in den Morgenstunden des 15. Dezember verlassen. Orte, in denen sich kein Leben mehr zeigte. Alles vom Krieg ausgeräuchert und ausgeräubert, ausgeblutet und ausgestorben. Erst in Kesselsdorf trafen sie zwei Gerichtsschöppen. Von ihnen erfuhren sie, die paar Hände, die noch da waren reichten nicht mal aus, die Einquartierung zu bedienen. Einige Tote, die im Ort allzu störend herumlagen, habe man schon begraben, aber nicht tief. Es fehlte an Hacken und Schaufeln. Die letzten Stiele hatten die Preußen in die Lagerfeuer geworfen. Die Männer sind aus Kleinopitz heraufgekommen, das am Rande des rechten Flügels der Preußen gelegen, vom Schlachtgeschehen weitgehend verschont blieb.

Die meisten Toten lagen zwischen Kesselsdorf und Wurgwitz, zwischen Pennrich und Zöllmen. In keinem der Dörfer, die von ihren Bewohnern verlassen worden sind, war folglich auch ein Zugtier aufzutreiben. So war man gezwungen, die Bewohner aus Dörfern zusammen zu trommeln, die weit außerhalb der Peripherie des Schlachtfeldes lagen. Bis aus der Umgebung von Tharandt rückten sie an. Schließlich brachte man zweihundert Dörfler zusammen. Jeder, der sich an den Aufräumarbeiten beteiligte, erhielt drei Groschen Tageslohn. Vier bis fünf Fuß tiefe Gruben wurden geschaufelt. Die Leichen hineingeworfen. Namenlose in Masse. Kalk drüber gestreut. Erdhügel gesetzt, die bald zusammensackten. Massengräber bei Zöllmen, bei Pennrich, über dem Steinleitengrund, an der Heerstraße des großen Flüchtlingsstromes, im Jammertal, auf dem Wüsteberg.

Auch das Verbrennen der Pferdekadaver auf freiem Felde, wie man es an zwei Tagen probierte, erwies sich als wenig praktikabel. Es fehlte an Holz. Dies erst aus Dresden herbeizuschaffen wäre zu umständlich und kostspielig gewesen. In weiter Runde verbreitete sich ein infernalischer Gestank. Nicht zum Aushalten! Man mochte deshalb dieses Geschäft niemand mehr zumuten. So wurde von einer Fortführung rasch Abstand genommen. Jetzt blieb nichts weiter übrig, als die steifgefrorenen Pferdeleiber, oder was von ihnen noch übrig war, über weite Strecken durch den Schnee zu schleifen und sie dann in eine der Schluchten hinabzustößen.

Der von der Jagd- und Kunstleidenschaft getriebene sächsische Kurfürst Friedrich August der II. und der Premierminister Brühl flüchteten nach der Schlacht beide nach Prag.

Soweit der anschauliche Bericht, der die sächsischen Landesherren einmal aus einer anderen Perspektive zeigt.

1.4.3 Der Siebenjährige Krieg (1756-1764)

Zehn Jahre (1746-1756) baute Friedrich der Große sein Heer weiter aus. Er plante langfristig Schlesien zu erobern und das ging nur, wenn er Österreich besiegte. Dazu brauchte er die Wirtschaft von Sachsen, um seine Armee zu unterhalten. Am 28. August 1756 überschritt er mit 61.000 Soldaten die nördliche Grenze von Sachsen und der **Siebenjährige Krieg** hatte begonnen. Die sächsische Armee mit 17.000 Mann zog sich über Pirna gegen Königstein zurück, wo sich der Hof aufhielt und ein festes Lager errichtet wurde. Hier erwarteten die Sachsen die österreichische Unterstützung. Friedrich der Große forderte Sachsen auf, sich ihm anzuschließen. Infolge der Ablehnung galt ab 21. September 1756 der Kriegszustand zwischen Sachsen und Preußen.

Die folgenden Kriegshandlungen spielten sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ab und werden deshalb etwas ausführlicher betrachtet.

1.4.3.1 Gefangennahme der sächsischen Armee 1756

Die kursächsischen Truppen unter **Kurfürst Friedrich August II.** waren allein zu ernsthaftem Widerstand außerstande. Aus der vernichtenden Niederlage der sächsischen Armee während des Zweiten Schlesischen Krieges waren keine Schlussfolgerungen für die militärische Sicherung des Landes gezogen worden. Der unfähige Kurfürst Friedrich August II., die maßlose Verschwendung am Hofe und die Raffsucht des Premierministers von Brühl, führte zur Beschneidung der Militärausgaben. Es mangelte in der Truppe nicht nur an Ausrüstungen, sondern auch an Verpflegung, Sold und fähigen Offizieren. Das führte dazu, dass beim Einfall der Preußen die sächsische Armee im Prinzip kampfunfähig war.

So blieb nichts weiter übrig, als die Truppen in Stärke von etwa 20.000 Mann in einem befestigten Lager oberhalb Pirnas zusammenzuziehen und auf österreichische Hilfe zu warten. Dieses Lager hatte annähernd die Form eines gleichseitigen Dreiecks von etwa 10 km Seitenlänge. Die Ecken stellten der befestigte Sonnenstein sowie die Orte Langenhennersdorf und Rathen dar. Die steilen Felshänge der Flusstäler der Elbe, Biela und Gottleuba bildeten einen natürlichen Schutz. Am 2. September rückte das Heer in dieses Lager ein. Schon am 10. September hatten es die Preußen in der Linie Langenhennersdorf - Cotta - Zehista - Großsedlitz - Pratzschwitz - Doberzeit - Lohmen - Wehlen - Rathen - Waltersdorf - Prossen - Schandau - Krippen - Bielatal lückenlos eingekesselt.

Dem preußischen König, der sein Hauptquartier im Großsedlitzer Schloss einrichtete, war bekannt, dass die Lebensmittelvorräte der eingeschlossenen Sachsen nur für 24 Tage, die Futtermittel für die Pferde gar nur für 14 Tage reichen. So verzichtete er auf einen Angriff und wollte die Eingekesselten aushungern. Während für die sächsische Truppe wochenlange Zermürbung durch Hunger und Mangel jeder Art einsetzte, wurden für das kurfürstliche Hauptquartier in Struppen (900 Personen und 7000 Pferde) mit Friedrichs Genehmigung Lebensmittellieferungen aus Dresden durchgelassen. Vom Pirnaer Kohlberg und vom Cottaer Spitzberg aus beobachtete Friedrich II. diese Belagerung.

Inzwischen hatte eine stärkere preußische Truppenabteilung unter General Keith bei Aussig den Auftrag, die Österreicher an der Hilfeleistung für die sächsischen Bundesgenossen zu hindern. Friedrich verließ die Belagerung der Sachsen und begab sich nach Böhmen und übernahm in diesen Kämpfen selbst die Führung. Es kam am 1. Oktober zur **Schlacht bei Lobositz**, in der die 28.500 Preußen gegen 33.500 Österreicher zwar das Schlachtfeld behaupteten, aber hohe Verluste erlitten. Die Österreicher drangen trotzdem östlich der Elbe weiter nach Norden vor. Am 11. Oktober erreichte eine Abteilung Österreicher Mitteldorf oberhalb Schandaus, bekam allerdings keine Verbindung zu den Sachsen.

Die eingeschlossene sächsische Armee versuchte den Ausbruch zu den Österreichern. Dazu sollte bei Thürmsdorf die Elbe überquert werden, um die preußischen Stellungen zwischen Lilienstein und Waltersdorf zu durchbrechen. Der Kurfürst und Brühl begaben sich mit dem Hofstaat auf die Festung Königstein. Am 12. Oktober wurde bei Thürmsdorf eine Schiffsbrücke über die Elbe geschlagen. In der Nacht zum 13. Oktober begann bei stürmischem Regenwetter der Übergang der Armee. Die vor Hunger entkräfteten Pferde waren nicht in der Lage, die schweren Geschütze aus ihren Stellungen oberhalb Pirnas zu ziehen. So mussten sie unbrauchbar gemacht werden. Nur acht leichte Geschütze wurden über die Elbe gebracht und konnten mit äußerster Mühe auf die Liliensteiner Ebenheit hinaufgezogen werden. Für den vorgesehenen Durchbruch fehlte also die nötige Artillerieunterstützung. Auch die Festungsartillerie war zur Tatenlosigkeit verurteilt, weil bei nebligem Wetter Freund und Feind nicht genau auszumachen waren. So verharnte die sächsische Armee am Lilienstein in einer Falle, weil die Preußen ihre Stellungen im Waltersdorfer Raum erheblich verstärkt hatten.

"72 Stunden", so berichtet ein Augenzeuge, "wovon es 48 unaufhörlich regnete, hatten wir ohne Brot und Lebensmittel unter freiem Himmel und unter dem Gewehr zugebracht. Wenigen blieb kein andere Speise übrig als Wurzeln mit Pulver gesalzen und Holz war das Futter der Pferde."

In dieser aussichtslosen Lage schlug Generalfeldmarschall Rutowsky dem Kurfürsten Verhandlungen mit den Preußen vor. Als dem Kurfürsten die verzweifelte Lage der Truppen deutlich geworden war, antwortete er am 14. Oktober: "Euch, Herr Generalfeldmarschall, überlassen wir das Schicksal unserer Armee. Euer Kriegsrat entscheide, ob sie sich als kriegsgefangen ergebe oder durch das Schwert oder durch Hunger umkommen müsse. Eure Beratschlagungen mögen, wenn es sich tun

lässt, Menschenliebe leiten. Fallen diese aus wie sie wollen, so gehen sie uns nunmehr nichts weiter an und Wir eröffnen Euch hiermit, dass Wir Uns nur zur einzigen Bedingung machen, die Waffen nicht wider Uns und Unsere Freunde zu führen.“

Am 16. Oktober kapitulierte die sächsische Armee. Die Offiziere wurden freigelassen. Friedrich August II. erhielt als polnischer König die Möglichkeit, mit Brühl und seinem Gefolge nach Warschau abzuziehen. Mit Zustimmung ihres ehemaligen „Landesvaters“ wurde die ganze Truppe (18.500 Sachsen) auf der Höhe oberhalb des Bahnhofes Rathen in die preußische Armee eingegliedert und auf Friedrich II. vereidigt. Es hatte wegen der Verweigerung des Eides einige Schwierigkeiten gegeben, die aber mit den bei den Preußen üblichen Disziplinierungsmitteln behoben wurden. Viel Freude soll Friedrich II. mit den sächsischen Soldaten nicht erlebt haben. Sobald sich Gelegenheiten boten, suchten sie in ganzen Trupps das Weite oder liefen zum Feind über.

Am 30. Oktober 1756 bezogen preußische Truppen zwischen Pirna und der böhmischen Grenze ihre Winterquartiere. Alle Ortschaften wurden besetzt und erhielten Einquartierungen. Das Kurfürstentum Sachsen, nun vom Königreich Preußen verwaltet, litt unter den hohen Kontributionen beider Seiten.

Am 10. Januar 1757 beschloss der deutsche Reichstag den **Reichskrieg** gegen Friedrich II. Im April 1757 marschierten die Preußen wieder über das Erzgebirge in Böhmen ein. Nach der Niederlage der Preußen gegen die Österreicher am 18. Juni 1757 bei Kollin zogen sich die Preußen aus Böhmen über das Erzgebirge nach Sachsen zurück. Österreich brannte aus Rache Zittau nieder. Friedrich II. erlitt eine weitere Niederlage am 30. August 1757 bei Großjägersdorf und am 7. September 1757 bei Görlitz. Er verlor die Lausitz. Die Reichstruppen nahmen Leipzig, Wittenberg, Torgau und zogen vor Dresden, das schon seit dem 9. August 1759 von 20.000 Österreichern eingeschlossen war.

Nach der Niederlage Friedrichs II. am 12. August bei Cunnersdorf an der Oder übergaben die Preußen Dresden gegen freien Abzug mit allen Kassen und Vorräten.

1.4.2.2 Der „Finkenfang“ bei Maxen 1759

Im Herbst 1759 bahnten sich zwischen Dresden und Torgau neue Kämpfe an. Die Österreicher zogen sich dabei aus der Torgauer Heide bis kurz vor Dresden und die Reichsarmee aus dem Raum Großenhain zurück. Am 13. 11. traf Friedrich II. bei den preußischen Truppen in der Meißner Gegend ein. Die Österreicher wichen nach Wilsdruff aus.

Der preußische **Generalleutnant von Finck**, der mit seiner Armee zu dieser Zeit südlich Nossen stand, erhielt den Befehl, nach Dippoldiswalde zu ziehen, um den Österreichern den „Rückzug nach Böhmen so schwer als möglich zu machen“. Am 15. November setzte sich die Finck'sche Armee in einer Stärke von 17.000 Mann nach Dippoldiswalde in Bewegung. Hier wurde sie von einem Befehl Friedrichs II. erreicht. Finck erreichte am 16. November Dippoldiswalde und setzte am 17. den Vormarsch auf Maxen fort. Als Daun Kenntnis von dieser preußischen Truppenbewegung in seiner Flanke und seinem Rücken erhielt, ging er bei Wilsdruff zurück und bezog den fast unangreifbaren Abschnitt am Plauenschen Grund auf der Linie Dresden - Maxen - Coschütz - Burgk - Windberg. Die Reichsarmee zog auf die Höhen östlich der Müglitz von Dohna bis Burkhardswalde. Als überlegene österreichische Verbände nach Dippoldiswalde vorstießen, zog Finck seine Nachhut auch nach Maxen zurück und befand sich nun auf den Höhen zwischen Lockwitz und Müglitz in der Falle.

Jetzt standen sich Preußen in Stärke von 17.000 Mann und Österreicher zusammen mit der Reichsarmee mit fast 30.000 Mann gegenüber. Am 20. November erfolgte aus Richtung Hausdorf der Vorstoß auf die bei Maxen eingeschlossenen Preußen mit Artilleriefire und Infanterieangriff. Er traf auf Einheiten mit vielen sächsischen Soldaten, die ihre Waffen wegwarfen und sich gefangen gaben. Das hatte eine demoralisierende Wirkung auf jene Bataillone, in denen österreichische und russische Gefangene dienten. Finck befahl den Rückzug aus Maxen in Richtung Schmorsdorf. Harte Kämpfe am ganzen Tag zermürbten die preußischen Truppen, Schnee und Glatteis behinderten jede Bewegung. Am Abend waren die zerschlagenen preußischen Einheiten auf den Raum zwischen Falkenhain und Ploschwitz zusammengedrängt. Eine Zählung ergab 2.195 Kavalleristen und 2.836 Infanteristen, also 5.031 Mann. Kurz vor Tagesanbruch des 21. November bat Finck um freien Abzug. Daun lehnt ab und verlangte bedingungslose Kapitulation. Finck blieb keine Wahl.

Den Österreichern fielen 9 Generale, 549 Offiziere, 14.922 Mannschaften, 24 Standarten, 91 Fahnen, 71 Geschütze und 44 Munitionswagen in die Hände. Die Toten wurden nicht gezählt.

Nach diesem Sieg dachte Daun nicht an einen Rückzug nach Böhmen. Beide Seiten bezogen in Sachsen auf Kosten der Bevölkerung ihre Winterquartiere.

1.4.3.3 Frieden von Hubertusburg 1763

Am 15. August 1760 siegten 15.000 Preußen bei Liegnitz/Schlesien über 90.000 Österreicher unter Daun. Am 9. Oktober 1760 nahmen die Österreicher, Sachsen, Russen Berlin. Friedrich II. befreite Berlin, eroberte Sachsen, vertrieb nach dem Sieg bei Torgau am 3. November 1760 die Österreicher. Am 16. August 1761 fand die letzte Schlacht des Siebenjährigen Krieges bei Reichenbach in Schlesien gegen Daun statt. Am 15. Februar 1763 wurde der **Frieden von Hubertusburg** geschlossen. Alle drei Staaten verzichteten auf Gebietsänderungen.

Am 30. April 1763 zog Friedrich August II. wieder in Dresden ein. Die Einwohnerzahl von Dresden

hatte sich um 90.000 verringert. Für Sachsen brachte der Siebenjährige Krieg umfangreiche Truppenaushebungen durch die Preußen. Neben diesem Blutzoll wurde ein immer weiter steigender Geldzoll eingetrieben: 1757 3 Millionen, 1758 5,1 Millionen, 1759 6 Millionen und ab 1760 jährlich 12,5 Millionen Taler.

Die Neue Teplitzer Poststraße wurde für den Ein- und Rückmarsch nach und von Böhmen von den großen Truppenverbänden ständig benutzt. Die Folgen waren Requirierungen, Plünderungen und Verwüstungen und damit größte Not für die Bevölkerung.

Das macht auch eine interessante Akte aus dem Berggießhübler Pfarrarchiv von 1761 deutlich. Sie führt als Bitte um Steuerlass nach 5 Jahren Krieg an:

“Der sonstige Bewerb hiesigen Ortes, der im Bergbau bestanden, lieget ganz darnieder, die Bergleute nebst denen sich hierher gewendet habten Strumpfwürkern sind wieder weggezogen, und sind von denen 72 Häußern, woraus hiesiger Ort vor dem Kriege bestanden, deren annoch 30 bewohnt, die übrigen sind abgebrannt, eingerissen oder zu Pferde-Ställen gemachet, und diese 30 sind in so schlechten Umständen als möglich. Zehn derselben werden von armen Witwen und Waysen bewohnt, die sich selbst kaum zu erhalten im Stande sind, geschweige denn zur allgemeinen Notdurft etwas abgeben können,...ihre Felder und Wiesen, auch die im Herbst ausgesäte Winterfrucht, ist durch das hier durch diesen Haupt-Paß aus Böhmen kommende und gehende Fuhr Weesen, auch getriebene Ochsenheerden niedergetreten und verdorben, ihr meistes Vieh ist gleich anfangs dieses Krieges weggenommen...”. Der Bitte um Steuererlass wurde entsprochen.

Der verheerende Aderlass, der der sächsischen Wirtschaft im Siebenjährigen Krieg zugefügt wurde und die Hungerjahre 1771 und 1772, die zu einem Bevölkerungsverlust von rund 100.000 Personen oder 6 Prozent der Bevölkerung führten, hatte auch in den Folgejahren eine unerträgliche Not besonders auf dem Lande zur Folge. Den Bauern fehlte durch die Missernten das Saatgut und sie vertrieben z. B. in ihrer Not das Wild von den Feldern, um ihre geringe Ernte zu schützen. Die Hungerjahre beschleunigten in Sachsen den von Friedrich II. in Preußen eingeführten Kartoffelanbau, der ab dieser Zeit zur Ablösung der Dreifelderwirtschaft führte, denn die Kartoffeln wurden auf den brach liegenden Flächen angebaut.

Das erklärte auch folgende Begebenheit:

Der Sohn eines Schulmeisters, der Seilermeister **Christian Benjamin Geißler aus Liebstadt** kannte durch den Verkauf seiner Waren in der Umgebung genau die Sorgen und Nöte der Bauern. Da er viel las, begeisterte er sich für die freiheitlichen Ideen der französischen Revolution. Als ihn Nachrichten über protestierende Bauern auf rechtsextremem Gebiet zu Ohren kamen, hielt er die Zeit für reif. Neben zwei Appellen verfasste er seine Schrift “Pro Memoria”, in der er gegen das Steuerunwesen, die ungeheuren Wildschäden und das allgemeine Unrecht protestierte und einen allgemeinen Marsch zum Kurfürsten nach Dresden ankündigte, um dort die Not vorzustellen.

Er zog über die Dörfer, um seine Schriften zu verbreiten und Mitstreiter zu gewinnen. Seine Aufrufe zeigten jedoch keine Wirkung. Der Gerichtsherr v. Büнау auf Lauenstein erhielt davon Kenntnis, informierte die Staatskanzlei in Dresden, die ließ Geißler am 10. Juli 1790 verhaften und unter militärischer Bedeckung nach Dresden bringen. Der Gerichtsarzt erklärte Geißler für nicht zurechnungsfähig. Nach fünfzehnjähriger Festungshaft entfloß Geißler, irte steckbrieflich verfolgt durch die Nachbarländer Sachsens, bis er 1807 als Bettler in Döbra auftauchte, um bei seiner Pfliegerochter in Liebstadt zur Ruhe zu kommen. Er wurde verhaftet, aber nach einem Gnadengesuch des Liebstädter Schlossherrn, des fortschrittlich denkenden Carl Adolph von Carlowitz, freigelassen und bis 1809 unter strenge Polizeiaufsicht gestellt. Das letzte Lebenszeichen von ihm stammte aus dem Jahre 1823. An seinem ehemaligen Wohnhaus in Liebstadt, Pirnaer Straße 61, erinnert eine Gedenktafel an den **“Rebellen von Liebstadt”**.

1.4.4.4 Bayrischer Erbfolgekrieg (1778-1779)

Die folgende Historie⁷ zeigt, dass sich auch weitgehend in Vergessenheit geratene geschichtliche Ereignisse durch ihre Auswirkungen tief in des Gedächtnis der betroffenen Bevölkerung eingraben. Nach dem Tode des letzten bayrischen Wittelbachers Max Joseph 1777 erhob Kaiser Joseph II. (1765-1790) Ansprüche auf Bayern und besetzte einige Landesteile. Die sächsische Kurfürstin Maria Antonia (Gemahlin des verstorbenen Kurfürsten Friedrich Christian) war ebenfalls Wittelsbacherin. Kursachsen machte Ansprüche geltend und besiegte in dem ereignisarmen Feldzug im Bündnis mit den Preußen die Österreicher. 150.000 preußische und 25.000 sächsische Soldaten zogen in unserer Region über das Gebirge. Die Heerführer sparten wie üblich die Verpflegung und die durchziehenden Truppen requirierten, was sie brauchten. Die Orte erhielten Einquartierungen und die Auflage, diese zu ernähren. Das war nach den Hungerjahren (1771/1772) nach den Siebenjährigen Krieg besonders hart. Am 1. Mai 1778 meldete der Stadtrichter, dass alle Lebensmittel im Ort durch sächsische und

⁷ Akte Archiv Berggießhübel, Abth. II. Abschn. I. No. 6 1779

preußische Truppen aufgebraucht waren. Viele Bewohner flüchteten aus dem Ort. Dieser "Krieg" bestand im wesentlichen darin, dass sich die streitenden Parteien gegenseitig die Verpflegung abjagen.

Im Bericht vom 20. Januar 1779 des Berggießhübler Stadtrichters Wolf an den Amtmann zu Pirna heißt es, dass "Herr Leutnant Krauthoff der krank darnieder liegenden Dietrichin ein Bett weggenommen und weitere Tötlichkeiten verübte". Als der Stadtrichter einschritt, wurde er mit ungebührlichen Schimpfreden überschüttet. Da ähnliche Exzesse an der Tagesordnung waren, forderte Wolf vom Amtmann, die "Vorgänge beim Commandateur des löblichen und vorstehenden Regiments, dem Herrn Obrist Leutnant von Gimpel, durch eine Gerichtsperson zu melden und behörig um Abstellung und Vermeidung weiterer möglicher Excesse" zu ersuchen. Der Stadtrichter drohte, sollte ferner noch solches geschehen, sich ungeachtet aller Vorschriften bei General Major von Rankstein Gehör verschaffen.

Um seine Armee aufzufüllen, verlangte der **Kurfürst Friedrich August III.** 1779 von allen Orten die Meldung der unangesessenen Männer von 18 bis 35 Jahren als Rekruten für seine Armee und droht bei Versäumnis mit 50 Talern Strafe und Verwarnung. Stadtrichter Wolf von Berggießhübel meldet 19 Männer ins Amt Pirna. Am 12. Juni erneuerte der Kurfürst seine Werbung für die Armee, die am 10. Juli von Richter Wolff empfangen und am 11. Juli publiziert wurde. Am 17. Juli 1779 meldete Richter Wolff: "Da beim Städtgen Berggießhübel keine zur Anwerbung mäßige Dienstlose und keine Nahrung treibende oder sonst entbehrliche Leute, noch zum Kriegsdienst taugliche Burschen sich dermahlen aufhalten wird ein Vacat-Schein (Befreiungsschein) ausgestellt".

Im September 1779 erhielt Berggießhübel die Einquartierung von "drei königlich preußischen Frei Battallions in Cantonierung". Diese Truppen hatten keine Zelte und hielten sich stets in den Häusern auf. Sie benötigen viel Lagerstroh, dass "aller Morgen aufgebunden und abends wieder hinein geschafft werden muß." Als das Stroh alle war, wurde ihnen befohlen bei Androhung von Exekution außerhalb Stroh zu beschaffen. Das Stroh ist hier Wetter bedingt schlecht. Außerdem haben die Kommandos beim Durchreiten der Felder vieles vernichtet. Der Obrist Kümpel gab Quittungen für das Stroh aus. Diese wurden jedoch nicht vergütet.

Der Stadtrichter beantragte mehrfach ohne Erfolg, dass die vielen kranken Soldaten aus dem Ort in ein Militärlazarett gebracht würden, da sie die Einwohner mit ihrer Krankheit ansteckten. Vom 19. Januar 1779 existiert ein Antwortschreiben des Amtsmanns August Friedrich Schrey an den Stadtrichter Berggießhübels Herrn Wolff zu dieser Forderung:

Bis dies möglich ist, "sollen zur Verhinderung der Ansteckung der Einwohner die Soldaten mit Medikamenten, Holz und Lagerstroh versorgt werden. Der Amtsphysikus aus Cotta-Ottendorf hat die Erkrankten zu untersuchen und Medikamente auf Kosten des hiesigen Amtes zu verschreiben und alle nötigen Maßnahmen zu treffen. Der Stadtrichter hat den mittellosen Kranken sofort Holz und Lagerstroh zu verschaffen, zu bezahlen, dem Medicus eine Unterkunft anzuweisen. Die Verstorbenen sind unter Verwendung ihres Nachlasses angemessen zu beerdigen, bei Bedarf aus der Armenkasse. Die Soldaten nähmen sich auch die letzten Lebensmittel. Am Ende des Winters bescheinigte der Stadtrichter dem Amt, dass fünf Monate, November bis Mai, die Soldaten verpflegt wurden, aber nun wegen Winter und Wetterschäden wieder nichts mehr aufzubringen sei."

Die Soldaten suchten in den Äckern nach übrigen Kartoffeln, die sie aßen. Deshalb ging dieser Krieg in Sachsens Geschichte und in das Gedächtnis der Bevölkerung als **Kartoffelkrieg** ein.

Es war eine verruchte Zeit. Der Kurfürst steckte 6 Millionen Gulden für seinen Verzicht auf Ansprüche an Bayern ein. Die Einwohner aber hungerten und darbtten. **Kurfürst Friedrich August III.** erhöhte die Steuern, wie die bereits bekannten **Schocksteuer** (eingeführt 1488), die **Quatembersteuer** (eingeführt 1646) und die **Generalkonsumtionsakzise** (eingeführt 1703). Eingetrieben wurden die Steuern durch **Steuereinnahmer**. Durch die Armut fielen auf dem Lande durch Steuerschulden Höfe in die Freie.

Der Kurfürst zeichnete sich durch eine soziale aber äußerst konservative Haltung aus. Mit den Ideen der **Französischen Revolution** konnte er sich nicht anfreunden. Die politischen Unruhen in Sachsen unter seiner Herrschaft waren nicht so sehr gegen den Kurfürsten gerichtet, als gegen die Repressionen seiner Obrigkeit. Die feudale Entwicklung hatte ihr Zenit erreicht. Die politische Entwicklung in Sachsen wird aber in den folgenden Jahren nicht durch ihn, sondern durch **Napoleon Bonaparte** geprägt.

1.5 Spätmittelalterliche Lebensverhältnisse in der Region

Bisher haben wir nur wenig über die Lebensverhältnisse unserer Vorfahren im späten Mittelalter erfahren. Wir kommen jetzt aber in zeitliche Bereiche, die unsere direkten Vorfahren mit gestaltet haben. Also wie haben unsere Vorfahren gelebt? Wie gearbeitet und wie war das Zusammenleben? In den folgenden Zeilen wollen wir versuchen, über diese Bedingungen etwas zu vermitteln.

Der bis dahin unbewohnte und wilde **Miriquid** wurde bei dem böhmischen und markgräflichen Expansionsbestreben im 12. Jh. nach und nach besiedelt. Der große Wald war vermutlich von alten sorbischen Siedelplätzen her zu Jagd und Fischfang und zur Bienenweide genutzt worden. Die Siedler kamen dabei aus den Gebieten westlich der Saale-Elbe-Linie. Die Umsiedelung war ohne einen wirtschaftlichen Anreiz nicht denkbar. Den siedlungswilligen Bauern in den Altsiedlungsgebieten wurde von ihrer Herrschaft "freier Abzug von der Scholle" gewährt. 1165 garantierte der "Schutz des Hofrechts" diesen Siedlern die Stellung eines freien Bauern als Anreiz für die Mühen, das neue Land urbar zu machen. Nun entstanden bis in das dichtbewaldete Gebirge nach intensiven Rodungen neue Siedlungen, die alle in gleicher Weise als **Waldhufendörfer** angelegt waren, mit nebeneinander liegenden breiten Hufen, die sich in den Talmulden kilometerweit bergan in den Wald ausdehnten. Die Bauernhöfe wurden mit weitem Abstand voneinander errichtet. Dadurch erhielten diese jungen Kolonisationsdörfer im Gebirge ein anderes Aussehen als die schon älteren Straßendörfer und Rundplatzdörfer im Elbtal, wo die Hausgiebel dicht nebeneinander stehen, getrennt nur durch kurze Zwischenräume für Tor und Pforte.

Im Waldhufendorf konnte jeder Besitzer seine Flur ungehindert bewirtschaften. In den freien Talmulden siedelten sich nach und nach Arbeiter und später mit der Gewerbefreiheit Handwerker an (siehe Abb. 1.5.2, 1.5.3). In der 1. Hälfte des 13. Jh.s war die Besiedlung abgeschlossen. Wir müssen bei der Entwicklung und den Lebensverhältnissen zwischen den Dörfern, den Städten Gottleuba und Berggießübel, sowie den Hammer- und Hüttenstandorten unterscheiden. Beim Lesen der Geschichte der Ortsteile werden Leser immer wieder auf die hier dargestellten Bedingungen in den Orten stoßen.

1.5.1 Dörfer

Zurzeit der Besiedlung stand die Region noch unter böhmischer Herrschaft. Aber nach der Dohnaer Fehde und dem Sieg der Wettiner über die Burggrafen auf Dohna, rissen die Wettiner schnell das Gebiet an sich und belehnten damit ihnen ergebene Adlige. So unterstanden dann die meisten Dörfer adligen Lehnsherren, wie Oelsen, die Hälfte von Langenhennersdorf, Hennersbach, Breitenau, Börnersdorf, Ober- und Niederhartmannsbach. Hellendorf und Markersbach waren Amtsdörfer. Sie unterstanden direkt dem Amt Pirna und damit den Wettinern.

Die Lebensverhältnisse in den Neusiedlungsgebieten haben sich merklich von den Verhältnissen in den westlichen Stammgebieten unterschieden. Hier hat es keine Leibeigenschaft gegeben. Die Bauern waren stolze Besitzer des Landes und dem Lehnsherren nur im erträglichen Umfang zu Diensten verpflichtet. Ein so gewaltiger Bauernaufstand, wie in Mitteleuropa, hatte hier trotz der hohen Abgaben und umfangreichen Dienste keinen Nährboden.

Von Klinger [1.31] sind 1747 in einer vom Kurfürsten autorisierten Druckschrift ausführlich die Rechte und Pflichten der sächsischen Bauern gegenüber den Grundherren zusammengestellt worden.

Er schreibt: "In Chursächsischen ... Landen werden die Bauern nach der Beschaffenheit ihrer Grundstücke und davon zu leistende Dienste in Hüfner, Halbhüfner, Hintersassen oder Anspanner, Häusler, Gärtner, Cothner ... eingeteilt, deren die ersten Pferde-Fronen und Spanndienste, die letzteren aber Handdienste ihrem Landesherrn und der Gerichtsobrigkeit zu leisten haben."

1747 waren nach Klinger Dörfer "die Orte, die weder Stadt- noch Marktflecken-Recht, weder Tor noch Mauern haben. Hier schlagen die **Hüfner** ihre Wohnungen auf und umgeben sie mit Zäunen und Gräben und betreiben als Bauern Ackerbau und Viehzucht. Andere Personen, die weder Acker noch Vieh besitzen, erwerben ihren Unterhalt, indem sie den Begüterten als Tagelöhner und Handarbeiter Dienste leisten. Diese werden **Einwohner** oder **Häusler** genannt. Die Bauern und Nachbarn haben zu ihren Wohnhäusern, Scheunen, Ställe, Felder, Gärten, Wiesen und Gehölze".

Die Dörfer Langenhennersdorf, Oelsen, Markersbach, Hellendorf, Hennersbach, Breitenau, Hartmannsbach und Börnersdorf wurden in dieser zeitlichen Folge zwischen 1169 und 1439 erstmals urkundlich erwähnt. Die Ersterwähnungen stammen zum Teil aus kirchlichen Archiven und Berichten von Einsetzungen oder Ablösungen von Pfarrern und Patronatsherren (Langenhennersdorf, Oelsen, Markersbach), aus einer Verpfändungsurkunde des böhmischen Königs Wenzel an **Thimo von Colditz** (Hellendorf) und aus Lehnbriefen (Hennersbach, Breitenau und Börnersdorf), d. h. sie hatten in der Regel zu diesem Zeitpunkt schon längere Zeit existiert. Es entstanden aus topografischen Gründen verschiedene Dorftypen. Die meisten Dörfer waren **Waldhufendörfer**. Oft siedelte man in Quellmulden an einem Bach, neben dem die Dorfstraße entstand. Wasser war wichtig für das Dorf. Die Flächen wurden vermessen und jeder Siedler bekam eine **Hufe** Land als erbliches unteilbares Lehen. Das war die Fläche, die eine Familie ernähren konnte. Der **Dorfrichter** erhielt zwei Hufen Land. Auch die Kirche erhielt eine Hufe. In einigen Dörfern ließen sich adlige Lehnsherren nieder, die für Verdienste am Hof mit ca. vier Hufen belehnt wurden. Aus diesem Lehen entwickelten sich später die **Rittergüter**.

Die **Hufe** war in den Gebieten unterschiedlich groß. Die sächsische Hufe betrug etwa 20 ha. Auf

beiden Seiten der Straße wurden die Bauernhöfe der **Hufner** errichtet und an diese schlossen sich die dazugehörigen landwirtschaftlichen Flächen mit Acker und Weiden an, die von den Siedlern durch gemeinsame Rodung gewonnen wurden. Meist gehörte noch ein Stück Wald zum Besitz. Die Bauern mussten dafür jährlich an den Lehnsherren **Erbsins** zahlen, Abgaben entrichten und Dienste leisten. Die Rodung war Schwerstarbeit und die je Familie vergebene Hufe steinig, karges Land. Die Steine wurden im Laufe der Zeit abgelesen und an den Hufenrändern abgelagert. Noch heute kann man in vielen Fällen nach Jahrhunderten an den **Lesesteinrändern** die alten Hufengrenzen erkennen. Hinzu kamen die Zufahrtswegen von den Höfen zu den Äckern, die sich auch häufig erhalten haben. Ursache für diese festen Besitzverhältnisse war das Verbot des Landesherren der Teilung der Hufe im Erbfall oder beim Konkurs. Nur Beistücke oder Wiesen durften verkauft werden. Jede Besitzänderung wurde gründlich überprüft. Mit der Zeit wurden die Lesesteinränder zu wertvollen Biotopen, in denen sich besonders Vögel ansiedelten. Erst die Großraumwirtschaft der LPG-Ära hat viele dieser Lesesteinränder und Feldwege vernichtet.

1.5.1.1 Der Bauernhof

Die Bauernhäuser und -höfe wurden ursprünglich nach dem Vorbild der alten Heimat gebaut. Das Wohnstallhaus hat in den Höhenlagen oft den in Abb. 1.5.1 gezeigten prinzipiellen Aufbau.

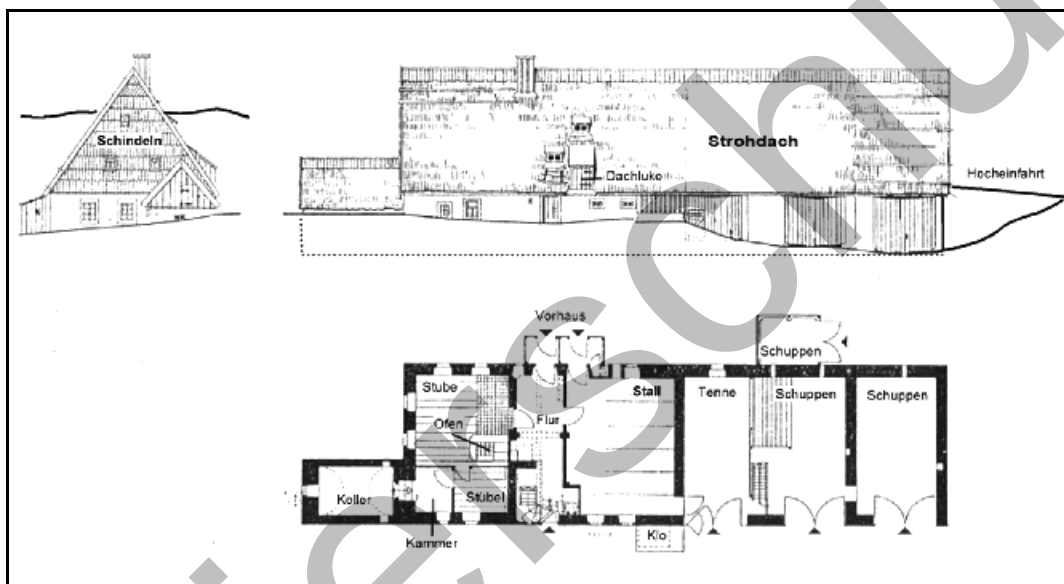


Abb. 1.5.1: Aufbau eines eingeschossigen Wohnstallhauses in Fürstenau nach [1.24].

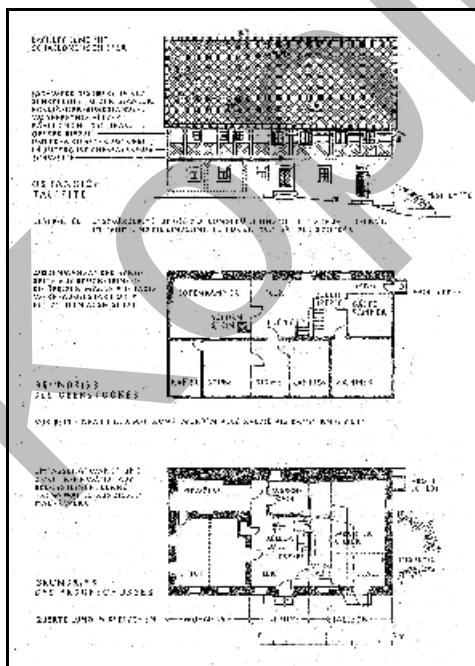


Abb. 1.5.2: Wohnstallhaus nach Helbig [1.24] in Geising von 1962.

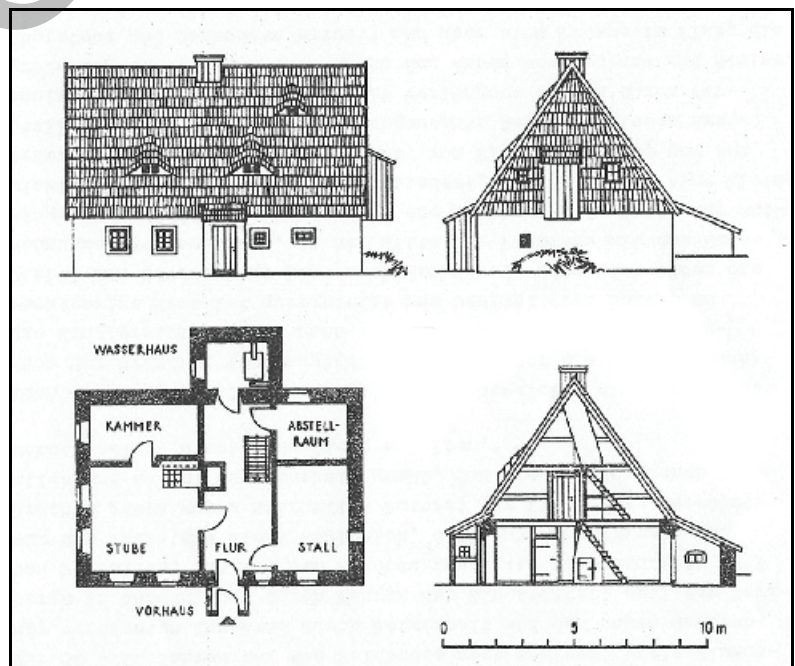


Abb. 1.5.3: Aufbau eines Häuslerwohnhauses (Arbeiterwohnhauses) nach Helbig [1.24] in Neugeorgenfeld von 1732.

Bauern mit kleinem Landbesitz (Halbhüfner) oder Bauern in landwirtschaftlich ungünstigen Regionen, wie im Gebirge, errichteten meist Häuser, in denen alles, was für die Bodenbearbeitung und Viehhaltung nötig war, in einem Gebäude, dem **Wohnstallhaus**, zusammengefasst war.

Der beschriebene Zustand entspricht ungefähr dem im 18. Jh. Einzelne stehende Wohnstallhäuser hielten sich durch die widrigen Bedingungen in den Lagen des Erzgebirges bis Ende des 20. Jh.s.

Es steht im Gebirge manchmal frei in der Landschaft. Alles was für die Wirtschaft notwendig ist, wird unter dem Dach eines einzigen Gebäudes untergebracht. Es gab in der Regel Wohntrakt, Stall und Scheune. Eine Erweiterung ist sowohl durch Aufstockung als auch giebelseitig möglich. Der Grundriss ist quergeteilt und überall nahezu gleich. Die Schuppen auf der Abbildung sind höchstwahrscheinlich später angebaut worden. Der Wohnbereich der Familie lag neben dem Stall.

Die **Bergeräume** für die Garben und das Heu im Dachbereich wurden anfangs über Luken beschickt, aber häufig sind bei Hanglagen **Hocheinfahrten** zu finden (in der Abbildung rechts), über die die Erntewagen in das Dach geschoben werden konnten. In der Ebene half man sich oft durch eine Aufschüttung. Das Erdgeschoss besaß oft nur sehr kleine Fenster, um im Winter die Wärmeverluste klein zu halten. Das Dach war in der Mehrzahl mit Stroh gedeckt, wobei der Schornstein nicht auf dem First aufsaß, sondern neben dem First das Dach durchstieß. Ursache war der steile Reiterverband des Dachstuhles mit einem durchgehenden Längsverband. In unserer Region waren Schindeldeckungen selten.

Reine Steinbauten gab es anfangs nur wenige. Die **Fachwerkhäuser** wurden aus Balken auf niedrigen Steinsockeln errichtet und die Wände anfänglich mit Flechtwerk und Lehm ausgefüllt und dünn mit Kalk geputzt, später mit Ziegelsteinen ausgemauert und geputzt. Sichtbares Fachwerk zeigt sich heute vor allem noch in den Dörfern des unteren Erzgebirges. Das **Bruchsteinmauerwerk** der Außenwände konnte bis zu 80 cm stark sein und hatte in Verbindung mit dem Strohdach ein gutes Innenklima zur Folge. Entsprechend einer kurfürstlichen Verordnung aus dem Jahre 1731 musste das Haus im Erdgeschoss in Stein ausgeführt werden, um das knappe Holz zu sparen. Im oberen Erzgebirge findet man Fachwerkwände nur im Oberstock und dann meist nachträglich verschindelt, verbrettert oder verschiefert. Es gab auch Übergangsformen, bei denen nur noch die dem Wetter abgewandte Seite in Fachwerk errichtet wurde. Das raue Klima hat dazu geführt, dass man auch das Fachwerk der Giebel vielfach verschindelt, verbrettert oder verschiefert hat. Geheizt wurde mit einem riesigen Altdeutschen Kachelofen zwischen Wohnstube und Flur damit sich die Wärme gleichmäßig verbreitete. Auch der Stall trug mit zum Heizen bei.

Bei nahezu allen Wohnhäusern waren die Eingangstüren wegen der Winterstürme durch ein **Vorhaus** geschützt, welches im Sommer manchmal weggenommen werden konnte. Der frostsichere Keller besaß oft ein Tonnengewölbe und war, wie auf der Abbildung, von Innen durch eine Treppe zugänglich. Das **Trockenklo** am Stall war ebenfalls von innen zugänglich. Das Gesinde schlief meist über dem Stall. Nur der Bauer hatte mit seiner Frau eine gemeinsame Kammer. Je nach wirtschaftlichen Möglichkeiten entwickelte sich dann aus dem Wohnstallhaus besonders im 19. Jh. der **Zweiseithof**, der **Dreiseithof** oder der **Vierseithof**. Helbig hat in [1.24] am Beispiel eines Bauernhofes in Börnersdorf Nr. 5 die Entwicklung vom Zweiseithof zum Vierseithof dokumentiert (siehe Abb. 1.5.4). Es ist davon auszugehen, dass auch dieser Hof ursprünglich ein einstöckiges Wohnstallhaus war. Heute ist er Ruine.

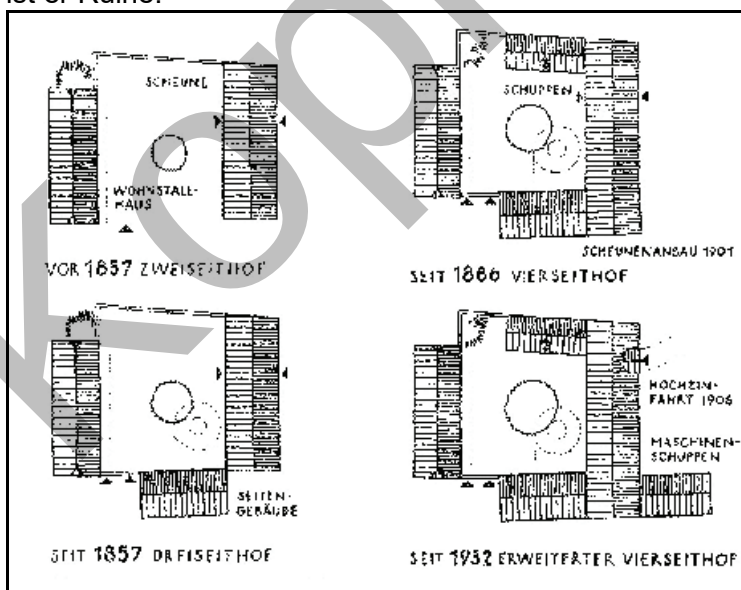


Abb. 1.5.4: Entwicklung des Bauernhofes Nr. 5 von 1857 bis 1932 in Börnersdorf nach Helbig [1.24].

Besonders die Scheunen sind seit etwa 1850 einschneidend verändert worden. Die intensivere Milchwirtschaft erforderte mehr Futter und Einstreu. Zur leichteren Erntebergung entstanden seitdem letzten Viertel des 19. Jh.s überall dort, wo es nur möglich war, Hocheinfahrten. Das Scheunendach, ursprünglich genauso steil wie das Wohnhausdach, wurde abgenommen, dafür ein flacher geneigtes Satteldach aufgesetzt. Fast jedes Haus hatte eine eigene Wasserstelle mit einem großen Sandsteintrog. Das raue Klima hat dazu geführt, dass man das Fachwerk der Giebel vielfach verschindelt, verbrettert oder verschiefert hat. Die in den höheren Lagen immer bescheidener werdenden Bauernhäuser lassen erkennen, dass die natürlichen Bedingungen wie Oberflächengestalt, Bodengüte und Klima die Bauart entscheidend beeinflussten. War der Land-

besitz groß und ertragreich, reichte das Platzangebot eines einzigen Gebäude nicht aus, um eine

effektive Landwirtschaft zu betreiben. Größere separate Ställe für Zugvieh, Rinder und Schweine sowie Scheunen wurden notwendig. Das führte zum Bauerngut. In der Abb. 1.5.5 haben wir hier den typischen Aufbau eines **Dreiseithofes** vor uns. Fehlt das rückwärtige Gebäude, so spricht man vom **Zweiseithof**, steht an der Vorderseite noch ein Gebäude mit einer Toreinfahrt, vom **Vierseithof**. Ursprünglich waren in der Region alle Bauernhaustypen vertreten.

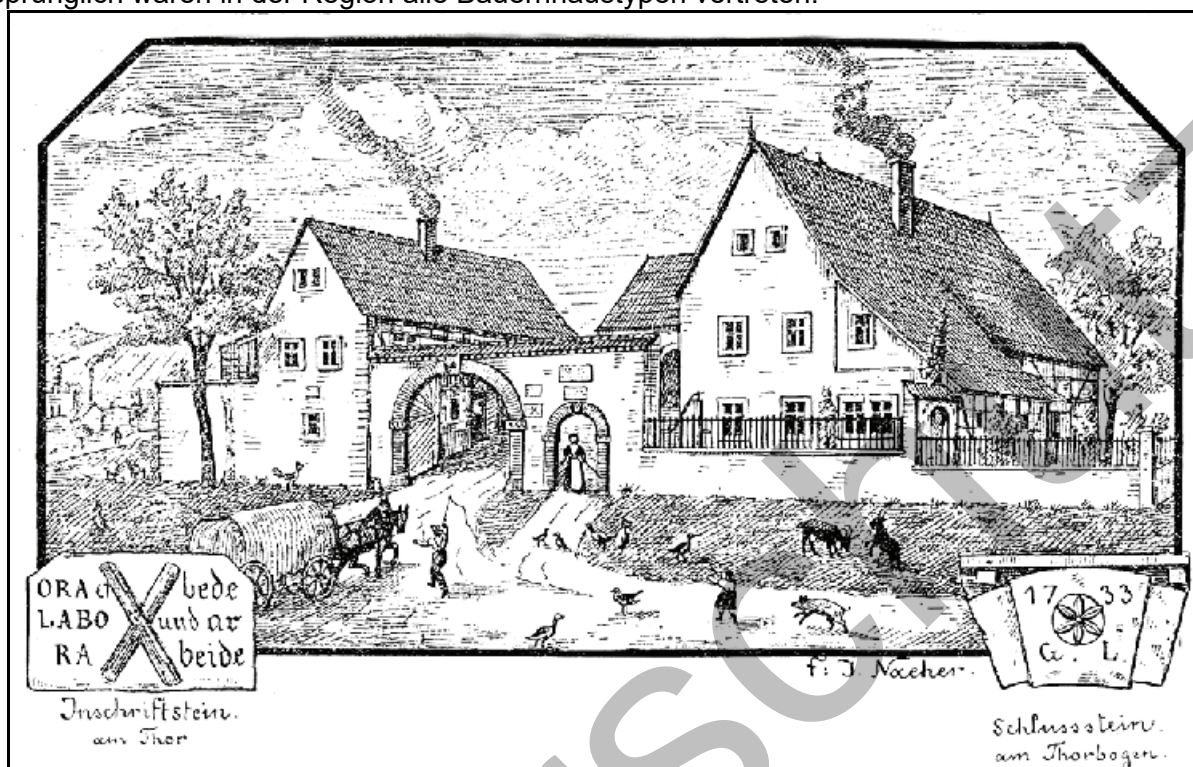


Abb. 1.5.5: Aufbau eines altfränkischen Bauernhofes nach Nacher [1.42].

Die Giebelseite des Wohngebäudes zeigt in der Regel in das Tal oder in Richtung Straße. Ein Tor mit einer großen Einfahrt und daneben zunächst der Giebelseite des Wohnhauses eine kleine Pforte für die Bewohner der Niederlassung, sind ein besonderes Kennzeichen dieses Hofes. Dem Wohnhaus gegenüber auf der andern Seite der Einfahrt ist ein kleinerer Anbau, der die Waschküche, die Vorratsräume für den Haushalt, unten die Ställe für das Kleinvieh, Schweine, Enten, Gänse, Hühner etc. enthält. Den hinteren Teil des geräumigen Hofes schließt quer die große Scheune ab, in welche der Erntewagen mit voller Ladung einfahren kann. Hier ist die Tenne zum Dreschen und die Banse zur Verpackung der Früchte in die Säcke. Bei manchen Bauernhöfen sind in der Scheune auch die Ställe für das Zugvieh, die Kühe und die Kälber. Die Wagenschuppen sind dem Wohnhaus gegenüber. Vor dem Stallgebäude sehen wir den Ziehbrunnen. Charakteristisch ist also die Stellung der Giebelfront des Wohnhauses zur Straße, die keinen Eingang hat, wohl aber die Fensteröffnungen der in den Stockwerken liegenden Wohnräume. Der Eingang zum Wohnhaus ist vom Hof aus, wenn man die kleine Pforte hinter sich hat. Es ist selbstverständlich, dass diese Anordnung im Einzelnen von Hof zu Hof unterschiedlich sein kann, nur die Stellung des Wohnhauses scheint fest zu liegen. Manchmal ließen auch die Geländeverhältnisse eine solche Bauweise nicht zu. Wir haben hier den typischen Aufbau eines **Dreiseithofes** vor uns.

Da es in unserer Region reichlich Steine gibt, wurden später in der Regel Lese- oder Bruchsteinhäuser errichtet. Das Obergeschoss wurde auch noch im 20. Jh. meist als **Fachwerkbau** ausgeführt, der diesen alten Gebäuden ein malerisches und eindrucksvolles Ansehen verlieh. An dem Pfosten, welcher die kleine Pforte von dem großen Tor trennt, ist gewöhnlich ein Tragstein, auf dem man die Traglast bequem absetzen kann, um mit Leichtigkeit die Tür öffnen zu können. Große Höfe waren oft noch von einer Mauer umgeben, die den Eindruck einer kleinen Festung vermitteln. In bewegten Zeiten eine optimale Lösung.

Heute erkennt man die in der Vergangenheit im Gebirge üblichen Bauweisen des Wohnstallhauses oder Zwei- bzw. Dreiseithofes ohne das nötige Hintergrundwissen nicht mehr. Die Häuser und besonders die Scheunen sind modernisiert, massiv aufgestockt oder weggerissen worden.

Der Arbeitstag der Bauern begann vor Sonnenauf- und endete nach Sonnenuntergang. Das Leben der Bauern war hart. Dürre und Nässe, Kälte und Hitze, Unwetter, Seuchen und Kriege bedrohten die

Existenz der Bauern. Der Bauer bestellte die Felder, brachte die Ernte ein, schlug Holz und hielt den Hof mit seinen Geräten instand. Die Frau führte die Hauswirtschaft, kochte und backte Brot, konservierte die Vorräte durch Salzen, Räuchern, Dörren, Beizen, spann und webte, versorgte die Kinder und das Vieh, baute Gemüse und Kräuter als Heilmittel im Garten an. Die Kinder halfen nach ihren Kräften, hüteten Vieh und führten die Ochsen. Auf einem Bauernhof lebten und arbeiteten oft mehrere Generationen zusammen unter einem Dach. Zu den Mahlzeiten trafen sich die Familie und die Knechte und Mägde in einem gemeinsamen Raum, der gleichzeitig auch die Küche mit der Kochstelle war.

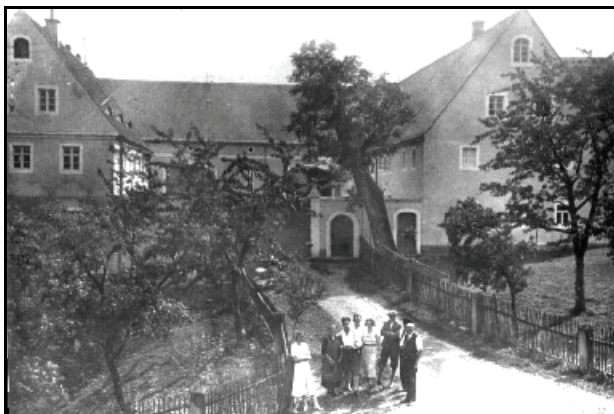


Abb. 1.5.6: Bauernhof in Borna um 1930.



Abb. 1.5.7: Der Lindenhof in Hartmannsbach um 1930. Links schließt sich die Scheune an. Heute fehlt die Mauer mit den Eingangstoren.



Abb. 1.5.8: Großmanns Gut Nr. 30 in Hartmannsbach 1980 mit hinterer und vorderer Toreinfahrt.

Diese Feuerstelle war im Winter oft die einzige Wärmequelle, um die man sich drängte. Gesessen wurde auf Bänken um den Tisch und aus einer gemeinsamen Schüssel mit Holzlöffeln.

Fleisch gab es meist nur sonntags. Die Gabel wurde durch die Finger ersetzt. In dem Hof wurde geschlachtet, gebuttert und geräuchert. Teilweise auch Flachs verarbeitet. Weil die Haltbarkeit der Lebensmittel begrenzt war, herrschte im Frühjahr oft der Hunger. Als Toilette diente anfänglich der Misthaufen. Auf der **Tenne** wurde mit Dreschflegeln gedroschen.

Von Seelig⁸ wurden das Bauernhaus und die Lebensumstände der Bauern vor 1900 ausführlich beschrieben und wir wollen versuchen es dem Leser in etwas modernisierter Form wiederzugeben:

Die Wohnstube hat 20-25 qm Fläche, ist 1,80 bis 2 m hoch und wird gewöhnlich durch 4 Fenster erhellt, von denen 2 nach dem Hofe und 2 nach der Straße heraus gelegen sind. Treten wir nun von der Hausflur rechts in die Wohnstube ein, so bemerken wir in der Wanddecke beim Ofen ein Loch in der Mauer verdeckt, was früher allgemein "das Kaminchen" genannt wurde. Dieses Kaminchen ist eine Feuerungsanlage, welche dazu diente, die Stube an den langen Winterabenden zu erleuchten. In dem Kaminchen wurden Kienstücke verbrannt. Ein kleiner Rauchfang in der Mauer verband dasselbe mit dem Schornstein, so dass nicht nur der Rauch, sondern auch die schlechte Stubenluft abziehen konnte und man es daher erklärlich findet, dass selbst bei den kleinen Schiebefenstern, die nur selten geöffnet wurden, doch stets eine gesunde und reine Luft im Zimmer herrschte. Rechts der Eingangstür befindet sich an der Wand das Tellerbrett, welches mehr als Zimmerzierde denn zum täglichen Gebrauche zu dienen hatte. Dieses Tellerbrett war seiner Zeit ein Ausstattungsstück, das die junge Frau bei der Hochzeit mitbrachte. Nur bei großen Familienfesten oder zur Kirmes und zum

⁸ Th. Seelig: Ein Bauernhaus aus den Heidedörfern bei Dresden. Über Berg und Tal; 23. Jahrg. (1900) Nr.2.

Erntefeste stellte man seinen Inhalt auf die festliche Tafel. Oben stehen die großen Schüsseln, auf den unteren Regalen die Teller und an den Leisten hängen die schmucken zweihenkeligen, schüsselartigen Gefäße, welche als Tasse und Teller zugleich benutzt wurden. Sämtliches Geschirr ist von rohem Töpferthon angefertigt und mit bunten Malereien auf der glasierten Innenseite versehen. Die Schüsseln tragen außerdem die Jahreszahl, welche gewöhnlich das Hochzeitsjahr des Besitzers angibt. Wie schon erwähnt, wurde der Inhalt des Tellerbrettes nur selten benutzt, da für gewöhnlich einfachere Schüsseln in Gebrauch kamen und die ganze Familie gemeinsam aus einer solchen aß. Bei Festlichkeiten bekamen aber an der langen Tafel nur je vier benachbarte Personen eine gemeinsame Schüssel, um daraus ihre Suppe zu löffeln.

An jedem Tellerbrett befand sich aus Blech ein Löffelhalter, in welchem die runden Blechlöffel steckten. Gabeln wurden seltener verwendet. Bei Festlichkeiten, bei denen von auswärts Besuch ankam, war es üblich, dass die Gäste ihr eigenes Besteck in einem Lederfutteral mitbrachten. Es bestand aus einer zweizinkigen Gabel und einem spitzen Messer. Für die Blechlöffel hatte jedoch der Gastgeber zu sorgen.

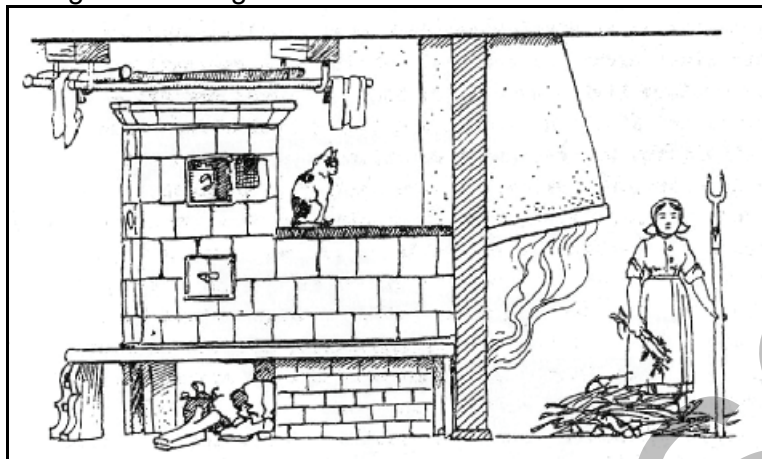


Abb. 1.5.9: Der Altdeutsche Ofen. Nach Lohse.

Der Altdeutsche oder Gabelofen, welcher bis 1,70 m lang, 80 cm breit und 1,80 m hoch ist, als Herzstück des Hauses, hat sich am längsten erhalten. Nach Helbig [1.24] besteht er "aus einem weit in den Raum hineingeschobenen Ofenturm mit "Röhren" zum Warmhalten von Kaffee und Wasser. Zwischen Ofenturm und Stubenwand sitzt der Herd, ein Sparherd mit eiserner Kochplatte und Wasserpfanne. Um den Ofen steht die Bank. Geheizt wurde der Ofen vom Flur aus. Das war ein großer Hohllofen, in den mit einer langen Gabel sowohl das Feuerholz - Reisig und Scheite - wie auch die eisernen oder irdenen Töpfe in die Feuerung

hineingeschoben wurden. Außer dem Ofenloch, erblicken wir in der Hausflur noch einen offenen Herd, sowie den niemals fehlenden Backofen. In der Stube selbst, besonders über dem Ofen, fallen uns die parallel zur Decke angebrachten hölzernen Stäbe in die Augen, auf welchen sowohl nasse Kleidungsstücke als auch die Kienspäne für den Kienspanleuchter getrocknet werden. Oberhalb des Ofens befindet sich in der Stubendecke ein viereckiges Loch, welches in die darüber liegende Stube führt. Hier ist ein Schieber angebracht, welcher geöffnet die Ofenwärme auch in diese Stube leitet. Emil Lohse, als Nachfolger von Oskar Seyffert bis zu seinem Tode 1949 Direktor des damaligen Landesmuseums für Sächsische Volkskunst hat eine solche Anlage gezeichnet (siehe Abb. 1.5.9). Dieser Ofen wird von der Hausflur aus geheizt und hat keine Züge."



Abb. 1.5.10: Nicht funktionsfähiger Altdeutscher Bauernofen in Petrovice Gaststätte "Zum Hirsch" 2017. Die Feuerung links hinter der Wand ist zugemauert. Die Türe links fehlt.



Abb. 1.5.11: Die Ofentüren in der Mitte des Ofens.

Wo der Ofen an die Wand anstößt, befindet sich der Wasserkessel, von welchem ein Abzug in den Schornstein führt. Rings um den Ofen läuft die Ofenbank. Alle alten Pelze, Röcke oder sonstigen ausrangierten Kleidungsstücke finden hier eine willkommene Aufnahme, um als weiche Unterlage beim Ausruhen zu dienen. Damit ersetzte die Bank den früheren Geschlechtern unser Sofa. Der hohle Raum unter dem Ofen dient als passender Platz für die Fußbekleidung aller Art, wenn jedoch kalte Witterung in die Legezeit der Hühner fällt, so wird hier der Stall für die Gluckhenne mit ihren Kücken eingerichtet.

Neben dem Ofen an der Wand bei der Türe hat auch das Handtuch seinen Platz, welches oft durch ein "Überhandtuch" verdeckt ist. Bei alten Öfen bemerkt man oft, dass die Eckkacheln vollständig abgeschliffen sind, so dass der Rauch aus der entstandenen Ritze heraustritt und nun mit Lehm verschmiert werden muss. Es rührt das davon her, dass man diese Kacheln zum Schleifen der Messer benutzt hat. Als eine Fortsetzung der Ofenbank sind die an den Wänden hinlaufenden Bänke anzusehen, welche nicht zur Zimmerausstattung, sondern zum Hause gehören, indem sie, wie der eingemauerte Wandschrank, fest angebracht sind. Das einzige bewegliche Inventar sind nur der Tisch und die Stühle, denn selbst die alte Wanduhr mit ihren sandsteinernen Gewichten und gläserner Glocke, bei der sich der Perpendikel vor dem Zifferblatt hin- und her bewegt, wird von einem Gehäuse umgeben, das ebenfalls in der Wand mit Bankeisen befestigt ist. Dieses Gehäuse dient zum Schutz der ablaufenden Gewichte.



Abb. 1.5.12: Das Gitter links oben.

Die Stubendiele wird gescheuert und mit weißem Sand bestreut. Die mit mächtigen Streckbalken unterzogene Holzdecke trägt meist eine dunkle Färbung, die von dem Rauch und Ruß der Holzspanleuchter herrührt. Man rieb dieselbe ehemals mit Flachsscheben (dem Abfall beim Flachshecheln) ab, bis sie in tiefem Schwarz erglänzte. An einem dieser Streckbalken gewahrt man eine Reihe Kleideraufhänger, die jedoch nur zur Aufnahme von Mützen und Hüten dienen.

Betrachten wir nun die Fenster eines solchen Bauernhauses, so werden wir feststellen, dass sie maximal 40 cm breit und 80 cm hoch sind. Das Öffnen geschieht nicht wie heute durch Flügel, sondern durch Schieber, deren Größe mit Mühe und Not

gestattet, den Kopf hindurch zustecken. Die Scheiben sind zum Teil noch Butzenscheiben (handgeblasen) und in Blei gefasst. Vorhänge und Gardinen kannte der Bauer vor wenigen Jahrzehnten noch nicht. Alles das wurde bei Tage durch Blumenstöckchen am Fenster, und des Nachts durch Fensterläden ersetzt, die sich entweder von innen oder von außen schließen ließen. Befanden sich diese Fensterläden im Inneren der Stube, so waren oft die ganzen Wände mit Holz verkleidet und in dieser Verkleidung staken die Schiebefensterläden, wodurch sich das Innere der Stube heimlicher gestaltete. Trotz alledem kennt der Bauer kein eigentliches Stubenleben, denn wenn es die Witterung nur einigermaßen gestattet, so hat er in Wiese, Feld und Wald, oder in Stall, Scheune, Hof und Keller zu tun. Dies bringt es mit sich, dass die Stube im Sommer etwas vernachlässigt wird und erst im Winter wieder mehr Beachtung findet.

Zur Beleuchtung der Stube geschah durch den Holzspanleuchter, in welchem lange Holzspäne, Schleiße genannt, gebrannt wurden. Dieser Leuchter, der eine Höhe von 1 Meter hatte, bedurfte einer Person zur Bedienung, welche stets die Holzkohle abbrach und eventuell einen neuen Schleiße einsteckte. Als dritte Beleuchtungsanlage kam die Rüböllampe und das Talglicht.

Als Feuerzeug diente Feuerstein, Stahl, Zunder und Schwamm, Schwefelfaden und selbstgemachte Schwefelhölzchen, und beim Brennen der Lichter durfte die Lichtputze nicht fehlen. Oftmals war an kalten und finsternen Wintermorgen große Not im Bauernhause, wenn der Zunder verkohlt war. Dann musste die Bauernfrau zum Nachbar gehen, um sich Feuer zu borgen. Zum Übertragen des Feuers, z. B. beim Anbrennen der Tabakspfeife, bediente man sich des Fidibus, eines zusammengefalteten Papierstreifens. Letzterer wurde auf besonders dazu angefertigten, am Tische festgeschraubten Hobel hergestellt, indem man mit einem Stücke Holz über denselben hinfuhr, wobei sich der Fidibus abtrennte.

Unsere Wanderung durch das Bauernhaus führt uns nun in das erste Stockwerk, wo wir die Schlafzimmern finden. Eine mächtige, zweischläfrige Bettstelle, die an den Seitenwänden mit großen gemalten Blumen, an der Vorderseite mit der Jahreszahl der Hochzeit und den Anfangsbuchstaben der jungen Eheleute verziert ist, begrüßt uns beim Betreten der Stube. Fast größer als die Bettstelle selbst sind die darin liegenden Betten. Was das starke, selbstgewebte Inlett nur an Federn zu fassen vermochte, hat man hineingestopft. Im Schlafzimmer stehen auch die Kleiderschränke und Truhen

oder Laden, welche letztere die jetzigen Kommoden ersetzten. Diese wenigen Hausgeräte genügen dem Bauer vollständig. Schon in seiner Wohnstube macht er keine großen Ansprüche, geschweige in der Schlafstube, wo er doch nur des Nachts weilt. Seine Fluren und sein Viehstall fesseln vielmehr all sein Denken.

Vergebens sucht man oft in einem Bauernhause die Küche. Wie schon eingangs erwähnt wurde, befand sich in der Hausflur neben dem Ofenloch ein Herd, sowie auch in dessen Nähe der Backofen. Das ist die Küche des Bauernhauses. Zur Ausstattung derselben genügen einige große eiserne Töpfe und Pfannen, sowie ein dreibeiniger Tiegel, Holzkelle und Quirl.

Wer arbeitet, muss auch essen. Die Speisekarte bietet keine große Auswahl, Kartoffeln, Mehl, Grütze, Milch, Quark, Speck, aus Kürbiskernen und Bucheckern geschlagenes Öl, überhaupt alles, was sein Haus, Hof und Feld bietet, genügt ihm, seinen Hunger zu stillen. Noch bewahrt er die alte gute Sitte, Gott durch ein Tischgebet für alles zu danken, was er ihm beschert hat.

Ein **Speisezettel** für alle Tage des Jahres, seien es Wochen- oder Sonn- und Feiertage, sah folgendermaßen aus:

Ganze Kartoffeln mit Fett oder Quark,
Gebratene Kartoffeln,
Milch- und Buttermilchsuppe,
dicke Hafergrütze mit Speck,
Rindfleisch mit Graupen, Weißkraut

Sauere Kartoffeln,
Kartoffeln mit Prägelsalz,
Mehlsuppe,
Heidemehlpilzen mit Leinöl,
Semmelsuppe,

Drück -Kartoffeln,
Kartoffelsuppe,
Kürbissuppe,
Eierkuchen von Semmel,
Schweinebraten.

Ausnahmen in diesem Alltagsleben machen bei dem Bauer die großen Festtage, zu welchen nicht nur die Kirmes, das Erntefest, Kindtaufen und Hochzeiten, sondern auch die Beerdigungen mit ihren "Leichenessen" zählen. An solchen Tagen wird das ganze Haus umgestürzt, das Waschen, Scheuern, Schlachten, Backen und Kochen nimmt kein Ende. Dann wird sogar eine Kochfrau angenommen, welche sich fast in jedem Dorfe vorfindet. Nach alter Sitte gibt es bei Beerdigungen Reis mit Rosinen oder Gedämpftes, d. h. Rindfleisch mit Rosinensauce. Bei Kindtaufen und Hochzeiten spielt die Biersuppe vor dem Schweinebraten eine Hauptrolle, während bei Kirmes und Erntefest der Hauptwert außer auf Braten oder Karpfen polnisch, auf den Kuchen gelegt wird. Am Heiligabend isst der Bauer Kartoffelsalat mit Hering und am Neujahrstage Hirse. Sogar der Schnaps, den man dabei trinkt, wurde von dem Bauer selbst gebrannt, während das Bier im Lehngericht gebraut ward.

Bei solchen Gelegenheiten pflegten ehemals die Bauersleute mit ihren Gästen an der langen Tafel oft mehrere Tage in heiterster Unterhaltung zu sitzen, wobei denn gar oft des Guten zu viel getan wurde, so dass sich sogar die Kirchenverwaltung mit hineinmischte und bei der Kirchenvisitation vom Jahre 1673 unter anderem verordnete, dass Kindtaufen und Hochzeiten nicht länger als 3 Tage dauern dürften. Auch sollten zu denselben der Pfarrer und der Schulmeister eingeladen werden, um durch ihre Gegenwart "viel Uppigkeit und ärgerliches Vornehmen" zu verhüten.

Was nun die Kleidung der Landbevölkerung betraf, so war dieselbe einfach. Die Frauen trugen bunte Kattun- oder Barchentröcke mit Leibchen, eine weiße Jacke, um die Brust ein Halstuch, darüber eine Perlenkette, eine Jacke mit Puffärmel, eine sehr große Schürze und auf dem Kopfe ein Stirntuch) oder Pelzmütze mit goldgesticktem Deckelchen. An den Füßen wurden Pantoffel oder Schnürschuhe getragen. Die Männer trugen kurze Kniehosen von Stoff oder Leder, lange Strümpfe, Stiefel oder Schuhe, wenn möglich eine rote wollene oder bunte seidene Weste, einen langen grünen, blauen oder schwarzen Tuchrock, den Kopf bedeckte eine Mütze oder bei besonderen Gelegenheiten der Dreimaster.

Wurde der junge Bauernbursche konfirmiert, so erhielt er einen langen Rock und seine ersten Stiefel, beide Stücke aber auf einen derartigen Zuwachs berechnet, dass sie mindestens bis zu seiner Hochzeit aushielten, und erst von diesem Tage an wurden die Kleidungsstücke, die er trug, auch nach seinem Körper gemacht. Ein solcher Bräutigamsrock hatte dann auch als Kirchenrock bis zu seines Besitzers Ende auszuhalten, denn nur zu oft wurde er dann noch gewendet, um nun wieder von Neuem einem jüngeren Sprossen als Kleidungsstück zu dienen. Hatten die Eltern des jungen Bauernburschen gefunden, dass es Zeit sei, sich nach einer Frau für ihn umzusehen, so geschah dies ohne dessen weiteres Zutun, Schönheitssinn und Herzensneigung kamen nicht in Frage, nur die Stückzahl der Scheffel Land, die zum Gute gehörten war ausschlaggebend. Selbstredend musste die Braut aus demselben Dorfe sein, denn nur ungern heiratet der Bauer nach auswärts, und so kommt es, dass man oft in einem Dorfe einen Familiennamen 20 bis 30 mal vertreten findet, auch oft das ganze Dorf unter sich verwandt ist, ohne allerdings viel auf diese Verwandtschaft zu geben. Hatte nun die Hochzeit stattgefunden und war die junge Frau in die Wirtschaft eingezogen, die ihr Mann von den Eltern übernommen hatte, so zogen die Alten "auf den Auszug!" Die mit dem Auszug verbundenen Auszugsbedingungen waren nun aber oft derartig umfangreich, dass sie mit der Zeit eine Last wurden und Stoff zu Unfrieden im Hause gaben. Die Folgen davon waren, dass dem Auszügler ein baldiges Ende gewünscht wurde. Es fehlte eben, wie schon bei der Eheschließung, so auch hier, im Verhältnis der Eltern und Kinder das beste Mittel zur Ausgleichung der Gegensätze, die Liebe. So weit die Schilderung von Th. Seelig. Vererbt wurde der Hof ungeteilt in der Regel an den ältesten Sohn. Die anderen Kinder arbeiteten als Mägde oder Knechte im Dienste des Erben. Jeder musste seinen

Beitrag zum Lebensunterhalt leisten und im Bedarfsfall bei jeder Arbeit helfen oder sein Glück an anderen Orten bzw. in anderen Berufen versuchen. In unserer Region war der Ausweg oft der Bergbau oder der Sandsteinbruch. Vor dem Hof an der Straße siedelten sich später die Häusler an. **Handwerker** konnten sich in den Dörfern nur sehr eingeschränkt niederlassen. Das war das Vorrecht der Städte. Nach Klinger [1.31] durften Dörfer, die mehr als 1/4 Meile (ca. 2,5 km) von einer Stadt entfernt lagen, ausnahmsweise mit schriftlichem Privileg 1 Schmied und 1 Leineweber haben. Dadurch dürfen die Einnahmen der Stadt und des Landesherrn nicht vermindert werden.

Die Häuser auf dem Lande waren bis in das 20. Jh. in der Regel mit Stroh oder Holzschindeln gedeckt. Sowohl Stroh als auch Schindelholz waren als billige Materialien vor Ort vorhanden und bei der relativ lockeren Bebauung in den Dörfern auch sinnvoll. Durch die dichtere Bebauung in den Städten war die Brandgefahr zu groß, sodass nach großen Stadtbränden schon im späten Mittelalter von den Landesherrn "harte" Dächer gefordert wurden und in Sachsen ab Mitte des 19. Jh.s die Brandversicherungen Stroh- und Schindeldächer nicht mehr versicherten und Prämien für den Bau "harter" Bedachung zahlten. Das Schindeldach blieb bei diesem Streit, der in den Jahren 1826 bis 1832 währte, selbst für Städte wie Geising und Altenberg bis Ende des 20. Jh.s zugelassen.

Die Strohdächer brauchten zum Ablauf des Regenwassers eine starke Neigung und wiesen meist eine Strohstärke von über 15 cm auf. Als Stroh wurde nur Roggenstroh verwendet, welches mit der Sichel geschnitten sein musste, damit kein Halm geknickt war. Wenn das Dach beiderseits mit Stroh belegt war, wurde das überstehende Stroh auf dem Dachfirst umgebogen und die Firstdecke mit Rasenwasen ausgelegt. Ein gut gedecktes Strohdach hielt ca. 40 Jahre. Die Dächer mussten gut durchlüftet sein, um längere Durchfeuchtungen zu vermeiden. Fehlt die Durchlüftung, so wird das Stroh mit Pilzen und Bakterien befallen und verrottet. Oft mussten nachträglich Derbstangen auf die Strohdächer gelegt werden, um die Strohschoben gegen das Abheben durch den Sturm zu sichern. Da die Brandgefahr bei einem Strohdach zweifellos höher war als bei einem Hartdach, wurde die Abschaffung der Weichdächer in der Dorffeuerordnung von 1775 gefordert. Aber als man nach fünfzig Jahren diese Forderung endlich durchsetzen wollte, wehrten sich die Bauern dagegen. Noch bis 1960er Jahre haben einzelne Bauernhäuser ihre Strohdächer bewahrt. Hauptargumente der Bauern waren, dass ihnen das Material zuwuchse, sie es selbst ohne fremde Handwerker verarbeiten konnten und sie es am Ende schließlich noch als Dünger ausnützen konnten. Sparsamer ging es wahrlich nicht. Die strohgedeckten Häuser zeichneten sich durch ein gutes Raumklima aus. Günter Groß hat diese Bauweise in [1.20] mit Hilfe einer Befragung des Bauern Herrn Max Dietrich aus Fürstenau, im Jahre 1985 ausführlich dokumentiert:

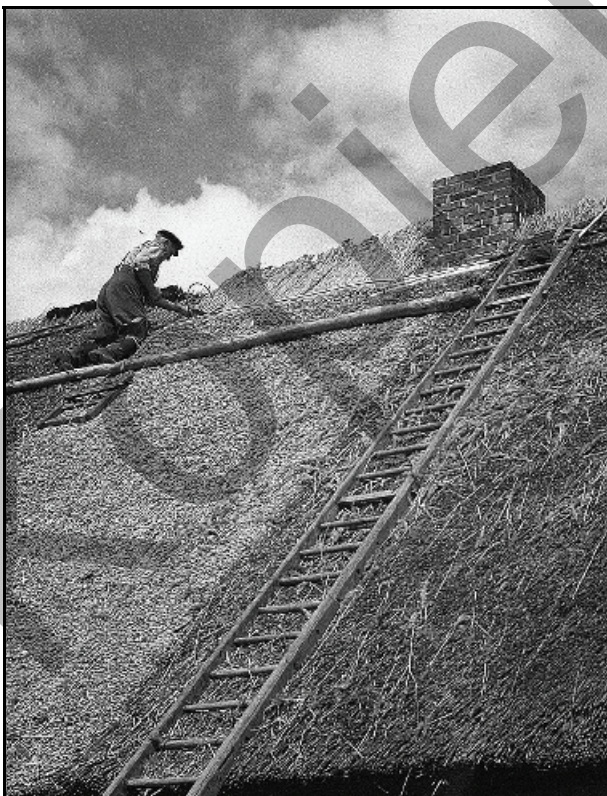


Abb. 1.5.13: Das Decken eines Strohdaches. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.5.14: Das Decken eines Strohdaches. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.5.15: Strohgedecktes Bauernhaus in der Gemeinde Oelsengründ 1950.

Ja, schon zur Ernte musste der Bauer an das **Strohdach** denken. Verwendet wurde Roggenstroh. Zunächst wurde das Stroh mit der Sense, später mit der Maschine vom Ochsen oder Pferd gezogen, gehauen. Die Gebünde wurden sofort gebunden und lagen reihenweise da, dann wurden sie erst als Puppen aufgestellt, etwa 8 bis 10 Garben zu einer Puppe. Die Puppen blieben 8 bis 10 Tage stehen, je nach Wetterlage. Es durfte möglichst nicht hineinregnen. Dann wurden sie eingefahren und in der Scheune gelagert. Die Gebünde mit dem besten Stroh wurden für die Strohdachdeckung ausgewählt und gleich getrennt gelagert. Das beste Stroh dafür war sehr lang und weiß. Das Stroh für das Strohdach wurde vor Weihnachten von Hand mit dem **Dreschflegel** gedroschen. Das Dreschen von Hand erfolgte zu dritt oder zu viert. Dabei ging es nicht nur darum, die Körner auszudreschen, zugleich kam es zum Weichdreschen der Halme, es wurde beidseitig gedroschen. Das Klare wurde herausgeschüttelt (Unkrautsamen unter anderem). Die Garben stellte der Bauer dann aufrecht auf dem Dachboden auf, damit die Mäuse möglichst nicht so sehr daran herumfressen konnten. Das Dach wurde nie insgesamt gedeckt, jedes Jahr nur ein Stück. Der Bauer konnte nie die gesamte Strohernte verwenden, er brauchte auch Stroh für die Tiere als Einstreu, dafür fand aber auch das alte, vom Dach abgenommene Stroh noch Verwendung. Die Gebünde blieben auf dem Dachboden bis zum Februar stehen.

Dann wurden daraus **Schöbe** gemacht, d. h., das Stroh wurde mit Strohseilen sehr fest zusammengebunden und auf einem Hackstock ganz gleich lang gehackt. Die Ähren blieben aber dran. Die Schöbe wurden dann auch auf dem Dachboden bis zum Frühjahr zur Lagerung aufgestellt. Die **Deckung** erfolgte im Frühjahr vorm Heumachen, damit der Dachboden für die neue Ernte Platz hatte. Die Felder waren bestellt, noch gab es nichts zu ernten. Der Bauer hatte Zeit für Dachdeckarbeiten. Die äußeren Zeichen dafür, dass das Dach neu gedeckt werden musste, waren, dass das Stroh so kurz geworden ist, so dass es zwischen den Dachlatten durchfiel. Von dem alten Strohdach wurden die Strohseile so zerschnitten, dass die Schöbe erhalten blieben. Ist das alte Stroh herunter, sieht man den Dachstuhl und die Dachlatten. Es darf jetzt aber kein Gewitter kommen. Das Stroh wurde in Wasser getunkt und somit geschmeidig gemacht, bevor es auf das Dach gebunden wurde.

Beim Strohdachdecken werden mehrere Leute als Hilfskräfte gebraucht, wie Zuträger, auch Frauen halfen mit. Beim Decken wurde unten begonnen. Die Schöbe wurden mit den Ähren nach unten auf die Dachlatten aufgebunden. Zu Beginn mit einem Strohseil, dann mit Halmen der jeweils nächste Schöbe. Nur beim Anschluss an das alte Dachstück oder eine bereits neu gedeckte Fläche fand wieder ein Strohseil Verwendung. So geht die Reihe für Reihe, man oben ist, dann wurde es mit Holzschindeln abgedeckt. Das Arbeiten erfolgte von langen Holzleitern aus, die auf dem Dach so auflagen, dass das Stroh nicht beschädigt werden konnte. Zuletzt wurde das Strohdach abgereicht und beschnitten.



Abb. 1.5.16: Bearbeiten der Schindeln 1968 in Bulgarien.



Abb. 1.5.17: Ein fertiges Schindeldach mit Holzrinne. Foto: Wikipedia.

Noch im 18. Jh. waren die meisten Dächer mit Schindeln gedeckt. Bei einfachen Häusern und in holzarmen Gebieten wurde auf örtlich vorhandene Materialien wie Stroh und Schilf zurückgegriffen. Die **Schindelmacher** bearbeiten das Holz wie schon Generationen vor ihnen mit Spaltbeil und Reifmesser. Bei der Wahl der Holzart waren gute Spaltbarkeit, pilzwidrige Inhaltsstoffe und Feinjährigkeit die wichtigsten Kriterien. Jede Schindel wurde einzeln vom Block abgespalten, keilig geschnitzt und je nach Schindelart mit einer Fase versehen. Die Befestigung erfolgte früher oft mit Holznägeln, da Eisennägeln zu schnell rosteten. Heute nimmt man geeignete feuerverzinkte Schindelstifte. Eine Ursache für den Rückgang im 19. Jh. war das Brandrisiko der Schindeldächer.

1.5.1.2 Die Landwirtschaft

Im 15. Jh. war in der Landwirtschaft die **Dreifelderwirtschaft** vorherrschend. Bei Klinger [1.31] findet man unter "Das Sömmern der Felder":

Im ersten Jahr wird ein Drittel der Felder zur Sommerfrucht mit Gerste und Hafer bestellt. Nach der Ernte wird gepflügt, gedüngt und Wintersaat (Korn oder Weizen) eingebracht und im zweiten Jahr geerntet. Danach liegt im 3. Jahr bis Walpurgis das Feld brach und ist zur Trift und Hutung freigegeben. Da auf den Höfen auch Hirse, Erbsen, Linsen, Kümmel, Fenchel, Anis, Hanf, Bohnen, Wicken, Möhren, Rüben, Kartoffeln, Kraut, Klee, Vogelfutter benötigt und angebaut werden muss, wird über die dazu nötige Fläche der Brache mit dem Grundherrn oder seinem Gerichtsdirektor verhandelt.

Um diese Zeit war **Wolle** und der **Flachs** (bzw. das **Leinen**) die einzige Basis für die Herstellung von Bekleidung und Wäsche.

Für die Gewinnung der **Wolle** wurden individuell und in großem Stil Schafe gehalten. Meist hatten die Rittergüter eine große Schafherde von mehreren Hundert Tieren. Die Schäfereien mit den Winterställen befanden sich wegen des großen Platzbedarfs und der Geruchsbelästigung meist weit außerhalb der Dörfer. Zum Waschen der Felle vor der Schur war eine Schafschwemme nötig, in unserer Gegend war dies meist der Staubereich des Wehres einer Mühle. Bekannt sind die Schäferei am Thomas Münzer Weg des Rittergutes Giesenstein, die Schäferei links der Gottleuba an der ehemaligen Schafbrücke hinter Haselberg des Rittergutes Oelsen und die Schäferei des Hammergutes Cratza in der Nähe der jetzigen Bergstraße. Für die **Schaftriften**, die **Weiderechte**, **Pferche** und **Schafschwemmen** waren nach Klinger [1.31] die rechtlichen Bedingungen genau festgelegt. Nach dem für Sachsen verlustreichen Siebenjährigen Krieg (1756-1763) bat der regierende Administrator Prinz Franz Xaver (regierte bis 1768 für den minderjährigen Kurfürsten Friedrich August III., als König ab 1806 Friedrich August I.) den spanischen König, ihm **Merinoschafe** zu verkaufen, da sie sehr gute Wolle lieferten. Dieser schenkte ihm jedoch 1765 eine ganze Herde. Sie wurde in Cadix auf ein Schiff verladen, das sie nach Hamburg brachte. Von dort liefen sie bis nach Stolpen, wo nach geringen Verlusten 92 Böcke und 128 Mutterschafe ankamen. Prinz Franz Xaver verfügte, die Merinos weiter zu züchten und nicht benötigte Böcke zur Veredlung der sächsischen Landschaft zu nutzen. Aus der Zucht auf weitere Wollfeinheit ging ein Wolle hervor, die die Engländer Elektoral-Wolle (kurfürstliche Wolle), bzw. Elektoral-Schaf (kurfürstliches Schaf) nannten. Die Wolle erzielte herausragende Preise, da sie ausgezeichnet für feine Tuche geeignet war. Weitere kurfürstliche Schäfereien wurden daraufhin eingerichtet. Außerdem entstanden Privatschäfereien in Maxen im Müglitztal, Klipphausen bei Wilsdruff und Rochsburg an der Mulde. Die sächsischen Schäfereien wurden die besten Europas.

In den 1860er Jahren begannen durch billigere Importe vor allem aus Australien, Neuseeland, Südafrika und Südamerika, wohin auch Sachsen wertvolle Zuchttiere verkauft hatte, die Wollpreise zu

sinken. Auf Grund der klimatischen Bedingungen konnten in diesen Ländern die Tiere das ganze Jahr im Freien gehalten werden, was die Kosten senkte. Das war dann das Ende der sächsischen Wollschafzucht. Das Merino-Fleischschaf wurde, um Devisen zu sparen, in der DDR noch einmal wiederbelebt, aber nach der Wiedervereinigung war damit Schluss. Heute halten sich die Landwirte in erster Linie Fleischschafe.



Abb. 1.5.18: Merinoschafe. Wikipedia.

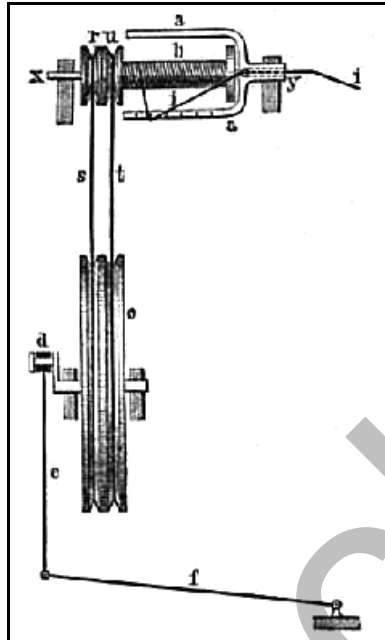


Abb. 1.5.19: Aufbau des Spinnrades. Wikipedia.



Abb. 1.5.20: "Die Arbeitsamen" von Albert Anker 1883. Wikipedia.

Bis in das 19. Jh. erfolgte das **Spinnen** von Wolle und Flachs noch weitgehend von Hand oder mit dem Spinnrad (Abb.: 1.5.19). Der Spinnende setzte das Schwungrad (c) über den Fußantrieb (f) in Bewegung und das Rad trieb den Spinnflügel (a) an. Durch die gewählte Übersetzung läuft der Spinnflügel schneller, verdreht entsprechend der gewählten Übersetzung den Faden (i) und wickelt ihn gleichzeitig auf die Spule (b) auf. Die Fertigkeit der spinnenden Person besteht darin, so viele Fasern freizugeben, wie für die Dicke des Fadens erforderlich und ihn so oft zu verdrehen, wie es für die Festigkeit notwendig ist.

Die zweite Basis zur Herstellung von Geweben war die **Flachspflanze**. Weil der Flachsanzubau gegenwärtig für die ökologische Wärmedämmung eine Wiederbelebung erfährt, soll die in Vergessenheit geratene Technologie, durch Bilder veranschaulicht werden. Die zu gewinnende feine Bastfaser sitzt unter der Rinde und muss durch einen über Jahrhunderte überlieferten Prozess gewonnen werden. Bei der Ernte werden die Pflanzen mit den Wurzeln aus dem Boden ausgerissen, da beim Mähen die Fasern zerstört werden. Das Stroh wird in Schwaden auf dem Boden gelegt und parallel ausgerichtet.



Abb. 1.5.21: Ein blühendes Flachsfeld. Wikipedia.

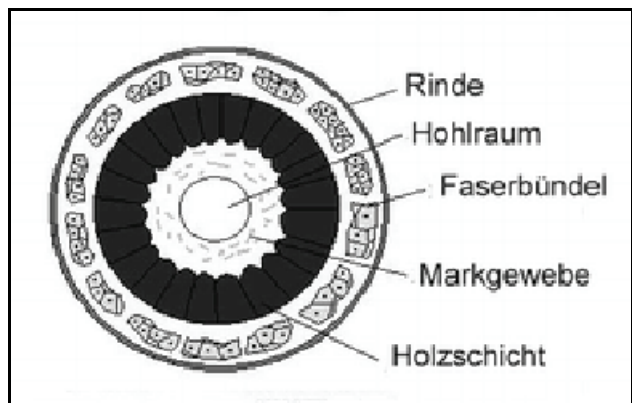


Abb. 1.5.22: Aufbau eines Flachsstengels. Wikipedia.



Abb. 1.5.23: Flachsernte und Vorbereitung zum Rösten. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.5.24: Flachsbrecher.



Abb. 1.5.25: Flachsheckeln. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.5.26: Flachsfasern. Foto: Wikipedia

Beim anschließenden **Rösten** (Taurösten) bauen die Bakterien und Pilze durch die Taufeuchte die Peptin-Bindung zwischen den Faserbündeln und dem sie umgebenden Gewebe ab. Dieses Verfahren ist relativ umweltfreundlich, da die Nährstoffe während des Röstens teilweise wieder in den Boden zurückgelangen. Das Rösten muss zum richtigen Zeitpunkt unterbrochen werden, um eine Schädigung der Fasern zu verhindern. Nach der Röste wird das Stroh wieder getrocknet und dann verarbeitet. Hier wird das Stroh zunächst im **Flachsbrecher** gebrochen, d. h. der Holzkern wird in kleine Stücke, **Schäben** genannt, zerkleinert. Beim anschließenden **Schwingen** werden die Schäben vom Flachs getrennt, dabei fällt auch der Schwungwerg mit kurzen Flachsfasern an. Dann wird der Flachs **geheckelt**, dabei parallelisiert und weiter gereinigt. Die Langfasern werden zu Zöpfen gedreht und danach gesponnen.

Die billigeren Importe der Baumwolle gaben Ende des 19. Jh.s dem Flachsanzbau den Todesstoß.

Der Weg der **Kartoffel** war lang und beschwerlich. Seefahrer hatten die Knolle Ende des 16. Jh.s aus Südamerika nach Europa gebracht. Anfangs stand sie als Zierpflanze in den Gärten des Adels und niemand kam auf die Idee, die Knollen zu essen. Nach 1730 war die Kartoffel im Erzgebirge all-gemeine Zukost. Man nannte sie **Erdbirne**. Sie war bei den Lehnsherren nicht beliebt, da sie in den Erbbüchern nicht vorkam, und somit keine Abgaben brachte. Außerdem kostete die Zubereitung Zeit (Schälen), sodass sie als Speise bei der Arbeit auf dem Rittergut nicht ausgegeben wurde. Allgemein bekannt ist der persönliche Einsatz des Preußenkönigs Friedrich des Großen für den Anbau der Kartoffel, den er sogar seinen Soldaten befehlen ließ. 1772 betrug der Anteil der Kartoffeln an der gesamten Pflanzenproduktion Sachsens etwa 4,1 %. 1770/71 wurde Sachsen auf Grund hoher häufiger Niederschläge von einer schweren Hungersnot betroffen, bei der viele Leute starben. Deshalb nahm der Kartoffelanbau dann schneller zu, erreichte um 1800 bereits 10,8 % der Pflanzenproduktion und 1828/30 mit 19 % fast ein Fünftel, womit die Kartoffel immer mehr zum Volksnahrungsmittel wurde. Allerdings erkrankte die Kartoffel 1746 an der gefürchteten Kraut- und Knollenfäule.

le. Aber die verschwand in den folgenden Jahren wieder. Sie sollte aber später noch mehrmals zuschlagen.

Die **Jagd** war zu dieser Zeit landesherrliches Recht, d. h. der Kurfürst war Besitzer sämtlicher Jagdprivilegien. Kurfürst Friedrich August I. war bekannt für seinen fast krankhaften Jagdtrieb, der auch durch seine Sammelleidenschaft für Jagdtrophäen mit verursacht wurde. Diese Jagdleidenschaft wiesen auch die folgenden sächsischen Herrscher auf. Er allein hatte das Recht der **hohen Jagd**. Die Wildbestände wuchsen unerträglich an und verwüsteten den Bauern die Felder, die das Wild nicht einmal vertreiben durften. In Verbindung mit Missernten führt diese Vorgehensweise um 1790 zu den **Jagdunruhen** in den Ämtern Hohnstein und Stolpen. Die Bauern griffen zur Selbsthilfe und verjagten das Wild von den Feldern, weil sonst die gesamte Ernte vernichtet wurde. Die Bauern hatten zwar Entschädigungsanspruch bei Wildschäden, aber die Verfahren wurden so schleppend geführt, dass die Bauern zahlungsunfähig wurden. Die Auseinandersetzung zog sich über Jahre hin, bis der Kurfürst höhere Abschussquoten durch die Jäger durchsetzte⁹. Für **Wilderei** verhängte der Kurfürst grausame Strafen. Um gute Trophäen zu erhalten, wurde das Wild gefüttert und gezielt mit Salzlecken versorgt. Der Kurfürst ging sogar so weit, dass er in den Wäldern entlang der böhmischen Grenze große Salzlecken aufstellte, um das Wild aus Böhmen über die Grenze zu locken. Um das Abwandern von Wild nach Böhmen zu verhindern, wurde ein Wildzaun von dem Ortsteil Fichte von Hellendorf bis zur Elbe errichtet.

1.5.1.3 Verwaltung, Steuern, Dienste und Abgaben

Auf dem Gebiet des späteren Landkreises Pirna bestanden im 16. Jh. das **Amt Pirna** (einschließlich der ehemaligen Ämter Dohna, Königstein und Rathen) und das **Amt Hohnstein** (mit dem ehem. Amt Lohmen, dem ehem. bischhöflichen Amt Stolpen und dem ehem. Amt Liebthal). Ursprünglich gehörten zu einem Amt die **Amtssassen**, Amtsdörfer (z. B. Hellendorf und Markersbach) und Amtsstädte (z. B. Gottleuba und Berggießhübel). Die anderen Dörfer und Städte waren die **Schriftsassen**, die dem Landesherren direkt zugeordnet waren. Anfangs des 17. Jh. wurden auch die Schriftsassen in die Verwaltung einbezogen. Damit waren die bis zum Ende des 18. Jh.s die Ämter die Verwaltungs- und unteren Gerichtsbezirke für das ganze Land.

Daneben gab es jedoch noch die **Patrimonialherrschaften** (Grundherrschaften)¹⁰ über die unterstellten Güter (wie z. B. die Rittergüter) und Dörfer (z. B. Cotta).

Der **Dorfrichter** hatte die Aufgabe, die Dorfgemeinschaft zum Wohl der Siedler zu führen, vor allem natürlich zum Nutzen des Grundherren. Er erhielt das Privileg der niederen Gerichtsbarkeit, also das Recht über "Gulden und Schulden" und kleinere Vergehen zu richten. Dieses Gerichtslehen wurde erblich und der Lehnrichter damit zum **Erblehnrichter**. Das Recht war an den Hof als **Erblehngericht** gebunden. Als weitere Privilegien hatte er das Recht zu Schenken und zu Brauen. Hinterließ der Erblehnrichter keinen lehnsfähigen Erben, so wurde nach Auszahlung der Erbteile an Frau und Kinder der Besitz an den neuen Richter verkauft und vom Grundherren die Bestätigung des Verkaufs erbeten. Oftmals heiratete der neue Richter die Witwe und leistete mit deren Erbe gleich die Anzahlung (Angeld).

Den **adligen Lehnsherren** wurden besondere Rechte für ihr Gut übertragen. Diese **Rittergüter** hatten z. B. keine Steuern zu entrichten. Die Lehnsherren oder Rittergutsbesitzer nannten sich nun in ihren Urkunden "Erb-, Lehn- und Gerichtsherren" und die Untertanen in ihrer Herrschaft unterstanden ihrer **Patrimonialgerichtsbarkeit**.

Die Richter dieser Dörfer verloren dadurch nach und nach an Bedeutung. In fast jedem Dorf wurden trotzdem bis zum Ende der Feudalherrschaft 1831 noch Richter in den Erblehngerichten und meist ein zusätzlicher Großbauer als Vizerichter genannt.

In Sachsen hatten ab 1423 die **Dorfgerichte** folgende Zusammensetzung:

Gerichtsdirektor oder -verwalter, Gerichtsschreiber, Schulze oder Richter, Schöppen.

Die Aufgabe dieser Gerichtspersonen war es, der gesamten Gerichthandlung beizuwohnen. Die Erblehnrichter und Vizerichter waren z. B. berechtigt, Testamente oder Hypothekenbriefe zu fertigen.

⁹ Siehe: Schmidt-Breitung, Helmut: Die Jagdunruhen von 1790 im Meißner Hochland: Über Berg und Tal, 35. Jahrg. 1912, S141.

¹⁰ Der Grundherr war nicht nur Grundeigentümer, sondern übte zumeist mit entsprechenden Verwaltern auch weitreichende Verwaltungs- und Gerichtsfunktionen aus. Ihm oblag die rechtliche Verwaltung von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen und die Ausübung der Polizeigewalt und der Gerichtsbarkeit. Er hatte das Recht, in religiösen oder besitzrechtlichen Fragen über seine Untertanen zu bestimmen. Die Untertanen standen in unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen zum Grundherrn. Sie hatten Abgaben zu leisten, die meist aus Naturalleistungen bestanden und waren zu Frondiensten verpflichtet. Die Abgaben und Dienstpflichten, wie Hand- und Spanndienste, Leistungen und Gepflogenheiten durch Gewohnheitsrecht bestanden in jährlichen, wöchentlichen, täglichen Frondiensten.

Aus vielen Akten, z. B. aus Giesenstein, ersieht man, dass sich der Gerichtsherr mit dem **Gerichtsdirektor**, der aus Liebstadt kam, abgestimmt hatte und der Gerichtsdirektor die Gerichtssache mit dem Betroffenen und den Richtern aus dessen Dorf sowie Zeugen verhandelte und entschied. Die betroffenen Personen vor Gericht konnten oft nicht lesen, deshalb wurde ihnen generell die Urkunde vorgelesen. Sie bekräftigten ihr Einverständnis durch Handschlag und die Anwesenden unterzeichneten als Zeugen. Meist wurden die einfachen Leute über den Tisch gezogen. Allerdings gab es auch Dörfer mit hartnäckigem Dorfrichtern, die Einsprüche erhoben und teilweise mit Erfolg zum Gericht nach Dresden gingen.

In Börnersdorf haben z. B. die **Anspanner**, um jeden Pfennig gekämpft und schlossen sich sogar bei schwerwiegender Bedrückung mit anderen Dörfern im Gerichtsstreit zusammen.

Drückend waren die **Dienste, Abgaben und Steuern**. Dienste betrafen besonders die Bauern, die zu einer Herrschaft (Rittergut) gehörten. Auch Städter waren zu einigen Diensten verpflichtet.

Steuern

Die Steuern betrafen letztendlich jeden Bürger in Stadt und Land. Befreit waren nur die Lehnsherren der Rittergüter. Hier ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Steuerwesens in Sachsen [1.43]: Um 1288 war die bäuerliche Rodung westlich der Elbe im wesentlichen abgeschlossen. Markgraf Dietrich der Bedrängte (1197-1221) organisiert eine straffe Landesverwaltung. Er gliedert das Land in Verwaltungsbezirke, die **Vogteien**. Die Vögte besaßen die militärische Gewalt, die Gerichtsbarkeit und die Finanzverwaltung. Die Vogteiverfassung zielte auf Ausschaltung der Burggrafen hin. Im 14. und 15. Jh. wurden die Vogteien zu **Ämtern**, als unterste territorialen Einheit der landesherrlicher Verwaltung.

1314 begann der Markgraf Friedrich I. regelmäßiger als bisher, die **allgemeine Landsteuern auf Vermögen** (außer bei Rittergütern und geistlichem Grundbesitz) von den Untertanen zu erheben. Bisher hatten Steuern kaum Bedeutung. Die Kriegsdienste wurden durch das Lehnsaufgebot eingefordert und sonstige Ausgaben bestritt der Landesherr aus dem Bergregal und den fürstlichen Domänen. Markgraf Friedrich III., der Strenge, musste schon 1376 seine Forderungen für die Abzahlung seiner Schulden bei den Ständen, den Interessenvertretern von Adel, Geistlichkeit und Bürgertum, genehmigen lassen. Er nannte sie "**Bede**". Ab 1353 wurde die Schriftform Zwang in der Verwaltung.

Im Vorfeld der Leipziger Landesteilung¹¹ 1381 wurde 1379 als Grundlage das "Lehnbuch Friedrichs des Strengen" von 1349/50 mit dem **Gesamtverzeichnis der Einkünfte** des Markgrafen von Meißen und den Landgrafen von Thüringen, das landesfürstliche "**Urbar**", angelegt.

Als Konsequenz werden 1401 die ersten **Erbamtsbücher** angelegt und unter Kurfürst Moritz werden diese bis 1554 nach einheitlichen Plan erstellt und waren damit ein umfassendes Generalinventar der Staatswirtschaft und Staatsfinanzen [?]. Sie enthielten die Aufzeichnung aller landesherrlichen Besitzungen, Rechte und Einkünfte. Hauptaufgabe der Ämter war es, die Forderungen einzutreiben. Die meist adligen Amtshauptmänner repräsentieren, während der Schösser der erste Mann im Amt wird und bald die Justiz und Polizeifunktionen der Amtsmänner übernimmt. Ab 1438 entscheiden dann die sächsischen Landstände über Steuern und der Landrentmeister wird 1469 zentraler Finanzverwalter.

1488 wurde als die älteste Steuer, die **Grundsteuer** als Schocksteuer, eingeführt. Ein "Schock" hatte den Wert von sechzig Groschen.

Vom Rittergut Giesenstein liegen die erfassten Schocke von 1628 und 1688 vor. Es gab gangbare, also berechenbare Schocke, decremente, die zum Teil erlasst werden konnten und caduce, die nicht eintreibbar sind, weil z. B. das Anwesen wüst lag. Nach Bränden wurde in Giesenstein z. B. nach Antrag die Steuer für 6 Jahre erlassen. Ohne Antrag wurde sie laufend auf die Grundstücke aufgeschlagen, auch auf die wüsten. 1790 lag die Steuer bei 2 %, 1815 bei 9 % der Schocke. Ein Hufenbauer musste im Jahr 1790 ungefähr 5 Taler abführen. Rittergüter, Kirchen und Schulen blieben verschont. 1500 erfolgte die Einführung des Talers in Sachsen als zu 30 Groschen.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde in Sachsen zum Aufbau des Landes von dem Herzog Georg

¹¹Nach dem Tode des Landgrafen von Thüringen Wilhelm III. im Jahr 1482 und dem dadurch bedingten Heimfall Thüringens an die den wettinischen Besitz gemeinsam regierenden Brüder Ernst und Albrecht waren die wettinischen Besitzungen wieder vereinigt. Es kam jedoch zu Reibereien zwischen den Brüdern, bei denen eine Aufteilung des Besitzes beschlossen wurde. Der Vertrag von Leipzig (1485) beinhaltet zwei Teilungsgebiete, den Weimarer Teil und den Meißner Teil. Der Weimarer Teil (ab 1920 Thüringen) umfasst ungefähr das Herzogtum Sachsen, dem größten Teil Thüringens, der Meißnische Teil die Markgrafschaft Meißen (ab 1806 Königreich Sachsen). Auf Grundlage dieser Leipziger Teilung entstanden mit den Ernestinern und Albertinern zwei Linien des Hauses Wettin, die in einen zunehmenden Gegensatz zueinander gerieten. Im Ergebnis des Schmalkaldischen Krieges ging 1547 mit der Übernahme des Herzogtums Sachsen die Kurwürde von den Ernestinern auf die Albertiner in Person des Herzogs Moritz von Sachsen über (stark vereinfacht).

I. (1611-1656) die **Quatembersteuer** 1688 eingeführt. Quatember sind vier Fastenzeiten. Die Termine lagen etwa zum Beginn der Jahreszeiten: 1. Quatember nach dem 1. Fastensonntag, 2. nach dem Sonntag nach Pfingsten, 3. nach dem Sonntag nach 3. September und 4. nach dem 3. Advent. Die Quatembersteuer war eine quartalsweise zu zahlende Gewerbesteuer. In den Quatembersteuerbüchern sind erstmals Hausnummern vergeben und auch die Nebengebäude, Zubehör und Mieter erfasst. Die vorhergehenden Kämmererechnungen listeten nur steuerpflichtige Hausbesitzer auf. Um 1768 waren für jedes Gebäude und jeden Scheffel Land (2767 m²) im Vierteljahr zwei Pfennig, für den Garten sechs Pfennige sowie für jede zum Haushalt gehörende Person ein Groschen und vier Pfennige, fürs Gesinde sechs Pfennige fällig. Ein Häusler zahlte für Haus und Garten sechs Taler im Jahr. Ein Knecht erhielt nach kurfürstlicher Gesindeordnung von 1651 sieben bis acht Taler im Jahr. Die Steuer brachte zu dieser Zeit insgesamt ca. 70.000 Taler in die sächsische Landeskasse.

1694 forderte der Kurfürst Friedrich August II. die **Generalkonsumtionsakzise**, eine indirekte Steuer, die von allen Einwohnern beim Erwerb, Kauf oder Schenkung jeder Ware zu zahlen war. Sie diente in erster Linie dazu, den verlorenen Krieg gegen Schweden zu finanzieren. Vorerst lehnten die Stände dies ab. 1707 wurde diese Steuer auf alle Güter generell eingeführt und war einträglicher als alle bisherigen Steuern¹². Beispielsweise brachte jedes Pfund geschlachtetes Vieh dem Lehnsherren einen Pfennig.

Zu den Abgaben gehörte auch bis zur Reformation auch der **Kirchenzehnt**.

Der Kurfürst Friedrich August II., führte auf Anregung von Brühl ab 1750 die **„Allgemeine Kopfsteuer nebst Vermögenssteuer“** ein, um seine stets klammen Landesfinanzen aufzufüllen. Jeder der Vermögen aus Immobilien oder Lohn erhielt, hatte zu zahlen. Frei waren Arme, Familienangehörige, die nur am Tisch sitzen, Lehrlinge, u.a. Alle Chargen werden in 17 Klassen eingeteilt. Dabei wird unterschieden, ob die Tätigkeit in großen, mittleren oder kleinen Städten ausgeübt wird. So zahlt z. B. ein Bader in Dresden 4 Taler - in kleinen Städten 8 Groschen. Auch Dienstboten zahlen, z. B. ein Knecht beim Bauern 12 Groschen, ein zwangsverpflichteter Knecht (Kinder des Gesindes) 4 Groschen.

Dienste (entfielen mit der Umsetzung der Gemeinheitsteilung um 1840)

Die Art der Dienste, die betreffenden Personen und ihre die Entlohnung sind 1747 bei Klinger [1.31] ausführlich beschrieben. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass infolge der sehr unterschiedlichen Bedingungen jede Herrschaft davon nach oben und unten abweichende Festlegungen treffen kann. Aufgezählt werden z. B. folgende **Dienste**:

1. Baudienste

Nach Landesgesetzen sind die Bauern zu Bauleistungen, Spann- und Handdiensten, zur Erhaltung der Rittergüter verpflichtet. Diese dürfen nur in Maßen und nicht während der Zeit der nötigsten Landarbeit gefordert werden. Gegen unmäßige Baudienste (Prachtbauten, Lustschlösser...) kann bei der Obrigkeit Einspruch erhoben werden. Diese entscheidet über Umfang der Leistungen bis zur Verpflegung der Bauern. Zu Baudiensten für Brücken und Dämme sind auch Amtsdörfer (2-3 Fuhren) verpflichtet.

2. Gemeindedienste

Erwachsene Kinder (ab 14 Jahren) der Untertanen, die nicht auf den Höfen der Eltern dienen oder ein Handwerk erlernen, müssen jährlich dem Grundherren zu gewissem Lohne angeboten werden und dann 2 Jahre dienen. Wenn der Herr nach 14 Tagen sie nicht in Dienst genommen hat, steht ihnen frei anderswo in Dienst zu gehen. Das Gesinde erhält Kost, Unterkunft und andere Notdurft. Ein Gesindejahr beginnt und endet zu Stephani (26. Dezember). Wo dieser Zwang besteht, haben sich die Kinder vor Weihnachten persönlich im Rittergut vorzustellen (in Börnersdorf, Breitenau wurden alle in Frage kommenden Kinder von 14 bis 27 Jahren in Listen erfasst und ausgewiesen, ob, wo und wie lange sie schon bei Eltern oder anderweit in Dienst sind). Kränkliche Kinder waren nicht anzubieten.

¹² Die **Akzise** war eine indirekte Steuer, weil sie nicht beim Verbraucher sondern beim Hersteller oder Händler eingezogen wurde, der sie dann an den Verbraucher weiter gab. Die Wirte entrichteten die Getränkesteuer nach Vorgabe an den Akziseeinnehmer. Es gab Akzise auf Salz, Kaffee, Tabak, Tee, Zucker, Bier, Branntwein u.a. Die Akziseeinnehmer erhielten nach Vereinbarung einen Teil ihrer Einnahmen und rechneten dann die Einnahmen an die zuständige Stelle (Amt, Bürgermeister,...) ab. Durch Akziseordnung wurde eine einheitliche Verfahrensweise in einem Territorium erreicht.

3. Pferdefronen und Spanndienste

Neben den Baufohren haben die Hufner, Halbhufner und Anspanner Mühlsteine zur Mühle zu fahren oder andere Fahren zu erbringen (Vorspanndienste). Dabei ist die Festlegung der zu leistenden Fahren im Erbregister begrenzt. Manche listigen Bauern haben ihre Pferde abgeschafft und mieten sich für ihren Bedarf Zugtiere. Die Gesetzgebung verlangt aber von den Bauern, so viele Pferde zu halten, wie sie für ihre Landwirtschaft benötigen. Die Menge des Viehs ist durch die Größe der Weiden der Dorfes begrenzt. Kein Bauer oder Häusler darf zu Lasten der anderen mehr Vieh halten, als vorgegeben. Der Viehbestand ist vom Gerichtsverwalter zu prüfen und zu regulieren. Um Ärger zu vermeiden, sind die Pflicht-Fahren in den Erbregistern auszuweisen. In den Ämtern werden Register über diese Fahren und die Anzahl der tüchtigen Pferde geführt. Die Amtsfahren werden vom Amt den Dorfrichtern zugewiesen und gleichmäßig auf die Dörfer verteilt. Die Forderung, **Heerwagen** für Heerfahrten und Landes-Defensions-Werke zu stellen, wurde 1557 u. a. von Kurfürst August festgelegt und laufend aktualisiert. Bei Verweigerung der Spanndienste konnten Strafen auferlegt werden. Terminlich festgelegt sind die Fahren beim Abfischen und der Jagd. Dem Betrieb der Bauernwirtschaft kein Schaden zuzufügen.

4. Leib- Hand- und Fußdienste

Diese Dienste sind ebenfalls in den Erbregistern vereinbart. Zusätzliche Leistungen sind von der Herrschaft durch Kost und Geld zu vergelten. Für nicht geforderte Pflichtdienste hat der Untertan festgelegte Summen zu zahlen. Gearbeitet wird von Sonnenaufgang bis -untergang. 1 Stunde Pause ist vorgesehen. Manchmal gibt es auch einen Tag frei. Bei Häuslern übernimmt oft die Frau die Dienste. Die Herren verlangen oft Nacharbeit, da Frauen weniger Leistung bringen. Dies ist unstatthaft.

Zum Schmunzeln regt folgender Passus an:

„Geforderte Dienste ohne eigentliche Verbindlichkeiten sind z. B. in den Betten Flöhe suchen, der Herrschaft den Rücken kraulen, den durch den Gerichtsknecht einberufenen Frontanz und andere seltsame örtliche Bräuche. Diese Forderungen werden im Allgemeinen von Dienstboten verlangt und erledigt. Wo solches aber in alten Herkommen vertraglich festgelegt war, sind die Verträge gültig und die Dienste sind zu leisten.“

5. Botschaft gehen

Auf bestimmten Häusern lag laut alter Verträge der Dienst der Botengänge für die Herrschaft mit Last ev. mit Schubkarren. Meist sind Lasten (bis 40 kg) bis maximal 4 Meilen zu tragen. Der Botendienst ist am Vortag anzukündigen. Je nach Gewicht erhalten beauftragte Boten 8 Pfg. bis 1 Groschen je Meile.

6. Wachdienste

Mitunter sind Wachdienste vereinbart. Nach Landesrecht ist bei Bedarf, Krieg oder Seuche. Von den Einwohnern Wachdienst zu leisten. Richter und Schöppen haben die Wachen einzuweisen, zu kontrollieren und bei Verstößen zu bestrafen. Weitere Dienste konnten von altersher bindend sein, oder von der Herrschaft gegen Entgelt oder Kost angenommen werden, so das Spinnen, das Dreschen, Obst ernten, Jagddienste, Vogel stellen, Gräben räumen, Schoben machen, Schafe scheren, usw.

Beispiele:

Jährlich wurde z. B. von den 24 Untertanen von Niederhartmannsbach um 1620 insgesamt ein Erbzins von 149 Groschen und 2 Pfennigen eingenommen, darüber hinaus 34 Scheffel Zins Korn, 22 Scheffel Zinshafer; 24 alte Hühner, 276 Eier. Geleistet wurden insgesamt 52 Ackertage mit je 3 guten Pferden, 48 Sichelstage, 30 Rechentage, 17 Tage Gras sensen, je 12 Tage Laub machen, Graben räumen, Schafscheren. Seit 1651 hatten in Sachsen abhängige Bauern dem Grundherren ihre Kinder ab dem Alter von 14 Jahren jährlich zum Arbeiten anzubieten. Benötigte der Herr deren Arbeitskraft, so hatten sie zwei bis drei Jahre bei ihm zu dienen (Hof- oder Gesindezwang). 1833 endete per Gesetz dieser **Gesindezwang** und das Gesinde schloss mit seinem Herrn freiwillig einen Vertrag auf der Grundlage der neuen Gesindeordnung von 1835 ab und hatte diesen Vertrag auch einzuhalten. Verließ das Gesinde unerlaubt seinen Herrn, wurde es zwangsweise zurückgeführt.

Das Gesinde des Rittergutes Giesenstein erhielt 1646 dabei außer Unterkunft und Verpflegung folgenden Lohn (gr. Groschen):

„Schirrmeister: 12 Gulden, 1 Scheffel Korn, 1 Paar Stiefel oder 1 Taler, 1 Paar Schuh.

Kutscher und ein Fuhrknecht: 11 Gulden, 1 Paar Stiefel oder 1 Taler, 1 Paar Schuh.

Pferdejunge: 6 Gulden, 2 Paar Schuh; Ochsenjunge: 3 Taler, 2 Paar Schuh.



Abb. 1.5.27: Bauern bringen Abgaben an den Grundherren. Holzstich aus den 15. Jh. Foto: Wikipedia.

Hofemeister: 11 Gulden, Knecht: 3 Taler, 3 Paar Schuhe.

Käsemutter: 4 Taler, 2 Paar Schuhe, 6 Ellen flächserne und 6 grobe Leinwand, 4 gr. Schleiergeld.

Großmagd: 3 Taler, 2 Paar Schuhe, 6 Ellen flächserne, 8 Ellen grobe Leinwand, 4 gr. Schleiergeld.

Kuhmagd: 2 Gulden, 2 Paar Schuhe, 8 Ellen grobe Leinwand, 4 gr. Schleiergeld.

Kehrmagd: 3 Taler, 2 Paar Schuhe, 2 Ellen flächserne, 8 Ellen grobe Leinwand, 4 gr. Schleiergeld.

Köchin: 4 Taler, 2 Paar Schuhe, 4 Ellen flächserne, 6 Ellen grobe Leinwand, 4 gr. Schleiergeld.

Mittelmagd: 2 Taler 5 gr., 2 Paar Schuhe, 2 Ellen flächserne, 8 Ellen grobe Leinwand.

Aus den Protokollen der Dörfer und der Stadt besonders in und nach Kriegsereignissen ersieht man, dass beinahe täglich Boten kamen und Geld oder Dienste für das Amt oder den Lehnsherren forderten.

1.5.2 Städte

Die Mitte des 13. Jh. verstärkte einsetzende Kolonisation brauchte im Gefüge der mittelalterlichen Wirtschaft unbedingt die Stadt als Stätte des Handels und des Handwerkes. Außerdem setzte sich immer mehr die Geldwirtschaft durch, d. h., der Bauer musste seine Erzeugnisse gegen Geld auf dem Markt verkaufen. Auch benötigte er jede Menge handwerklicher Erzeugnisse, die er früher selbst hergestellt hatte. Diese frühe Arbeitsteilung führte zur Herausbildung des Städtewesens.

Die Landesherren erkannten sehr schnell die Vorteile, die ihnen die Förderung des Städtewesens einbrachte. Eine wirtschaftlich funktionierende Stadt führte zur Geldanhäufung und damit zur Stärkung der Landes- oder gar Reichsgewalt. Die Stadtrechtsverleihung war mit besonderen Rechten (**Privilegien** genannt) für die Stadt verbunden. Leider gibt es kaum Urkunden über den Vorgang der **Stadtrechtsverleihung**. Die Stadtrechtsverleihung hatte zur Folge, dass die Stadt aus der feudalen Ordnung entlassen wurde. Die Bürger der Stadt traten damit nicht mehr einzeln dem Stadtherren gegenüber, sondern durch ihren gewählten Stadtrat. Die Forderungen des Landesherren waren dann immer an die Stadt gerichtet. Analog zu den Dörfern wurden die Dienste und Abgaben an den Landesherrn über die **Amtserbbücher** geregelt.

Gottleuba

Gottleuba entwickelte sich um die wehrhafte Kirche und befestigte Vogtei als Schutz für den Kulmer Steig, gehörte zu Böhmen und wurde 1379 als "stetil Gotleeb" aktenkundig. Wer und wann die Stadt am Kulmer Steig gegründet hat, ist leider nicht bekannt. 1405 war die Stadt unter den Wettinern ein "Amtsstädtchen". Ein Vogt vertrat von seiner Vogtei aus die Interessen des Herren.

Nach dem Vertrag von Eger 1459 war Gottleuba endgültig Teil des Kurfürstentums Sachsen und am 1. Juni 1463 bestätigte Markgraf Friedrich der Stadt Gottleuba die Stadt-Privilegien, die durch Kriege und Feuersnot verloren gegangen waren. Die Stadt Gottleuba hatte "statrecht mit bruwen, melczen und hantwercken" und Zollfreiheit zu Pirna. Ab 1478 durfte die Stadt mittwochs Markt halten und hatte die **Braugerechtigkeit**, welche die Stadt für eine Bannmeile ausüben durfte.

1486 wurden die Bürger der Stadt mit der Vogtei und den **Stadtgerichten** vom Kurfürsten belehnt. 1539 bestätigte Herzog Heinrich der Stadt die **Ober- und Halsgerichtsbarkeit**. Nun hatte die Stadt Gottleuba alle Rechte, die sie als Stadt von den Dörfern unterschied. Handel und Handwerk entwickelte sich unter Leitung des jährlich zu wählenden Bürgermeisters und Stadtrichters, deren Wahl vom Amt bestätigt werden musste. Auf vielen Häusern lag das Braurecht. Brauhaus und Badestube gehörten zum städtischen Alltag und sind in vielen Akten nachweisbar.

Berggießhübel

Die Entwicklung von Berggießhübel verlief anders als bei Gottleuba. Schon 1388 wurden auf der späteren Flur von Berggießhübel Bergwerke urkundlich erwähnt. Der Erzabbau erfolgte anfänglich von der geschützten Vogtei Gottleuba aus. Der Abbau des hochwertigen Erzes (Magnetit) erfolgte zuerst im Tagebau, später zunehmend in die Tiefe gehend. Es war vernünftigerweise üblich, über den Erzlagerstätten nicht zu siedeln. Die ersten Gebäude waren Schutzräume für die Bergleute und die Bergwerksanlagen. Daraus entwickelte sich stürmisch das Dorf Berggießhübel (1450 ersterwähnt), das 1554 das Stadtrecht mit allen Privilegien erhielt.

Die früheste Erwähnung für die Eisenverarbeitung in der Region stammt von 1340 für die **Hammerwerke** an der Müglitz (Kratzhammer und Hammer Zschörnigen). Auch die Ersterwähnung des Hammers Brausenstein 1410 liegt vor der Ersterwähnung Berggießhübel. Die umfangreiche Eisenverarbeitung besonders für den Silberbergbau ("ohne Eisen kein Silber") bedingt aber einen leistungsfähigen Eisenerzabbau und es kamen, außer beschränkten lokalen Raseneisenerzvorkommen, hierfür nur die Berggießhübler Lagerstätten in Frage. Die Hammerwerkssiedlungen entstanden offensichtlich parallel zu den bäuerlichen Rodungsdörfern.

Die Belehnung der Grubenfelder und der Hammergüter sowie die Erteilung der Konzession für die Hammerwerke erfolgte durch den jeweiligen Grundherren. Zu dem Hammerwerk gehörten in der Regel "Privilegien", wie ursprünglich die freie Holzentnahme aus den Wäldern und das Recht für sich und seine Arbeiter zu backen und zu brauen. Auch war der Hammermeister meist von Diensten befreit. Der Erbzins wurde schon um 1500 statt mit Sachleistungen mit Geld beglichen.

Nach der Gründung der **Eisenkammer Pirna** 1472 übernahm der Landesherr auch den Einkauf und die Verteilung des erzeugten Eisens. Die Produktion bestand anfänglich in erster Linie aus Halbzeug (**Stabeisen**), das von dem jeweiligen Hammermeister gekennzeichnet werden musste. Hinzu kam eine Palette von Werkzeugen und Gebrauchsgerät. Außerdem regelte die Eisenkammer in Zusammenarbeit mit dem Forstmeister und dem Bergmeister die Kontrolle der Erzeugung und die abgemessene Zuteilung der Holzkohle und des Erzes (Eisenstein) an die Hammerwerke. Unter diesen Randbedingungen entstand um der Ort Berggießhübel (Ersterwähnung 1450). Anfänglich eine Ansammlung von Grubengebäuden, dazu leistungsfähige Hammerwerke und andere Handwerksbetriebe für den Bergbau (siehe Teil 3 der Geschichte der Stadt).

Die Hammerwerke waren in erster Linie **Bergschmieden**. Die Bewohner waren zu Beginn überwiegend Bergleute, Schmiede und Handwerker. Größere Bauernhöfe konnte es durch die Entstehungsgeschichte nicht geben. Nur zu dem **Vorwerk Dürrhof** des Rittergutes Zehista gehörte bestellbares Land. In Zeiten schwachen Bergbaus suchte man Lohn in den Steinbrüchen oder in der umliegenden Landwirtschaft. Zeitweise herrschte große Not. Letztendlich wissen wir aber viel zu wenig über Entstehung und anfängliche Entwicklung des Bergbauortes. Die Lebensverhältnisse in der Stadt (**Stadtrecht** mit Privilegien 1554) waren aber mit Sicherheit ähnlich, wie die bei der Stadt Gottleuba.

Zunftwesen der Städte

Die Anfänge des Innungs- oder Zunftwesens gehen in das Mittelalter zurück, als zahlreiche neue Städte gegründet wurden und die Handwerke in den Städten sich stark spezialisierten. Bereits im 13. Jh. entstanden in den Städten der Wettiner Lande die ersten **Innungen** oder **Zünfte**.

Am 1. Juni 1463 bestätigte z. B. Markgraf Friedrich Gottleuba Privilegien, die dem Ort durch Kriege und Feuersnot verloren gegangen waren. Darin heißt es: "zcum ersten sullen sie haben statrecht mit bruwen, melczen und hantwercken." Als Handwerke wurden Tuchmacher, Bäcker, Fleischhauer und Schneider genannt. Diese Innungen dienten der Selbstverwaltung der Handwerker in den Städten. Die Gesellen und Meister eines Handwerkes schlossen sich zu Innungen zusammen, erarbeiteten ihre Innungsartikel und ließen sie von der Obrigkeit bestätigen. Diese Artikel waren damit rechtskräftig und ihre Einhaltung konnte bei den Gerichten eingeklagt werden. Beim Wechsel des Landesherrn wurden die Privilegien vom neuen Herrn nach Lehnrecht neu bestätigt. Als soziale und religiöse Gemeinschaften entwickelten sie ein reiches Brauchtum und waren anfangs von großer Bedeutung für die innerstädtische Entwicklung. Das Leben des einzelnen Mitgliedes wurde von der Innung entscheidend bestimmt. Nur in dieser Einbindung konnte der Handwerker seiner Arbeit nachgehen. Die Gemeinschaft der Meister regelte die Arbeit und Betriebsführung des Einzelnen, überwachte die Qualität seiner Produkte, kontrollierte seine sittliche Lebensführung, sicherte ihn in individuellen Notfällen und betete für das Seelenheil ihrer verstorbenen Mitglieder. Innungen konnten sich auflösen, unter anderem bei Mitgliederschwund, oder sich mit anderen Handwerken oder Innungen in anderen Städten zusammen tun. Die Innungen hatten beim jeweiligen Obermeister eine Lade, in ihr wurden die Unterlagen der Mitglieder, Geld und Meisterstücke aufbewahrt. Vor offener Lade wurden Eide gesprochen, Lehrburschen aufgenommen, losgesprochen und Meisterbriefe vergeben.

Mit der **Verleihung des Stadtrechtes 1548** erhielt auch Berggießhübel das Recht zu Brauen, zu Mälzen und beliebige Handwerker anzusiedeln. Infolge der unmittelbaren Nachbarschaft waren dabei Reibereien nicht zu vermeiden.

Das Ziel der Innungsmeister war es, für die Familie eine ausreichende Nahrung und möglichst einen gewissen Reichtum zu erwerben. Schon innerhalb einer Innung gab es deshalb Machtkämpfe. So erhielten Meistersöhne einige Vergünstigungen wie Verkürzung der Wanderjahre und Aufwanderlass bei der Erlangung des Meistertitels.

Aber vor allem nach Außen verteidigte die Innung ihre Macht. Zum Ersten schützte man seine Technologien. So hieß es 1708 im Innungsartikel Nr.19 der Posamentierer: "soll kein Meister sein Weib, seine Tochter oder Stieftochter auf hohen Kämmen und nieder Lützen Handtwercksgebrauch nach arbeiten lassen, Viel weniger einer Dienstmagd Stuhl und Handtwerck zutreiben verstattet". Anderenfalls sind zwei Taler Strafe zu zahlen. Gesellen, die ihr Wissen außerhalb der Innung

weitergaben, wurden geächtet und aus der Innung ausgeschlossen. Wer außerhalb der Innung deren Tätigkeiten ausübte, wurde als Pfuscher angezeigt und bestraft. Dabei ging es vor allem darum, sich den nötigen Umsatz zu sichern.

In vielen Akten findet man Hinweise auf zünftige Handwerker, die in unseren Städten und Gemeinden einen Antrag stellten, um "ihrer Nahrung nachzugehen". Die Gemeinde- und Stadträte prüften regelmäßig, ob der Bedarf an diesen Handwerksleistungen bereits gedeckt war. Da dies meist der Fall war, mussten auch wohlhabende Anwärter abgelehnt werden. Ließ man diese Handwerker doch zu, kam es zum Streit mit Ansässigen, der Aktenberge füllte.

Um ihr Leben zu fristen, hatten z. B. zwei Witwen, Marie Arnold und Juliane Kühnel, in Gottleuba einen Handel eröffnet. Nacheinander ließen sich drei zünftige Handwerker im Städtchen nieder. 1792 ersuchte der Leineweber Fischer, 1795 der Kaufmann Johann Christian Schedel und 1803 Strumpfstrickermeister Johann Gottfried Schuster jeweils den Kurfürsten, den Witwen den Handel zu verbieten. Der Kurfürst überließ die Entscheidung dem Bürgermeister, der den Antrag abwies. Die Antragsteller hatten die Gerichtskosten zu tragen. Der Rat fürchtete andernfalls, die Witwen unterstützen zu müssen. Schuster prozessierte 1830 nochmals ohne Erfolg, nun gegen den Verkauf von böhmischen Strümpfen. 1834 lauerte George Gottfried Schuster, Vice Bürgermeister und selbst Strumpfmacher, der jeden Strumpfhandel im Ort zu verbieten suchte, dem Bahraer Hausierer Ludwig auf, der nur durch Gottleuba lief und nach Liebstadt wollte. Schuster behauptete der 31-jährige Bahraer hätte Strümpfe verkauft und übergab ihn Stadtrichter Böttger. Der Hausierer musste 2 Taler Strafe zahlen, seine ganze Habe wurde konfisziert und der Fall der Obrigkeit mitgeteilt. Die Königlich Sächsische Landesdirektion entschied, das an Ludwig die einstweilen abgenommenen Waren zurück zu geben seien und er zu verwarnen sei, dass im Wiederholungsfalle des unbefugten Hausierens gemäß der Bestimmungen verfahren würde.

Am 10. Januar 1814 wurde der Schuhmacher Johann Gottfried Legler vor Hunger und Frost erstarrt tot aufgefunden. Zu der Zeit waren 13 Schuster im Ort. Da sie arm waren, konnten sie nur schwer die harte Zeiten nach dem Abzug Napoleons überleben.

1826 versuchte die Gottleubaer Schusterinnung der Pirnaer Innung die Teilnahme an ihren Märkten zu verbieten, ohne die schon bestehende Marktfreiheit zu beachten. Fremde Schuster und maschinengefertigte Schuhe nahmen den hiesigen Schuhmachern ihr Brot.

1840 bat der Schuster Friedrich Wilhelm Täubrich um eine Konzession für Materialhandel. Als Schuster konnte er seine Familie nicht ernähren. Seine Frau war verpflichtete Botenfrau. Von ihren Gängen brachte sie bestellte Waren mit und wurde deswegen angezeigt. Täubrich bat um die Konzession zum Handel, die ihm zunächst verweigert wurde. 1841 nahm der Stadtrat das Verbot zurück, da es 26 Schuster in Gottleuba gab und dies lag weit über dem örtlichen Bedarf. Gegen die Erteilung der Konzession war nichts einzuwenden.

Ende des 18. Jh. kam es durch neue Erkenntnisse und Methoden zu einem technischen Aufschwung in allen Gewerken. 1791 stand die erste Spinnmaschine in Sachsen. Bis 1800 wurden mehr als 150 Manufakturen gegründet. Die starren Innungszwänge hemmten diese Entwicklung und mussten weichen. 1765 empfahl der Administrator des Kurfürsten der Obrigkeit, die Innungsbriefe aller Innungen einzubeziehen und zu korrigieren.

1780 traten von der Landesregierung neu erarbeitete **Generalinnungsartikel** für Künstler, Professionisten und Handwerker in Kraft und galten für alle Innungen gleichermaßen. 23 Artikel galten den Lehrlingen, 19 den Gesellen, 42 den Meistern:

Lehrlinge mussten 12 Jahre alt sein. Uneheliche mussten angenommen werden und Arme durfte die Kautions nicht behindern. Der Lehrling musste beim Meister wohnen. Fiel der Lehrling durch die Prüfung, musste er bei einem anderen Meister weiterlernen. Lag die Schuld beim Meister, hatte dieser das Lehrgeld zurückzahlen. Die Wanderung der Gesellen wurde straff organisiert. Die Wanderung war Voraussetzung für einen Meister, bis auf klar definierte Ausnahmen. Das Meisterstück behielt der Hersteller. Strafen durften zwei Taler nicht überschreiten. Ein Examen wurde eingeführt und fremdes Meisterrecht anerkannt. Die Obrigkeit nahm stärker Einfluss auf das Zunftleben und die Macht der Meister wurde eingeschränkt.

In den Dörfern lebten die Menschen vorwiegend von der Landwirtschaft. Einige wenige dorfspezifische Handwerker waren zur Unterstützung der Landarbeit zugelassen, so Wagner, Stellmacher, Zimmerleute, Maurer und Schmiede.

Ab 9. Oktober 1838 wurde unzünftiges Gewerbe, wie Strumpfstricker, Weber, Maurer, Zimmerer, Schwarzbäcker und Schuhflecker freigegeben. In jeder Gemeinde durfte aber nur ein Meister je Gewerbe und ein Krämer gegen Konzession tätig werden. Damit näherten sich Dorf und Stadt an. 1843 präzisierten die **Spezial-Innungsartikel** weitere Einzelheiten.

Die Macht der Innungen wurde nach der französischen Revolution stark eingeschränkt oder ganz aufgehoben.

Nach 1871 wurde endlich die **Gewerbefreiheit** im Deutschen Reich eingeführt.

Die Mitgliedschaft in einer Innung ist heute freiwillig; dagegen ist die Mitgliedschaft in der Handwerkskammer für Handwerker obligatorisch. In Deutschland gibt es gegenwärtig etwa 7.000 verschiedene

Innungen.

Die wesentlichen **Aufgaben der Innung** waren:

- Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder
- Pflege des Gemeingeistes und der Berufsehre sowie Förderung eines guten Verhältnisses zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen
- Regelung und Überwachung der Ausbildung im Rahmen der Dualen Ausbildung
- Förderung des handwerklichen Könnens der Meister und Gesellen
- Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und ihren Auftraggebern.

Die Rechtsform der Innungen ist die einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie stehen unter der Rechtsaufsicht der jeweiligen Handwerkskammern.

Ein sehr sinnvoller Brauch war im ausgehenden Mittelalter das **Gesellenwandern**, der bis in das 19. Jh. gepflegt wurde. Ein ordentlich geführtes Wanderbuch mit amtlich bestätigten Arbeitsaufenthalten bei guter Beurteilung, war bis Mitte der 19. Jh. Voraussetzung für den Meisterbrief. Die freigesprochenen Gesellen lernten in der Fremde neue Techniken kennen, mussten sich auf die jeweils neuen Lebensumstände einstellen und erfüllten sich dabei gleichzeitig auch den Wunsch, die Fremde zu erkunden. Menschlich gereift und gut qualifiziert kamen sie in der Regel in die Heimat zurück. In der Geschichte der Stadt in dem Teil "Alte Mühlen an der Gottleuba" werden die gesetzlichen Regelungen und die Umstände der Wanderung am Beispiel der Müllerburschen beschrieben.

1.5.3 Schulwesen

Vor der Einführung der Reformation 1539 im albertinischen Sachsen war die katholische Kirche Träger der Schule, aber die Bewohner der Dörfer und Städte trugen die Kosten. Schulen standen seit Mitte des 16. Jh. oft neben den Kirchen und die Pfarrer erzogen mit dem Lehrer die Kinder und brachten ihnen die Grundkenntnisse bei. Hatte ein Ort keine Kirche, so wurden seine Einwohner durch die Obrigkeit in eine nahe Kirchgemeinde gepfarrt und geschult.

Ab 1539 war die staatliche und geistliche Macht in der Hand des Kurfürsten. Die **Kursächsische Kirchen- und Schulordnung** vom 1. Januar 1580 bildete die Grundlage der Entwicklung des sächsischen Volksschulwesens bis 1813. 1580 bestanden in zwei Dritteln der sächsischen Orte **Elementarschulen**, oft nur als Winterschulen für Knaben. Im Sommer halfen die Kinder mit in der Landwirtschaft. Erst mit der Schulordnung von 1724 wurden in Kursachsen **Sommerschulen** für Jungen und Mädchen vorgeschrieben. Gelehrt wurde Schreiben, Lesen, Singen, Christenlehre und etwas Rechnen. Erst nach der Schulordnung von 1773 wurde der Unterricht neu organisiert und auch Erdkunde, Geschichte und Naturkunde vermittelt.

Die Entlohnung des Lehrers im späten Mittelalter war weitgehend offen. Der Lehrer wurde wie der Pfarrer durch den Grundherren eingesetzt. So hatten die Rittergutsbesitzer von Langenhennersdorf, Oelsen, Lauenstein das Einsetzungsrecht (Coloratur) für Pfarrer und Lehrer in den ihnen untertänigen Orten. In Amtsorten setzte das Amt die Lehrer ein. Der Pfarrer hatte lange Zeit über die Lehrer die Aufsichtspflicht und sorgte für deren Unterhalt aus den Kirchengeldern. Der Lehrer musste dafür Leistungen für die Kirche erbringen, wie Kirche reinigen, Uhr aufziehen, Glocken läuten, Schreibarbeiten erledigen und anders mehr.

1778 begann man in **Lehrerseminaren** Volksschullehrer auszubilden. Erst mit der Verordnung vom 4. März 1805 wurde die allgemeine **Schulpflicht** für den Besuch der **Volksschule** eingeführt und die Bezahlung von **Schulgeld** gefordert.

In alten Akten der Schule Langenhennersdorf¹³ sind von dem gewählten Schulvorstand die einzelnen Positionen zur Finanzierung des Schulbetriebes akribisch aufgelistet worden. Dort findet man die Lehrer, Schulvorstände und Kassierer mit ihrem Gehalt (Lehrer ca. 20 Taler monatlich). Die Eltern und Handwerker, sowie die Obrigkeit mit Namen, Stand und Titeln.

Gemeinsam finanzierten die Gemeindemitglieder ihre Schule. Für jedes Schulkind wurde Schulgeld gefordert (ca. 50 Pf. monatlich). Besondere Zuschüsse waren bei Bedarf von jedem Gemeindemitglied je nach Besitz zu zahlen (z. B. bei Reparatur oder Neubau der Schule). Es wurden die Finanzen genau ausgewiesen, die Einnahmen der Anteile von Trauungen, Hochzeiten, Taufessen, Gevatterbriefen, Beerdigungen. Verkäufe brachten ca. auf 100 Taler Verkaufspreis anfangs 2,5 Pfennige später 1 Groschen in die Schulkasse. Es gab dabei Kaufwerte von über 3000 Talern. 1857 brachte das Gut Eisoldt 7900 Taler davon 3 Taler 8 Neugroschen 8 Pf. in die Schulkasse. Meist lag der Kaufpreis jedoch unter 100 Talern. Das Schulinventar wurde aufgelistet. Hier wurde jedes Jahr zumindest einmal geweißt, repariert und oftmals erweitert. Am Anfang gab es eine Schulstube, bald kamen zwei Kammern, ein Oberstübchen als Lehrerwohnung, eine Scheune für die Erträge des Schulfeldes und des Schulgartens, für die Lagerung des Brennholzes dazu. Auch das Strohdach der Schule wurde vom Schindel- und danach schließlich vom Ziegeldach abgelöst. Es gab Wasser aus Röhrenholz sogar im Oberstübchen. Der Ofen wurde gut gehalten, damit die Kinder im Winter im

¹³ Acten zu Schulcassenrechnungen vom Jahre 1835 - 1874 betreffend die Gemeinde Langenhennersdorf vom 1ten Nov. 1835 bis zum 3. Decbr. 1836. Heimatstube Langenhennersdorf.

Warmen lernen konnten. Unter Ausgaben erhielten z. B. die armen Kinder ein neues Lesebuch und eine neue Schiefertafel.

Erst mit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes 1873 wurde die übergeordnete Instanz für die Schulen die staatliche Bezirksschulinspektion z. B. der Amthauptmannschaft Pirna.

1.5.4 Pest und andere Seuchen

Im Sommer 1347 gelangte die **Pest** von Zentralasien her nach Konstantinopel. Von dort wurde sie über Schiffe in die Hafenstädte des Mittelmeeres gebracht. Von diesen Städten ausgehend verbreitete sie sich durch ganz Europa aus. Im Mai 1348 war Barcelona betroffen, im Juli Bordeaux, im August Paris und am Ende des Jahres Granada im Süden Spaniens und Calais an der französischen Kanalküste. Bereits im Sommer waren die ersten Fälle in England aufgetreten, in London begann die Pest im August. Seit Anfang 1349 war die Seuche aus Nordfrankreich in östlicher Richtung über den Rhein und aus Norditalien über die Schweiz nach Norden vorgedrungen. Im nächsten Jahr, 1350, war sie in Hamburg, Bremen und Lübeck, in Magdeburg und in Danzig, um in den nächsten beiden Jahren weiter Richtung Nordosten zu wandern, wo 1353 in Rußland die letzten Fälle bekannt wurden.

Für diese Seuche hatte sich seit dem 17. Jh. die Bezeichnung **Schwarzer Tod** durchgesetzt. Die Zahl der Todesopfer lässt sich allerdings nur schätzen, wobei sich die Schätzungen um 30 % einer ebenfalls geschätzten europäischen Gesamtbevölkerung von 60 Millionen Menschen bewegen. Die globale Schätzung würde bedeuten, dass der Schwarze Tod etwa 18 Millionen Menschenleben forderte.

Guy de Chauliac, ein Leibarzt des Papstes Clemens VI., der Zeuge der Pest in Avignon wurde, hat eine sehr genaue Beschreibung der Symptome der beiden wichtigsten Formen der Pest gegeben:

“Das große Sterben begann im Januar und dauerte sieben Monate. Man konnte zwei Krankheitsformen unterscheiden. Die erste zeigte sich in den ersten beiden Monaten mit anhaltendem Fieber und blutigem Auswurf. Alle starben innerhalb von drei Tagen. Die zweite Form ging ebenfalls mit ständigem Fieber einher, zeigte aber auch Geschwüre und Beulen auf der Körperoberfläche, zumal in der Achsel- und Leistengegend. Diese Kranken starben innerhalb von fünf Tagen. Diese Krankheit war so ansteckend, besonders die Form mit dem blutigen Auswurf, dass nicht nur ein Verweilen bei dem Kranken, sondern ein bloßer Blick schon zur Ansteckung genügte.”

Er unterschied richtig zwischen der **Beulenpest**, bei der eine beulenförmige Schwellung der Lymphknoten auftritt und die innerhalb von drei bis fünf Tagen zum Tod führt, und der **Lungenpest**, die mit blutigem Sputum einhergeht und schon nach ein bis drei Tagen zum Tod führt. Während bei der Beulenpest etwa 70 % der Erkrankten sterben, beträgt die Todesrate bei der Lungenpest 100 %. Heute sind die Erkenntnisse über Seuchen wesentlich größer. Spätere Epidemien wurden aus Unkenntnis der damaligen Mediziner und Betroffenen oft generell als Pest bezeichnet. Der Pesterreger wurde erst Ende des 19. Jh. entdeckt.

Die Menschen versuchten der Pest und anderen Krankheiten zu entkommen. Eine Empfehlung lautete: “Flüchte schnell - flüchte weit - und komme spät zurück!”

Das brachte nur für Gesunde Erfolg. Infizierte verbreiteten so nur die Erreger. Die Obrigkeit hatte besonders in den großen Städten seit dem 15. Jh. eine Gesundheitsbehörde mit umfangreichen Rechten eingesetzt. Sie fahndete nach Erkrankten, traf Anordnungen zur Hygiene im Lebensmittelhandel, der Wasserversorgung, Abfallbeseitigung und der Schulung von medizinischem Personal in den Hospitälern. In befallenen Orten suchten Beauftragte der Seuche verdächtige Kranke und schlossen diese mit allen anderen Inwohnern in den **Pesthäusern** ein. Die Häuser wurden mit weißen Tüchern und schwarzen Kreuzen und anderen Pestsymbolen gekennzeichnet. Versorgt wurden die Eingeschlossenen von ihren Familien, Nachbarn oder Pestbeauftragten. Die Leichenträger mussten die Leichen schnell und tief vergraben. Die Pesthäuser wurden bis zu vier Wochen nach Ende der Pest gesperrt, dann geöffnet, ausgeräuchert, alles verbrannt und danach mit Essig intensiv ausgewaschen. Menschaufläufe auch in der Kirche waren während der Epidemien verboten. Über Orte mit der Pest wurde der Bann verhängt und jeder Warenaustausch unterbunden. Reisende benötigten einen Gesundheitsspass und kamen im 17. Jh. in speziell dafür errichteten Pesthäusern getrennt von den Kranken in Quarantäne.

Aus den Aufzeichnungen ist oft nicht zu erkennen, um welche Krankheit es sich bei einer aufgetretenen Seuche handelte. Damals waren auch die **Pocken** weit verbreitet und infolge von Kriegshandlungen traten **Typhus** und **Ruhr** auf.

Erste Hinweise über die Pest in unserer Region finden wir in den Unterlagen des 16. Jh.. So findet man in der Chronik der Stadt Pirna am 28. Juli 1532 “das Sterben der fährlichen Plage der Pestilenz an der Christoph Wernerin angefangen und hat gewährt bis auf folgende Weihnachten und sind bei 1300 Menschen gestorben und in solcher Zeit ist viel Volks aus der Stadt geflohen. 1585 soll Mütterchen Anna, Kurfürstin von Sachsen, an der Pest gestorben sein. Von Bartholomäi bis Martini 1613 raffte sie in Dohna 56 Personen hinweg”.

Verheerend auf die Verbreitung von Seuchen wirkte sich der Dreißigjährige Krieg aus. Der Dresdner Raum war 1626, 1632/33, 1637 und 1640 von der Pest betroffen. Anschließend kam es 1680 zu einer noch verheerenderen Pestepidemie. Zu den Brandschäden gesellte sich auch in Dohna die Pest. 1626 vom Februar bis September starben 60 Personen. Erheblich unheilvoller trat sie 1632 auf, wo

gegen den Sommer "ein großes Landsterben fast zwei Jahre lang" wütete. In Pirna sollen damals 3334 Personen gestorben sein. Im Dohnaer Kirchspiel starben 1632 49 und 1633 256 Menschen, 1634 sind noch 78 gestorben und 1635 sinkt die Zahl.

1.5.5 Strafrecht

Für den **Strafvollzug** in Sachsen war die 1532 auf dem Reichstag in Regensburg verabschiedete "Constitution Criminalis Carolina" Kaiser Karls V. bindend. Als Halsgerichtsordnung beinhaltete sie grausame Strafen bei Rechtsverletzungen und Regeln für die Folter und Hinrichtungen. Die Caroli-ne verband altes deutsches mit römischem Recht. Kurfürst August von Sachsen erließ unter der Bezeichnung "Sächsische Constitutionen" eigene Gesetze und Strafen für sein Kurfürstentum. Die Strafen sollten in erster Linie der Abschreckung dienen.

Scharfrichter hatten einen Bestallungsbrief vom Landesherrn, unterstanden der hohen Gerichtsbarkeit und erhielten eine Besoldung. Der Scharfrichter war ein Meister seines Faches und musste einen Kopf mit einem Hieb zwischen dem 2. und 3. Halswirbel abschlagen. Er hatte gute anatomische Kenntnisse, um beim Foltern größte Schmerzen zu bereiten, ohne zu töten. Die Folterung war so auszuführen, dass er eine Aussage vom Beschuldigten erhielt. Bei dem Rädern kam es darauf an, den zerbrochenen Körper zwei mal durch die Speichen des Rades zu bekommen. Dazu wurden sogar je nach dem Körperumfang Schablonen verwendet. Die Scharfrichter waren gefürchtete Persönlichkeiten, die vor Tausenden Zuschauern ihre fürchterliche Arbeit verrichteten. Sie trugen eine spezielle Kleidung, um als unrein erkannt zu werden und auch das Richtschwert musste als solches erkennbar sein. Er organisierte auch die Beseitigung von Tierkadavern in der Stadt. Da sich kleinere Städte keine Scharfrichter leisten konnten, hatte er dadurch auch willkommene Nebeneinnahmen.

Der **Henker** war für das Hängen und dessen Vorbereitung verantwortlich (Galgenstricke und Leitern). Die **Richtstätte** lag wegen des Gestankes meist außerhalb der Stadt oft auf dem **Galgen- oder Rabenberg**, um eine gute Sicht für die Zuschauer zu gewährleisten. Die Richtstätte mit dem Galgen war oft von einer Mauer mit einer verschließbaren Tür umgeben und besaß eine Knochengrube. Die Galgen waren bis zu 6 m hoch und solide gebaut. In großen Städten wie Dresden bestand er aus mehreren Säulen mit Querbalken, an denen bis zu 20 Schlingen angebracht werden konnten. Auf der Richtstätte wurden die publikumswirksamen Strafen, wie Enthaupten, Hängen, Rädern und Brennen vollzogen. Grobe Fehler bei der Arbeit verziehen die Zuschauer in der Regel nicht. Während der Delinquent frei kam, bezahlte sie der Scharfrichter oder Henker oft mit seinem Leben, weil ihn die wütenden Zuschauer erschlugen.

Die angewendeten Bestrafungen waren unmenschlich und grausam. Sie wurden damals damit begründet, dass sie abschreckend wirken sollten. Heute weiß man, dass eine Verschärfung der Strafen noch nie eine spürbare Verringerung der Kriminalität bewirkt hat.

Die **Enthauptung** durch den Scharfrichter war die mildeste Todesstrafe und wurde mit dem Schwert vollzogen. Sie wurde angewandt bei Bruch des Urfriedens¹⁴, Vielweiberei u. a. Nach 1800 wurde die französische Guillotine übernommen. Mit **Rädern** durch den Scharfrichter bestrafte man die schwersten Verbrechen, wie Raub und Mord. Der Verbrecher lag auf kantigen Hölzern und mit einem großen, schweren Wagenrad wurden ihm alle Knochen gebrochen, dann wurde er auf das Rad geflochten, dieses auf einem Pfahl aufgerichtet und zur Warnung so lange aufgestellt, bis die Knochen herunter fielen.

Das **Hängen** durch den **Henker** bestrafte Diebe. Sie blieben hängen, bis die Knochen herabfielen. Das **Verbrennen** auf dem Scheiterhaufen traf Ketzer, Hexen und Kirchenräuber. Als **Hexen** wurden Personen überführt, die entweder mit dem Teufel im Bunde waren, Milch durch Zaubersprüche vergiftet oder Krankheiten heraufbeschworen haben sollten. Die Methoden um Hexen aufzuspüren, sind bedingt durch den damals herrschenden Hexenwahn, heute nicht nachvollziehbar. Meist genügte eine Denunziation. Z. B. wurden in Dresdens Chroniken in der Zeit von 1407 bis 1720 insgesamt 37 Hexenprozesse gefunden, davon waren 25 Frauen und 12 Männer betroffen. Im Ergebnis gab es 9 Hinrichtungen von Frauen, meist durch Verbrennen. Einige überlebten die Folter nicht. Der grausige Schauplatz derartiger Vollstreckungen war in Dresden der "Rabenstein" vor dem Wilsdruffer Tor. 1720 war der letzte Prozess.

Das **Sieden** in einem Gefäß war Münzfälschern und ihren Helfern vorbehalten. Das **Ertränken** in Säcken (Säcken genannt) wurde bei Mörderinnen angewendet. Die Verurteilte kam in einen Sack mit einer Schlange, einer Katze und einem Hahn und wurde ins Wasser geworfen. **Lebendig begraben** wurden Frauen, die Strafen für das Hängen oder Rädern verdient hätten.

Verstümmelungen waren Strafen wie Augen ausstechen, Durchstechen der Wangen und Aufbrennen eines Schandmals.

Im 16. Jh. wurden für Tötlichkeiten, die den Frieden oder Gelöbnisse brachen, Hand oder Finger abgehackt, der Daumen für Betrug beim Handeln mit Wein und Bier.

Sonstige Leibesstrafen Dazu gehören körperliche Züchtigungen wie Staupen, Schlagen mit Riemen und Ruten auf den nackten Rücken, und Stockprügel. Darauf folgte meist anschließende Ausweisung

¹⁴ Urfrieden: Das eidliche Versprechen eines Verhafteten, sich nicht für die Verhaftung zu rächen.

aus der Stadt. Der Scharfrichter legte für die Verweisung einen Bannkreis (10 oder 12 Meilen) und eine Banndauer fest.

Schimpf und Schande

Dazu gehörten Stehen am Pranger oder Tragen von Halseisen für Verstöße gegen die Gebote der Kirche, für zänkische Frauen und für liederliche Männer.

Freiheitsstrafen

Gefängnisstrafen wurden meist verhängt, wenn der Verurteilte eine Geldstrafe nicht zahlte. Verhaftete wurden mit Füßen im Block im Stockhaus gehalten. Nach Verbüßung und Entlassung aus der Haft mussten die Deliquenten "Urfrieden" schwören.

Geld- und Vermögensstrafen

Sühnegeld wurde bei Totschlag gefordert. Die **Acht** wurde ausgesprochen, wenn der Verdächtige das Weite suchte. Der Betroffene verlor Rechte und Besitz und durfte ungestraft getötet werden.

1.6 Das Osterzgebirge im und nach dem Befreiungskrieg

1.6.1 Lage bis zum 22. August 1813¹⁵

Ein großer Teil der militärischen Auseinandersetzungen sowie die Entscheidungsschlacht um die Befreiung Deutschlands von der napoleonischen Fremdherrschaft nach der Niederlage von Napoleon in Rußland (Brand von Moskau) vollzog sich 1813 auf sächsischem Gebiet. So führte sowohl der Vormarsch als auch die Rückzugslinie der verbündeten russisch-preußischen Hauptstreitkräfte im Frühjahr 1813 quer durch das Land. Auf Grund der strategischen Situation benutzte Napoleon Sachsen als Operationsbasis für die Weiterführung des Krieges.

Der mit Napoleon verbündete sächsische König **Friedrich August I.** war während des Waffenstillstandes im Februar 1813 nach Plauen geflüchtet. Im März befahl er die Trennung seiner Truppen von den französischen und die Schließung der Festung Torgau. Im April trat er in Geheimverhandlungen mit den Österreichern. Nach der Schlacht bei Groß-Räschen verlangte Napoleon von Friedrich August Bündnistreue und der König von Sachsen kehrte am 12. Mai 1813 nach Dresden zurück, gleichsam als Gefangener Napoleons. Der König befahl, die Festung Torgau zu öffnen und ließ seine Truppen in Stärke von 20.000 Infanteristen und 4000 Kavalleristen zu den Franzosen stoßen. Die Chance zu einem Frontenwechsel an die Seite der Verbündeten war vertan.

Bei Ablauf des Waffenstillstandes zum 10. August hatte sich die politische und militärstrategische Lage Napoleons weiter verschlechtert. Schweden war um den Preis der in Aussicht gestellten Erwerbung Norwegens enger in das Bündnis integriert worden und landete im Sommer weitere Truppen in Norddeutschland an. Durch den Beitritt Österreichs ins Lager der Verbündeten (Kriegserklärung an Frankreich am 12. August 1813) erhöhte sich deren militärische Stärke erheblich. In Anbetracht des ablaufenden Waffenstillstandes und der bedrohlichen militärischen Lage hatte Napoleon sogar die Feier zu seinem 44. Geburtstag vom 15. auf den 10. August vorverlegt.

Vier Tage später rückte Napoleon mit der Masse seiner Truppen in Richtung Schlesien ab, um mit Beginn des Feldzuges einen entscheidenden Schlag gegen die hier stehende Schlesische Armee Blüchers zu führen. Seine einzige Chance, die strategische Initiative wieder zu gewinnen, sah Napoleon darin, die verbündeten Heere einzeln nacheinander zu schlagen. Nach ersten Gefechten bei Löwenberg und Bunzlau musste sich die Schlesische Armee vor der fast doppelt so starken französischen Armee zurückziehen.

Inzwischen erreichten Napoleon aber beunruhigende Nachrichten von Bewegungen der Hauptarmee der Verbündeten von Böhmen in Richtung Sachsen. Am 20. August war diese knapp 230.000 Mann starke Armee unter Führung des österreichischen Feldmarschalls Schwarzenberg, der gleichzeitig auch Oberbefehlshaber aller verbündeten Truppen war, von Eger aufgebrochen und überschritt am 22. August in vier Kolonnen das Erzgebirge. Da bei Aufklärungen festgestellt wurde, dass Dresden nur von schwachen französischen Kräften gedeckt wurde, sollte in Abwandlung der ursprünglich festgelegten Stoßrichtung Leipzig, auf kürzestem Weg über Frauenstein und Dippoldiswalde gegen Dresden vorgegangen werden. Zu dieser Zeit bestand die französische Streitmacht in und um Dresden einschließlich der Deckungstruppen an den Elbübergängen beim Lilienstein aus dem 14. Korps unter Marschall Gouvion Saint-Cyr und dem 5. Kavalleriekorps unter General L'Heritier mit insgesamt 29.000 Mann und 98 Geschützen.

Der französische **Marschall Saint-Cyr** bekam also den Befehl, mit dem 14. Armeekorps die Sächsische Grenze gegen die verbündete Hauptarmee zu sichern. Er ließ die 43. Division unter Marschall Claparede von Pirna nach Cotta - Berggießhübel - Hellendorf vorgehen. Am 17. August bezog die 43. Division die Linie Cottaer Spitzberg - Oberer Ladenberg - Cottaer Busch. Das Hauptlager befand sich in der Nähe der sogenannten "Roten Schänke", heute "Gasthof zum Heidekrug". Batteriestellungen entstanden an der Ladenbergkurve, in der Nähe der Zehistaer Wände und der Felsenbrücken. Verhaue sperrten die Wege nach Zwiesel und Langenhennersdorf. Eine Feldschanze lag ca. 300 m auf einer Erhebung östlich der Straße, welche die Hochebene und das Gottleubatal unter Feuer nehmen konnte. Es handelte sich um eine Redoute, d. h. um eine allseitig geschlossene Befestigung, deren Reste in einem Wäldchen heute noch erhalten sind.

Eine stärkere Abteilung hatte die Panoramahöhe besetzt, um das Gottleubatal zwischen Giesenstein und Gottleuba zu beherrschen und die Straße nach Hellendorf zu schützen. Die 42. Division lag mit 14 Bataillonen zwischen Pirna und Krietzschwitz und die 44. Division mit 12 Bataillonen südlich von Borna, um die Straße nach Göppersdorf zu sichern.

Die **Verbündeten** setzten ihre Hauptarmee unter dem russischen General von Wittgenstein von etwa 28.000 Mann in Bewegung. Sie rückte über Naklérov vor. Die Vorhut bestand aus russischen Infanterieregimentern, den Jägerregimentern, dem Grodnoer Husarenregiment, zwei Kosakenregimentern, zehn Geschützen und einer Batterie und lagerte am 21. August bei Hladov (Hungertuch).

Am 22. August, setzte sich die Vorhut weiter in Bewegung. General Roth hatte drei Abteilungen gebildet, die stärkste, unter seiner Führung, ging auf Hellendorf vor, eine unter Oberstleutnant von Lützow, wandte sich von Petrovice (Peterswald) nach Bienhof und die Dritte, unter Oberst Witoschkin,

¹⁵ Die Darstellung der Kriegsereignisse baut auf der Darstellung von [1.14 und 1.33] auf.

stieß über Oelsen in Richtung Gottleuba vor. Gegen 6 Uhr morgens erschienen die ersten Kosaken in Hellendorf und nahmen eine Anzahl sorgloser Franzosen gefangen. Italienische Reiter vergnügten sich im Hellendorfer Erbgericht, denn um den anrückenden Feind hatten sie sich nicht gekümmert. Es entstanden heftige Gefechte zwischen der französischen Infanterie, deren Soldaten waren alles frühzeitig eingezogene Jugendliche, die "Spanferkel" genannt wurden, und den russischen Truppen. Die Franzosen leisteten heftigen Widerstand. Erst als sie merkten, dass sich eine Umgehung von Oelsen anbahnte, zogen sie sich bis zur Panoramahöhe zurück. In den Waldgebieten entwickelte sich eine regelrechte Treibjagd. Die Franzosen versuchten, die Panoramahöhe zu halten und leisteten erbitterten Widerstand. Doch als weitere Truppen russischer Infanterie herangezogen wurden, zogen sie sich zum Ladenberg zurück.

Russische Artillerie besetzte nun die Panoramahöhe und richtete ihre Geschütze auf Berggießhübel und den Ladenberg, um die dortigen Stellungen der Franzosen unter Feuer zu nehmen. Im Städtchen entwickelten sich Infanteriegefechte. Unter dem Schutz der französischen Batterie am Ladenberg konnte sich die zurückweichende Infanterie am Hang des Ladenbergs erst einmal festsetzen. Eine Einnahme des Ladenbergs durch die Russen war nicht möglich, denn die "Spanferkel" leisteten erbitterten Widerstand. Außerdem waren alle Durchgänge, wie der Ottendorfer und Gersdorfer Steig von den Franzosen mit Wällen und Schanzen befestigt worden. Auch der Durchgang in Richtung Cotta über der Zwieselmühle war durch Verhaue gesichert.

Erst nach Mittag des 22. August machte sich die russische Umgehung über Gottleuba bemerkbar. Von Gersdorf ging das russische Regiment Tschernigow den Franzosen in die rechte Flanke. Weiteren russischen Einheiten gelang es, über Zwiesel die Höhe des Ladenbergs zu erreichen. Nun mussten die Franzosen auch den Ladenberg aufgeben. Bei Gersdorf fand ein Reitergefecht zwischen französischer Kavallerie und den russischen Grodnoer Husaren statt, in dem die Russen hier das Feld behaupteten.

Die französische Division Claparede musste sich auf Pirna und die 42. Division des Generals Mouton wieder auf Königstein und Lilienstein zurückziehen. Russische Kosaken trieben die Franzosen aus Pirna hinaus. Die Verbündeten trieben die Franzosen in Richtung Dresden vor sich her.

1.6.2 Schlacht von Dresden am 26. und 27. August 1813

Die veralteten Befestigungen Dresdens wurden seit 1809 planmäßig abgetragen und waren 1813 in einem desolaten Zustand. Seit dem Frühjahr hatten jedoch die Franzosen durch Anlegung von mehreren Feldschanzen, befestigten Werken, Wällen, Palisaden und Gräben, dieses Manko relativ gut ausgeglichen und die Befestigungen der Stadt vom 22. zum 23. August rechtzeitig besetzt. Nach Vorpostengefechten erreichten die ersten Verbände der Hauptarmee der Verbündeten am 23. August die Höhen und Vororte süd- und südwestlich von Dresden. Doch ein zügiger Angriff auf die Stadt unterblieb sowohl am 24. als auch am 25. August, an denen Napoleon mit seinen Hauptkräften noch im Anmarsch war.

Verhängnisvoll wirkte sich für die Hauptarmee der Verbündeten die gleichzeitige Anwesenheit der Monarchen Rußlands, Österreichs und Preußens aus. Mit ihrem Gefolge und Beratern erschwerten sie eine einheitliche Befehlsführung für den Oberkommandierenden Schwarzenberg und waren die Hauptursache für den verspäteten Angriff auf Dresden. Besonders Zar Alexander I. und seine russischen Generale handelten oft nach eigenem Gutdünken, unterliefen Befehle und sorgten für ständige Kontroversen im Oberkommando.

Nach dringendem Hilfeersuchen von Marschall Gouvion Saint-Cyr beschleunigte Napoleon seinen Vormarsch auf Dresden und erreichte am Abend des 25. August Stolpen. Unter Berücksichtigung der kritischen Lage vor Dresden, gab er seinen ursprünglichen Plan auf, dem Gegner mit allen verfügbaren Kräften, insgesamt 130.000 Mann, in die Flanke zu fallen und dessen Verbindungswege nach Böhmen abzuschneiden. So entsandte Napoleon lediglich das 35.000 Mann starke I. Korps unter General Vandamme über Pirna in den Rücken der Verbündeten, während er selbst mit der Masse seiner Truppen am Morgen des 26. August über den Weißen Hirsch in Dresden einrückte.

Der Hauptangriff der Verbündeten erfolgte dann 16 Uhr und wurde von den Franzosen abgeschlagen. In der Nacht trafen weitere französische Verstärkungen ein, sodass der Erfolg Napoleons sich abzeichnete.

Am 27. begann im strömenden Regen der zweite Schlachttag. Die Schlacht wurde entschieden, als es Napoleon gelang, die Flanken der Verbündeten einzudrücken. Das Hauptquartier der Verbündeten ordnete 16 Uhr den Rückzug nach Böhmen an.

Mit der **Schlacht bei Dresden** hatte Napoleon seinen letzten großen Sieg auf deutschem Boden errungen. Es war jedoch in erster Linie nur ein taktischer Erfolg, denn es war ihm nicht gelungen, die Hauptarmee der Verbündeten vernichtend zu schlagen. Da Napoleon am 28. mit einer Fortsetzung der Schlacht rechnete, leitete er zu spät eine Verfolgung der geschlagenen Verbündeten ein.

Nachdem der Gefechtslärm um Dresden langsam zurückging, kam er in unser Gebiet. Der französische General Vandamme wollte von Königstein aus mit ca. 41.000 Mann bei Berggießhübel und Hellendorf den zurückziehenden Truppen der verbündeten Armeen den Weg verlegen.

Prinz Eugen von Württemberg erhielt den Befehl, das Vorgehen Vandammes abzuwehren. Dieses Gefecht fand bei Struppen-Krietzschwitz statt. Prinz Eugen konnte den Angriff Vandamme abwehren.

In der Nacht vom 26. zum 27. zogen sich die Russen auf das linke Gottleubauf der Prager Straße zurück und bezogen Stellungen bei Großcotta, während die Franzosen die Linie bis Langenhennersdorf bezogen.

Die Verbündeten beschlossen am 28. August ihren Rückzug nach Böhmen. Auf Befehl Schwarzenbergs sollten die verbündeten Truppen bei ihrem Rückzug die Prager Straße meiden. Der russische General Tally setzte der Weisung hinzu, "wenn bereits die Straße nach Hellendorf vom Feinde eingenommen sei, sich über Maxen-Dippoldiswalde nach Böhmen zurückzuziehen". Prinz Eugen erhob Widerspruch und erreichte, dass sich der größte Teil der Armeen auf der Prager Straße Cotta-Berggießhübel zurückzog. Um aber die Straße wieder in Besitz der Verbündeten zu bringen, musste der Kohlberg wieder eingenommen werden. Dies gelang nach zwei Angriffen.

Somit bezog das 11. russische Infanteriecorps unter Prinz Eugen die Linie zwischen Kohlberg und Großcotta, die 1. russische Gardedivision unter Generalleutnant Jermolow bezog östlich der Straße zwischen Cotta und Zwiesel die Stellungen, während eine dritte Abteilung von Kavallerie der Garde unter Generalmajor Prinz Leopold von Sachsen-Coburg westlich der Straße zwischen Dohma-Ottendorf Stellung bezog.

In den ersten Nachmittagsstunden wurden auf der Prager Straße hinter der Panoramahöhe Einheiten des Generals Jermolow von Vorhuten der französischen Division Dumonceau mit Geschütz- und Infanteriefeuer vom Großen Horn aus angegriffen. Diese Division hatte den Auftrag, über Langenhennersdorf und Bahra die Prager Straße zu sperren. General Jermolow befahl mit 4 Geschützen den Feind zum Schweigen zu bringen, was auch gelang. Er selbst ging mit dem 2. Bataillon mit einem Bajonettangriff auf den Gegner los und schlug ihn in die Flucht.

Gegen 10 Uhr des 28. leitete Vandamme den Kampf mit der Einnahme von Groß-Cotta ein, das von den sich zurückziehenden Truppen Helfreich's bereits verlassen war. Der Prinz Eugen erkannte die Gefahr einer Umgehung und warf den Feind (ca. 3000 Mann) bis hinter Krietzschwitz zurück.

Die russische Artillerie warf das 13. leichte Regiment der Franzosen, welche zum dritten Mal den Kohlberg einnehmen wollten, mit Kartätschenfeuer zurück. Die auf den rechten Gottleubauf aufgebauten französischen Batterien, die den Angriff des 13. leichten Regiments unterstützten, wurden durch die russischen Batterien erfolgreich bekämpft. Nach einem Angriff der Franzosen bei der Panoramahöhe befahl Prinz Eugen die Einheit Helfreich unverzüglich zur Panoramahöhe.

Oberst Hofmann erhielt den Auftrag, mit den russischen Truppen bei Krietzschwitz so lange zu bleiben, bis die Garde die Passstraße bei Berggießhübel überschritten hatte und dann die Nachhut zu bilden. Im Fall, dass der Feind die Prager Straße wieder eingenommen hatte, sollten sie sich auf Seitenwegen und der Alten Dresden-Teplitzer Straße zurückziehen.

Indessen war die Passstraße bei Hellendorf durch französische Truppen eingenommen worden. Das Semenowske Regiment ließ Oberst Yefimowitsch mit dem Bajonett auf den Feind losgehen, ungeachtet der felsigen und steilen Abhänge, sowie des dichten Waldes. Sie schlugen die Franzosen in die Flucht. Der zur Verfolgung eingesetzte Herzog Broglio mit der 3. Kompanie wurde aber vom Feind abgeschnitten und hatte große Mühe, sich durch die Wälder nach Petrovice durchzuschlagen. So zogen die Garderegimenter am Nachmittag des 28. August durch Hellendorf nach Petrovice. Die Einheit Helfreich folgte. Die Truppen des Fürsten Schachowski wurden wieder an der Panoramahöhe vom Großen Horn aus angegriffen. Das 7. leichte Regiment der Franzosen warf sich mit einem Bajonettangriff auf die Russen und nahm die Prager Straße am Ausgang Berggießhübels in ihren Besitz. Sie hemmten damit wieder den Rückzug der russischen Regimenter. Prinz Eugen, der schon in Richtung Petrovice aufgebrochen war, kehrte mit dem Regiment Tschernigow um. Es gelang aber nicht, das abgeschnittene Muromsche Regiment zu unterstützen. Dieses und das Minskische Regiment zogen sich unter hohen Verlusten an Menschen, Wagen und Pulverkästen auf Seitenwegen nach Petrovice zurück. Ein Geschütz, das in eine Schlucht geworfen wurde, fand man beim Vormarsch im September 1813 wieder.

Das Regiment Tschernigow löste sich in Gruppen auf und zog sich nach Hellendorf zurück. Die Einheiten des Oberst Wolf und Generals Pyschnitzki gingen in kleinen Abteilungen von Krietzschwitz aus nach Krásný Les und dann bis Teplice zurück. Sie konnten somit nicht in die Schlacht bei Chlumec eingreifen. Der Generalmajor Knorring zog sich nach dem Kampf am Kohlberg auf der Prager Straße unter heftigen Kämpfen über Krásný Les zurück und schloss sich am 29. August bei Naklétov mit den Truppen des Prinzen Eugen zusammen. Die tatarischen Ulanen von Knorring schlugen sich auf der Prager Straße durch und erreichten hinter der Garde Petrovice.

Somit wurde vor Petrovice eine neue Stellungslinie bezogen. Die Truppen des Fürsten Schachowski lagen vor dem Ort, die Einheit Helfreichs rechts von Petrovice und die 1. Gardedivision hinter dem Ort. Die Verluste des 2. Corps waren so bedeutend, dass nur 2.500 Mann Petrovice erreicht hatten. Fast ohne Munition hatten die Heerführer ihr Ziel erreicht und bildeten nun eine Schutzmauer nach Böhmen. Die Truppen Vandammes lagen in Hellendorf, während die Hauptkräfte zwischen Bahra und Hellendorf lagerten. Am Abend des 28. gab Vandamme an das Hauptquartier folgenden Bericht: "Wir sind in Hellendorf angelangt. Der Feind hat mehrmals unsere tapfere Jugend zu schlagen versucht, wurde aber auf allen Punkten geworfen und zog sich in vollkommener Unordnung zurück. Mir gegenüber stehen 4000 - 5000 Mann. Mit Tagesanbruch greife ich sie an und gehe mit dem 1. Corps gen Teplice, wenn ich keinen Gegenbefehl erhalte."

General Vandamme erhielt folgenden Befehl aus dem Hauptquartier: "Der Kaiser befiehlt, dass Sie

mit ihrem ganzen Corps und der Division Corbineau, verstärkt mit 18 Bataillonen der 42. Division und der Brigade des Prinzen von Reuß auf Petrovice rücken. In Pirna bleibt der Herzog von Mortier, welcher auch Ihre Truppen in Lilienstein ablöst. Der Kaiser wünscht, dass Sie mit Ihren Kräften in Böhmen einrücken und den Prinzen von Württemberg werfen, wenn Sie ihm begegnen. Der von uns geschlagene Feind zieht sich wahrscheinlich auf Altenberg zurück. Seine Majestät glaubt, dass Sie dem Feinde die Verbindungen, welche nach Děčín (Tetschen), Ústí nad Labem (Aussig) und Teplice führen, verlegen und sich aller Transporte bemächtigen können. Die Brücke in Pirna ist abgenommen und in Tetschen eine Überfahrt eingerichtet."

1.6.3 Schlacht bei Chlumec (Kulm) am 30. August 1813¹⁶

Der Prinz Eugen nächtigte in Petrovice und begab sich um 3 Uhr morgens hinter das Dorf, um auf die russischen Truppen von Schachowski zu treffen. Er fand sie aber nicht, und glaubte, dass sie bei dichtem Nebel vom Wege abgekommen seien. Danach begab er sich zu Helfreichs Truppen. Plötzlich erschallten einige Pistolenschüsse. Dies war aber die feindliche französische Kavallerie, die auf Seitenwegen ins Dorf eingedrungen war. Nach einiger Zeit erschienen russische Infanteristen, die versicherten, dass die ganze Infanterie Schachowskis vernichtet oder gefangen sei.



Abb. 1.6.1: Schlacht bei Chlumec. Stellungen am 29. August 13 Uhr. Die Franzosen in Übermacht erwarten die Hauptarmee. Abb. nach [1.33].

weiteren Vordringen des Feindes mit allen Kräften zu widersetzen. Ostermann entschloss sich nun auch, den Verzweiflungskampf mit Vandamme aufzunehmen und bezog zu diesem Zweck bei **Prestanov** (Priesten) eine Stellung. König Friedrich Wilhelm ließ überdies alle in der Nähe befindlichen Truppen der Verbündeten, die sich bereits diesseits des Erzgebirges befanden oder eben im Begriff waren, in das Tal herabzusteigen, auf dem kürzesten Weg zur Unterstützung Ostermanns herbeizueilen.

Das preußische Korps Kleist, auf dem Marsch von Liebenau nach Fürstenwalde, erhielt den Auftrag, so schnell als möglich über den Kysperk (Geyersberg) auf der Alten Teplitzer Straße nach Teplice ins

In der Tat waren die angegriffenen russischen Truppen von der feindlichen Kavallerie besiegt worden und sie brachten auch die Infanteriekolonne, die durch das Dorf marschierte, in Unordnung. Die feindliche Kavallerie hieb, begünstigt durch dichten Nebel, auf die Kolonne ein und zerstreute sie in alle Richtungen. Sie fanden sich erst nach Tagen wieder bei ihren Regimentern ein. Trotzdem war der Verlust der russischen Truppen geringer als erwartet. Die Verluste betrugen keine 300 Mann.

Durch die Zerstreuung der Truppen musste der Rückzug nach Naklérov beschleunigt werden. Doch kaum war die Garde aufgebrochen, wurde sie vom Feind eingeholt. Prinz Leopold und seine Kürassiere, sowie Knorring mit den russischen Ulanen warfen sich dem Feind entgegen, aber ohne Erfolg. Der Feind und dessen Kavallerie, verfolgten hartnäckig die in Verwirrung geratenen Truppen. Sie wurden bis zum Plateau von Naklérov zurückgedrängt. Hier gelang es dem General Jermolow mit einigen Geschützen, den Feind zu stoppen. Nach einem zweistündigen heftigen Artillerie- und Infanteriefeuer gingen diese dann nach Chlumec zurück.

Durch die Unordnung während des Rückzuges der Verbündeten, wurde Vandamme für eine schnelle Einnahme von Teplice gestärkt. Er hielt am 29. August abends bereits seine Siegrede im "Erbgericht" Hellendorf.

Es war also Gefahr im Verzug. König Friedrich Wilhelm, der bereits in Teplice eingetroffen war, sandte daher sofort seinen Flügeladjutanten zu Ostermann, um ihm die schwierige Lage der böhmischen Armee auseinanderzusetzen und ihn dringend aufzufordern, sich dem

¹⁶ Die Darstellung der Ereignisse bei der Schlacht wird z. T. von [1.33] übernommen

Tal herabzusteigen und die Russen zu unterstützen. Zar Alexander I., auf dem Ritt vom Kysperk nach Teplice, tat ebenfalls sein Möglichstes zur Verbesserung der Lage. Da er Schwarzenberg nicht treffen konnte, bewog er Metternich, die österreichischen Divisionen, die nach Dux unterwegs waren, nach Prestanov rücken zu lassen. Diese beiden Divisionen konnten aber erst am 29. in den Kampf eingreifen. Ostermann löste seine Aufgabe vortrefflich. Mit größter Aufopferung hielt er seine Stellung zwischen Prestanov und Chabarovice (Karbitz) gegen alle Anstrengungen der Franzosen, bis er nachmittags schwer verwundet das Kommando an den Herzog von Württemberg abgeben musste. Es kämpften hier ca. 8.000 Russen gegen 30.000 Franzosen.

In der Nacht auf den 30. August schloss sich das Netz um Vandamme immer enger. Gegen Abend schon waren Barclay de Tolly, der Oberbefehlshaber der russischen Truppen, Fürst Schwarzenberg und Zar Alexander bei König Friedrich Wilhelm auf dem Schlachtfeld erschienen und man beschloss, Vandamme am nächsten Tag mit aller Macht anzugreifen, bevor noch Napoleon Hilfe bringen könnte. Kleist, der mit seinem Korps in Fürstenwalde eingetroffen war, beschloss direkt über Naklérov vorzugehen, da die befohlene Alte Dresden-Teplitzer Straße durch Fuhrwerke verstopft war. Dieser Entschluss führte zur vollständigen Vernichtung des Korps Vandamme in der Schlacht, denn aus der Richtung der Passstraße erwartete er keinen Angriff. Die 32.000 Franzosen lehnten sich mit ihrem rechten Flügel an das waldige, steile Gebirge, von wo die Aufstellung in einem Bogen auf den südlich von Chlumec sich erhebenden flachen Hügeln nördlich Český Újezd (Böhmisch-Neudorf) lief und sich mit ihrem linken Flügel an den steilen, bewaldeten Strizovický (Striesowitzer) Berg stützte, den Vandamme jedoch nur auf der Westseite schwach besetzt hatte, vermutlich weil er ihn für ungangbar hielt.

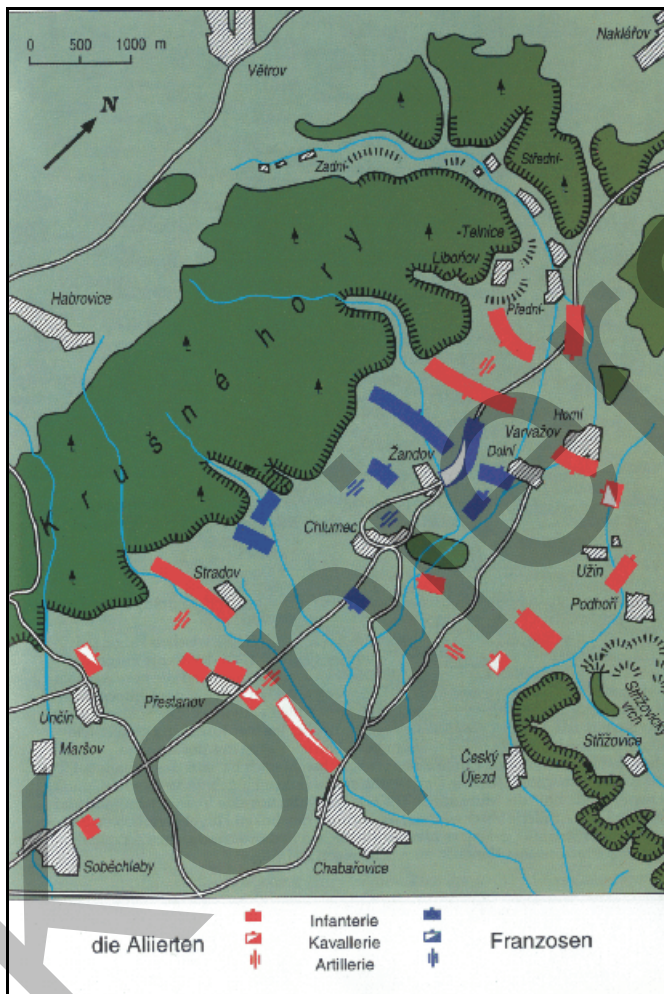


Abb. 1.6.2: Stellungen am 30. August 13 Uhr. Es kommen aber die Preußen unter General von Kleist und Vandamme wird gefangen genommen. Abb. nach [1.33].

Die Absicht der Verbündeten war, erst dann zum Angriff auf deren linken Flügel vorzugehen, bis die beiden österreichischen Divisionen Bianchi und Colloredo sich der Höhen bei Český Újezd bemächtigt haben würden, um so die Rückzugslinie Vandammes zu bedrohen. Schon um 3 Uhr früh brachen beide österreichische Divisionen auf und setzten sich gegen Chabarovice in Marsch. Chabarovice wurde durch das Regiment Czartoryski genommen. General Knorring war mit seiner Kavallerie gegen die mit mehreren feindlichen Regimenten besetzten Höhen zwischen Chabarovice und Český Újezd vorgerückt, hatte drei Kanonen erobert, als plötzlich französische Infanterie hervorbrach und ihn in arge Bedrängnis brachte. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Brigaden Abete und Sorbenburg konnte er befreit werden. Oberst Sück griff die französische Infanterie im Rücken und in der Flanke an, brachte sie und ihre Artillerie zum Weichen, worauf sofort eine österreichische Batterie an ihrer Stelle auffuhr und nun ihrerseits unter dem feindlichen linken Flügel aufräumte. Dragoner stürmten mitten durch den zurückweichenden Gegner gegen Chlumec weiter, sodass die Verbindung mit den bei Auschine stehenden Teilen der Division Colloredo in der linken Flanke des Feindes hergestellt war. Zu diesem Zeitpunkt fing das preußische Korps Kleist an, in den Rücken des Feindes bei Telnice vorzugehen. Vandamme erkannte die Gefahr und fasste den heroischen Entschluss, seine Artillerie zu opfern und mit seiner Infanterie und Kavallerie kehrt zu machen, um sich durch die Preußen den Rückzug zu bahnen.

Ohne das Eingreifen der Österreicher wäre ihm das auch tatsächlich gelungen, denn das Korps Kleist war in schwierigster Lage. Die Panik der feindlichen Kavallerie hatte überdies die Wirkung äußerster Kühnheit. Sie stürmte über die vordersten Abteilungen des Kleistschen Korps unaufhaltsam gegen die Höhen von Naklérov vor, über welche sie ihre Rettung suchte.

In dieser für die Preußen so kritischen Lage griff Sück mit seinen russischen Dragonern ein. Nachdem er der zur Deckung des Rückzugs zurückgelassenen feindlichen Artillerie 17 Geschütze weggenom-

men hatte, wandte er sich gegen die französische Infanterie, welche ihrer Kavallerie gefolgt war und die Preußen bedrängte. Vier Grenadierbataillone wurden hier zwischen Chlumec und Zandov (Sandau) zersprengt, 1400 Gefangene gemacht und zahlreiche gefangene Preußen wieder befreit, wodurch Kleist wieder einigermaßen Luft bekam. Hier wurde auch General Vandamme, der eben auf der Karte einen Ausweg suchte, von einigen Dragonern gefangen genommen.

Kaum hatte sich Colloredo von der Ankunft des Korps Kleist und von dessen augenblicklicher Bedrängnis überzeugt, griff er den linken Flügel der zurückflutenden feindlichen Reserve an, konnte dadurch das Korps des General Kleist von der Übermacht befreien. Das Dorf Varvažov (Arbesau) wurde mit dem Bajonett erobert, der Feind bis auf die Höhe dahinter zurückgeworfen und seine Verbindung mit Naklétov abgeschnitten. Die Division eroberte 30 Kanonen und machte mehrere tausend Gefangene. Die Verluste betrugen 120 Gefallene und 289 Verwundete. Die Brigaden Quälender und Mariassi waren im Anschluss an die Division Colloredo in Richtung Zandov vorgegangen, stürmten mit dem Bajonett den westlichen Eingang von Dolni-Varvažov und schnitten einem Teil der Franzosen den Rückweg ab.

Erst die österreichische Verstärkung erklimmte die Höhen und zwang den Gegner zum Rückzug in das Tal. Beim weiteren Vordringen stieß die Brigade auf die bedrängten Truppen Kleists und vollendete im Verein mit diesen und den Divisionen Bianchi und Colloredo den Sieg der Verbündeten.

Der Gesamtverlust der Verbündeten betrug 3.319 Mann. Die Österreicher waren daran mit 817 Mann beteiligt. Etwa das Sechsfache davon betrug der Verlust der Franzosen. Das 1. französische Korps war nahezu aufgelöst; nur Vereinzelter gelang es durch die Wälder zu entkommen und den Anschluss an die französische Armee wieder zu gewinnen. Außer Vandamme waren dessen Generalstabschef, General Haxo, die Generale Quiot und Heimrodt gefangen, vier Generale waren auf dem Schlachtfeld geblieben. Überdies büßten die Franzosen ihre ganze Artillerie, 82 Kanonen, sowie den gesamten Train ein.

Dies war der erste größere Sieg der Verbündeten gegen die Franzosen. Die geschlagene Armee Frankreichs zog sich aus Böhmen wieder zurück und somit wieder durch das Gottleubatal. Damit wurde auch Berggießhübel weiteren Zerstörungen und Drangsalierungen ausgesetzt.

1.6.4 Rückzug der Franzosen

Nach der vernichtenden Schlacht bei Chlumec, befahl der Oberbefehlshaber der Verbündeten, der österreichische Fürst Schwarzenberg, die Sicherung der Hauptarmee gegen neue französische Angriffe. Somit bezogen preußische Truppen bei Naklétov und Petrovice Stellung. Der französische Marschall Saint Cyr bezog mit seinen Truppen einen vorgeschobenen Posten bei Hellendorf, eine stark befestigte Stellung am Ladenberg und weitere auf der Höhe zwischen Borna und Herbergen.

Napoleon hatte weiter das strategische Ziel, die drei Armeen der Verbündeten, die Nordarmee, die schlesische Armee unter Blücher und die in Böhmen stehende Hauptarmee getrennt zu schlagen. Zuerst wollte er sich am 3. September gegen die schwedische Nordarmee wenden, musste jedoch den Anmarsch stoppen, da die Armee Macdonalds in Schlesien durch Blücher in Bedrängnis geriet und vernichtet werden konnte. Danach setzte er seine Truppen nach Schlesien in Bewegung und musste jedoch am 6. September sein Vorhaben aufgeben, da sich Blücher in Richtung zur Hauptarmee zurückzog. Außerdem setzte sich am 5. September eine Vorhut der Verbündeten auf Hellendorf in Bewegung. Das 2. russische Infanteriekorps unter Prinz Eugen stieß nach Oelsen vor.

Trotz starker Gegenwehr wurden die Franzosen zurückgeworfen, die sich daraufhin entweder auf Stellungen bei Berggießhübel oder Borna zurückzogen. Das 1. russische Infanteriekorps unter Generalleutnant Fürst Gortschakow und die 9. preußische Brigade unter Generalmajor von Klüx folgten am 6. September in Richtung Hellendorf. Diese gingen dann mit der Vorhut als der rechte Flügel in Richtung Berggießhübel vor. Der linke Flügel bestand aus dem bis Oelsen und Breitenau vorgedrungenen 2. russischen Infanteriekorps, verstärkt durch ein russisches Kavalleriekorps unter Generalleutnant von Pahlen. Diese benutzten die alte böhmische Straße Börnersdorf - Borna. Die Spitzengruppe des Generals von Zieten waren zwei Bataillone und einige Reiter, die unter Befehl des Oberst von Blücher standen (er war der Sohn des greisen "Marschall Vorwärts"). Diese warfen die französische Infanterie von der Panoramahöhe nach dem Ladenberg zurück. Am Ladenberg leisteten die Franzosen heftigen Widerstand. Die bergauf führende Straße war, wie schon am 22. August, mit starken Verhaun und Schützen besetzt, während am Plateau am Ladenberg Schützenlinien, verstärkt durch Artillerie, zu überwinden waren. Damit war erneut Berggießhübel in das Kampfgebiet einbezogen worden. Zwei Stunden kämpften 5 Bataillone von Zieten mit zwei Batterien gegen die hartnäckig verteidigten Stellungen der Franzosen. Während dieser Zeit hatten die Truppen des Prinzen Eugen von Württemberg die Franzosen bis Borna zurückgeworfen. Am Abend des 6. September war die Linie Großcotta - Ottendorf - Borna - Nentmannsdorf besetzt.

Die Hauptarmee lag in und um Berggießhübel. Die französischen Einheiten hatten sich auf den Höhenzug bis Großsedlitz zurückgezogen.

Am 7. September wurde durch die Verbündeten Pirna, Zehista und Zuschendorf eingenommen. Das 2. russische Infanteriekorps und die 2. Grenadierdivision biwakierten bei Großcotta.

Nach misslungenen Aktionen der Franzosen gegen die Nordarmee und die schlesische Armee überschritten die Armeen der Verbündeten aus Böhmen den Erzgebirgskamm und drangen bis zu der

Linie Maxen, Pirna und Struppen vor. Deshalb wichen am 6. September die Franzosen bis auf den Hutberg bei Herbergen, heute als Napoleonschanze bekannt, zurück. Daraufhin schickte Napoleon am 8. September frische Gardeeinheiten aus der Lausitz kommend in den Kampf und bedrängte die Truppen der Verbündeten.



Abb. 1.6.3: Das "Franzosengrab" bei Herbergen. Zur Erinnerung an die in den Kämpfen an der Alten Poststraße 1813 gefallenen Franzosen von Dieter Morgenstein aus Liebstadt 2013 geschaffener Gedenkstein.



Abb. 1.6.4: Der Kosakenstein bei Herbergen von Dieter Morgenstein zur Erinnerung an die 1813 an Fleckfieber gestorbenen Einwohner. Titel: "Ein Kosak"



Abb. 1.6.5: Kopie des Bildes von General Moreau im Museum Liebstadt mit der weggeschnittener Kokarte und der Bemerkung Napoleons.

Napoleon hielt sich am 9. September lange Zeit auf dem Hutberg auf, der die wichtige Alte Teplitzer Straße zum Geiersberg beherrschte. Dann traf er gegen 17 Uhr in Liebstadt ein und nahm im Schloss Kuckuckstein Quartier. Mit seinem Marschall Berthier und dem Generalstab bewohnte er die erste Etage des Schlosses. Sieben Armeebefehle wurden hier ausgefertigt. Bei der Besichtigung der Bibliothek des Schlosses entdeckte er ein Jugendbild seines abtrünnigen Generals Moreau, der 1804 von Napoleon verbannt und später in russische Dienste übergetreten war. Aus diesem Bild schnitt Napoleon mit seinem Messer die französische Kokardenschleife aus dem Hut. Unter das Bild schrieb er: "Ce traître en étoit indigne!" (deutsch: Dieser Verräter verdient sie nicht)". Das originale Bild gilt heute als verschollen (siehe Abb. 1.6.5).

General Moreau war bereits in der Schlacht bei Dresden am 27. August tödlich verwundet worden. Ihm waren durch eine Kanonenkugel beide Unterschenkel zerschmettert worden. Im Jahre 1814 wurde vom russischen Gouverneur von Dresden, dem Fürsten Repnin, an der Stelle der Verwundung an der Räcknitzhöhe ein Denkmal gesetzt.

Den Angriffen der Franzosen möglichst ausweichend, zogen sich die Verbündeten am 9. September in ihre Ausgangsstellungen nach Böhmen zurück. Danach benutzte der französische Marschall Mortier das Schloss Kuckuckstein als Hauptquartier, wobei es verwüstet wurde. So wurden die Deckenbalken des oberen Turmsaales im Kamin verbrannt. Aus dieser Zeit blieben einige Erinnerungstücke erhalten. Es handelt sich um Fensterscheiben mit Diamanteinritzungen der französischen Offiziere, die sich mit Namen, und Datum verewigten (siehe Abb. 1.6.7).



Abb. 1.6.6: Das Originalfenster im Museum Liebstadt mit den durch Schwärzung sichtbar gemachten Einritzungen der französischen Offiziere.

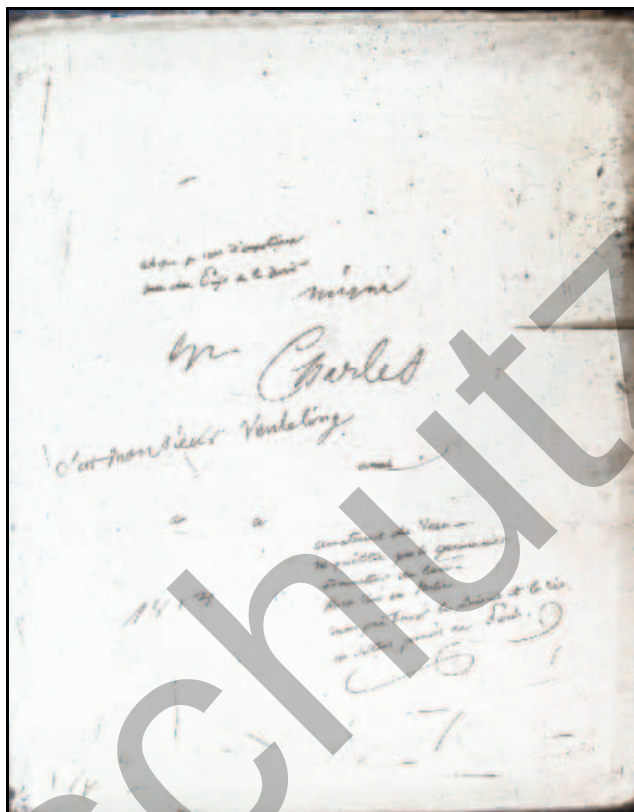


Abb. 1.6.7: Invertiertes Bild mit den Einritzungen.

Der Erzgebirgskamm wurde am 10. September wieder von den Franzosen besetzt. Napoleon kam am 10. September nach Breitenau und als er den Sattelberg vor sich sah, sagte er heiter: "Das ist ja unser Berg." Sein Quartier nahm er in der Pfarre. Aus dem Zimmer mußte erst der Dung von russischen Kosakenpferden, die vorher darin waren, entfernt werden, ehe er es bezog. In dem Pfarrhaus übernachtete Napoleon in der Nacht vom 10. zum 11. September.

Mitte September nahm Napoleon die gegen Böhmen gerichtete Verteidigungslinie von der Grenze zurück. Dafür wurde die Verteidigungslinie Langenhennersdorf - Berggießhübel - Borna ab dem 12. September ausgebaut und besetzt.

Am 16. September versuchten die Verbündeten erneute Vorstöße. Die bei Naklérov stehende französische Division Dummonceau ging nach Petrovice zurück, um sich mit der dort befindlichen Division Philippon zu vereinigen. Doch die Russen verfolgten die Franzosen energisch und nahmen zwei Bataillone gefangen. Die Division Philippon ergriff die Panik und floh. General Philippon geriet in Gefangenschaft. Nach einem kurzen Gefecht bei Hellendorf zogen sich die Franzosen nach Berggießhübel zurück. In der Nacht des 14. September hatten die Verbündeten die Linie Markersbach - Hellendorf - Oelsen - Breitenau wieder besetzt. Auf der französischen Seite stand das 1. Armeekorps des Grafen von der Lölau bei Berggießhübel bis zur Panoramahöhe und bei Großcotta, Göppersdorf und Borna das 12. Armeekorps unter Marschall St. Cyr.

Napoleon erschien plötzlich am 15. September in Langenhennersdorf. Gegen 3 Uhr nachmittags ließ er Markersbach angreifen, dass auch bald in seine Hände fiel. Die Verbündeten zogen sich nach Petrovice zurück und im Laufe des 16. September zogen alle Einheiten in den böhmischen Talkessel. Das 1. französische Armeekorps biwaktierte bei Naklérov, während das 12. Armeekorps zwischen Petrovice und Fürstenwalde lag. Die Nacht des 16. zum 17. September verbrachte Napoleon im Pfarrhaus zu Petrovice. Napoleon beobachtet am 17. persönlich den Rückzug der Verbündeten in das böhmische Becken aus der Kirche von Naklérov. Die Russen hatten den Bocksberg und Hopfenbusch mit einigen Geschützen besetzt und eröffneten das Feuer auf die französischen Stellungen auf der Schäferei (Schanze) und dem Hackhübel am Kulmer Steig. Dort hatten am Hutstein die Franzosen 16 Wochen ihr Lager, zu dessen Unterhalt und Ausrüstung Hellendorf viel beitragen musste.

Am 18. September ließ Napoleon seine Truppen langsam zurückgehen. Die Junge Garde marschierte bis Pirna, während das 1. und 12. Armeekorps die alten Stellungen bei Berggießhübel, Großcotta und Borna bezog. Am 7. Oktober verließ Napoleon mit der Masse seiner Truppen Dresden. In Dresden verblieb als Besatzung Marschall Gouvion Saint-Cyr mit dem 14. Korps.

Die vernichtende Niederlage in der **Völkerschlacht bei Leipzig** (16. bis 19. Oktober) zwang Na-

poleon, den Rückzug anzutreten. Sachsen, das bis zum Ende der Schlacht offiziell Bündnispartner Frankreichs war, wurde von den Alliierten besetzt. Die Verwaltung des Landes übernahm bis zur Teilung Sachsens und Rückkehr des Königs aus der Gefangenschaft 1815 ein russisches, später preußisches Generalgouvernement. Nun war für das Gottliebatal das Ende der Franzosenzeit gekommen.

In welchem Zustand war das Land nach dem Rückzuge der Franzosen:

Zu den größten Belastungen, denen die Bevölkerung ausgesetzt war, gehörten die ständigen Truppendurchmärsche, Plünderungen und die Einquartierungen. Die Häuser waren in allen Zimmern mit Soldaten der Franzosen oder denen der Verbündeten belegt. Solange noch Essbares vorhanden war, waren die Quartierbesitzer verpflichtet, die Einquartierten zu beköstigen. Freund und Feind hatten Verpflegungsordnungen erlassen, die genau vorschrieben, was die Einquartierten zu beanspruchen hatten (siehe Abb. 1.6.8). Oft überstiegen die Kosten das Einkommen der Quartiergeber, die z. T. Unterstützungen aus einer Quartierkasse erhielten, in die das ganze Land einzahlen musste. In den vom Kriege betroffenen Regionen war im Herbst 1813 nicht mehr das Nötigste vorhanden und viele Häuser zerstört. Alles Brennbares hatten die Biwakfeuer verschlungen. Es herrschte Hunger. Hinzu kamen die ständigen Aufforderungen, für die sächsische Armee, Gespann- und Transportdienste sowie Schanzarbeiten zu leisten.

Während der Zeit des Waffenstillstands im Sommer 1813 ließ Napoleon auch den Königstein besetzen. Die Bewohner der Dörfer wurden dafür zu Arbeiten herangezogen (siehe Abb. 1.6.9).



Abb. 1.6.8: Verpflegungsanordnung für die französische Armee (in deutsch und französisch) vom 31. Juli 1813 im Pirnaischen Wochenblatt.

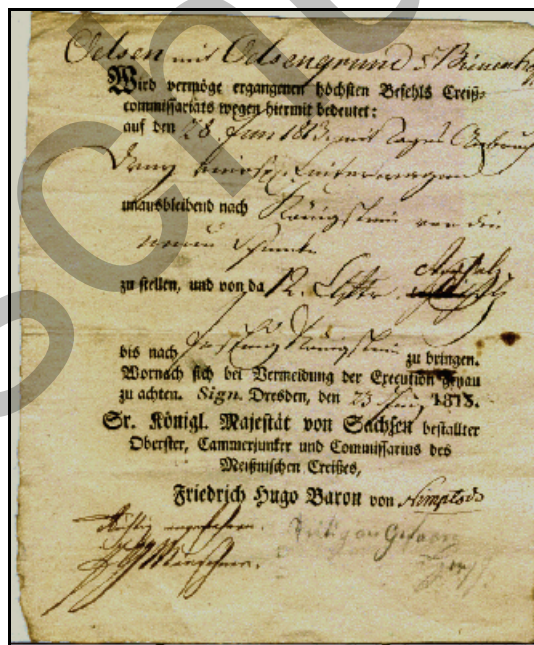


Abb. 1.6.9: Königliche Anordnung für Oelsen, Oelsengrund und Bienhof zum Transportdienst mit 3 Fuhrwerken für die Festung Königstein vom 23. Juni 1813. Archiv Oelsen.

Das Dokument in Abb. 1.6.9 vom 23. Juni 1813 hat folgenden Wortlaut:

“Oelsen mit Oelsengrund und Bienenhof

Wird vermöge ergangenen höchsten Befehls Creißcommissariats wegen hiermit folgendes bedeutet: Auf den 28. Juni 1813 mit Tages Anbruch drey zweisp. Leiterwagen unausbleibend nach Königstein vor die neue Schenke zu stellen und von da 12 Klafter Stückholz bis nach Festung Königstein zu bringen.

Wornach sich bei Vermeidung der Execution genau zu achten
Sign. Dresden, den 23. Juni 1813.

Sr. Königl. Majestät von Sachsen bestallter Oberster Cammerjunker und Commissarius des Meißnischen Creißes, Friedrich Hugo Baron von Nimptsch”

Wie schlimm es nach dem Abzug der Franzosen allerorts aussah, zeigt ein Bericht des Regierungskommissares Moritz Haubold von Schönberg im September 1813:

"Die Bezirke Dresden, Pirna und Königstein bieten größtenteils das traurige Bild der Zerstörung und Verwüstung. Im ganzen Distrikt hat man nur noch drei Pferde auffinden können. Alle Felder sind verwüstet. Die Soldatenpferde weideten im Getreide. Die Pflaumenbäume, vor Früchtehang sich beugend, in kurzer Zeit völlig geplündert, obwohl die Früchte noch nicht reif waren. Alles Holzwerk

verbrannt. Keine Türe, kein Brett, kein Baumpfahl, kein Weinpahl, keine Hundehütte, kein Gartenhaus u.s.w. blieben verschont."

Hinzu kamen plündernde umherstreunende Soldaten, die auf eigene Rechnung Beute machten. Hier taten sich besonders die Kosaken hervor, die in größeren Gruppen auftraten und aus reiner Zerstörungslust Häuser und Ställe abbrannten. Gegen diese plündernden Horden wurden reguläre Truppen mit Unterstützung der Bevölkerung eingesetzt. Eine Besserung trat erst ein, als höhere Offiziere ermächtigt wurden, jeden der beim Plündern angetroffen wurde, erschießen zu lassen. Durch die vielen Toten, die oft erst sehr spät beerdigt wurden und die schlechte Ernährung grassierten Krankheiten, wie Typhus, Ruhr und Tuberkulose, die nochmals viele Opfer kosteten.

Das Ende des Unabhängigkeitskrieges 1813 brachte die Befreiung aller deutschen Territorien rechts des Rheins von der Fremdherrschaft.

1.6.5 Fahrt 2013 zu den Denkmälern der Kulmer Schlacht

Nach der Niederlage 1812 in Russland überschritt Napoleon im Mai 1813 mit einer neuen Armee die sächsische Grenze und drängte die Armee der Russen und Preußen zurück. Napoleon wählte das wirtschaftlich starke Sachsen, mit dem er verbündet war, als sein strategisches Hinterland. Im August verbündete sich Österreich mit Rußland und Preußen und erklärte Napoleon den Krieg, dessen Hauptarmee nach Schlesien gegen die Preußen zog. Die Verbündeten sammelten sich im böhmische Tiefland und gingen gegen Napoleon in dem schwach besetzten Dresden vor. Damit rückte der Nollendorfer Pass in den Mittelpunkt der folgenden militärische Auseinandersetzungen.

An das Geschehen im Befreiungskrieg im Jahre 1813 erinnert heute eine Reihe von 13 Denkmälern im Osterzgebirge und in Tschechien, die von Dresden über den Grenzübergang Bahratal mit dem Fahrzeug gut zu erreichen sind.

In dem Ausschnitt der Karte nach Abb. 1.6.10 sind als Suchhilfe die Denkmale 6 bis 14 eingezeichnet (zur Orientierung: Links liegt Krupka mit Bohosudov (Mariaschein)). Die Denkmale 1 bei Dresden, 2 bei Krietzschwitz, 3 bei Gottleuba am Augustusberg, 4 und 5 am Ortsausgang von Nakléřov (Nollendorf) wurden auf der Abbildung weggelassen, da sie leicht zu finden sind. Alle Denkmale, außer den Denkmälern 8 und 10 können auch direkt mit dem Fahrzeug erreicht werden. Die Nummerierung erfolgt in der Reihenfolge, wie ein Besuch der Denkmale erfolgen könnte.



Abb. 1.6.10: Lage der Denkmale in der Nähe von Chlumec (Kulm). Erstellt mit [1.48].

1.6.5.1 Das Moreaudenkmal in Dresden

Die Schlacht bei Kulm wurde letztendlich durch die **Schlacht bei Dresden** eingeleitet, die Napoleons letzte gewonnene Schlacht war. Der französische **General Moreau** wurde 1804 von Napoleon verbannt und trat in russische Dienste. Dem General waren in der Schlacht bei Dresden am 27. August durch eine Kanonenkugel beide Unterschenkel zerschmettert worden, wodurch er starb. Im Jahre 1814 wurde vom russischen Gouverneur von Dresden, dem Fürsten Repnin, an der Stelle der Verwundung an der Räcknitzhöhe ein Denkmal gesetzt (neben dem Bismarckdenkmal). Es trägt die Inschrift "MOREAU/DER HELD/FIEL HIER AN DER SEITE/ALEXANDERS/DEN XXVII AUGUST/MDCCCXIII" (siehe Abb. 1.6.11).

1.6.5.2 Denkmal für Eugen von Württemberg bei Krietzschwitz

Das Denkmal befindet sich an der Bundesstraße S 172 zwischen Pirna und Königstein links an dem Abzweig nach Struppen.

An dieser Stelle deckte mit hohen Verlusten am 26. August der Erzherzog Eugen von Württemberg mit dem II. russischen Infanteriekorps (14.000 Mann) die rechte Flanke des Rückzuges der Armee der Verbündeten nach der Schlacht von Dresden gegen die mit 38.000 Mann wesentlich stärkeren Truppen des französischen Generals Vandamme, der von Königstein aus den Verbündeten den Rückzug nach Böhmen abschneiden wollte.

Die feierliche Einweihung und Übergabe an die Gemeinde erfolgte am 26. August 1913, dem 100. Jubiläumstag des Gefechtes bei Krietzschwitz. Während des Zweiten Weltkrieges sollte die Bronzeplastik 1943 eingeschmolzen werden. Krietzschwitzer Einwohner versteckten sie jedoch, so dass die Büste 1956 wieder auf dem restaurierten Sockel angebracht werden konnte. Bei der Wiederaufstellung wurde die ursprüngliche Inschrift "Herzog/Eugen von Württemberg/kämpfte hier am 26. August 1813/siegreich gegen Vandamme." um den Zusatz: "1813/ kämpften hier/deutsche u. russische Truppen/gemeinsam gegen die/französischen Eindringlinge." ergänzt. Gleichzeitig ließ der Rat des Kreises Pirna eine dritte Sockelseite mit "Denkmal der deutsch russischen Waffenbrüderschaft" beschriften.



Abb. 1.6.11: Das Moreaudenkmal auf der Räcknitzhöhe von Dresden.



Abb. 1.6.12: Denkmal für den Herzog von Württemberg.

1.6.5.3 Transformatorenturm auf dem Augustusberg

Der Transformatorenturm liegt an der Passstraße von Berggießhübel nach Hellendorf am Abzweig zum Augustusberg. Zur Jahrhundertfeier der Schlacht bei Kulm 1913 wurde von der Stadt Gottleuba an dem Turm eine Gedenkschrift zur Erinnerung an die Schlachten im Raum Berggießhübel - Hellendorf angebracht. Die Beschriftung ist auf der Abb. 1.6.14 gut lesbar. In Richtung Hellendorf liegt ein als "Totenwiese" bezeichnete Begräbnisfeld der Opfer.



Abb. 1.6.13: Der Transformatorenturm 2005.



Abb. 1.6.14: Die Beschriftung.

1.6.5.4 Der Napoleonstein bei Nakléřov (Nollendorf)

Der niedrigste Pass über das Erzgebirge hat seinen Namen von der Gemeinde Nakléřov (Nollendorf). Heute erinnert an diese Gemeinde nur einige verstreut liegende Häuser und spärliche Trümmerreste.



Abb. 1.6.15: Das Kreuz an dem Standort der Kirche.



Abb. 1.6.16: Der Napoleonstein mit der Beschriftung an dem Standort der Kirche im Jahre 2002. UMTS-Koord.: 0427950; 5621751: 679



Abb. 1.6.17: Die ehemalige Kirche in Nakléřov um 1938.

Ein Holzkreuz bezeugt, dass sich hier die barocke Kirche sv. Václav von Nollendorf befand. Die Beschriftung auf dem Stein war im Jahre 2002 noch erhalten (2012 zerstört) (Abb. 1.6.16). Die Gemeinde lag nach dem Zweiten Weltkrieg wüst und wurde abgetragen. Die Kirche wurde am 28. April 1957 11 Uhr gesprengt. Aus dem Turm der Kirche hat Napoleon selbst am 17. September 1813 die Gegend erkundet. Auf der Höhe wurde zum hundertsten Jahrestag der Schlacht die *Karl Weiß Warte* aufgebaut, welche nach dem Wintersturm am 29. Januar 1944 einstürzte.

1.6.5.5 Das Kleist-Denkmal in Nakléřov (Nollendorf)



Abb. 1.6.18: Denkmal für den Feldherren Kleist von Nollendorf im Jahre 2002.



Abb. 1.6.19: Die erneuerte Tafel am Denkmal.

Das Kleist-Denkmal wurde im Jahre 1913 zum hundertsten Jahrestag der Schlacht bei Kulm und zur Erteilung des Ehrenprädikates "von Nollendorf" an den preußischen General Friedrich Kleist durch den König von Preußen von der Gemeinde Nollendorf aufgebaut (Abb. 1.6.18). Über den Nollendorfer Pass ging General Kleist von Nollendorf beim Rückzug von Dresden nach Böhmen mit seinen Soldaten und fiel dem Korps des französischen Generals Vandamme in den Rücken. Dieser Angriff entschied die Schlacht bei Clumece. Das Denkmal liegt sehr einsam und wurde deshalb mehrfach beschädigt und die Beschriftungen geändert.

1.6.5.6 Das österreichische Denkmal bei Varvažov (Arbesau)

Das Denkmal für den General von Colloredo-Mansfeld (Abb. 1.6.20) liegt direkt an der tschechischen Nationalstraße 13 (E442) zwischen Ústí nad Labem (Aussig) und Teplice (Teplitz) am Abzweig der Straße nach Nollendorf gegenüber von Restaurant und Pension "Alte Post" (siehe Abb. 1.6.10).



Abb. 1.6.20: Österreichs Denkmal bei Varvažov.



Abb. 1.6.21: Das österreichische Denkmal. UMTS-Koord. 426346; 5613423; 317.



Abb. 1.6.22: Die Erläuterungstafeln am Zugang in 4 Sprachen.



Abb. 1.6.23: Die Erläuterungstafeln in deutsch.

Das Denkmal erinnert nicht nur an die Gefallenen österreichischen Soldaten der Schlacht am 29. und 30. August 1813. Als französische Truppen am 16. und 17. September 1813 unter den Augen Napoleons erneut versuchten, über den Nollendorfer Pass den Durchbruch nach Böhmen zu erzwingen, wurden die Angriffe französischer Truppen hier bei Varvažov (früher Arbesau) von den Verbündeten abgeschlagen. Dieser Sieg war vor allem den Österreichern unter General Hieronymus Colloredo-Mansfeld zu verdanken. Das Denkmal ist ein gusseiserner Obelisk mit der Skulptur eines Löwen, mit dem Relief der Büste des österreichischen Feldherren General Hieronymus Graf Karl von Colloredo-Mansfeld und mit dem österreichischen Adler, welcher einen feierlichen Kranz auf der Spitze trägt.

Es stammt aus dem Jahre 1825. Es ist ein Werk des böhmischen Bildhauers Václav Prachner und erinnert an das erfolgreiche Abschlagen des Angriffs von Napoleon am 17. September 1813.

1.6.5.7 Das preußische Denkmal bei Varvažov (Arbesau)

Das Denkmal liegt ebenfalls direkt an der tschechischen Nationalstraße 13 (E442) (siehe Abb 1.6.10). Das neugotische 10 m hohe Denkmal wurde im Jahre 1817 zum Gedenken der gefallenen preußischen Soldaten des Generals Kleist nach dem Entwurf des Architekten Karl Friedrich Schinkel errichtet (Abbn. 1.6.24, 1.6.25). Das Denkmal mit dem Eisernen Kreuz auf der Spitze ist, wie auch die Denkmäler bei Dennewitz und in Großbeeren von Karl Friedrich Schinkel entworfen und wurde 1817 eingeweiht. Das Denkmal ist das erste und damit älteste Monument auf dem Kulmer Schlachtfeld. Gewidmet ist das Monument den Gefallenen preußischen Soldaten des Kleist'schen Korps in der Schlacht bei Kulm.

Es hat folgendes Epitaph: "Die gefallen Helden ehrt dankbar König und Vaterland. Sie ruhen in Frieden. Kulm am 30. August 1813".

Ursprünglich war es nur eine neugotische gusseiserne Pyramide mit Inschriften und einem Eisernen Kreuz auf der Spitze. Dieses Kreuz war 1813 als Kriegsauszeichnung von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen gestiftet worden. 1857 hat man die Pyramide von Schinkel auf einen Sandsteinsockel gehoben, um in der Größe mit dem gegenüberliegenden österreichischen Denkmal die Gleichwertigkeit zu betonen. Der Unterbau wurde mit dem Porträt des preußischen Königs versehen.



Abb. 1.6.24: Von Schinkel entworfenes Denkmal für die gefallenen Preußen bei Varvažov. UMTS-Koord.: 426320; 56138370; 309.



Abb. 1.6.25: Das preußische Denkmal.

1.6.5.8 Das Vandamme-Denkmal bei Žandov (Sandau)

Das Denkmal liegt oberhalb von Žandov (Sandau) direkt über der alten Eisenbahnlinie im Wald. Von der Kreuzung ist es links ca. 150 m weit entfernt. Es bezeichnet den Ort der Gefangennahme des **Generals Dominique René Vandamme** durch russische Kosaken am 30. August 1813.



Abb. 1.6.26: Denkmal zur Gefangennahme des Generals Vandamme. Zustand 2002. UMTS-Koord.: 0425442; 5618701; 150.



Abb. 1.6.27: Inschrift am Denkmal.

Es trägt an der Vorderseite die Aufschrift: "Gefangennahme des FRANZÖSISCHEN HEERFÜHRERS GENERAL VANDAMME am 30. August 1813". Der Ort von Vandammes Gefangennahme ist umstritten. Am wahrscheinlichsten ist dieser Ort weiter oben im Sernitztal.

1.6.5.9 Das Jubiläumsdenkmal bei Chlumec (Kulm)

Es liegt ebenfalls direkt an der tschechischen Nationalstraße 13 (E442) (siehe Abb. 1.6.10). Es wurde feierlich unter der Teilnahme der Repräsentanten vieler Völker am 29. August 1913 zum hundertsten Jahrestag der Schlacht eröffnet und liegt in einem recht weitläufigen Park (Abb. 1.6.28, 1.6.30). Im Inneren des von einer bronzenen Löwen-Figur des Bildhauers Adolf Mayerl gekrönten Denkmals befindet sich in einem Saal eine kleine Ausstellung zur Schlacht. Das vom österreichischen Staat finanzierte Denkmal (weshalb es oft fälschlicherweise als "österreichisches Denkmal" bezeichnet wird) ist 26 m hoch und entstand nach Plänen des Architekten Julius Schmiedel.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Denkmal von Jagdflugzeugen beschädigt, welche aus der Löwenstatue eine Zielscheibe machten. Infolge dieser Beschädigung drohte ihr Absturz. Im Jahre 1973 wurden mit Hilfe der Freiwilligen Feuerwehr Reparaturarbeiten durchgeführt. Eine Gesamtrekonstruktion erhielt das Denkmal erst 1993 und 1997, wobei auch die Fresken repariert wurden.

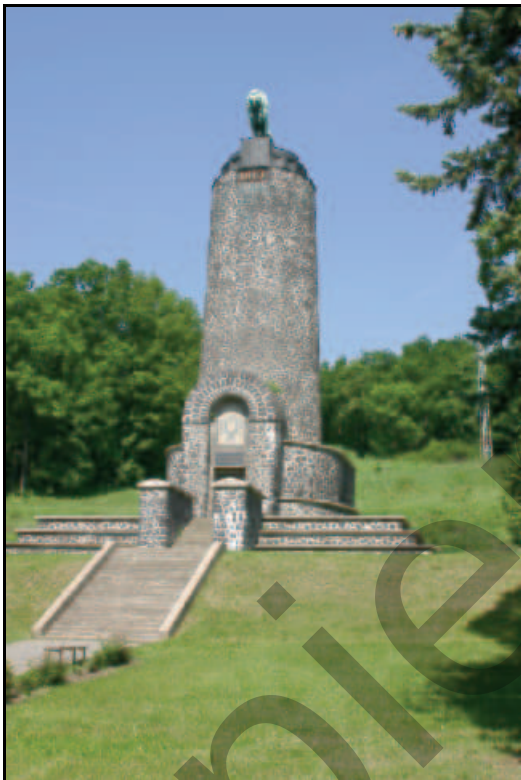


Abb. 1.6.28: Das Jubiläumsdenkmal der Verbündeten für die Gefallenen bei Chlumec.



Abb. 1.6.29: Der Eingang mit der Tafel: Gedenket in Ehren den tapferen gefallenen österreichischen Soldaten".

1.6.5.10 Kapelle auf der Höhe Hůrka bei Chlumec (Kulm)



Abb. 1.6.30: Die Kapelle 2012. UMTS-Koord.: 0425315; 5617160; 288.



Abb. 1.6.31: Pilgerstationen neben der Kapelle 2012.

Der Horka Berg (kleiner Berg) ist ein markanter Punkt in Kulm (Chlumec) und gleichzeitig der Hausberg des Ortes. Hier auf den Horka Berg (313 m üNN) führt von der Chlumecker Kirche aus ein Kreuzweg mit 14 Stationen. Die dreiseitige barocke Dreifaltigkeitskapelle (Chlumecká kaple) ließ in den Jahren 1690-1691 der damalige Besitzer von Kulm, Johann Franz Graf Kolowrat-Krakowsky, zum Dank und Gedenken an die Verschonung seiner Familie und seiner Untertanen von der Pest im Jahre 1680, erbauen. Während der Schlacht hatte hier der General Vandamme seinen Kommandositz. Leider kann man die Aussicht von der verschlossen Kapelle nicht genießen, da sie heute von hohen alten Bäumen umgeben ist.

1.6.5.11 Kapelle und Denkmal in Stradov (Straden)

Auch das Dorf Stradov (siehe Abb. 1.6.10) war hart umkämpft. Am 1843 errichteten steinernen Denkmal (kleiner Obelisk) mit der Jahreszahl 1813 ist eine Tafel mit folgendem Text angebracht:

"Mit Wehmut sei der Helden hier gedacht,
Die kämpfend für Monarch und Vaterland
Ihr Gut und Blut zum Opfer treu gebracht
Gekrönt mit Preis sind sie von Gottes Hand!"



Abb. 1.6.32: Links die Gedächtniskapelle und rechts das Denkmal in Stradov. UMTS-Koord.: 0423854; 5616320; 231.



Abb. 1.6.33: Die Tafel am Denkmal.

1.6.5.12 Das französische Denkmal bei Přestanov (Pristen)

Die barocke (Juchtová kaple) Juchtenkapelle (siehe Abb. 1.6.10) steht in der Mittellinie des Hauptschlachtfeldes bei Přestanov (Pristen), auf welchem die russische Artillerie mit Garden von Fußsoldaten den Druck der Franzosen unter dem Preis großer Verluste aufhielt.

Im Jahre 1913 wurde das französische Denkmal, ein Obelisk aus Stein auf einem treppenförmigen Fundament, unweit der Juchtenkapelle errichtet (Abb. 1.6.35). An Vorder- und Rückseite des Obelisken sind Tafeln angebracht, auf welchen in russischer und französischer Sprache (Rückseite), sowie in tschechischer und deutscher Sprache (Vorderseite) geschrieben steht:

"Entscheidungs - Schlacht bei Priesten am 29. und 30. August 1813".



Abb. 1.6.34: Kapelle für die gefallenen Franzosen. UMTS-Koord.: 0423117; 5615958; 231.



Abb. 1.6.35: Kapelle und Denkmal für die bei der Schlacht bei Prestanov gefallenen Franzosen.

1.6.5.13 Massengrab bei Přestanov (Pristen)



Abb. 1.6.36: Zugang zum Massengrab für 10.000 Gefallene.



Abb. 1.6.37: Massengrab für 10.000 Gefallene. UMTS-Koord. 0423196; 5615294; 223.



Abb. 1.6.38: Die Bronzetafel am Grab 2002, die danach gestohlen wurde.

Das Massengrab befindet sich hinter dem Jubiläumsdenkmal und ist durch das neue orthodoxe Kreuz an dem Durchgang neben der Stele leicht zu finden. Der Grabhügel aus Steinen, gekrönt von einem Kreuz, ist ein Massengrab für die im Jahre 1835 hier in der Umgebung von Priesten gesammelten sterblichen Überreste von fast 10 000 gefallenen Soldaten.

Im Jahr 1835 (22 Jahre nach der Schlacht!) ließ der Besitzer der Kulmer Herrschaft, Joseph Graf von Westphalen, die sterblichen Überreste der Gefallenen (die bis dahin unbestattet auf dem ehemaligen Schlachtfeld herumgelegen hatten) einsammeln und in dem dafür angelegten Massengrab unweit von Prestanov beisetzen. Die Inschrift der Erinnerungstafel (wieder in den Sprachen tschechisch, französisch, deutsch und russisch) informiert darüber, dass hier 10.000 Soldaten (unter ihnen 7.500 Russen), die in der Schlacht gefallen waren, ihre letzte Ruhestätte gefunden hatten.

Kurz vor den Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Schlacht bei Kulm wurde der Weg zum Denkmal neu gepflastert, die Bänke erneuert und am Grab eine neue Erinnerungstafel angebracht.

1.6.5.14 Das russische Denkmal bei Přestanov (Pristen)

Es liegt ebenfalls direkt an der tschechischen Nationalstraße 13 (E442) (siehe Abb 1.6.10) vor dem Massengrab.

Der Grundstein für das mit 12 m Höhe imposante russische Denkmal (ein gusseisener Obelisk auf einem Sockel, gekrönt mit der Statue der Siegesgöttin Niké) wurde am 29. September 1835 unter Teilnahme der drei Monarchen Kaiser Ferdinand I. von Österreich, Zar Nikolaus I. von Rußland und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen gelegt. Am 29. August 1837 erfolgte die Enthüllung des Denkmals. Das Denkmal wurde nach dem Entwurf des Hofrates Pietro Nobile zum Gedenken an die hier gefallenen russischen Soldaten unter dem Kommando des Generals Eugen von Württemberg (der nach der Verwundung des Generals A. I. Ostermann-Tolstý am 29. August das Kommando über die russischen Truppen übernahm) errichtet.

Die Sockelinschriften sind lateinisch und werden hier deutsch wiedergegeben:

Vorderseite:

Den hier gefallenen tapferen kaiserlich russischen Garden, welche, obschon in ungleicher Zahl, durch Treue, Tapferkeit und Ausdauer den einbrechenden französischen Truppen am 29. August 1813 tapferen Widerstand geleistet; die verbündeten Monarchen hierauf in dem hierdurch vorbereiteten Treffen einen vollkommenen Sieg mit Gefangennehmung der Feinde erfochten haben.

Rückseite:

Dieses Denkmal zu errichten, wurde vom Kaiser Franz I. nach dem Siege am 29. August 1813 beschlossen, von seinem Sohne, Kaiser Ferdinand I. aufgestellt und der Grundstein wurde am 29.

September 1835 von Ferdinand, Kaiser von Oesterreich, Nicolaus, Kaiser von Russland, und Friedrich Wilhelm, König von Preußen, gelegt.

rechte Seite:

Die goldene Siegeskronen den treuen Garden und ihrem am Tag der Schlacht erprobten Heldenmute; dem verwundeten Heerführer Grafen Ostermann-Tolstoy; den kampflustigen Obersten, Hauptleuten und Kriegen, deren gepriesene Namen auf Denksteinen und Geschichtstafeln der Erinnerung der Nachwelt überliefert sind.

linke Seite:

Ferdinand I., Kaiser von Oesterreich, Nicolaus I., Kaiser von Russland, Friedrich Wilhelm, König von Preußen, legten zu diesem Denkmale feierlich den Grund und widmeten es mit dankbarem Herzen dem ruhmvollen Gedächtnisse Alexanders I., Kaiser von Rußland, dessen unüberwindliche Truppen mit unsterblicher Tapferkeit dem Siege den Weg bahnten.



Abb. 1.6.39: Gedächtnishalle mit den Erläuterungstafeln direkt neben der Nationalstraße.



Abb. 1.6.40: Die deutsche Erläuterungstafel.



Abb. 1.6.41: Denkmal für die in der Schlacht bei Chlumec gefallenen Russen bei Přestanov. UMTS-Koord.: 0423316; 5615090; 223.



Abb. 1.6.42: Beschriftung: Rechte Seite.

1.6.6 Die Bildung der konstitutionellen Monarchie in Sachsen

Nach der Niederlage Napoleons und seiner Verbannung auf die Insel Elba sanktionierten die versammelten Mächte auf dem **Wiener Kongress 1815** die Deutsche Bundesakte als völkerrechtliche Grundlage des Deutschen Bundes. In diesem Bund rivalisierten Österreich und Preußen um Erweiterung ihrer eigenen Macht. Im Gegensatz zu den meisten anderen Rheinbundstaaten hatte sich Sachsens **König Friedrich August I.** "der Gerechte" (1806 - 1927) im Herbst 1813 nicht rechtzeitig auf die Seite der Verbündeten geschlagen, obwohl Teile des Militärs schon mit Beginn der Befreiungskriege im Winter/Frühjahr 1813 die Seiten wechselten. Preußen wollte das Land daher nach dem Sieg über Napoleon seinem Staatswesen einverleiben. Die völlige Beseitigung des sächsischen Staates wurde auf dem Wiener Kongress jedoch durch den österreichischen Staatskanzler Metternich

verhindert. Preußen konnte nur drei Fünftel des sächsischen Territoriums in seinen Besitz bringen. Sachsen verlor unter anderem den Kurkreis mit Wittenberg und Torgau, die Niederlausitz, die Hälfte der Oberlausitz und alle Gebiete in Thüringen. Hatte Kursachsen um 1800 etwa 2 Millionen Einwohner gehabt, so lebten 1815 im verbliebenen Rumpfstaat nur mehr 1,2 Millionen Menschen.

König Friedrich August I. kehrte im Juni 1815 aus der Gefangenschaft zurück. Er wurde als der "Gerechte" von der Bevölkerung herzlich begrüßt (siehe Teil 8 der Geschichte der Stadt), hatte er doch manchen Fortschritt im Sozialwesen, Handwerk, Bergbau und Finanzwesen eingeleitet. Nach dem Wiener Frieden folgte in Sachsen unter dem König eine Zeit der politischen Restauration. Die bürgerlichen Eliten drängten jedoch auf Beteiligung an der politischen Macht. In Leipzig und Dresden gab es 1830 politische Unruhen, die militärisch niedergeschlagen wurden. Die sächsische Regierung machte daraufhin politische Zugeständnisse, mit denen insbesondere die Forderungen des liberalen Bürgertums teilweise aufgegriffen wurden.

Am wichtigsten war dabei der Erlass der **Ersten Verfassung von Sachsen** im September 1831 unter **König Anton** (1827 - 1836). Das Königreich Sachsen war nun **konstitutionelle Monarchie** geworden, bürgerliche Freiheiten waren erstmals verfassungsmäßig garantiert und es sollten Wahlen zum Landtag stattfinden. Es kam zu einer Reihe von Reformen durch die oberste Staatsbehörde, die aus 6 Ministerien bestand und an deren Spitze **Bernhard von Lindenau** stand.

Mit der **Allgemeinen Städteordnung** von 1832 erhielten die Städte eine weitgehende Selbstverwaltung und mit dem **Gesetz über die Gemeinheitsteilung** wurde die Befreiung der Bauern von den Diensten gegenüber dem Grundherren eingeleitet. Auch Justiz und Verwaltung wurden in den folgenden Jahren grundlegend neu gestaltet.

1.6.6.1 Sächsische Schulordnung

Ein Beispiel ist die im Jahre 1835 erlassene **Alte Sächsischen Schulordnung**¹⁷ in der es u. a. heißt: "Gewissenhafte Eltern haben für die Erziehung ihrer Kinder zu sorgen. Jedes Kind hat in der Regel die Schule acht Jahre lang ununterbrochen, im Sommer wie im Winter, zu besuchen. Ein Schulkind kann nur dann aus der Schule entlassen werden, wenn es im Lesen, Schreiben und Rechnen wohl geübt ist und eine deutliche Kenntnis des Christentums und der Bibel erlangt hat. Das eigenmächtige Zurückhalten eines Kindes aus der Schule wird mit einer Geldstrafe von 20 Groschen bis 5 Talern oder mit angemessener Gefängnisstrafe geahndet. Wenn ein Kind wegen großer Armut vermiestet werden soll, so muss es wenigstens das zehnte Lebensjahr volzurückgelegt haben. Knaben, die noch nicht aus der Schule entlassen worden sind, dürfen nicht als Handwerkslehrlinge angenommen werden. Es muss daher jeder Schullehrer alle Monate die Kinder, welche die Schule versäumten aufzeichnen und dem Schulvorstand übergeben, damit sie spätestens nach acht Tagen an die Obrigkeit gelange. Die schuldigen Eltern oder die anderen Angehörigen werden das erste Mal mit einer Abgabe von 5 Groschen bis 2 Taler und 12 Groschen oder Gefängnis bestraft. Wenn dies nicht fruchtet, so wird das nächste Mal die Strafe erhöht. Hat ein Kind im Monate nur drei Tage die Schule unbesucht gelassen, so erfolgt keine Strafe. Versäumt ein Kind ohne Wissen und Willen seiner Eltern oder Angehörigen die Schule, so hat der Lehrer die geeigneten Strafen zur Besserung des Kindes anzuwenden."

Damit galt die **achtjährige Schulpflicht** und die Verpflichtung der Gemeinden zum Unterhalt der Schulen. Es wurden Schulvorstände gewählt und Schulkassen eingerichtet. Aus den Kassenbüchern kann man das ganze Schulwesen bestens erkennen. Nach dem neuen Gesetz flossen folgende Einnahmen in die Schulkasse: Strafgehalte, Zinsen vom Schulkapital, Schulgeld von jedem Schüler nach Festlegung des Rates, Beiträge von Hochzeiten und Taufen, Kollekten, Beiträge aus Käufen bzw. Besitzwechsel, Anlagen (vom Rat und der Obrigkeit genehmigte Forderungen von jedem Gemeindemitglied bei Bedarf, wie Schulbau u. a.). Schuldner der Schulkasse wurden exekutorisch zur Kasse gebeten. Zahlungsunfähige erhielten nach Gemeinderatsbeschluss die Hälfte ihrer Schulden aus der Armenkasse bezahlt. Aus der Schulkasse wurden die Gehälter der Lehrer, Vergütungen der Kassierer und Schulboten und die Erhaltung der Schule samt Inventar und Heizung bezahlt (siehe Langenhennersdorfer Schulkasse 1835 bis 1874).

Die bisherigen Lehrer mussten ihre Lehrfähigkeit nachweisen. Nunmehr kamen die Lehrer von den Lehrerseminaren. Nach der bestandenen 1. Prüfung konnten sie Hilfs-, Privatlehrer und Vikare werden. Bei einer 2. Prüfung erhielten sie das Wahlfähigkeitszeugnis und konnten ständige Lehrer werden. Eine 3. Prüfung führte bei Bestehen zu Anstellung und Beförderung. Bei der Einsetzung von Lehrern hatten die übergeordneten Schulstellen, die Grundherren und die Gemeinderäte mitzubestimmen. Oft mussten die Anwärter eine Probe ablegen, ehe ein geeigneter Anwärter die Lehrerstelle bekam. Lehrer hatten in der Regel zwei Klassen mit je bis zu 60 Schülern. Stieg die Schülerzahl wurden in der Regel Hilfslehrer für weitere Klassen eingesetzt.

Wollte ein Lehrer in Ruhestand gehen, so erhielt er 70 bis 50 % seiner Bezüge weiter und musste die

¹⁷ siehe Gesetz- und Verordnungsblätter: Verordnung zum Gesetz über das Elementar-Volksschulwesen vom 9. Juni 1835, Seite 298-360.

Amtswohnung verlassen. Deshalb stellten viele alte Lehrer bei vollem Bezug für etwa 30 % ihres eigenen Gehalts einen Hilfslehrer ein, so lange es ging. Für die Unterkunft der Lehrer einschließlich Heizung, Stall, Scheune, hatten die Gemeinden zu sorgen. In Warteschulen konnten nach Gesetz Vorschulkinder während der Arbeitszeit der Eltern für 6 Pfennig je Tag gewartet werden.

1850 wurden in Dresden am **1. Lehrerseminar** die ersten Lehrer ausgebildet. Königliche Bezirksschulinspektoren beaufsichtigten die Volksschulen. Die Verwaltung der Ev. Luth. Kirche übernahm das Landeskonsistorium. Dies war der erste Schritt zur Trennung von Kirche und Staat.

Nach 1850 erlebte Sachsen einen enormen industriellen Aufschwung. Das Land war die erste Industrieregion Deutschlands. Die Bevölkerung der Städte nahm wegen des Bedarfs an Arbeitskräften rasch zu. Es kam zur Entstehung eines Industrieproletariats, dessen Lebensverhältnisse sehr schlecht waren.

Im Frühjahr 1848 war Leipzig eines der Zentren der **Revolution von 1848/49**. Am 13. März musste der König eine bürgerliche Regierung einsetzen. Am 1. Mai 1849 löste der König das Parlament auf, was schließlich zum Auslöser des **Dresdner Maiaufstandes** wurde. Zwei Tage später wurde eine Demonstration der Bürgerwehr verboten und offiziell mit dem Einmarsch preußischen Militärs gedroht, was den letzten Zündfunken für den bewaffneten Widerstand lieferte. In der Folge kam es in Dresden zu Kämpfen und der König flüchtete auf die Festung Königstein. Am 6. Mai trafen jedoch, wie angedroht, preußische Truppen ein. Das Resultat nach vier Tagen Kämpfen waren 30 gefallene Soldaten und ca. 200 tote Barrikadenkämpfer sowie zahlreiche politische Gefangene. Die Revolution wurde niedergeschlagen, ohne dass größere politische Zugeständnisse gemacht worden waren.

Nach dem Unfalltod von **König Friedrich August II.** 1854 übernahm dessen Bruder **König Johann** (1854 - 1873) die Regierung. Er führte die Reformen seines Vaters weiter und veranlasste eine Reihe von liberalen Reformen in der Rechtspflege, in der Behördenorganisation, in der Volksbildung, im Handel und in der Wirtschaft.

Sachsen wurde führendes Industrieland und der Wohlstand der Bevölkerung nahm zu. Er regierte praxisnah (Information vor Ort) und zeichnete sich durch vielseitige geistige kulturelle und wissenschaftliche Neigungen aus (beste reimlose Übersetzung von Dantes "göttlicher Komödie" in Deutsche. Leider ist dieser allseitig gebildete Monarch weniger bekannt, als sein Prunk suchender verschwenderischer Vorgänger "August der Starke".

1.6.6.2 Gesetz über die Gemeinheitsteilung

Durch das von König Anton am 17. März 1832 verabschiedete **Gesetz über Ablösung und die Gemeinheitsteilung** wurden die Bauern von den Feudallasten befreit. Dienstbarkeiten und Abgaben waren ab 1. Januar 1833 ablösbar (siehe Anhang). Die Grundherren mussten von den Bauern durch die Ablösung durch Geldzahlungen entschädigt werden. Die Ablösung betrug in der Regel das 25-fache des Geldwertes des Jahreszinses, der den Grundzins und den Geldwert der Dienste und Abgaben umfasste. Die Ablösung lag als Hypothek auf dem Hof und wurde in das Grundbuch eingetragen. Die Gründung der Landesrentenbank diente der Kreditierung der Ablösung durch das Land und wurde an den Grundherren in Bar ausgezahlt. Die Ablösung des Kredites hatte in 50 Jahren zu erfolgen. Der Hypothekenzins lag bei ca. 4 %. Durch die langfristige Tilgung lag die jährliche Tilgungsrate in der Regel unter 10 Taler, wie die Auflistung der Verpflichtungen in Hartmannsbach zeigt (siehe Teil 4 der Geschichte der Stadt). In diesem Zusammenhang ist interessant, dass viele Bauern einen Teil der Ablösung sofort bar bezahlen konnten und somit die Zinsen sparten.

Die in den Akten vermerkten Streitigkeiten über geringe Beträge, die sich manchmal über Jahre hingen (letzte Einträge in den Akten um 1909), demonstrierte das gestiegene Selbstbewusstsein der Bauern. Nach der Gemeinheitsteilung nach 1850 stieg der allgemeine Wohlstand in den Dörfern. Die Zahl der beeindruckenden Drei- und Vierseithöfe nahm zu.

1.6.6.3 Landgemeindeordnung und Fruchtfolgenwirtschaft

Durch die **Landgemeindeordnung** von 1838 erhielten die Dörfer das Recht auf Selbstverwaltung mit gewählten **Gemeindevertretungen**, die einen **Gemeindevorsteher** bestimmten. Ab 1840 wurden mit dem **"Gesetz, den Gewerbebetrieb auf dem Lande betreffend"** die Einschränkungen für das Handwerk und den Handel aufgehoben. Von da an entschieden die Gemeindevertretungen, welche Handwerker oder Händler sich in der Gemeinde niederlassen durften. Die Innungen in den Städten wurden damit entmachtet, denn im Gesetz wurde ausdrücklich festgelegt, dass die Innungen gegen die Niederlassung von Handwerkern oder Händlern in den Dörfern kein Widerspruchsrecht besaßen. 1835 fiel auch die Bastion der feudalen Herrschaft. Die Rittergutsbesitzer verloren ihre Verwaltungs- und Gerichtsbefugnisse an den Staat. 1856 übernahm das Königliche Gerichts- und Verwaltungsamt in Pirna die letzten Unterlagen der Rittergüter und damit waren die Reste der Feudalordnung im Königreich Sachsen beseitigt. Die ehemaligen Rittergutsbesitzer hatten danach noch eine kurze Zeit das Patronat über die Kirche und die Schule.

Durch diese Reformen hatten die Ideen der Revolution von 1849 auf dem Lande keinen Nährboden. Trotzdem misstraute der König der scheinbaren Ruhe und verabschiedete am 22. November 1848

dass "Gesetz, die Communalgarde betreffend". Diese nur kurze Zeit existierenden Garden sollten der "Erhaltung der allgemeinen Sicherheit" im Lande dienen. In die Garden mussten alle "besitzenden Männer" beitreten und eine "Waffe" mitbringen.

Die moderne **Fruchtfolgenwirtschaft** setzte sich in Sachsen erst langsam mit der Einführung des **Kartoffelanbaus** (Beginn des 18. Jh.s), des **Futterrübenanbaus** (Mitte des 18. Jh.s) und des **Kleeanbaus** durch. Das war die Voraussetzung für die Stallhaltung des Viehs und damit der natürlichen Düngung. Der gepflegte Dunghaufen im Hof wurde zum Zeichen einer modernen Landwirtschaft. Die Dreifelderwirtschaft war Vergangenheit.

Der Wegfall der Dreifelderwirtschaft nahm den Rittergutsbesitzern außerdem das Recht, auf den Brachen der Bauern ihre Schafe weiden zu lassen, weil es durch die Fruchtfolge keine Brache mehr gab.

Eine Hartmannsbacher Akte weist 1766 aus, dass ein Bauer beispielsweise 12 Scheffel Wintergetreide, 6 Scheffel Sommerkorn, keinen Weizen und Gerste, 1 Scheffel Erbsen, Linsen, Wicken, 1 Scheffel Heydekorn, 17 Scheffel Hafer anbaute. 1815 bei einer Einschätzung des benötigten Samens für die Frühjahrsbestellung gaben die Börnersdorfer Bauern Korn, Gerste, Hafer, Weizen, Erbsen, **Erdbirnen** (Kartoffeln) und Lein an. Kartoffeln wurden also schon im hohen Maße angebaut. Dagegen war **Flachs** oder Lein als Nutzpflanze für die Textilien praktisch verschwunden. Die Gewebe wurden weitgehend industriell aus amerikanischer Baumwolle und zunehmend aus Schafwolle hergestellt. Die Kartoffel verringerte die Auswirkungen von Missernten, konnte als Futter eingesetzt werden und führte zu höheren Erträgen. Armut und Hunger führten zur Verbreitung des Kartoffelanbaus.

1871 hatte die sächsische Landwirtschaft die höchsten Erträge des Reiches.

1.6.6.4 Armenfürsorge und Heimatgesetz

Thomas von Aquin (1224 - 1274), Theologe und Philosoph an der Uni Köln, begründete die **Thomistische Almosenlehre** wie folgt:

Das Ziel des Lebens auf Erden ist das Leben im Jenseits. Arbeit ist Gottes Gebot. Besitzlose haben durch Arbeit ihr Leben zu erhalten. Bedürftige sind für die Gesellschaft und deren reiche "Sünder" wichtig. Nach Beichten der Sünden kann jeder durch Beten, Fasten und Almosengabe die Wiedergutmachung von Sünden erlangen.

Interessant ist hier die Ähnlichkeit zur Almosensteuer im Islam.

Im Mittelalter wurden Bedürftige, die nicht von der Familie unterstützt werden konnten, wie Alte, Findlinge und Waisen durch Spitäler aufgenommen und dort gepflegt. Aufgenommen wurden sie, wenn sie sich nicht durch Betteln selbst versorgen konnten. Sobald Kinder groß genug zum Betteln waren, mussten sie sich selbst versorgen.

Nach dem Ende des Mittelalters übernahmen die Städte die Spitäler und sehr bald wurde das Betteln verboten. Polizeirecht ging vor Fürsorge. Nur wer nachwies, dass er sich nicht aus eigener Kraft oder mit familiärer Unterstützung erhalten konnte, wurde untergebracht. Allen anderen wurde Arbeit, gleich welcher Art, zugewiesen und sie hatten dieser nachzugehen. Anderenfalls drohte ihm als Arbeits-scheuem Haftstrafe.

In der ältesten erhaltenen Ratsurkunde, der Abrechnung des Gottleubaer Bürgermeisters Netzkittel von 1580 bis 1581, werden Almosen für einen Armen und einen Abgebrannten genannt. Vom Unglück betroffene Menschen ohne Dach über dem Kopf, zogen durch Gottleuba und baten den Bürgermeister um Hilfe. Er gab ihnen kleine Almosen und sie mussten weiter ziehen.

Ab 1772 regelte die **Armenordnung** die Versorgung der Armen durch die Gemeinde. Die ersten **Armenhäuser** wurden eingerichtet.

Bei der Durchsicht der Akten aus dem 19. Jh. stießen wir in allen Orten auf sogenannte **Heimatscheine** und Verhaltensscheine. Sie waren immer von der Polizeibehörde abgestempelt oder gesiegelt und wir hatten anfänglich Probleme, sie in unser Geschichtsbild einzuordnen, denn wir waren, wie gesagt, keine Historiker. Eigentümlich fanden wir, dass die Scheine meist nicht in der betrachteten Gemeinde ausgestellt waren, sondern in uns teilweise fremden Orten. Die Erklärung war das neue Heimatgesetz des Königreichs Sachsen, das die Versorgung Bedürftiger absicherte und den Aufenthalt von Ortsfremden exakt regelte, denn ab 1834 wurden die Gemeinden verantwortlich für die öffentliche Armenfürsorge in ihrem Bereich. Zu diesem Zwecke wurde im Gesetz der Unterstützungswohnsitz definiert. Personen, die in einen anderen Ort ziehen wollten, mussten aus ihrem Heimatort einen Heimatschein vorlegen. Darin bescheinigten die Ortsgerichtspersonen, Geburt und ordentliche Lebensweise und erklärten sich bereit, die Person wieder im Heimatort aufzunehmen. Laut Heimatrecht konnte nur Wohnrecht erhalten, wer das 25. Lebensjahr vollendet, ausreichend Vermögen hatte und erwerbsfähig war.

Basis hierfür war das **Heimatgesetz des Königreiches Sachsen vom 26.11.1834**¹⁸.

Hier stark gekürzt und vereinfacht der Inhalt:

¹⁸ Sammlung der Gesetze und Verordnungen für das Königreich Sachsen 1834, Heimat-Gesetz.

- Jeder Staatsangehörige des Königreiches Sachsen muss in einem Heimatbezirk angehörig sein.
- Jedes Grundstück muss hinsichtlich Armenversorgungsverband zu einem Heimatbezirk gehören.
- Jeder Heimatbezirk muss seine Unterstützungsbedürftigen aufnehmen, wenn sie sich nicht durch eigene Kraft oder andere Unterstützungspflichtigen (Verwandte) helfen können. Ihnen ist Unterkunft und notdürftiger Unterhalt zu gewähren.
- Alle Bewohner des Heimatbezirkes haben zur Armenversorgung beizutragen.
- Man wird heimatangehörig durch Erteilung der Heimatangehörigkeit, als Ansässiger in Gebäuden oder durch Bürgerrecht nach 5 Jahren und durch Geburt im Ort.
- Auf Antrag kann aufgenommen werden eine Person aus dem Ausland, nach Einheiratung oder ein Heimatloser, der mindestens 1 Jahr im Ort wohnt. Ehelich geborene Kinder haben den Heimatort des Vaters, Uneheliche den der Mutter. Ehefrauen den des Ehemannes, Witwen den des letzten Ehemannes, Geschiedene den vorherigen Heimatort.
- Almosenempfänger und Bettler werden ausgewiesen.
- Für die Aufenthaltsgenehmigung in einem anderen Heimatbezirk benötigt man den **Heimatschein** (von der Ortspolizeibehörde) und den **Verhaltenschein** (Obrigkeitsliches Zeugnis von der Polizeibehörde) von der letzten Wohngemeinde.
- Nicht ausgewiesen werden Schwangere und arbeitlose Dienstboten.
- bedürftige Einwohner, die anderswo heimatberechtigt sind, können bei Bedarf ausgewiesen werden oder der Heimatort kann deren Kosten begleichen oder beide Orte vereinbaren den Transport.
- Die Ausstellung des Heimatscheins sowie des Verhaltenscheins kosten je 6 Groschen.

Nach Ausführungsverordnung vom gleichen Termin wie die o. g. Verordnung vom Minister des Inneren Hans Georg v. Carlowitz haben die Gemeinden Register für die ausgegebenen Heimatscheine (Ild. Nr., Name, Geb.-Ort und -Zeit und Ausstellungsgrund) zu führen. Ebenso für Verhaltenscheine der Polizeibehörde. Bei Neubeantragung sind alte Scheine zurück zu geben.

Die in den Gemeinden eingehenden Mittel wurden durch einen Armenkassenverwalter erfasst und für Arme vergeben. Wohlhabende und oft kinderlose Bürger gaben Legate (Vermächtnis aus Nachlass infolge Testament oder Erbvertrag) für die Armen ihrer Orte, für die Schule und für die Kirche.

Bei der Vergabe berieten Pfarrer, Lehrer, Stadtrichter, Ortsvorsteher u. a. gemeinsam und leiteten die Verteilung. Eingehende Spenden wurden angelegt, meist an Bürger als Obligate (Schuldverschreibungen oder Anleihen) vergeben und in der Regel zu 5 % jährlich verzinst. Der Kapitalnehmer, manchmal auch der ganze Rat, hafteten mit ihrem Vermögen für die Sicherheit von Kapital und Zinsen.

Das Kapital blieb erhalten. Nur die Zinsen wurden ausgereicht und jährlich einmal legte der Armenkassenverwalter vor allen Verantwortlichen des Ortes Rechenschaft ab. So gelobten am 26. Juni 1762 Richter, Gerichte und Gemeindeälteste Berggießhübel, das Kapital zu erhalten und bei Verlust, ihre bürgerlichen Häuser zur Sicherheit einzusetzen. Dieser **Versicherungsschein** wurde mit Gerichtssiegel gesiegelt und eigenhändig unterschrieben. Das Amt Pirna wachte über die Erhaltung dieser Legate für Schule, Kirche, Armenkasse.

Zum Verständnis: Ist ein mittelloser Bürger ohne unterstützungsfähige Angehörigen mit Heimatschein aus der Gemeinde A in der Gemeinde B in Arbeit und wird aus irgend einen Grund arbeitsunfähig, dann muss die Heimatgemeinde A für die Versorgung des Bürgers aufkommen.

Ein Beispiel für die damalige Bürokratie und für das mühevollen Leben der kleinen Leute sei aufgeführt.¹⁹

Aus Böhmen kam einst Johann Gottlieb Krause, Hufschmied nach Schöna. Dort wurde ein Schmied gebraucht. Ein Bürger stellte Krause ein und ließ ihn die Schmiede errichten. Krause war zünftiger Schmiedemeister und hatte auch die damals so begehrte Ausbildung und den Abschluss eines Hufschmiedes. Pferde waren damals unentbehrlich bei der Armee, in der Landwirtschaft, als Reitpferde und bei allen Transporten vor Kutschen und Wagen aller Art. Aber das Beschlagen der Pferde wurde oft unqualifiziert durchgeführt, so dass die Tiere litten.

Ab 1780 arbeitete die Königliche Tierarztschule und Lehrschmiede in Dresden daran die Hufe zu pflegen und die passenden Hufeisen den Tieren und den Bedingungen (Winter, Pflastersteine,...) entsprechend anzufertigen und die Pferde fachkundig zu beschlagen.

1857 wurde sie die Zentrale in Sachsen, die Hufschmiede schulte, prüfte und als solche bestätigte. Ein guter Fachmann, wenn auch aus Böhmen, war also auch in Schöna erwünscht und so blieb Krause 15 Jahre dort. Weshalb er weg ging, ist nicht bekannt. Danach fand man ihn in Hohnstein als

¹⁹ Erörterung der Heimatsangehörigkeit des Hufschmidts Johann Gottlieb Krause's aus Berggießhübel betr. Justizamt Pirna Anno 1845 Cap. III. Sect. II. Nr. 198

Pachtmüller. Dort wurde er verdächtigt, Holz gestohlen zu haben. Alle seine guten Dienste im Lande waren vergessen und Krause wurde auf Grund einer Anzeige zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Er zog nach der Haft durch die umliegenden Orte und suchte Arbeit. Bei dieser Suche fand er eine Frau in Berggießhübel, zog zu ihr und war nun in Berggießhübel wohnhaft gemeldet. Die Frau hatte ein winziges Haus mit einer kleinen Stube, einer angebauten Kammer und einem kleinen Garten. Sie ernährte sich wie fast alle allein stehenden Frauen von Gelegenheitsarbeit und den Erträgen ihres kleinen Gartens. Diese beiden armen, einsamen Leute sehnten sich wohl nach einem Menschen, mit dem sie ihre Not und Mühen teilen konnten. Da der Schmied keine Arbeit fand, obwohl er ständig auf Suche war, kam er auf die Idee, "Heilmittel" zu vertreiben. Er verkaufte eine braune Flüssigkeit, die er als Wundermittel anpries. Dies führte 1845 zur Anklage wegen Quacksalberei und Betruges. Es zeigten ihn der Schiffsherr Patschke aus Krippen und ein Ehepaar aus Markersbach und deren Inwohner an.

Das folgende Justizverfahren machte der Bürokratie große Schwierigkeiten. Verhandelt wurde im Amt Stolpen, weil der Kläger Patschke zum dortigen Justizamt gehörte. Zuerst musste Patschke seine "Medizin" im Amt abgeben. Die Markersbacher gehörten zum Justizamt Pirna. Es ging also einiger Schriftwechsel zwischen den Ämtern hin und her. Schließlich wurden die Markersbacher auf das Amt Pirna bestellt und mussten ihre Aussagen dort begeben und die Protokolle handschriftlich unterzeichnen. Die Akten wurden nach Stolpen geschickt. Dabei wurde auch die Gefängnisstrafe Krauses wieder ausgegraben. Leider wusste Krause nicht mehr, wann er diese genau abgebüßt hatte. Nun brauchte die Abstimmung zwischen den Justizämtern Stolpen und Pirna wieder eine Weile. Die größte Hürde aber war die notwendige Beschaffung eines Heimatscheins.

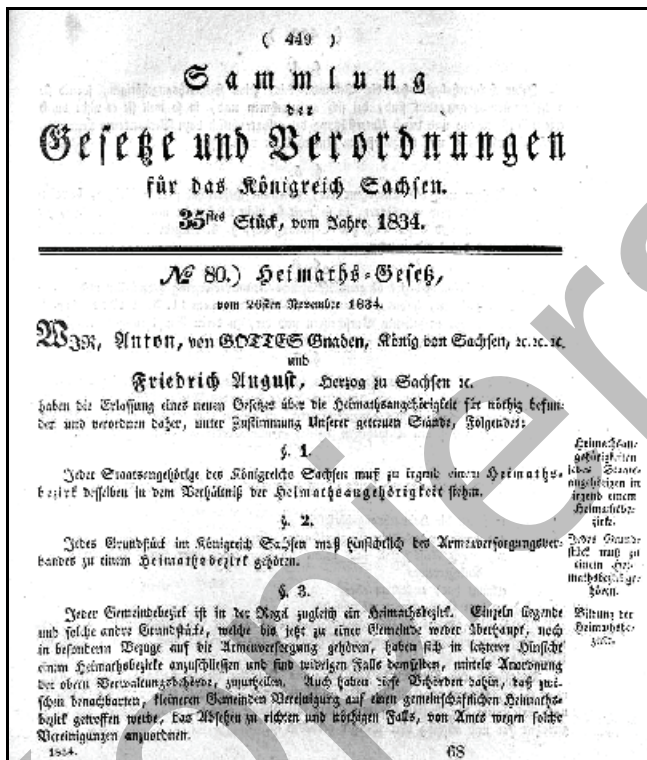


Abb. 1.6.43: Das Heimatgesetz von 1834.

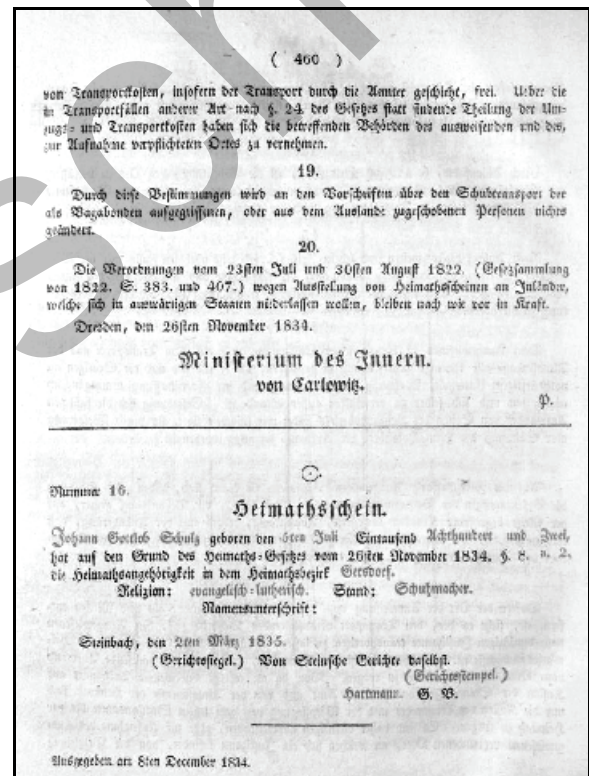


Abb. 1.6.44: Vorschrift für den Heimatschein.

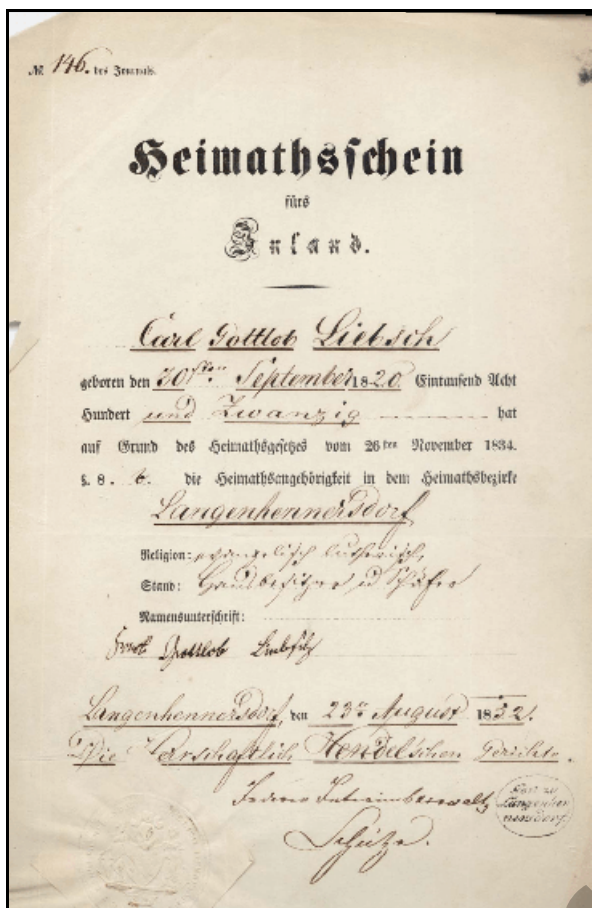


Abb. 1.6.45: Der 146. Heimatschein der Gemeinde für Carl Gottlob Liebsch vom 23. Aug. 1832. Heimatverein Langenhennersdorf.



Abb. 1.6.46: Der positive Verhaltensschein für Johann Gottfried Mitzscher aus Hohnstein vom 27. Sep. 1845. Gesiegelt vom Königlichen Justizamt. Heimatverein Langenhennersdorf.

Das Königliche Gerichtsamt Gottleuba lehnte die Ausstellung des Heimatscheins ab, da Krause selten bei seiner Frau anwesend war, weil er auf Arbeitssuche war. Schöna berief sich auf einen Artikel, dass diejenigen den Schein zu erstellen hätten, wo der Delinquent das letzte Jahr wohnhaft gemeldet war. Nachdem der Amtsschimmel zwischen den Justizämtern hin und her ging, holten sich die Ämter bei der Hohen Kreisdirektion zu Dresden Rat. Die Dresdner Kreisdirektion entschied wieder nach mehrfach angeforderten Berichten, dass Schöna nach 15 Jahren Arbeit Krauses in diesem Ort den Schein zu erstellen hatte. Krause war die ganze Zeit "befangen" aber auf freiem Fuß. Er entzog sich auch nicht dem Gericht durch Flucht nach Böhmen. Er erwartete sein Urteil und hoffte, danach doch Arbeit zu finden und mit seiner Frau leben zu können.

Am 13. Juli 1847 teilte das Justizamt Stolpen dem Justizamt Pirna mit, dass Krause mit 4 Monaten Arbeitshausstrafe wegen Quacksalberei und Betrugs belegt worden war. Krause verbüßte die Strafe. Nun mussten die Kosten dieses umfangreichen Verfahrens getilgt werden. Das Vermögen Krauses wurde amtlich ermittelt. Das Haus der Ehefrau war weniger Wert als die Hypotheken und Schulden darauf. Krause arbeitete im Einsiedelschen Eisenwerk bei Berggießhübel. Es gab nicht das Geringste zu pfänden. Das Justizamt Pirna blieb auf den Kosten sitzen.

Nach Ableisten der Strafe konnte Krause als zünftiger Schmiedemeister im Eisenwerk Berggießhübel arbeiten. Das Werk brauchte Fachleute wie ihn.

Nach den vielen mageren Jahren und Bedrückungen lebte das Ehepaar zwar in bescheiden Umständen aber endlich vereint.

In den Orten gab es **Armenhäuser** für die Unterbringung der Armen der Gemeinde.

In **Gottleuba** ist noch auf der Karte von 1865 das Armenhaus am Fuß des Tannenbusches zwischen Leupold und Schildbach eingetragen.

Das Armenhaus **Berggießhübel**s stand oben am Kirchberg, wo die Kleine Gasse einmündete. 1815 wurde es nach der Zerstörung von 1813 wieder aufgebaut.

Hartmannsbach besaß ebenfalls ein Armenhaus. In diesem hatte sich 1870 ein Gottlieb Mai eingekauft und aus seinem Erbe Kaution für die erhaltene und zünftige Pflege gestellt. Er erhielt sogar eine Zugehefrau. 1875 nach seinem Tode forderte der Gemeindevorsteher von Hartmannsbach Moritz Fischer aus dem Nachlass die Bezahlung der offenen Forderungen.

1794 wurde das **Markersbacher** Armenhaus im Niederdorf Nr. 40 (3 a) erwähnt. In dem Armenhaus existierte für die gefangen genommenen Landstreicher, Diebe und sonstige Deliquenten eine bis ins 20. Jh. hinein benutzte Gefängniszelle.

1.6.6.5 Auswirkungen des Deutschen Krieges

Die Auswirkungen des **Deutschen Krieges 1866** zwischen Preußen und dem von Österreich angeführten Deutschen Bund mit Sachsen waren in erster Linie politischer Natur. Es ging um die Vorherrschaft in Deutschland. Nach kampflosem Einmarsch preußischer Verbände in das Königreich Sachsen floh der sächsische **König Johann** vor dem preußischen Militär durch Gottleuba nach Österreich, nahm mit seinem Gefolge im Schloss Giesenstein Quartier und wurde danach von Gottleubaer Bürgern bis Petrovice begleitet. Berggießhübel und die umliegenden Orte hatten viel unter den Einquartierungen zu leiden. Am 27. Mai 1866 rückten von Dippoldiswalde an 300 Mann sächsische Artillerie in Berggießhübel ein, die sich hier auf Gersdorf und Friedrichswalde verteilten und am 15. Juni, nach der Kriegserklärung Preußens an Österreich nach Aussig und Teplitz zogen, um sich mit der Österreichischen Armee zu vereinigen. Am 17. Juni wurden 1.500 Mann sächsische Truppen und am 30. August 900 Mann preußische Truppen und 150 Pferde in Berggießhübel einquartiert.

Die entscheidende **Schlacht bei Königgrätz** in Böhmen gegen Österreich und Sachsen gewannen schließlich die vereinigten preußischen Armeen am 3. Juli 1866 unter der persönlichen Führung König Wilhelms von Preußen. Preußischer Generalstabschef war Helmuth Graf von Moltke, der geistige Vater des gesamten preußischen Aufmarsches. Auf österreichischer Seite ruhten die Hoffnungen zum Großteil auf dem als militärisches Genie geltenden Oberbefehlshaber Ludwig von Benedek, denn Preußen war in der Schlacht bei Königgrätz Österreich nicht nur leicht zahlenmäßig (221.000 zu 215.000), sondern auch technisch durch die Hinterlader (Zündnadelgewehr) überlegen. Die Schäden und Verwüstungen durch die Truppendurchmärsche und die durch die Besetzung durch die Preußen bis zum Friedensvertrag am 21. Oktober 1866 waren für die Region groß. Sachsen musste die Vorherrschaft Preußens anerkennen, Militär und Verwaltung reorganisieren.

Durch die sich verbreitende preußische Verherrlichung militärischen Gedankentums nach den Befreiungskriegen 1813, nach den Feldzügen von 1864 und 1866 sowie vor allem nach dem Französisch-Deutschen-Krieg 1870/71, begann nach 1866 die Gründung von **Krieger- und Militärvereinen**.

Anfangs vertraten die Vereine nur Soldaten, die an Feldzügen teilgenommen hatten, dann alle Gedienten. Ihr ursprünglicher Zweck bestand darin, würdige militärische Bestattungen nach dem Ableben bedürftiger Kameraden sicherzustellen und die Hinterbliebenen zu unterstützen. Hinzu kamen frühzeitig die Pflege der Kameradschaft und der militärischen Tradition, die Beschwörung gemeinsamer Erlebnisse und die stets betonte Verbundenheit mit dem Vaterland. Nach dem Sturz der Monarchien 1918 trat an ihre Stelle die patriotische Gesinnung. In der Folge gewannen die Kriegervereine insbesondere nach den Zusammenschlüssen zu Landesverbänden zunehmend auch politische Bedeutung. Sie trugen somit nach dem Ersten Weltkrieg zur Militarisierung der Volkstimmung bei und leisteten dem Nationalsozialismus Vorschub.

1.7 Französisch-Deutscher Krieg und die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg

Der französische Kaiser **Napoleon III.** hatte bereits während der vorangegangenen Zeit versucht, seine Macht und sein Staatsgebiet auf Kosten seiner Nachbarn zu erweitern. Dabei überschätzte er seine Erfolgsaussichten. Bismarck hatte diplomatisch nach außen und innen vorgesorgt und Napoleon III. listentrich zur Kriegserklärung am 19. Juli 1870 gegen den norddeutschen Bund verleitet. Preußen, durch Bismarck gut vorbereitet, galt nun als Angegriffener und bewirkte einen schnellen Sieg über Napoleon III. im **Französisch-Deutschen Krieg** von 1870 bis 1871. Am 18. Januar 1871 wurde das **Deutsche Reich** gegründet und Wilhelm I. wurde deutscher Kaiser.



Abb. 1.7.1: Napoleon III. als preußischer Gefangener im Gespräch mit Bismarck nach der Schlacht von Sedan [1.46].



Abb. 1.7.2: Reichsgründung im Spiegelsaal von Schloss Versailles [1.46].

Die Herrscher der süddeutschen Staaten, die noch 1866 im Deutschen Krieg gegen Preußen gekämpft hatten, stellten sich gemäß ihrer Bündnisverträge und der öffentlichen Meinung gegen Frankreich. Das besiegte Frankreich musste im Frieden von Frankfurt die überwiegend deutschsprachigen Gebiete Elsass und einen Teil von Lothringen abtreten. Dabei spielten nicht nur die Sprachgrenzen eine Rolle, auch vorwiegend französischsprachige Teile Nordlothringens wurden wegen der dortigen Eisenerzminen von Deutschland verlangt. Außerdem musste Frankreich Kontributionszahlungen in Höhe von 5 Milliarden Francs an das Deutsche Reich leisten. Die französische Wirtschaft war durch die Aufbringung der Kriegsentschädigungen in ihrer Entwicklung behindert. Deutschland wurde in der Folge die größte Volkswirtschaft der Welt. Die Wirtschaftskraft Deutschlands ermöglichte die Finanzierung einer hochmodernen und schlagkräftigen Hochseeflotten, die das Misstrauen der Seemacht Großbritannien erregte. Die Kriegsentschädigungen waren eine der Ursachen des **Gründerzeitbooms**, der in allen deutschen Städten seine Spuren hinterlassen hat. Unter anderem wurden mit ihnen Infrastrukturmaßnahmen im ganzen Deutschen Reich finanziert. Industrie, Landwirtschaft und Verkehr entwickelten sich in der Folgezeit auch in unserer Region stürmisch. Durch die sächsische Agrarreform hatte sich manches in seinem Leben, wie dem des Dorfes, geändert. Seitdem waren neue Erkenntnisse moderner Landwirtschaft umgesetzt worden. Dank **Justus von Liebig** (1803-1873) Düngerregeln, ertragsreicheren Getreide-, Kartoffel- und Rübensorten und besserer Futter- und Stallwirtschaft waren die Bodenerträge schnell gestiegen. Durch die künstliche Düngung stiegen die Erträge in der Landwirtschaft z. T. auf das Doppelte.

Um 1880 konnte man auf den Feldern und in den Gütern die ersten Landmaschinen sehen. Zu einem Gut gehörten in der Regel vier Pferde. Sie zogen den Pflug, die Egge und betrieben die Mechanik der Landmaschinen (z. B. den Messerbalken). Pferdegepöpel, Heuwender, Drillmaschinen, Flügelmäher, alles noch mit Zugtieren, steigerten die Arbeitsproduktivität beträchtlich. Das war auch notwendig, denn zunehmend machten durch die Zollfreiheit billige Importprodukte den Bauern das Wirtschaften auf den schlechten Gebirgsböden schwerer. Für die Finanzierung der teuren Geräte griffen die Bauern zur Selbsthilfe. Sie gründeten Genossenschaften. Das Kapital wurde durch Spareinlagen der Bauern gebildet. Friedrich Wilhelm Raiffeisen machte es Ihnen 1862 vor. Die Kreditwillkür der Banken wurde damit ausgehebelt. Die Dampfmaschine wurde zunehmend als Antrieb für die Landmaschinen eingesetzt. Schnauffen 1861 gerade mal 3 Dampfmaschinen in der Amtshauptmannschaft Pirna, summierten sie sich bis 1879 auf 130. Mit der Dreschmaschine mit Lokomobile wurde die Jahresernte in einigen Stunden gedroschen. Die frei werdenden Arbeitskräfte verließen die Dörfer und fanden Arbeit in der Industrie. Sie waren den Arbeitsangeboten gefolgt und erhofften sich einen Lohn, der sie mit ihren Familien ein menschenwürdiges Leben führen ließ. Die Einwohnerzahl in den Städten stieg sprunghaft an und ganze Stadtviertel wurden neu gebaut.

In **Pirna**, wo 1832 nur 5241 Einwohner in 481 Häusern wohnten, waren es bis 1900 schon 18.296 in 1042 Gebäuden. Die Pirnaer Stadtväter mussten die Bedeutung des Industriebaues und der Massenzüge für den Wohlstand der Stadt schnell erkannt haben. Zwischen der nach 1811 abgerissenen Stadtmauer, dem 1875 fertiggestellten Bahnhof und dem Feldschlösschen entstand ein neuer

Stadtteil.

Die Gründerzeit war auch eine Zeit der Erfinder. Es wurden Säh-, Mäh-, Dresch- und andere Maschinen gebaut und angeboten. Verständlich, dass es da bei aller Neugier und allen Wünschen Vorbehalte gab. Es ging letztlich um ihr Geld. Es gab noch einen anderen Grund, der die Bauern vom Kauf neuer Technik zurückhielt. Es war offensichtlich, dass diese Technik die meiste Zeit des Jahres im Schuppen herumstand und still vor sich hin rostete. Freilich lieh der einzelne sie auch dem Nachbarn, der ihm in Gegenleistung bei der Ernte half oder ihm eine andere Maschine lieh. Aber auch der brauchte sie nur befristet. Das machte einen schwerwiegenden Unterschied zur Industriemaschine aus. Deren Besitzer ließ diese rund um die Uhr für sich arbeiten.



Abb. 1.7.3: Schwadmäher auf einem Verkaufskatalog um 1900.



Abb. 1.7.4: Flügelmäher aus einem Verkaufskatalog um 1900.



Abb. 1.7.5: Dampflokomobile zum Antrieb der Dreschmaschine. Inse-
rat der Firma Protze Heidenau 1920.



Abb. 1.7.6: Landmaschinenangebot der Firma Kublick, Dresden 1920.

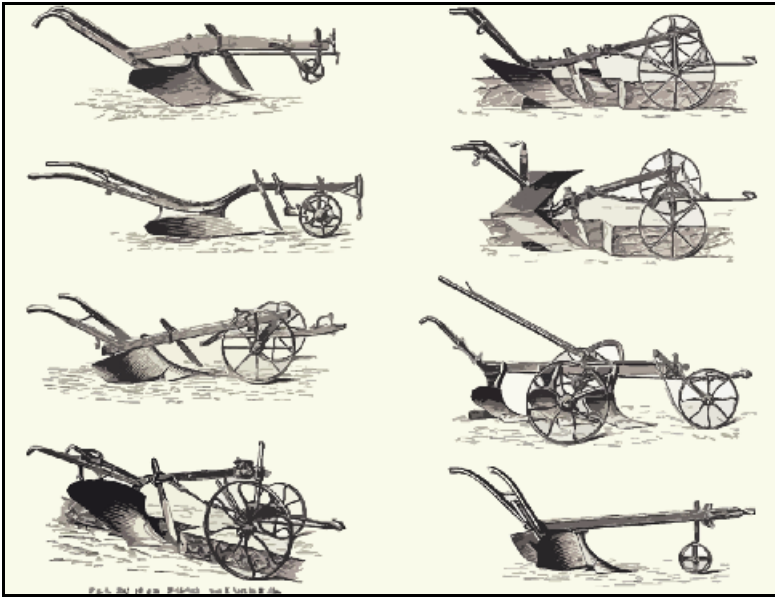


Abb. 1.7.7: Angebot von Ackergerät. Inserat der Firma Protze Heidenau 1920.

Den **Landfrauen** half die Landtechnik nicht bei der Arbeit. Als zur Erntezeit die Männer noch mit der Sense das Getreide schnitten, mähten sie so, dass sich die gemähten Halme an die noch stehenden Halme anlehnten. Die Frauen, die das Getreide aufnahmen und zu Garben banden, brauchten sich kaum zu bücken. So entgegenkommend verhielt sich der Flügelmäher nicht. Er legte das Getreide in Schwaden auf den Boden, und die Frauen mussten sich tiefer bücken als vorher. Auch die Versorgung der Kinder, des Federviehs und des Bauerngartens war Frauensache. Auch im Stall verweigerte sich die Technik den Frauen, denn das Melken der Kühe und die Milchverarbeitung war ihre Sache. Dabei hatten sie mehr Rinder zu betreuen als die Großmütter zu ihren Zeiten. Da reichte das Tageslicht nicht, um alles zu erledigen.

gen. Da half die Erfindung der Petroleumlampe, die Nacht zum Tag zu machen. Deren helleres Licht erleichterte wenigstens die Arbeit im Stall.

1873 wurde für das gesamte Reich die **Münzeinheit** geschaffen. Die **Reichsmark** auf Goldbasis war die neue Währung. 1874 erfolgte z. B. in Sachsen per Gesetz die **Reorganisation der gesamten Verwaltung**, die danach bis 1952 nahezu unverändert Bestand hatte (Trennung von Gericht und Verwaltung).

Die **Volksschulen** wurden den Bezirksschulinspektoren des Kultusministeriums und nicht mehr dem Landeskonsistorium der Evangelisch-Lutherischen Kirche unterstellt (Trennung von Staat und Kirche). Der Religionsunterricht in der Schule wurde erst 1919 abgeschafft.

Es war auch die Zeit der **Vereinsgründungen**. Es war "in" mindestens Mitglied in einem örtlichen Verein zu sein. In jedem Ort gab es einen Lieder-, Sänger-, Sport-, Militär-, Krieger- und Schützenverein. Ausgelöst durch die Reichsgründung 1871, kam es bereits 1873 zum ersten großen Dachverband für die Militärvereine, dem **Deutschen Kriegerbund**. Er umfasste bereits um 1900 9.400 Vereine mit fast einer Million Mitgliedern. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden diese Vereine zu bloßen Vereinigungen der Angehörigen des ehemaligen Heeres. 1918 schlossen sich der Veteranen- und Kriegerbund und der Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten zusammen.

Das gemeinsame Denkmal aller Kriegervereine für den verehrten "Heldenkaiser" Wilhelm I. auf dem Kyffhäuser in Thüringen führte schließlich im Jahr 1900 zum ersten gesamtdeutschen Zusammenschluss im **Kyffhäuserbund der Deutschen Landeskriegerverbände**. Aus ihm entstand 1921 der zentralistische **Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser**, der in seiner nationalistischen Ausrichtung in besonderem Maße der NSDAP den Boden bereitete. Im März 1938 wurde er zur alleinigen Vereinigung ehemaliger Soldaten erklärt. Auf die **Gleichschaltung** 1933 folgte die Eingliederung in die SA-Reserve II 1934. Damit verschwand der Großteil der schriftlichen Überlieferung der einzelnen Vereine.

Auch auf dem Stadtgebiet Bad Gottleuba-Berggießhübel entstanden nach 1860 praktisch in allen Orten Militärvereine. Als erster Verein gründete sich im Mai 1868 der "Königlich Sächsische Militärverein Gottleuba, Berggießhübel und Umgebung". Am 22. Mai 1877 erfolgte die Gründung eines Sächsischen Militärvereins "Kameradschaft" Berggießhübel und 1908 der Militärverein Markersbach. Am 17. März 1878 fand sich der **Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz** zur ersten außerordentlichen Generalversammlung in Königstein zusammen. Am 18. September 1887 bestätigte man die ersten Statuten. Im Genossenschaftsregister des Königlichen Amtsgerichts Dresden ist er auf Blatt 169 als Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz, Abteilung I, unter dem 20. Januar 1906 eingetragen. Vereinsvorsitzender war Dr. phil. Alfred Meiche.

1887 gab es bereits 28 Ortsgruppen mit 1514 Mitgliedern. Ab 1887 erschien die Vereinszeitung "Über Berg und Tal". In den heute zur Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel gehörenden Orten bestanden 1928, 50 Jahre nach der Gründung, folgende Ortsgruppen: Berggießhübel (8. März 1878-1882; 1. Juli 1910-1945), Börnersdorf-Hennersbach (25. Juni 1907-1908), Gottleuba (10. März 1878-1885; 6. März 1900-1945), Markersbach (2. Mai 1890-1921), Oelsen-Oelsengrund (14. April 1898-1920).

1880 wurden z. B. die Eisenbahnlinien Pirna-Berggießhübel und Pirna-Cotta in Betrieb genommen.

Ab Mitte des 15. Jahrhunderts hatte sich der Bergbau im Osterzgebirge ausgedehnt. Überall verschwand der dichte Wald, der bislang die Hänge bei starkem Regen geschützt hatte. Um die Wende vom 19. zum 20. Jh. war der Erzgebirgskamm weitgehend waldlos. Nun verursachten die Unwetter verheerende Hochfluten in den Tälern der Biela, Gottleuba, Müglitz und Weißeritz.

Nach heftigen Wolkenbrüchen führte am 30. und 31. Juli 1897 die Gottleuba mit ihren Nebenflüssen Bahra und Seidewitz Hochwasser und verwüstete das Gottleubatal von der Quelle bis zur Mündung. Geschätzt wurden die Schäden in Gottleuba auf 100.000 Mark, in Berggießhübel auf 95.000 Mark, in Langenhennersdorf auf 150.000 Mark, in Neundorf auf 65.994 Mark, in Rottwerndorf auf 121.924 Mark, in Liebstadt auf 25.110 Mark und in Pirna auf 29.174 Mark.

Ein Ereignis der Lokalpolitik soll in diesem Rahmen Erwähnung finden - die **Besuchsreise König Friedrich August III.** am 18. Oktober 1911 in unserer Region. Die bei den einzelnen Gemeinden in dieser Geschichte der Stadt wiedergegebenen Huldigungen geben die politische Stimmung in dieser Zeit gut wieder.

Das Dresden Journal vom 19. Oktober 1911 berichtet sinngemäß:

Der König begab sich in Begleitung des Flügeladjutanten Major von Schmalz bei herrlichem Wetter von **Pillnitz** zu Pferde nach **Pirna**. Dort bestieg er ein Automobil, um die Zellulosefabrik des Kommerzienrates Otto Hoesch zu besichtigen. Dann fuhr Majestät durch Pirna nach **Struppen**. Dort hatten sich die Gemeindevertretungen der Umgebung versammelt und huldigten dem König. Dieser besuchte die Soldatenknaben-Erziehungsanstalt. Dort sah er sich Schülerarbeiten an und schaute bei Turnaufführungen zu. Danach besichtigte der König die **Festung Königstein** und ließ sich durch die Bevölkerung der Umgebung feiern. In **Hütten** war Hugo Hoesch, Besitzer der Papierfabrik, nach Betriebsbesichtigung und Huldigungen Gastgeber eines Frühstücks. 3/4 2 Uhr ging es weiter "durch das im herrlichsten Herbstschmuck prangende Bielatal" nach **Rosenthal/Schweizermühle**. Hier hatten sich die Vertreter der Gemeinden von Rosenthal, Langenhennersdorf, Hermsdorf und Raum, sowie die Königl. Revierverwalter Herr Oberforstmeister Augst an der Spitze, ferner die Militärvereine von Rosenthal, Hermsdorf und Langenhennersdorf und andere Rosenthaler Vereine eingefunden. Die Ansprache an den König hielt der Rosenthaler Pfarrer Wohlrab. Danach ging es mit den Automobilen nach **Markersbach**. Nachdem Se. Majestät für die Begrüßung huldvoll gedankt hatten, wurde die Fahrt nach **Hellendorf** fortgesetzt, wo der Gemeinderat, der Schulvorstand, die Zollbeamten und Vereine von Hellendorf, sich eingefunden hatten. 3 Uhr traf Se. Majestät unter Glockengeläut in **Berggießhübel** ein.

Am Ende des Besuches marschierte der Monarch mit Gefolge und Begleitung des Herrn Grafen v. Rex durch den Poetengang, wo Se. Majestät an der Giesensteiner Grenze von Herrn Rittmeister Arnold begrüßt und auf Schloss **Giesenstein** geführt wurde. Nach einem Aufenthalt von 20 Minuten traf Se. Majestät unter Glockenläuten in der prachtvoll geschmückten Badestadt **Gottleuba** ein. Die Begrüßungsansprache hielt der Bürgermeister Hackebeil. Bald darauf traf Se. Majestät in **Hartmannsbach** ein, wo der Gemeinderat acht Festjungfrauen und viele Gemeindeglieder sich vor der Friedenslinde gruppiert hatten. Der Gemeindevorstand Fritzsche hielt die Ansprache. Von hier aus begab sich der Monarch nach **Börnersdorf**, wo die Gemeindevertretung von Börnersdorf, Hennersbach, Breitenau, Waltersdorf, Döbra und Berthelsdorf, der Militärverein von Breitenau und Börnersdorf, sowie die Schulkinder aufgestellt waren. Herr Gemeindevorstand Süß übermittelte im Namen der Gemeinden den untertänigsten Gruß.

Und nun ging es dem Endziele **Liebstadt** zu. Auf dem Marktplatz hatte sich der Stadtgemeinderat, der Kirch- und Schulvorstand, der Gemeinderat von Göppersdorf mit Wingendorf, die Gemeindeversammlung von Herbergen, Seitenhain und Borna, die Schützengesellschaft, der Gewerbeverein und die verschiedenen Innungen, Militärverein, Landwirtschaftlicher Verein, Turnverein, Fechtverein und Feuerwehr versammelt. Bürgermeister Meutzner hielt die Festansprache. Danach ging es mit den Kraftfahrzeugen zurück nach Pillnitz.

1.8 Erster Weltkrieg und Nachkriegszeit

1.8.1 Erster Weltkrieg

Zur Erinnerung an den Geschichtsunterricht, sollen auf der folgenden Karte die politischen Verhältnisse zu Beginn des Krieges dargestellt werden, aus denen auch die Kräfteverhältnisse in Europa deutlich werden. Für unsere Region ist besonders die Südgrenze zu beachten, denn die Tschechoslowakei existierte damals noch nicht.



Abb. 1.8.1: Europa vor dem Ersten Weltkrieg [1.46]. An Deutschlands Südgrenze lag die Österreich-Ungarische Monarchie, die die späteren Länder Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei umfasste. Erläuterung: Gelb - neutrale Mächte, Rot - Deutschland mit den Verbündeten, Ocker - Alliierte Mächte.

Die europäischen Mächte empfanden das neue, weltpolitisch auftrumpfende Deutsche Reich als bedrohlichen Störenfried. 1904 legten Großbritannien und Frankreich ihre kolonialen Streitigkeiten bei und schlossen ein Bündnis, die **Entente cordiale**. Nachdem 1905 der Versuch Kaiser Wilhelms II. gescheitert war, das alte deutsch-russische Bündnis zu erneuern, folgte zwei Jahre darauf ein britisch-russischer Vertrag, mit dem die Rivalitäten im Mittleren Osten beigelegt wurden. Deutschland sah sich isoliert. Das Gefühl, eingekreist zu sein, löste in Deutschland eine trotzige Stimmung des "Nun erst recht" aus. Dieser heute nicht nachvollziehbare hysterische Nationalismus wurde besonders durch Berichte unserer Großväter vergegenwärtigt. Die Inschriften auf den allorts vorhandenen Kriegerdenkmälern und Heldenhainen sind indirekt ein Ausdruck dieser Stimmung. Auch die militärische Planung stellte sich auf diese Lage ein. Der Chef des Generalstabs, Alfred **Graf von Schlieffen**, plante seit 1905 den Aufmarsch für den Fall des als unvermeidlich angesehenen Zweifrontenkriegs. Da das militärische Potenzial Deutschlands für einen gleichzeitigen Krieg gegen Russland und Frankreich nicht ausreichte, sollte nach dem **Schlieffen Plan** in Hoffnung auf die langsame russische Mobilisierung, die Masse des deutschen Heeres im Westen konzentriert werden. Bei Kriegsausbruch sollte in einer riesigen Schwenkbewegung um die Achse bei Metz über das neutrale Belgien und durch Nordfrankreich die französische Armee eingekesselt und vernichtet werden, um sich anschließend gegen Osten zu wenden. Das **Attentat in Sarajevo**²⁰ vom 28. Juni 1914 hatte zunächst

²⁰ Am 28. Juni 1914 wurden der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau bei einem Besuch der bosnischen Hauptstadt Sarajevo von einem neunzehnjährigen Studenten erschossen. Mit dem Attentat wollten die von Rußland unterstützten serbischen Panslawisten ihre Forderung nach einem von Österreich-Ungarn unabhängigen serbischen Nationalstaat unterstreichen.

diplomatische, dann militärische Aktivitäten ausgelöst, die zunehmend auf die bewaffnete Konfrontation der hochgerüsteten Staaten zusteuerten. Die österreichische Regierung war durch eine Zusage der deutschen Regierung zu einem kompromisslosen Vorgehen gegen Serbien ermuntert worden. Nach der **Kriegserklärung** Österreich-Ungarns an Serbien griffen innerhalb weniger Tage alle Bündnisvereinbarungen. Der Zweifrontenkrieg, den Deutschland verhindern wollte, war unvermeidlich geworden.

Der **Erste Weltkrieg** begann am 28. Juli 1914 mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien. Innenpolitisch bedeutsam war die Zusammenarbeit aller Fraktionen: In Deutschland stimmte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 1914 den Kriegskrediten im Sinne des Burgfriedens zu. Dieser Krieg brachte eine bis dahin beispiellose Brutalisierung mit sich. Die Grabenkämpfe arteten zu förmlichen Materialschlachten unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel (z. B. Giftgas) aus. Schon nach wenigen Monaten entsprach der Krieg in keiner Weise mehr den Vorstellungen eines kurzen und entschiedenen Waffenganges.

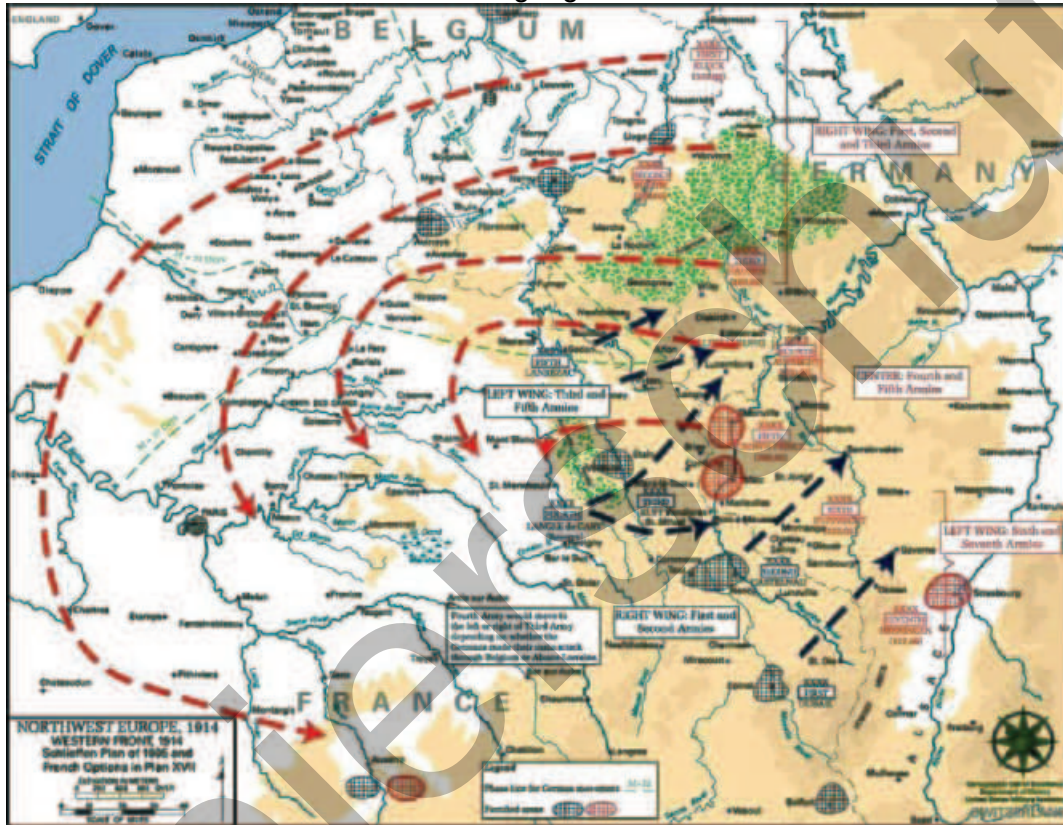


Abb. 1.8.2: Der Schlieffen Plan [1.46]



Abb. 1.8.3: Front bei Ypern 1917. Große Teile Belgiens und Nordfrankreichs wurden verwüstet. Foto: Wikipedia



Abb. 1.8.4: 1917 erschienen die ersten britischen Mark 4 Panzer an der Front. Britische Soldaten an einem Panzer bei Cambrai. Foto: Wikipedia

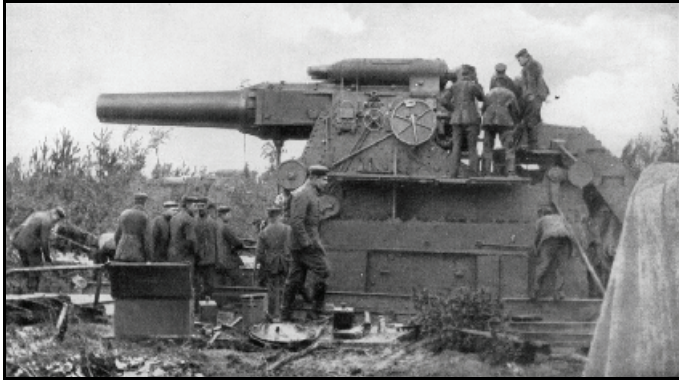


Abb. 1.8.5: Das deutsche Großgeschütz "Dicke Berta" von Krupp an der Front vor Lüttich 1914. Erst mit diesem Geschütz konnten die Forts erobert werden. Foto: Wikipedia



Abb. 1.8.6: Irische Soldaten im Schützengraben an der Somme 1917. Foto: Wikipedia

Nie zuvor waren so viele Soldaten in einem kriegerischen Konflikt eingesetzt worden. Millionen von ihnen wurden in allen kriegsbeteiligten Staaten mobilisiert. Insbesondere die "großen Offensiven", die an den ausgebauten Grabensystemen der Verteidiger zusammenbrachen, und die **"Abnutzungsschlacht"** um Verdun sorgten für die größten Opferzahlen. Die **Totalisierung des Krieges** zeigte sich in allen Bereichen des Alltags. Frauen arbeiteten erstmals in großer Zahl anstelle der eingezogenen Männer in der industriellen Produktion, dem Dienstleistungsgewerbe und der Verwaltung. Nach und nach hatten die deutschen Soldaten das militärisch Potential von 40 Staaten gegen sich. Wichtige Kriegsbeteiligte waren das Deutsche Kaiserreich, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und Bulgarien einerseits sowie Frankreich, Großbritannien und sein britisches Weltreich, Russland, Serbien, Belgien, Italien, Rumänien, Japan und die USA andererseits.

Das der Zivilbevölkerung immer deutlicher werdende Ausmaß der Verluste und das Andauern der Kämpfe sowie die katastrophale Versorgung mit Lebensmitteln führten spätestens ab 1916 zu einer allgemeinen tiefen **Kriegsmüdigkeit** und zu ersten Unruhen in der hungernden Bevölkerung. Am 29. September 1918 informierte die oberste Heeresleitung den Kaiser, dass infolge der gegnerischen Überlegenheit die militärische Lage aussichtslos geworden war und forderte Waffenstillstandsverhandlungen. Am 11. November 1918 trat der Waffenstillstand in Kraft. Am 28. Juni 1919 wurde der **Friedensvertrag von Versailles** unterzeichnet, der umfangreiche Gebietsveränderungen vorsah.



Abb. 1.8.7: Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages in einem Salonwagen im Wald von Compiègne. Foto Wikipedia [1.46]

Deutschland verlor **Elsaß-Lothringen** an Frankreich, Westpreußen sowie Teile Oberschlesiens an Polen, das Memelland an Litauen und Nordschleswig an Dänemark. Weiter drastische Auflagen des Vertrages sollten die Wirtschaft und das militärische Potential Deutschlands für lange Zeit lahm legen.

Der Erste Weltkrieg mit dem Vertrag von **Versailles** war Nährboden für den Faschismus in Italien, den Nationalsozialismus in Deutschland und wurde so zum Vorläufer des Zweiten Weltkriegs. Im Ersten Weltkrieg starben bis 1918 insgesamt fast 15 Millionen Menschen, darunter sechs Millionen Zivilisten und 210.000 Sachsen. Über 20 Millionen Menschen wurden in dem bis dahin umfassendsten Krieg der Geschichte verwundet. Insgesamt standen ca. 70 Millionen Menschen unter Waffen.

Ursache der deutschen Niederlage war die katastrophale Fehleinschätzung der Militärführung über das militärische und wirtschaftliche Potential Deutschlands im Kampf gegen fast alle Industriestaaten der Welt. Von den Verlierermächten konnte lediglich Bulgarien die Verhältnisse der Vorkriegszeit erhalten. Das **Osmanische Reich** und die **Monarchie Österreich-Ungarn** zerfielen. In Deutschland ging das Kaiserreich und in Russland das Zarentum unter. Aus der **Österreich-Ungarischen Monarchie** entstand am 29. Oktober 1918 die **Tschechoslowakische Republik**, am 31. Oktober die **1. Republik Ungarn** und am 22. Oktober die **Republik Deutsch-Österreich** als Teil-

gebiet des deutschen Staates, der sich die deutschsprachigen Republiken **Deutschböhmen** und die **Republik Sudetenland** anschlossen. In diesen deutschen Republiken lebten ca. 3 Millionen deutschsprachige Bürger, die sich z. T. schon ab dem 12. Jh. in diesen Gebieten angesiedelt hatten. Diese Gebiete waren hoch industrialisiert und die deutsche Bevölkerung hatte sich weitgehend integriert. Diese Republiken wurden durch die Gründung der Tschechoslowakei von tschechischen Militäreinheiten mit Zustimmung der Alliierten im Dezember 1918 okkupiert und aus der Republik Deutsch-Österreich wurde am 24. September die **Republik Österreich**, mit dem Verbot des Anschlusses an das Deutsche Reich. Die Alliierten wollten jede Stärkung des Deutschen Reiches verhindern.



Abb. 1.8.8: Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nach Wikipedia [1.46]

1.8.2 Weimarer Republik

Nach den revolutionären Unruhen, die das Deutsche Reich nach Beendigung des Ersten Weltkriegs und der **Ausrufung der Republik** erschütterten, entsagte am 13. November **König Friedrich August III.** dem Thron und entließ die Regierung. Volksbeauftragte übernahmen die Regierungsgewalt. Die **Sächsische Volkskammer** wurde gewählt und eine **Sächsische Verfassung** verabschiedet. Nach blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtskräften und Arbeitern griffen im April 1919 die Reichstruppen ein und schlugen die Unruhen nieder. Am 11. August 1919 trat die **neue Reichsverfassung** in Kraft. Sie verankerte die erste parlamentarische Demokratie im Deutschen Reich. Träger der politischen Macht waren die Parteien. Begleitet vom schleichenden Niedergang des Liberalismus war die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik durch eine Radikalisierung von rechts und links gekennzeichnet. Auch die mit der Abdankung Wilhelms II. zusammengebrochene Monarchie verfügte über eine noch zahlenmäßig starke Anhängerschaft. Nur mittels eines Generalstreikes wurde der **Kapp-Putsch** im März 1920 verhindert.

Die seit 1920 spürbare **Inflation** geriet Anfang 1923 völlig außer Kontrolle; Sparguthaben verloren ebenso ihren Wert wie die bis kurz vor Kriegsende gezeichneten Kriegsanleihen. Das Elend der Bevölkerung wuchs ins Unermessliche. Unternehmen gingen in den Konkurs. Diese Geldentwertung hatte raffgierigen Spekulanten zu Reichtum verholfen, dafür unzählige mittlere und kleine Unternehmen in die Pleite getrieben und alle Lohn- und Gehaltsabhängigen um ihre Ersparnisse gebracht. Dem Nentmannsdorfer Gutsbesitzer Paul Schanze gelang es trefflich, dieses Zeitstück zu beschreiben²¹:

²¹ Siehe Grischeck, R: In Geschichte und Geschichten der Gemeinde Bahretal. Förderverein Dorfentwicklung Bahretal, 2014

“Ende November stand 1 Dollar auf eine Billion Mark. Unsere deutsche Mark war völlig wertlos. Die Notenpressen konnten nicht genug schaffen, es überstürzte sich alles. Jede Stadt machte ihr Geld selbst. Fabriken zahlten ihre Arbeiter mit eigenen Kassenscheinen aus. Er nannte auch Beispiele der ins uferlose gestiegenen Warenpreise. Bekam er am 15. Januar 1922 für einen Zentner Weizen 374 Mark, waren es am 17. Juli 1922 1150 Mark, am 4. Dezember 1922 15.000 Mark, am 20. Januar 1923 20.000 Mark, am 20. September 1923 240 Millionen Mark, am 18. Oktober 1923 7,2 Milliarden Mark und am 28. November 1923 10 Billionen Mark. Im November kostete ein Zentner Kartoffeln 1,8 Billionen (in Ziffern 1 800 000 000 000) Mark, eine Kuh 1215 Billionen Mark, ein Zentnerkalb 58 Billionen Mark, ein Mal Haarschneiden und Rasur 800 Milliarden Mark, eine Schürze 1,5 Billionen Mark, ein Paar Stümpfe 4,5 Billionen Mark, eine Pelzmütze 20 Billionen Mark und eine Flasche Korn 2,8 Billionen Mark. Als nun der ganze Schwindel ein Ende nahm, waren wir Staatsbürger alle arm. Der Staat hatte sich die Schulden vom Hals geschafft. Viele alte Leute, die sich das ganze Leben durch geplagt und rastlos gearbeitet hatten und sich einen ruhigen Lebensabend wohl verdient hatten, ferner mancher Arbeiter, der sich seine sauer verdienten Groschen auf die Kante gelegt hatte, alle waren über Nacht zu Bettlern geworden.”

Am 15. November 1923 war das größte Elend vorbei, eine stabile Währung, die **Rentenmark** erblickte das Licht der Welt. Eine Billion Mark Notgeld für eine Rentenmark.



Abb. 1.8.9: Hundert Billionen Papiermark. Foto: Wikipedia

Die **Kriegsanleihen** waren wertlos geworden. Neun Mal waren die Landeskin- der aufgerufen, den Krieg mit zu bezahlen und staatliche Wertpapiere zu zeichnen. “Wenn Du das Geld dem Vaterland verweigerst in der unverständlichen Meinung, damit das Massenmorden abzukürzen, ist das falsch.... Es geht um mehr als den Frieden, es geht um Deine Freiheit, Bauer! Darum heraus mit dem Gelde aus dem Kasten! Zeichne Kriegsanleihen”. Mit diesen Sätzen forderte der Pirnaer Anzeiger am 3. April 1915 zur zweiten Anleihe heraus.

Relativ glimpflich kamen unsere Bauern über die Inflation hinweg. Den Bauern blieb ihr wichtigstes Kapital, der Hof. Traditionelle bäuerliche Lebensregeln, wie “kaufe nur, was Du bezahlen kannst”, oder “der Hof ist das unantastbare Gut der Familie”, haben sie damit vor dem Untergang bewahrt. Wer kein Geldvermögen anhäufte, sondern alles wieder in Sachwerten (Dünger, Saatgut, Maschinen) anlegte, machte kaum Verluste. Nur wenige Güter kamen in dieser Zeit unter dem Hammer.

Die Bauern erwiesen sich wieder einmal als kluge Rechner. Der Slogan “dummer Bauer” zeugt meist nur von der Dummheit des Betreffenden. Ihr Landbesitz erwies sich als die stabilste Währung. Von einer gewissen Stabilität zeugen die bewahrten Feldgrößen von ca. einer Hufe und die über Jahrhunderte erhaltene Nummerierung der Häuser und Güter.

In eine nahezu ausweglose Krise geriet die **Weimarer Republik**, als nach einer geringfügigen Verzögerung der deutschen Reparationsleistungen französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzten. Daraufhin proklamierte die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno den “passiven Widerstand”. Vor diesem Hintergrund wuchs die Putschbereitschaft bei den Rechten und den Linken. Der linke Aufstandsversuch brach jedoch im Oktober 1923 durch die sogenannte **Reichsexekution** gegen Sachsen und Thüringen in sich zusammen. So marschierte die Reichswehr in Leipzig, Meißen, Pirna und Dresden ein. Viele Arbeiter wurden ermordet oder verhaftet.

Die Staatsstreichpläne der bayerischen Rechten waren bedrohlicher. Sie sahen in einer “legalen” Diktatur den einzigen Ausweg aus der vom “parlamentarischen System” verursachten Krise. An den Planungen zum “Marsch nach Berlin” wirkte auch **Adolf Hitler** mit, Vorsitzender der **Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)** und Führer der **Sturmabteilung (SA)**.

Oberflächlich betrachtet waren die ersten Jahre für die Weimarer Republik eine Zeit der relativen innenpolitischen Windstille mit wirtschaftlichem Aufschwung und kultureller Blüte (**Goldene Zwanziger**). Eine Zeitlang schien es sogar, als habe sich selbst der monarchistische Konservatismus mit der neuen Realität abgefunden. Ironischerweise zeigte sich das, als nach dem Tod des ersten Reichspräsidenten **Friedrich Ebert** mit knapper Mehrheit der einstige königlich-preußische **Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg** 1925 zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Zur großen Überraschung seiner Umgebung dachte aber Hindenburg nicht daran, die monarchistische Wende zu vollziehen, die seine Hintermänner erhofften. Statt dessen war er entschlossen, der Republik ein guter Präsident zu sein.

Mit der Unterzeichnung des **Vertrages von Locarno** Mitte Oktober 1925 hatte Deutschland seine internationale Isolation überwunden und erhielt einen Sitz im Völkerbund.

1.8.2.1 Hochwasser 1927

Am Nachmittag des 8. Juli 1927 traten in unserer Region durch eine besondere Wetterlage äußerst heftige Gewitter auf, die bis zum 9. Juli ungefähr 9 Millionen Kubikmeter Wasser auf den damals noch nahezu waldfreien Erzgebirgskamm zwischen Sattelberg und Mückentürmchen, den Quellgebieten von Gottleuba und Müglitz entluden. Nach den radikalen Rodungen im 13. bis 18. Jh. für die Silber-, Zinn- und Eisenerzgewinnung war die Aufforstung der Kambereiche sträflich vernachlässigt worden, so dass die Wassermassen ungehindert abflossen. Die Folge waren regelmäßig auftretende Hochwasser in den Gebirgstälern von Gottleuba und Müglitz mit großen Schäden.

In den einzelnen Teilen der Geschichte der Stadt sind umfangreiche Unterlagen zu den Auswirkungen der Naturkatastrophe von 1927 in der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel zu finden. Hier deshalb nur eine Schilderung nach [1.37] von dem Untergang dem Untergang des historischen Stadtkerns von Berggießhübel.

"Berggießhübel, die vernichtete Stadt", so lautet die Überschrift eines Zeitungsartikels von Edgar Hahnewald, den er am zweiten Tage nach der Katastrophe verfasste, und in dem er, ergriffen vom Gesehenen und Gehörten, schreibt:

"Sonntag. Strahlender Sonnenschein. Felder, Wiesen, Wälder, das unterm Auto gleichsam sich wiegende Auf und Ab der Hügel prangt in gesättigtem Grün. Um die Fahrt kreist eine beglückende Fernsicht. Blaue Panoramen sind weit aufgetan. Weiße Wolken fahren leicht und heiter. Es kann kaum einen friedlicheren, unschuldsvolleren Morgen geben als diesen. Wir fahren bergauf, nach Berggießhübel. Am Eingang von Berggießhübel staut sie sich an der Sperrkette, die uns der Presseausweis öffnet. Da ist der Bahnhof. Das Gebäude steht noch, wie Gebäude in der Kriegsetappe standen: verwüstet, beschmutzt, verschlammt. Die Gleisanlagen sind völlig zerstört. Mit triumphierender Selbstverständlichkeit wälzen sich schlammiggelbe Wasser über Schienenreste und Brückenstümpfe, über zerfetzte Bäume und zersplitterte Trümmerbarrikaden, die das rasende Wasser gebaut hat. Im Straßenschlamm liegen Habseligkeiten aufgestapelt. Möbelleichen, vom Wasser entstellt, ein schlammüberkrustetes Plüschsofa, eine Kaffeemühle, ein rotes Holzherz mit dem aufgemalten Spruch: "Lieben und geliebt zu werden ist das höchste Glück auf Erden!" Dieser Bahnhof da, man wird ihn wieder aufbauen. Bahnhöfe sind unpersönlich. Aber man denkt an einen Tag, einen strahlenden Sonntag wie diesen, an dem man hier aus dem Zuge stieg zur Wanderung. Auf Monate hinaus wird hier kein Zug mehr fahren. Dahinter liegt die Stadt.

Lag die Stadt. Es ist ein entsetzliches Chaos, mit dem man den vertrauten Berggießhübel zu verbinden sich kaum getraut. Statt aller unzulänglichen Schilderung - nicht einmal photographische Aufnahmen können einen Begriff von der Verwüstung geben!

Am Freitag, dem 8. Juli, zog in der vierten Nachmittagsstunde das Gewitter auf. Zehn Stunden lang strömte der Regen ununterbrochen. In der elften Nachtstunde kam das Hochwasser, wie es die Stadt in den letzten Jahren schon mehrfach erlebt hat. Eine Stunde später, als die Gefahr schon abzuflauen schien, brach eine Flutwelle herein, die binnen zwei Minuten vier Meter, hoch durch das enge, bebaute Tal schoss. Oberhalb der Stadt führt eine Eisenbahnbrücke schräg über die Gottleuba. An ihren Pfeilern stauten sich angeschwemmte Holz- und Steinmassen, die aus dem Oelsengrund herunterkamen, zu hohen Barrikaden. Dahinter stiegen die Wassermassen zum See an. Als die Barrikaden barsten, stürzten die Wassermassen wie ein Schuss in die Stadt. So erklärt man sich die unfassbare Katastrophe. In einem Hause jagte ein Mann die Treppe hinauf, hinter ihm her schnellte die Flut. Als er im ersten Stockwerk eine Türe öffnete, stürzte ihm das Wasser entgegen. Es war durch die Fenster eher oben als er. So rasend schnell kam die Flut! Eine Frau, deren Haus hohe der Bahndamm schützte, erzählt:

Wir hörten durch das Getöse die ganze Stadt schreien und niemand konnte helfen! Häuser wurden halb auseinander gerissen. Die Hälften stehen da mit klaffenden Stuben, mit den Möbeln hart am Absturz. Im Hause eines Tischlermeisters waren zwölf Personen in der Oberstube versammelt, die Familie und Nachbarn, die sich aus ihrem zerbrochenen Hause übers Dach gerettet hatten. Diese zwölf Menschen warteten auf den Tod und hörten im Getöse der Katastrophe nicht, dass auch dieses Haus halb weggerissen wurde. Sie sahen es erst am Morgen. In der Nebenstube wären sie alle in den Tod gerissen worden! Häuser wurden vom Wasser aus den Fundamenten gehoben und fortgetragen. Die Menschen klammerten sich auf den Dächern fest und schwammen mit ihren Häusern fort. Dann barsten die Häuser auseinander. Ganze Familien ertranken. Manche in ihren Stuben in den oberen Stockwerken! Ein Mann, der sich retten konnte, liegt mit zerschlagenen Gliedern im Krankenhaus. Er bat flehentlich, doch den Seinen die Nachricht zu geben, dass er lebt - er weiß noch nicht, dass seine ganze Familie ertrunken ist. Die Stadt ist vernichtet. Fünfzehn Häuser sind völlig verschwunden, viele zur Hälfte weggerissen, wie das Gasthaus Sächsisches Haus, die Apotheke, das Kaufhaus Tränkner, das Haus des Tischlermeisters Rudolph, des Klempnermeisters Bohlig, das der Frau Grahl. Ganze Familien sind ausgestorben, mit ihren Häusern untergegangen. Die Stadt hat keine einzige Brücke

mehr, keinen Bäcker, keine Apotheke und kein einziges Gasthaus. Alle Lebensmittel sind vernichtet. Alle Fleischermeister sind tot. Die Stadt hat kein Gas, kein Licht, kein Trinkwasser. Die Stadt hatte 1300 Einwohner, fast der zehnte Teil ist tot."

Einige Fotos aus dem oberen Gottleubatal und dem Müglitztal (Fotos nach [1.45]):

Oberes Gottleubatal (heute Rybný Potok):

Die Gottleuba entspringt als Rybný Potok oberhalb des Dorfes Krásný Les (Schönwald) unterhalb des Erzgebirgskamms und fließt durch den Ort Krásný Les bis zur Grenze.



Abb. 1.8.10: Das Quellgebiet des Rybný Potok oberhalb von Krásný Les nach dem Hochwasser.



Abb. 1.8.11: Der Rybný Potok am Eintritt in das Dorf Krásný Les.



Abb. 1.8.12: Zerstörungen in Krásný Les.



Abb. 1.8.13: Zerstörungen in Krásný Les.

Die Müglitz

Die Müglitz entspringt bei Fotovice, überschreitet bei der Grenzschanke die Grenze und vereinigt sich am Kratzhammer mit dem Fürstenwalder Dorfbach und unterhalb von Lauenstein mit dem Roten Wasser.



Abb. 1.8.14: Die Müglitz im Ursprungsgebiet der Katastrophe. Foto: [1.45]



Abb. 1.8.15: Die Müglitz beim Bahnhof in Lauenstein.



Abb. 1.8.16: Das Sägewerk bei Bärenstein. Das gesamte Holzlager wurde weggeschwemmt.



Abb. 1.8.17: Eisenbahnbrücke unterhalb von Glashütte. Foto: [1.45].



Abb. 1.8.18: Der Bahnhof Glashütte.



Abb. 1.8.19: Die Brücke an der Schlossmühle in Weesenstein. Foto: [1.45].

Das **Hochwasser vom 8./9. Juli 1927** war aufgrund der 146 Todesopfer besonders tragisch. Schäden entstanden auch an Nebenflüssen und Bächen wie der Bahra, der Trebnitz, dem Roten Wasser sowie dem Fürstenwälder, Liebenauer und Hartmannsbacher Dorfbach. Die sich innerhalb kürzester Zeit ergießenden Niederschläge (20 Liter pro Quadratmeter in 20 Minuten auf 270 Quadratkilometer) stauten sich durch angeschwemmtes Holz vielfach an Engstellen und Brücken. Dadurch bildeten sich bis zu 8 m hohe Stauseen, welche immer wieder brachen und das Hochwasser durch Flutwellen noch verstärkten. Weggerissen wurden 83 Wohnhäuser und 113 sonstige Gebäude. 265 Häuser wurden beschädigt, 165 Straßenbrücken weggerissen und 72 beschädigt, 31 Eisenbahnbrücken und 20 Kilometer Eisenbahn zerstört, 15 Kilometer Straßen weggespült und 146 Menschenleben vernichtet. Problematisch erwies sich die Vernichtung von 110 Wohnungen, davon allein in Berggießhübel 70. Hier musste sofort Hilfe geleistet werden. An Bauten und Infrastrukturanlagen entstanden Sachschäden von über 100 Mill. Reichsmark.

Unter Leitung von vier staatlichen Notbauämtern in Lauenstein und Weesenstein für das Müglitztal und in Pirna und Berggießhübel für das Gottleubatal wurden von 58 Bauunternehmen bis zu 10.000 Arbeiter beschäftigt. Es wurden innerhalb von 14 Tagen die Talstraßen befahrbar gemacht, 132 Notbrücken errichtet und 25 Kilometer Notstraße gebaut. Danach wurden die Arbeitskräfte bis auf 1000 Arbeiter abgebaut.

1.8.2.2 Weltwirtschaftskrise

Von entscheidender Bedeutung für den starken Zulauf zu den Nationalsozialisten und den Kommunisten war die **Weltwirtschaftskrise**, die Deutschland weit härter traf als andere europäische Staaten. Nach dem dramatischen **Kurseinbruch** vom 25. Oktober 1929 an der New Yorker Wall Street wurden die kurzfristigen Auslandskredite aus Deutschland abgerufen. Der vor allem mit ausländischen Krediten finanzierte Wirtschaftsaufbau brach in sich zusammen, die ohnehin hohe Arbeitslosenzahl stieg bis auf über sechs Millionen. Armut und Verzweiflung griffen um sich. Auch auf dem Lande. Durch billige überseeische Importe und mangelnde Kaufkraft blieben die Bauern auf ihren Produkten sitzen. Durch die katastrophalen sozialen Auswirkungen wurden die deutschen **Reparationsverpflichtungen** auf der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 gegen eine Abfindungssumme von drei Milliarden Reichsmark endgültig gestrichen.

Die **Reichstagswahl** vom 14. September 1930 endete mit einer Katastrophe für die Demokratie. Die NSDAP 1928 noch eine Splitterpartei mit 2,6 Prozent der Wählerstimmen, erreichte 18,3 Prozent und wurde zweitstärkste Fraktion. Da es keine parlamentarische Mehrheit für eine arbeitsfähige Regierung gab, beauftragte Hindenburg den Zentrumsolitiker Heinrich Brüning mit der Bildung einer Minderheitsregierung, deren eigentliche Machtbasis das Recht des Reichspräsidenten zum Erlass von **Notverordnungen** und zur Auflösung des Reichstags war.

Hitler erwies sich als ein hervorragender Volksverführer. Er versprach der Bevölkerung das, was sie sich wünschte und appellierte an die Ehre und Eitelkeit der Berufsstände und scheute auch keine offensichtlichen Lügen. Ein großer Teil der Wähler kam aus der Landwirtschaft. Um diese Wähler zu gewinnen, erklärte er Deutschland zum Bauernstaat und den Bauernstand als Reichsnährstand zum Ersten im Lande. Dieser Stimmenfang gelang letztendlich.

Bei den **Reichstagswahlen** vom 31. Juli 1932 erhielt die NSDAP dann über 37 Prozent aller Stimmen, die **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** kam auf über 14 Prozent. Die Wähler hatten den "bürgerlichen" Parteien und der parlamentarischen Demokratie auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise eine klare Absage erteilt. In der Amtshauptmannschaft Pirna stimmten 27.333 für die SPD, 23.000 für die KPD und 43.105 für die NSDAP. In einigen Gemeinden sah das folgendermaßen aus:

Gemeinde	KPDSPD	NSDAP
Bad Gottleuba	154 282	469
Berggießhübel	324 233	278
Langenhennersdorf	102 290	295

Entgegen früheren Abmachungen bestand Hitler auf Neuwahlen, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erringen. Der zweite Mann in der Partei, Hermann Göring, wurde 1932 zum Präsidenten des Reichstages gewählt und war preußischer Innenminister.

Den "böhmischen Gefreiten" zum Reichskanzler zu ernennen, scheute Hindenburg sich zwar, doch Hitler stellte nicht nur die mit Abstand größte Reichstagsfraktion, sondern seine SA hatte in blutigen Kämpfen inzwischen auch "die Straße" erobert. Es herrschte politisches und wirtschaftliches Chaos. Nach heftigen politischen Unruhen mit Regierungsrücktritt wird der Reichstag aufgelöst und am 6. November neu gewählt. Die NSDAP wurde wieder stärkste Fraktion.

Die während der Revolution 1918/19 noch unüberhörbaren Stimmen der Vernunft aus dem demokratisch-pazifistischen Lager waren 1932/33 im Getöse der "Sieg-Heil"- und "Rot-Front"-Rufe untergegangen.

1.8.3 NS Regime

Mit der **Ernennung Hitlers zum Reichskanzler** war das Ende der Weimarer Republik am 30. Januar 1933 besiegelt. Hindenburg löst am 1. Februar den Reichstag auf und da von kommunistischer Seite zum Generalstreik aufgerufen worden war, unterzeichnete Reichspräsident Paul von Hindenburg eine Notverordnung "zum Schutz des deutschen Volkes", mit der politische Gegner nun radikal, aber legal unterdrückt werden konnten. Zugleich wurden der Beamtenapparat, die Verwaltung und die Polizei großflächig "gesäubert".

Aus den "nationalen Verbänden" wie **Sturmabteilung (SA)**, **Schutzstaffel (SS)** und Stahlhelm, rekrutierte Göring in Preußen 50.000 Freiwillige als "Hilfspolizisten" und rief im "Schießbefehl" vom 17. Februar 1933 zum "Gebrauch der Schusswaffe" auf.

Als dann am 27. Februar 1933 der Reichstag brannte, ordnete Göring umgehend die Verhaftung aller führenden Funktionäre der **Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)** an. Bereits am nächsten Tag erwirkte die Regierung eine Notverordnung "zum Schutz von Volk und Staat", mit der noch bestehende Grund- und Verfassungsrechte außer Kraft gesetzt wurden. Schon kurz nach dem Reichstagsbrand wurden rund 10.000 Personen verhaftet und zum Teil in "wildem" **Konzentrationslagern** untergebracht. Trotz des staatlichen Terrors kam die NSDAP bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 nur auf 43,9 Prozent aller Stimmen, zusammen mit dem Koalitionspartner **Deutschnationale Volkspartei (DNVP)** auf knapp 52 Prozent. Wie sehr sich die innenpolitischen Gewichte verschoben hatten, war schon bei der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten deutlich geworden. Sein schärfster Konkurrent war Adolf Hitler, für den im zweiten Wahlgang über 13 Millionen Wähler stimmten.

Aber die NSDAP hatte sich in den Dörfern und Städten festgesetzt. Überall konnten lokale Parteiorganisationen aufgebaut werden, die den Führerkult zelebrierten. Die Wendung zum autoritären Regime nach 1933 kam also nicht unerwartet. Man hatte sich daran gewöhnt, dass es kaum eine parlamentarische Kontrolle der Politik gab, und sah man sich in Europa um, dann erblickte man Ähnliches.

Hitler waren die herkömmlichen Kategorien der europäischen Politik gleichgültig und er verfolgte nur die Ziele: Die **Vernichtung der Juden** und den **Krieg zur Errichtung der Weltherrschaft**.

Ein Kesseltreiben gegen Minderheiten, die nicht dem "arischen" Ideal entsprachen, eine Uniformie-

ung und Gleichschaltung mit dem Anspruch, alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens mit nationalsozialistischer Ideologie zu durchdringen, sowie das Bemühen, Deutschland möglichst schnell für den beabsichtigten Eroberungskrieg aufzurüsten, waren die wesentlichsten Merkmale der NS-Herrschaft. Das abgestimmte Zusammenspiel von Terror und Propaganda, aber auch die Erfolge in der Außenpolitik, trugen ebenso wie die sich erholende Wirtschaft dazu bei, dass die Bevölkerung das NS-Regime im Großen und Ganzen akzeptierte. Aber es gab auch von Anfang an fundamentalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Viele Gegner des Nationalsozialismus sahen sich angesichts persönlicher Verfolgung bald zur Emigration gezwungen, andere zogen die "innere Emigration" vor.

Der nächste Schritt in Richtung einer Diktatur war das am 23. März 1933 verabschiedete **Ermächtigungsgesetz**, das Reichstag und Reichsrat von der Gesetzgebung ausschloss. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte nur die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**. Die Gewerkschaften, deren jahrzehntelange Forderung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, Hitler demonstrativ umgesetzt hatte, wurden aufgelöst und wenig später der **Deutschen Arbeitsfront (DAF)** eingegliedert. Anfang Juli 1933 waren alle Parteien mit Ausnahme der NSDAP aufgelöst und der Einparteienstaat errichtet.

Rund fünf Monate nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war die **"Machtergreifung"** im Wesentlichen vollzogen.

Das Streben von Adolf Hitler war von Anfang an darauf gerichtet, für Deutschland die Weltvormacht zu erringen. Dazu benötigte er eine leistungsfähige Industrie und Landwirtschaft.

Um die **Landwirte** für seine Ziele einzuspannen, versprach er ihnen, ihr Ansehen in der Bevölkerung aufzuwerten und ihnen einen sicheren Platz in der "Volksgemeinschaft" einzuräumen. Die Landwirte wurden als **"Nährstand"** zum ersten Stand im Reich erhoben. Der Missbrauch der menschlichen Eitelkeiten sollte sich bei den Wahlen auszahlen. Nach der Wahl löste Hitler mit dem **Reichserbhofgesetz** vom 29. September 1933 sein Wahlversprechen ein (1947 durch Kontrollratsbeschluss aufgehoben). Dieses Gesetz wertete scheinbar den Bauernstand gesetzlich auf. Ziel war es, die Bauernhöfe vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang zu schützen. **Bauer** durfte sich fortan nur nennen, wer ehrbar, rassistisch rein und von guter Gesinnung war, wenn sein Hof als **"Erbhof"** mindestens 150 Jahre in Familienbesitz war sowie eine Größe von ca. 7,5 bis 125 ha hatte. Konnte der Bauer diese Bedingungen erfüllen, konnte der Hof in die **Erbhofrolle** aufgenommen werden. Interessant dabei war, dass diese Zustimmung ein Art Enteignung war. Der Bauer konnte den Hof oder Teile davon nicht mehr verkaufen und konnte den Hof nicht als Sicherheit bei Investitionen einsetzen. Selbst den Erben bestimmte letztendlich das **Anerbengericht**. Dem Bauern wurde jedoch wirtschaftlich Sicherheit gegeben. Seine Produkte wurden ihm vollständig für feste Preise abgenommen, auf die Preise hatte er jedoch keinen Einfluss. Bauern, die die Bedingungen nicht erfüllten, waren fortan **Landwirte**. Absatz und Preise waren für die Bauern kein Thema mehr. Alles wurde staatlich geregelt. Auf diese Art spannte Hitler die Bauernschaft als williges Zugpferd für seine politischen Ziele ein. Das war die wichtige Vorbereitung für die **"Ernährungsschlacht"** zur Selbstversorgung des Reiches für den Kriegsfall.



Abb. 1.8.20: Aufforderung zum Hitlergruß an der Tür in einem Amt. Foto: Wikipedia

Den Fehler des Kaisers im Ersten Weltkrieg wollte Hitler nicht wiederholen. Die Selbstversorgung wurde aber damit auch nicht erreicht.

Mit der Reichstagswahl am 12. November 1933 bekam Hitler seine Zweidrittelmehrheit, die ihm alle diktatorischen Freiheiten verschaffte und ihn vor dem Ausland legitimierte.

Der immense Arbeitskräftebedarf für die Aufrüstung, aber auch die Fortführung von bereits vor 1933 ausgearbeiteten Programmen zur Arbeitsbeschaffung, wie der **Reichsarbeitsdienst** für Männer und Frauen, reduzierte die Zahl der Arbeitslosen ebenso, wie etwa die Ehestandsdarlehen, mit denen Frauen gezielt dem Arbeitsmarkt entzogen wurden. Zahlreiche, mit großem Propagandaaufwand durchgeführte Kampagnen des **Winterhilfswerks (WHW)** gegen Hunger und Armut oder die Angebote der **NS-Volkswohlfahrt**, vermittelten der Bevölkerung das Gefühl einer solidarischen Volksgemeinschaft. Zahlreiche NS-Organisationen prägten das Alltagsleben der Deutschen jeglichen Alters.

Für Kinder und Jugendliche wurde 1936 die Zwangsgliedschaft in der **Hitler-Jugend (HJ)** eingeführt. Eine spezifische NS-Frauenpolitik mit der Idealisierung der Mutterschaft wurde den Frauen im Deutschen Reich insbesondere durch die NS-Frauenschaft nähergebracht.

Eine kleine Bemerkung am Rande, die die Stimmung und das Verhalten der Menschen im 3. Reich charakterisiert:

Nach der Machtergreifung verschwand nach und nach die gemütliche Begrüßung mit "Guten Tag", "Guten Morgen" und "Guten Abend" aus dem öffentlichen Geschehen. Gefordert wurde von der NSDAP der Gruß "Heil Hitler". Anfangs wurde die Forderung belächelt, aber nach und nach fügten sich die Menschen, denn als guter Deutscher wollte man auf der richtigen Seite stehen. Ein verstoß gegen diese Forderung hatte im Arbeitsleben und im öffentlichen Umgang unangenehme Konsequenzen. Das ging so weit, dass wir in der Schule den Unterrichtsbeginn mit diesem Gruß begannen.

Wir Kinder gingen unschuldig mit diesem Problem um. Der sowjetische Ortskommandant wurde z. B. bei einem Schulbesuch 1945 zackig mit dem Hitlergruß empfangen und wir konnten nicht verstehen, dass der Lehrer blass wurde. Der Kommandant antwortete lächelnd mit "Guten Morgen".

In der Familie blieb natürlich alles beim Alten.

Mit Rückgang der Arbeitslosigkeit und durch populäre Organisationen, wie **Kraft durch Freude (KdF)**, erhöhte sich die Akzeptanz des Dritten Reichs, dessen innen- und außenpolitischen Erfolge unübersehbar waren.

Die **Olympischen Sommerspiele 1936** wurden vom 1. bis 16. August 1936 in Berlin ausgetragen. Als das offizielle Ergebnis der Abstimmung vom IOC 1931 über die Vergabe der Spiele bekannt gegeben wurde, schien die Durchführung der Spiele nach den Grundsätzen der "olympischen Idee" für das Deutschland der Weimarer Republik noch möglich zu sein. Nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 rief aber insbesondere in den USA die Diskriminierung der Juden in Deutschland eine Welle der Empörung und Verachtung hervor und führte zu Überlegungen, die Olympischen Spiele in Deutschland zu boykottieren. Die US-amerikanische Regierung wollte ausdrücklich keinen Einfluss auf die Diskussion nehmen und stellte dem NOK der USA die Entscheidung über Teilnahme oder Boykott frei.

Die Befürworter im amerikanischen NOK setzten sich am 8. Dezember 1935 mit 58 : 56 Stimmen gegen die Boykott-Unterstützer durch und die USA nahmen an den Olympischen Sommerspielen in Berlin teil. Die meisten anderen Nationen schlossen sich darauf dieser Haltung an. Nur die Sowjetunion sagte ihre Teilnahme ab.

Für Deutschland, das als Angreifer und Verlierer des Ersten Weltkrieges angesehen wurde und aus diesem Grund zu den Olympischen Spielen 1920 und 1924 nicht eingeladen worden war, bedeutete die Vergabe der Olympischen Spiele nach Deutschland einen Vertrauensbeweis.

Angesichts der propagandistischen Möglichkeiten, die eine erfolgreiche Durchführung der Olympischen Spiele 1936 bieten würde, betonte Reichskanzler Adolf Hitler, dass er alles tun werde, um die Spiele so vollkommen wie möglich zu gestalten. Mit den Olympischen Spielen wollte er der ganzen Welt zeigen, dass Deutschland unter seiner Führung ein friedliebendes, soziales und wirtschaftlich aufstrebendes Land sei. Um eine Verlegung der Spiele ins Ausland zu verhindern, ging Adolf Hitler offiziell auf die Forderungen des IOC nach Einhaltung der olympischen Regeln ein. Die Regierung verpflichtete sich dazu, einen freien Zugang "für alle Rassen und Konfessionen" in die Olympiamannschaften zu erlauben. Am Ende gehörte aber nur eine "Halbjüdin" der deutschen Olympiamannschaft an, die Fechterin Helene Mayer, die eine Silbermedaille gewann. Auf Weisung Hitlers wurden alle antisemitischen Aktionen im Reich während der Spiele ausgesetzt. Die Olympischen Sommerspiele 1936 (offiziell Spiele der XI. Olympiade genannt) wurden dann vom 1. bis 16. August 1936 in Berlin ausgetragen.



Abb. 1.8.21: Olympiastadion Berlin 1936. Quelle: Wikipedia.

Zu diesen Olympischen Spielen fand zum ersten Mal ein **Fackellauf** statt. Nach der Idee von Carl Diem wurde eine Olympische Fackel in Griechenland entzündet und durch 3400 Fackelläufer zur Eröffnungsveranstaltung nach Berlin getragen. Der Lauf führte durch sieben Länder über eine Distanz von 3075 Kilometern. Der Lauf begann in Olympia (20. Juli) und führte über die Stationen Athen, Delphi, Sofia (25. Juli), Belgrad (27. Juli), Budapest (28. Juli), Wien (29. Juli) und Prag (30. Juli). Am 1. August um 11:42 Uhr erreichte die Fackel das Berliner Stadtgebiet. Die Begebenheiten auf der Strecke in den Ortsteilen der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel sind in den betreffenden Stadtteilchroniken zu finden.

1.9 Zweiter Weltkrieg

1.9.1 Vorbereitung des Krieges

Die "**Heimkehr der Saar**", das kurz nach Wiedereinführung der **allgemeinen Wehrpflicht** abgeschlossene **Flottenabkommen** mit Großbritannien, der **Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland**, die auch im Ausland bewunderte Organisationsleistung bei den Olympischen Spielen 1936 und der "**Anschluss Österreichs**" waren Etappen Deutschlands auf dem Weg zum gleichberechtigten Partner der Siegermächte des Ersten Weltkriegs (Erstellt unter Verwendung von [1.46]).

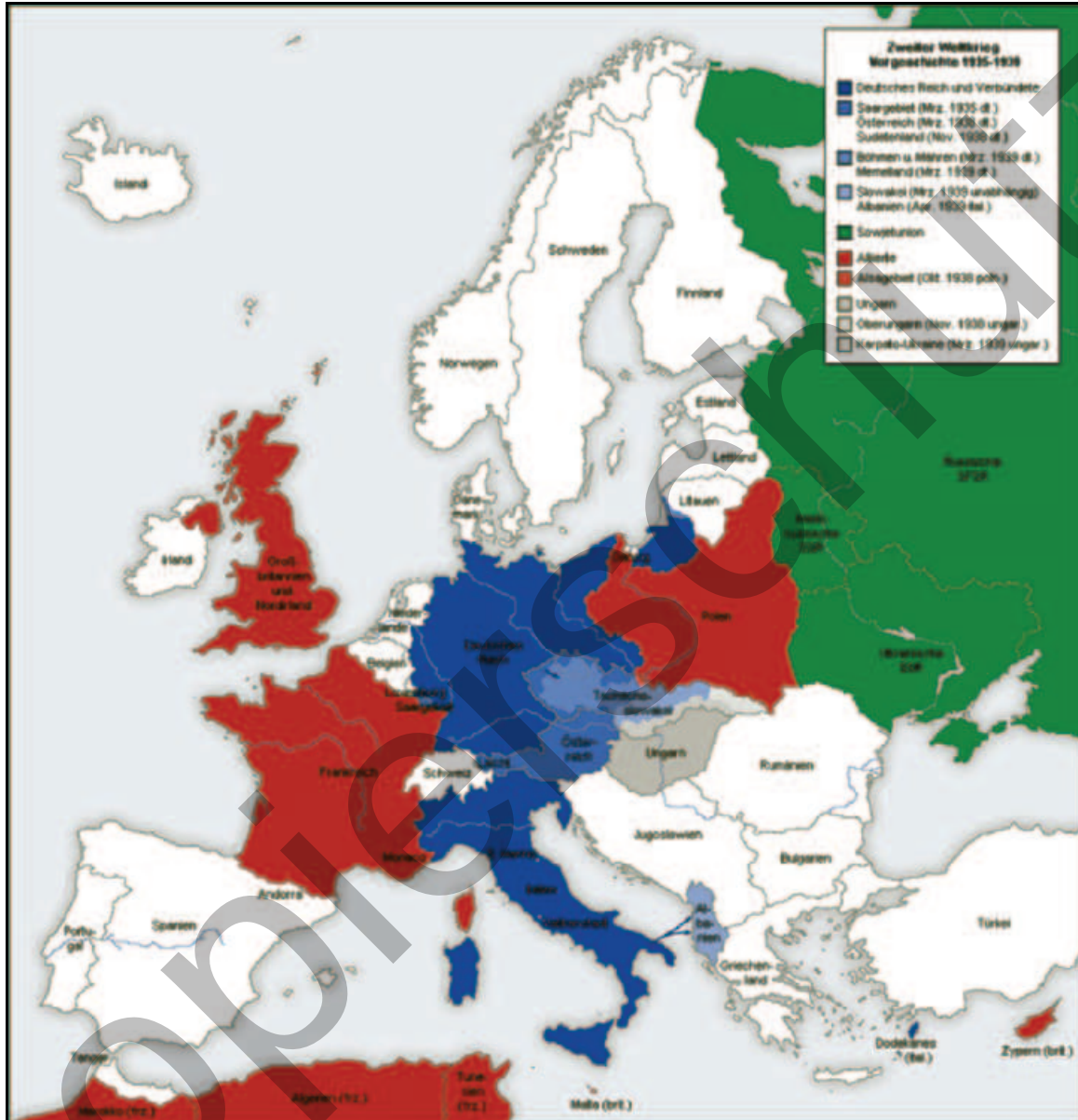


Abb. 1.9.1: Europa zu Beginn des Zweiten Weltkrieges nach [1.46]

Die Politik zur Erringung der Vormachtstellung in Europa wurde von Nazideutschland vorerst mit propagandistischen Mitteln fortgesetzt. Der nächste geplante Schritt war die Besetzung des Sudetenlandes. Die restriktive Politik der tschechoslowakischen Regierung gegen die deutschsprachigen Einwohner seit 1919 und die positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland unter Hitler, stärkte das Selbstbewusstsein dieser Bürger und sie begannen mit Unterstützung aus dem Reich politisch aktiv zu werden, um ihr Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Die tschechoslowakische Führung reagiert auf die Forderungen der deutschsprachigen mit Repressalien und der Errichtung eines Grenzwalles mit umfangreichen Bunkeranlagen an der Grenze zu Deutschland, Österreich und Ungarn, die man noch heute bei Wanderungen antrifft.

In umfangreichen Volkskundgebungen unterstützten z. B. am 1. Mai 1938 die Sudetendeutschen die Forderungen der **Sudetendeutschen Partei** nach mehr Autonomie. 70.000 Menschen versammelten sich auf dem Außiger Marktplatz. 850 Mann waren bei strömendem Regen aus Petrovice gekommen, ebenso viele aus Krásný Les (Schönwald), um einige Orte des Bezirkes von Usti n. L.

(Außig) zu nennen. **Konrad Henlein**, der Hauptredner des Tages, betonte in seiner Ansprache die Rechte der deutschsprachigen Volksgruppe, die nach der vollen Gleichberechtigung im Staate verlange. Bei den Gemeindewahlen am 29. Mai 1938 wurden in Petrovice (Peterswald) 1.862 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Sudetendeutsche Partei 1684 Stimmen (27 Mandate), auf die Kommunisten 114 Stimmen (zwei Mandate), auf die tschechischen Nationalsozialisten 64 Stimmen (ein Mandat). Die Lage wurde kritisch. Die Folge war die **tschechische Mobilisierung am 21. Mai 1938**.



Abb. 1.9.2: Tschechische Panzersperre an der Straße von Oelsen nach Schönwald (Krásný Les). Foto: Archiv Oelsen

In Petrovice wurde die Straße nach Sachsen beim tschechischen Zollamt mit Wagen verbarrikadiert, die mit Mist, Steinen und Ackergeräten beladen waren. Durch die Gendarmerie wurde ein Ausgehverbot nach 20 Uhr abends verfügt. Der ganze Ort und die Grenze wurden durch den Grenzschutz besetzt. Niemand durfte auf die Felder, sodass die Feldarbeit stockte. Die Feldwege wurden durch tiefe Gräben bis zu drei Meter Tiefe unbefahrbar gemacht. An der Grenze wurden Steinbarrikaden errichtet. Nach dem 21. Mai wurden Barrikaden aus Waldbäumen und Steinen errichtet. Die Straßen und Brücken wurden unterminiert und Bunker ausgebaut. Auf den Feldern wurden Maschinengewehrnester eingerichtet.

Jede propagandistische Gelegenheit

wurde von den Nazis in Deutschland benutzt, um die inzwischen gespannte Situation weiter aufzuheizen. Dazu gehörten auch volkstümliche Ereignisse, wie die Sonnenwendfeier am tschechischen Dorf Ostrow (Eiland) unmittelbar an der Grenze. Die Veranstaltung Ende 1938 ist als das sogenannte **Grenzlandsingen** bekanntgeworden (siehe H. G. Hering: "Vor 80 Jahren, Sonnenwendfeier vor Eiland" in "Klatsche" Dorfblatt Rosenthal Nr. 8/18).



Abb. 1.9.3: Die organisierte Menge der deutschen "Sänger" am Teich auf der deutschen Seite. Foto: Gerhard Kleindt, Rosenthal.



Abb. 1.9.4: Im Hintergrund Güttlers Gasthaus auf tschechischer Seite. Foto: Gerhard Kleindt, Rosenthal.

Die Veranstaltung wurde von der Hitlerjugend (HJ) und dem Bund deutscher Mädchen (BDM) über die NSDAP von Rosenthal organisiert. An dem Felsen Grenzplatte wurde auf deutschem Gebiet eine riesige Hakenkreuzfahne angebracht, die somit direkt über dem Dorfe wehte. Tausende Deutsche begaben sich entlang der Straße in Richtung Ostrow zu einer Wiese vor den tschechischen Sperranlagen. Auch auf der tschechischen Seite stand eine große Masse Sudetendeutsche. Gemeinsam begingen sie mit Fackeln, Trompeten, Feuerwerk und Singen von Heimatliedern begeistert und friedlich die Sonnenwendfeier. So wurde von den Nazis die "Heim ins Reich" Stimmung auf der tschechischen Seite geschürt.

Zur Lösung dieser deutschen Krise wurde die internationale **Münchener Konferenz** einberufen. Das **Münchener Abkommen** wurde in der Nacht zum 30. September 1938 von den Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und des Deutschen Reichs unterzeichnet. Vertreter der Tschechoslowakischen Republik waren nicht eingeladen. In dem Abkommen gaben die Regierungschefs ihre Zustimmung zur Eingliederung des Sudetenlandes in das deutsche Reich (1974 wurde der

Vertrag von den beteiligten Ländern als "nichtig" erklärt).

Die **Besetzung des Sudetenlandes** auf der Basis des Münchner Abkommens ab dem 1. Oktober 1938 geschah unmittelbar vor unserer Haustür.



Abb. 1.9.5: Karte mit den Verhältnissen um Eiland 1938. Erstellt mit [1.48].



Abb. 1.9.6: Das Hamburger Infanterieregiment bei der Besetzung des Sudetenlandes am 3.10.1938 auf der Hellendorfer Straße in Berggießhübel. Über dem unbebauten Kaffeeberg die Pfarre.

Die im Rittergut Oelsen untergebrachten **Sudetendeutschen Freikorps** marschierten über Krásný Les in das Sudetenland ein. Am 2. Oktober zogen die Tschechen aus Petrovice ab. Am Montag, den 3. Oktober, wurde im ganzen Orte geflaggt und geschmückt. Um 13.30 Uhr erreichte die Spitze des motorisierten Infanterie-Regiments Hamburg-Itzehoe die ehemalige Grenze und legte den Grenzpfahl feierlich um. In der nächsten Stunde wurden die Barrikaden beim Zollamt weggeräumt und die Truppen wurden von den Deutschen mit Begeisterung empfangen. Die Soldaten blieben sechs Tage Gäste des Ortes. Danach wurden bis zur Besetzung 1939 die tschechische Bevölkerung ausgesiedelt und Deutsche zur Besiedelung angeworben, was die antideutsche Haltung der Tschechen verstärkte und sich bitter rächen sollte. Juden und Kommunisten flohen in das unbesetzte Land. Die von den Tschechen geschaffenen, teilweise sehr guten Grenzbefestigungen, wurden so kampflos auf diplomatischem Wege eingenommen. Die Besetzung der "Rest"-Tschechoslowakei erfolgte am 15./16. März 1939. In einem Führererlass erklärte Adolf Hitler sie zum Reichsprotektorat, d. h. zu einem Teil des Deutschen Reichs. Viele politische Gegner, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie Emigranten und eine große Anzahl Juden wurden verhaftet und kamen in Lager. Als Folge der Besetzung und weitergehender Forderungen Hitlers an Polen, gaben wider Erwarten England und Frankreich eine Garantieerklärung für die Unabhängigkeit Polens ab.

1.9.2 Beginn des Zweiten Weltkrieges

Am 1. September 1939 fiel unter einem durchsichtigen Vorwand die deutsche Wehrmacht und am 17. September 1939 entsprechend der Abmachung im **Stalin-Hitler-Pakt**, auch die Rote Armee in Polen ein. Der **Zweite Weltkrieg** hatte begonnen. Am 28. September kapitulierte Warschau.

Als erste unmittelbare Maßnahme zur Sicherung der Ernährung im Kriege wurde am 26. September 1939 die zentrale Zuteilung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern geregelt. Bei einem Kauf von Lebensmitteln war ab diesem Datum nicht nur Geld sondern auch ein Bezugsschein benötigt. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg hat die deutsche Bevölkerung während des Krieges nie große Not gelitten. Die Haltung der Nationalsozialisten war: "Wenn Menschen hungern müssen, dann keine deutschen". Die fehlenden Nahrungsmittel wurde aus den besetzten Gebieten geholt.

Die Bauern waren schon immer im hohen Maße Selbstversorger und hatten damit keine Probleme. Ab dem 27. August 1939 war jedoch ein Teil der bäuerlichen Freiheiten dahin. Mit der "Verordnung über die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse" zog die "Erzeugungsschlacht" in das Dorfleben ein. Der **Ortsbauernführer** führte für jeden Hof eine Bestands- und Beratungskarte und hatte damit einen Überblick über den Tierbestand, die Anbauflächen, den Anbau und die Ernteergebnisse. Regelmäßig kontrollierte der Ortsbauernführer die Vorgaben und belohnte die Leistung und ahnte die Verletzungen der Abgabepflichten. Gegen Ende des Krieges gab es sogar Todesurteile für das Schwarzschlachten oder den Diebstahl von Lebensmitteln.

Obgleich es in der Propaganda für unmöglich galt, dass feindliche Bomber Deutschland erreichen würden, gab es bereits vor Kriegsausbruch **Luftschutzmaßnahmen**. **Luftschutzunterricht** in den Schulen fand schon 1933 statt. Die wiederholten sich in den Folgejahren mit Verdunkelungsübungen und Kontrollen. Obwohl bei Kriegsausbruch Kellerräume als Luftschutzräume auszuweisen und dort

wie auch auf den Böden Löschmittel bereitzustellen waren, erschien alles das mehr als eine formale Pflichtübung. An den "Ernstfall" dachte noch kaum jemand, war doch der Kreis Pirna frei von Rüstungsbetrieben. Die Hauseigentümer waren aufgerufen, ihre Keller soweit als möglich als Luftschutzräume herzurichten. Wo das mit einigem Aufwand zu bewerkstelligen war, sah man auch nach dem Kriege noch an den **LSR-Aufschriften** mit Pfeilen an den Hauswänden. Der Keller unsers Zweifamilienhauses in Berggießhübel hatte keine Aufschrift, da er nicht als bombensicher eingestuft wurde. Wir sollten den ausgewiesenen tiefen Luftschutzraum am Markt benutzen.

Am 1. September 1939 erließ der Ministerrat für Reichsverteidigung eine Verordnung, in der das **Abhören ausländischer Sender** mit Zuchthaus bestraft wurde, in besonders schweren Fällen mit dem Tode. Abends waren alle Fenster zu verdunkeln. Am 15. Oktober 1939 erging die Anweisung, dass sich ledige weibliche Personen der Geburtsjahrgänge 1920 und 1921 zwecks Erfassung für den weiblichen Arbeitsdienst zu melden hätten. Am 1. November 1939 erfolgte der Aufruf an alle deutschen Männer vom vollendeten 18. bis 45. Lebensjahr, sich militärisch ausbilden zu lassen.

1940 nahm Deutschland Dänemark kampflos und besetzte Norwegen. Am 10. Mai 1940 griffen sieben deutsche Armeen die Niederlande, Belgien und Luxemburg an. Am 14. Juni wurde Paris besetzt. England wurde bombardiert, Griechenland und Jugoslawien 1941 eingenommen.

Am 22. Juni 1941 wurde die Sowjetunion mit 149 Divisionen angegriffen. Am 29. Juni 1941 rief **Stalin** den **Großen Vaterländischen Krieg** aus, da waren Minsk und Kiew schon eingenommen. Ende 1941 blieb der Angriff vor Moskau stecken. Am 28. Mai 1942 wurde Charkow erobert, und im August standen die Deutschen und Rumänen im Kaukasus, in Abchasien, an der Kuma und der Kalmücksteppe. Am 21. August 1942 wehte die Reichskriegsflagge auf dem 5.633 m hohen Elbrus.



Abb. 1.9.7: Das von Nazideutschland besetzte Europa 1941 nach [1.46]

Am 23. August befahl Hitler den Angriff auf Stalingrad. Die folgerichtige Niederlage der deutschen Armee nahm ihren Anfang. Am 2. Februar 1943 kapitulierte Generalfeldmarschall Paulus in **Stalingrad**. Von 100.000 Gefangenen kehrten nach dem Krieg nur 6.000 in die Heimat zurück. Nach der verlorenen **Schlacht bei Kursk** gingen die Deutschen zurück. Am 10. Juli 1943 landeten die Alliierten

auf Sizilien.

Ab Juni 1940 meldete die hiesige Presse den ersten "Heldentod" von Männern aus unseren Orten. Im Deutschen Reich wurden die Männer knapp. In der Landwirtschaft und Industrie wurden sie durch **Fremdarbeiter** ersetzt, die in ihren Heimatländern willkürlich requiriert wurden. Besonders hart traf es aber die kleinen Gewerbebetriebe. In der Heimat war alles rationiert. Essen und Heizung waren knapp. Die Großstädte wie Hamburg, Berlin, Dresden, Köln usw. wurden systematisch zerstört. Die Männer fielen im Krieg oder erfroren im russischen Winter. Mein Großvater hatte 8 Kinder. Alle Söhne und Schwiegersöhne befanden sich an der Front. Er stellte besonders nach dem Tod von zwei Söhnen ständig Anträge, mindestens einen Sohn freizustellen, um die Klempnerei weiter führen zu können. Vom damaligen Bürgermeister Landgraf wurden sie befürwortet. Mein von einer Verwundung genesene Vater wurde UK gestellt und an einen kriegswichtigen Betrieb nach Brux (Hydrierwerk) überwiesen. Erst nach Kriegsende kam der letzte Sohn, ein U-Bootfahrer, zurück.

Entscheidend war die Landung der Alliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie. Die zweite Front unterstützte die Rote Armee. Im Juli 1944 erreichte die Rote Armee Lemberg, dann Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien und im Februar 1945 Budapest. Im März 1945 erreichten die Alliierten den Rhein. Die Front kam zurück und vor ihr flohen die Deutschen. Die Frauen kämpften mit den Kindern ums Überleben. Am 25. September 1944 unterzeichnete Hitler den Erlass über die Bildung des **Deutschen Volkssturms**, der alle waffenfähigen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren umfasste. Der Volkssturm sollte den Heimatboden mit allen Waffen und Mitteln verteidigen, soweit sie dafür geeignet erschienen. In Berggießhübel errichtete der Volkssturm in den letzten Kriegstagen die Panzersperre in der Kurve oberhalb des Ladenberges. Nachdem ein Panzer der Roten Armee, bei dem Versuch sie zu umfahren, den Hang herunterrutschte, wurde sie innerhalb kurzer Zeit beseitigt. Im Sommer 1944 wurden 317 **Gemälde der Dresdner Galerie "Alte Meister"** in den Eisenbahntunnel im Lohmgrund bei Cotta eingelagert. Diese Exponate waren aus Sicherheitsgründen vorher in die Albrechtsburg Meißen ausgelagert worden. Der 252 m lange Tunnel war gebaut worden, um zur Eisenbahnlinie Pirna Großcotta vom Bahnhof Großcotta einen Werkbahnanschluss zu den im Lohmgrund befindlichen Steinbrüchen herzustellen. Im bombensicheren Tunnel befand sich eine feste, mit Klimaanlage versehene Holzbaracke. Die Gemälde wurden darin untergebracht. Im Oktober 1944 kam noch ein Güterwagen mit Klimaanlage hinzu. In diesem Wagen befanden sich auch die berühmte "Sixtinische Madonna" und zwei weitere Gemälde sowie die Baupläne des Zwingers. Der Güterwagen war durch drei Sprengschutzwände gesichert. Zur Pflege der Gemälde waren die Restauratoren Unger und Heese eingesetzt. Sie wohnten bei der Familie Müller in Cotta A, Nr. 78, in unmittelbarer Nähe des Tunnels. Eine Wachmannschaft der Polizei, stationiert in der Kantine der Steinbruchfirma Fleck & Illmert, war verantwortlich für die Sicherheit der Gemälde. Als in den letzten Kriegstagen die Stromversorgung ausfiel, bestand die Gefahr der völligen Vernichtung der unersetzlichen Kunstschatze, da die Klimaanlage nicht mehr arbeitete. Sofort nach der Befreiung durch die Rote Armee meldete der Restaurator Heese den Standort der Gemälde der Kommandantur in Pirna-Rottwerndorf. Eine Spezialeinheit übernahm die Bergung der Exponate. Diese Einheit unter W. P. Perewostschikow, den Marschall Konew mit der Bergung beauftragt hatte, sicherte und verbrachte die im Tunnel geborgenen Schätze zunächst nach Pillnitz, wo sie von Leuten der Trophäenkommission gesichtet und zum Transport in die Sowjetunion vorbereitet wurden. Sie verließen Deutschland am 31. Juli 1945, gelangten über Kiew nach Moskau, wo sie eingelagert wurden. Bekanntlich übergab am 25. August 1955 die UdSSR einer Regierungskommission der DDR 750 Gemälde der Galerie. Weitere Übergaben an die DDR fanden 1956 und 1958 statt.

Durch die sowjetischen Offensive im Januar 1945 fiel die ganze Ostfront auseinander. Der schnelle Vorstoß überrollte teilweise die Flüchtlingstrecks und große Teile davon versuchten sich nach Norden zur Küste durchzuschlagen, in der Hoffnung, dass über die Ostsee noch eine Fortsetzung der Flucht möglich sei.

Ab Ende 1944 kamen nicht enden wollende Flüchtlingsströme in Deutschland an. Im April 1945 erreichte die Rote Armee Sachsen und unsere Bevölkerung erlebte zum ersten Mal die unheilvolle Durchhaltepolitik Hitlers direkt. Diese "Umquartierung" war nach den Bombenflüchtlingen (bei uns waren es in erster Linie Hamburger und Dresdner Ausgebombte) der zweite große Flüchtlingsstrom, mit dem die Region konfrontiert wurde. Der Krieg kehrte zum Verursacher zurück. Die Flüchtlinge rechts der Elbe wurde aufgefordert, die Gemeinden in Richtung Westen zu verlassen, sich "umzuquartieren". Die Generale Schörner²² und Gräser versuchten den Vormarsch der Russen mit einem

²² **Generaloberst Ferdinand Schörner** wurde noch am 5. April 1945 von Hitler zum Generalfeldmarschall und in seinem Testament zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. Schörner gehörte zu den Generälen, die den Krieg als Durchhaltegeneräle im Sinne Hitlers bis zuletzt weiterführten. Dazu bediente er sich unmenschlicher Führungsmethoden. Am 15. 5. wurde er in der Alpenfestung als letzter Befehlshaber von den Amerikanern gefangen genommen und an die Russen ausgeliefert. Die Russen verurteilten ihn zu 20 Jahren Haft, die von Stalin auf 10 Jahre reduziert wurde. 1954 wurde er aus der russischen Gefangenschaft entlassen und 1957 in München zu 4 Jahren Gefängnis wegen seiner Führungsmethoden verurteilt.

Gegenangriff aufzuhalten. Der Volkssturm wurde aktiviert und z. T. bewaffnet. Unter großen Verlusten schlug dieser Vorstoß fehl. 4000 Rotarmisten und 3000 polnische Soldaten verloren dabei in den letzten Kriegstagen ihr Leben. Hinzu kamen 2000 deutsche Soldaten, Volkssturmlaute und Zivilisten. Allein in Bautzen wurden dadurch 30 % der Wohnungsbestandes zerstört.

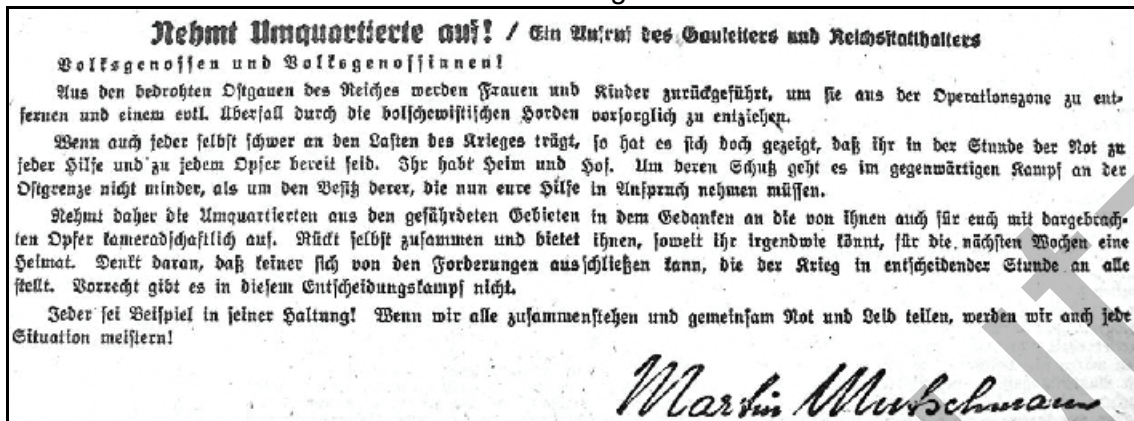


Abb. 1.9.8: Umquartierungen nannte Gauleiter Mutschmann die Aussiedlung von Frauen und Kindern vor der heranrückenden Front. Internet, Wikipedia

1.9.3 Kriegsende und bedingungslose Kapitulation

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa berieten die Siegermächte im Juli und August 1945 in Potsdam über die weitere Zukunft Europas und Deutschlands.



Abb. 1.9.9: Die Grenzen von Deutschland nach der Potsdamer Konferenz nach Wikipedia.

Deutschland wurde in vier Besatzungszonen eingeteilt. Seine Ostgebiete (Pommern, Schlesien, Ostpreußen) wurden vorbehaltlich einer endgültigen Friedensregelung der Verwaltung Polens und der Sowjetunion unterstellt. Polen erhielt dadurch eine neue Grenze im Osten und im Westen ("Oder-Neiße-Grenze").

Das durch die Bestimmungen des Münchner Abkommens von 1938 von Deutschland eingegliederte Sudetenland fiel an die Tschechoslowakei zurück.

Aufgrund der durch die drei Hauptsiegermächte de facto beschlossenen Gebietsverkleinerung Deutschlands wurden nach unterschiedlichen Angaben zwischen 12 und 14 Millionen Deutsche (Schlesier, Sudetendeutsche, Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburger, Donauschwaben und Danziger) aus ihrer angestammten Heimat vertrieben.

Vergleicht man anhand der Bilder die Größe Deutschlands nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, so wird deutlich, dass der Nationalismus und Faschismus Deutschland einen großen Teil seines Territoriums gebracht hat, ganz abgesehen von dem unbeschreiblichen Leiden der Bevölkerung und der unglaublich hohen Zahl der Toten.

Als erstes der **Angriff auf Dresden am 13. Februar 1945**, mit dem taghellen Horizont mitten in der Nacht und den unzähligen Flugzeugen in der Luft (wir wohnten in der Abflugrichtung der Bomber B17).

Der **Luftschutzraum** für Berggießhübel war eine im Kriege geschaffene Erweiterung im Hildebrandstolln am Markt, der aber von unserer Familie nie benutzt wurde. Die Bewohner der Siedlung, in der wir wohnten, hatten keine bombensicheren Keller und gingen aus Bequemlichkeit in den als Luftschutzraum nicht ausgewiesenen Straßentunnel an der Hohen Straße, der kaum 2 m tief war und unter der Rückzugsstraße der Wehrmacht lag. Das nächtliche Aufsuchen des Tunnels war für uns Kinder fast ein Gaudi. Die Erwachsenen sahen dies anders, besonders die Frauen, die allein auf sich gestellt waren.

Nach dem militärisch völlig sinnlosen **Angriff auf Dresden am 13. Februar 1945** mussten die vielen Ausgebombten untergebracht werden. Wie nach dem Angriff auf Hamburg, bei dem wir eine Familie aus Hamburg unterbringen mussten, bekamen wir eine Familie aus Dresden zur Einquartierung. Sie bestand am Anfang nur aus der Frau, da der Mann noch in russischer Kriegsgefangenschaft war. Sie wohnte im 1. Stock in unserem späteren Kinderzimmer und war immer ein netter Hausgenosse. Oft

tröstete sie uns beiden Jungen, wenn wir die Strafen für Dummheiten erhalten hatten und steckte uns etwas zu. Sie hatte selbst keine Kinder. Als ihr Mann Anfang 1950 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, wurde es im Haus eng. Bald danach zogen sie dann aus. Im Gegensatz zu meinem Vater, der wegen einer Verwundung nur den Polen- und Frankreichfeldzug mitmachen musste, erzählte unser Untermieter nie etwas über seine Kriegserlebnisse.



Abb. 1.9.10: Vorbereitung der Verbrennung der Toten auf dem Altmarkt in Dresden 1945. Foto: nach [1.46]



Abb. 1.9.11: Dresden 1945, oben in der Mitte der Pirnaische Platz. Foto: nach [1.46]

Sicher hat es in der Geschichte der Menschheit schon viel Grausames gegeben, aber solche Ausmaße eines planmäßigen organisierten Mordens, wie in den **Konzentrationslagern** der Nazis, waren noch nie erreicht worden. Auch unsere Region wurde mit diesen unmenschlichen Ereignissen konfrontiert, wobei das menschliche Bestreben vorherrscht, derartige schreckliche Begebenheiten möglichst schnell zu vergessen.

In den letzten Kriegsmonaten wurden die KZ-Lager beim Anrücken der Front evakuiert und die Menschen auf **Todesmärschen** in die Vernichtungslager geschickt. Es existierte ein Befehl Himmlers, dass kein Häftling lebend in die Hände der Feinde fallen durfte.

In der Rüstungsproduktion des Zeiss-Konzerns in Dresden Reick (Fertigung von Bombenzündern) waren von Oktober 1944 bis April 1945 vorwiegend jüdische, weibliche, osteuropäische KZ-Häftlinge aus den Lagern Auschwitz und Bergen-Belsen eingesetzt. Die Evakuierung sollte über das Osterzgebirge zur "Vernichtung" nach Terézín (Theresienstadt) erfolgen. Es wurden zwei Transporte mit je 200 Häftlingen gebildet, die im Februar und April vom Bahnhof Neundorf über Langenhennersdorf und Berggießhübel (Talstraße und Hohe Straße) getrieben wurden und in Hellendorf Rast machten.

Im April kam ein weiterer Transport mit ca. 150 männlichen Häftlingen, die einen sehr schlechten gesundheitlichen Zustand aufwiesen. Der Zug wurde durch SS-Scharführer Rohnert geführt. Zwei Häftlinge starben in Berggießhübel und wurden an der Prachtbuche begraben. Der Transport machte in Oelsen Halt und wurde in der Scheune des Rittergutes untergebracht. Die Opfer des Marsches wurden nach dem Kriege exhumiert und in Bad Gottleuba ordentlich bestattet. Die Umstände dieser Transporte waren so schrecklich, dass wir Kinder von den Transporten ferngehalten wurden. Die Herkunft dieses Transportes ließ sich leider nicht mehr sicher ermitteln.

Zwischen 14. und 16. Februar 1945 erreichten zwei Todesmärsche von vorwiegend jüdischen Frauen der **Nebenlager Christianstadt und Neusalz des KZ Groß-Rosen** unseren Kreis (es handelte sich um Frauen, die an der Rampe von Auschwitz zur Arbeit in Rüstungsbetrieben selektiert worden waren). Sie hatten da schon einen seit dem 2. Februar währenden Marsch von mehr als 200 Kilometern hinter sich.

Brenner [1.11], der den Weg dieser Evakuierungsmärsche akribisch erforschte, schreibt:

"An Stolpen vorbei, erreichte die Kolonne, nach dem sie die Elbe in Pirna überquert hatte, ihr nächstes Ziel, das zum Landschlösschen Zuschendorf gehörende Gut. Die Marschrouten der Kolonnen aus Christianstadt und Neusalz verliefen dann weiter in Richtung Gebirgskamm.

Die Kolonne aus Christianstadt wurde das Seidewitztal aufwärts getrieben. Es ging durch Liebstadt, ein Teil durch Döbra, der andere durch Börnersdorf. Am späten Nachmittag gelangten die Frauen der Kolonne Christianstadt in Döbra an und wurden auf die Gehöfte der Bauern Richard Fraulob, Reinhard, Martin Steinigen und die Gemeindescheune verteilt. Bauer Steinigen, der von der SS-Bewachung die Forderung erhielt, einen Dämpfer Kartoffeln für die Frauen bereitzustellen, der aber zwei Dämpfer voll machen ließ, geriet darüber mit der SS in Streit. Deshalb versagte er zwei Jüdinnen, die ihn baten, sie zu verstecken, diese Hilfe, weil er beim Bekanntwerden des Fehlens der zwei Frauen Untersuchungen der Gestapo befürchtete, mit der die SS drohte.

Über Waltersdorf-Liebenau-Schafbrücke im Müglitztal zog die Kolonne am Morgen des 18. Februar 1945 weiter. Nach Berichten Überlebender mussten sie die folgende Nacht im Freien in einem

Waldstück, wahrscheinlich bei Löwenhain, verbringen. Von dort schleppte sich die Kolonne auf Waldwegen bis Zinnwald, das sie am 19. Februar gegen 16.00 Uhr erreichte.“

Die Kolonne aus Neusalz wurde über Zehista, Berggießhübel, Gottleuba, Oelsengrund über das Osterzgebirge getrieben. Beide Kolonnen zogen unter wachsenden Verlusten am Südhang des Erzgebirges auf unterschiedlichen Wegen, die Christianstädter nach Marienbad/Franzensbad bzw. die Neusalzer nach Flossenbürg, ehe sie durch die Bahn nach Bergen-Belsen verfrachtet wurden, wo sie Ende März ankamen.

Ein weiteres schreckliches Erlebnis für uns war der Durchmarsch der geschlagenen Wehrmacht aus der Lausitz in Richtung Böhmen und der nachfolgende Einmarsch der 1. Ukrainischen Front der Roten Armee (5. Gardearmee, und 4. Gardepanzerkorps) am 9. Mai 1945. Alle ausgebauten Passstraßen waren durch die flüchtenden Soldaten mit ihrer Technik verstopft. Besonders betraf es die Passstraßen über Pirna, Berggießhübel und den Nollendorfer Pass, sowie die über Dresden, Altenberg nach Teplitz. Die Wehrmachteinheiten und die Bevölkerung wurden ständig durch sowjetische Schlachtflugzeuge IL 2 beschossen und bombardiert. Dabei geriet ich mit meiner Mutter beim Überqueren der Gleise auf dem Bahnhof auch mit in das Visier eines Piloten. Das Rattern der Bordkanonen und das Spritzen der Splitter haben sich bei mir für die Ewigkeit eingeprägt.

Obgleich am 8. Mai 23.01 Uhr der Waffenstillstand nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in kraft trat, hatte sich die **Heeresgruppe Mitte** unter **Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner** der Kapitulation nicht angeschlossen und versuchte der russischen Gefangenschaft zu entkommen und sich zu den Amerikanern durchzuschlagen [1.57]. Zu diesem Zeitpunkt rückte die Rote Armee schon in Prag ein. Bei den nach Böhmen durchziehenden deutschen Truppen der **Heeresgruppe Mitte** befanden sich nach späteren Mitteilungen auch **Wlassow-Soldaten**, wodurch die hartnäckige Verfolgung durch die russischen Truppen erklärbar ist. Der Generalstab mit Schörner übernachtete mit seinem Stab nach unbestätigten Informationen am 7. Mai in Oelsen, was auch die intensive Bombardierung durch sowjetische Schlachtflugzeuge IL 2 von Berggießhübel, Bad Gottleuba und Altenberg am 8. Mai mit 54 Toten bei der Zivilbevölkerung in Bad Gottleuba nachträglich erklärt. Es zeigte sich, dass die russischen Kampftruppen der ukrainischen Front unter **Marschall Konjev** mit schwerer Technik ohne Pause durch die Orte an den Passstraßen über das Erzgebirge gezogen waren und kaum Schäden verursacht hatten. Ihr Ziel war es, auf den gut ausgebauten Passstraßen mit Panzern und Fahrzeugen schnell vorwärtszukommen, um die geschlagenen deutschen Truppen vor den Amerikanern zu stellen. Fast alle Orte ergaben sich kampfflos den sowjetischen Truppen. In den Fenstern hingen weiße Fahnen, um dieses zu bekunden.

Zu diesem Problem einige Bemerkungen zur **Zerstörung von Altenberg**:

Die Besetzung von Altenberg durch die Rote Armee erfolgte ebenfalls wie im Raum Berggießhübel am 9. Mai 1945.



Abb. 1.9.12: Blick auf Altenberg 1946. Foto: Museum Altenberg.



Abb. 1.9.13: Sowjetische Schlachtflugzeuge IL 2 im Kampfeinsatz. Wikipedia.

Auf dem Kamm des Erzgebirges gab es aber für den Schutz der **Sudetendeutschen Treibstoffwerke AG** in Maltheuren bei Brück (Benzinherstellung mit ca. 30.000 Beschäftigten) eine umfangreiche Luftverteidigung, von der am 8. Mai gegen Mittag durch die deutsche 2 cm Flak ein sowjetisches

Schlachtflugzeug vom Typ IL 2²³ abgeschossen wurde, das am Aschergraben bei Geising abstürzte. Der Pilot wurde dabei getötet, sein Heckschütze rettete sich durch Fallschirmabsprung. Der Pilot wurde durch sowjetische Kriegsgefangene an der Absturzstelle beerdigt. Die Maschine gehörte zum "144. Stormovik Regiment", welches am 8. Mai 1945 mit 9 Flugzeugen den Befehl hatte, den Rückzug deutscher Truppen über den Erzgebirgskamm Richtung Teplitz aufzuklären und deren gepanzerte Kriegstechnik zu bekämpfen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es im gesamten Osterzgebirge schon keine Gegenwehr mehr, obgleich sich überall noch Wehrmachtseinheiten befanden. Zum Unglück befand sich an den Galtenteichen ein Lager von über Tausend sowjetischen Kriegsgefangenen, die in dem Altenberger Zinnerzbergbau unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten mussten. Zuerst verlief am 8. Mai die Besetzung friedlich. Der Siegestaumel und die Rachegefühle sowjetischer Soldaten und befreiter Kriegsgefangener schlugen am 9. Mai wahrscheinlich in Zerstörungswut um. Die Bevölkerung wurde aus den Wohnungen vertrieben. Die Altenberger flüchteten in den Wald. In der Nacht vom 9. zum 10. Mai sahen sie von dort aus den gewaltigen Feuerschein über ihrer Stadt. Von zurückgebliebenen Einwohnern wurden bei der Brandstiftung Kriegsgefangene identifiziert und festgehalten. So begann der Flächenbrand, und niemand war da, ihn zu stoppen. Die ganze Stadt wurde durch den Brand zerstört (120 Häuser). Die ursächlichen Gründe für das Feuer wurden nie völlig aufgeklärt.

An dem 9. Mai wurde dann die Fahrzeugkolonne des deutschen Stabes von sowjetischen Panzern bei Saaz an der Eger überrascht, als sie sich in amerikanische Gefangenschaft absetzen wollte [1.58]. Schörner war zu diesem Zeitpunkt schon mit einem Flugzeug in die Alpenfestung geflohen und ließ seine Truppen im Stich.

Nach den Kampftruppen kam in unendlichen Kolonnen der Tross mit Pferdewagen und besetzte und sicherte die Gegend. Die Täler neben der Passstraßen mit ihren Gemeinden wurden wegen der schlechten Straßen nur mit dem Tross der Armee mit ihren Panjewagen konfrontiert und die Bewohner konnten nicht verstehen, dass diese Truppe die "unschlagbare" deutsche Wehrmacht besiegen konnte.

Über diese Zeit des Rückzuges durch unsere Region liegt uns es eine ausführliche Beschreibung durch einen jungen Wehrmachtssoldaten vor, die hier wiedergegeben wird.

Wie der Wehrmachtssoldat Herr Jakob das Kriegsende 1945 erlebte²⁴

"Ende April 1945 bezog unsere Werkstattkompanie, wo ich als Waffenmeistergehilfe tätig war in einem Hochwald oberhalb von Langenhennersdorf, unser Quartier. Um uns zu waschen, suchten wir ein einzeln stehendes Haus an einem Hang auf. Ich erinnere mich, dass dort eine Frau Profeld mit ihren fünf Töchtern war. Sie war von Berlin nach dort wegen der Bombenangriffe evakuiert worden. Am 5. Mai bekamen wir den Befehl zum Abmarsch. Wir sollten durch das Sudetenland nach Karlsbad zum Amerikaner fahren und uns dort in Gefangenschaft begeben. Als wir die Straße Pirna - Bad Schandau {die B172} erreichten, kam uns starker Verkehr entgegen. Es waren meist Flüchtlinge, die nach Dresden wollten. Am Abend des nächsten Tages erreichten wir Teplitz-Schönau. Hier mussten wir einen längeren Halt einlegen, denn die Straßen waren total verstopft. Als ich mein Fahrzeug verließ, sah ich mich plötzlich von fünf Kettenhunden umstellt. Ich konnte mich ausweisen, dass ich mich bei meiner Einheit befand, aber es nützte nichts. Sie befahlen mir mitzugehen und führten mich in eine Nebenstraße, wo ein Lkw stand. Dort musste ich aufsteigen. Es waren schon etwa 10 bis 12 Soldaten verschiedener Truppenteile dort drauf, auch etwa sechs 200-Liter-Fässer mit Benzin, zwei MG's und jede Menge Infanteriemunition. Von den Soldaten erfuhr ich, dass wir das Benzin für einige Panzer bringen und eine MG-Stellung besetzen sollten. Da aber kein Fahrer vorhanden war - der war wahrscheinlich getürmt - verzögerte sich die Abfahrt. Ich nützte eine günstige Gelegenheit und sprang von dem Fahrzeug und lief in den nächsten Garten. Als sie aus ihren Maschinenpistolen etliche Feuerstöße hinter mir herschickten, dachte ich: "nun ist es aus", denn ich musste an die Gehängten vor den Oderbrücken denken, die von den Schnellgerichten abgeurteilt und mit einem Schild um den Hals, auf dem stand: "Ich bin ein Feigling" dort hingen. Nun es ging gut. Ich habe meine Kameraden gefunden.

Gegen Mitternacht kam wieder Bewegung in die Kolonne und am frühen Morgen kamen wir bis kurz

²³ Das Sowjetische Erdkampf- und Schlachtflugzeug Iljuschin IL-2 Stormovik war das meist gebaute Schlachtflugzeug im Zweiten Weltkrieg. Sie war ein wahrhaftiger "fliegender Panzer", welcher sich als eines der besten Erdkampfflugzeuge des Krieges herausstellte. Mehr als 42.000 Stück wurden in den verschiedenen Versionen hergestellt. Somit wurde die Stormovik in der größten Serie der militärischen Luftfahrtgeschichte gebaut. Die Entwicklung der ein- oder zweisitzigen Stormovik begann 1938 durch Sergei Iljuschin und im Oktober 1940 ging sie in die Serienproduktion. Die Besonderheit der IL-2 war, dass das gesamte Vorderteil des Flugzeuges durch eine Panzerung geschützt war.

²⁴ Erwin Jakob, Spedweg 2, 3002 Wedermark 1. Von Herrn Jakob dem Heimatmuseum Langenhennersdorf übergeben und leicht gekürzt

vor Brück. Hier hatten die Aufständischen die Lager gestürmt und waren bewaffnet. Sie schossen mit allen verfügbaren Waffen in die Kolonne. Es war ein großes Durcheinander. Plötzlich kamen von Altenberg her etwa 20 russische Panzer. Auch von ihnen wurden wir beschossen. Mein Kamerad Otto sagte: "Los weg". Dann bekam auch unser Fahrzeug einen Treffer und fing sofort zu brennen an. Ich sah noch, wie die aufgesessene russische Infanterie absprang, dabei fiel mir auf, dass sie trotz der Wärme ihren Mantel an hatten und einen Leinensack auf dem Rücken. Sie durchsuchten die unbeschädigten Fahrzeuge und griffen sich alle Frauen, deren sie habhaft werden konnten. Wir - das waren 7 Kameraden - liefen über ein Feld auf ein kleines Wäldchen zu und hörten dabei noch lange das Schreien der Frauen.

Hier beratschlagten wir und fassten den Beschluss, in Richtung Saaz zu gehen. Dabei trafen wir immer wieder auf versprengte Soldaten und erfuhren dabei, dass Schörner dort sein Hauptquartier hat. Auch sollte es in der Stadt sehr ruhig sein. Wir liefen nun in südlicher Richtung und vor uns lag ein bewaldeter Höhenzug, den wir überqueren wollten. Von weitem sahen wir dort einen größeren Gebäudekomplex, auf dessen Dach ein großes rotes Kreuz zu sehen war. Als wir näher kamen, fiel uns auf, dass dort alle Fenster offen waren und die Vorhänge nach außen hingen. Auf dem Hof waren etwa 40 bis 50 Tragbahnen mit schwerverwundeten deutschen Soldaten. Als wir sie genauer besahen, stellten wir fest, dass alle auf der Stirn ein kleines Einschussloch hatten. Plötzlich wurden wir von den tschechischen Aufständischen, die das Lazarett besetzt hatten, beschossen. Wir liefen in den Wald zurück und überquerten den Höhenzug. Vor uns lag eine größere Ortschaft. Wir versuchten, dort etwas Wasser zu trinken, denn es war sehr warm. Am Ortseingang war ein großes Schild, auf dem zu lesen war, dass alle Deutschen, die bewaffnet angetroffen werden, sofort erschossen werden. Wir machten unsere Pistolen unbrauchbar und warfen sie weg. Im Ort sahen wir, wie drei Aufständische einen Mann in der NS-Parteiform vor sich hertrieben und immer wieder auf ihn einschlugen. Am Ausgang des Ortes sahen wir noch 8 etwa 14-jährige Tote in Hitlerjugenduniform im Straßengraben liegen. All das Gesehene veranlasste uns, besonders vorsichtig zu sein. Da wir aber Durst hatten und uns der Magen knurrte, gingen wir auf eine kleine Ortschaft zu. Hier liefen wir prompt in eine Falle der Aufständischen. Sie schossen mit einem MG uns vor die Füße. Wir blieben sofort stehen und nahmen die Hände hoch, so dass sie sehen konnten, dass wir unbewaffnet waren. Es kam einer der Aufständischen, der bewaffnet war, auf uns zu und deutete uns an, die Wäschebeutel mit unserem Hab und Gut in den Graben zu legen. Dann mussten wir uns bis auf das Hemd und Unterhose ausziehen und die Sachen ebenfalls dort ablegen. Dann deutete er uns an in Richtung Gehöft zu gehen. Dabei kamen wir an der MG-Stellung vorbei und sahen, dass sie mit zwei Mann besetzt war. Nun mussten wir die Hände hinter den Kopf legen und mit dem Gesicht zum Scheunentor stehen. Plötzlich fiel ein Schuss und der Kamerad, der links von mir stand, sackte zusammen. Nun hörten wir, wie der Schütze sein Gewehr repetierte. Da war es wieder Otto, der schrie: "Los, weg". Da fiel auch schon der zweite Schuss und der Kamerad, der in der Mitte stand, fiel um. Wir liefen so schnell wir konnten und nutzten dabei jede Deckung aus, bis wir ein Waldstück erreichten. Hier trafen wir auf andere versprengte Soldaten und beschlossen, als größere Gruppe nach Saaz zu gehen. Hier fanden wir eine noch bewaffnete Nachschubeinheit der Luftwaffe vor. Wir ließen uns eine Hose und eine Drillichjacke geben. Auch bekamen wir jeder zwei Frontkämpferpäckchen und für alle drei Flaschen Rotwein. Nachdem wir uns gestärkt hatten, legten wir uns unter einen Fliederbusch und waren mit Gott und der Welt wieder versöhnt.

Aber die Ruhe dauerte nicht lange, denn wir wurden sehr früh am Morgen von Otto geweckt. Er sagte, am frühen Morgen würden die Aufständischen ihren Kater ausschlafen, denn sie hatten sich aller Lager bemächtigt und feierten ihren Sieg. Wir aber könnten einigermaßen sicher vorankommen. So gelangten wir am 10. Mai gegen Mittag nach Umgehung aller Ortschaften endlich nach Karlsbad. In der Stadt war es ruhig, denn ab und zu war eine amerikanische Patrouille zu sehen. Auch war das deutsche Wehrbezirkskommando noch im Dienst, wo ich mir einen Entlassungsschein der deutschen Wehrmacht aushändigen ließ. Außerhalb der Stadt hatten die Amis auf freiem Feld ein Auffanglager eingerichtet, wo schon viele Soldaten, aber auch Flüchtlinge, zum Teil mit Fahrzeugen, waren. Auch wir fünf suchten uns auf einem Acker einen freien Platz. Dabei hatten wir noch Glück. Der Acker war mit Kartoffeln bestellt, denn es gab keine Verpflegung. So konnten wir mit bloßen Händen die Erde durchwühlen, bis keine Kartoffel mehr zu finden war. Aber dennoch waren wir froh, dass wir den Krieg einigermaßen unbeschadet überstanden und der Hölle auf Erden entronnen sind. Nach etwa zwölf Tagen kam ein Convoi deutscher Wehrmachtsfahrzeuge und bahnte sich einen Weg durch die Menge. Es waren aber keine deutschen Soldaten, die den Autos entstiegen, sondern russische Offiziere. Sie waren total betrunken und einer ballerte mit seinem Colt auf die Nächststehenden, so dass fünf mit einem Bauchschuss umfielen. Nachdem sich einigermaßen Ruhe einstellte, bauten sie einen Lautsprecher auf. So hörten wir die Stimme eines Dolmetschers, dass wir uns am nächsten Morgen zu Hundertschaften mit je einem Offizier aufstellen sollten und gemäß alliierter Abmachung nun russische Gefangene wären. Am nächsten Morgen stellten wir uns zu fünf in einer Reihe auf, um besser zählen zu können. Nachdem sich die russische Wachmannschaft eingefunden hatte, setzte sich der Zug in Bewegung. Es sollen etwa 30.000 Mann gewesen sein. Nun begann für uns das Spießruten laufen durch die Tschechei. Verpflegung gab es keine. Nur, wo noch deutsche Bevölkerung war, wurde uns Wasser gereicht. Zunächst ging es kreuz und quer durch die Tschechei, bis wir

schließlich wieder Brück, welches uns in schlechter Erinnerung war, erreichten. Von dort nach Dippoldiswalde, Dresden, Königsbrück zurück nach Dresden, bis wir endlich in Pirna unser Gefangenenlager erreichten.

Als wir uns nun in Pirna vor dem Tor des Lagers zwecks Zählung neu formieren mussten, kam es immer wieder zu einem längeren Halt. Plötzlich bekam ich von hinten mit einer Latte einen Schlag von den dort stehenden polnischen Zivilpersonen. Ich fiel nach vorn auf meinen Wäschebeutel, dabei entriss sie mir die Zeltplane, Decke und das eingewickelte Sohlenleder. Die russische Wachmannschaft kam und schlug auf die Polen ein, so konnte ich wieder aufstehen und den Wäschebeutel behalten. Auch standen dort deutsche Frauen, die nach Angehörigen suchten. Da von vorn die Parole durchkam, dass uns im Gefangenenlager alle Wertgegenstände abgenommen würden, gaben alle, die noch irgend etwas Wertvolles halten den Frauen ihre Ringe und Uhren und andere wertvolle Sachen. Diese wurden den Frauen aber beim Nachhausegehen von den Polen wieder abgenommen. Das Lager war schon stark belegt und musste nun uns, das waren etwa 12.000 Gefangene, die den Todesmarsch überlebt haben, zusätzlich noch aufnehmen. Ich fand mit meinen Kameraden noch einen freien Platz hinter einem größeren Gebäude. Als erstes wurden uns mit einer Haarschneidemaschine, welche man sonst zum Scheren der Pferde benutzte, die Kopfhaare geschoren. Die anderen Körperhaare mussten wir uns abrasieren. Durch den Lautsprecher, der überall zu hören war, kam die Durchsage, dass wir uns nach Nationalitäten ordnen sollten. Es gab nun etwas mehr Platz, so dass wir drei Übriggebliebenen, Werner, Gerhard und ich ein Lager in einer Garage fanden. Wir lagen auf dem Zementfußboden. Als Kopfkissen hatten wir unsere Wäschebeutel, die damit auch gleich vor Langfingern sicher war. Als Verpflegung gab es einen halben bis dreiviertel Liter Trockengemüse-Suppe und zur Abwechslung auch mal Fischmehl-Suppe. Für 10 Mann ein Brot und jeden Tag einen Löffel ungebleichten Zucker. Alle drei Wochen mussten wir zur Entlausung und anschließend zur Untersuchung, die von einer russischen Lagerärztin durchgeführt wurde. Sie achtete vor allem darauf, ob einer eine Tätowierung unter dem Arm hatte. Dieser wurde sofort aussortiert... Eines Tages kam der russische Lagerkommandant und sagte: "Sieben Mann, Arbeitskommando mitkommen". Ich war mit dabei. Wir mußten auf einen Lkw amerikanischer Herkunft aufsteigen und wurden nach Pirna gefahren. Hier haben wir von einem Kahn geschlachtete Schweinehälften auf den Lkw geladen. Nun mußten wir wieder aufsteigen. Da aber wenig Platz war, setzten wir uns auf das Fleisch. Und nun konnten wir uns nicht mehr beherrschen, denn der Hunger war zu groß. Wir rissen mit den Fingern etwas Fleisch heraus. Einige bissen hinein, bis sie satt waren. Der Lkw fuhr aber nicht in das Gefangenenlager, sondern nebenan in die russische Kaserne, wo wir das Fleisch in deren Küche abladen mußten. Nach getaner Arbeit wurden wir wieder unter Bewachung in das Gefangenenlager zurückgebracht. Kaum dort angekommen, bekamen wir furchtbare Bauchschmerzen und glaubten, dass unser Inneres nach außen gekehrt würde.

In unserem Bereich des Lagers gab es einen, wie wir sagten, "Donnerbalken", der etwa 10 m lang war, darunter ein etwa 60 cm breiter und etwa 4 m tiefer Graben, der uns als Toilette diente. Jeden Morgen mußte der Sani Chlorkalk in den Graben streuen, damit der Gestank bei dem warmen Wetter einigermaßen erträglich war. Da wir uns vor Schmerzen krümmten und schrien, hatten wir Angst, dort hineinzufallen. Einige Mitgefangene wurden auf uns aufmerksam und holten den Sani. Dieser verständigte die russische Lagerärztin. Als sie nun mit Sanitätern kam und uns in Augenschein nahm, wurde sie immer aufgeregter. Das einzige Wort, das ich verstand, war "Epidemie". Wir wurden nun von russischen Sanis auf eine Tragbahre gelegt und in die Nähe des Lagertors auf einer freien Fläche abgestellt. Sie begannen sofort mit dem Bau eines Zeltes. Auch bekamen wir einen Extra-Donnerbalken und wurden durch eine Umzäunung von den anderen Gefangenen getrennt. Da man vermutete, dass wir an der Ruhr erkrankt seien, wurde dieses Quarantäne-Lager eingerichtet. Ein russischer Sani baute nun, wie er sagte, eine Apotheke, indem er ein Holzfeuer entfachte. Es wurde aber kein Tee für uns gekocht, wie wir glaubten, denn er schüttete, als das Feuer nur noch glimmte, Erde darüber. Am Morgen wurde die Erde entfernt und das verkohlte Holz entnommen und mit einem Hammer fein geklopft. Von dieser Holzkohle aus der Apotheke bekam jeder von uns einen Löffel voll gereicht und zum Herunterspülen ein undefinierbares warmes braunes Wasser. Mein Kamerad Werner Pfeil, der mitbekommen hatte, dass ich mich im Quarantänelager befand, brachte mir meinen Wäschebeutel mit meinen Habseligkeiten, und wir bedauerten beide, dass wir nun im Gefangenenlager nochmals durch einen Stacheldrahtzaun getrennt wurden.

Eines Nachts wurden wir durch lautes Hantieren geweckt und sahen durch die Zeltöffnung, wie jede Menge Bretter von einem Lkw geworfen wurden. Erst glaubten wir, sie wären für eine Baracke bestimmt, aber am nächsten Tag erfuhren wir den wahren Grund. Es wurden Pinkelrinnen für Güterwagen hergestellt. Nachts wurden die Güterwagen auf die Gleise direkt vor das Lager gestellt und mit lautem "Dawai, Dawai" der Wachen Gefangene in diese verladen. War ein Waggon voll, so wurden besagte Pinkelrinnen angebracht und der Waggon geschlossen und ab ging es nach Russland.

Bei der nächsten wöchentlichen Untersuchung sagte mir die Lagerärztin: "Du gesund, du nix Distrophie, Du auch Transport" und sah mich dabei an. Irgend etwas schien in ihr vorzugehen. Vielleicht war es Mitleid, denn sie sagte noch: "Wenn du zweimal Ruhr, du entlassen." Ich sann nun darüber nach, wie ich ein zweites Mal eine derartige Kolik bekommen könnte. Es fiel mir der Wassereimer,

den man uns jeden Morgen zum Waschen hereinstellte, ein, und ich begann, diese Brühe zu trinken. Ich glaube, es war an einem Sonntag, denn im Lager versuchten sich einige Gefangene an den Musikinstrumenten, die von den Russen dort abgeladen wurden. Eine Kapelle sollte uns das eintönige Lagerleben erträglicher machen. Immer wieder ging ich an den Eimer und trank von dem ekligen Nass, bis sich schließlich das einstellte, was ich erreichen wollte. Auch wusste ich, dass einige Mitgefangene zu viel Viehsalz, welches bei der Küche lagerte, zu sich genommen hatten und jämmerlich daran gestorben sind. Andere hatten sich aufgehängt, um so dem Transport nach Russland zu entgehen. Die Toten wurden von den Russen außerhalb des Lagers gebracht. Ich weiß nicht, wohin. Ich jedenfalls hatte erreicht, dass ich für die Entlassung vorgesehen war. Die Musterungskommission bestand aus der Lagerärztin, einem ihr übergeordneten russischen Arzt und einem deutschen Gefangenearzt. Diese entschieden, wer noch transportfähig war und wer entlassen wurde. Jeder Gefangene musste nun nackt vor den russischen Arzt treten, der auf einem Stuhl saß und uns befahl "Bücken!". Dabei fasste er mit dem Daumen und Zeigefinger jedem in die Pobacken. Wer noch zwischen der Haut etwas Fleisch hatte, der war noch transportfähig und das war bei mir der Fall. Er unterhielt sich laut mit der russischen Ärztin, die ihm wohl sagte, ich hätte zweimal die Ruhr gehabt und mit dem Herzen sei auch etwas nicht in Ordnung. Daraufhin musste mich der deutsche Arzt abhören und bestätigte die Angaben der Ärztin. Endlich kam für mich das erlösende Wort: "karscho" und der Entlassungsschein mit der Nummer 1388 wurde mir ausgestellt.

Am folgenden Tag, das war der 24. August 1945, wurde für uns das Lagertor geöffnet. Wir wurden von den zurückgebliebenen Kameraden verabschiedet. Es waren etwa 1400 Mann, die mit Bewachung nach Pirna auf den Rathausplatz geführt wurden. Da die meisten infolge der Unterernährung an Distrophie erkrankt und körperlich sehr geschwächt waren, dauerte es länger als vorgesehen, bis wir dort ankamen. Hier erwartete uns ein kommunistischer Funktionär, der eine Begrüßungsrede hielt. Doch die Freiheit dauerte nicht lange, denn es hieß nun: alle Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesier sollten nach vorn treten. Auch ich ging, da ich ja Schlesier bin, mit nach vorn zu den Aussortierten. Das waren etwa 120 Mann. Man teilte uns mit, dass unsere angestammte Heimat von den Polen besetzt sei und wir nicht mehr nach dort zurück könnten. Ferner wurde uns gesagt, dass die Stadt Pirna uns auf dem Weg ins Arbeitsleben behilflich sein und für unser Wohlergehen Sorge tragen würde. Wir mussten auf einen Lkw amerikanischer Herkunft aufsteigen, der uns in das Arbeitslager auf Schloss Sonnenstein brachte. Dieses Lager war in einem total verwahrlosten Zustand. Überall lagen Berge mit Müll umher und keinerlei Mobiliar war vorhanden. Auf der Suche nach etwas Brauchbarem für ein Nachtlager fand ich schließlich eine Decke, die von Mäusen oder Ratten schon arg zerfressen war, und mir nun als Bett diente. Was für uns wichtig war, es gab für vier Mann ein Brot, auch wurde von den Russen eine Küche eingerichtet und davor eine Ladung Zwiebeln abgekippt. Das war unser Abendessen: trockenes Brot und Zwiebeln. Am nächsten Morgen wurden wir mit "dawai, dawai" geweckt. Da wir in unseren Klamotten geschlafen hatten - was uns das Anziehen ersparte, mussten wir uns vor dem Lagertor aufstellen. Da aber die meisten an Distrophie erkrankt waren, und wie wir sagten, die Halbtoten, waren nicht alle zum Morgenappell erschienen. Diejenigen, die noch einigermaßen auf ihren Beinen stehen konnten, wurden nach augenscheiniger Musterung auf besagten Lkw verfrachtet. Die Fahrt ging über eine hölzerne Behelfsbrücke zum jenseitigen Ufer der Elbe. Wir wurden bei dem Bahnhof Copitz ausgeladen. Dort wurden wir in eine Baubaracke gebracht, wo uns ein leitender Beauftragter für den Wiederaufbau der Elbbrücke nach unseren Berufen fragte und uns verschiedenen Arbeitskolonnen zuteilte. Als Schmied wurde ich mit noch fünf Mann einer Arbeitskolonne zugeteilt, die die Aufgabe hatte, an den zerstörten Brückenpfeilern eine Lagerung zu erstellen, die eine Stahlkonstruktion aufnehmen konnte und somit die Verbindung zwischen den Pfeilern wiederherstellte. Die Arbeitsbedingungen waren für uns Gefangene besonders schlecht, da wir Tag und Nacht die gleichen Klamotten trugen und bei der Arbeit am Wasser ständig nass waren. Die Arbeit war auch sehr gefährlich, denn wir mussten uns ständig auf den Trümmern, das waren hauptsächlich Sandsteinquader, aber auch Eisenteile, bewegen. Zu unserer eigenen Sicherheit, falls man mal auf diesen glitschigen Trümmern ausrutschen sollte, und somit von der Strömung erfasst werden konnten, banden wir uns Stricke um den Bauch, die wir irgendwo an diesem Geröll festbanden.

Was ich in meinem Leben nie vergessen werde, sind die Wasserleichen, welche dort angespült wurden und sich in den Trümmern verfangen hatten. Darunter waren Frauen und Kinder, aber auch Soldaten. Die zivilen Arbeiter transportierten sie mit den Aufzügen nach oben, wo man uns sagte, dass ein Pastor sich ihrer annahm. Wir, die unten am Wasser arbeiteten, wurden zu Mittag und zum Feierabend nach oben gehievt. Ansonsten konnten wir den Arbeitsplatz nicht verlassen. Zweimal in der Woche hatten wir je zwei Stunden politischen Unterricht, der von einem Bauführer durchgeführt wurde, und uns die Vorzüge, Kommunist zu sein, pries. Als er uns aber sagte, es wäre nicht unsere Aufgabe, die Wasserleichen zu bergen. Die würden sowieso vor Dresden, wo man Netze in der Elbe gespannt hat, dieser entnommen und dort beigesetzt. Unsere Aufgabe sei, den Plan zu erfüllen.

Obwohl es uns untersagt war, haben wir mit bloßen Händen immer wieder Wasserleichen, die sich in den Trümmern verheddert hatten und zum Teil verstümmelt waren, der Elbe entnommen. Diese wurden von zivilen Arbeitern zum Ufer Copitzer Seite gebracht. Von den zivilen Arbeitern ist mir einer in besonders angenehmer Erinnerung. Es muss etwa Mitte September gewesen sein, als die Eisen-

konstruktion auf der von uns erstellten Lagerung verankert und somit die unterbrochene Verbindung wiederhergestellt wurde. Zur Belohnung wurden uns in der Baubaracke eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln zuteil. Das waren knochenharte Kekse, eine Tasse ungebleichter Zucker und ein halber Liter Lebertran, den wir in unsere als Kochgeschirr umfunktionierte Konservendose verabreicht bekamen und uns ein großes Problem bereitete. Beim abendlichen Transport auf dem Lkw zurück ins Lager Sonnenstein verschütteten wir, da wir ja keinen Deckel für die Dosen hatten wir den meisten Lebertran auf unsere Sachen, was zur Folge hatte, dass man nun uns Gefangene nicht nur an unseren schäbigen Klamotten, sondern auch an dem Geruch erkannte.

Es muss etwa Ende Oktober gewesen sein, als ich mit den letzten Arbeitsfähigen (etwa 12 Mann) per Lkw zur Brücke gebracht wurde, um die Arbeit wieder fortzusetzen. Als ich zu meinen ständigen Rückenschmerzen noch Fieber und Schüttelfrost hinzubekam. Ich konnte mich nicht mehr auf den Beinen halten und musste mich auf eine Bank in der Baracke setzen. Als der Bauführer, der sich als Herrscher über alle dort Beschäftigten fühlte, mich in diesem Zustand sah, sagte er im Vorbeigehen: "Wieder ein Arbeitsunfähiger!" Das war alles. In der Mittagspause, als die besagte Frau ihrem Mann wieder das Essen brachte und mich in diesem erbärmlichen Zustand zähneklappernd sah, ging sie zum Bauführer und erwirkte, dass ich von ihm freigegeben wurde.

Ich habe in dieser Zeit keinen Pfennig Lohn bekommen, auch wurden mir keinerlei Papiere mitgegeben. Diese liebe Frau nahm mich mit zu sich nach Hause und holte sofort einen Arzt, der mich untersuchte, wobei er feststellte, ich hätte eine schwere Nierenbeckenentzündung und da mein Körper sehr ausgetrocknet sei, sollte sie mir viel zu trinken geben. Er gab der Frau noch ein Fläschchen mit Medizin, die ich zweimal am Tag einnehmen musste. Diese liebe Frau, die mich wie ihren eigenen Sohn umsorgte und pflegte, gab mir immer wieder, und das habe ich mir gemerkt, Bärentraubenblättertee zum Trinken und auch von dem wenigen, das sie zum Leben hatten, zu essen. Dank ihrer Pflege konnte ich nach etwa 2 Wochen wieder aufstehen und einen geringen Beitrag für unser gemeinsames Essen leisten. Als ich einigermaßen wiederhergestellt war, habe ich mich nach Arbeit umgesehen. So kam ich nach Brettnig zu einem Bauern. Ich bin dann Anfang 1948 bei Walkenried über die damalige Zonengrenze in den Westen geflohen und war somit der Erste, der sich bei meiner Mutter meldete. Der älteste Bruder war in Italien in Gefangenschaft und kam 1949 zurück. Der jüngste - in russischer Gefangenschaft - kam erst 1951 zurück."

1.9.4 Der Krieg war offiziell am 8. Mai 23.01 Uhr zu Ende

Jodl unterschrieb am 7. Mai 2.39 Uhr mit Eisenhower den Waffenstillstand in Reims. Deshalb feiern die Amerikaner das Ende des II. Weltkrieges am 7. Mai. Wilhelm Keitel unterschrieb mit Georgi Shukow offiziell den Waffenstillstand auf den 8. Mai, 23.01 Uhr mit Vertretern der Siegermächte. Doch als Keitel in Berlin unterschrieb war es schon Mittwoch, der 9. Mai, 0.16 Uhr.



Abb. 1.9.14: Generalfeldmarschall Keitel unterzeichnet am 8./9. Mai 1945 die Kapitulationsurkunde [1.46]

Nach fünf Jahren und neun Monaten, nach über 50 Millionen Toten und einem Krieg, dessen Dimension bis dahin kaum vorstellbar war, endete das größte Sterben der Weltgeschichte. Trotz der grausamen Geschehnisse im Einzelnen, hatte der Krieg unsere Region nur berührt. Die unvorstellbaren Zerstörungen in den zerbombten Städten und den Frontbereichen mit den unzähligen Toten und Verwundeten kannten wir nur aus Berichten oder Bildern. Die Bevölkerung kehrte langsam aus den Wäldern zurück und das Leben und Leiden unter russischer Besatzung begann. Durch unglückliche Umstände (nicht vernichtete Schnapslager) war das Verhalten der Besatzer und der abziehenden Fremdarbeiter in Berggießhübel besonders schlimm.

Die **sowjetische Rayon-Kommandantur** wurde in dem Gasthof "Zum Kronprinzen" in Bad Gottleuba eingerichtet und war weit weg. Niemand hinderte die Soldaten bei ihren nächtlichen Streifzügen. Das fordernde "Uri - Uri" war dabei das kleinste Problem. Das Verhalten der Soldaten kann man nur durch die erlebten Strapazen und Grausamkeiten erklären. Billigen kann man es nicht.

Besonders hart traf es die Bevölkerung in den völlig zerbombten Städten. Nicht nur dass die Wohnungen zerstört waren, und die Menschen ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten und sie ohne Alles

zwischen den Trümmern herumirrten. Das gesamte Umfeld war ja nicht mehr vorhanden. Es gab keine Lebensmittelgeschäfte mehr, kein Trinkwasser, keine Kohle und keinen Strom. Auch keine Administration, die einem sagte, was zu tun war. Viele waren von dem Erlebten traumatisiert.

Die sofort eingerichteten Kommandanturen der Besatzungsmacht waren z. T. völlig überfordert. Hilfe konnte nur von Außen kommen, aber die Verkehrswege, besonders die Brücken, waren zerstört und die Nachbarländer waren nach dem Rückzug der Wehrmacht auch hart betroffen. Die Bereitschaft zu helfen war auch nicht ausgeprägt. Die Deutschen mussten bestraft werden. Diese Haltung änderte sich nur sehr langsam. Erst nach dem Hungerwinter 1946/47, in dem eine sehr große Anzahl Menschen besonders in den Städten an Hunger und Erfrierung starb, kamen die ersten Hilfslieferungen. Unmittelbar nach Kriegsende, begannen die verzweifelte Menschen mit den Aufräumarbeiten. Es waren Frauenhände, die tätig wurden, denn Männer waren rar. Sie waren gefallen oder in Kriegsgefangenschaft. Es war die Zeit der Trümmerfrauen, die später in vielen Städten sogar Denkmale bekamen. Zuerst wurden die Straßen geräumt. Ohne Maschinen, alles von Hand. Nach und nach erfolgte dies organisiert. Alles Wiederverwendbare wurde aussortiert. In erster Linie Schrott, Ziegel und Sandsteinquader. Später erfolgte dann die systematische Enttrümmerung, bei der leider auch Reste von Kulturdenkmalen restlos beseitigt wurden.

Bei der Enttrümmerung haben in den späten 1950er Jahren die beiden Autoren, wie viele Andere auch, nach Arbeitsschluss in den Dresdner Ruinen 750 Stunden gearbeitet, um ihre **AWG-Stunden** für eine Wohnung abzuleisten, in der sie noch heute zufrieden wohnen.

Die Nahrungsmittelbeschaffung hatte aber oberste Priorität. Hunger ist schmerzhaft. Es wurde getauscht, gestohlen, geräubert und Ungenießbares genießbar gemacht. Überall entstanden verbotene Schwarzmärkte. Die neuen Könige waren die Bauern. Sie waren das Ziel der Begierde, denn sie hatten Lebensmittel und viele Bauern nutzten das schamlos aus. Das erklärt auch die passive Haltung der Bevölkerung bei der LPG-Bildung. Das Mitleid für die Bauern hielt sich in Grenzen. Sie konnten sich auch die besten Arbeitskräfte aussuchen. Zugtiere und -maschinen waren rar geworden.

Langsam brachte die Besatzungsmacht mit Hilfe von Helfern Ordnung in das Chaos. Zu diesem Chaos kamen dann noch die Vertriebenen und Ausgebombten. So richtig Willkommen waren sie nirgends. Es war auch schwer, von den Hungerrationen noch etwas abzugeben. Leichter fielen Sachspenden, denn die Einwohner, die von der Zerstörung und den Plünderungen verschont geblieben waren, hatten noch ihren ganzen Hausrat und die Bauern tauschen auch keinen gewöhnlichen Hausrat in Lebensmittel um.

Zur Unterbringung waren Zwangseinweisungen erforderlich, die sehr zügig von statten gingen, denn bei der Kriegsvorbereitung hatte das alte Regime schon vor dem Kriege die Wohnungen erfasst und möglichen Freiraum festgelegt.

1.10 Nachkriegszeit

1.10.1 Flucht und Vertreibung

Unsere Heimat ist eine Grenzregion zu Tschechien und natürlich dadurch mit dem Schicksal des Nachbarlandes und dessen Bevölkerung eng verbunden. Ein hoher Prozentsatz unserer Bekannten und Verwandten haben sudetendeutsche Wurzeln, wodurch wir uns verpflichtet fühlten, die Verhältnisse zum Kriegsende etwas ausführlicher darzustellen. Wir beschränken uns bewusst nur auf die Probleme, die im benachbarten Sudetenland auftraten, weil die Vertreibung als das größte Drama der Nachkriegsgeschichte viele Millionen Deutsche besonders aus Ostpreußen, Pommern, und Schlesien betraf. Das überschreitet die Grenzen unserer Heimatgeschichte.

Die Besiedlung der tschechischen Grenzgebiete durch deutsche Bauern und Handwerker reicht bis in die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zurück. Die böhmischen Könige duldeten, bzw. unterstützten die Besiedlung, die großen Aufschwung nach den Silbererzfunden im Erzgebirge im 12. Jh. nahm und in der Regel friedlich verlief, denn nicht umsonst galt die Landesgrenze zwischen Sachsen und Böhmen mit dem Vertrag von Eger 1459 als die über Jahrhunderte stabilste Grenze Europas.

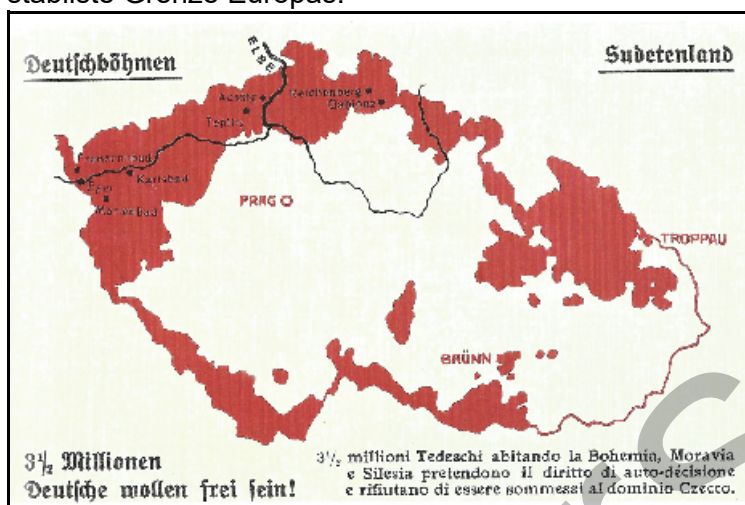


Abb. 1.10.1: Deutschsprachige Gebiete in der Tschechoslowakei nach der Gründung 1919.

In vielen Städten und Dörfern der Grenzgebiete war im 20. Jh. die deutsche Bevölkerung zahlenmäßig größer als die tschechische, was daran zu erkennen ist, dass die Städte offiziell deutsche Namen trugen. Das war keine höfliche Geste, sondern es galt die Regel, dass die Städte den Namen der größeren Bevölkerungsgruppe trugen.

Die Familien der Vertriebenen lebten also häufig schon seit vielen Generationen in dem Land, sprachen oft tschechisch, waren fleißig und anerkannt. Sie übernahmen mit der Zeit tschechische Sitten und Gebräuche und lebten in der Regel friedlich und in guter Nachbarschaft mit den tschechischen Einwohnern zusammen. Hochzeiten zwischen Tschechen und Deutschen waren keine

Seltenheit.

So viel für jungen Leser, die diese Verhältnisse nicht kennen. Es ging gut, bis die Nazis kamen. Für sie waren die Tschechen Slawen, die der germanischen Rasse unterlegen waren und ihr Ziel war es, deren Kultur und Sprache zu unterdrücken. Das wurde zwar nicht laut formuliert, aber langfristig geplant.

Es kam aber ganz anders. Die tschechoslowakische Exilregierung plante ihr Vorgehen nach dem Kriegsende langfristig. Präsident Beneš bereitete die Siegermächte darauf vor, dass infolge eines abzusehenden Sieges der Alliierten, die Deutschen ausnahmslos das tschechoslowakische Territorium zu verlassen hätten und die Alliierten stimmten dem in Potsdam zu. Das Drama von Flucht und Vertreibung wurde also schon lange vor dem Waffenstillstand vom 8. Mai 1945 vorbereitet (siehe [1.60]). Schon am 27. Oktober 1943 hatte **Beneš** als Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung in London in einer Rundfunkrede angekündigt:

„In unserem Land wird das Ende dieses Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird mitleidlos und vervielfacht all das heimgezahlt werden, was sie in unseren Ländern seit 1938 begangen haben. Die ganze Nation wird sich an diesem Kampf beteiligen, es wird keinen Tschechoslowaken geben, der sich dieser Aufgabe entzieht, und kein Patriot wird es versäumen, gerechte Rache für die Leiden der Nation zu nehmen.“ Ungleich deutlicher noch drohte Beneš' Stabschef, General Sergej Ingr, in einer Rundfunkrede vom 3. November 1944: „Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsruf der Hussiten folgen: „Schlagt sie, tötet sie, lasst niemanden am Leben! Jedermann soll sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft. Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken - eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.“

Das letzte Zusammentreffen der Alliierten der Anti-Hitlerkoalition auf der Ebene der Staatschefs zur Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 legte eine ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile fest und sah vor, „dass jede derartige Überführung... in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ durchzuführen sei. Doch die Empörung der Tschechen ob der Gräueltaten der deutschen Besatzer führte anfangs zu grausamer Vergeltung. Erst ab November 1945 setzten die nach Plan verlaufenden „Abschiebungen“ ein. Grundlage waren die teilweise schon im Krieg vom Präsidenten Beneš verfassten 143 Dekrete, die heute noch gelten.

Als in der internationalen Presse Kritik an der unwürdigen Art der Vertreibung laut wurde, äußerte

Präsident Beneš im Oktober 1945 in Melnik: "Wir tun angeblich dasselbe, was die Deutschen uns antaten; wir beschädigen angeblich damit unsere eigene Nationaltradition und unseren bisher untadeligen Ruf. Wir machen angeblich einfach die Nazis in ihren grausamen, unzivilisierten Methoden nach. Mögen diese Vorwürfe in Einzelheiten wahr sein oder nicht, ich erkläre ganz kategorisch: Unsere Deutschen müssen ins Reich weggehen und sie werden in jedem Fall weggehen. Sie werden wegen ihrer eigenen großen moralischen Schuld, ihrer Vorkriegswirkung bei uns und ihrer ganzen Kriegspolitik gegen unseren Staat und unser Volk weggehen..."

Das hatte seine Ursache. Sechs Jahre hatte Deutschland Tschechien besetzt. Es herrschte Terror und Unterdrückung. Am 10. Juni 1942 verschwand ein Dorf, das zwischen Prag und Kladno liegt. Sein Name wurde zum Symbol der Leiden, die die Tschechen während der deutschen Okkupation zu ertragen hatten. **Lidice** heißt das Dorf. Seine Zerstörung und das Massaker an der männlichen Bevölkerung war die Vergeltung der Deutschen für das Attentat auf den stellvertretenden **Reichsprotector Reinhard Heydrich**. Lidice wurde zum Symbol für die Verbrechen der deutschen Faschisten in Böhmen.

Dazu einige Fakten:

In Ústí nad Labem, dem früheren Aussig, enthüllte der Oberbürgermeister Petr Gandalovič am 31. Juli 2005 auf der Edvard Beneš Elbe-Brücke eine Gedenktafel. "Diese Tafel ist keine leere Geste", betonte er. "Wir sind das den Opfern schuldig. Hier sind Zivilisten umgebracht worden, und das, als schon Frieden herrschte." Auf der Tafel steht auf tschechisch und deutsch: "Zum Gedenken an die Opfer der Gewalt vom 31. Juli 1945." Die Opfer waren deutsche Zivilisten auf der Flucht, das steht leider nicht da. Diese Tafel zeugt von einer heute noch seltenen Haltung in Tschechien.

Was war geschehen: Die Explosion in einem Munitionslager in Ústí hatte den Anlass zu einem brutalen Vorgehen der Bevölkerung gegen die Deutschen von Ústí gegeben. Es dauerte nach der Detonation nicht lange, bis in der Stadt, die damals etwas mehr als 40.000 Einwohner zählte, eine Hatz gegen alle noch verbliebenen Deutschen einsetzte. Sie waren die Schuldigen und waren an der weißen Armbinde mit dem "N", die sie tragen mussten, leicht zu erkennen. Alle Deutschen, die den Verfolgern in die Hände fielen, wurden von den ansässigen Tschechen mit Fausthieben durch die Straßen getrieben, blindwütig erschlagen, in einem Löschwasserspeicher ersäuft oder von der Beneš-Brücke in die Elbe gestoßen. Ca. 80 Leichen wurden später in Pirna und Bad Schandau aus der Elbe geborgen. In Dresden wurde dafür ein Netz in der Elbe angebracht.



Abb. 1.10.2: So sah ein Flüchtlingszug in Grenznähe aus. Nur Handgepäck. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.10.3: Flüchtlingszug in Grenznähe. Foto: Wikipedia.

Am 5. Mai 6 Uhr früh rief der tschechische Widerstand in Prag über den Rundfunk zum bewaffneten Aufstand auf (**Prager Aufstand**) und am 6. Mai war die Deutsche Wehrmacht mit Hilfe der aus der Wehrmacht desertierten Wlassow-Truppen aus Prag vertrieben. Als in Prag am 9. Mai die Rote Armee einmarschierte, war die Stadt noch voller deutscher Zivilisten. Schulen, Kinos oder auch Fußballstadien funktionierte man zu Sammelpunkten um. In den Straßen regierte der Hass. Deutsche wurden gnadenlos verfolgt, keiner fragte nach Schuld oder Unschuld. Die Zahl der im Prager Aufstand umgekommenen deutschen Zivilisten schwankt zwischen 5.000 und 20.000. Jahrelang aufgetauter Hass entlud sich in Gewaltorgien und Lynchjustiz, wobei sich besonders solche "patriotischen" Tschechen hervortaten, die bis zum Ende mit den Besatzern kollaboriert hatten.

"Auge und Auge, Zahn um Zahn" stand über dem Tor eines Lagers in Budweis. Ein alliiertes Gericht urteilte darüber so: "Das Lager ähnelte während der ersten Stadien seines Betriebes vielfach einem deutschen KZ, wie man nach der Aussage der Zeugen in diesem Fall urteilen kann. Obwohl es keine Gaskammern enthielt und nicht ein Ort organisierter und systematischer Ausrottung war, so diente es doch als Zentrum von Brutalität und Gewalt." Auch ins ehemalige Gestapogefängnis der **Festung Theresienstadt**, wurden die unerwünschten Deutschen gebracht. Von den Internierungen waren rund 350.000 Menschen betroffen. Tausende Deutsche setzten ihrem Leben selbst ein Ende.

Der gebräuchliche Begriff "**Wilde Vertreibung**" ist irreführend. Er impliziert, dass es ausschließlich

der Volkszorn gewesen wäre, der sich berechtigt Bahn gebrochen habe, dass "normale" Tschechen die Deutschen nur ihrer "gerechten Strafe" zugeführt hätten. Die politische Führung sah aber nicht nur zu, sie stand voll hinter diesen Exzessen. Bestätigt wird diese Einschätzung durch das Gesetz 115/1946 der Provisorischen Nationalversammlung der Tschechoslowakei vom 8. Mai 1946 "über die Rechtmäßigkeit von Handlungen im Zusammenhang mit dem Kampf für die Neuerwerbung der Freiheit der Tschechen und Slowaken".

Bis August 1945 wurden in der ersten Phase der Vertreibung bis zu 700.000 Deutsche in Form von langen Flüchtlingszügen zu Fuß mit Handgepäck aus ihrer Heimat getrieben.

Die **Gesetze von Beneš** sind bis heute noch nicht für ungültig erklärt worden. Die Tschechoslowakei ist mit dem Thema anders umgegangen, als die anderen von Deutschland unterjochten Länder Europas. "Vor allem war ihr Zugang dazu offen rassistisch und ermöglichte bewusst eine ethnische Diskriminierung der in der neuen Republik unerwünschten Elemente. Es ging nicht nur um Deutsche oder Magyaren, sondern auch um Juden und Zigeuner, die wie ein Wunder aus den Konzentrationslagern zurückkehrten und auf die Rückgabe des Eigentums ihrer Familien hofften.(...) Die tschechischen jüdischen Heimkehrer wurden sehr oft behördlich als Deutsche eingestuft und aus dem Land vertrieben, selbstverständlich ohne ihr Eigentum."

Insgesamt wurden mehr als 2,2 Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei vertrieben. Rund 1,4 Millionen landeten in den Westzonen, knapp 800.000 in der sowjetischen Besatzungszone. Wie viele Deutsche bei der Vertreibung ihr Leben lassen mussten, ist bis heute umstritten. Die Deutschen sprechen von bis zu 250.000 Toten, in denen aber auch ungeklärte Fälle eingeordnet wurden. Die deutsch-tschechische Historikerkommission sprach 1996 von maximal 30.000 Opfern.

230.000 Deutsche blieben von der Vertreibung ausgenommen, zum großen Teil deshalb, weil ohne sie als Fachkräfte die Produktion zusammengebrochen wäre. Die verbliebenen Deutschen sind aber diskriminiert worden. Z. B. wurden Teile ihres Lohns zur "Wiedergutmachung" einbehalten, was später natürlich auch ihre Rentenansprüche senkte.

Bei der Bearbeitung des Textes, kamen den Autoren viele Bilder aus der Jugendzeit wieder in Erinnerung. Uns wurde auch vieles verständlich, was wir damals nur unterschwellig wahrgenommen hatten. Die Peterswalder und Schönwalder Vertriebenen kamen im Sommer 1945 zu Fuß nach Bad Gottleuba und Berggießhübel. Bei sich hatten sie nur Handgepäck und waren durch den Marsch geschwächt und ausgemergelt. Für die Vertriebenen gab es keine Transportmöglichkeit außer einem klapprigen Handwagen für Gehbehinderte und Kinder. Größere Pferdefuhrwerke, wie man sie sonst auf Bildern sieht, haben wir nicht gesehen. Das gab es wahrscheinlich in erster Linie bei den geplanten "Umquartierungen" der Nazis aus den Ostgebieten. Später wurden die Vertriebenen aus größeren Städten mit offenen Eisenbahnwagons wie Vieh transportiert und z. B. in Pirna ausgeladen. Nachdem schon vorher Einquartierungen von Ausgebombten und "Umquartierten" erfolgten, kam jetzt in unserer Region ein nicht enden wollender Flüchtlingsstrom von Vertriebenen über die tschechoslowakische Grenze. Die Verwaltung funktionierte noch nicht. Die Einwohner halfen spontan mit Wasser und etwas Brot.

An einem kalten Abend klopfte es bei den Eltern der Autorin an der verschlossenen Haustür. Alle Häuser waren überbelegt. Keiner hatte geöffnet. Ihre Mutter fand vor der Tür ein frierendes Ehepaar aus Peterswald mit einem behinderten Kleinkind im Handwagen und zwei kleinen Koffern in den Händen. Ihre Rucksäcke hatten ihnen die Grenzer weggenommen. Sie waren froh, bei uns im winzigen Ladenstübchen ein Lager und Hilfe für die nächste Zeit zu finden. Der Peterswalder Familie fehlte das Notwendigste. Aber irgendwie ging es mit der Hilfe der Nachbarn.

Ähnlich ging es in allen Orten an der Grenze zu. Nach und nach übernahmen die Gemeinden die Organisation und es wurden größere Quartiere gefunden und frei gemacht: in Giesenstein das Rittergut (ebenso wie in Oelsen), in Berggießhübel das ehemalige Arbeitsdienstlager, in Zwiesel, der Tanzsalon und die Fremdarbeiterunterkünfte des Eisenwerkes. Die Vertriebenen nahmen am Anfang an, dass die Ausweisung nur vorübergehend sei und dass sie bald zurück könnten.

Von Umlauf [1.70] ist die **Vertreibung** in dem benachbarten Petrovice (Peterswald) dokumentiert: "Zur Zeit, als die Vertreibung begann, lebten in Petrovice nur Deutsche. Die Tschechen fuhren in Lastkraftwagen und offenen Güterwagons einen Teil der deutschen Bevölkerung über die Grenze und luden sie vor Pirna ab. Dort überließ man sie einfach ihrem Schicksal. Bei dieser Vertreibung sind auch viele ungesühnte Verbrechen von Seiten der tschechischen Bevölkerung dokumentiert. Weitere Abtransporte - die Tschechen selbst sprechen in der amtlichen Ausdrucksweise immer nur von "Abschub" (Odsun) - erfolgten dann erst wieder ab April 1946 und dauerten bis 1949.

Die Zahl der Peterswalder Opfer, die noch in der Heimat ihr Leben ließen, wird mit mindestens 28 angegeben. 17 andere, vermutlich aber noch mehr, machten ihrem Leben in völliger Hoffnungslosigkeit selber ein Ende. Im Zug der Zwangsverschickungen Sudetendeutscher in das tschechische Hinterland wurden auch mehrere Peterswalder Familien, die ja nur wenige Schritte zur Grenze hatten, ihre Heimat aber nicht aufgeben wollten, ins tschechische Landesinnere gebracht, wo sie noch lange festgehalten wurden. Von den nach Sachsen fortgetriebenen Peterswaldern suchten sich viele unmittelbar an der Grenze zu halten, um der Heimat möglichst nahe zu bleiben. So leben - oder

lebten - von der Grenze angefangen bis nach Bad Gottleuba und Berggießhübel - in Sachsen zahlreiche Peterswalder, doch wurde ein großer Teil von ihnen von den Behörden aus dem Grenzbereich entfernt. Diese späte Maßnahme einer Weiterverteilung traf übrigens im gesamten ober-sächsischen Grenzgebiet zahllose Sudetendeutsche, nachdem sie bereits wieder Fuß gefasst hatten. Nach und nach siedelte man in den menschenleeren böhmischen Orten Zigeuner und Tschechen an, welche die Betriebe, Geschäfte und Landwirtschaften übernahmen.

Andere Orte in Grenznähe wurden von der Tschechoslowakischen Armee zerstört und sind heute vom Erdboden und von den Landkarten verschwunden (z. B. Ebersdorf). Es ging stetig bergab. Betriebe wurden vielfach zusammengelegt. Wertvolle Maschinen wurden einfach ins Freie gestellt und dem Verfall ausgeliefert. Bauholz und Möbel wurden verbrannt, Dachziegel und Schiefer oder was sonst noch brauchbar war, wurde von den Tschechen ins Innere des Landes verfrachtet".

Die letzten Vertriebenen (z. B. die aus Ungarn) kamen erst 1948.

Mit der historischen Aufbereitung dieser Zeit, dem unvorstellbaren Leid der Bevölkerung, in erster Linie der alleingelassenen Frauen, der physischen Misshandlung, dem Hunger und der Not, tut sich die deutsche Geschichtsschreibung schwer. Bedingt durch den Komplex der kollektiven Mitschuld an dem Völkermord und der Scheu, über diese unwürdigen Erlebnisse zu sprechen, wird diese Zeit z. T. mit dem Mantel des Vergessens zugedeckt. Durch den Tod der letzten Zeitzeugen, wird eine historische Aufbereitung erschwert. Ein ähnliches Verhalten ist bei den tschechischen Nachbarn bezüglich der Vertreibung zu erkennen.

Wir wollen hier die Vergangenheit ruhen lassen und auf eine weitere Verbesserung des Zusammenlebens hoffen. Wir haben alle unsere tschechischen Nachbarn als gemütliche, lebenswürdige und fleißige Menschen kennen gelernt, fühlen uns heute in ihrem Land wohl, wie auch umgekehrt, kommen die Tschechen heute gern zu uns.

1.10.2 Aufbau der Selbstverwaltung

Gemäß dem Potsdamer Abkommen zu Deutschland, war der **Alliierte Kontrollrat** das regierende Organ, das seine Macht in den vier Besatzungszonen durch die den jeweiligen Oberbefehlshabern unterstellten **Militäradministrationen** auszuüben hatte. Dieser Alliierte Kontrollrat konstituierte sich am 30. Juli 1945 und nahm am 30. August 1945 seine Tätigkeit auf.

Zur Erinnerung hier die ersten Paragraphen aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945:

- I Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.*
- II Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.*
- III Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.*

Die Ziele lassen sich mit den Begriffen Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung zusammenfassen. In der **Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)** erfolgte die Umsetzung durch die Befehle der **Sowjetischen Militäradministration (SMAD)** mit dem Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unter Marschall Shukow.

In Sachsen wurden in den 28 ehemaligen Amtshauptmannschaften sehr schnell **Kreiskommandanturen** eingerichtet und in den Städten und Gemeinden **Ortskommandanturen** gebildet, oft nur in Gestalt eines Unteroffiziers. Bald aber wurden die Ortskommandanturen zu Rayonkommandanturen zusammengefasst, von denen es in den Kreisen 5 bis 7 gab. Im Kreis Pirna entstanden Rayonkommandanturen in Bad Gottleuba, Heidenau, Königstein, Bad Schandau, Sebnitz und Neustadt. Die Kreiskommandantur in Pirna in der späteren Reiner Fetscher Oberschule und die Rayonkommandantur in Bad Gottleuba bestanden bis ca. 1947. Im Sommer 1945 kam es zu folgenden Sofortmaßnahmen im Kreis Pirna (siehe auch [1.27]):

1.10.2.1 Einsammeln und Sicherstellung von Waffen

Als sich die letzten Einheiten der Wehrmacht und der Waffen-SS aus unserem Kreis in Richtung Böhmen absetzten, hinterließen sie große Mengen an Waffen und Munition. Zahlreiche Soldaten entledigten sich ihrer Ausrüstung und setzten sich von ihrer Truppe ab. Manche Mine im Erdboden, an Verkehrswegen und Brücken gefährdete das Leben der Einwohner. Massenhaft verstopfte Kriegsmaterial aller Art die Fluchtwege von Wehrmachtseinheiten besonders auf den Wegen und Straßen von Schöna, Reinhardsdorf, Rosenthal, Berggießhübel, Hellendorf und Oelsen. Diese Massen von Kriegsgerät einzusammeln, oblag den Einheiten der sowjetischen Kommandantur.

Räumkommandos der Roten Armee und von ihr rekrutierte Arbeitstrupps Deutscher bargen dieses Kriegsmaterial über viele Wochen hinweg. Neben der Bergung von Hinterlassenschaften des Krieges war auch die gesamte deutsche Bevölkerung zu entwaffnen, und zwar von jeglicher Art Waffen bis hin zu Luftgewehren und Dolchen. Dazu erging bereits im Mai eine allgemeine Aufforderung. Wer ihr nicht folgte, hatte mit schwerer Bestrafung bis zu rechnen.

1.10.2.2 Rückführung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern

Auf Befehl des Kommandanten hatten alle Tschechen, Polen und Jugoslawen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, das von der Roten Armee besetzte deutsche Gebiet binnen fünf Tagen zu verlassen. Das Mitnehmen von Handgepäck war gestattet. Russische und polnischen Kriegsgefangene wurden in Militärlager gebracht.

1.10.2.3 Demontagen und Reparationen

Die Demontagen waren Wiedergutmachungsleistungen auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Ziel war die Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie und die Erfüllung von Reparationsforderungen der UdSSR. Es war zutiefst schmerzhaft für die Arbeiter, die auf diese Weise ihre Arbeitsplätze vernichteten. Demontagen und Reparationen belasteten außerordentlich die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone, die besonders im Katastrophenjahr 1947 in einen Kollaps zu münden drohte, denn es gab kaum einen Betrieb, der nicht für die Wehrmacht und Rüstung arbeitete. Sehr lange und für jeden sichtbar wirkte sich z. B. die Demontage der zweigleisigen Eisenbahngleise auf ein Gleis aus, wodurch sich auch der Eisenbahntransport erheblich verschlechterte. Die Reparationen umfassten auch die ab Juli 1946 gebildeten **Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaften (SAG)**, deren Gesamtproduktion in die UdSSR exportiert und Lieferungen aus der laufenden Produktion von Betrieben, die von der SMAD mit Kontingenten beauftragt wurden. Dadurch produzierten die Betriebe weiter und bewahrten die dort Arbeitenden vor der Entlassung. Dazu gehörte auch das Eisenwerk in Berggießhübel. Ab 1947 wurden schrittweise SAG-Betriebe an die deutsche Verwaltung übergeben, ausgenommen die Wismut. Nach neuen Schätzungen beliefen sich die Reparationsleistungen der DDR an die Sowjetunion auf über 99,1 Milliarden DM (die der BRD auf 2,1 Mrd. DM an die Alliierten) und verschlechterten die Startbedingungen der ostdeutschen Wirtschaft erheblich. Hier gab es keinen Marshall Plan mit Krediten von ca. 15 Mrd. Dollar für die BRD.

1.10.2.4 Säuberung der Behörden und der Wirtschaft von Nazis

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 steht: "Alle Mitglieder der Nazipartei, die mehr als nominell an ihren Aktivitäten beteiligt waren, und alle anderen den Zielen der Alliierten gegenüber feindlich eingestellten Personen sollen aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in wichtigen Privatunternehmungen entfernt werden. Solche Personen sollen durch Personen ersetzt werden, die nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften für fähig gehalten werden, bei der Entwicklung echter demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuhelfen."

Als die Führungspolitiker der Alliierten in Potsdam tagten, waren die meisten schwer belasteten Kriegs- und Naziverbrecher bereits in Gewahrsam genommen worden. Gemäß der Übereinkunft der Besatzungsmächte, die in Deutschland nun die politische Macht ausübten, waren alle Belasteten zu internieren. Das geschah sofort in den Jahren 1945 und 1946. In der US-Zone betraf das rund 100.000 Personen, in der britischen 90.800, in der französischen ca. 19.000. Für die sowjetische Zone sind die Angaben unsicher. Während die sowjetische Verwaltung von über 67.000 sprach, waren es nach der zuletzt aufgefundenen Kartei des NKWD 157.837 Menschen, davon 34.706 Bürger der UdSSR und 460 weitere Ausländer, die bis zum 1. März 1950 in Lagern interniert wurden.

Im Oktober 1946 schließlich wurden Verhaftung, Internierung und Entlassung von Kriegs- und NS-Verbrechern durch die Kontrollrat-Direktive Nr. 38 auf eine einheitliche Grundlage gestellt. Deutlich wurde darin zwischen aktiven und nominellen Mitgliedern der NSDAP unterschieden und darauf hingewiesen, dass die Sühnemaßnahmen wie Entlassung, Internierung oder Verurteilung den Grad der persönlichen Schuld berücksichtigen sollten.

Die **Internierungen** durch das sowjetische NKWD (sowjetisches Innenministerium) erfolgten aber ohne richterliche Prüfung aufgrund von Denunziationen und formaler Kriterien (Inhaber eines Partei- oder Staatsamtes), durch die ein Personenkreis beschrieben wurde, der in dem Verdacht stand, für die Verbrechen des NS-Regimes verantwortlich oder die Sicherheit der sowjetischen Besatzungstruppen gefährlich zu sein. Da das NKWD die Internierungskategorien aber sehr weit fasste, gingen die Verhaftungen über das unmittelbare Ziel der Entnazifizierung hinaus und betrafen Schuldige und Unschuldige.

Die Verhafteten wurden in **Speziallagern des NKWD** untergebracht (siehe Anhang), aus denen ca. 50 % aufgrund der Haft- und Transportbedingungen nicht zurückkehrten.

Mit großer Intensität und erheblichem öffentlichen Interesse ist seit 1990 den sowjetischen Speziallagern nachgegangen worden. Das betrifft z. B. die moralische Empörung darüber, dass sowjetische Internierungslager meist auf dem Gelände ehemaliger Konzentrations- und NS-Straflager eingerichtet wurden. Dabei wird übergangen, dass Gleiches auch im Westen geschah. Wo sollten denn auch

sonst im zerstörten Deutschland die zu Internierenden untergebracht werden? Das betrifft auch die Todesraten. Sie waren in den sowjetischen Lagern besonders hoch. Etwa ein Drittel der Internierten starben an Hunger und Krankheiten. Dabei wird vergessen, wie schlecht die Versorgungslage in den östlichen Kriegsgebieten, einschließlich der Sowjetunion war. Zur gleichen Zeit grassierten aber auch unter der Gesamtbevölkerung Typhus, Tbc und andere epidemische Erkrankungen und forderten neben dem Hunger hohe Opfer.

Der **Alliierte Kontrollrat** als oberste Machtbehörde in Deutschland erließ eine Reihe von Befehlen, Gesetzen und Direktiven, die die Beseitigung der Reste des Faschismus zum Gegenstand hatten. Hier interessiert besonders das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 über die "Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben". Es verfügte die Entfernung aller aktiven Nazis aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen, definierte Verbrechenstatbestände, regelte grundlegende Verfahrensfragen und enthielt auch Strafbestimmungen.

Die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12. Januar 1946 legte faktisch die Richtlinien für die Entnazifizierung fest. Sie enthielt eine Liste jener Ämter und Stellungen, aus denen ehemalige Nazis zu entfernen waren. Die Direktive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 nahm eine Einteilung der zu Überprüfenden in fünf Gruppen vor:

- | | |
|-----|--|
| I | Hauptschuldige |
| II | Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer) |
| III | Minderbelastete |
| IV | Mitläufer |
| V | Entlastete |

Eine Einstufung nach I - IV zog Strafen oder Sühnemaßnahmen nach sich, wie die Einweisung in ein Arbeitslager für 2-10 Jahre für Hauptschuldige, für die anderen Berufsverbot, Vermögenseinziehung, Verlust von Versorgungsansprüchen, Sonderabgaben aus laufenden Einkünften, Einschränkung des Wahlrechts.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden insgesamt 3.660.648 Verfahren abgewickelt. 1.667 Personen wurden in die Kategorie der Hauptschuldigen eingestuft, 23.060 als Belastete, 150.425 als Minderbelastete, 1.005.874 als Mitläufer. Die Kammern hatten sich mit Schuldverschweigung herumzuschlagen, Fragebogenfälschung, Begünstigung, einem Wust von Unbedenklichkeitsbescheinigungen, die sich Belastete zu beschaffen suchten, den sogenannten "**Persilscheinen**", aber auch mit oft undurchsichtigen Denunziationen. So zogen sich die Verfahren hin, bis der Bundestag schließlich am 15. Oktober 1950 die Verfahren gegen die Gruppen III bis V einstellte. Sehr bald folgten für die Belasteten und Inhaftierten Begnadigungen und Entlassung. Zahlreiche Gesuchte verstanden es, sich ins Ausland abzusetzen, meist über die von der "Stillen Hilfe" der katholischen Kirche aber auch von der evangelischen organisierte "Rattenlinie". Dazu gehörten u. a. 1946 Adolf Eichmann, 1949 der KZ-Arzt Josef Mengele, 1951 Klaus Barbie.

In Ostdeutschland wurden bis Februar 1948 520.734 belastete Personen, vorwiegend aus dem öffentlichen Dienst, entlassen, darunter fast 80 Prozent der Lehrer und 85 Prozent der Richter und Staatsanwälte. Man ersetzte sie durch im Schnellverfahren ausgebildete "Neulehrer" und "Volksrichter".

Von Mai 1945 bis zum Dezember 1964 wurden in der sowjetische Zone und der DDR 16.572 Personen wegen Beteiligung an Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit angeklagt, davon 12.807 verurteilt. In den Westzonen und in der BRD dagegen bis zum 1. Januar 1964 nur 5.234. Für die Zeit von 1965 bis 1987 wurden in der BRD 1.248 und in der DDR 74 Nazi- und Kriegsverbrecher verurteilt. Diese unterschiedlichen Zahlen entstanden dadurch, weil sich doch die Mehrzahl der schwer belasteten Naziverbrecher dem Zugriff seitens sowjetischer Besatzungsorgane durch Flucht in den Westen entzogen, weil sie dort eher unterzutauchen oder milder behandelt zu werden hofften. Die Bedingungen in den sowjetischen Lagern und ostdeutschen Zuchthäusern waren gefürchtet.

Die Entnazifizierungskommission für den Landkreis Pirna stand unter der Leitung des Landrates Herbert Glaeser. Ihr gehörten Vertreter aller Parteien und der Gewerkschaft an. Ihre Sitzungen waren öffentlich. Sie fanden in Großbetrieben, wie dem Kunstseidenwerk oder den Zellstoffwerken und in den Städten und einigen größeren Dörfern unter oft großer Beteiligung der Bevölkerung statt. In diesen Sitzungen hatten sich alle aktive Mitglieder der NSDAP der Untersuchung zu stellen und wurden in die Kategorien I bis V nach der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 eingestuft.

Die Kommission konnte folgende Maßnahmen beschließen:

fristlose Entlassung aus dem Dienst, Nichtzulassung zu wichtigen Posten in Behörden, Organisationen und Betrieben, Verbot, eine kontrollierende und leitende organisatorische Stellung in öffentlichen oder privaten Betrieben innezuhaben, Entziehung des Rechts zur Ausübung einer Tätigkeit, die mit Anstellung oder Entlassung von Arbeitern und Angestellten oder mit der Ausarbeitung der Anstellungsbedingungen verbunden ist, Versetzung auf einen kleineren Posten, Einstufung als Unbelasteter.

Die ortsnahen Verhandlungen ermöglichten eine relativ unkomplizierte Befragung von Betriebsangehörigen bzw. Ortsbewohnern zur Belastung oder Entlastung derer, die sich vor der Kommission zu verantworten hatten. Über die meisten Sitzungen gibt es umfangreichen Presseberichte in der Kreisausgabe der "Sächsischen Zeitung". Der erste dieser Berichte gab die Resultate der ersten 13 Sitzungen wieder. Danach waren zwischen dem 17. Oktober und 17. November 1947 insgesamt 88 Fälle bearbeitet worden.

Es ergingen dabei folgende Urteile:

Im Arbeitsverhältnis ohne Aufstiegsmöglichkeit belassen: 3, Entlassungen: 13, Ins Lohnverhältnis zurückversetzt ohne Aufstiegsmöglichkeit: 4, Als nominell erklärt: 65, Verlagt: 3. Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden 3 Fälle an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet.

Aus der Tätigkeit der **Kreisentnazifizierungskommission** sollen nur zwei Berichte der Sächsischen Zeitung (SZ) wiedergegeben werden:

Sitzung der Kommissionen im Schützenhaus Bad Gottleuba bei Beteiligung von 500 Teilnehmern gegen Möbelfabrikant Rudolf K., Gärtner Rudolf T., Fleischermeister Johannes T., Klempnermeister Paul K., alle aus Gottleuba, Fabrikant Wilhelm T. aus Hellendorf; Gastwirt Richard N., Gasthof "Zum Echo" in Berggießhübel-Zwiesel, Gastwirt Johannes M., Gasthof "Goldener Stern" in Berggießhübel, Sägewerksbesitzer Erich H. in Berggießhübel-Zwiesel und Langenhennersdorf und Mühlenbesitzer Erich D. in Oelsen. In allen 9 Fällen wurden als Zwangsmaßnahmen Gewerbeentzug ausgesprochen. Als schwerwiegender Fall ist der des Klempnermeisters K. anzusehen, dem vorgeworfen wird, als Kolonnenführer des DRK anlässlich einer Schießerei der Nazis auf Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes nicht verhindert zu haben, dass ein Schwerverwundeter in unmenschlicher Weise behandelt wurde.

Besonders schäbig handelten die Denunzianten, wie z. B. im Stahlwerk Copitz, in dem der Vater der Autorin arbeitete: "Mit jedem Pfennig werde doch nur der Krieg verlängert", äußerte Arthur Pollack, der vor 1933 der SPD angehört hatte, bei einer Winterhilfswerk-Sammlung 1943. Er war damals Arbeiter im Stahlwerk Ebel und Hille in Pirna-Copitz. Fritz Hille, Sohn des Mitinhabers, denunzierte ihn bei der Gestapo. Pollack erhielt nur sechs Monate Gefängnis, wurde aber danach sofort in das KZ Sachsenhausen überstellt, aus dem er nicht wiederkehrte. Fritz Hille wurde zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt²⁵.

Ende März 1948 äußerte sich Landrat Glaeser in einer Versammlung in Struppen zu den Ergebnissen der Entnazifizierungsverfahren. "In Sachsen wurden 22.600 Entnazifizierungen vorgenommen. Die Kommission für den Kreis Pirna hat in 50 Sitzungen 357 Fälle bereinigt. An Hand von Beispielen zeigte der Referent auf, dass sich 'alte Kämpfer' selbst bei schwerwiegenden Fällen als harmlose Mitläufer ausgaben. Jetzt, nach Auflösung der Entnazifizierungskommissionen, ist nominellen Parteigenossen die Möglichkeit gegeben, an dem Aufbau unseres Staates und der demokratischen Entwicklung Deutschlands ehrlich mitzuarbeiten."²⁶

Nach Abschluss der Überprüfung waren innerhalb weniger Tage die Verwaltungen von den NSDAP-Mitarbeitern zu säubern. Natürlich waren inzwischen die als besonders belasteten städtischen Beamten entlassen worden. Das brachte die städtische Verwaltung in einige Schwierigkeiten, waren doch in einigen Abteilung sachkundige Leute unentbehrlich. So verwundert es nicht, dass der Befehl zur totalen Entnazifizierung der Verwaltung nicht zu 100% umgesetzt werden konnte. Das geschah sicher nach Einzelfallprüfung im Einvernehmen mit der Kommandantur. Der loyale ehemalige Berggießhübler Bürgermeister Landgraf (NSDAP) musste am 13. Dezember 1945 seine Tätigkeit im Amt aufgeben und wurde 1948 sogar verhaftet. Damit verloren die Verwaltungen auch die letzten qualifizierten Fachkräfte.

1.10.2.5 Aufbau der Verwaltung

Die Besatzungsmacht war allein mit ihren vorzugsweise militärischen Kräften zwar imstande, die Macht auszuüben und durch Befehle die Richtung des Handelns vorzugeben, aber für die vielschichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens fehlten ihren Kommandanturmitarbeitern entsprechende Fachkompetenzen. Dazu bedurfte es fachkundiger Kräfte einschließlich ihrer politischen Organisiertheit. So tolerierte die Sowjetische Militäradministration die Antifa-Komitees oder Ausschüsse, die sich vielerorts bildeten und erlaubte bereits am 11. Juni 1945 die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien. Die deutschen Selbstverwaltungen entstanden zuerst in Städten und Gemeinden, danach in Kreisen, eingesetzt durch die örtlichen Kommandanturen, ehe die SMAD mit Befehl Nr. 3 am 4. Juli 1945 die Bildung von Landesverwaltungen verfügte. Beherzte Menschen nahmen die Geschicke der Bevölkerung in ihre Hände, um das Weiterleben der Menschen zu ermöglichen und eine neue Ordnung aufzubauen. Für die spontan entstandenen Gremien fanden sich Bezeichnungen wie Antifa-Ausschüsse, Antifa-Komitees und Ortskomitees. Sie handelten dabei

²⁵SZ vom 3.8. 1949, S. 4

²⁶SZ vom 1.4. 1948, S. 2

in stetem Kontakt zu den sowjetischen Militärbehörden und unter deren Kontrolle.

In der Stadt Berggießhübel bildete sich erst am 2. September 1945 ein Antifa-Ausschuss. Bis zum 15. November 1945 behielt man sogar auf Wunsch des Stadtrates den loyalen und kompetenten Bürgermeister aus der Nazizeit, Herrn Landgraf (NSDAP), im Amt. Ohne Rücksprache wurde darauf Arthur Uhlig (KPD) als Bürgermeister kommissarisch eingesetzt. Eine Stabilität trat aber erst mit der Einsetzung des Antifaschisten Georg Eichler (KPD) am 16. November 1945 ein. In Bad Gottleuba war der erste Bürgermeister Ludwig Brendl, bald aber Georg Wolff (KPD).

Dann gab es da noch das Problem der Lohn- und Gehaltszahlung, der Renten und Fürsorgeleistungen, denn die Besatzungsmacht hatte alles Bargeld in den Banken beschlagnahmt. Aus den gerade noch verfügbaren Mitteln sollten durch das Wohlfahrtsamt Auszahlungen nach folgenden Sätzen geleistet werden:

Für Rückkehrer waren zunächst vorgesehen: monatlich für 1 Person 30,- RM und Miete. Ehepaare 50,- RM und Miete, Kinder 10, - RM und Pflegekinder 25,- RM. Dies sollte kein Unterhaltssatz sein, sondern lediglich eine Teilzahlung bis die Geldbeschaffung geregelt wäre. Die vorgesehenen Zahlungen an die Rentner erfolgten am 15. Mai. Durch den Befehl Nr. 3 der SMAD wurden am 6. Juli 1945 in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone deutsche Landesverwaltungen eingesetzt. Für das Land Sachsen wurde als Präsident der Landesverwaltung Rudolf Friedrichs bestimmt. Am 20. November wurde ein Erlass der SMAD veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hatte:

“Die Landesverwaltungen erhalten das Recht, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft auf ihrem Territorium zu erlassen, wenn sie Befehlen und Erlassen der SMAD nicht widersprechen! Marschall Shukow“.

Mit diesem Schritt entstand für das Land Sachsen ein zentrales Verwaltungsorgan, das die sowjetische Kommandantur entlastete und die deutschen Verwaltungen auf der unteren Ebene anzuleiten begann.



Abb. 1.10.4: Aufruf des antifaschistischen Aktionsausschusses des Kreises Pirna zur Mitarbeit beim Wiederaufbau vom Juni 1945. Quelle: [1.27]

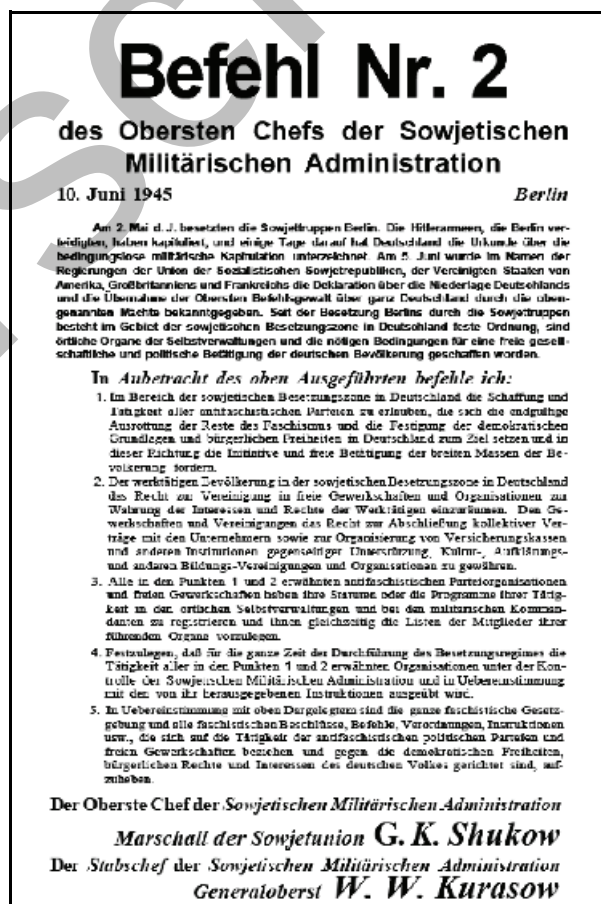


Abb. 1.10.5: Befehl Nr. 2 zum Aufbau der Selbstverwaltungsorgane der SMAD. Quelle: [1.27]

Unerlässlich für den Aufbau deutscher Selbstverwaltungsorgane war die Zusammenführung der demokratischen Kräfte in Parteien und Organisationen zur Vertretung politischer und gesellschaftlicher Interessen und für eine demokratische Meinungsbildung. Dafür gab die SMAD durch ihren Befehl Nummer 2 vom 10. Juni 1945 grünes Licht. Bereits am 11. Juni 1945 trat die KPD mit ihrem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Am 15. Juni folgte der Zentralausschuss der SPD mit seinem Aufruf, am 26. Juni erfolgte die Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und am 5. Juli die

Gründung der Liberal- Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD). Am 14. Juli 1945 trafen sich in Berlin auf Initiative von KPD und SPD führende Vertreter aller vier Parteien. Sie vereinbarten bei Wahrung der Selbständigkeit die Bildung eines **antifaschistisch-demokratischen Blocks**.

Die in Sachsen auf den letzten getrennten Parteitag von KPD und SPD gewählten Delegierten, die insgesamt 400.000 Mitglieder vertraten, fassten am 7. April 1946 auf dem Vereinigungsparteitag den einmütigen Beschluss zur Vereinigung. Danach ging ein Rundschreiben an alle Einheitsbüros der KPD und SPD mit der Festlegung, in gemeinsamen Mitgliederversammlungen am 13. April 1946 die KPD- und SPD-Ortsgruppen aufzulösen und die **„Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“** (SED) zu gründen.

Das Parteienspektrum der DDR erfuhr seinen Abschluss im Jahre 1948. Da entstanden am 29. April die **Demokratische Bauernpartei Deutschlands** (DBD) und am 25. Mai die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands** (NDPD). Die DBD konnte sich auf die **Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)** stützen, aus deren Reihen viele ihrer bis dahin nicht parteigebundenen Mitglieder kamen.

1.10.2.6 Bodenreform

Nach einem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 wurde mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration in der Sowjetischen Besatzungszone die **Bodenreform** eingeleitet. In deren Verlauf wurden Großgrundbesitzer mit mehr als 100 ha landwirtschaftliche Fläche, Kriegsverbrecher und aktive NSDAP-Mitglieder enteignet.

Der enteignete Grundbesitz wurde zunächst dem lokalen Bodenfonds zugeordnet und neu verteilt. Eine erhebliche Zahl von Großgrundbesitzern wurde unabhängig von ihrem politischen Vorleben von der sowjetischen Militärverwaltung in Speziallagern, oft weiter genutzten KZs, interniert. Ein Schicksal, das auch Unschuldige traf.

In Bad Gottleuba, Berggießhübel, Breitenau, Börnersdorf, Langenhennersdorf und Oelsen begann man unmittelbar nach Inkraft treten der Verordnung über die Bodenreform mit der Enteignung.



Abb. 1.10.6: Briefmarke zur Bodenreform 1945. Foto: Wikipedia.

In **Bad Gottleuba** waren es 455,60 Hektar, davon 141,10 Hektar Ackerland, 52,50 Hektar Wiesen und Weiden, 253,70 Hektar Wald, der Rest Gärten und Grundstücke. Die enteignete Fläche gehörte zu dem Hammergut Haselberg, Eigentümer Konsul Glück, Fabrikbesitzer in Dresden sowie zum Rittergut Giesenstein, 1945 im Besitz von Dr. med. Karl Thill. Vom Hammergut Haselberg wurden 16,30 Hektar Land dem Bodenfonds der Gemeinde Oelsen zugeführt.

In **Berggießhübel** betraf es das dem Grafen Alexander von Rex gehörende "Gut Friedrichsthal" mit seinen Nebenbetrieben. Zum Gut gehörten 202,64 Hektar Land, davon 74,76 Hektar Ackerland, 44,75 Hektar Wiesen und Weiden, 72,98 Hektar Wald und Park, 12,20 Hektar verpachtete Flächen, der Rest Gärten, Obstanlagen und übrige Grundstücke.

In **Oelsen** war es der Besitz des Landesvereins "Sächsischer Heimatschutz", mit einer Fläche von 245,86 Hektar, davon 122,11 Hektar im Flurbereich Oelsen und 123,75 Hektar im Flurbereich Bienhof gelegen. Von der Gesamtfläche waren 138,90 Hektar Wald. In Oelsen wurden 182,75 Hektar aufgeteilt, und zwar an 5 Neubauern, 22 landarme Bauern und 46 Kleinsiedler. Die Gemeinde Oelsen erhielt vom Bodenreformwald 55,92 Hektar, worüber jedoch keine Bestätigung durch die Kreisbodenkommission vorlag. Nach einer Überprüfung dieses Sachverhaltes wurden diese 55,92 Hektar mit Beschluss der Ortsbodenkommission vom 19.5.1948 wie folgt vergeben: 43,80 Hektar an den Staatsforst, 2,00 Hektar an den Neubauern Georg Hanzsch, 0,12 Hektar an den Bienenzüchter Josef Pilier; 10,00 Hektar wurden der Gemeinde Oelsen belassen.

In **Langenhennersdorf** war das ehemalige Rittergut seit 1926 im Besitz der Landesversicherungsanstalt und wurde mit der Enteignung zum Volkseigenen Gut (VEG) Langenhennersdorf (umgangssprachlich als **Volksgut** bezeichnet) als Teilbetrieb des Volksgutes Rottwerndorf. Das VEG Langenhennersdorf mit 250 ha war zentraler Lehrbetrieb für Ackerbau und Viehzucht und wurde fast ausschließlich von den Lehrlingen und Ausbildern bewirtschaftet. Die Schule mit dem Lehrlingswohnheim wurde nach 1948 neu neben dem Rittergut errichtet und bildete pro Jahr ca. 30 Lehrlinge in drei Jahren zum Facharbeiter aus.

In **Börnersdorf** war es der Sonnenhof, der enteignet und aufgeteilt wurde. Die Aktionen waren im Frühjahr 1946 abgeschlossen.

1.10.2.7 Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher



Abb. 1.10.7: Plakat zum Volksentscheid 1946. Foto: Wikipedia.

Am 30. Juni 1946 wurde per **Volksentscheid in Sachsen** mit 76 % Zustimmung die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher beschlossen. Aus dem Kreis Pirna betraf das folgende Betriebe: Kalkwerk Borna, Fluorwerk Dohna, Elbtalwerk Heidenau, alle Heidenauer Papierfabriken, Druckmaschinenwerk Heidenau (Victoria), Druckguß Heidenau, Maschinenfabrik Nagema Heidenau, Feinpapierfabrik Königstein, Maschinenfabrik Berggießhübel (Mikromat), Eisengießerei Berggießhübel, Möbelfabrik Heidenau, Hartpappen- und Kartonagenwerk Langenhennersdorf und Pirna-Neundorf. Insgesamt 1931 Betriebe, die ursprünglich auch beschlagnahmt waren, erhielten deren Besitzer zurück. Sie waren als nur nominelle NSDAP-Mitglieder eingestuft worden. Auf die Stadt Pirna entfielen davon 5, auf den übrigen Landkreis 27 Betriebe. Zum Ausmaß der Enteignung heißt es: Mit Aushändigung der Urkunden sind alle Vermögenswerte enteignet, sei es Guthaben in Bank-, Sparkassen- und Scheckbücher, Wertpapiere, Aktien, Darlehen usw. oder Grund und Boden, Grundstücke und Betriebe, Landwirtschaften.

1.10.2.8 Hungerwinter 1946/47

Die Hauptsorge der Bevölkerung nach dem Kriege war die Sicherstellung der Ernährung. Jedes Stück Land wurde mit einfachsten Mitteln mit Gemüse und Kartoffeln bebaut. Parks, Sportplätze und gerodete Flächen wurden zu Kleingärten. Unsere Familie bearbeitete zwei Parzellen Pachtland am Kaffeeberg, an der Siedlung und gerodetes Land in Richtung Gersdorf (heute wieder bewaldet). Die Lebensmittelrationen waren unmenschlich gering (siehe Abb. 1.10.11). Die Feldarbeit war schwer, da nur wenige Hilfsmittel zur Verfügung standen. Es fehlten Zugtiere, Fahrzeuge und Maschinen. Die einfache Handarbeit dominierte. Die Parzellen wurden von den Frauen und den Kindern bearbeitet. Männer waren rar und die wenigen, die nach dem Kriege zu Hause waren, wurden bei der Demontage der Werke eingesetzt.



Abb. 1.10.8: Umsiedlerweihnachtsfeier 1945. Foto: Walter Kegel, Langenhennersdorf

Fast alles erledigten die Frauen oder ältere kriegsuntaugliche Männer. Durch die Zuzüge aus den zerstörten Städten und durch die Vertriebenen waren aber in der Landwirtschaft reichlich Arbeitskräfte vorhanden. Das Sammeln von Pilzen und Beeren in den Wäldern war nur mit einem Pilz- oder Beerenschein gestattet. Die Scheine gab es bei den Forstämtern, Bürgermeistern und Gemeindebehörden gegen eine Gebühr von 0,50 RM. Kinder bis vierzehn Jahre waren davon befreit, wenn sie sich in Begleitung ihrer Eltern befanden. Deshalb musste ich immer mit in den Wald und sammelte fleißig. Der Beginn der Waldbeerenernte wurde von den

Forstämtern bekanntgegeben. Vor dieser Freigabe war das Sammeln verboten.

Die Bäcker erhielten die Weisung, Eicheln, Bucheckern (wer kennt die heute noch?) und Kastanien für die menschliche Ernährung gegen eine Vergütung von 0,10 Mark je Kilo anzunehmen. Alle Bäckereien mussten durch Plakate als Sammelstellen gekennzeichnet werden. Die Bäcker hatten die Eicheln eineinhalb und die Kastanien zwei Stunden im Backofen zu trocknen.

Besonders hart war der Winter 1946/1947 (**Hungerwinter**). Seit Mitte Dezember war es bitter kalt. Schon im Dezember gab es zehn Tage mit Mittagstemperaturen unter -10 °C. Die tiefste Temperatur

von -17,5 °C war vor den Weihnachtsfeiertagen gemessen worden. Das hatte es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Die Elbe begann zuzufrieren, und die Menschen konnten bis Ende Februar über das Eis gehen. Zum Jahreswechsel erfolgte ein zweiter, noch schärferer Kälteeinbruch mit Tagestemperaturen von unter -20 °C. Die Volkssolidarität veranlasste die Einrichtung von Wärmestuben, da vielen die Brennstoffe fehlten, um die Wohnungen zu beheizen. Die Wälder waren wie leergefegt. Die frierenden Menschen hatten alles brennbare Holz aufgelesen und dürre Äste, sogenannte "Zarken", von den Bäumen geholt. Die Gasversorgung musste eingeschränkt werden, weil infolge des langanhaltenden Frostes die Kohlevorräte der Gaswerke aufgebraucht und Zulieferungen ausgeblieben waren. Teilweise wurden ganze Wohngebiete völlig abgeschaltet. Wegen der seit Wochen anhaltenden Kälte kamen kaum noch Kohlelieferungen aus den Tagebauen. Der Reiseverkehr wurde weiter eingeschränkt. Nunmehr waren alle Reisen, auch die bis 30 Kilometer, genehmigungspflichtig. Die Kohlentransporte der Reichsbahn wurden im großen Umfang bestohlen. Die Täter waren aber nicht nur Notleidende und Frierende, die zur Selbsthilfe griffen. Vor allem Angestellte der Bahn bedienten sich in großem Stil und verkauften das Diebesgut zu ungeheuren Preisen an Schwarzhändler. Der Schulunterricht fiel aus oder wurde in beheizte Räume, wie Gaststätten und Wärmestuben, verlegt. Der Unterricht konnte erst nach der Kälteperiode am 24. März wieder beginnen. Die Landesregierung legte deshalb fest, dass mit Rücksicht auf den Unterrichtsausfall die Osterferien verkürzt wurden. Betriebe mussten geschlossen werden oder arbeiteten nur noch verkürzt. Das Transportwesen brach zusammen, weil Kohlen und Treibstoffe fehlten. Besonders schwer litten die Alten und Kranken, die Hilflosen, Gebrechlichen, die Kinder, Vertriebenen und Heimkehrer. Alle Gemeindeverwaltungen wurden aufgefordert, den Holzeinschlag zu organisieren, die Nachbarschaftshilfe zu unterstützen, den Kranken und Alten mit Brennmaterial und Nahrung zu helfen. Möbel, Hausgeräte, Öfen, Betten, Kleidung und Schuhe waren zu sammeln. Besonders in den Städten erfroren und verhungerten viele Menschen.

Im April 1946 bezog die Firma Walter Schubert in Berggießhübel 20.000 Tabakpflanzen und errichtete hinter dem Markt einen großen Trockenschuppen. Die "**Tabakkleinanbauer**" konnten ihre 1946er Ernte gegen Fertigerzeugnisse umtauschen. Zum Umtausch waren nur einwandfreie, "dachreife" (hängend getrocknete) Tabake geeignet. Für jedes Kilo erhielt der Pflanzler je nach Wahl 300 Gramm Rauchtabak oder 300 Zigaretten oder 60 Zigarren oder 120 Zigarillos zu herabgesetzten Kleinhandelspreisen. Alle Tabakanbauer waren darüber hinaus verpflichtet, auch die Strünke der Tabakpflanzen abzuliefern.

Die Produktion in Sachsen sank auf einen Tiefpunkt. Im Vergleich zu den letzten Monaten des Jahres 1946, als man bereits in den Betrieben kaum noch Arbeit hatte, weil es an Rohstoffen und Material fehlte, wurden nur noch knapp 65 Prozent produziert. Die Ursache des Rückgangs lag in der unzureichenden Kohle- und Energieversorgung. In den Braunkohletagebauen war zeitweise die Arbeit eingestellt worden. Viele gingen nicht mehr zur Arbeit und unternahmen "Hamsterfahrten", um für ihre Familien Lebensmittel zu beschaffen. Besonders schwer hatten es die Vertriebenen.

Eine Vertriebene schildert in einem Brief an die Sächsische Zeitung ihre Lage:

"Ich und mein 87-jähriger Mann bekamen eine Stube zugewiesen mit einem schmalen Bett, einem schadhafte Waschbecken und einem alten, völlig unbrauchbaren eisernen Ofen. Elektrisches Licht ist nicht vorhanden. Wir sollten einen Viertelmeter Holz bekommen. Leider gab es keins. Als wir im Februar endlich das Holz erhielten, war es nur ein Achtmeter, dazu Kohlenstaub, der ohne Holz nicht brennt. Da der Ofen nicht zu gebrauchen ist, sitzen wir seit dem 5. Januar im völlig ungeheizten, feuchten Zimmer. Holz und Kohlenstaub gab ich der Vermieterin, damit ich das wenige Essen bei ihr abkochen konnte. Wir haben weder Wagen noch Säge oder Beil, um im Wald Holz zu stehlen. Jetzt haben unsere Vermieterin und wir seit Tagen kein Feuer, und wenn es kein Gas gibt, haben wir keine warme Mahlzeit."

Im Frühjahr zogen, da die Wintervorräte längst verbraucht und Neulieferungen ausblieben, Tausende mit Rucksäcken in die Dörfer, um sich Kartoffeln und andere Nahrungsmittel zu organisieren. Im August zogen Zehntausende zum **Ährenlesen** aufs Land, "um auf ehrliche Weise etwas Zusätzliches herbeizuschaffen". Kaum waren die letzten Garben auf die Erntewagen geladen, wurden die Felder "frei gegeben", und die Frauen und Kinder, die oft schon stundenlang an den Feldrainen warteten, strömten von allen Seiten auf die Stoppelflächen. Bei der Kartoffelernte beschwerten sich die Bauern über die vielen Menschen, die nicht warteten, bis die Kartoffelfelder abgeerntet und zum Nachstoppeln freigegeben waren, und wie "Heuschreckenschwärme" auf die Felder stürmten. Kinder wurden von den Müttern angestiftet, in den noch nicht gelesenen Zeilen zu hacken oder sich noch nicht gelesene Kartoffeln zu holen.

Die sächsische Landesregierung beschloss, dass während der Erntezeit bis zu 20 Kilogramm gestoppelte Kartoffeln transportiert werden durften. Größere Mengen wurden beschlagnahmt.



Abb. 1.10.9: Kartoffeln stoppeln. Foto: Walter Kegel.



Abb. 1.10.10: Ähren lesen. Foto: Walter Kegel.

In den Wäldern der Umgebung entstanden Kahlschläge und die Bevölkerung durfte mit einem Entnahmeschein die Stuppen roden. Das Roden der Stubben und ihre Verarbeitung zu handlichem Brennholz war ohne Technik eine der schwersten Arbeiten, die man sich denken kann.

Für die heutige Generation ist es schwer vorstellbar, unter welchen harten Bedingungen sich die Bevölkerung ihr Überleben sicherte. Die Familien waren entweder den ganzen Tag auf den eigenen Feldern oder auf denen der Bauern Ähren lesen und Kartoffeln stoppeln. Am besten hat uns Kindern noch das Beeren- oder Pilzesammeln gefallen. Es muss damals einen lieben Gott für die arme Bevölkerung gegeben haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass es jemals wieder so viele Pilze, Heidelbeeren oder Himbeeren in den Wäldern des Erzgebirges gegeben hat. Die Wege dorthin waren weit. Himbeeren wurden an den Kahlschlägen auf den Talhängen hinter Oelsen in Richtung Bienhof gesammelt, beim Ähren lesen und Kartoffeln stoppeln wurden die Felder in Börnersdorf, Göppersdorf, Wingendorf bis Herbergen abgesucht. Neben dem weiten Weg kam noch das Tragen der "Ernte" dazu. Wer Geld hatte oder für einen besonderen Anlass etwas benötigte, ging auf dem **Schwarzmarkt**. Die eigentliche Währung waren Zigaretten. Bei einem Durchschnittsverdienst von monatlich nicht einmal 200 RM kostete auf dem Schwarzen Markt eine Tafel Schokolade 80 RM. Für ein Kilogramm Wurst mussten 280, für ein Pfund Fleisch 300, eine Zigarette 6 und für ein Kilogramm Bohnenkaffee 1500 RM bezahlt werden.



Abb. 1.10.11: Lebensmittelkarte 1946. Archiv Oelsen



Abb. 1.10.12: Gemüsekarte 1948. Archiv Oelsen

Bei den vorgegebenen Lebensmittelrationen 1946 nach Abb. 1.10.11, die oftmals nicht beliefert werden konnten, war ein "Besorgen" von Lebensmitteln lebensnotwendig (Klartext der Abbildung: Tagesrationen: Brot: 700 g, Nahrungsmittel 10 g, Zucker 25g, Fleisch 15 g, Fett 10 g, Marmelade 30 g, Monatsrationen: Salz 400 g, Kaffee-Ersatz 125 g.)

Verkauft wurde auf dem Lande in der Regel in sogenannten "**Kolonialwarenläden**", in denen es das Lebensnotwendige zu kaufen gab (keiner denkt heute daran, dass EDEKA die Abkürzung für **Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwareneinzelhändler** ist). Heute sind diese Läden als "**Tante Emma Laden**" bekannt. Der Begriff wurde geboren, als die meisten europäischen Länder, wie auch Deutschland, noch Kolonien in Afrika und Asien hatten, und sollte den Mensch suggerieren, dass es in den Läden die exotischen Importe aus diesen Ländern, wie Kaffee, Kakao, Tee und Gewürze zu kaufen gab. Nach dem Krieg gab es in den Läden fast alles Lebensnotwendige, aber in kleinsten Mengen auf Marken. Hier gab es also nicht nur Lebensmittel, sondern auf dem Dorf auch Schuhe, Textilien und auch Drogeriewaren. Besonders "beliebt" war der Fischverkauf, wobei sich das Sortiment praktisch auf den Salzhering beschränkte.

Flüssige Waren wurden in von Kunden mitgebrachten verschließbaren Flaschen verkauft. Jede Familie hatte eine verschließbare Kanne für den Transport von Milch, die mit geeichten Messgefäßen aus den Milchkannen geschöpft wurde.

Lebensmittel als Schüttware gingen unverpackt in schnell gedrehten Papiertüten über den Ladentisch. Angeliefert wurden Zucker, Mehl, Graupen und Salz meist in Säcken, die dann zum Verkauf in beschriftete Schütten umgefüllt wurden. Für die Entnahme hatte jede Schütte eine kleine Schaufel.

Gewogen wurde oft noch mit einer einfachen **Balkenwaage** mit geeichten Gewichten, wobei das Wiegen in zwei Schritten erfolgte, der erste Schritt war das Wiegen des Behältnisses für das Lebensmittel und der zweite das Wiegen des gefüllten Behältnisses. Rechnen war gefragt. Es musste die Menge und der Preis des Produktes ermittelt und die Summe berechnet werden. Das Ergebnis musste nachprüfbar aufgeschrieben und übergeben werden.

Diese Fertigkeiten erwarben unsere Eltern in der Schule. Es war auch in unserer Zeit noch üblich, den Matheunterricht damit zu beginnen, dass vom Lehrer vorgegebene Kopfrechenaufgaben zu lösen waren. Es durfte sich nur der setzen, wer sie als Erste gelöst hatte. Keiner wollte als Letzter stehen.



Abb. 1.10.13: Alte Balkenwaage mit zwei Gewichten um 1950. Quelle Wikipedia

Als wichtiges Handwerkszeug hatte der Ladenbesitzer eine Schere, mit der die entsprechenden Marken von der Lebensmittelkarte abgeschnitten wurden. Abends saß er dann mit Kleister und Pinsel da und musste für seine Abrechnung die Abschnitte auf Zeitungspapier aufkleben. Manko in der Abrechnung bei Marken und Geld führte zu Entzug der Lizenz und bei größeren Vergehen zu Gefängnis. Durch die hohen Schwarzmarktpreise war die Verführung zum Betrug groß und es wurde häufig kontrolliert. Durch das Verwenden von mitgebrachten Behältern, Körben und Beuteln entstand kaum Verpackungsmüll, der bei einem heutigen Einkauf unsere Abfallbehälter sprengt und der nicht einmal in einer Heizung verbrannt

werden kann, weil der Umweltsünder meilenweit zu riechen ist.

Im Juni 1948 wurde nach der separaten **Währungsreform** in den Westzonen und auf der Grundlage des Befehls 111 der Sowjetischen Militäradministration auch in der Ostzone die Geldabwertung durchgeführt. Da es noch keine neuen Banknoten gab, wurden auf die bisherigen Geldscheine der Reichsmark (RM) Spezialkupon geklebt. Jedes Familienmitglied erhielt 70 Mark im Verhältnis eins zu eins. Der einfache Bürger hatte mit dem Umtausch keine Probleme. Nur einige Gewinner der katastrophalen Lage versuchten ärmere Umtauschpartner für den Tausch zu finden.

Erst im Juli wurden mit dem Befehl 124 der Sowjetischen Militärverwaltung "zwecks Vollendung der Währungsreform" neue Geldscheine - **Deutsche Mark der Deutschen Notenbank** - in der sowjetischen Besatzungszone ausgegeben. Die zur Währungsreform mit Spezialkupon versehenen alten Scheine wurden eingezogen. Die Münzen blieben zum Nennwert im Umlauf (siehe Anhang).

Im März 1949 erhielt Pirna seinen ersten "Freien Laden" der **HO (Handelsorganisation)**. Hunderte von Neugierigen drängten sich in das Geschäft, und in drei Stunden waren alle Torten, Kuchen und

Brötchen ausverkauft. Neben Lebensmitteln gab es Textilien, Radioapparate, Uhren, Fahrräder und Nähmaschinen. Nach einem Jahr wurden die Preise spürbar gesenkt.

Produkt	Menge	November 1946	November 1949
Weizenmehl	1000 g	20,00 M	6,00 M
Nudeln	1000 g	11,00 M	3,40 M
Weißbrot	1000 g	10,00 M	5,00 M
Zucker	1000 g	33,00 M	12,00 M
Marmelade	250 g	6,50 M	2,50 M
Schweinefleisch	500 g	50,00 M	25,50 M
Margarine	250 g	27,50 M	9,00 M
Butter	250 g	32,50 M	15,00 M
Bohnenkaffee	500 g	50,00 M	22,00 M
Jagdwurst	100 g	8,00 M	4,40 M
Pflanzenöl	125 g	12,50 M	5,50 M

Tabelle 1.1: HO-Preise von einigen Lebensmitteln im November 1949

Das war der Anfang für das Ende der "Tante Emma Läden". 1949 kehrten auch die letzten Kriegsgefangenen aus den westlichen Siegerländern in ihre Heimat zurück. Frankreich hatte sich Sonderrechte erhandelt und hatte ca. 1 Million Kriegsgefangene zum Wiederaufbau des zerstörten Landes behalten. Amerika und England hatten schon 1946 die meisten Gefangenen entlassen. Die letzten Kriegsgefangenen aus den sowjetischen Lagern kamen erst 1956 zurück.

1.10.3 Gründung der DDR 1949 und der "Sozialismus"

Der Begriff Sozialismus wurde in Ausführungszeichen gesetzt, weil das, was wir als Sozialismus erlebt haben, nur wenig mit dem uralten Menschheits Traum von einer sozialen menschlichen Gesellschaft zu tun hatte. Der Start nach Kriegsende war für die sowjetisch besetzte "**Ostzone**" äußerst schwierig gewesen. Die Wirtschaft war durch Abwanderung von Fachleuten, Reparationen und den damit verbundenen Demontagen total am Boden. Eine nennenswerte Schwerindustrie gab es nicht (1938 betrug der Anteil Mitteldeutschlands an der Produktion der Schwerindustrie ca. 5 %, aber es war ein hochindustrialisierter Standort der verarbeitenden Industrie, die aber auf Lieferungen der Schwerindustrie (Kohle und Stahl) angewiesen war. Im Gegenteil, die noch produzierenden Betriebe arbeiteten weitgehend für die Besatzungsmacht und eine bescheidene Schwerindustrie ohne Rohstoffe musste erst aufgebaut werden (Eisenhüttenstadt). Für die Ostzone gab es keinen Marshallplan (Beginn für die Westzonen am 3. April 1948). Mit der **Gründung der NATO (1948)**, der Einführung der DM (Juni 1948) in den westlichen Besatzungszonen und nach der von Adenauer forcierten Gründung der **Bundesrepublik Deutschland** am 9. September 1949 entstand notwendigerweise am 7. Oktober 1949 aus der Sowjetischen Besatzungszone die **Deutsche Demokratische Republik**. Damit war die Hoffnung auf eine deutsche Einheit, in weite Ferne gerückt. Nur in einer Zeile der Nationalhymne der DDR sprach man noch "von Deutschland, einig Vaterland". Später wurde diese Strophe weggelassen.

Unter den neuen politischen Verhältnissen fanden am 15. Oktober 1950 die ersten Wahlen in der DDR statt. In den Dörfern und Städten wurden am 3. April 1951 die ersten **Gemeinderäte** gewählt. Der Kreis der Kandidaten war vorgegeben. Damit waren die politischen Voraussetzungen für den planmäßigen Wiederaufbau gegeben. Der Wunsch nach friedlichen und gesicherten Verhältnissen steckt tief in jedem Menschen. Keiner wollte die Verhältnisse der Nazizeit mit ihren grausamen Folgen wieder haben.

Wie sollte man dies erreichen? Die Weimarer Republik hatte den demokratischen Weg diskreditiert, die Nazi-Diktatur erwies sich als verbrecherisch und die Besatzungsmacht diktierte ihren Sozialismus. Die Besatzungsmacht ließ den Bewohnern der DDR keine Alternative, einen eigenen Weg zu versuchen.

Da wir in dieser Zeit groß geworden sind, wissen wir, dass es nur wenige gab, die diesem System offen die Stirn geboten haben. Sehr viele, die sich heute als Gegner des DDR-Regimes bezeichnen, haben nur die Faust in der Hosentasche geballt. Meckern zählt dabei nicht, denn das war allgemein üblich und ungefährlich, solange nicht das Regime direkt angegriffen wurde. Dann wurden die Genossen unerbittlich. Im Gegensatz zu heute, konnte man seine Unzufriedenheit den Chef spüren lassen, der oft genau so schlecht gestellt war. Außerdem war der brutale Einsatz der Besatzungsmacht bei der Niederschlagung des **Aufstandes vom 17. Juni 1953** allen in guter Erinnerung und

eine Warnung, die bis 1989 nachwirkte. Es war die Zeit, in der der **Kalte Krieg**²⁷ heiß zu werden drohte.

Viele Menschen haben den Sozialismus am Anfang in bester Absicht unterstützt und waren überzeugt, dass ihre Arbeit einer guten Sache diene. Die Kriegsgeneration vertrat aus trauriger Erfahrung mit der Meinung an, dass ein Deutscher nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen sollte, während die Politiker auf beiden Seiten eine Verteidigungsbereitschaft des Landes gegenüber dem anderen Land forderte und sich jeweils an die Jugend wandte. Man versuchte vergebens für die Verteidigung die Atomwaffen hoffähig zu machen und besonders in der Bundesrepublik die Rüstungsindustrie aufzubauen. In der DDR war man gezwungen, auf sowjetische Technik zurückzugreifen. In den Schulen DDR wurde der Wehrkundeunterricht eingeführt, und der Zivilschutz ausgebaut. Auf beiden Seiten wurde wieder die Wehrpflicht eingeführt (BRD 1956, DDR 1962) und die Jugend mit Anreizen für den längeren Dienst zu werben (In der DDR wurde es üblich, länger dienenden Soldaten mit Abitur einen Studienplatz bereitzustellen). In der Bundesrepublik entstand die **Friedensbewegung**²⁸ gegen die Stationierung der amerikanischen Atomraketen, die noch heute real sind. In der DDR war es nicht denkbar, aber die Atomwaffen sind heute weg. Die Mensch neigen zum Vergessen. In Anbetracht der Lehren aus zwei Weltkriegen hatte man in Deutschland das Zitat von Berthold Brecht²⁹ zu dem Punischen Krieg vergessen:

“Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden”.

1.10.4 Lebensverhältnisse um 1950

Wie die Lebensverhältnisse zu dieser Zeit waren, soll an einigen Beispielen kurz beschrieben werden, wobei zu dieser Zeit sich die Bedingungen in Ost und West nicht groß unterschieden:

Waschtage:

Bei einer Familie waren die Waschtage in unserer Kindheits- und Jugendzeit ein lange vorher zu planendes und wichtiges Ereignis, das voll in der Hand der Mutter lag und in das wir Kinder immer mit einbezogen wurden. Wäsche waschen war für die Hausfrau eine hygienisch dringend nötige, aber schwere Arbeit.

Als Kind erlebte die Autorin noch diese so genannte **“Große Wäsche”**, die meist drei Tage dauerte und die ihr noch gut in Erinnerung geblieben ist:

“In unserer Region hatte fast jedes Wohnhaus und jedes Gut sein Waschhaus. Von allen Bewohnern konnte dieses Waschhaus genutzt werden. Die Bedingungen standen für Mieter auch im Mietvertrag. Am Tage, ehe die eigentliche Wäsche begann, wurden ins Waschhaus alle notwendigen Geräte geschafft. Wir hatten Holzwannen, die ständig zusammentrockneten. Diese wurden nun auf Böcke gestellt und gewässert. Das Holz quoll und die Wanne wurde über Nacht dicht. Alle weiteren Gefäße wie Kannen, Eimer, Badewannen, Schüsseln und die Waschbretter, so wie Kohle, Holz und Seife wurden bereitgestellt. In der Mitte des Waschhauses stand der große eingemauerte Waschkessel, der gesäubert und mit Wasser gefüllt wurde.

²⁷ **Kalter Krieg** wird der Konflikt zwischen den Westmächten unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem sogenannten Ostblock unter Führung der Sowjetunion genannt, den diese von 1947 bis 1989 mit nahezu allen Mitteln austrugen. Zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen den Supermächten USA, der Sowjetunion und ihren jeweiligen Militärblöcken kam es nie, es gab allerdings Stellvertreterkriege, wie in Korea, Vietnam und Afghanistan. Dabei wurden jahrzehntelang auf beiden Seiten politische, wirtschaftliche, technische und militärische Anstrengungen unternommen, um den Einfluss des anderen Lagers weltweit einzudämmen oder zurückzudrängen. Der Konflikt nahm dreimal äußerst bedrohlichen Charakter an, sodass die Möglichkeit eines „heißen“ Krieges zwischen den Supermächten näher rückte: in der Berlin-Blockade 1948/49, in der Kubakrise 1962 und im Streit um die Mittelstreckenraketen von 1979 bis 1982/83. Zwischen diesen Phasen kam es zu Perioden mit geringerer Konfliktintensität oder auch der Entspannung. Die Sowjetunion setzte ihre Streitkräfte bei der Niederschlagung eines Volksaufstands in der DDR (17. Juni 1953) sowie zur Besetzung Ungarns (1956) und der Tschechoslowakei (1968) ein, um die amtierenden Regierungen zu beseitigen. Der Konkurrenzkampf beider Systeme zeigte sich auch in der ideologischen Propaganda, an ihrem Wettrüsten, in der Wirtschaftsentwicklung und an Entwicklungen in den Bereichen Kultur, Sport, Wissenschaft, Technologie, und in den aufwändigen Raumfahrtprogrammen.

²⁸ Seit der Aufrüstung der Vertragsstaaten von NATO und Warschauer Pakt mit Atomwaffen in den 1950er Jahren wuchs eine Friedensbewegung heran, die sich etwa mit den Ostermärschen eine jährliche Demonstrationsform schuf. Erst mit neuen Aufrüstungsschritten der NATO ab 1979 entstand in einigen westlichen Staaten eine Friedensbewegung, die eine vollständige atomare Abrüstung durchsetzen wollte.

²⁹ Bertolt Brecht, * 10.02.1898, † 14.08.1956: Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller, 1951



Abb. 1.10.14: Handwäsche um 1940.
Abb. Wikipedia.

Der Kessel wurde manchmal nicht nur für das Waschen benutzt, sondern auch zum Sirup kochen (aus Zuckerrüben) und zum Schlachten. Damals waren die meisten Wäschestücke aus kochfestem Leinen, Nessel, Damast und anderem weißen oder farbfesten Gewebe. Auch die Unterwäsche war von mehr oder weniger feinem Leinen. Mit Spitzen und verschiedenen Stickereien fertigten die Hausfrauen ihre "Reizwäsche"³⁰.

In den alten Rittergutsakten zum Beispiel von Gießenstein steht geschrieben, dass zum Weihnachtsfeste das weibliche Gesinde außer wenigen Talern und Schuhen zwischen 2 und 8 Ellen jeweils feine und grobe Leinwand zur Fertigung ihrer Wäsche und Kleidung erhielt.

Nun zum Waschvorgang:

"Diese kochfeste Wäsche wurde im **Waschkessel** warm mit Einweichmittel über Nacht eingeweicht. Die stark verschmutzten Stellen wurden mit Schmier- oder Kernseife eingerieben. Die Wäsche musste in der warmen Seifenlauge ziehen. Am nächsten Morgen wurde der Kessel angeheizt und die Wäsche gekocht. Dabei wurde die Wäsche immer mit einem großen Rührholz bewegt. Die gekochte Wäsche musste danach in die Holzwannen gebracht werden und sobald sie genügend abgekühlt war, wurde sie mit einer kräftigen Waschlauge aus aufgelösten Seifenflocken oder Waschpulver auf dem **Waschbrett** gerubbelt und gebürstet. Flecke wurden mit Kernseife mühsam

entfernt. Die fertigen Wäschestücke wurden gut ausgerungen und kamen dann zum Spülen. Wir besitzen noch heute ein Waschbrett und benutzen es manchmal. Die Enkel kennen es in erster Linie als Musikinstrument.

Die bunte, feine und Arbeitswäsche wurde unter Nutzung der restlichen Waschlauge mit Hand gewaschen, wenn nötig auf dem Waschbrett geschrubbt, gespült und zum Trocknen aufgehängt. Nicht jede Familie hatte eine Wringmaschine, aber um diese Zeit war die Solidarität groß und der Austausch von Geräten war üblich.

Unsere Vermieterin hatte im Mietvertrag 1941 festgelegt, dass die Wäsche wegen des hohen Wasserverbrauchs nicht im Waschhaus gespült werden durfte. Also kam die Wäsche in einen Korb auf den Leiterwagen und es ging zur Gottleuba. Unterhalb der Bähmühle kletterten wir an gemauerten Stufen in das steile Bachbett und schwenkten die Wäschestücke im kalten Gottleubawasser. Danach wurde die Weißwäsche auf der Wiese zur Bleiche ausgebreitet. Ich musste wegen der Diebe Wache halten. Um den aus dem feuchten Gras aufsteigenden Sauerstoff zum Bleichen nutzen zu können, musste die Wäsche mittels Gießkanne angefeuchtet werden. Dies erfolgte mehrmals und dauerte meist einen ganzen Nachmittag. Wie froh war ich, wenn meine Mutter kam und wir die Wäsche nochmals spülten, um sie dann nach Hause zu bringen. Dann wurde die Wäsche ausgewrungen. Für das Wringen wurde die **Wringmaschine** an die Badewanne geklemmt. Mit der rechten Hand wurde die Kurbel gedreht und mit der linken Hand die nasse Wäsche zugeführt. Im Sommer hing man die Wäsche auf die Leine im Wäschegarten hinter dem Haus zum Trocknen auf. Bei schlechtem Wetter, wurde die nasse und schwere Wäsche auf den Dachboden getragen. Keine Arbeit die man alleine bewältigen konnte. Nicht selten habe ich gemeinsam mit meiner Mutter den geflochtenen Weidenkorb auf den Boden hochgebracht. Im Winter legte man den Waschtermin möglichst auf milde Tage. Aber damals waren die Winter kälter und schneereicher als heute. Auf dem Boden gefror die Wäsche sofort. Aber nach einigen Tagen bei trockener Luft war die Wäsche trocken. Nach zähem Kampf mit unserer Vermieterin und einer erhöhten Nutzungsgebühr für das Waschhaus, konnten wir dann ausnahmsweise auf das Spülen in der Gottleuba verzichten. Nach 1945 und dem Tod der Hausbesitzerin entfiel das Spülen im Bach."

Eine Waschmaschine, Schleuder, Trockner und elektrische Bügeleisen gab es damals noch nicht und der Washtag war demzufolge ein sehr harter Tag. Bei großen Wäscheposten nach Familienfeiern etc. zog sich das Waschen nicht selten über mehrere Tage hin.

Die erste kleine Erleichterung ging dann mit der Anschaffung einer Holzbottichwaschmaschine einher. Doch so richtig zu Ende ging die Plackerei erst mit Erfindung des vollautomatischen Gerätes.

³⁰ Einige solche feine Exemplare sind im Heimatmuseum Langenhennersdorf zu bestaunen.



Abb. 1.10.15: Handwringmaschine um 1940. Wikipedia.



Abb. 1.10.16: Altes Bügeleisen um 1930. Wikipedia.

Bügeln:

Nach dem Trocknen der Wäsche wurden die kleineren Stücke mit dem **Bügeleisen** gebügelt und die großen Stücke, wie Bettwäsche, in der Mangel gerollt. Die damaligen Bügeleisen waren hohle Plätteisen, oft mit einer durch eine Klappe verschließbaren Rückseite. Von dieser Rückseite wurde mit einer Zange ein auf dem Herd erhitztes passendes Stück Eisen in den Hohlraum eingeführt und mit der Klappe verschlossen. Auf diese Art und Weise wurde die Sohle erhitzt.

Die Hausfrauen konnten sich zum **Wäscherollen** in einem Buch Zeit in der **Wäscherolle** reservieren und gegen Bezahlung die Anlage in Betrieb nehmen. Wäscherollen gab es schon ab den 1920er Jahren. In der Regel wurden die Wäscherollen in gewerblichen Betrieben, privat in Nebengebäuden oder in kollektiven Einrichtungen betrieben. Meist wurde in den Anlagen der Arbeiterwohnbaugenossenschaften (AWG) der DDR ein Waschhaus mit errichtet. Aber auch Wohnsiedlungen, die um 1900 errichtet wurden, erhielten oft ein "Waschhaus".

Bei einer Wäscherolle, der Fachbegriff ist Kaltmangel, der nur auf dem eisernen Fabrikschild der Rolle stand, handelt es sich um eine Maschine, die zum Glätten von Wäsche verwendet wurde. Die Wäscherolle verfestigt die Fasern und das Wäschestück erhält neuen Glanz. Beim Rollen wird trockene oder mäßig befeuchtete Wäsche mit großen Tüchern aus Leinen um Holzwalzen gewickelt, die als Unterlage für einen langsam hin- und hergehenden, etwa 500 kg schweren Kasten dienen. Das Beschicken der Rolle erfolgt von vorn über zwei sich wechselseitig öffnende Schutzgitter. Eine Mechanik ermöglicht das Öffnen der Schutzgitter erst bei Anhalten des Kastens. Dabei wird der Kasten leicht angehoben, so dass die Rolle mit der Wäsche entnommen und die nächste eingeführt werden kann. Der Mangelkasten wurde mit Steinen oder Sand gefüllt. Die Rolle wurde bei ihrer Einführung noch von Hand bedient und später elektrisch betrieben. Die Nachfrage bis in die heutigen Tage resultiert aus dem geringen Energieverbrauch und der Schonung der Wäsche.

Bilder von einer in den 1930er Jahren gefertigten Wäscherolle in Obersteinbach (Thüringen).



Abb. 1.10.17: Der Kasten befindet sich ungefähr in der mittleren Position.



Abb. 1.10.18: Der Kasten in einer Position rechts.

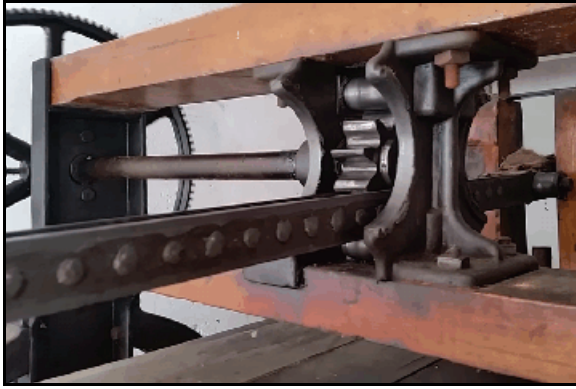


Abb. 1.10.19: Der Kasten Antrieb mit Zahnstange.



Abb. 1.10.20: Endstellung und die Rolle liegt frei.



Abb. 1.10.21: Das Einlegen der zu rollenden Wäsche mit dem Rolltuch in die Rolle.



Abb. 1.10.22: Die eingelegte Rolle.

Stollen backen:

Die Autorin erinnert sich:

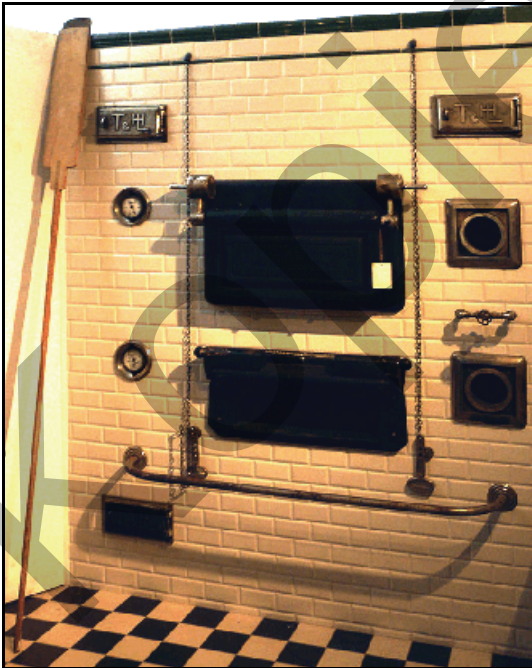


Abb. 1.10.23: Backofen eines Bäckers um 1950.

“In unserer Kinderzeit nach dem Krieg war das Stollenbacken eine große Aktion und läutete Weihnachten ein. Nahrungsmittel waren knapp und rationiert. Deshalb sparte die Mutter lange jedes mögliche Krümel Mehl, Zucker und Fett für die Backzeit. Bucheckern auch Kerne von Kirschen und Pflaumen wurden als Mandelersatz gesammelt. Rosinen, Zitronen, Vanillezucker wurde wie Gold gehandelt und irgendwie beschafft. Für 2 kg Stollenteig benötigte man ungefähr: 500 g Mehl, 100 ml Milch, 125 g Butterschmalz, 75 g Margarine, 100 g Zucker, 250 süße Mandeln, 10 bittere Mandeln, 150 g Zitronat, 150 g Orangeat, 1 Zitronenschale, Rum, 1 Prise Salz, 1 Päckchen Vanillinzucker, 350 g Rosinen. Jede Hausfrau hatte ihr eignes Rezept. Zutaten, die fehlten, wurden durch Aromen ersetzt oder mit Bedauern weggelassen. Uns half anfangs eine Patentante, die Zutaten aus Amerika von ausgewanderten Verwandten bekam. Später konnte man die Zutaten wieder regulär in den Geschäften erwerben. Die Stollen wurden beim Bäcker gebacken. Dazu vereinbarte man einen Backtermin. Am Tag vor dem Backen wurden die Mandeln gebrüht, abgezogen, getrocknet und gemahlen. Die Rosinen wurden verlesen, gewaschen und mit Rum bedeckt eine Nacht stehen gelassen. Die gut temperierten Zutaten wurden verstaubt und zum Termin zum Bäcker gebracht. Dieser

bereitete den Teig. Die Hausfrauen wichen ihm nicht von der Seite, um zu sichern, dass genau ihre Zutaten in den Stollen kamen und nichts abgezweigt wurde. Zu dieser Stollenaufsicht wurde ich mehrmals von meiner Mutter delegiert. In der Schule wurde ich krank gemeldet.

Ich zog mit meinem Handwagen und allen Zutaten zum Bäcker und wurde vom Bäcker in die Warteschlange eingereiht. Um mich herum schwatzten und stritten die Hausfrauen. Es ging um die Reihenfolge und um die Rezepte. War man endlich an der Reihe, kam es oft zum Streit mit dem Bäcker, der manche Rezeptur ablehnte, weil er fürchtete, dass der Stollen so gar nicht gut werden könne und es dann auf ihn oder seinen Ofen geschoben würde. Meist hatten einige Frauen viel zu viel Butterschmalz und gaben mit dieser Rarität an. Der Bäcker wusste, dass diese "schweren" Teige nicht aufgingen und stellte diese Streithähne so lange in der Warteschlange zurück, bis sie sich seinen Anweisungen fügten.

Endlich kam ich dran. Der Bäcker verrührte nun etwas Hefe mit Zucker und warmer Milch in einer Kühle im Mehl und ließ die Hefe gehen. Die weichen Fette wurden auf dem Mehland verteilt. Zucker und die übrigen Zutaten, zuletzt die Rosinen, wurden zugegeben. Der Teig wurde durch den Bäcker anfangs mit den Händen, später in Knetmaschinen, kräftig durchgeknetet. Nun musste der Teig im Warmen 1 bis 2 Stunden gehen. Der Bäcker versuchte die Stollenwächter los zu werden. Die Backstube war voller aufgeregter Frauen. Aber auch ich blieb, wie Mutter befohlen hatte, in Sichtweite unserer Teigschüssel. Der Bäcker hatte mit mir Einsehen.

Als dünnes unterernährtes Mädchen beschäftigte er mich mit irgend einer Hilfsarbeit und setzte mich nicht an die kalte Luft. Dabei versuchte ich immer, unseren Teig im Auge zu behalten. Der Verlust hätte jede Weihnachtsfreude zerstört. Endlich kam der Bäcker zu mir, bearbeitete den Teig, formte den Teig in Stücken von ca. 1 kg in Brotform, schlitze diese in der Mitte etwa 1 cm tief auf, ließ ihn auf einem bemehlten Kuchenblech nochmals eine viertel Stunde gehen. Dann steckte er in jeden Stollen unser Namensschild und endlich war der Stollen im Ofen. Ab und zu nahm der Bäcker andere fertige Stollen aus der Hitze und ich sah mit einer Pfütze auf der Zunge unsere Stollen goldgelb werden. Nach einer reichlichen Stunde kamen die Wunderwerke ans Licht und mussten nun abkühlen. Meist erschien nun meine Mutter. Sie arbeitete in einem Trikotgeschäft in der Nähe und hatte jetzt Mittagspause. Sie hüllte die Köstlichkeiten in weiße Leinentücher zärtlich und vorsichtig, als wären es kleine Kinder. Zu Hause reiften die Stollen in unserer hölzernen Waschwanne im Keller bis Weihnachten. Am Heiligen Abend wurde der erste geweckt, gebuttert und mit Staubzucker bestreut. Für die Christen war er eine Verkörperung des neu geborenen Christuskindes und wurde nur von Barbaren vor dem 24. Dezember angeknabbert. Für uns war es einfach Weihnachten, der schönste Tag des Jahres mit Kerzen, Räuchermännlein, Weihnachtsmusik aus der Spieldose, liebevoll gefertigten kleinen Geschenken und einem Stück Stollen."

1.10.5 Schulwesen der DDR nach 1959

Nach dem Befehl der Sowjetischen Militäradministration zur Entlassung aller Lehrer, die Mitglieder der NSDAP waren, lief der Schulunterricht nach dem Kriege wegen fehlender Lehrer schleppend an. Es fehlte an Allem. Es gab weder Kohle zum Heizen, noch Papier und Stifte. Hinzu kam der Hunger und die Kälte.

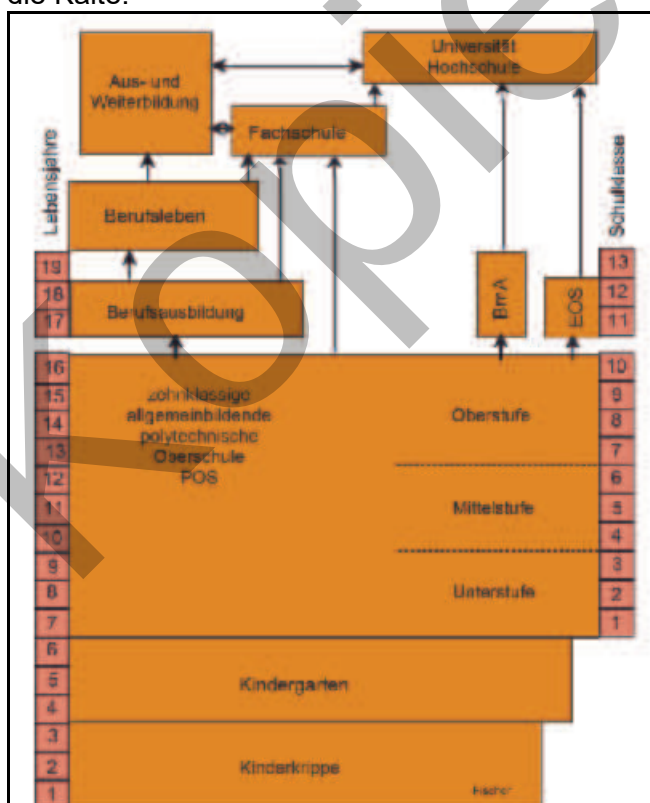


Abb. 1.10.24: DDR-Schulsystem

Im Schnellverfahren wurden an den pädagogischen Hochschulen allein in Sachsen 10.000 **Neulehrer** ausgebildet. Bis 1952 erfolgte die Ausbildung der Schüler nach dem Schulgesetz vom 31. Mai 1946 im Wesentlichen nach der Schulpolitik der Weimarer Republik, in der Regel in Form der achtklassigen **Grundschule**. Nach der Verwaltungsreform von 1952 (u. a. Abschaffung der Länder) erfolgte die schrittweise Einführung der zehnklassigen **Mittelschule**. 1959 wurde das "Gesetz zur Entwicklung des Schulwesens in der DDR" verabschiedet, in dem mit der Allgemeinbildenden zehnklassigen **Polytechnischen Oberschule** die verstärkte Zentralisierung und Politisierung der Schule umgesetzt wurde, mit der Zielstellung, sozialistische Staatsbürger zu erziehen. Den Höhepunkt bildete dann das "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem" von 1963, nach dem die politisch motivierte Erziehung und Ausbildung zum Hauptinhalt der Schule wurden. Trotz dieser politischen Gängeleien (Staatsbürgerkunde, sozialistische Wehrerziehung usw.), war die mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung und die Berufsausbildung in der DDR internationale Spitze.

Hinzu kamen die **Berufsschulen**. In den 1980er

Jahren gab es kaum einen Arbeiter ohne Facharbeiterabschluss.

Der einheitliche Bildungsweg in der DDR:

Bis zum dritten Lebensjahr bestand in der DDR die Möglichkeit für arbeitende Mütter, Kleinkinder in der **Kinderkrippe** unterzubringen. Die Kinderkrippen lagen in der Verantwortung des staatlichen Gesundheitswesens. Bis zur Einschulung standen in der Regel ausreichend Plätze in **Kindergärten** zur Verfügung, in der ausgebildete Kindergärtner(innen) eine Vorschulerziehung umsetzten. Die Kindergärten waren der zentralen staatlichen Volksbildung zugeordnet.

Von der 1. bis zur 10. Klasse besuchten alle Kinder die **Allgemeinbildende zehnklassige Polytechnische Oberschule (POS)**, in der von der ersten bis vierten Klasse Hortplätze zur Verfügung standen. Ab der 8. Klasse wurden besonders begabte Schüler auf die EOS delegiert. Arbeiterkinder wurden besonders gefördert.

Danach gab es drei Möglichkeiten:

1. Berufsschule mit Facharbeiterabschluss
2. **Berufsschule mit Abitur (BmA)** 11. bis 13. Klasse mit Facharbeiterabschluss und Abitur.
3. **Erweiterte Oberschule (EOS)** 11. und 12. Klasse mit Abitur.

Hochbegabte Schüler wurden nach besonderen Lehrplänen in **Spezialschulen** in Mathematik, Naturwissenschaften, Musik, Sport oder Sprachen ausgebildet.

Der **polytechnische Unterricht** wurde ab 1965 ausgebaut. Werken enzfief, dafür wurden ESP (Einführung in die sozialistische Produktion: Konstruktion, Mechanik, Maschinenbau, Elektronik, Mikroelektronik) und **UTP** (Unterrichtstag in der Produktion) erteilt. UTP wurde ab 1971 **PA** (Produktive Arbeit) genannt. Der Lehrplan von 1959 unterschied umfassend in Land- und Stadtschulen, sodass zwei verschiedene Ausrichtungen existierten: industriell-schwerindustriell und agrartechnisch. Der PA-Unterricht variierte somit je nach örtlichen Gegebenheiten. Während die Schüler in städtischen Gebieten in Industriebetrieben handwerklich geschult, in industrieller Massenfertigung, Maschinenkunde und Automatisierungstechnik unterwiesen wurden und in den oberen Klassen der Oberstufe auch Einsätze in der realen Produktion hatten, konnten Schüler in ländlichen Gebieten in der landwirtschaftlichen Produktion oder der Agrochemie arbeiten.

Parallel zur schulischen Bildung wurden die Kinder- und Jugendorganisationen aufgebaut. Die Kinder der Klassen 1 bis 3 waren **Jungpioniere** (blaues Halstuch), die der Klassen 4 bis 7 **Thälmannpioniere** (blaues und ab 1973 rotes Halstuch). Ab Klasse 8 wurde man Mitglied der **Freien Deutschen Jugend (FDJ)** (blaues Hemd) mit anschließender **Jugendweihe**.

1.10.6 Landwirtschaft, LPG und PGH

Als besonders problematisch erwies sich in den 1950er Jahren die Lage in der Landwirtschaft. Durch den Krieg und die auf Kriegswirtschaft ausgerichtete Industrie war die Technik überaltert und hatte z. T. den Zustand der 1920er Jahre. Die nach dem Kriege noch reichlich vorhandenen Arbeitskräfte waren zunehmend in die besser bezahlende Industrie abgewandert. Die durch die Bodenreform verursachte Kleinfeldwirtschaft erwies sich zunehmend als Hemmschuh für die Produktivität, denn für die kleinen Bauernwirtschaften lohnte sich die Anschaffung und der Einsatz modernerer Maschinen nicht. Durch den Arbeitskräftemangel war die Landwirtschaft zunehmend nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Dadurch wurde der Einsatz von Arbeitskräften aus den Betrieben und Schulen in der Landwirtschaft bis in die 1970er Jahre zur Regel. Im Januar 1948 erging ein Aufruf zur Solidarität mit den 150 **Neubauern**, die im Kreis Pirna einen eigenen Hof erhalten sollten. Da es vor allem an Transportkapazitäten für die Baustoffe fehlte, wurden alle Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) verpflichtet, sämtliche Straßenzugmaschinen bereitzuhalten. Darüber hinaus wurden die Altbauern aufgerufen, mit ihren Kapazitäten zu helfen. Für die Neubauernhöfe waren aus den im Krieg zerstörten Städten Abbruchziegel und Eisenträger bereitgestellt worden. Um weiteres Baumaterial zu beschaffen, wurden auf Beschluss der Landesbodenkommission alle ehemaligen Schlösser und Herrenhäuser "durch Abbruch der Nebengebäude ihres Gutscharakters entkleidet".

Um der jungen Generation die Probleme etwas verständlicher zu machen, sollen im Folgenden die Verhältnisse in der Landwirtschaft Ende der 1940er Jahre etwas ausführlicher geschildert werden: Die Familien in den Dörfern betrieben, mehr oder minder alle Landwirtschaft. Es waren dies meist Großfamilien, die mit 2, 3 und mehr Generationen unter einem Dach wohnten und im landwirtschaftlichen Betrieb tätig waren. Der Boden in der Region ist aus der Gneisverwitterung entstanden und so findet man, fast in jedem Grundstück Unmassen größere oder kleinere Steine, welche die Bodenbearbeitung stark behindern. Nahezu alle Flächen hatten eine mehr oder weniger starke Hanglage. Bei einer durchschnittlichen Jahrestemperatur von 7 °C und einer Höhenlage von 250 - 400 m über dem Meeresspiegel, mit 850 mm durchschnittlichem jährlichen Niederschlag, sind hier schon richtige

Gebirgsverhältnisse anzutreffen. Bedingt durch die genannten Bedingungen, ist die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Grünland. Größere Betriebe nutzten als Zugtiere Pferde. Der Rest der Betriebe gebrauchte Ochsen oder Kühe als Zugtiere, wobei die Kühe gleichzeitig der Milchgewinnung dienten.

An Feldfrüchten wurden Kartoffeln, Futterrüben, Zuckerrüben, Klee, Roggen, Weizen, Gerste und Hafer angebaut. Ein großer Teil der Kartoffeln wurde an die Schweine verfüttert. Der Kartoffel- sowie der Rübenanbau war mit sehr viel Handarbeit verbunden und erforderte den Einsatz der ganzen Familie. Die Futterrüben dienten als Winterfutter für das Rindvieh und für die Zuchtsauen. Sie wurden im Winter von Hand von Erdresten befreit, in einem handgetriebenen Häcksler zerkleinert und mit Spreu vermischt. Zusätzlich wurde noch Heu verfüttert. Der Klee wurde als Sommerfutter verwendet. So wurde alle 1 - 2 Tage von Hand Futter gemäht und im Stall verfüttert.

1.10.6.1 Düngung und Aussaat

Unmittelbar nach dem Kriege war hochwertiger Kunstdünger nicht verfügbar, d. h. die Bauernwirtschaft war auf Naturdünger angewiesen. Sogar Kalk war nur in geringen Mengen vorhanden. Als Naturdünger standen damit nur die Jauche aus der Grube und der Stalldung vom Misthaufen im Hofe zur Verfügung. Ein gut gehaltener Misthaufen im Bauerngut war der Stolz eines Bauern. Er wurde gepflegt (festgeklopft) und feucht gehalten. Entsprechend schwer war das Auf- und Abladen und der Transport auf das Feld. Besonders das Ausbreiten auf dem Feld war Schwerstarbeit. Danach wurde der Mist untergepflügt. In der Bauernwirtschaft gab es keine Abfälle. Alles wurde zu Dünger oder Kompost, wobei der Kompost nur im Bauerngarten eingesetzt wurde. Jauche und Stalldung wurde im zeitigen Frühjahr ausgebracht und bei der Vorbereitung der Aussaat mit untergearbeitet. Gesundheitliche Bedenken durch die Verbreitung von Keimen sind möglicherweise Erfindungen der Abfallwirtschaft. Damals freute man sich über die großen Kartoffeln nach der Ausbringung von Jauche oder Mist. Gesät wurde auf kleinen Flächen oft noch mit der Hand aus einer Mulde. In den 1950er Jahren bei großen Flächen schon mit einfachen Sämaschinen.



Abb. 1.10.25: Breitwerfen von Stalldung. Samml. Hering.



Abb. 1.10.26: Unterpflügen des Dungs.



Abb. 1.10.27: Pause beim Krume zerkleinern.



Abb. 1.10.28: Aussaat mit Sämaschine.

1.10.6.2 Getreideanbau

Der Weizen wurde als Winterfrucht im Herbst gesät. Im Frühjahr wurden die Disteln mit einem Disteleisen gestochen. Dies war meist Frauen- und Kinderarbeit. Der Roggen wurde im selben Verfahren angebaut. Hafer und Gerste wurden im Frühjahr gesät (Sommerfrucht). Noch im 19. Jh. wurde das Getreide von Hand mit der Sense gehauen, mit Strohbindeln zu Garben gebunden und zu Puppen zum Ausreifen aufgestellt. Als erste Maschinen zogen um 1910 die von Zugtieren gezogenen **Flügelmäher** in die Getreideernte ein. Sie erleichterten die Ernte merklich, machten jedoch Tausende von besonders polnischen Erntearbeitern arbeitslos. Das Binden der Garben und das Aufstellen der Puppen war immer noch sehr aufwendig und erforderte viele Arbeitskräfte. In den 1920er Jahren kam dann der **Mähbinder** auf den Markt. Das war eine Weiterentwicklung der Flügelmäher. Die Getreidehalme wurden maschinell geschnitten, sortiert, mengenmäßig zu Garben gefasst, gebunden und dann weit zur Seite ausgeworfen. Diese Maschine musste nun, je nach Größe, von zwei oder drei Pferden gezogen werden. Das Sammeln und Aufstellen der Garben zum Trocknen mußte nach wie vor von Hand getätigt werden.



Abb. 1.10.29: Der Flügelmäher.



Abb. 1.10.30: Der Mähbinder um 1950.



Abb. 1.10.31: Aufstellen der Garben. Samml. Kristmann.



Abb. 1.10.32: Beladen des Erntewagens.



Abb. 1.10.33: Typische Hoch-einfahrt in die Scheune.



Abb. 1.10.34: Das Dreschen mit Dreschflegeln. Samml. Kristmann

Die Garben brauchten in den Puppen, je nach Wetterlage zum Reifen und Trocken ein paar Tage, dann konnten sie mit dem Leiterwagen in die Scheune gefahren werden. Dazu gab es im Gebirge meist **Hocheinfahrten**. Im Winter wurde das Getreide gedroschen. Vorher schnitt der Bauer vom guten Stroh die Ähren ab und band es zu Bündeln, "Scheben" genannt, die zum Reparieren der **Strohdächer** benötigt wurden.

Zum Dreschen wurde anfangs auf der Scheunentenne jeweils eine Lage Getreide ausgebreitet. Drei Männer schlugen mit einem **Dreschflegel** im Dreiertakt auf die Ähren. Dabei wurde das ausgedroschene Stroh von Körnern und Spreu getrennt. Mit einem hölzernen Gebläse, das von Hand gedreht, wurde die Spreu von den Körnern geblasen. Die Getreidekörner wurden in Säcke gefüllt und auf den Fruchtspeicher getragen.

Erst nach 1900 zog dann im Herbst die **Dreschmaschine mit Lokomobile** von Hof zu Hof, um das eingelagerte Getreide zu dreschen. 10 - 12 Mann waren zur Bedienung der Maschine notwendig. Die Bauern halfen sich beim Dreschen gegenseitig mit Pferden, Wagen und Arbeitskräften aus.

Zwei Maschinisten bedienten die Maschine und überwachten die Arbeiten. Die Dampfmaschine war mit einer langen Transmission mit der Dreschmaschine verbunden und der Aufenthalt in der Nähe des Antriebes war nicht ungefährlich. Die Dampfmaschine benötigte zum Betrieb Kohle und Wasser. Der betreffende Bauer musste beides in großen Mengen beschaffen. Pferdekarren und Jauchefass dienten als Transportmittel. Der Bäuerin fiel die wichtige Aufgabe zu, die Arbeiter gut zu verpflegen. Bevor nun das Dreschen begann, wurden die einzelnen Arbeitsaufgaben verteilt. Mehrere Frauen warfen die Garben vom Getreideschober auf den Dreschkasten. Hier wurden die Garben von zwei Frauen aufgeschnitten und in den Kasten gestreut. In der Maschine wurden Stroh, Spreu und Korn voneinander getrennt. Das Stroh wurde zu schweren Ballen gepresst und zu einem riesigen "Barm" (Strohschober) aufgetürmt. Die wertvollen Körner liefen über die Abfüllanlage der Dreschmaschine in Jutesäcke. Hier befand sich meistens der Bauer. An seinem Gesicht konnte man die Güte der Ernte ablesen.



Abb. 1.10.35: Dreschen mit einer dampfgetriebenen Lokomobile als Antrieb.



Abb. 1.10.36: Dreschen mit der Dreschmaschine und einem umgebauten alten Traktor um 1948.

1.10.6.3 Kartoffelanbau

Nach dem Krieg wurden auch in den Gebirgslagen Kartoffeln angebaut. Der hiesige Boden ist wegen der vielen Steine und des lehmigen Bodens für den Kartoffelanbau nicht gut geeignet. Ursache war die fehlende Transportkapazität, um sie aus den Kartoffelanbaugebieten mit Sandböden zu beziehen. Bei der damaligen Nahrungsmittelknappheit, war aber die Kartoffel zur Sicherung der Ernährung unbedingt erforderlich. Unter den heutigen marktwirtschaftlichen Bedingungen findet man in der Region kein einziges Kartoffelfeld mehr.

Die Kartoffelfurchen haben einen Abstand von ca. 60 cm. Zuerst musste der Boden zum Legen der Saatkartoffel mit einem speziellen Kartoffelpflug (er war spitz und hatte links und rechts je eine Schare für die Furche) aufgepflügt werden. Die **Saatkartoffeln** wurden sorgfältig ausgewählt. Sie mussten mindestens 3 Zentimeter groß sein und zwei starke gesunde "Augen" (Triebansätze) aufweisen. Weil alles knapp war, wurden damals die Saatkartoffeln auch geteilt, aber die Hälften mussten auch mindestens ein "Auge" besitzen. Nach dem Legen von Hand waren die Furchen wieder zu schließen. Dazu wurde eine Schleppe verwendet, die aus nebeneinander angeordneten Rundhölzern bestand. Nach einigen Wochen zeigten sich die Kartoffeltriebe und die Pflänzchen mussten angehäufelt werden. Dabei wurden mit dem Kartoffelpflug links und rechts der Pflänzchen tiefe Furchen gezogen, denn die Kartoffel entwickelt sich in der Tiefe (10 bis 15 cm Pflanztiefe). Dabei entstehen die allen bekannten Kartoffelfurchen.

Nach dem Absterben des Krautes wurden die Kartoffeln geerntet. Dazu wird der Boden aufgepflügt, damit die Kartoffeln nach oben kommen und abgelesen werden können. Maschinell ging das mit dem **Kartoffelroder**, den hatten aber nicht alle Höfe. Nach dem Ablesen wurde noch geeeggt, um auch die letzten verschütteten Kartoffeln zu bergen. Das Kartoffellesen von Hand war in dieser Zeit am Aufwendigsten. Deshalb wurden zur Kartoffelernte in der Regel eine große Anzahl fremder Arbeits-

kräfte benötigt. Üblich war es in der DDR bis in die 1970er Jahre, Studenten (14 Tage waren im Studienplan festgeschrieben) und Schüler in der Ernte einzusetzen. Aber auch Mitarbeiter der Verwaltung wurden dafür freigestellt. Die Entlohnung für uns Studenten war eine Marke für jeden Korb, für die der Sammler nach Feierabend 25 Pf. pro Korb erhielt. Der Erlös war symbolisch und deckte gerade die Kosten für das abendliche Bier. Das Stipendium lief ja weiter. Das eigentümliche dabei ist, dass die Meisten von uns diese Einsätze in guter Erinnerung haben. Damals war das Studium in Seminargruppen organisiert, die das ganze Studium begleiteten. Das Zusammenleben auf engem Raum unter komplizierten Bedingungen, schweißte diese Kollektive zusammen und ließ sie manche schwere Hürde gemeinsam überwinden. Durch den Einsatz von Dünger, Herbiziden und Maschinen fallen heute einige dieser Arbeiten weg. Mit den Herbiziden ist zwar der Kartoffelkäfer verschwunden, aber mit ihm auch zu viele Nutzinsekten.



Abb. 1.10.37: Das Ziehen der Pflanzfurche mit dem Kartoffelpflug um 1950.



Abb. 1.10.38: Das Schließen der Pflanzfurche mit der Schleppe.

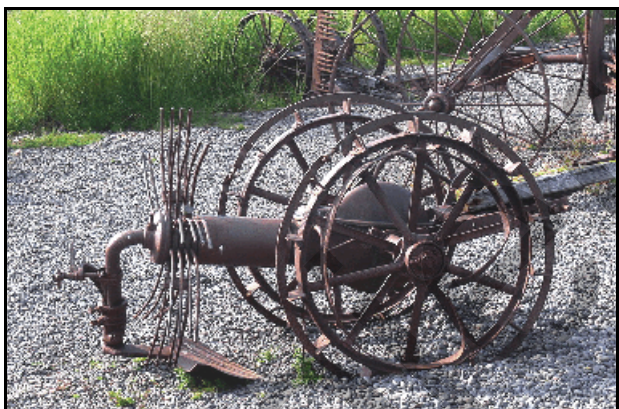


Abb. 1.10.39: Kartoffelroder aus den 1940er Jahren.



Abb. 1.10.40: Das Ablesen der Kartoffeln um 1950.



Abb. 1.10.41: Kartoffelernte mit der Patenbrigade aus der Industrie. Samml. R. Kristmann, Börnersdorf.



Abb. 1.10.42: Mechanisierte Kartoffelernte um 1980.

1.10.6.4 Rübenanbau

Kohlrüben dienten der menschlichen Ernährung, **Futterrüben** wurden für die Rinder und Schweine als Futter eingesetzt und aus **Zuckerrüben** wurde Zucker und Sirup gewonnen. Der Rübenanbau war aufwendig. Unkrautvernichtungsmittel gab es früher nicht. Sobald im Frühjahr die Felder bestellt und besät waren, wuchs auch das Unkraut. Männer, Frauen und größere Kinder bildeten eine Kette und

stachen auf den Feldern Disteln aus und hackten das Unkraut um. Rüben säte man in Reihen. Die in der Reihe dicht stehenden Rübenpflanzen mussten danach vereinzelt und später wieder gehackt werden. Es war eine mühevoll Arbeit, die in gebückter Stellung meistens von Frauen und Kindern verrichtet wurde. Die Pflanzen mussten einzeln im Abstand von 30 cm stehen. Nach Unserer Erinnerung war das die unbeliebteste Arbeit auf dem Bauernhof.

Nachdem später einkeimige Samen gezüchtet wurde, wuchsen die Pflanzen nicht mehr in Büscheln, sondern einzeln. Moderne Hackmaschinen hielten zwischen den Reihen den Boden locker und unkrautfrei. Nun war kaum noch Handarbeit nötig. Im Herbst wurden Kohl- und Futterrüben aus dem Boden gezogen und parallel in Reihen abgelegt. Zum Ausmachen der Zuckerrüben, die tiefer im Boden steckten, bediente man sich einer kurzstieligen, festen Eisengabel. Die abgelegten Rüben wurden durch ein scharfes Schnittmesser von den Blättern getrennt. Die Rübenblätter wurden verfüttert. Die geköpften Rüben wurden zu Haufen zusammengeworfen und später mit dem Pferdewagen zur Futterrübenmiete bzw. die Zuckerrüben mit dem Pferdewagen zur Zuckerfabrik gefahren.



Abb. 1.10.43: Rübenenernte.

In dieser Zeit wurden auch von der Bevölkerung Zuckerrüben angebaut. Da die Zuckerzuweisung über die Lebensmittelkarten lächerlich gering war, wurde in vielen Haushalten Zuckersirup hergestellt, der ein beliebter Brotaufstrich besonders für uns Kinder war. Die Herstellung des Sirups war aufwendig. Die Zuckerrüben wurden gründlich im Wasser mit einer Bürste gesäubert und mit einem Schlagmesser in einem Holzbottich zerkleinert oder bei kleinen Mengen geraspelt. Bei uns wurden die zerkleinerten Rübenschnitzel im Waschkessel so lange gekocht, bis ein süßer Brei entstand. Der wurde durch ein Tuch geseiht und gepresst, danach verdickt und fertig war der Sirup. Die ausgepressten Schnitzel war Futter für die Haustiere.

Eine unbeliebte Arbeit war das Säubern des Waschhauses mit warmen Wasser, denn Sirup schmeckt nicht nur, sondern er klebt auch besonders gut. Der Futterrübenanbau war damals wegen der Fruchtfolge vorteilhaft. Pro Hektar lassen sich bei den Rüben Erträge von rund 100 t erzielen.

1.10.6.5 Grünfütterernte

Da im Gebirge die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Grünland war, fiel der **Heu- und Grummeternte** eine große Bedeutung zu. Bei schönem Wetter wurden Ende Mai bis Anfang Juni nach 1900 noch mit der Sense aber ab den 1920er Jahren mit der Mähmaschine als erster Schnitt die Wiesen gemäht. Nur steile Hänge oder nasse Stellen mussten von Hand gemäht werden. Das Heu wurde ursprünglich von Hand gewendet und nach ausreichender Trocknung auch von Hand zusammen gereicht. Einige Betriebe hatten zu dieser Zeit schon **Heuwendemaschinen und Heurechen** (von Pferden oder Rindern gezogen) .

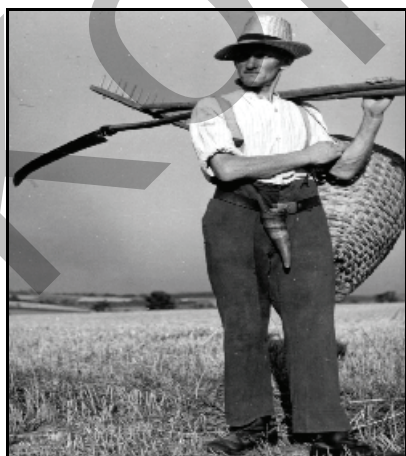


Abb. 1.10.44: Ein Schnitter. Samml. R. Kristmann.



Abb. 1.10.45: Grasmahd mit Sense. Samml. H. G. Hering.

Das trockene Heu wurde lose auf den großen Leiterwagen geladen, der bis zu 3,50 m hoch wurde. Daheim wurde das Heu auf den Stallboden gegabelt. Das Heu musste absolut trocken sein, denn feuchtes Heu neigt zur Selbstentzündung. Das wusste der Bauer. Bei starker Hitze war das Schwerstarbeit. Im August wurde dann mit dem gleich Arbeitsablauf der zweite Schnitt, das **Grummet**, geerntet.



Abb. 1.10.46: Der Heurechen. Samml. H.G. Hering



Abb. 1.10.47: Heu laden um 1948.



Abb. 1.10.48: Heu wenden: Samml. H. G. Hering.



Abb. 1.10.49: Heuwender.

1.10.6.6 Vieh- und Milchwirtschaft

Auf den Höfen wurden in der Regel folgende Tierarten gehalten: Pferde, Kühe, Schweine, Ziegen, Schafe, Hühner, Gänse, Stallhasen und Enten. Die 2 bis 3 Pferde, eventuell auch Ochsen wurden als Zugtiere verwendet. 2 bis 5 Kühe wurden in erster Linie als Milchkühe, aber auch als Zugtiere gehalten. Kühe wurden mit der Hand gemolken und die Milch z. T. verbraucht bzw. verkauft oder zu Butter, Quark und Käse weiterverarbeitet. Fast jeder Betrieb hatte 1 oder 2 Zuchtsauen und je nach Betriebsgröße 8 - 15 Mastschweine. Schafe waren nur noch vereinzelt anzutreffen. Hühner, Gänse, Enten und Kaninchen wurden in erster Linie für den Eigenbedarf gehalten. Die Eier waren für den eigenen Haushalt notwendig und wenn welche verkauft werden konnten, stockten sie die Kasse der Bäuerin auf.

Mit dem Vieh wurde für die Frauen der Tag lang, denn neben ihren sonstigen Verpflichtungen mussten sie auch noch dreimal füttern, ausmisten, zwei mal melken und die Milch verarbeiten. Die verarbeiteten Mengen waren meist gering und dienten vorrangig der Selbstversorgung des Hofes. So begann ihr Arbeitstag vor dem ersten Hahnkrähen und war mit dem Nachtmahl nicht zu Ende.

Die **Milchverarbeitung** war Frauensache. Kaum jemand von heute kann sich vorstellen, wie aufwendig das Buttern war. Bei peinlicher Sauberkeit schöpften die Frauen zwei Tage nach dem Melken den Rahm von der wassergekühlten Milch. Erst nach 1894 übernahmen das z. T. die **Milchzentrifugen**. Danach säuerte der Rahm sechs Tage bei etwa 12 °C im Eishaus. Das Eishaus war ein einfacher aus Mauerwerk gebauter Schuppen. Den durch Sägespäne isolierten Raum kühlten große Eisbrocken, die die Männer im Winter auf den Dorfteichen geschnitten hatten. Aus dem Eishaus kam der angesäuerte Rahm ins Butterfass. Eine Stunde stampfte die Frau kräftig mit dem Stößel und die Sahne hatte sich in Butter verwandelt. Die wurde gesalzen, geknetet, geformt und in feuchten Tüchern aufbewahrt, bevor sie der Butterhändler abholte.

Im Gegensatz dazu stellten die frühen landwirtschaftlichen Großbetriebe große Mengen Butter und Käse her, die auch verkauft wurden. Die auf die Milchverarbeitung ausgerichteten Bereiche dieser Betriebe bildeten damit die frühesten Molkereien. Ab Mitte des 19. Jh.s entstanden sogenannte Sammelmolkereien, in denen die Milch mehrerer Landwirte gesammelt und verarbeitet wurde. Diese

Molkereien wurden z. T. gemeinschaftlich betrieben.



Abb. 1.10.50: Braun gescheckte Milchkuh.



Abb. 1.10.51: Melken deiner Kuh auf der Weide. Archiv Oelsen.

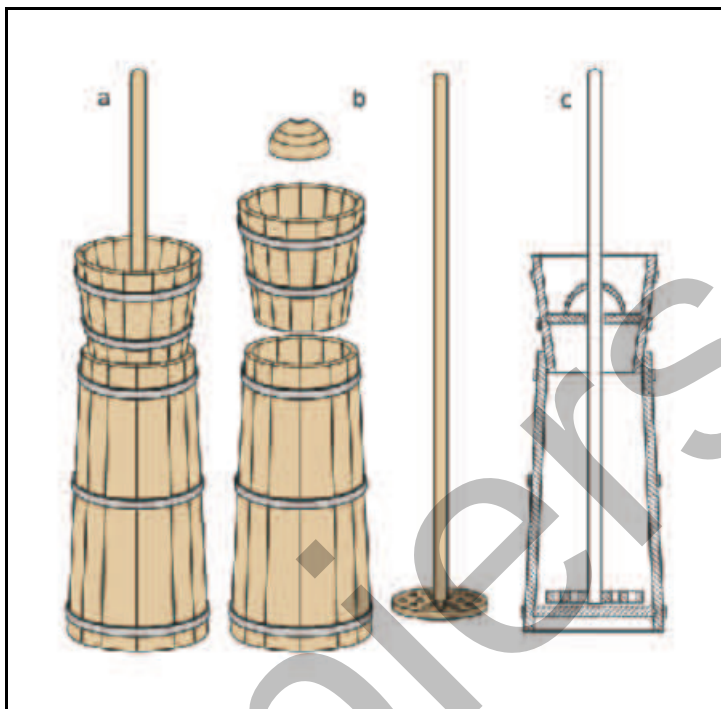


Abb. 1.10.52: Aufbau eines Butterfasses. Quelle: Wikipedia.



Abb. 1.10.53: Eine Milchzentrifuge.

Ab den 1870er Jahren wurden derartige Molkereien nach dem Vorbild landwirtschaftlicher Genossenschaften nach Raiffeisen und Schulze-Delitzsch durch die Milcherzeuger selbst gegründet und betrieben. Die zunehmende Verwendung der Zentrifuge zur Milchentrahmung verstärkte diese Entwicklung zusätzlich. Die Milch wurde von den Bauern in Kannen geliefert, die zum Abholen auf **Milchrampen** an der Dorfstraße gestellt wurden. Sie fassten 20 Liter Milch. Gemolken wurden die Kühe, früh und abends. Am Morgen fuhren die Bauern zwischen 6 und 7 Uhr ihre Milchkannen zur Milchrampe, gegen 7 Uhr kam anfangs ein Pferdegespann, später ein LKW im Auftrag der Molkerei und holte pünktlich die Milch ab. Am Nachmittag brachte die Molkerei die leeren Milchkannen auf die Milchrampe zurück, wobei sich in einigen Kannen Magermilch zur Fütterung für die Schweine befand. Jede Milchkanne war mit einer Nummer gekennzeichnet, damit die Verrechnung der gelieferten Milch ordnungsgemäß erfolgen konnte und jeder Bauer seine Kanne zurückbekam.

Für die Bäuerinnen waren die Molkereien eine merkwürdige Arbeitserleichterung. Die von der Bevölkerung nur **Migeno** (Milchverwertungsgenossenschaft) genannte Molkerei Pirna wurde 1927 auf Bestreben vieler Bauern gegründet. Ihre Gründungsmitglieder versprachen sich davon die gesicherte Abnahme ihrer produzierten Milch zu angemessenen Preisen und eine gleichbleibende, gute Qualität der erzeugten Milchprodukte in größerer Angebotspalette.

Großherzeuger und Privatmolkereien im Pirnaer Raum sahen in der Genossenschaft eine heranwachsende unliebsame Konkurrenz. Mit einem Preiskampf, **Pirnaer Milchkrieg** genannt, versuchten sie die Genossenschaft zum Aufgeben zu bewegen, was ihnen jedoch nicht gelang. Hergestellt wurden Trinkmilch, Sahne, Butter, Speisequark und Quark für die Herstellung von Harzer Käse.



Abb. 1.10.54: Breitenau um 1950. Auf der linken Straßenseite die Milchrampe.



Abb. 1.10.55: Die Milchrampe. Foto: Samml. Fam. Hanzsch

Die genossenschaftliche Verarbeitung der Milch erwies sich als günstig, wie z. B. die Molkerei der Gebrüder Peter und Hans Mickan in Gersdorf Nr. 18 demonstrierte, in der wir noch als Kinder die Molke holen mussten.

In unserer Kindheit war es normal, dass man mit einem Krug in den Laden (zum Milch-Mai auf dem Ladenberg) ging und Milch kaufte, wobei die Milch mit einem Maß aus der **Milchkanne** geschöpft wurde. Dabei gab es keinen Verpackungsmüll.

In den 1930er Jahren wurde die deutsche **Milchwirtschaft** von den Nazis grundlegend umstrukturiert. Alle Höfe, die Milchvieh hielten, wurden gezwungen, ihre Milch an eine bestimmte Molkerei zu liefern. Diese Maßnahme sollte in erster Linie eine autarke Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Fett und Eiweiß im eventuellen Kriegsfall sicher stellen. Eine Nebenwirkung dieser Maßnahme war eine drastische Einschränkung der Geschmacksvielfalt der Butter- und Käsesorten. Denn mit dem Zwang zur Ablieferung entfiel das Buttermachen im traditionellen Butterfass aus Holz auf dem Hof, dessen eigene Bakterienstämme nach drei bis vier Tagen Lagerung zusätzliche Aromen produzieren.

Nach der Einrichtung großer Ställe durch die LPG in den 1970er Jahren wurden die Milchrampen nicht mehr benötigt, da die Kühe mit **Melkanlagen** gemolken wurden und man die Milch mit Tankwagen abtransportierte.

1.10.6.7 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

Diese Ausführungen sollen in erster Linie dazu dienen, die heute umstrittene Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR mit etwas geschichtlichen und wirtschaftlichen Hintergrund zu versehen, weil davon sehr viel in Vergessenheit geraten ist. Die hier geschilderten Bedingungen waren keine aus dem 19. Jh., sondern waren für die Nachkriegszeit typisch, da durch Kriegsverluste, nicht vorhandenen Kunstdünger und fehlende Ersatzproduktion der Zustand des landwirtschaftlichen Maschinenparks und damit die Ernte unter dem Vorkriegsniveau lag.

Die technische Ausrüstung eines landwirtschaftlichen Betriebes in den 1950er Jahren sah im Normalfall folgendermaßen aus:

2 Ackerwagen (Räder aus Holz), in der Erntezeit wurden diese durch Verlängerung und Aufbauten zu sogenannten Leiterwagen umgerüstet, 1 Pflug, 1 Egge, 1 Walze (meist noch aus Holz), 1 Sämaschine, 1 Häufelpflug für Kartoffeln, 1 Putzpflug für Futterrüben, 1 Pferdeschlitten, 1 Mähbinder in Gemeinschaft, vereinzelt 1 Kartoffelroder und 1 Gabelwender.

In den entwickelten westlichen Industriestaaten, wie in der USA, hatte sich zu dieser Zeit die Großraumwirtschaft mit einer erheblichen Produktivitätssteigerung schon weitgehend durchgesetzt. Von den vielen Kleinbauern und kleinen Farmern, die dabei ihren Betrieb aufgeben mussten, sprach keiner.

An Deutschland war diese Entwicklung durch den Krieg vorbeigegangen. Die bei der Bildung der LPG in der westlichen Presse üblichen Begriffe, wie "**Sowchosenbildung**", "**bolschewistische Zwangskollektivierung**" usw. sollten den Prozess diskriminieren und den Bauern Angst einjagen. Dabei gaben auch in der BRD bis 1960 200.000 Kleinbauern aus wirtschaftlichen Gründen ihren Betrieb auf. Staatlich gefördert wurden dort nur wirtschaftlich starke Bauern und Landbesitzer.

Wie lief das ab?

Auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 wurden Maßnahmen zur Bildung von **Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)** zur gemeinsamen Agrarproduktion beschlossen.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft gehört zu den Grundstrategien des Sozialismus. Man versprach sich durch die Großraumwirtschaft in erster Linie eine Steigerung der Produktivität.

Basis für die Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR war das **Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959**.

Hieraus Auszüge:

“(1) Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sind sozialistische landwirtschaftliche Großbetriebe, die durch den **freiwilligen** Zusammenschluss werktätiger Bauern und Bäuerinnen, werktätiger Gärtner, Landarbeiter und anderer Bürger, die bereit sind, an der genossenschaftlichen Produktion teilzunehmen, entstehen,

(2) Die LPG organisieren sich auf der Grundlage der gemeinsamen Arbeit gleichberechtigter Mitglieder und dienen der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Arbeitsproduktivität sowie der weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Landbevölkerung. Sie führen ihre gesamte wirtschaftliche Tätigkeit in voller Selbständigkeit auf der Grundlage der innergenossenschaftlichen Demokratie in Übereinstimmung mit ihrem beschlossenen Statut durch.”

Der eingebrachte Grund und Boden der Bauern blieb weiterhin deren Eigentum, allerdings mit weitreichenden Veräußerungsbeschränkungen. Die LPG hatten ein gesetzlich garantiertes Nutzungsrecht an den landwirtschaftlichen Flächen. Landwirtschaftliche Gebäude und Waldflächen wurden Eigentum der LPG. Die LPG wirtschafteten als rechtlich selbständiger Betrieb. Die LPG-Mitglieder erhielten, soweit sie in der LPG arbeiteten, einen leistungsbezogenen Arbeitslohn pro Arbeitseinheit (durch den Staat waren mindesten 7 M garantiert) und eine Gewinnbeteiligung, die in der Jahresendauszahlung enthalten war. Bauern, die landwirtschaftliche Flächen eingebracht hatten, erhielten darüber hinaus einen flächenbezogenen Gewinnanteil, die so genannten Bodenanteile. Die meisten LPG-Statuten sahen vor, dass die Genossenschaftsbauern neben ihrer Tätigkeit in der LPG in geringem Umfang eine “individuelle Hauswirtschaft” betreiben konnten. Jedem Mitglied standen 0,5 Hektar Land zu, auf dem er, bis 1977 nur in beschränkter Anzahl, auch Nutztiere halten durfte.

Die wirtschaftlich schwache DDR versuchte damit die Großraumwirtschaft durch eine genossenschaftliche Lösung auf freiwilliger Basis einzuführen. Die Umsetzung erfolgte nach und nach mit einer nicht sehr geschickten Propaganda und psychologischem Druck, durch Aufklärung und Werbung, durch Förderung der landtechnischen Industrie, durch Gründung von Ausbildungseinrichtungen, durch tierische und pflanzliche Zuchtanstalten und letztendlich durch den Aufbau von MAS (Maschinenausleihstationen) und MTS (Maschinen Traktoren Stationen). Wer der LPG beitrug, kam umgehend in den Genuss persönlicher und wirtschaftlicher Vorteile: Mitglieder zahlten weniger Steuern als Einzelbauern, hatten bevorzugt Zugriff auf technisches Gerät, das von den Maschinen-Traktoren-Stationen gestellt wurde. Die Genossenschaftsbauern profitierten zudem von großzügigen staatlichen Subventionen, Krediten, Urlaubsregelungen, waren rentenversichert und hatten Anspruch auf Krankengeld.

Gemeinde	insgesamt.	1 - 5 ha	5 - 20 ha	über 20 ha
Bad Gottleuba	46	10	33	3
Berggießhübel	19	2	17	-
Hellendorf	32	5	25	2
Markersdach	26	7	18	1
Oelsen	48	6	42	-
insgesamt	171	30	135	6

Tabelle 1.2: Landwirtschaftsbetriebe vor der Bildung der LPG

Nach 1952 entstanden spontan Genossenschaften des Typs I³¹, besonders schwache durch Neu- und Kleinbauern, die infolge mangelnder Erfahrung, durch kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften und Maschinen vor der Insolvenz standen. Unter diesen Voraussetzungen und durch mangelnde Sachkenntnisse und Schlamperei wurden die Neugründungen keine Vorzeigewirtschaften. So schlossen sich 1952 Bauern aus Bad Gottleuba, Giesenstein und Hartmannsbach zur **LPG Typ I “Helmuth Just”** zusammen. 1958 betreuten 33 Mitglieder der genannten LPG 172 Hektar Land, 100 Rinder und etwa 250 Schafe (die Entwicklung der einzelnen LPG ist bei der Beschreibung dem jeweiligen Ortsteil in der Geschichte der Stadt dargelegt). Außerdem weigerten sich die gut wirtschaftenden Mittelbauern oft, trotz der außerordentlich günstigen Bedingungen, freiwillig in die LPG einzutreten. Diese Betriebe, mit dem Wissen und Können der guten Bauern wurden gerade benötigt.

Das Ziel der SED, eine moderne Großraumlandwirtschaft zu entwickeln, wurde mit allen Mitteln durchgesetzt. Propagandatrupps, Schulklassen und Fabrikarbeiter wurden auf das Land geschickt, um die Bauern zu überzeugen. Manchmal wurden bei der Überzeugung auch unerlaubte Mittel

³¹ bei Typ I wurde das Ackerland (Wald, Grünland und Vieh individuell), bei Typ II das Ackerland und die Maschinen und bei Typ III das Ackerland, das Vieh, der Wald, das Grünland und die Wirtschaftsgebäude in die LPG eingebracht, das Land blieb Eigentum der Bauern.

eingesetzt. Durch wirtschaftliche Restriktionen gegen Landwirte mit jeweils mehr als 20 Hektar, immer höher werdende Abgabepflichten, wirtschaftliche Benachteiligung gegenüber den LPG und mangelnde Belieferung mit Produktionsmitteln und Baustoffen, versuchte der Staat die Landwirte zum Eintritt in die LPG zu zwingen. Hierdurch wurde die gute Absicht teilweise zum Gegenteil. Die Folge war, dass eine Reihe von Bauern ihr Land aus Verzweiflung und Perspektivlosigkeit verließen und in die BRD gingen.

Das freiwerdende Land wurde dann durch sogenannte **Örtliche Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB)** genutzt und später von der LPG übernommen. Zunehmend wanderten landwirtschaftliche Arbeitskräfte in die Industrie ab, so dass auch wegen der fehlenden Maschinen den LPG die Arbeitskräfte fehlten. Bis Ende der 1950er Jahre mussten deshalb in der Erntezeit Arbeitskräfte aus der Industrie, Schüler und Studenten zu Erntearbeiten verpflichtet werden.

Nur wer auf dem Lande groß geworden ist, kann die Bauern verstehen. Ihr Gewissen wehrte sich, die Felder, die sich in der Regel über mehrere Generationen im Familienbesitz befanden, aus den Händen zu geben. Die Kühe und die Pferde abzugeben und mit fremden Bauern zusammenzuarbeiten, von denen man oftmals keine gute Meinung hatte, da diese bewiesen hatten, dass sie nicht zu wirtschaften verstanden. Und nicht immer wurde der Geeignete Vorsitzender der LPG, denn dazu gehörte mehr als gut pflügen zu können. Durch die neuen Anforderungen benötigte man auch eine entsprechende Ausbildung. Die Bauern erinnerten sich auch daran, dass sie vor nicht einmal 10 Jahren noch der hofierte "Nährstand" Deutschlands waren und einige hatten die Unterlagen zum "Erbhof" heimlich verwahrt.

Mit dem Ende der 1950er Jahre wurde die Kollektivierung mit Brachialgewalt in der gesamten DDR durchgesetzt. Ob Polizei, Mitarbeiter der Staatssicherheit, Parteigenossen, Werktätige, Mitglieder der Kampfgruppen, Studenten, FDJler - alle mussten aufs Land, um widerständige Bauern davon zu "überzeugen", "freiwillig" einer LPG beizutreten.

Am 4. April 1960 waren alle Orte im damaligen Kreis Pirna voll genossenschaftlich. Große zusammenhängende Flächen hatte man damit nicht zwangsläufig, aber die Voraussetzung, diese zu bilden. Als Folge der rigorosen Maßnahmen, ging die landwirtschaftliche Produktion erst einmal stark zurück und die Lebensmittel wurden wieder rationiert (so gab es z. B. 1 Stück Butter pro Woche pro Person auf Bescheinigung). Viele Bauern hatte vor dem Beitritt natürlich Schlachtfest gefeiert.

Der Weg vom "Ich" zum "Wir" war lang und voller Probleme. Die neuen LPG-Mitglieder, die ehemaligen Bauern, fanden sich anfänglich schwer mit den neuen Bedingungen ab. Die Produktivität war schlecht, es fehlte an Anreizen, Maschinen und Mitarbeitern besonders in den arbeitsintensiven Spitzenzeiten wie in der Kartoffel- und Getreideernte. Die staatlichen Stellen hatten schnell eine Lösung parat: Schüler, Studenten und Angestellte wurden weiter als Erntehelfer verpflichtet.

Ende der 1950er Jahre sah man die ersten Mähdrescher auf den großen Getreideschlägen.

LPG Typ III	bewirtschaftet ha	Ackerland ha	Gründung
"Helmut Just" Giesenstein, Hartmannsbach	357,87	176,46	21.10. 1952
"Grenzland" Hellendorf	339,77	157,81	13.5. 1955
"Florian Geyer" Oelsen	169,85	84,85	2.2. 1956
"Freier Bauer" Berggießhübel	165,52	107,44	17.6. 1958
"Weideland" Markersbach	150,18	72,92	
"Einheit" Breitenau			18.4. 1958
"Aufbau" Börnersdorf			27.2. 1958
"Fortschritt" Börnersdorf, Hennersbach			18.4. 1958
LPG Typ I			
"Am Silberberg" Hartmannsbach	143,99	89,19	1960
"Am Sattelberg" Oelsen	340,69	192	1960
"Sonnenblick" Markersbach	84,61	52,75	1960
"1. Mai" Langenhennersdorf			29.3. 1958
"Thomas Münzer" Giesenstein			1960
"Bergfrieden" Börnersdorf			29.3. 1960
"Weitblick" Breitenau			23.11. 1959

Tabelle 1.3: Daten der LPG im Bereich der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel 1960 nach [1.26].

Feldwirtschaft:

Der Landmaschinenbau der DDR reagierte mit der Bildung des Landmaschinenkombinates Fortschritt und man sah ab 1960 die ersten DDR-Mähdrescher aus dem Werk in Weimar E175. auf den Feldern. Mit seinem schmalen Mähbalken und damit bescheidenen Dreschleistungen hatte er natürlich noch kein internationales Niveau. 1960 besaß die MTS Berggießhübel schon (oder erst) 3 Mähdrescher aus der neu entstehenden Landmaschinenindustrie. Später wurden die Maschinen immer leistungsfähiger. Diese neue Erntetechnik war zwar teuer, aber überzeugte doch viele Zweifler. Diese Maschinen erforderten große zusammenhängende Flächen. Das führte zu einer weiteren Konzentration der Genossenschaften und Zusammenlegung der Flächen auch über die Dorfgrenzen hinaus. In den 1960er Jahren begannen die Genossenschaftsbauern vielfältige Kooperationsbeziehungen zu entwickeln und Kooperationsräte zu bilden [1.26].

Am 15. August 1962 wurde die kooperative Gemeinschaftseinrichtung **“LPG Mischfutterwerk Gottleubatal”** in Langenhennersdorf (Bähmühle) mit 10 Einrichtungen gegründet (Typ III “Helmut Just” Bad Gottleuba, Typ III “Freier Bauer” Berggießhübel, Typ III “Grenzland” Hellendorf, Typ III *Florian Geyer Oelsen*, Typ I “Am Sattelberg” Oelsen, Typ I “Am Buschberg” Hellendorf, Typ I “Sonnenblick” Markersbach, Typ III “1. Mai” Langenhennersdorf, Typ III “Unsere Heimat” Bielatal, Typ I “Am Spitzberg Cotta”). Eine Besonderheit des Gebietes um Gottleuba war, dass am 7. Dezember 1964 durch Übernahme der Funktion der BHG Bad Gottleuba eine weitere LPG-Gemeinschaftseinrichtung geschaffen wurde, die aus Beständen der Reparatur-Technischen-Stationen (RTS) Großtechnik wie Mähdrescher, Dunglader u. a. übernahm. Diese Großtechnik wurde später in der am 28. Dezember 1972 gebildeten Kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion (KAP) zentral eingesetzt.

Auch das 1970 in Betrieb genommene **Trockenwerk in Cotta** war ein Ergebnis der kooperativen Entwicklung. Am 1. Januar 1978 erhielt das Trockenwerk den Status einer **Zwischenbetrieblichen Einrichtung (ZBE)**. Parallel dazu erfolgte der weitere Zusammenschluss und die Spezialisierung zu großen Genossenschaften. Die sich entwickelnde Großraumwirtschaft machte durch den Einsatz von moderner Technik eine Produktivitätssteigerung in der Feld- und Viehwirtschaft möglich.

Dem **Kombinat Fortschritt** wurde 1960 die Aufgabe gestellt einen ganz neuen Mähdrescher zu entwickeln. Zur Ernte 1964 wurden umfangreiche Mähdreschervergleichsprüfungen durchgeführt. So wurde der “SK 4” (Sowjetunion), der “Munktel” (Schweden), der “Claas Matador” (BRD), der “Clayson” (Belgien) und der E 510 getestet und ausgewertet. Im Ergebnis entstand der neue Mähdrescher E 512, der schon in der Ernte 1966 erprobt werden konnte. 1967 erfolgte die staatliche Prüfung und die Freigabe der Produktion. In diesem Jahr wurden die letzten 945 Stück E 175 und die ersten zehn E 512 in Singwitz hergestellt. 1968 wurde der Betrieb umgebaut, um die Serienproduktion mit 810 Stück beginnen zu können. Dazu wurden modernste Anlagen aus England, Österreich, der CSSR und der BRD importiert und montiert. Vor allem die Oberflächenvorbehandlung und damit die Haltbarkeit und der Schutz der Blechteile wurden auf das Niveau der PKW-Karosserien angehoben. Eine solche moderne Anlage gab es in der DDR damals nur bei der Wartburg-Produktion in Eisenach. Der Mähdrescher E 512 machte Singwitz damals weltberühmt. 1977 folgte dann der leistungstärkere E 516 und 1982 der E 514.



Abb. 1.10.56: Mähdrescher E512 des Kombinates Fortschritt 1970. Foto: Förderverein HELO e. V.



Abb. 1.10.57: Mähdrescher E514 des Kombinates Fortschritt 1979. Foto: Förderverein HELO e. V.

Da diese Technik lokal nie ausreichend zur Verfügung stand, wurden die unterschiedlichen natürlichen Reifebedingungen zwischen Hochland und Flachland ausgenutzt. War die Reife des Getreides im Flachland erreicht, wurde die gesamte Erntetechnik aus dem Hochland (Osterzgebirge) in das Flachland umgesetzt und nach der Ernte im Flachland (Großenhain, Senftenberger Gebiet) die gesamte Technik in das Hochland umgesetzt. Der Unterschied in der Reife des Getreides betrug immerhin ca. zwei Wochen. Die Grundmittelauslastung verbesserte sich mit dieser Maßnahme erheblich.

Mit diesem Mähdrescher war erstmals eine dem internationalen Niveau entsprechende effektive Ernte

auf großen Flächen möglich. Es war für den Außenstehenden schön beeindruckend, wenn eine Kette dieser Mähdrescher einen Getreideschlag bearbeiteten. Wie die LKW neben den Mähdreschern herfuhr und dabei die Ladeflächen mit Tonnen frisch gedroschenen Getreide aus den Silos des Mähdreschers gefüllt wurden. In wenigen Stunden war der Schlag abgeerntet. Die Spatzen hatten anfangs auf der Straße eine Schlemmermahlzeit, weil die Ladeflächen der LKW immer kleine Undichtigkeiten aufwiesen und auf den Feldern verhungerten die Mäuse und Hamster, weil kaum ein Korn liegen blieb. Eine ähnliche Entwicklung fand auch auf den anderen Gebieten der Feldwirtschaft statt, wie beim Kartoffelanbau, dem Rübenanbau, der Grünlandwirtschaft und dem Maisanbau.

Viehwirtschaft:

Beeindruckend war die Entwicklung in der Viehwirtschaft. Es entstanden große Milchviehanlagen für mehrere Tausend Kühe, wie in Oelsen und in Börnersdorf. Das Erzgebirge war hervorragend für die Grünlandwirtschaft geeignet, da bei den steinigen Böden und steilen Hängen eine industrielle Feldwirtschaft schlecht umzusetzen war.

Die Leser kennen wahrscheinlich die Probleme mit der Gülle. Dem Verfasser ist unbekannt, wie oft der Güllebehälter neben den großen Rinderställen in Hartmannsbach übergelaufen ist. Jedesmal gelangte die Brühe in die Gottleuba, und jedesmal schwammen alle Forellen tot an der Oberfläche und es mussten Jungfische wieder eingesetzt werden.



Abb. 1.10.58: Blick in einen Kuhstall für mehrere Hundert Rinder. Weidehaltung passe.



Abb. 1.10.59: Melkstand in Fischgrätenform in den 1966er Jahren.

In den Regionen mit leichteren Böden, die sich besonders für den Kartoffelanbau eigneten, entstanden z. B. riesige Schweinemastanlagen mit bis zu 160.000 Schweinen. Die DDR wurde durch diese Anlagen zu einem Fleischexporteur. Genannt seien hier die Anlagen von Neustadt an der Orla und in Maasen.

Technisch und organisatorisch hatten die Anlage ein hohes Internationales Niveau. Hunderte Arbeitskräfte hatten Lohn und Brot. Neue Wohnungen und kulturelle Einrichtungen entstanden, aber durch eine schlechte Standortwahl in der Nähe von Wohngebieten und ungünstige Lage, kam es in jeder Anlage zu katastrophalen Umweltschäden durch die nicht beherrschte Gülleverarbeitung. Alle diese Anlagen wurden nach der Wende zurückgebaut und die Flächen wurden dekontaminiert.

Dazu einige Bilder von Walter Rudolph von der Anlage von Neustadt an der Orla um 1970 (geschlossen am 31. Mai 1991).



Abb. 1.10.60: Eingang zum Werksgelände.



Abb. 1.10.61: Blick auf das Werksgelände.



Abb. 1.10.62: Blick in eine der Hallen.



Abb. 1.10.63: Eine Abferkelbox.



Abb. 1.10.64: Mastboxen in zwei Reihen übereinander.



Abb. 1.10.65: Fütterung.



Abb. 1.10.66: Güllebehälter, immer voll.



Abb. 1.10.67: Das Güllebecken.



Abb. 1.10.68: Die Reaktion zur Wende.



Abb. 1.10.69: Das Schweinemasthochhaus in Maasdorf nach der Wende.

Genau das Gleiche passierte in der Geflügelzucht und -mast. Der Hühnerkot ist auch nicht unproblematischer. Heute sind wir klüger. Immerhin führte das dazu, dass die Versorgung der Bevölkerung nach und nach durch die eigene Landwirtschaft gewährleistet werden konnte.

Die Umsetzung der Rationalisierung in der Landwirtschaft ist auch aus anderen Gründen nicht unproblematisch. Die Entwicklung zur Großraumwirtschaft machte das alte ehrwürdige Berufsbild des Bauern überflüssig. Es wurden Spezialisten benötigt, Agronomen, Viehzüchter, Mechanisatoren usw. Eine Umstellung auf eine industrielle Landwirtschaft war das Ziel und das Ziel wurde weitgehend ohne Rücksicht auf den Bauernstand durchgesetzt.

Heute finden wir leider kaum noch einen bäuerlichen Betrieb auf unseren Dörfern.

Der alte Bauernhof war nahezu autark. Alles was für die landwirtschaftlichen Tätigkeiten erforderlich war, befand sich auf dem Hof. Wohnraum für den Bauer und das Gesinde, Ställe für Kühe, Schweine, Hühner und Zugvieh, Scheunen und Keller für das Erntegut usw. Ökologische Landwirtschaft im Nebenerwerb wird ein neuer Berufszweig für Bauern, deren Herz für die Landwirtschaft schlägt. Leben kann man davon nicht. Mit der Großraumwirtschaft und den modernen Methoden der Landwirtschaft wird nur noch Wohnraum für die Mitarbeiter des Agrarbetriebes benötigt. Das Erntegut wird kaum noch gelagert. Das Futter landet im Großsilo.

Der Beruf des Bauern verlangt ein kluges Handeln, Kenntnisse in der Agrarwirtschaft, der Ökonomie, dem Rechnungswesen. Der Bauer sollte sich in Wettererscheinungen auskennen und auf agrarpolitische Entscheidungen richtig reagieren. Viele Bauern haben durch ihr kluges Handeln Kriege, Katastrophen und politische Wenden gut überstanden und ihre Höfe erfolgreich über Generationen geführt. Das sollte man nicht vergessen. Gestandene Bauernfamilien haben in der Regel den Zweiten Weltkrieg gut überstanden, auch wenn viele Bauern den Krieg nicht überlebt haben. Die Söhne oder Töchter hätten den Hof weiter geführt. Sie wären heute wahrscheinlich auf Kosten anderer Bauern Großbauern geworden. Der Rest wäre landlos. Die in der DDR allorts praktizierte Vorgehensweise bei der LPG-Werbung kann auf keinen Fall gut geheißen werden.

In diesem Zusammenhang muss man auch an Nebeneffekte der LPG-Bildung erinnern, die die ehemaligen LPG Mitglieder immer wieder erwähnen und die von vielen, die nie eine Mistgabel in der Hand hatten, negiert werden:

Erstens, der Bauer kannte vor der LPG Gründung keinen geregelten Tagesablauf mit Pausen, ordentlichen Malzeiten und freien Wochenenden. Den Tagesgang bestimmte das Wetter und das Vieh. Die Arbeit war schwer und zwang manchen Bauer und manche Bäuerin gesundheitlich in die Knie. Dabei gab es natürlich auch Unterschiede in den einzelnen Wirtschaften. Hier brachte die neu entstehende Landtechnik und die gemeinsame Bewirtschaftung von Acker und Vieh langsam große Erleichterungen.

Zweitens, die Begriffe Urlaub, Erholung, Kultur und Freizeit waren dem Bauern bekannt, aber erst mit der LPG Bildung gehörten diese Ansprüche zur Normalität, wobei es immer Unterschiede zwischen den LPG gab. Gut gehende LPG übernahmen Ferienheime in Erholungsgebieten, errichteten Kindergärten, Sportplätze und Kegelbahnen und sorgten so für ihre Mitglieder.

Drittens, die LPG sorgte für eine ordentliche Pausenversorgung auf dem Feld und ein gutes preiswertes Mittagessen in der Kantine und das zu einer Zeit in der bei der Versorgung der Bevölkerung noch Probleme bestanden. Die Studenten und Betriebsangehörigen, die in der Erntezeit in der Landwirtschaft helfen mussten, können dies bestätigen. Die Helfer erhielten in ihrer Einrichtung weiter vollen Lohn oder Stipendium und verdienten sich bei dem Einsatz noch ein kleines zusätzliches Taschengeld (z. B. 25 Pf. für einen gelesenen Korb Kartoffeln). Der Verfasser weiß selbst, dass diese Aktionen bar jeder wirtschaftlich Vernunft waren, aber sie waren solidarisch, man war an der frischen Luft, hatte Spaß und half der verzweiferten Bauernschaft.

Viertens modernisierte die LPG nach und nach auch Wohnungen der Mitglieder und errichtete in Einzelfällen auch neue Wohnungen. Indirekt waren die Genossenschaften gezwungen, die Lebensverhältnisse auf dem Dorfe denen in der Stadt anzugleichen. Dazu gehörte auch der Lohn. Die Arbeitskräfte gingen sonst in die städtische Industrie. Es gibt nicht wenige Fälle, in denen Industriearbeiter in die Landwirtschaft gingen. Nicht nur, weil dort die Luft besser war.

Im Ergebnis hatte die DDR Ende der 1980er Jahre aber eine vergleichsweise produktive und moderner Großraumlandwirtschaft, die in der Lage war, die Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Wird aber die Großraumwirtschaft nicht verantwortungsvoll betrieben, kann sie über Monokulturen, Einsatz von Pflanzenschutzmittel und übermäßige Düngung zur Zerstörung der Bodenstruktur und des biologischen Gleichgewichtes führen, mit nicht absehbaren Folgen die Umwelt und für unsere Kinder und Enkel. Wir sollten nicht vergessen, fruchtbarer Ackerboden ist ein kostbares unersetzliches Naturgut.

Unabhängig von dieser Einschätzung bedeutet der überall in der Welt stattfindende Übergang zur industriellen landwirtschaftlichen Großproduktion das **Ende der traditionellen Landwirtschaft**, d. h.

auch das **Ende des alten Bauernberufes**. Besonders für die ältere Generation ist dies eine kaum vorstellbare Konsequenz, die aber in der Praxis, besonders in Ostdeutschland, seit der LPG-Bildung, weitgehend Realität ist. Aufzuhalten ist dieser Prozess nicht.

1.10.6.8 Produktionsgenossenschaft des Handwerks

Neben der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Verstaatlichung der Industrie drängte die SED auch zu einer verstärkten Kollektivierung des Handwerks durch Bildung von **Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH)**. Dem Autor ist nur eine PGH in der Region bekannt, die gut arbeitende Oelsener Metallbearbeitung GmbH von Hassemann.

Der Druck auf die Handwerker hielt sich hier jedoch in Grenzen und die Handwerker wussten genau wo die Grenzen lagen. In Industrie und Einzelhandel nahm der private Anteil ebenfalls weiter ab. Diese Reduzierung der privaten Wirtschaft gelang der SED durch die 1956 eingeführten **halbstaatlichen Betriebe**. Der ehemalige Besitzer war gegen ein jährliches Salär seinen Betrieb los, wurde Geschäftsführer und der Staat nahm die Position des Kapitalgebers ein.

Nach der Wende waren einige dieser halbstaatlichen Betriebe nach der Reprivatisierung die einzigen Betriebe, die den industriellen Kahlschlag durch Treuhand überstanden haben und die heute als Leuchtfeuer der ostdeutschen mittelständischen Industrie gehandelt werden.

1.10.7 Hochwasser 1957 und 1958

Im Osterzgebirge verursachte eine besondere Wetterlage am 22. und 23. Juli 1957 Wolkenbrüche und schwere Überschwemmungen in den Tälern von Biela, Gottleuba, Seidewitz, Müglitz und Weißeritz. Pirna erlebte 1957 die größte Überflutung des Stadtgebietes in der Geschichte, da die zur Elbe strömenden Wassermassen der Gottleuba am Damm der Elbtalbahn gestaut wurden und in die Stadt zurückflossen. Denn für den Bau des Pirnaer Bahnhofs wurde im 19. Jh. die Gottleuba in ein neues Bachbett elbabwärts verlegt, und sie hatte mit ihren riesigen Wassermassen ihr altes Bachbett zurückerobert. Die im alten Flussbett der Gottleuba zur Elbe strömenden Wassermassen der Gottleuba überschwemmten die gesamte Altstadt und richteten große Schäden im Stadtgebiet Bad Gottleuba, Berggießhübel, Hellendorf, Markersbach und besonders unterhalb des Zusammenflusses von Gottleuba und Bahra, d. h. in Neundorf, Rottwerndorf und in Pirna waren die Folge. Der im Hochwassergebiet entstandene Gesamtschaden belief sich auf etwa 100 Millionen Mark. Für Pirna war es die größte Hochwasserkatastrophe der Stadtgeschichte. Das Stromnetz, das Telefonnetz und die Eisenbahnverbindungen Pirna-Bad Gottleuba und Dresden-Prag waren unterbrochen.



Abb. 1.10.70: Aufräumarbeiten nach der Hochwasser 1957 am Markt in Bad Gottleuba.



Abb. 1.10.71: Das Bachbett der Bahra an der Markersbacher Obermühle beim Hochwasser 1957.



Abb. 1.10.72: Das Bachbett der Gottleuba unterhalb von Langenhennersdorf. Foto: kol. Kegel



Abb. 1.10.73: Schäden in Neundorf beim Hochwasser 1957. Foto: kol. Kegel.



Abb. 1.10.74: Das neue Bachbett der Gottleuba in der Dohnaer Straße einige Tage nach der Flut.



Abb. 1.10.75: Die zerstörte Eisenbahnbrücke der Staatsbahn Dresden - Prag an der Elbe.

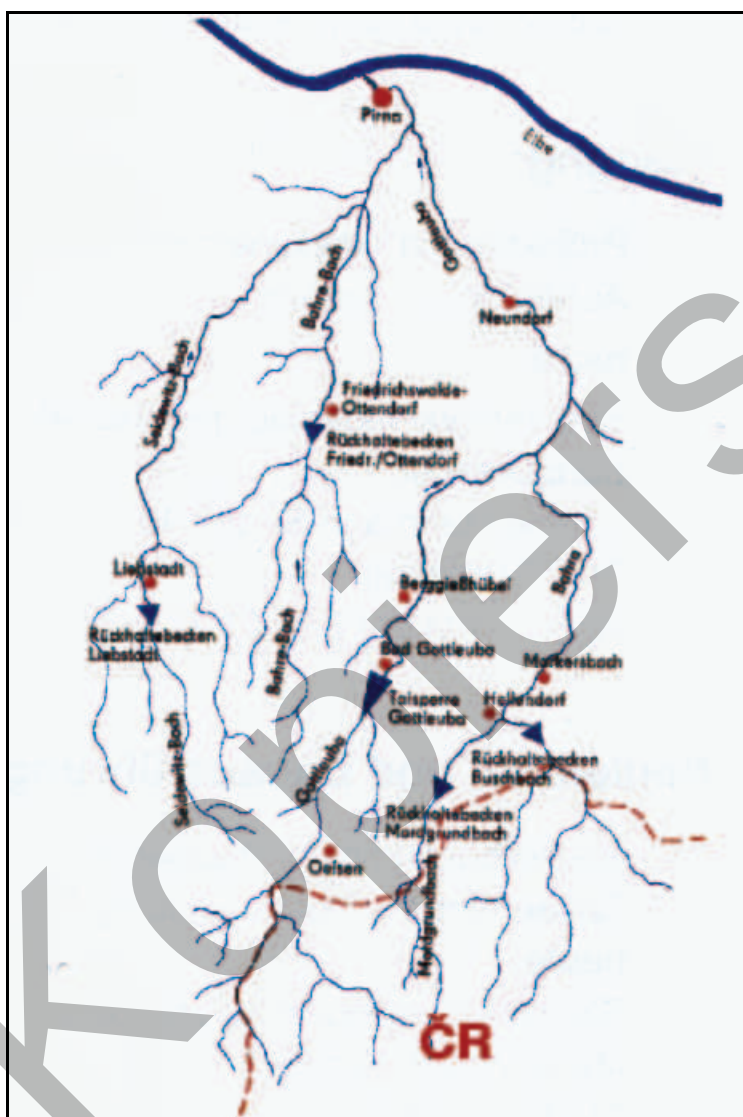


Abb. 1.10.76: System der Hochwasserschutzanlagen im Flussgebiet der Gottleuba. Abb. nach [1.52].

Ein Jahr darauf kam es wieder zu großen Unwettern, die aber nicht die großen Schäden verursachten, wie im Jahr davor.

Durch die großen volkswirtschaftlichen Schäden begann man daraufhin mit der Planung des **Hochwasserschutzsystems im östlichen Erzgebirge** mit der Talsperre Bad Gottleuba.

Die **Talsperre Gottleuba** wurde 1965 bis 1974 erbaut (Inbetriebnahme 1974, Fertigstellung 1976).

1964 wurde das 1958 begonnene **Rückhaltebecken Buschbach** bei Hellendorf fertiggestellt.

1966 - 1969 entstand an der Bahre das **Rückhaltebecken Friedrichswalde-Ottendorf**

1961 - 1966 an der Seidewitz das **Rückhaltebecken Liebstadt** und

1959 - 1965 das **Rückhaltebecken Mordgrundbach** zwischen Hellendorf und Bienhof.

In den 1970er Jahren wurde auch der Bau einer Trinkwassertalsperre an der Müglitz über der so genannten Schafbrücke vor Lauenstein begonnen, aber aus finanziellen Gründen 1979 wieder eingestellt. Die Planungen wurden 1993 wieder aufgenommen, nach dem Hochwasser 2002 korrigiert und forciert.

2006 wurde das **Rückhaltebecken Lau-**

enstein unterhalb der Schafbrücke fertiggestellt. Der Damm ist 40 m hoch und das Becken hat einen Stauraum von 5 Mill m³.

Dazu gehören neue Umgehungsstraßen, mit denen der Raum Liebstadt, Lauenstein, Geising und Altenberg großzügig in das Fernstraßensystem eingebunden wird.



Abb. 1.10.77: Blick auf das Rückhaltebecken Liebstadt im Jahre 2005.



Abb. 1.10.78: Das Rückhaltebecken Friedrichswalde-Ottendorf 2006.



Abb. 1.10.79: Beginn der Arbeiten am Rückhaltebecken Lauenstein im Februar 2003.

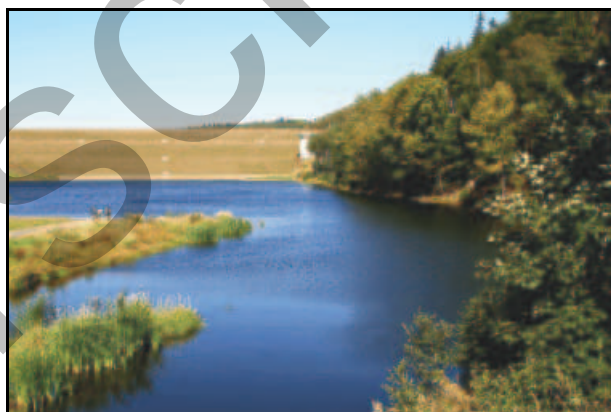


Abb. 1.10.80: Das fertige Rückhaltebecken 2008. Links die alte Verbindungsstraße nach Lauenstein.

1.10.8 Die 1960er Jahre

Im Jahre 1958 wurden in der DDR die **Lebensmittelkarten** abgeschafft. Die Lebensmittel-Grundkarte im Mai 1958 umfasste die Rationen 1350 g Fleisch, 900 g Fett, 1200 g Zucker. Bis 1951 hatte es auch noch Brot auf Lebensmittelkarten gegeben. Schuhe, Wäsche und Strumpfwaren waren bis 1952 rationiert und konnten über Punktkarten bezogen werden.

Deshalb herrschte in den Morgenstunden des 29. Mai 1958 Hochbetrieb an den Geschäften der **Staatlichen Handelsorganisation (HO) und des Konsums**.

Hier einige **HO-Preise** nach [1.54]:

Nahrungsmittel	Masse in g	Preis in DM ab 15.11.48	Preis in DM bis 3.9.50	Preis in DM ab 4.9.50	Preis in DM ab 29.5.58
Roggenbrot	1000	2,75	1,69	0,7	0,52
Weißbrot	1000	10	2,2	1,6	1
Schweinefleisch	500	50	10	8	3,05
Bockwurst	100	6	2,35	1	0,8
Butter	500	65	14	12	2,06
Margarine	500	55	7,5	7	1,11

Tabelle 1.4: Entwicklung der HO-Preise in Mark der DDR

Ein Liter Vollbier (11,5 Stammwürzegehalt) kostete ab 1958 bis 1990 1,60 DM. Für die Monatsration Lebensmittel bezahlte ein Rentner 8,01 DM. Der durchschnittliche Monatslohn lag 1953 in den VEB bei 300 DM, in den Genossenschaften bei 228 DM und in den Privatbetrieben bei 214 DM. Ein Lehrer verdiente durchschnittlich 470 DM. Das Anfangsgehalt eines Dipl. Ing. betrug 1962 650 DM.

Eine besondere Rolle spielte in unserer Region in der Zeit der DDR der Feriendienst des **Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)**³². Der Feriendienst des FDGB wurde am 20. März 1947 mit dem Ziel gegründet, als Reisemittler im Sozialtourismus aufzutreten. Der FDGB-eigene Feriendienst war der größte Anbieter von Urlaubsreisen in der DDR und unterhielt zahlreiche eigene FDGB-Ferienheime und Feriensiedlungen. Hinzu kamen die Ferienheime und Vertragsunterkünfte der Betriebe und Einrichtungen. Vermittelt wurden bekanntlich in erster Linie Reisen innerhalb der DDR. Der Feriendienst konnte sich zunächst auf wenige Erholungsheime und Betten in Privatquartieren stützen. Aber bereits in den ersten Jahren war es möglich, 17.500 Urlaubern eine Reise anzubieten. 1948 übergab die SMAD enteignete Gebäude, darunter auch Villen und Schlösser an den Feriendienst, um die Bettenkapazitäten zu erhöhen. Der Feriendienst bot seinen Urlaubern ein Paket aus Unterkunfts-, Verpflegungs- und Betreuungsleistungen an. Auslandsreisen waren durch geringe Kontingente an Reisen auf den Urlauberschiffen sowie durch Scheckaustausch mit Gewerkschaftsorganisationen anderer sozialistischer Länder nur im geringem Umfang möglich. Die Unterbringung erfolgte in Ferienheimen oder vertraglich gebundenen Einrichtungen, in einigen Fällen auch in Hotels und Interhotels. Die **Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL)** der Betriebe und Einrichtungen übernahmen die Bekanntmachung und Vergabe der Reisen.

In diesem Rahmen entwickelte sich in den landschaftlich attraktiven Gebieten ein neuer Gewerbe-zweig in Form von Erholungsheimen (in der Regel ehemalige Gaststätten), Privatunterkünften und Feriensiedlungen. In unserer Region gab es kaum eine größere Gaststätte, die nicht in das System des Feriendienstes des FDGB einbezogen wurde. Da das westliche Ausland für den normalen DDR-Bürger tabu war und das östliche Ausland nur eingeschränkt bereist werden konnte, hielten sich in unserer landschaftlich schönen Region jährlich viele Urlauber auf. Die Einrichtungen im ehemaligen Hammergut Bienhof, Langenhennersdorf (Forsthaus) und Berggießhübel (Waldlager) wurden ausgebaut. Eine neue Feriensiedlung entstand in Hellendorf und nahezu jeder zweite Hausbesitzer vermietete an Urlauber (oftmals privat). Diese nicht angemeldeten Unterkünfte machten in vielen touristisch stark frequentierten Orten einen Großteil der Übernachtungen in der Feriensaison aus. Dadurch erhöhte sich natürlich die Kaufkraft der Bevölkerung in diesen Gebieten. Oft kam es, verstärkt durch diese "inoffiziellen" Touristen immer wieder zu spürbaren Engpässen bei der Versorgung.

Ähnliche Erscheinungen gab es natürlich auch im Kurwesen der Sozialversicherung. Die Plätze für die vorbeugenden Kuren wurden in der Regel auch von den BGL der Betriebe und Einrichtungen vergeben. In den beiden staatlich anerkannten Kurorten, Bad Gottleuba und Berggießhübel, gab es keine freien Kapazitäten. Ein großer Teil der Patienten war außer Haus in vertraglich gebundenen einfachsten Privatquartieren untergebracht. Äußerlich wirkte es sich so aus, dass alle Gaststätten und Cafés ständig überfüllt waren, auf den Wanderwegen ein reger Verkehr herrschte und das Flirten zwischen den Kurgästen zum Volkssport wurde. Erwähnt werden diese Zusammenhänge deshalb, weil auf diesem Gebiet besonders in unserer Region die größten Veränderungen eintraten. Mit der Wende ging genau wie in den Industrieanlagen hier überall das Licht aus.

Die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den 1960er Jahren mit den durchaus vorhandenen wirtschaftlichen Erfolgen (Versorgung, Flugzeugbau, Schiffs- und Fahrzeugbau usw.) gaben der Propaganda z. T. Recht. Niemand war arbeitslos. Jede Eigeninitiative wurde jedoch durch das System eingeschränkt und beschränkte sich meist auf eine reine Beschaffungsinitiative. Hart traf es den Mittelstand. Größere Betriebe wurden mit fadenscheinigen Begründungen (meist waren es Verstöße gegen Wirtschaftsgesetze) noch in den 1970er Jahren enteignet und danach in die volkseigene Wirtschaft integriert. Handwerker und Kleinunternehmer bekamen keinen Anreiz für die Produktion. Meist waren sie jedoch besser gestellt, als reine Produktionsarbeiter oder Ingenieure. Das Ende der 1960er Jahre zeigte die Nachteile der Planwirtschaft im Vergleich zur Marktwirtschaft auf. Die Arbeitsproduktivität der DDR-Wirtschaft sank auf 60 % der Wirtschaft in der BRD aber das SED Politbüro mit Erich Honeker an der Spitze änderte den von Stalin vorgegebenen Kurs in der Wirtschaft

³² Der **FDGB** war der Dachverband der 15 Einzelgewerkschaften in der DDR. 1986 waren die größten Einzelgewerkschaften die IG Metall (1,8 Mio. Mitglieder), die Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genussmittel (1,1 Mio.), die IG Bau-Holz (950.000) und die Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und Kommunalwirtschaft (840.000). 1986 waren 98% aller Arbeiter und Angestellten im FDGB organisiert und er hatte insgesamt 9,6 Mio. Mitglieder. Der FDGB war damit die größte Organisation und hatte nach der SED die zweitstärkste Fraktion im DDR-Parlament Volkskammer. Zu den Aufgaben des FDGB gehörte in den Betrieben auch die Kantinenversorgung und die Vergabe von Ferienplätzen sowie Krankenbesuche, Verleihung von Auszeichnungen und Prämien, bis zur Vergabe von Kuren.

nicht und das bis zur Wende. Die ständig zunehmende Subvention der Grundbedarfs der Lebensmittel, der Waren des täglichen Bedarfs, der Mieten, der Energie und des Nahverkehrs, die am Ende der DDR bis zu 70 % des Staatshaushaltes verschlang, ruinierte den Staatshaushalt und damit Wirtschaft. **Ökonomische Gesetze wirken wie Naturgesetze**, das wusste schon Karl Marx. Man kann sie nicht ungestraft verletzen. Die hohen Subventionen hatten den Nebeneffekt, dass das Gefühl für den Wert der gestützten Artikel verloren ging. Hauptproblem war die durch die Gleichmacherei fehlende Motivation, die jede Eigeninitiative unterband. Eigeninitiative wurde nicht gefördert, sondern sogar unterdrückt. Die Führungskader in Wirtschaft und Wissenschaft erkannten diese Fehler der Regel und waren aber gezwungen die Mängel zu verwalten und versuchten oft, das Beste aus den Bedingungen zu machen.

Durch den Krieg hatten sich die Wohnverhältnisse enorm verschlechtert. In den Jahren unmittelbar nach dem Kriege war an einen Neubau von Wohnungen nicht zu denken. Vorrang hatte die Reparatur der zerbombten Betriebe und der Verkehrswege. Mit Hilfe des **Nationalen Aufbauwerkes (NAW)** und der **Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG)** sollten die Wohnungsprobleme gelöst werden. Für private Initiativen zum Wohnungsbau hatten die Behörden kein Ohr. Als Mitglied einer AWG konnte man sich persönlich für den Bau seiner Wohnung engagieren. Für eine Drei-Zimmer-Wohnung von 60 Quadratmetern Grundfläche musste man 700 Arbeitsstunden leisten und 2400 DM bezahlen. Die Arbeitsstunden wurden nach Feierabend, im Urlaub und an den Wochenenden geleistet. Die Miete betrug damals pro Quadratmeter 0,49 DM. Gelöst wurde das Wohnungsproblem damit nicht, aber engagierte junge Ehepaare hatten eine Chance, nach jahrelanger Wartezeit eine neue Wohnung zu erhalten.

Der Mangel an Reisemöglichkeiten und die unattraktiven Wohnsilos in den Städten hatte zur Folge, dass sich ein Bedürfnis zum Wohnen im Grünen entwickelte. Jede Familie versuchte in den landschaftlich schönen Gebieten eine "Datsche" zu kaufen oder zu bauen. Es entstanden durch staatliche Förderung überall neue Datschensiedlungen und Kleingartenvereine ("Am Bärwinkel" in Bad Gottleuba, an der Karlsleite, auf dem Flachsland und am Ladenberg in Berggießhübel, am Neubau in Markersbach, "Am Fiebig" in Langenhennersdorf, "Am Waldesrand" in Bahra, "Am Molchgrund" in Börnersdorf usw.). Anfangs in primitiver Form, aber nach und nach mit immer größerem Komfort. Es entwickelte sich eine eigenständige Datschenkultur mit Statuten, Gemeinschaftseinrichtungen, Ver- und Entsorgung. Das war eine spezielle Erscheinung des "Sozialismus", die das Leben angenehmer machte und den Gemeinschaftssinn förderte.

Das Leben der Region wird auch durch die in der Nähe befindliche Grenze zu Tschechien beeinflusst. Das so genannte "Paschen" war seit jeher praktisch Volkssport und half bestimmte Diskrepanzen in den Preisen bei Lebensmitteln und Gebrauchsgütern diesseits und jenseits der Grenze zu mildern. Nach dem Kriege blieb die Grenze zur Tschechoslowakei bis 1967 für Privatreisen von ostdeutschen Bürgern geschlossen. Ab 1967 war es als Tourist möglich, mit Visum in die Ostblockländer zu reisen. Die Reiseorganisation war noch aufwendig und die Reisemittel waren beschränkt.

1.10.9 Prager Frühling³³

Die Beziehungen der Tschechoslowakei zu der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik entwickelten sich unterschiedlich. Während Prag sich von den Deutschen in der Bundesrepublik abschottete, wurde ein enges Geflecht an Beziehungen zu den Deutschen in der DDR geschaffen. Die kommunistische Führung in Prag gehörte zu den ersten, die die im Oktober 1949 gegründete DDR anerkannten. In der Prager Deklaration von 1950 verzichteten die DDR und die Tschechoslowakei auf gegenseitige Gebietsansprüche, erklärten das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig und nannten die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig und gerecht. Für die in der DDR gelandeten Vertriebenen hieß das auch, dass sie fortan nie über ihr Schicksal laut sprechen durften. Als 1964 die Visapflicht aufgehoben wurde, fuhren Tschechen und Slowaken zuhauf in die Ferien an die DDR - Ostseeküste und die "DeDeRonis", wie man die Ostdeutschen in Anlehnung an die ostdeutsche Nylon-Ersatz-Erfindung Dederon nannte, ins Riesengebirge oder in die Hohe Tatra. Betriebe beiderseits der Grenze bauten enge Beziehungen auf, es gab sehr viele Kontakte zwischen Tschechen, Slowaken und Ostdeutschen, die zum Teil heute noch bestehen.

Seit Beginn der 1960er Jahre befand sich die ČSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik) unter Führung von Antonín Novotný in einer tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krise. Das zentralistische Planungssystem hatte zu einer dramatischen Stagnation der Wirtschaft – auch im Vergleich zu den anderen Staaten des sozialistischen Wirtschaftsgebietes – geführt und die Kommunistische Partei wurde von einer rückständigen Führungsspitze dominiert.

Im Januar 1968 löste der Slowake Alexander Dubček Novotný von der Führung ab und hob im Februar 1968 die Pressezensur auf. In den Medien des Landes fand daraufhin eine "wahre Informationsexplosion" statt. Die Freiheit von Presse, Wissenschaft, Information und Reisen waren wichtige Schritte auf dem Weg zum angestrebten kulturellen Pluralismus. Dieser Pluralismus betraf insbesondere auch die verschiedenen Nationalitäten innerhalb der ČSSR. Den Minderheiten

³³ Unter Verwendung von [1.60] erstellt.

sollte kulturelle Selbstbestimmung und Entfaltung gewährt werden und die Slowakei sollte eine staatliche Gleichberechtigung in Form einer Föderalisierung der ČSSR erhalten.

Das grundlegende Ziel war also, einen neuen Sozialismus zu schaffen. Auf dem Gebiet der politischen Struktur wurde eine Liberalisierung aller Lebensbereiche geplant. Der Zentralismus sollte abgebaut werden, Machtkonzentrationen, gerade um Einzelpersonen, sollten verhindert werden, innerparteiliche Demokratie und eine Rückkehr zu einem parlamentarischen Modell mit bürgerlichen Parteien sollten aufgebaut werden.

Ein Zeugnis dieser Emanzipation der Öffentlichkeit bildete das von Intellektuellen verschiedener Couleur unterzeichnete **“Manifest der 2000 Worte”** des Schriftstellers Ludvík Vaculík vom Juni 1968. Die Sowjetunion, die den Machtwechsel von Novotný zu Dubček zunächst gutgeheißen hatte, dann aber schnell eine äußerst skeptische Position zur tschechoslowakischen Entwicklung einnahm, wertete das **“Manifest der 2000 Worte”** als eine Plattform der Konterrevolution. Außerdem hatte die stalinistische tschechoslowakische Opposition ein Treffen in Bratislava dazu genutzt, Leonid Breschnew den sogenannten Einladungsbrief zukommen zu lassen, mit dem sie um eine Intervention zur Verhinderung einer Konterrevolution in der ČSSR baten.

Die Reaktion war die sogenannte **Breschnew-Doktrin** vom 15. Juli 1968, in der es u. a. heißt: **“Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, dass feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Vertrag vereinigt haben, um ihre Unabhängigkeit, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, um eine unüberwindliche Schranke gegen die imperialistischen Kräfte der Aggression und der Revanche aufzurichten.”**

Die DDR-Bevölkerung in den Gebieten zur ČSSR-Grenze wurde schon vor dem 20. August mit der Invasion von Sowjetischen Truppen konfrontiert. Sie lagerten mit ihrer Technik besonders in der Nähe der Passstraßen in den Wäldern, waren aber tagsüber kaum zu sehen. An den Straßen standen deutsche Posten, die die Einwohner zurückwiesen. Zwiebeln und andere Früchte verschwanden des Nachts aus den Gärten. Es gab aber keine Information. Nach dem 20. August wurden für Bewohner dieser Bereiche Passierscheine ausgegeben. Personen ohne Passierschein wurden zurückgewiesen. Dann in der Nacht zum 21. August 1968 marschierten etwa eine halbe Million Soldaten der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens mit schwerer Technik in die Tschechoslowakei ein und besetzten innerhalb von wenigen Stunden alle strategisch wichtigen Positionen des Landes. Es war die größte Militäroperation in Europa seit 1945. Die SR Rumänien beteiligte sich demonstrativ nicht an der Invasion.

An der Invasion nahmen keine Truppen der Nationale Volksarmee teil. Der Entschluss darüber fiel erst wenige Stunden vor dem Beginn des Einmarsches und wurde der NVA-Führung vom Oberkommandierenden der Warschauer Vertragsorganisation Marschall Jakubowski mitgeteilt. Vermutlich sollten die Bürger der ČSSR im 30. Jahr nach dem Münchener Abkommen nicht durch den Anblick von Invasoren in deutscher Uniform zusätzlich verbittert werden.

Die KPC beschloss, keinen militärischen Widerstand zu leisten. Die NATO verhielt sich ruhig, um der Sowjetunion keinen Vorwand für eine Gegenreaktion zu liefern. Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Ludvík Svoboda, forderte Tschechen und Slowaken in einer Radioansprache dazu auf, Ruhe zu bewahren. Dubček und andere hochrangige Regierungsmitglieder wurden festgenommen und nach Moskau gebracht. Dort setzte man sie unter Druck und entmachtete sie schrittweise zugunsten des linientreuen Gustáv Husák. So lautete der eigentliche Plan der Sowjetunion, eine neue tschechoslovakische Regierung zu präsentieren. Aufgrund des gewaltlosen, geschlossenen Protests der Bevölkerung ging dieser Plan nicht auf. Beim dem Einmarsch starben 98 Tschechen und Slowaken sowie etwa 50 Soldaten der Invasionstruppen.

Am 23. August, zwei Tage nach Beginn der Intervention, wurde Präsident Ludvík Svoboda offiziell zu Verhandlungen nach Moskau gerufen, an denen auf seine Forderung hin, auch die in Haft gehaltenen Regierungsmitglieder um Dubček teilnahmen.

Das drei Tage später verabschiedete Moskauer Protokoll enthielt eine Aufhebung fast aller Reformprojekte. Mit diesem Ergebnis einer faktischen Kapitulation im Gepäck kehrte Dubček, der vorerst noch in seinen Ämtern belassen wurde, nach Prag zurück, wo er zunächst noch einmal begeistert empfangen wurde. Bald darauf wurde der Bevölkerung der ČSSR klar, dass der **“Prager Frühling”** vorbei war.

Als Folge der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen der Staaten des Warschauer Paktes verließen zehntausende Menschen, in erster Linie Facharbeiter und Intellektuelle, das Land. Allein nach Österreich flüchteten rund 96.000 Menschen, weitere 66.000 Urlauber kehrten nicht aus Österreich in die Tschechoslowakei zurück. Der Student Jan Palach verbrannte sich selbst aus Protest gegen die neue Politik 1969 auf dem Wenzelsplatz in Prag. Die Schäden in den Grenzgebieten der DDR durch die schwere Technik und die Lagerreste wurden innerhalb von Tagen beseitigt. Nach der Unterdrückung des Prager Frühlings verstärkten sich die Kontakte auf politischem Gebiet. DDR und ČSSR wurden füreinander die zweitwichtigsten Handelspartner.

Für beide Völker hatte das jeweils andere Land reichlich Anziehendes. Tschechen und Slowaken kauften gern in der DDR wegen der dort künstlich niedrig gehaltenen Preise Nahrungsmittel, Schuhe oder Bekleidung ein. DDR-Bürger waren beglückt, das in vielen Bereichen bessere Angebot im Nachbarland zu sehen und lobten das Bier. Viele DDR - Haushalte legten beispielsweise Wert darauf, eine tschechische Mischbatterie für das Bad ihr Eigen zu nennen.

Ab 1972 konnte man dann ohne Visum als Tourist in die CSSR, Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn reisen. Infolge des zunehmenden Grenzverkehrs eröffnete man 1977 in Hellendorf die **Grenzübergangsstelle Bahrat/Petrovice** zur Tschechoslowakei. Hinter dem Konsum in Hellendorf entstanden die **Zollstation mit Wechselstelle** und ein Parkplatz.

Der Einkaufstourismus nahm richtig Fahrt auf, als 1972 der pass- und visafreie Reiseverkehr eingerichtet wurde. 1973 fuhren 4,2 Millionen DDR-Bürger ins Nachbarland, umgekehrt reisten 1,2 Millionen Tschechen und Slowaken in den Ostteil Deutschlands.

Die ähnliche Sozialisierung in der kommunistischen Ära erleichtert es bis heute Menschen aus der ehemaligen DDR und Tschechien, sich auf Anhieb zu verstehen. Kommt man als "Ossi" in eine tschechische Familie, wird man sehr interessiert nach dem Gang der Dinge gefragt. Man vergleicht die derzeitigen Lebensumstände, begrüßt dieselben gesellschaftlichen Veränderungen und stellt fest, dass man auch die gleichen Dinge in der "Nachwendezeit" verloren hat. Auffällig ist in diesem Zusammenhang die häufig zu hörende Ansicht, dass die Freiheit zwar wunderschön sei, die Zeit der verordneten Gleichheit aber auch ihre Vorteile gehabt habe. Die Reisen von Tschechen nach Deutschland sind aber deutlich zurückgegangen. Das hat in erster Linie wirtschaftliche Gründe: Deutschland ist für tschechische Normalverdiener schlicht zu teuer. Und ihren Urlaub verbringen die Tschechen auch nicht mehr an der Ostsee. Wer genügend Geld hat, verbringt die Ferien heute lieber in wärmeren Gefilden.

Das politische Verhältnis zu Bonn war in der Nachkriegszeit vergleichsweise gestört. Das hatte natürlich auch mit den Sudetendeutschen zu tun, denen die Prager Propaganda stets und ständig Rachegelüste nachsagte, obwohl die Sudetendeutschen als Organisation mit der Detmolder Erklärung von 1950 auf "Vergeltung und Rache" verzichtet hatten. Das Auftreten der schlesischen Landsmannschaften hat jedoch in der Praxis diese Ansätze meist zerstört. Die Bundesrepublik wurde von der tschechoslowakischen Regierung lange nicht als Staat anerkannt. Umgekehrt machte aber auch die Hallstein-Doktrin, also der Alleinvertretungsanspruch, von westdeutscher Seite die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Prag schwierig, hatte die Tschechoslowakei ihrerseits doch die DDR anerkannt.

Ein heikler Punkt war zudem das Münchner Abkommen. Der Vertrag Prag/Bonn über die gegenseitigen Beziehungen von 1973 kam erst nach langem, hartem Tauziehen zustande. Beide Länder betrachteten in dem Vertrag das Münchner Abkommen "im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig". Seither entkrampften sich die Beziehungen etwas.

1.11 Wiedervereinigung

In den 1980er Jahren wurde die Diskrepanz zwischen der Darstellung durch die Parteiführung und der sozialistischen Realität immer größer. Die sehr guten wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD, die viele Ostdeutsche, die in der Nähe von Westberlin und der Westgrenze wohnten, durch das Westfernsehen und die westdeutsche Propaganda kannten, zeigte der Bevölkerung die wirtschaftliche Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft des "Sozialismus". Das "Schönreden" der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Parteikader verschlimmerte die Stimmung. Die Unzufriedenheit wuchs und führte zu einer Zunahme der **Ausreiseanträge** und der "Republikflucht", besonders über Ungarn und die Tschechoslowakei. Hinzu kam die immer schlechter werdende Versorgung der Bevölkerung mit den Waren des täglichen Bedarfs. Da die meisten Frauen berufstätig waren, wurde der Zeitaufwand zur Versorgung der Familie zu einem Problem. Die "Sozialistische Wartegemeinschaften" wurden immer länger. Oftmals war man gezwungen, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen, weil abends die Läden leer waren. Die dienstlichen Vorgesetzten hatten dagegen meist keine Einwände, denn sie waren in der gleichen Situation. Dadurch litt natürlich die Arbeitsproduktivität. Die knapper werdenden Ressourcen spürte besonders auch die Industrie. Oftmals führte fehlendes Material oder stockende Zulieferung zum Produktionsstillstand.

Folgender Witz beschrieb den Zustand sehr gut: Frage an den Sender Jerewan: "Ist es möglich, in der Wüste den Sozialismus aufzubauen?" Die Antwort: "Im Prinzip "Ja". Aber bald würde der Sand knapp".

Die doktrinaire Verlogenheit der sozialistischen Propaganda wurde offensichtlich. Das schlug sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Da das nicht wahr sein konnte, weil es nicht wahr sein durfte, wurden die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Februar 1989 z. T. gefälscht. Doch eine immer zahlreichere Opposition protestierte diesmal und begann sich besonders unter dem schützenden Dach der Kirche zu organisieren. Erste Mahnwachen und Mahngottesdienste fanden an jedem Montag in Leipzig und an anderen Orten statt. Auch in der SED wurden kritische Stimmen laut.

In Ungarn wurde im August der "Eiserne Vorhang" offiziell von den Außenministern Österreichs und Ungarns zerschnitten. Ungarn demonstrierte damit seine Selbständigkeit und seinen Reformwillen, um Kredite aus dem Westen für die Sanierung der Wirtschaft zu erhalten.

Die vom sowjetischen Partei- und Staatsführer Michail Gorbatschow ausgehende Politik von **Pereestroika** und **Glasnost** führte dazu, dass Ungarn den Freundschaftsvertrag mit der DDR außer Kraft setzte und für die DDR-Flüchtlinge die Grenze nach Österreich öffnete. Die Öffnung führte zu einer Massenflucht über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik. Im September 1989 wurden die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag, Budapest, Warschau und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin von DDR-Flüchtlingen besetzt, die so ihre Ausreise aus der DDR erzwingen wollten. Am 30. September hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den 6.000 Flüchtlingen in der Prager Botschaft die Nachricht überbracht, dass sie per Zug über die DDR in die Bundesrepublik ausreisen dürfen. Dabei stiegen bei dem Halt in Schmilka Polizeibeamte zu, die die Personalausweise einsammelten, und beim Halt in Dresden wieder ausstiegen.

Die ersten Transporte am Sonntag kamen weitgehend unbehelligt durch. Doch an den Folgetagen belagerten Tausende Fluchtwillige den Hauptbahnhof in der Hoffnung, noch in die Waggons hineinzukommen. Erstmals geriet die Situation am Dienstag, den 3. Oktober 1989 außer Kontrolle, drei Tage nach Genschers Auftritt in Prag. Über 2.000 Fluchtwillige und Neugierige drängten in die Bahnhofshalle und auf die Bahnsteige. Als 140 Fluchtentschlossene auf einen ausfahrenden Zug zustürmen, stürzt ein Mann aufs Gleis, gerät unter einen Zug und verliert ein Bein. Tags darauf herrscht um den Bahnhof herum eine Art Bürgerkrieg, etwa 20.000 Menschen belagern das Gebäude. Einige schleuderten Pflastersteine auf Polizisten. Ein Polizeiwagen wurde angezündet. Die Polizisten wehrten sich mit Wasserwerfern gegen die Angreifer. Mit Durchsagen wollte die Einsatzleitung die Leute nach Hause schicken. Doch die Masse drückte weiter gegen die Türen des Bahnhofsgebäudes. Nach zehn Minuten gaben die Uniformierten die Kontrolle über den Kuppelbau auf. Tausende stürmten auf die Gleise. Vergebens, es gab über 200 Verhaftungen.

Im September 1989 reisten 15.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik aus. Die Opposition wurde mutiger. Forderungen nach Reformen in der DDR wurden laut. Angesichts der Weltpresse und der Vorbereitung zum 40. Geburtstag der DDR am 7. Oktober 1989 wurde der Einsatz der Nationalen Volksarmee gegen die Demonstranten unterlassen. Anfang Oktober 1989 setzten die Massenproteste auf den Straßen in der ganzen DDR ein. Die **friedliche Revolution** begann.

Zum 40. Jahrestag der DDR-Staatsgründung jubelten die Bürger der DDR Gorbatschow zu, der zu erkennen gab, dass die DDR-Führung mit ihren Problemen allein und friedlich fertig werden musste und dass die UdSSR auf keinen Fall eingreifen würde: "Jeder Staat im Ostblock soll seinen eigenen Weg zum Sozialismus beschreiten". Gorbatschow fordert mit dem Satz: "Wer zu spät handelt, den bestraft die Geschichte!" zu Reformen in der DDR auf. Darauf hin wurde Erich Honecker durch Egon Krenz ersetzt. Die Montagsdemonstrationen waren unterdessen zu einer Massenbewegung angewachsen. Die Opposition artikulierte sich lautstark, die Staatsführung hatte das Handlungsmonopol verloren. Es war die Zeit der Wirren, Demos, Lichterketten vor Kirchen, der Gesänge "Wir sind das Volk", die bald zu **"Wir sind ein Volk"** werden sollten.

Die immer noch vorhandene Angst vor dem Eingreifen der ehemaligen Besatzungsmacht erwies sich als unberechtigt. Der "Große Bruder" hatte eigene Probleme zu bewältigen und lies sich sogar kaufen. Die "alte Garde" an der Spitze der DDR hatte somit keine Unterstützung mehr und es war klar, dass die Soldaten der Nationalen Volksarmee gegen die Bevölkerung nicht vorgehen würden.

Am 9. November kam es aus ungeklärten Gründen zur Öffnung der Grenzübergänge.

Hier ein kurzer Bericht zu den eigenen Erlebnissen am Sonntag, dem 12. November 1989:

Am Tag der Maueröffnung war unsere Familie zu Besuch in Eisenach und geriet in die Euphorie der Maueröffnung. Die Informationen zur Maueröffnung erreichten uns zwar durch Rundfunk und Fernsehen. Aber wir trauten den Bildern und Worten nicht so recht. Wir gingen davon aus, dass wir entweder den Reisepass oder ein Visum benötigten. Beides hatten wir nicht. Es war alles so unwirklich, sodass wir zu dem Entschluss kamen, uns das alles auf Wunsch unserer Kinder erst einmal anzusehen. Umdrehen konnten wir immer noch.

"Wir fuhren nachmittags in Eisenach auf die Autobahn in Richtung Grenze. Schon bald nach Eisenach-West standen winkende Menschen an der Straße. Die unüberwindliche Grenzstation mit ihren Sicherungsanlagen, die Jahrzehnte eisen Ost und West trennte, war weit geöffnet. Wir hatten unsere Ausweise gezückt. Doch die Beamten, selbst ungläubig über diesen Spuk, winkten uns hinüber in das fernste aller Länder. Wir hatten zwar schon ganz Asien und Osteuropa mehrfach durchquert aber hier war für uns seit über 40 Jahren die Welt zu Ende gewesen. Wir fuhren über den Rand unserer Welt und die Ahnung von einem unvermeidlichen Sturz beschlich uns. Nur die Form dieses leicht zeitverschobenen Sturzes mit 4 1/2 Mill. Arbeitslosen und verschwundener Euphorie ... fiel uns damals nicht einmal im Traum ein. Die Menschen hinter der Grenze hatten jeden Platz auf der Straßenböschung besetzt, schwenkten Fahnen, jubelten und strahlten mit unbeschreiblicher Euphorie. In Herleshausen bogen wir in die vollgestopfte Straße ein. Ein Mann riss die Autotür auf, drückte unseren herzigen, wohlgenährten Enkel an sich, gab ihm eine Tafel Schokolade mit den Worten: "Da hast du was zu essen!" Uns wies er den Weg zum Gemeindehaus mit dem großen Schild "Besuchergeld". Bei dem Schwarzhandelskurs der Westmark von 1 : 20 war das Besuchergeld ein kleines Vermögen. Die Familie verschwand und ich musste das Auto los werden. Es war ein Getümmel, wie zu einem Volksfest. Alles lachte und scherzte. Die Läden hatten geöffnet, in der Hoffnung, dass die "Ossis" das Besuchergeld gleich in Waren umsetzten. Im Gemeindehaus waren die Fitnessgeräte an die Wände geschoben. Lange Tische und Stühle luden ein, einen Antrag auf das "echte" Geld zu stellen.

Ein sehr netter älterer Herr bot uns beim Ausfüllen der Besuchergeldanträge seine Hilfe an. Dann legten wir die Anträge auf den Tisch, bestätigten den Empfang des Besuchergeldes und stürzten uns in das Getümmel - Auto suchen und ab nach Hause. Im Auto erklang der übermütige fröhliche Gesang der Familie". Ähnliches erlebte damals ein Teil der DDR-Bevölkerung.

Die DDR wurde zu einem Staat, in dem die unbeliebte Staatsführung am Ende um ihr eigenes Überleben kämpfte und den die Bevölkerung in Massen in Richtung Bundesrepublik verließ. Egon Krenz trat ab und wurde durch den Reformier **Hans Modrow** ersetzt. Die Politiker waren überrascht und hatten kein Konzept zur Hand, wie es weiter gehen sollte. Mit dem Fall der Mauer trat in der öffentlichen Diskussion das Ziel der deutschen Vereinigung auch in seiner historisch-politischen Problematik immer stärker in den Vordergrund. Der Ministerpräsident der DDR, **Hans Modrow**, forderte eine Vertragsgemeinschaft als Ziel einer deutsch-deutschen Zusammenarbeit. Dementgegen stellte Bundeskanzler Helmut Kohl einen Zehn-Punkte-Plan auf (28. November 1989), demzufolge die deutsche Einheit über eine Konföderation erreicht werden sollte. Die offenen Grenzen, das wirtschaftliche Gefälle und die zerfallenden Machtstrukturen förderten jedoch bei den demonstrierenden Menschen in der DDR den Wunsch nach einer schnellen deutschen Einheit. Die in der Bundesrepublik regierende Koalition machte eine rasche Vereinigung quasi zum Regierungsprogramm.

An einem "**Runden Tisch**" trafen sich neu gegründete Oppositionsgruppen mit der DDR-Regierung. Freie Wahlen wurden für den 18. März 1990 vorbereitet. Es bildeten sich neue Parteien, wie die SPD, Demokratischer Aufbruch, das Neue Forum, Demokratie jetzt u.a. und die CDU, LDPD, NDPD und DBP (Deutsche Bauernpartei) machten sich unabhängig. Die SED wurde nicht aufgelöst, sondern "reformiert". Wahrscheinlich ein Fehler, wie sich im weiteren Verlauf zeigte. Die SED-Führung hatte diese wirtschaftliche und politische Fehlentwicklung zu verantworten und war nicht bereit gewesen, ihre Politik zu ändern. Die neu entstandene SPD beschloss, ehemalige SED Mitglieder nicht aufzunehmen und konnte sich bis heute dadurch nicht zu einer führenden politischen Kraft in den neuen Bundesländern entwickeln. Die meisten SED Mitglieder waren in der DDR gesellschaftlich und politisch in den Gemeinden aktiv und belebten das gesellschaftliche Leben. Enttäuscht zogen sich viele nach der Wende zurück. Nach der Umbenennung in PDS verschwand die SED dann von der politischen Bühne. Die aus den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 in der DDR hervorgegangene Regierung unter **Ministerpräsident Lothar de Maizière** strebte eine zügige Vereinigung an. Auch auf der Straße wurde seit Dezember massiv die Wiedervereinigung gefordert!

1.11.1 Das Ende des Zweiten Weltkrieges

Die Bundesregierung unter Kohl sondierte in Gesprächen mit den USA, Großbritannien, Frankreich und

der UdSSR die Möglichkeit einer evtl. Wiedervereinigung. Die Chance war einzigartig. Widerstände in Großbritannien und Frankreich wurden ausgeräumt, Widerstände in der UdSSR mit Geld und Versprechen (keine NATO-Truppen auf DDR-Gebiet, Abrüstung, Kredite, Kostenübernahmen) besänftigt.

Um die schnelle **Wiedervereinigung** nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD zu ermöglichen, wurden die 1952 aufgelösten Länder Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern neu gegründet. Diese beantragten die Aufnahme in die BRD. In einem Staatsvertrag wurde eine **Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** ins Auge gefasst.

Wirtschaftsunion

Eine Währungsunion ohne entsprechende Umgestaltung des DDR-Wirtschaftssystems kam für die Bundesregierung nicht in Frage. Marktwirtschaftliche Strukturen, freie Preisbildung und Privatisierung der Staatsbetriebe gehörten folglich zu den Begleiterscheinungen des Einigungsprozesses. Zum wichtigsten Förderinstrument des wirtschaftlichen Umbruchs sollte die bereits von der Modrow-Regierung am 1. März 1990 gegründete "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" werden, die der Umwandlung von Volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften dienen sollte.

Am 1. Juli 1990 übernahm die **Treuhandanstalt** 7.894 Volkseigene Betriebe mit den dazugehörigen umfangreichen Sozialeinrichtungen und Betriebsferienheimen und mit vier Millionen Beschäftigten, etwa 40 % aller Arbeitskräfte, sowie eine mehr als die Hälfte der DDR umfassende Grundfläche. Dazu gehörten auch Kraftwerke und Bergbauunternehmen, ausgedehnte Ländereien mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie Hotels und Gaststätten bis hin zum Zirkusbetrieb. Nur 2 % der Betriebe wurden als fähig eingeschätzt, rentabel zu arbeiten, 48 % hielt man für in diesem Sinne entwicklungsfähig, 25 % galten mit Abstrichen als sanierungsfähig, 21 % für stillzulegen nötig.

Die DDR war zu diesem Zeitpunkt nicht formal bankrott, wie heute häufig behauptet wird. Ein "Weiter so" war aber nicht denkbar. Die wirtschaftlichen Probleme hätten durch einschneidende Reformen behoben werden können. Renten und Gehälter waren gesichert. Die DDR war bis zum Schluss immer ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen und galt als zuverlässiger Handelspartner. Im Gegenteil, es waren große Positiva im Handel mit der Sowjetunion vorhanden. Aber das Volk hatte zu recht abgestimmt. Mit den Füßen. Erst nach der Wende lernten wir an Griechenland kennen, was ein bankrotter Staat ist.

Die Produktivität der DDR-Wirtschaft im Vereinigungsjahr lag bei ca. 70 % im Vergleich zur westdeutschen. Das Politbüro der DDR argumentierte immer mit der Größe von 80%, dabei muss von einem zu positiver Wert ausgegangen werden. Dies beruhte zu einem Gutteil auf einem Prunkstück der DDR-Sozialpolitik - dem Recht auf Arbeit als allgemeiner Beschäftigungsgarantie. Denn damit verbunden war eine Überbeschäftigung in vielen Betrieben und Verwaltungen und als Folge eine geringe Arbeitsmotivation und fast unüberwindliche Hindernisse für die Anpassung der Betriebe an veränderte Produktions- und Marktbedingungen. Der unmittelbare Übergang zur Marktwirtschaft auf allen Ebenen entpuppte sich daher für viele als Schockerlebnis.

Währungsunion

Nachdem der **Staatsvertrag** in der Volkskammer, im Bundestag und im Bundesrat angenommen war, wurde am 1. Juli 1990 die Mark der DDR abgeschafft und in die DM umgetauscht. Hierbei wurde, um eine stille Enteignungen der DDR-Sparer zu verhindern, ein Umtauschkurs von 1 zu 1 bis 2000 Mark pro Person (darüber 2 Mark zu 1 DM) verwirklicht.

Die DDR-Wirtschaft verlor 1990 schlagartig fast alle ihre Kunden. Die Inlandskunden, weil die DDR-Bürger nur noch Westwaren kaufen wollten. Man verlor auch viele Auslandskunden aus dem Osten, weil der sozialistische Wirtschaftsverbund RGW Anfang 1990 in Sofia beschloss, den internen Handel auf Devisen umzustellen. Daraufhin kauften die Ungarn lieber japanische als DDR-Autos. Und man verlor die westdeutschen Kunden, weil die DDR-Waren nicht mehr als Billigprodukte in den Kaufhäusern zur Verfügung standen, wenn die Löhne im Osten mit Westgeld bezahlt werden mussten. Die DDR-Wirtschaft brach zusammen und das Land wurde zu einem riesigen neuen Markt für die international operierenden Handelsketten. Die Arbeitslosigkeit stieg real (abzüglich der Fördermaßnahmen) auf über 30 % und war damit die höchste in ganz Europa.

Die Sozialunion

In Anbetracht der vielfältig einschneidenden Änderungen der Lebensverhältnisse ging es schließlich darum, den Ostdeutschen eine neue Form sozialen Halts zu verschaffen, da die überschaubare und geregelte bisherige Existenz zu Ende ging. Die Erwerbsquote von Frauen im arbeitsfähigen Alter lag in der DDR 1989 bei 81 % und damit weit über der in Westdeutschland. Sie wurde durch bezahlte Freistellung im Rahmen eines Babyjahres und durch ein weitreichendes Angebot an Kinderbetreuungsstätten gefördert. Akut besserungsbedürftig stellte sich unter DDR-Bedingungen vor allem die Lage von Rentnern, Invaliden, Behinderten und Hinterbliebenen dar, denen also, die nicht unmittelbar am Produktionsprozess beteiligt waren. Die Alten- und Invalidenrenten aus der Pflichtversicherung der DDR boten nicht mehr als eine Grundversorgung auf sehr niedrigem Niveau, die nur wegen der

hohen Subventionierung der Güter des Grundbedarfs nicht zur völligen Verarmung führte. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der DDR-Rentner lag 1983 nominal nur bei einem Viertel des westdeutschen Niveaus.

Mit der Übertragung des westlichen Rentenrechts stiegen die Ostrenten von 30 % bis 40 % des durchschnittlichen Arbeitseinkommens auf 70 % nach 45 Beitragsjahren. Auch führte die Sozialunion zu einer Übertragung der westdeutschen sozialen Sicherungssysteme auf die DDR, wobei hier übergangsweise einige günstigere Regelungen z. B. für Frauen erhalten blieben.

Neuordnung der Eigentumsverhältnisse

Da in der DDR kollektives Eigentum im Bereich der Wirtschaft, aber auch bei den Immobilien eine klare Vorrangstellung vor dem Privateigentum hatte, bedurften auch die Eigentumsverhältnisse in der DDR einer Neuregelung. Infolge der kollektiven und individuellen Enteignungen war in der DDR eine Lage entstanden, in der nicht nur die Eigentumsverhältnisse schwer durchschaubar waren, sondern auch die Eigentumsrechte selbst weitgehend ihre alte Bedeutung verloren hatten. Rechte am Grundstück und an dem darauf stehenden Gebäude fielen oft auseinander, ohne dass dies klar erkennbar war. Auch die Grundbücher wurden meistens nur noch unzulänglich geführt. Da es bei diesen Verhältnissen im vereinten Deutschland nicht bleiben konnte, stellte sich das Problem, wie mit den in der ostdeutschen Vergangenheit erfolgten entschädigungslosen Enteignungen umzugehen sei. Es gab zwei Phasen der Enteignungsmaßnahmen: die Phase der sowjetischen Besatzungshoheit 1945 bis 1949 und die Zeit der sowjetisch gestützten SED-Herrschaft in der DDR 1949 bis 1989.

Eine differenziertere Lösung wurde für die 40 Jahre DDR-Geschichte zwischen 1949 und 1989 angestrebt. Dabei ging es um Enteignungen mit nur minimaler Entschädigung, um beschlagnahmte Immobilien und Vermögen von DDR-Flüchtlingen sowie um in Westdeutschland lebende Grundeigentümer, die ihre Liegenschaften durch Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung ebenfalls an den Staat verloren hatten. Den vormaligen Eigentümern standen nun eine große Zahl gutgläubiger Besitzer von enteigneten oder unter Zwangsverwaltung stehenden Grundstücken gegenüber, die darauf mit behördlicher Duldung neue Gebäude errichtet bzw. alte gekauft und instand gehalten oder umgebaut hatten.

Die **Privatisierung der volkseigenen Betriebe** und die damit verbundene Veränderung der Arbeitswelt war einer der prägenden Einschnitte in der DDR. Auf Erfahrungen hinsichtlich der Überführung einer Zentralen- bzw. Planwirtschaft in marktwirtschaftliche Strukturen konnte nicht zurückgegriffen werden. Die Treuhand-Führung verschrieb sich anfangs der Devise: „Schnell privatisieren – entschlossen sanieren – behutsam stilllegen“. Später wurde nur noch zu Schleuderpreisen privatisiert (oft für eine symbolische Mark). An verlässlichem Wissen über die ostdeutsche Wirtschaft mangelte es. Für eine sorgfältige Bestandsaufnahme war keine Zeit. Auch wenn die DDR-Wirtschaft am Ende auf Verschleiß fuhr, bildeten Betriebe und Kombinate auch erhebliche Werte, die nach der Wende privatisiert werden mussten. Die Treuhandanstalt war nun verantwortlich für vier Millionen Arbeitnehmer und 14.000 DDR-Betriebe.

In der DDR vollzog sich die größte **De-Industrialisierung** der Geschichte. Und mit der Wirtschaft stehen und fallen ganze Regionen. Investoren und Käufer der volkseigenen (letztendlich staatlichen) Wirtschaft kamen zu über 95 % aus dem Westen des Landes und aus dem Ausland. Nur wenige Ostdeutsche werden die Herren über die Betriebe. Die Altlasten (Umweltschäden, Sanierungen, Pensionen, Sozialeinrichtungen der Betriebe) wurden dem Staat übergeben.

Dem zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland im September 1990 ausgehandelten **Einigungsvertrag** stimmte der Bundestag nach heftigen Kontroversen am 20. September 1990 zu, sodass der **Beitritt zur Bundesrepublik** zum **3. Oktober 1990** wirksam werden konnte. Nach über 40 Jahren der Teilung war Deutschland wieder vereint. Durch den Einigungsvertrag unterwarf sich die DDR der bestehenden Rechtsordnung der BRD. In fast allen Bereichen übernahm die DDR im wiedervereinigten Deutschland widerspruchsfrei das Rechtssystem und die Rechtsordnung der BRD. In der DDR musste damit eine neue Wirtschafts- Finanz- und Rechtsordnung eingeführt werden. Der Einigungsvertrag regelte insbesondere die Eigentumsverhältnisse der Immobilien in der DDR.

Damit wurde der Zweite Weltkrieg formell ohne Friedensvertrag beendet.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 wurden wir zum zweiten Male in unserem Leben Zeuge eines bedeutenden weltgeschichtlichen Ereignisses. Unterschwellig hatte unsere Generation diese Wiedervereinigung erhofft, denn die ältere Generation war in einem geeinten Deutschland geboren, aber daran geglaubt haben nur wenige.

40 Jahre DDR wurden rückabgewickelt!

Die Maßnahmen der davor liegenden vierzig Jahre UdSSR-Besatzung wurden nicht rückabgewickelt! Alles Staatseigentum der DDR ging in den Besitz der BRD über, auch alle Schulden und Verbindlichkeiten. Der deutsch-deutsche Einigungsprozess wurde von Verhandlungen der vier Siegermächte

und der beiden deutschen Staaten (2+4-Verhandlungen) begleitet, um eine Einbettung in ein europäisches Sicherheitskonzept zu erreichen. Der **2+4-Vertrag** regelt die Wiedervereinigung aus der Sicht der Sieger des Zweiten Weltkrieges.

Der deutsche Bundestag (8. November 1989 und 8. März 1990) und die Volkskammer der DDR verbriefen die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze. Rechte Gruppen bekämpfen diese Entscheidung, um die sich die Regierung Kohl gerne gedrückt hätte. Mit der Ratifizierung der Grenzankennung ist die letzte Hürde zur Souveränität Deutschlands und zur Wiedervereinigung gefallen.

Die Volkseigenen Betriebe verschwanden. Die Belegschaft einschließlich der SED-Leitungskader wurde arbeitslos. Interessenten aus dem Westen übernahmen Immobilien, gut ausgebildete Fachleute und Absatzmärkte (ausführlich sind diese Vorgängen in [1.73] dargestellt). Die LPG wurden aufgelöst und die Bauern erhielten ihr Land zurück. Einige Bauern versuchten ihr Glück wieder allein oder verpachteten ihr Land. Andere versuchten ihr Glück gemeinsam in einer Genossenschaft, wie der **Agrargenossenschaft Osterzgebirge e. G.** mit Sitz in Börnersdorf, der **Agrargenossenschaft Bielatal e. G.** mit Sitz in Langenhennersdorf und der **Agrargenossenschaft Gottleuba e. G.** mit Sitz in Bad Gottleuba.

Zunehmend warnten aber Agronomen, vor der rein gewinnorientierten extensiven Landwirtschaft. Die Folge von Monokulturen (z. B. Raps), Überdüngung und die chemische Unkrautbekämpfung ohne Bodenbearbeitung führt zu einer Auslaugung der Böden und zur Insektenvernichtung.

Das ganze Ausmaß des dramatischen Umsturzes der Arbeits- und Lebenswelten der Bürger in den neuen Bundesländern wurde 10 Jahre nach der Wende daran deutlich, dass nur noch 30% der Erwerbstätigen die gleiche Tätigkeit ausübten wie 1990. Für 42 % änderte sich die Erwerbstätigkeit grundlegend. Es ist dabei auch zu berücksichtigen, dass bei allen Mängeln und Problemen die DDR-Betriebe nicht nur Orte der Erwerbstätigkeit, sondern zugleich gesellschaftliche und individuelle Kommunikationszentren waren. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wurde offiziell nach 10 Jahren mit etwa 20% ausgewiesen. Wenn man jedoch die Unterbringung von Arbeitssuchenden in Weiterbildungs- und AB-Maßnahmen berücksichtigt, beträgt sie 32 %. In keinem Land der EU gab es eine solche Arbeitslosenrate. Selbst in Polen, Tschechien und Ungarn wurden nur 8 bis 15 % ausgewiesen.

Ein Teil der Arbeitskräfte wurde mit dem Rückbau der Anlagen beschäftigt, die er aufgebaut hatte, wie mein Bruder in Leuna die Petrolanlage. Glückspilze erwarben ihre alten mittelständischen Betriebe, Land und Häuser zurück. Einigen wenigen gelang es, ein neues Geschäft aufzubauen. Doch zu viele junge gut ausgebildete Fachleute zogen nach den alten Bundesländern, wo es noch Arbeit gab und guten Lohn. Das in der Vergangenheit hoch industrialisierte Land Sachsen mutierte zum Agrarland ohne große Industriestandorte. Für die Firmen in den alten Bundesländern war es günstiger, die Produktion mit den neuen, gut ausgebildeten Fachleuten auszubauen, als in den neuen Bundesländern die Betriebe zu modernisieren. Aus diesen Betrieben verschwand alles Brauchbare auf dem Markt, die Gebäude verfielen und wurden nach und nach abgerissen. Das war die Normalität und Ausnahmen waren die Regel. Es tauchten überall Berater und Unterstützer mit dem Ziel auf, von dem Kuchen der DDR noch einige Rosinen zu erhaschen. Mit Versprechungen und unsauberen kriminellen Methoden wurden von den nicht auf diese Bedingungen vorbereiteten Bürgern die letzten Mittel ergaunert und der Staat um Unsummen Fördermittel erleichtert. 80 % der Fördermittel gingen über Aufträge in die westdeutschen Betriebe. Anspruchsvolle Arbeitsplätze entstanden dauerhaft nur im Westen. Die Abwanderung von jungen und gut ausgebildeten Arbeitkräften hielt an. Der Osten wurde entvölkert und vergeist.

Hinzu kam, dass aus ideologischen Gründen die gesamte Elite, also Personen mit Hoch- und Fachschulbildung, die notwendigerweise auch unter realsozialistischen Bedingungen in den Führungspositionen des Staates und der Gesellschaft tätig waren, ab der untersten Führungsebene (Abteilungsleiter) aufgrund einer verbindlichen Weisung aus Bonn spätestens mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages II zur Herstellung der deutschen Einheit, aus ihren Positionen entfernt wurden. Dadurch wurden natürlich Sachverstand, Erfahrungen und geistiges Potential in Größenordnungen eliminiert, die Gesellschaft wurde im übertragenem Sinn enthauptet. Während in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik die Führungspositionen in Staat und Gesellschaft hauptsächlich von Juristen Volks- und Betriebswirten ausgeübt werden, wurden sie in den neuen Ländern vor allem von Pfarrern, Kinderärzten und Tierärzten besetzt. Das ging bis zu den Bürgermeistern kleiner Gemeinden. So kam es z. B., dass in vielen Gemeinden den neuen Verantwortlichen durch Vertreter und Lobbyisten völlig überdimensionierte Wasserversorgungs- und Abwassersysteme aufgeschwatzt wurden und dadurch Hunderte Millionen DM in den Sand gesetzt oder die Verschuldung von Gemeinden mit Zinsen und Rückzahllast in die Höhe getrieben wurden.

Die Presse viel wie die Geier über das ahnungslose Volk her. Schreiber die nie hier waren, selbst ernannte Bürgerrechtler, die auf eine Karriere hofften, schilderten, wie wir gelebt hatten und was wir falsch gemacht hatten. Der Osten hatte keine Stimme und keine eigene Führungselite mehr. Beides kam mehrheitlich aus den alten Bundesländern.

1.11.2 Das neue Bildungssystem

In der DDR gab es ein einheitliches **Bildungssystem**, welches trotz der vielen politischen Unzulänglichkeiten und Zwänge gute Ausbildungsergebnisse aufwies. Alle Berufsabschlüsse der DDR wurden international kritiklos anerkannt und deren Qualität gelobt.

Unabhängig davon wurde nach 1990 das dreigliedrige Schulsystem der BRD kritiklos in den neuen Bundesländern eingeführt. Da bei der Ausbildung die 16 Bundesländer die Hoheit haben, gibt es auch 16 Schulsysteme mit ca. 2500 Lehrplänen und 100 Schultypen. Ändert sich in einem Land die Regierung, so hat das oft auch Auswirkungen auf die Ausbildung. In Deutschland wird jeder Umzug in ein anderes Bundesland zu einem Problem für die Schüler und damit auch für die Eltern, besonders nach der Grundschule. Die Einschulung erfolgt teilweise mit sechs und teilweise mit sieben Jahren. Die Abschlüsse sind in der Regel nicht vergleichbar. Über ein einheitliches "Zentralabitur" wird seit Jahren gestritten, was dazu führt, dass die Universitäten den Abiturienten einiger Länder Übergangskurse für die Zulassung zum Studium vorschreiben. Für Sachsen waren die Systeme von Bayern und Baden-Württemberg das Vorbild. Von diesen Ländern kam bei der Umstellung auch viel Hilfe. An die vierjährige **Grundschule** schließen sich in Sachsen die **Oberschule** (mit den Klassen 5 bis 9 oder bis 10) und das **Gymnasium** (mit den Jahrgangsstufen 5 bis 12) an. **Hauptschule** und **Realschule** sind in Sachsen zur **Oberschule** zusammengefasst.

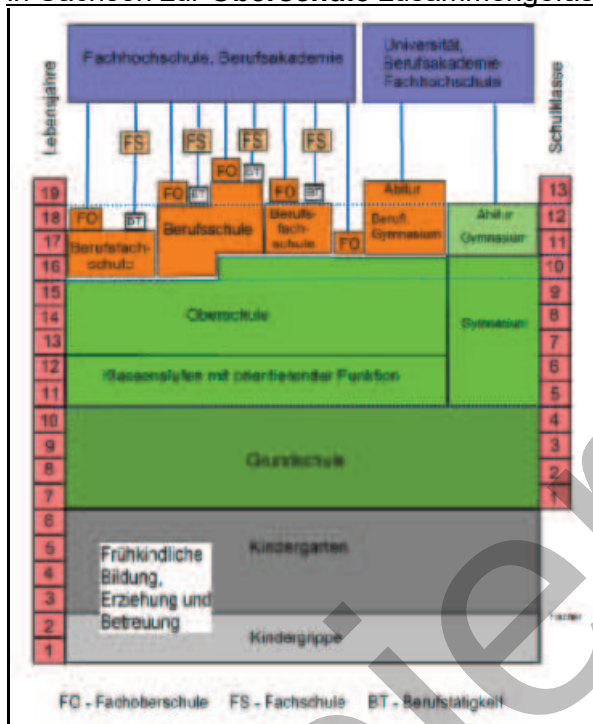


Abb. 1.11.1: Das BRD-Schulsystem für Sachsen stark vereinfacht und vereinheitlicht im Überblick

Damit entsteht aber keine neue Schulart. Die Kinder und Jugendlichen können wie bisher den Haupt- oder Realschulabschluss erwerben. Allerdings wird das Angebot an den Schulen erweitert, vor allem um den Schülern einen Wechsel zum Gymnasium nach der 6. Klasse zu ermöglichen. Außerdem wird von der 6. Klasse an eine zweite Fremdsprache angeboten. Zudem soll die Berufs- und Studienorientierung an den Schulen verbessert werden. Die Gymnasien in Sachsen beginnen mit der Jahrgangsstufe 5. Die Mittelstufe am Gymnasium umfasst die Jahrgänge 5 bis 9. Mit der Versetzung in die 10. Klasse wechseln die Schüler in die Einführungsphase. Die gymnasiale Oberstufe führt nach der 12. (bzw. 13.) Klasse zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife, also des Abiturs. Die Klassen 5 und 6 dienen den Schülern sowohl an der Mittelschule als auch am Gymnasium zur Orientierung. Die Lehrpläne beider Schulformen sollten in diesen zwei Jahrgangsstufen so aufeinander abgestimmt sein, dass ein unkomplizierter Wechsel von der einen zur anderen Schulart möglich ist. Die Abbildung 1.11.1 versucht das unverständliche Durcheinander zu veranschaulichen. Jedes Bundesland zelebrierte seine Hoheit. Die Neubürger der BRD fühlten sich in die Kleinstaaterei des 18. Jh.s zurückversetzt.

1.11.3 Hochwasser 2002

Im August des Jahres 2002 wurde Sachsen wieder vom **Hochwasser** heimgesucht. Auf Grund der bisher nicht gekannten Ausmaße wird es oft als **Jahrhunderthochwasser** bezeichnet, obwohl das Jahrhundert gerade zwei Jahre alt war.

Am Montag, dem 12. August, begann das Sintflut-Drama im Erzgebirge und mittags wurde Katastrophenalarm ausgelöst. Kleine Bäche wurden zu reißenden Strömen und spülten Landstraßen, Eisenbahnverbindungen und Häuser weg. Besonders die kleinen Flüsse Weißeritz und Müglitz vernichteten alles, was sich ihnen in den Weg stellte. Die Talsperre Malter lief 20.15 Uhr über und die Talsperre Klingenberg 4 Stunden später. Über Glashütte brach ein Rückhaltebecken. Die Zeit reichte nicht, um die darunter liegenden Gemeinden und Städte zu warnen. Die Flut hatte teilweise eine Höhe von 3 m. Es dauerte unbegreiflicher Weise Stunden, bis die Nachricht von der Katastrophe nach außen drang. Retter kamen nicht in das Katastrophengebiet, die Betroffenen kamen nicht raus.

Am Freitag, dem 16. August, 6 Uhr meldet das Radio einen Elbpegel von 8,85 m. Damit ist die höchste urkundlich belegte Marke von 8,77 m übertroffen. Wir waren in unserer Wohnung in Dresden geblieben und saßen in einem Grundrundstück. Rings herum war stinkendes Wasser und Ruhe. Die Familien waren evakuiert worden, aber wir waren geblieben. Dadurch fehlen dem Chronisten auch die sensationellen Bilder. 10 Uhr kam das Technische Hilfswerk mit Schwimmfahrzeugen durch die Straßen geprescht. Hinter ihnen zerstören die Wellen die Scheiben in den Wohnungen - klick - klick - die Presseleute saßen wie die Eroberer oben auf und schwenkten Kameras und Mikrophone. Trotz der Warnungen der eingeschlossenen Einwohner fuhren sie über die versunkenen Autos, die Lieblingskinder ihrer Besitzer.



Abb. 1.11.2: Die historische Innenstadt von Dresden am 17. August. Rechts unten liegt unsere Wohnung.



Abb. 1.11.3: Blick aus dem Wohnungsfenster. Im Hintergrund der Zwingerteich mit der Semperoper.



Abb. 1.11.4: Unser Mercedes taucht am 19. wieder auf.



Abb. 1.11.5: Blick in die Herta-Lindner Straße.



Abb. 1.11.6: Am Brunnen wurde schon sauber gemacht.



Abb. 1.11.7: An der Straße türmte sich der Müll.

Im Bereich der Gottleuba hielt sich der Schaden in Grenzen, dank des umfangreichen Hochwasserschutzsystems, welches von der DDR nach dem Hochwasser 1957 gebaut wurde.

Der Aufbau Ost wurde in 24 Stunden weggespült. Aber die gesamtdeutsche Solidarität erreichte eine ungeahnte Dimension, und wenige Jahre nach der Naturkatastrophe waren die verwüsteten Bereiche schöner als je zuvor wieder aufgebaut.

1.11.4 Eine neue Erscheinung - Kriminalität und Drogen

Eine Erscheinung, die nur indirekt mit der Wiedervereinigung zu tun hatte, war die Verunsicherung der Bevölkerung in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien durch die **grenzüberschreitende Kriminalität**. Besonders nach dem Beitritt dieser Länder zu dem **Schengener Abkommen**, nahmen Einbrüche, Autodiebstahl und Drogenkriminalität Formen an, die die Bevölkerung verunsicherte. Allein im Jahre 2011 wurden z. B. im Stadtgebiet Dresden über 1000 und im Kreisgebiet Pirna 287 PKW gestohlen und verschwanden auf Nimmerwiedersehen über die nahen Grenzen. Serien und Mehrfacheinbrüche besonders bei Handwerkern und auf Baustellen führten dazu, dass Versicherungen kündigten und Handwerker in die Insolvenz gingen.

Der spektakulärste Diebstahl ereignete sich in der Nacht zum 15. Oktober 2012. Aus dem Hof eines Transportunternehmens in Berlin-Hoppegarten verschwanden drei Transporter. In einem befanden sich 12 Leichen, die im Auftrage von Beerdigungsunternehmen eingäschert werden sollten. Eine Woche später wurden von Pilzsammlern in einem Wäldchen bei Poznan die 12 ungeöffneten Särge wiedergefunden. Der Diebstahl erregte starkes öffentliches Aufsehen und ging als Meldung durch die internationale Presse. Die Autodiebe wurden durch den entstandenen enormen Fahndungsdruck wenig später verhaftet und die Leichen zurückgeführt.

Im Raum Bad Gottleuba-Berggießhübel waren die Verhältnisse noch günstig, denn in dem ehemaligen Waldlager in Zwiesel befand sich ein Stützpunkt der Bundespolizei. Durch einen massiven Einsatz der Polizei konnte ein weiteres Ansteigen besonders der KFZ-Diebstähle im Jahre 2012 verhindert werden. Diese Problematik verunsichert die hiesige Bevölkerung besonders dadurch, weil es in der Region in der Vergangenheit kaum eine nennenswerte Kriminalität gegeben hatte. An ein Abschließen von Haustüren oder Anschließen von Fahrrädern dachte damals kaum jemand.

Ein kleines emsiges Tierchen ist zum Synonym einer besonderen, neuartigen Form der Kriminalität geworden: die Ameise. Das große Krabbeln, das die Polizei mit Sorge beobachtet, setzte vor allem über die tschechisch-deutsche Grenze ein. **Ameisenhandel** nennen Ermittler die derzeit praktizierte Art des Drogenschmuggels. Süchtige, Dealer und andere Kriminelle transportieren illegal auf vielen Fahrten stets kleine Mengen Drogen. Laut Sachsens Innenminister sind Rauschgiftdelikte jener Teil der Kriminalität, der im ersten Halbjahr 2012 am stärksten zugenommen hat³⁴. Die chemische Droge Crystal wird häufig von Laien hergestellt. Wie sich aus der polizeilichen Ermittlungsarbeit ergab, liegen diese Drogenlabore wie an einer Perlenkette aufgereiht in Tschechien nahe der bayerisch-sächsischen Grenze.

1.11.5 Finanzkrise

Für die **weltweite Finanzkrise ab August 2007** war der Ursprung die Insolvenz des Bankhauses Lehman Brothers. Die Folgen dieser Insolvenz blieben nicht auf die USA begrenzt, sondern weiteten sich zu einer globalen Finanzkrise aus, die zeitweise den Bankenhandel weltweit beinahe zum Erliegen brachte. Diese Krise war auch verantwortlich für die Eurokrise, die von zahlreichen Bankenrettungen begleitet war. Viele Staaten haben für die Finanzwirtschaft spezifische Rettungspakete beschlossen. In Deutschland wurde deshalb im Oktober 2008 der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung gegründet, der staatliche Garantien, Eigenkapitalstärkungen oder Risikoübernahmen bis zur Höhe von Euro 470 Mrd. anbietet. Dazu gehört auch die Gründung von "Bad Banks", also Zweckgesellschaften, in die hochriskante Wertpapiere eingebracht werden. Durch eine Bilanzpolitik, die eine Isolierung der "Bad Bank" aus dem Konzernabschluss der bilanzverkürzenden Bank anstrebt, kann die Trennung vom hohen Risiko vollzogen werden, sodass eine "gesunde" Bank übrigbleibt. Für Deutschland werden damit die Spareinlagen der Bevölkerung abgesichert. In der Eurozone kam es ab April 2010 zusätzlich zur **Griechenlandkrise**, die sich als tiefgreifend herausstellte. Diese Krise ist Ende 2017 noch nicht überwunden.

1.11.6 Hochwasser 2013

Das **Hochwasserkatastrophenfrühjahr 2013** beruhte auf einem Wetterphänomen, das ganz Mitteleuropa betraf und zu riesigen Hochwasserschäden führte. Der Mai aber war gebietsweise der niederschlagsreichste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Ein Tiefdruckkomplex hatte sich in der letzten Mai-Dekade über Mitteleuropa ausgebildet, unmittelbar gefolgt von einer abnormalen Wetterlage mit Tiefkernen in den ersten Junitagen 2013. Sehr feuchte Luft floss in weitem Bogen über Schwarzes Meer und Zentralosteuropa nach Mitteleuropa. Tief Frederik, das für das Hauptereignis sorgte, hatte sich im östlichen Adriaraum entwickelt, war nordwärts gezogen und verharnte längere Zeit über den Ostalpen. Gegen Ende des Ereignisses kehrte es sogar seine Richtung um und wanderte in den oberen Adriaraum zurück. Blockiert wurde die Lage auch durch ein mächtiges Weißmeer-Hoch, das zeitgleich in Nordskandinavien für eine Hitzewelle und Waldbrandwarnungen sorgte (33 °C Startbyn in Schweden am Polarkreis, 31 °C Helsinki, Finnland). Diese meteorologische Konstellation bestimmte das Wetter über Wochen. Enorme Niederschläge, örtlich bis zu 400 mm in vier Tagen, gab es im Nordstau der Alpen und auch im Erzgebirge. Die gesättigten Böden und die gefüllten Überflutungspuffer konnten kaum Wasser aufnehmen. Laut Berechnungen des Deutschen Wetterdienstes sind alleine in den betroffenen Bundesländern Bayern, Sachsen, Thüringen und Hessen in vier Tagen zwischen 30. Mai und 2. Juni insgesamt 13,4 Milliarden Kubikmeter Niederschlag gemessen worden. Das Ereignis wurde als hundertjährliches Extremereignis eingestuft. Die Rekordwerte aus den Jahren 2002 und 2005 wurden im Alpen- und Donaauraum an vielen Messstellen übertroffen, teils auch die des Donauhochwassers 1954, das als das schwerste des 20. Jh.s gilt. Auch das Hochwasser im Elbegebiet 2002 wurde mindestens ab dem Pegel Dessau flussabwärts übertroffen. Einen besonderen Spitzenwert erreichte das Hochwasser in Passau in Bayern. Dort wurde am

³⁴ Möckel, Thomas: Wie schlimm der Drogenhandel an der Grenze blüht. Sächsische Zeitung vom 12.9. 2012

Pegel Passau die 12,89 m Marke erreicht, 69 cm höher als 1954. Für das bisher höchste bekannte Hochwasser am 15. August 1501 wird ein Wasserstand von 12,70 Metern angegeben. Damit liegt es dort im Bereich eines 500- bis 1000-jährlichen Ereignisses.



Abb. 1.11.8: Der Pirnaer Markt am 7. Juni 2013.
Foto: Internet, Wikipedia



Abb. 1.11.9: Ein Eindruck von dem Hochwasser der Elbe in Sachsen-Anhalt im Juni 2013. Foto: Internet, Wikipedia

In Deutschland hatte das Hochwasser vor allem die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen betroffen. Verbreitet musste Katastrophenalarm ausgerufen werden, vor allem in Bayern, Sachsen und Thüringen. Die Bundeswehr war seit dem Morgen des 3. Juni 2013 an zahlreichen Orten mit über 19.000 Soldaten und Reservisten im Einsatz. Die regionalen Feuerwehren entsandten in der ersten Juni-Woche knapp 43.500 Einsatzkräfte in die betroffenen Gemeinden, auch aus anderen Bundesländern wurde diesen Gemeinden im größten Feuerwehreinsatz der Bundesrepublik große Unterstützung gegeben. Bis zum 9. Juni 2013 wurden über 75.000 Feuerwehrleute eingesetzt. Auch das Technische Hilfswerk war in allen Hochwassergebieten zwischen Bayern und Mecklenburg-Vorpommern im Einsatz. Besonders vom Hochwasser betroffen war zunächst vor allem Westsachsen. Hier erreichten die Freiburger und Zwickauer Mulde, die Pleiße und die Weiße Elster die Warnstufe 4. Teile der Gemeinden Colditz, Döbeln, Grimma, Trebsen und Bennewitz sowie der Zwickauer Ortsteil Schlunzig wurden evakuiert. In Eilenburg wurde die Innenstadt evakuiert, etwa 7000 Menschen, anderweitig untergebracht.

Die Talsperren Pirk und Eibenstock liefen am 2., einige weitere Talsperren und Speicherbecken im Vogtland, Mittleren Erzgebirge, Oberen Elbtal und der Oberlausitz am 3. Juni 2013 über. In Sachsen wurde nach Überschreiten der Hochwasserstufe 4 in den Städten Chemnitz, Leipzig und Dresden sowie in weiteren sieben Landkreisen des Freistaates Katastrophenalarm ausgelöst. Während in Aue der Hochwasserschutz noch ausreichte, waren fast alle muldeabwärts gelegenen Ortschaften vom Hochwasser betroffen. Teile von Wilkau-Haßlau, Zwickau, Glauchau, Wechselburg, Rochlitz, Colditz und Grimma standen unter Wasser. Auch Döbeln an der Freiburger Mulde sowie Chemnitz, Flöha und Frankenberg an den Nebenflüssen waren erheblich betroffen.

Verzögerungen durch Prozesse und Bürgerproteste haben vielerorts dazu geführt, dass die als Folge aus dem 2002-Hochwasser geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen (noch) nicht umgesetzt waren. Am Nachmittag des 3. Juni erreichten auch die Pegelstände der Elbe in Schöna und Riesa sowie die Große Röder in Großdittmannsdorf und die Lausitzer Neiße in Görlitz die Hochwasserwarnstufe 4. Entlang der Elbe wurden die Orte Königstein (Sächsische Schweiz), Schmilka und Postelwitz sowie Gohlis, ein Vorort von Dresden, evakuiert. Der Elbpegel in Schöna stieg weiter an und am 4. Juni um 12 Uhr wurde die Neun-Meter-Marke überschritten. In Dresden stand die Elbe über acht Meter hoch, hier waren viele elbnahe Stadtteile wie Pillnitz, Laubegast und Gohlis von Überschwemmungen betroffen. Die Städte Königstein und Pirna sowie Teile von Radebeul und die Altstadt von Meißen wurden überflutet. Am 5. Juni mussten in Nordsachsen wegen eines überlaufenden Sees mehrere Dörfer zwangsevakuiert werden. Zur Entlastung des Seelhausener Sees wurden an der Mulde bereits zwei Dämme gesprengt, um ein weiteres Volllaufen sowie eine Überschwemmung des ungeschützten Bitterfeld zu verhindern. Das Überschwemmungsgebiet hatte die Fläche des Bodensees.

Nach dem Überlaufen eines Dammes wurden im Ortsteil Gohlis zudem knapp 600 Menschen in Sicherheit gebracht. Der Scheitelwert der Elbe in Dresden wurde am Mittag des 6. Juni mit 8,76 m erreicht. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mussten über 11.000 Menschen in Sicherheit gebracht werden, als am Pegel Schöna an der Grenze zur Tschechischen Republik die Marke von zehn Metern überschritten wurde. In den Morgenstunden musste zudem die Bahnstrecke Děčín–Dresden-Neustadt zwischen Dolní Žleb und Heidenau für den Bahnverkehr gesperrt werden. Im Hafen Děčín lösten sich mehrere Gastanks und Verladecontainer, die zum Teil auch unter der Wasseroberfläche elbabwärts trieben. Starke Niederschläge hatten am 9. Juni insbesondere in Ostsachsen Flüsse und Bäche sprunghaft ansteigen lassen. In Langenhennersdorf überflutete der

Dorfbach die Straße und machte den Langenhennersdorfer Wasserfall zu einem Naturwunder. Das einzig gute bei der Katastrophe für die Autoren war, dass sie im Gegensatz zum Hochwasser 2002 durch die Hochwasserschutzbauten in der Dresdner Altstadt von der Überflutung verschont blieben. Vorsorglich war z. B. unser Keller schon ausgeräumt und das Auto in Sicherheit gebracht worden. Aber alles blieb trocken und mit ein paar Späßchen wurde eine Woche später alles wieder eingeräumt. Auch das Gottliebatal kam dank des Hochwasserschutzsystems der DDR mit einem blauen Auge davon.

Es ist unbestritten, mit der Marktwirtschaft ist unser Umfeld schöner und lebenswerter geworden. Dörfer und Städte haben sich herausgeputzt und die DDR-Bürger entdecken ihre Heimat neu. Es ist zwar interessant, fremde Länder zu erkunden, aber es gilt auch die alte Weisheit: "in der Heimat ist es am Schönsten".

1.11.7 Flüchtlingskrise 2015

Mitten in der noch nicht gelösten Finanzkrise und der Griechenlandkrise wurde das Land im Jahre 2015 infolge des Syrienkrieges mit nicht enden wollenden Flüchtlingsströmen konfrontiert, die nicht aufzuhalten waren, da die östlichen Nachbarn gegen EU-Recht, die die ungebremsste Durchreise der Flüchtlinge ermöglichten. Im Jahr 2015 erfolgte die Erstregistrierung von ca. 890.000 Schutzsuchenden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das "wir schaffen das" von Frau Merkel wurde als Einladung aufgefasst. Seit der weitgehenden Schließung der Westbalkanroute und dem EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 kamen im Monatsdurchschnitt deutlich weniger Asylsuchende nach Deutschland. Ihre Zahl ging im Jahr 2017 auf das Niveau von 2014 zurück und sank im ersten Halbjahr 2018 weiter. Die Belastung durch "Flüchtlingskosten" für den Bundeshaushalt wurde z. B. für 2016 mit 21 Milliarden Euro angegeben.

Lange hatten wir uns der Illusion hingeben können, das Flüchtlingsthema ging uns nichts an. Flüchtlinge? Das waren anonyme Massen, Afrikaner, die irgendwo am Mittelmeer strandeten, wenn sie die Odyssee auf ihren Nussschalen überhaupt überstanden. Das Sterben wurden lauter, aber es drang nicht richtig zu uns herüber. Die Innenminister der EU-Staaten jedenfalls hörten es nicht. Wochenlang feilschten sie um jeden Flüchtling. Der Verteilungskampf um Quoten sorgte für böses Blut. Italien und Griechenland waren das erste Ziel der Flüchtlinge und forderten deren Verteilung auf die EU-Länder. Die betroffenen angrenzenden Länder schlossen jedoch ihre Grenzen. Nach den Syriern, Irakern und Afghanen, die dem Bürgerkrieg entflohen, kam eine unübersehbare Anzahl von Wirtschaftsflüchtlingen besonders aus Nordafrika. Es wurden mehr und mehr. Und es kamen auch unkontrolliert Kriminelle ins Land, die infolge der fehlenden Grenzkontrollen untertauchen konnten. Hier erwies sich die Kleinstaaterei und der Personalabbau in der Verwaltung, in der Justiz und bei der Polizei der Bundesrepublik als tödlich. Erfassungsunterlagen und Täterkarteien wurden nicht bundeseinheitlich geführt und damit konnten sich Eingereiste mehrfach erfassen lassen, damit finanzielle Unterstützung erhalten oder untertauchen. Wenn Kriminelle global handeln, müssen Länder und Staaten das vorausschauend erst recht tun. Die Anstrengungen von Frau Merkel, Kriminelle und Wirtschaftsflüchtlinge in ihre Herkunftsländer abzuschieben, scheiterten an den Regierungen der Herkunftsländer, oder im Falle von Libyen, wo keine Ansprechpartner da waren.

Damit wir nicht falsch verstanden werden, die Bürger der neuen Bundesländer sind durchaus bereit, bedürftige Flüchtlinge aufzunehmen, sie haben aber absolut kein Verständnis dafür, dass die Einwanderung unkontrolliert erfolgt und die Hilfe von Kriminellen ausgenutzt wird. Nach den Flüchtlingen kam der Familiennachzug. Allein im Jahre 2016 kamen 300.000 Personen zu uns. Die Eltern hatten einfach ihre minderjährigen Kinder in die Züge gesetzt und nach Deutschland geschickt. Die EU-Staaten waren nicht in der Lage, elementare Regelungen an der europäischen Außengrenze umzusetzen. Wir können die Zäune noch so hoch machen, sie werden das Problem nicht lösen.

1.11.8 Coronakrise 2019

Die Faust der Corona-Pandemie traf die Weltwirtschaft und die Gesundheitseinrichtungen 2020 völlig unvorbereitet, obgleich Wissenschaftler schon seit Jahren vor einer Pandemie gewarnt hatten. Als meine Schwester vor Weihnachten 2020 auf einen kurzen Besuch bei uns in Dresden vorbeikam und uns begrüßte, war ihre erste Reaktion: "Wir waren erschrocken, als wir bei unserer Anreise die normalerweise von Touristen und Autos überflutete Dresdner Innenstadt absolut verlassen vorfanden." Wir selbst hatten diese Auswirkung nicht mit vollem Bewusstsein zur Kenntnis genommen.

Am 31. Dezember 2019 wurde der Ausbruch einer Lungenentzündung mit unbekannter Ursache in Wuhan in China erstmalig offiziell bestätigt. Verursacht wird die Erkrankung durch eine Infektion mit dem bis dahin unbekannten Coronavirus SARS-CoV-2. Im Januar 2020 entwickelte sich die Krankheit zur Epidemie in China und breitete sich in Asien mit hoher Geschwindigkeit aus.



Abb. 1.11.10: Situation im Dresdener Zwin-
ger Ende 2020. Foto: M. Schröder.

Am 13. Januar 2020 trat in Thailand die erste durch einen Labortest bestätigte Corona-Infektion außerhalb von China auf, außerhalb Asiens erstmals am 23. Januar 2020 in den USA. Am 23. Februar 2020 wurden die ersten beiden Europäer Opfer der COVID-19-Pandemie in Italien. Zu diesem Zeitpunkt war diese Krankheit weit weg und wurde von uns kaum wahrgenommen.

Mitte März 2020 gab es dann die meisten Infektionsfälle in China, Italien, Spanien, im Iran, in Deutschland, Frankreich und den USA. Um einer Ausbreitung in Staaten ohne leistungsfähige Gesundheitssysteme entgegenzuwirken, wurde die Corona-Pandemie von der **Weltgesundheitsorganisation (WHO)** am 11. März 2020 offiziell zu einer **weltweiten Pandemie** erklärt.

Ende 2020 hatte die Pandemie nahezu 1,5 Millionen Tode und 150 Millionen Infizierte gefordert. Die Dunkelziffer ist durch fehlende Meldungen in abgeschnittenen Gebieten dabei viel höher. Die Coronakrise ist ein warnendes Beispiel für die rasche Ausbreitung einer Krankheit in einer vernetzten und globalisierten Welt.

1.11.8.1 Gefährlichkeit der Krankheit

Die Krankheit **COVID-19** und der **Krankheitserreger SARS-CoV-2** waren vorher nicht bekannt. Im Verlauf des als Epidemie eingestuften Ereignisses mussten daher zunächst wesentliche Erkenntnisse über die Krankheit gewonnen werden. Dies betraf den krankmachenden Auslöser ebenso wie die Gefährlichkeit der Krankheit sowie die Fakten, die die Verbreitung und mögliche Maßnahmen dagegen betreffen. Erschwert wurde die Forschung durch die rasante räumliche Ausbreitung und den entstandenen Zeitdruck. Ein besonderes Problem stellte die hohe Ansteckungsfähigkeit bereits vor dem Auftreten der Symptome und die Mutationen, die die Wirkung des Virus zunehmend verstärkten. Das Virus kann auch durch Aerosole übertragen werden und infizierte Personen können sowohl mit als auch ohne Symptome als Überträger fungieren.

Die wichtigsten Kenndaten einer Epidemie sind die Übertragungsrate, die Ausbreitungsgeschwindigkeit, der Anteil schwerer Verläufe, sowie die Zeit zwischen der Ansteckung und dem Auftreten erster Symptome. Einige dieser Daten lassen sich natürlich erst im Nachhinein ermitteln. Andere werden maßgeblich durch menschliches Verhalten bestimmt und sind daher sehr variabel.

Die Untersuchungen dazu, welche Bevölkerungsanteile besondere Risiken für eine Infektion, eine Erkrankung oder einen schweren Krankheitsverlauf haben, sind nicht abgeschlossen. Dennoch lässt sich erkennen, dass Vorerkrankungen, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, chronische Atemwegserkrankungen, hoher Blutdruck oder Krebs, das Risiko schwerer Verläufe erhöhen. Laut WHO waren anfangs 95 % aller in Europa gemeldeten Todesfälle der Altersgruppe über 60 zuzuordnen. Mehr als 50 % dieser Verstorbenen waren über 80 Jahre alt. Eine Untersuchung von Verstorbenen mit positivem COVID-19-Befund ergab, dass lediglich 0,8 % dieser Personen keine Vorerkrankung hatten, während 25,1 % eine und 25,6 % zwei Vorerkrankungen hatten. Drei oder mehr Vorerkrankungen wurden bei 48,5 % der Fälle festgestellt. Die schweren Verläufe erreichten 2021 durch die Mutationen immer mehr jüngere Jahrgänge und teilweise auch Kinder, die anfangs als fast immun galten. Bei einem leichten Krankheitsverlauf klingen die Krankheitszeichen, sofern überhaupt welche bestehen, in der Regel innerhalb von zwei Wochen ab. Bei Menschen mit einem schweren Krankheitsverlauf dauert es zwischen drei und über sechs Wochen, bis sie sich von der Krankheit erholen.

1.11.8.2 Immunität, Genesung und Vorbeugung

Für die Entwicklung einer Epidemie in der Gesamtbevölkerung ist hauptsächlich die erworbene Herdenimmunität wichtig. Diese entwickelt sich mit der Zunahme des immunisierten Bevölkerungsteils und bremst die Ausbreitung, indem die Reproduktionszahl unter 1 gedrückt wird und die Weiterverbreitung rückläufig wird, bis sie schließlich zum Stillstand kommt.

Für COVID-19 wird der Bevölkerungsanteil der immun gewordenen Menschen, bei dem eine Herden-

immunität eintritt, auf rund 60 bis 70 % geschätzt. Dies im Selbstlauf zu erreichen, ist aber in absehbarer Zeit laut der Immunologen nicht möglich, ohne dass das Gesundheitssystem zusammenbricht. Dieser Weg ist aber auch aus humanitären Gesichtspunkten ausgeschlossen.

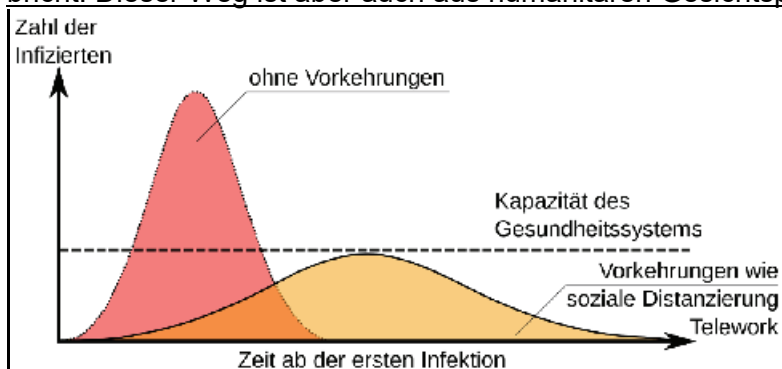


Abb. 1.11.11: Infektionsverlauf ohne und mit Vorkehrungen. Abb. Wikipedia.

In Deutschland gelten Infizierte frühestens zehn Tage nach Beginn ihrer Symptome als genesen, zudem dürfen sie 48 Stunden lang kein Fieber gehabt haben, seit mehr als 24 Stunden keine weiteren Symptome mehr verspüren und zwei im Abstand von mindestens 24 Stunden genommene Abstriche aus dem Nasenrachenraum müssen virenfrei sein.

Die Vorbeugung hat zum Ziel, die Ausbreitung einer Seuche möglichst zu stoppen oder zu verlangsamen. Die Ausbreitung einer Seuche ist neben den Eigenschaften des Virus

maßgeblich durch das Sozialverhalten der Menschen gekennzeichnet. Daher sind Hygienemaßnahmen, Früherkennung und die Ermittlung von Kontaktpersonen (Quarantäne) erste Maßnahmen, die eine weitere Verbreitung des Virus verhindern oder verlangsamen sollen. Bei einer weiteren Verbreitung wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, die alle durch die Erhöhung des sozialen Abstands und die Kontaktreduzierung im persönlichen und öffentlichen Bereich zum Ziel haben. Der Grund dafür ist, dass die soziale Nähe bei Erregern, die von Mensch zu Mensch übertragen werden, maßgeblich die Reproduktionszahl bestimmt, also die Zahl, die angibt, wie viele Menschen eine infektiöse Person im Durchschnitt ansteckt. Neben den direkten Kontakten, erfolgt auch die Übertragung über Tröpfcheninfektion. Dagegen hilft die **Atemmaske**. Den Bürgern war unverständlich, dass sich Politiker und Manager bei der Beschaffung der Masken skrupellos ungestraft bereichern konnten.

Wenn ein Erreger endemisch wird und er somit nicht mehr in der Ausbreitung behindert werden kann, ändern sich die Vorsorgeziele von "Bekämpfung der Ausbreitung" in Richtung "Beherrschung der Gesundheitsvorsorge". Oberstes Ziel ist in dieser Phase das gleichzeitige Erkranken extrem vieler Personen und die damit drohende Überlastung der medizinischen Infrastruktur zu vermeiden.

1.11.8.3 Entwicklung in Deutschland

Durch das Bayerische Gesundheitsministerium wurde am 28. Januar 2020 eine erste Infektion in Deutschland bestätigt. Ein 33-jähriger Mitarbeiter des Automobilzulieferers Webasto, der in der Unternehmenszentrale in Stockdorf arbeitete, hatte sich während einer internen Schulung bei einer angereisten chinesischen Kollegin vom Unternehmensstandort Shanghai infiziert. Danach wurde bekannt, dass sich im Zusammenhang mit dem ersten bestätigten Fall 13 weitere Webasto-Mitarbeiter oder deren Angehörige infiziert hatten. Bis Ende Februar wurden alle Infizierten als geheilt aus der Klinik entlassen.

Danach stieg die Zahl der nachgewiesenen Infektionen stark an. Waren am 29. Februar noch 57 Personen infiziert, stieg die Zahl in der darauffolgenden Woche auf 795 Personen. Am 16. März 2020 gab es über 4.838 bestätigte Fälle und 12 bestätigte Todesfälle in Deutschland.

Das Virus war demnach auch in Deutschland angekommen und die Politik war gefordert.

Nach einem Treffen mit den Ministerpräsidenten der Länder am 13. März 2020 appellierte Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Bürger, "alle nicht notwendigen Veranstaltungen abzusagen und auf Sozialkontakte zu verzichten".

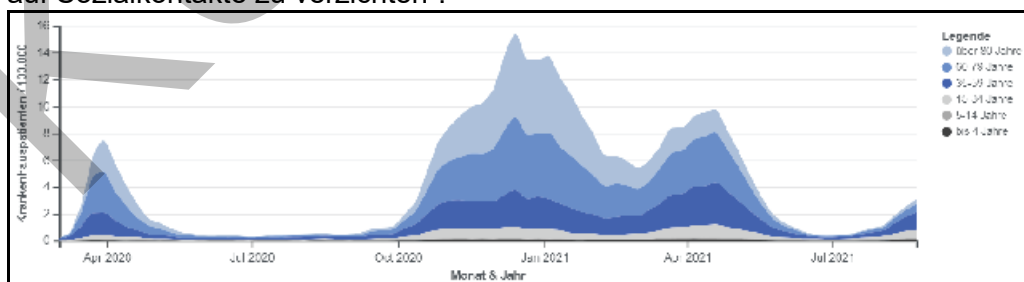


Abb. 1.11.12: Anzahl der Krankenhauspatienten/100.000 nach Alter 2020. Wikipedia

In den Bundesländern wurden die entsprechenden Maßnahmen beschlossen, um die Verbreitung des Virus zu verlangsamen. So wurden beispielsweise Großveranstaltungen verboten

bzw. Kitas und Schulen geschlossen. Mitte März 2020 teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit, dass alle Gaststätten und Freizeiteinrichtungen geschlossen werden. Sie sagte auch: "Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen seien Maßnahmen nötig, die es so in Deutschland noch nicht gegeben

habe.“

Am 22. März 2020 einigten sich Bund und Länder auf ein „umfassendes **Kontaktverbot**“, statt weitergehende Ausgangssperren zu beschließen. Zur Reduzierung sozialer Kontakte war beim Zusammentreffen im öffentlichen Raum ein Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten, die Gastronomiebetriebe werden geschlossen, hierbei ausgenommen waren Speisen und Getränke zum Mitnehmen. Auch Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege (z. B. Friseure) blieben geschlossen. Im April kam die Maskenpflicht für öffentliche Räume und ÖPNV dazu. Kernpunkt des Kontaktverbotes war, dass der Aufenthalt im öffentlichen Raum nur alleine oder mit einer weiteren Person gestattet ist. Die Maßnahmen galten zunächst bis zum 19. April 2020.

In unserer Familie änderte sich das Leben danach noch nicht. Wir sind in dem Alter, in dem der Umgang in der Familie gepflegt wird (zwei Töchter mit Familie, 5 Enkel, 8 Urenkel) und das Reisen langsam anstrengend wird. Im Sommer leben wir in herrlicher Natur in der Datsche im Grünen und waren den ganzen Tag beschäftigt aber leider waren unsere lieben Urenkel für uns tabu.

Corona war zwar in Deutschland angekommen, aber wir konnten damit leben, obgleich große Familienfeiern und Treffen Corona zum Opfer fielen. Wir hatten unter Beachtung der Regeln zum großen Teil einen schönen Sommer. Im August hatte der Autor mit einem Berg von gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Dabei konnte er den Notstand in den Krankenhäusern erleben. Hut ab vor den Kämpferinnen und Kämpfern an der Gesundheitsfront.

In Deutschland demonstrieren im Mai Hunderte und z. T. auch Tausende Menschen an mehreren Orten (z. B. in Leipzig) gegen die Regelungen zur Eindämmung des Virus. Dabei kam es zu diversen Verstößen gegen Abstandsgebote und zu Gewaltausbrüchen. Diese Proteste nahmen in ganz Deutschland zu, wobei sich besonders die Rechten, die Grünen, die **Querdenker** und die AFD hervor getan haben. Immer wieder mischten sich gewaltbereite Chaoten unter die Demonstranten. Für Außenstehende ist die Zulassung dieser Demonstrationen nicht zu verstehen. Diese „Protestler“ sind wahrscheinlich gegen Alles, was ein wenig Nachdenken erfordert.



Abb. 1.11.13: Protestdemonstration gegen die Coronamaßnahmen in Dresden. Foto: Wikipedia.



Abb. 1.11.14: Striktes Besuchsverbot in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen. Foto: Wikipedia.

Ab Montag den 4. Mai 2020 nach einer Beratung mit der Regierung hatte das sächsische Kabinett in Dresden folgende **Lockerungen** für Sachsen beschlossen:

Friseure und Kosmetiker, Spielplätze - wenn die Gesundheitsämter die Hygienekonzepte der Kommunen geprüft haben, Sportanlagen für kontaktlosen Sport im Freien, alle Geschäfte mit einer Verkaufsfläche bis zu 800 Quadratmeter - größere Flächen müssen abgesperrt werden, das gilt auch für Geschäfte in Shoppingcentern, Möbelhäuser, egal, wie groß sie sind, Zoos, Tierparks, botanische Gärten, Museen, öffentliche Bibliotheken, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe unter der Bedingung, dass Fachpersonal die Kinder und Jugendlichen betreut, Krankenhäuser sollen ihre planbaren Operationen wieder hochfahren. Patienten sollen sich wieder normal in Kliniken behandeln lassen.

Schulen für Schüler Grundschulklassen 4 und Vorabschlussklassen (9. Klassen, 11. Klassen) wurden mit Auflagen wieder geöffnet. Für Versammlungen wurde die Zahl der Teilnehmer auf 50 Personen festgelegt und die Zeit auf Stunde festgelegt. Dabei war der Mindestabstand von 1,5 bis 2 Metern einzuhalten. Das Tragen von Masken im öffentlichen Raum wurde Pflicht. Für Verstöße gegen die

Maßnahmen gibt einen Katalog mit drastischen Strafen.

Ab September 2020 wurde in Europa ein starker Anstieg der Infektionen und Todesfälle verzeichnet, welcher kontinuierlich anhielt. Dabei wurde auch Sachsen und unsere Region sehr stark betroffen. Er wurde als **„2. Welle“** betitelt. Einige Krankenhäuser kamen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die 2. Welle wurde als deutlich aggressiver bezeichnet. Am 29. September 2020 meldete die WHO bei über 33 Millionen bestätigten Infizierten über 1 Million bestätigte COVID-Tote. Dies sind allerdings nur die bestätigten Fallzahlen, ohne die Dunkelziffer.

Im Dezember 2020 wurde in Großbritannien die Virusvariante gemeldet, die um 70 Prozent ansteckender war, als der bis dahin vorherrschende Virustyp. Wegen zunehmenden Zahlen bei den Infektionen durch diese Mutanten, mussten Bund und Länder das öffentliche Leben in Deutschland jetzt stärker herunterfahren. Das Zurückfahren der Maßnahmen im Mai 2020 geschah offensichtlich zu früh. Bund und Länder beschlossen, dass der Einzelhandel in weiten Teilen vom 16. Dezember geschlossen werden soll. Es wurde festgelegt, dass nur Einrichtungen für die lebenswichtige Versorgung (Gesundheit und Ernährung) öffnen dürfen. Besonders hart betraf diese Festlegung die Gaststätten und Hoteleinrichtungen sowie die Händler. „Homeoffice“ wurde in der Verwaltung zum Standard. Auch an den Schulen sollten vom 16. Dezember an, die Kontakte deutlich eingeschränkt werden. Kinder sollten in dieser Zeit zu Hause betreut werden. Möglichst sollte auf digitalen Fernunterricht übergegangen werden. Auch Kita-Kinder sollten zu Hause bleiben, Ausnahmen und Notbetreuung für unentbehrliche Eltern aber ermöglicht werden. Dazu hat der Staat auch viel Geld in die Hand genommen, um die Familien mit Kindern zu unterstützen.

Diese Maßnahmen galten bis 16. Januar 2021. Noch vor Weihnachten haben Menschen über 60 Jahre und Risikopatienten kostenlose FFP2-Schutzmasken erhalten. Die Masken hätten wir uns früher gewünscht. Sie gaben etwas Sicherheit. Das Robert Koch-Institut warnte vor Engpässen bei der Versorgung von Covid-19-Patienten. Es galt das Prinzip: der Schutz von Leben und Gesundheit hat Vorrang vor den freiheitlich Grundrechten.

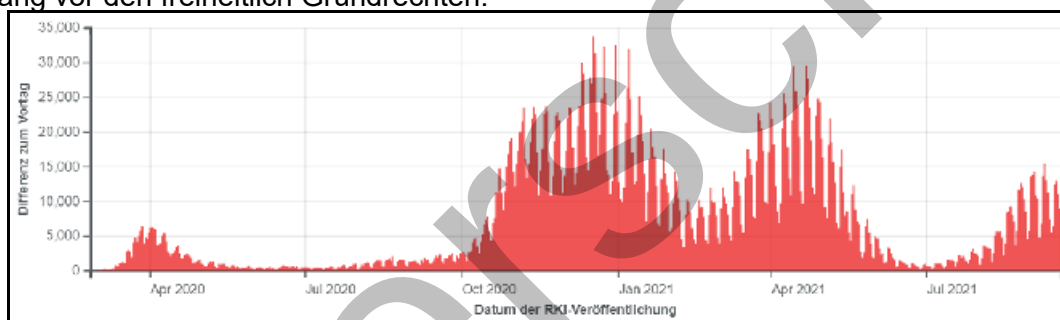


Abb. 1.11.15: Tägliche Infektionszahlen in Deutschland ab August 2020. Die Wellen sind deutlich zu erkennen. Wikipedia

Zu Silvester und Neujahr galt bundesweit ein An- und Versammlungsverbot, darüber hinaus ein Feuerwerksverbot auf publikumsträchtigen Plätzen. Der Feuerwerksverkauf wurde generell verboten. Am 28. Januar 2021 überstieg die Anzahl der weltweit bestätigten Infektionen die Zahl von 100 Millionen. Die USA verzeichnete 500.000 Todesfälle. Am 5. Januar einigten sich Bund und Länder auf eine Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns. Neu war, dass man sich nur noch mit einer weiteren Person treffen durfte, die nicht zum eigenen Haushalt gehörte, die nächtlichen Ausgangssperren und der eingeschränkte Bewegungsradius. In Regionen mit einer 7-Tage-Inzidenz (Anzahl der Infektionen in 7 Tagen multipliziert mit 10^5 bezogen auf die Zahl der Einwohner) über 200 wird der erlaubte Bewegungsradius auf 15 Kilometer begrenzt.

Die Maßnahmen wirkten aber zu langsam, weil die gefährlichen Mutationen aus England (Delta) und Afrika vermehrt auftraten und die Umsetzung der Maßnahmen sich nicht durchsetzen ließen.

Bezieht man die Werte auf die Bevölkerungszahl, so wies Sachsen neben Bayern die meisten Infektionen auf. Ähnlich sah es für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge aus: 811 Tote und 14.936 Infizierte bei 58 Neuinfektionen und bei einer 7-Tage-Inzidenz von 68, der damit ebenfalls lange bundesweit mit die höchsten Infektionszahlen aufwies. Eine wesentliche Ursache hierfür war der intensive touristische und berufliche Grenzverkehr von Sachsen und Bayern mit der Tschechischen Republik, in der weniger Verhaltenseinschränkungen galten und die dadurch erschreckend hohe Infektions- und Todeszahlen aufwies. Die Freiheit ohne Maske in der Gaststätte gutes Bier zu trinken, bezahlten viele deutsche Touristen mit ihrer Gesundheit und verbreiteten zusätzlich den Virus in Deutschland. Die Folge war die Grenzschließung nach Tschechien im Februar.

Mit Stand 18. September 2021 meldet das RKI insgesamt 4.134.779 SARS-Nachweisfälle, darunter **92.920 Todesfälle**, und schätzt die Zahl der Genesenen auf ca. 3.882.700 Personen.

Für 190 Länder der Erde lauten die Zahlen Ende Februar nach der WHO: 2,5 Millionen Tote und 113

Millionen Infizierte.

Im April 2021 verbreiteten sich schnell die neue Mutation Delta und die Maßnahmen zur Ausbreitung mussten verschärft werden. Wir waren mitten in der **“3. Welle”** der Infektion. Da zu diesem Zeitpunkt die Altersgruppe über 80 Jahre und die Alten- und Pflegeeinrichtungen weitgehend geimpft waren, breitete sich die Pandemie besonders in den Jahrgängen unter 70 Jahren aus. Die Geimpften waren weitgehend immun. Es wurden ausreichend Schnelltestsets auch für den privaten Gebrauch zur Verfügung gestellt, mit denen ein Nachweis einer Infektion möglich wurde. Mit einem negativen Test war im eingeschränkten Umfang ein Einkauf in Großmärkten möglich. Gaststätten, Hotels und Kultureinrichtungen blieben weiterhin geschlossen.

Insgesamt herrschte ein unverständliches Durcheinander bei der Festlegung der Maßnahmen, bei der Durchsetzung und der Diskussion. Die Pandemie betraf das ganze Land aber verwaltet wurde sie von profilierungssüchtigen Beamten und Politikern aus der Regierung, den Ländern, den Kreisen und den Städten. In der Bevölkerung herrschte Unklarheit wann was wann galt. Es störte aber nicht, weil die Maßnahmen nicht oder nur sehr selten kontrolliert wurden. Hier zeigte sich die Schwäche des föderalen Systems, jedes Bundesland hatte eigene Regeln und keine Möglichkeit, die Regeln durchzusetzen. Zuletzt sah der Einzelne nicht mehr durch.

Dann erlebten wir ein zweites Ostern ohne Familie. Ein Treffen war nur in mehreren Etappen möglich und es fehlte leider das Zwitschern der Urenkel, die größte Freude im Alter. In Deutschland waren anhand der positiven Virus-Nachweise drei Infektionswellen zu beobachten, eine vierte dauerte 2021 noch an. Sowohl während der ersten (März bis April 2020) als auch während der zweiten Infektionswelle (Oktober 2020 bis Januar 2021) waren die höchsten Altersgruppen weit überproportional von Ansteckungen betroffen, was zu vielen Todesfällen führte. Auch während der dritten und vierten Welle stiegen die Zahl der positiven SARS-CoV-2-Nachweise, die davon abgeleitete 7-Tage-Inzidenz und auch die Zahl der mit COVID-Patienten belegten Intensivbetten stark an. Sowohl die dritte als auch die vierte Infektionswelle betrafen und betreffen aber überwiegend die Altersgruppen unter 65 Jahren. Die Altersgruppen mit der höchsten Letalität waren und sind durch die seit Ende Dezember 2020 möglichen Impfungen zunehmend immunisiert, so dass wesentlich weniger Todesopfer zu beklagen waren und sind als während der zweiten Welle.

Laut Robert Koch-Institut (RKI) war seit März 2021 Alpha die in Deutschland vorherrschende Virusvariante, seit Ende Juni 2021 ist es Delta. Beide gelten insofern als “besorgniserregend”, als sie besonders leicht übertragbar sind, was die Zahl der positiven Virusnachweise steigen lässt. Ab 23. August 2021 gelten bundesweit neue Infektionsschutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Deutschland.

Weltweit entwickelte sich die Coronakrise sehr unterschiedlich. Sehr hart hat es dabei die sozial schwachen Länder getroffen, denen eine umfassende Hilfe gewährleistet werden müsste. Aus diesen Ländern sind auch die Meldungen mit Sicherheit unscharf.

Das wirtschaftlich stärkste Land der Welt hat dagegen die überhebliche Fehleinschätzung der Pandemie durch den Präsidenten Trump über eine halbe Million Tode gekostet. Die Querdenker hat das nicht bekehrt.

Weltweit wurden bis August 2021 219 Mill Infizierte und 4,5 Mill Tote gemeldet. Die Zahl der vollständig geimpfte Personen betrug 2,4 Mill, das sind 31 % der Weltbevölkerung und 65 Mill Impfdosen wurden ausgeliefert.

1.11.8.4 Impfung

Am 27. Dezember 1921 erfolgte verspätet und halbherzig der bundesweite Impfstart gegen das Coronavirus. Die ins billigere Ausland verlagerte eigene Medikamentenproduktion rächte sich bitter. Deutschland und die ganze EU wurden zu Bittstellern für Serum bei den neuen Produzenten. Die USA und Großbritannien, die strategisch besser aufgestellt waren, verhängten teilweise sogar Exportverbote für das Serum.

Zu den ersten Patienten gehörten nach der **Prioritätenliste** die Bewohner von Senioren- und Pflegeheimen sowie medizinisches Personal. Die Senioren in den Heimen hatten die Maßnahmen, besonders das Besuchsverbot, am härtesten getroffen.

Mehr als 238.000 Menschen in Deutschland wurden in der ersten Woche geimpft. Laut Robert Koch-Institut (RKI) erhielten fast 104.000 Bewohner von Pflegeheimen den Impfstoff. Gut 107.000 Impfdosen gingen an Personal in der Altenpflege sowie medizinisches Personal.

Am 16. Januar 2021 waren in Deutschland eine Million Menschen geimpft. Die Schnelligkeit der Impfkampagne wurde durch den Mangel an Impfstoff bestimmt. Die EU musste sich aus bürokratischen Gründen in den Lieferfirmen bei der Verteilung hinten anstellen und bekam deshalb die Impfmittel sehr spät geliefert. Hinzu kamen nationale Egoismen, wie z. B. von England und den USA, die einen Lieferstopp verhängten.

Nach langer nervender Internetsuche und Telefoniererei erhielten die Autoren Impftermine im Impfzentrum Pirna (!!) am Sonntag den 21. 2. 16.30 Uhr.

Uns erwartete ein voller Parkplatz und eine ca. 50 m lange Warteschlange im Freien bei starkem Wind und 4 °C Außentemperatur. Das erste Mal wurden wir wieder nach Hause geschickt, da wir nicht auf

der Liste standen. Die Prüfung ergab, dass das Impfzentrum veraltete Listen hatte. Unverständlich, denn Internet war schon erfunden. Die Termine verfielen. Beim zweiten Mal klappte es. Abends 19.30 Uhr waren wir wieder in der warmen Wohnung, in der Hoffnung uns nicht erkältet zu haben. Zu diesem Zeitpunkt waren im Durchschnitt erst ca. 4 % der Bevölkerung geimpft.



Abb. 1.11.16: Impfzentrum Pirna im Februar 2021.

Mit fortschreitender Impfung entbrannte in der Gesellschaft ein Streit darüber, ob die geimpften oder genesene Personen besondere Rechte erhalten sollten und für diese Personengruppe z. B. ein Einkauf oder ein Gaststättenbesuch ohne Test ermöglicht werden kann. Der Druck auf die Regierung wurde so stark, dass sie gezwungen war, für diesen Personenkreis ab Mai Sonderregelungen einzuführen, um auch Druck auf die zunehmende Zahl der Impfverweigerer auszuüben. Eine typisch deutsche Erscheinung aber der erste Schritt zu einer Lockerung.

Die Pandemie und die mit ihr verbundenen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz hatten und haben

erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen. Familien wurden durch Schließungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen belastet. Arbeitnehmer waren mit weitgehenden Änderungen im Arbeitsalltag konfrontiert, zum Beispiel Telearbeit im Heimbüro. Darüber hinaus hatte die Pandemie zahlreiche weitere Folgen in verschiedensten Bereichen des Lebens. Viele Maßnahmen werden juristisch kontrovers beurteilt. Immer wieder traten lokal steigend Inzidenzzahlen auf, die sich meist auf die Verletzung der Schutzmaßnahmen zurückführen ließen.

Ab September 2021 zeigten sich Anzeichen einer **„5. Welle“** einer aggressiveren Mutation des Virus (Omikron), aber die Verläufe der Krankheit waren abgeschwächt und erfassten jüngere Personen, auch Kinder.

Ab 23. August 2021 galt bundesweit verbindlich die 3G-Regel (geimpft, getestet, genesen). Nach Auslaufen der Bundesnotbremse hatten Bund und Länder vereinbart, dass alle Personen, die in öffentlich zugänglichen Innenräumen zusammentreffen, nachweislich geimpft, genesen oder getestet sein müssen. Diese 3G-Regel gilt für den Besuch von Restaurants, Kinos, beim Frisör und bei anderen körpernahen Dienstleistungen, für Fitnessstudios, Schwimmbäder und Sporthallen, für Veranstaltungen, den Besuch in Krankenhäusern, Reha- oder Behinderteneinrichtungen sowie in Pflegeheimen. Bei Verwendung eines negativen Testergebnisses darf dieses bei Schnelltests nicht älter als 24 Stunden, bei PCR-Tests nicht älter als 48 Stunden sein. Ausgenommen von der Regel sind z. B. Schülerinnen und Schüler, die regelmäßig getestet werden, und kleine Kinder. Auch bei Übernachtungen im Hotel muss zumindest ein negativer Corona-Test vorliegen; der Test muss an jedem dritten Tag des Aufenthalts wiederholt werden. Weiterhin bleibt für alle beim Einkauf und in öffentlichen Verkehrsmitteln die Abstands- und Maskenpflicht bestehen.

Obgleich die Fachleute vor einen neuen Ausbruch der Pandemie gewarnt hatten, entwickelte sich mitten in der Wahlvorbereitung und Regierungsbildung in Deutschland im Oktober und November die Coronakrise mit der 4. Welle zu einem Höhepunkt, mit den bisher höchsten Infektions- und Todeszahlen zu Lockdown. Alle notwendigen Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Infektionen kamen entweder zu spät oder gar nicht. Leidtragende sind in erster Linie die Kinder infolge der Einschränkungen im Schulsystem, der Handel und das Gewerbe, die Kultureinrichtungen und das Gesundheitssystem, was ständig überfordert war. Im Prinzip war jeder mehr oder weniger davon betroffen.

Ganz Deutschland wurde im Dezember zu einem Coronahochrisikogebiet.

In Südafrika hatte sich 2021 die Omikron-Variante rasant unter jungen Menschen ausgebreitet, die überwiegend milde Krankheitsverläufe hatten. Vor allem Ungeimpfte haben sich angesteckt, aber auch viele genesene Patientinnen und Patienten, die bereits eine Covid-19-Erkrankung überstanden hatten. Das unterscheidet Omikron von der Delta-Variante. Und noch etwas ist bei Omikron anders: In Südafrika führte Omikron zu mehr Krankenhauseinweisungen bei kleineren Kindern, die noch nicht geimpft werden konnten. Die gute Nachricht ist, dass Impfungen auch bei Omikron sehr gut vor schweren Verläufen schützen. Eine Infektion mit einem milden Verlauf ist aber auch dann noch möglich. Wird Sauerstoff benötigt, handelt es sich um einen moderaten Verlauf. Das heißt, auch ein milder Verlauf kann für Erkrankte äußerst unangenehm sein, mit hohem Fieber, Schüttelfrost und

starken Kopf- und Gliederschmerzen einhergehen. Deshalb ist es wichtig, sich vor einer Infektion zu schützen. Booster-Impfung, Kontakteinschränkung und Masketragen sind dabei die effektivsten Maßnahmen. Dabei am besten eine FFP2-Maske tragen, denn eine Studie belegt: Wenn sie gut sitzt, reduziert sie die Ansteckungsgefahr auf nahezu Null - auch bei Omikron.

Omikron ist ansteckender als Delta. Eine Studie aus Dänemark, wo Omikron schon länger grassiert, zeigt: Bei Omikron-Infizierten stecken sich 31 Prozent der anderen im selben Haushalt lebenden Personen an, bei Infizierten mit der Delta-Variante dagegen nur 21 Prozent. Schnelltests schlagen bei Omikron häufig erst spät an. Vor allem in den ersten beiden Tagen ist das Ergebnis der Schnelltests unzuverlässig, obwohl Betroffene dann schon infektiös sein können.

Warum ist Omikron so viel ansteckender?

Das liegt daran, dass das Virus sich stark verändert hat. Das führt dazu, dass Omikron sich nach dem Eindringen in den Körper in den oberen Atemwegen (Nase, Rachen, Luftröhre, dicken Zweige der Bronchien) 70 Mal schneller vermehren kann als die Delta-Virusvariante. Denn eine der Mutationen führt dazu, dass das Virus leichter in die Zellen der oberen Atemwege eindringen kann, um sich dort zu vermehren. Nachdem das Virus einmal eingedrungen ist, sind also schnell sehr viele Viren da. Und die werden mit der Ein- und Ausatmung bewegt. Eine infizierte Person stößt also viele Viren aus und kann deshalb auch leichter andere anstecken. Der explosionsartige Anstieg der Neuinfektionen auf ca. 250.000 mit 150 Todesfällen Anfang Februar 2022, weist darauf hin, dass diese Variante in Deutschland bald als "5. Welle" vorherrschen wird (auf den Grafiken noch nicht erfasst).

10.500.000 bestätigte Fälle von Infektionen weist Deutschland insgesamt auf. In Deutschland sind 60 % der Bevölkerung vollständig geimpft. Mittlerweile ist jedoch bekannt, dass der Impfschutz der bislang zugelassenen Impfstoffe nach fünf bis sechs Monaten nachlässt. Deshalb wird seit dem Herbst 2021 die sogenannte "Booster"-Impfung verbreitet angeboten. Durch sie soll der Impfschutz aufgefrischt werden. Bislang haben 44,85 Mio. Menschen eine solche Auffrischung erhalten - das sind 72,6 Prozent aller Menschen, die bislang als "vollständig geimpft" gezählt wurden. Im Vergleich zum Vortag wurden 230.319 weitere Booster-Impfungen vom RKI erfasst.

Bis Februar 2022 hat sich das Virus in mehr als 190 Ländern ausgebreitet und weltweit über 388 Millionen Menschen infiziert. Die Zahl der Todesopfer in Zusammenhang mit dem Virus beläuft sich aktuell auf über 5,7 Millionen.

Fakt ist, dass wir mit dem Coronavirus zukünftig leben müssen.

1.11.8.5 Wirtschaftskrise und Finanzwirtschaft

Aufgrund der Pandemie und der in Folge ergriffenen Maßnahmen kam es zu einer weltweiten Wirtschaftskrise, von der auch Deutschland stark betroffen ist. Viele Branchen waren direkt von Betriebsschließungen betroffen. Andere litten unter indirekten Folgen der Pandemie, insbesondere dem Einbruch der Nachfrage oder dem Zusammenbruch von Lieferketten. Die am stärksten betroffenen Branchen waren Reisebüros und Veranstalter (Einbruch der Geschäfte im April 2020 um 84 %), die Luftfahrtbranche (minus 76 %), das Gastgewerbe (minus 68 %), das Gesundheitswesen (minus 45 %), Kunst, Unterhaltung und Erholung (minus 43 %) sowie der Fahrzeugbau (minus 41 %). Profitieren konnte nur die Pharmaindustrie mit einem Anstieg der Auslastung um 7 %.

Bis zum 26. April meldeten Unternehmen für 10,2 Millionen Menschen Kurzarbeit an, mit Abstand der höchste Wert aller Zeiten. Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) für das zweite Quartal von April bis Juni 2020 lag 9,7 Prozent unter dem Wert im ersten Quartal von Januar bis März. Das war der stärkste Rückgang seit Beginn der vierteljährlichen Berechnungen für Deutschland im Jahr 1970.

Im dritten Quartal erholte sich die Wirtschaft deutlich. Insgesamt sank das BIP in Deutschland im Jahr 2020 laut dem Statistischen Bundesamt trotzdem um 5,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2020 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Defizit von 158,2 Milliarden Euro (4,8 % des BIP). Die Zahl der Erwerbstätigen sank um 1,1 % auf 44,8 Millionen. Besonders betroffen waren geringfügig Beschäftigte sowie Selbstständige. Dagegen wurden bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Entlassungen nach Einschätzung des Statistischen Bundesamts durch die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit verhindert.

Familien wurden durch Schließungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen belastet. Arbeitnehmer waren mit weitgehenden Änderungen im Arbeitsalltag konfrontiert, zum Beispiel Telearbeit im Heimbüro. Darüber hinaus hatte die Pandemie zahlreiche weitere Folgen in verschiedensten Bereichen des Lebens. Viele Maßnahmen werden juristisch kontrovers beurteilt. Auch in Politik und Öffentlichkeit kam es zu einer Reihe von Kontroversen um die angemessenen Reaktionen auf die Pandemie.

Bei den riesigen materiellen und finanziellen Aufwendungen, die für die Beherrschung der sozialen und wirtschaftlichen Problem der Krise notwendig waren, musste der Staat einen riesigen Schuldenberg anhäufen. Das ist ein weltweites Problem. Es zeigte sich aber, dass der **Finanzmarkt** verhalten auf die entstandene Wirtschaftskrise reagierte. Eine steigende Inflation wird die Folge sein.

Seit der letzten Finanzkrise 2008 hat sich offensichtlich einiges getan in der Verbesserung der Bilanzen. Daher ist zu hoffen, dass die deutschen und internationalen Banken einiges an Krisenauswirkungen verkraften können. Die Zukunft wird zeigen, ob dieses Problem gelöst werden kann.

1.11.9 Wo stehen wir nach 30 Jahren deutscher Einheit

30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland immer noch deutlich gespalten. Die Probleme der Deindustrialisierung in Ostdeutschland mit der Wende haben sich seit 1990 verfestigt. Die Wirtschaftskraft pro Einwohner liegt 2018 in Ostdeutschland immer noch unverändert bei 73 % von der in Westdeutschland. Zwar gibt es einzelne Regionen und Branchen, in denen Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen sind. Hierzu zählen etwa erfolgreich erneuerte industrielle Kerne der Chemie in Leuna, Bitterfeld und Böhlen, der Automobilindustrie in Eisenach, Ludwigsfelde und Leipzig oder auch der Nahrungsmittel- und Solarindustrie. Doch es herrschen nach wie vor kleine bis kleinste Betriebe vor, die im Wesentlichen für lokale Märkte produzieren. In einer Weltwirtschaftskrise, wie sie 2008 hereinbrach, hatte ihre Exportschwäche immerhin ein Gutes: Der konjunkturbedingte Abschwung der Wirtschaft fiel in Ostdeutschland moderater aus.

Alle bedeutende Unternehmenszentralen sind ausnahmslos im Westen angesiedelt. Bei großen ostdeutschen Unternehmen handelt es sich um Filialen westdeutscher bzw. ausländischer Konzerne, verlängerte Werkbänke genannt. Das einzige größere Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland ist die Jenoptik AG. Sie hatte laut Bilanz 2008 3.400 Beschäftigte. Diese Firma taucht auf der Liste der 2000 weltweit größten Firmen, herausgegeben von der Zeitschrift "Forbes", nicht auf. In Ostdeutschland gibt es kein einziges Dax-Unternehmen. Das bedeutet, dass die Staatshaushalte ostdeutscher Bundesländer überwiegend mit Geldern des Bundes oder der EU gestützt werden. In welchem Land der Welt gibt es noch ein geteiltes Lohn-, Tarif- und Rentensystem?

Angesichts eines zunehmenden globalen Wettbewerbs, ist es wenig wahrscheinlich, dass sich an diesem Zustand etwas grundlegend verändern wird. Das ist ein harter Vorwurf an die Politiker der Bundesrepublik, die der Entwicklung im Osten zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Es ist auch unverständlich, dass in einer Demokratie die Bevölkerung Ostdeutschlands im hohen Maße von aus der alten Bundesrepublik stammenden Politikern vertreten wird, denen die ostdeutschen Probleme meist unbekannt sind. Deprimierend ist dabei, dass sich dieser Zustand auch unter einer ostdeutschen Kanzlerin noch verschlechtert hat. Die Ostdeutschen werden noch lange auf die finanziellen Transfers angewiesen sein und werden ihre Jugend mit hohen Aufwendungen als Arbeitskräfte für die westdeutschen Konzerne ausbilden. Die Folge ist ein Vergreisung und relative Verarmung und Abnahme der Bevölkerung. Der Zustand ist ein Selbstlauf und hat sich verfestigt.

Wir stehen vor einem Berg von ungelösten Aufgaben in der Energie- und Umweltpolitik und es ist keine Lösung abzusehen.

Die hohen Zielstellungen durch den **Klimawandel** für die CO₂ Emission der neuen Regierung sind unrealistisch. Elektromobilität wäre eine mögliche Entlastung, aber sie erfordert eine umweltfreundliche Elektroenergie. Kern- und Kohlekraftwerke abzuschalten ist in dieser Reihenfolge keine Lösung, wenn man nicht weiß, woher man die Grundlast für die Elektroenergie nehmen soll.

Der Ausweg über den Import von russischem Erdgas über **Gasturbinenkraftwerke** und **Gas-Dampfkraftwerke** ist unsicher, ebenso der über eine unerprobte und teure Wasserstofftechnologie, die freie Elektroenergie benötigt.

Durch die internationalen Interventionen gegen die dazugehörige Erdgasleitung **Nord Stream 2** ist ein kaum noch einzuholender Zeit- Planungsverzug für die Erdgastechnologie eingetreten. Ob damit das Problem für Deutschland gelöst ist, wird die Zukunft zeigen, denn auch bei der Verbrennung von Erdgas wird CO₂ frei.

Die besonders von der Presse geschürte Angst vor der **Kernenergie** macht die Politik blind und handlungsunfähig. Die **sichere Kernenergie als "Grüne Technologie"** ist für Deutschland und Europa als Brückentechnologie der einzige vernünftige Ausweg aus der jetzigen Umweltkrise, die letztendlich eine Energiekrise ist, denn der Weg zum Kernfusionskraftwerk ist noch lang.

1.12 Bildung der neuen Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

1.12.1 Entwicklung der kommunalen Verwaltung in der Region

Amtshauptmannschaft hießen von 1873 bis 1938 die Verwaltungsbezirke der unteren Ebene im Königreich bzw. Freistaat Sachsen. Sie wurde vertreten durch die vom **Amtshauptmann** geleitete Bezirksversammlung und die Bezirksausschüsse. In der Amtshauptmannschaft hatten die Amtshauptleute sowohl die allgemeine Verwaltung als auch die Justiz der untersten Instanz zu besorgen. Die **Amtshauptmannschaft Pirna** entstand im Jahre 1874 aus Teilen der Gerichtsamtsbezirke Hohnstein, Königstein, Lauterbach, Neustadt, Pirna, Schandau, Sebnitz und Stolpen, und die **Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde** aus den Gerichtsamtsbezirken Altenberg, Dippoldiswalde, Frauenstein und Lauenstein. Sie hatte ihren Verwaltungssitz im Schloss Dippoldiswalde. Auch nach den sächsischen Verwaltungsreformen der 1930er Jahre blieben sie in der alten Form weiter bestehen.

Im Jahr 1939 erfolgte die Umbenennung der Amtshauptmannschaft in **Landkreis Pirna**. Den Amtshauptmann bezeichnete man als **Landrat**. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Kreisverwaltung neu geordnet. Als Beschlussorgan fungierte jetzt der **Kreistag**, als Verwaltungsbehörde der **Kreisrat**. 1952 wurden durch die DDR gleichzeitig mit der **Abschaffung des Landes Sachsen** die historisch gewachsenen Verwaltungsstrukturen grundlegend verändert und neue Kreise geschaffen. Auf dem Gebiet der ehemaligen Amtshauptmannschaft Pirna entstanden die beiden Kreise Pirna und Sebnitz. Sieben Gemeinden wurden in die Kreise Dresden, Freital und Bischofswerda ausgegliedert und fünf ehemals zum Kreis Dippoldiswalde gehörende neu zugeordnet. In den Folgejahren gaben bis 1990 weitere 47 zumeist kleine Orte im Gebiet der Kreise Pirna und Sebnitz ihre Selbstständigkeit auf.

Durch die nach der **Wiedervereinigung** in Sachsen in den Jahren 1994 und 1996 durchgeführte Kreisreform wurden die 1952 gebildeten 48 Kreise und sechs kreisfreien Städte in Sachsen aufgelöst und 22 neue Landkreise sowie sieben kreisfreie Städte gebildet. Ziel der Verwaltungsreform war, die kommunale Verwaltung als Dienstleister für die Bevölkerung moderner, effektiver und damit auch bezahlbarer zu gestalten. Besonders nach der Wiedervereinigung hatte die Anzahl der Einwohner in ganz Sachsen und auch im Stadtgebiet stark abgenommen, sodass die Anzahl der Verwaltungsangestellten pro 1000 Einwohner zu hoch wurde. Das Ziel einer Verwaltungsreform ist immer die Modernisierung und Rationalisierung der Verwaltung besonders durch die Reduzierung von Personal.

Als Ziel für die zu bildenden Landkreise galt eine Mindestgröße von 125.000 Einwohnern. Im Ergebnis der Zusammenlegung der Landkreise Dippoldiswalde und Freital zum **Weißeritzkreis** entstand eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Struktur, die schon in der Vergangenheit als **Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde** existierte. Nach dem Zusammenschluss der Landkreise Pirna und Sebnitz im Jahr 1994 zu **Landkreis Sächsische Schweiz** konnte man auch die frühere **Amtshauptmannschaft Pirna** (bis 1952) wiedererkennen. Kreissitz war Pirna. Er bestand bis zum 31. Juli 2008.

Städte und Gemeinden: (Einwohnerzahlen vom 31. Dezember 2006)

Städte:

Bad Gottleuba-Berggießhübel (5.990)
Bad Schandau (2.999)
Dohna (6.119)
Heidenau (16.695)
Hohnstein (3.671)
Königstein (2.822)
Liebstadt (1.371)
Neustadt in Sachsen (14.679)
Pirna, Große Kreisstadt (39.751)
Sebnitz, Große Kreisstadt (8.920)
Stadt Wehlen (1.724)
Stolpen (6.021)

Gemeinden:

Bahretal (2.376)
Dohna (2.103)
Dürrröhrsdorf-Dittersbach (4.609)
Gohrisch (2.210)
Lohmen (3.274)
Müglitztal (2.205)
Porschdorf (1.286)
Rathen, Kurort (410)
Rathmannsdorf (1.087)
Reinhardtsdorf-Schöna (1.603)
Rosenthal-Bielatal (1.714)
Struppen (2.689)

Verwaltungsgemeinschaften:

Verwaltungsgemeinschaft Bad Gottleuba-Berggießhübel mit den Mitgliedsgemeinden Bad Gottleuba-Berggießhübel, Bahretal und Liebstadt
Verwaltungsgemeinschaft Bad Schandau mit den Mitgliedsgemeinden Bad Schandau, Porschdorf, Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna
Verwaltungsgemeinschaft Dohna-Müglitztal mit den Mitgliedsgemeinden Dohna (VG-Sitz) und Müglitztal
Verwaltungsgemeinschaft Königstein/Sächs. Schw. mit den Mitgliedsgemeinden Gohrisch, Königstein (Sächsische Schweiz), Rathen, Rosenthal-Bielatal und Struppen
Verwaltungsgemeinschaft Lohmen/Stadt Wehlen mit den Mitgliedsgemeinden Lohmen (VG-Sitz) und Stadt Wehlen
Verwaltungsgemeinschaft Pirna mit den Mitgliedsgemeinden Dohna und Pirna
Verwaltungsgemeinschaft Sebnitz mit den Mitgliedsgemeinden Sebnitz (VG-Sitz) und Kirnitzschtal.

Zum 1. August 2008 fusionierten wegen der großen Abwanderung und der dadurch gesunkenen Bevölkerungszahl die Landkreise Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis zum **Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge**. Mit Bescheid vom 13. November 2008 genehmigte die Landesdirektion auch das neue Wappen für den Landkreis. Der Landkreis besteht am 1. Januar 2012 aus 19 Städten und 20 Gemeinden. Als Sitz des Landratsamtes wurde Pirna bestimmt. Dippoldiswalde, die Kreisstadt des Weißeritzkreises, wurde Kreisstadt. Damit führen die Städte Pirna, Dippoldiswalde, Freital und Sebnitz den Sonderstatus **Große Kreisstadt**. In allen Großen Kreisstädten befinden sich Bürgerbüros des Landratsamtes.

Städte und Gemeinden (Einwohnerzahlen vom 31. Dezember 2010):

Städte

Altenberg (8.723)
 Bad Gottleuba-Berggießhübel (5.809)
 Bad Schandau (4.083)
 Dippoldiswalde, Große Kreisstadt (10.291)
 Dohna (6.145)
 Freital, Große Kreisstadt (39.275)
 Glashütte (7.139)
 Heidenau (16.431)
 Hohnstein (3.519)
 Königstein (2.284)
 Liebstadt (1.331)
 Neustadt (13.758)
 Pirna, Große Kreisstadt (38.705)
 Rabenau (4.457)
 Sebnitz, Große Kreisstadt (8.439)
 Stadt Wehlen (1.674)
 Stolpen (5.793)
 Tharandt (5.434)
 Wilsdruff (13.746)

Gemeinden

Bahretal (2213)
 Bannewitz (10.703)
 Dohma (2078)
 Dorfhain (1120)
 Dürrröhrsdorf-Dittersbach (4.415)
 Gohrisch (2107)
 Hartmannsdorf-Reichenau (1.130)
 Hermsdorf (912)
 Höckendorf (2.997)
 Kirnitzschtal (2.121)
 Kreischa (4.418)
 Lohmen (3.179)
 Müglitztal (2.062)
 Pretzschendorf (4.132)
 Rathen, Kurort (396)
 Rathmannsdorf (1.011)
 Reinhardtsdorf-Schöna (1.481)
 Rosenthal-Bielatal (1.680)
 Schmiedeberg (4.557)
 Struppen (2.560)

1.12.2 Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

Die Vereinigung der beiden Kurstädte hatte eine lange Vorgeschichte, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Eine Liebesheirat war es nicht. Am 1. Oktober 1998 hatte Herr Mäke in Vertretung von Herrn Seeger die Terminanhörung im Innenausschuss des Landtages zum Gesetz **Gemeindegebietsreform** wahrgenommen. In 10 Minuten Redezeit trat er entsprechend des Bürgerentscheides der Stadt Berggießhübel vom 12. Oktober 1997 für die Eigenständigkeit der Stadt Berggießhübel ein. Berggießhübel und Bahretal gingen mit ihren Anliegen sogar bis vor das Verwaltungsgericht in Leipzig. Am 4. Februar wurde diese Klage abgewiesen. Im Ergebnis wurde die Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel am 1. Januar 1999 durch die Gemeindegebietsreform im Freistaat Sachsen gebildet. Mit der Gemeindegebietsreform entstand die Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel aus der Zusammenlegung der Städte und Gemeinden Bad Gottleuba, Berggießhübel, Bahretal und Langenhennersdorf. Die Basis der neuen Struktur war die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 14. Juli 1999, nach der sich die Gemeinden und Städte des Landkreises Sächsische Schweiz neu zu strukturieren hatten. Auf der Grundlage der **Gemeindegebietsreform** wurde eine Verwaltungsgemeinschaft gegründet mit der erfüllenden Gemeinde Bad Gottleuba-Berggießhübel, der Stadt Liebstadt und der Gemeinde Bahretal. Im Gemeinschaftsausschuss regeln Mitglieder der drei Gemeinden gemeinsam Verwaltungsaufgaben.

Die Stadt **Bad Gottleuba-Berggießhübel** besteht seit dem 1. Januar 1999 und hatte am 30. Juli 2007 6009 Einwohner (EW). Der Stadtrat beschloss am 18. Dezember 2001 die Hauptsatzung mit der Ortschaftssatzung³⁵.

Nach der Hauptsatzung umfasste die Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel folgende **Ortschaften**:

Ortschaft Bad Gottleuba:

Ortsteile:

Bad Gottleuba, Oelsen, Börnersdorf, Breitenau und Hennersbach.

Ortschaft Berggießhübel:

Ortsteile:

Berggießhübel und Zwiesel.

Ortschaft Langenhennersdorf:

Ortsteile:

Langenhennersdorf, Bahra und Forsthaus.

Ortschaft Bahretal:

Ortsteile:

Markersbach und Hellendorf.

³⁵ Lokalanzeiger der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel, 4.1.2002, Sonderdruck

Ab 14. Oktober 2004 wurde diese Hauptsatzung für die Stadt geändert und die Gliederung in Ortschaften abgeschafft. Die Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel besteht laut aktualisierter Satzung aus folgenden 12 **Ortsteilen**³⁶:

Bad Gottleuba (1.700 EW), Bahra (230 EW), Berggießhübel (1.600 EW), Börnersdorf (290 EW), Breitenau (185 EW), Forsthaus (100 EW), Hellendorf (EW 380), Hennersbach (50 EW), Langenhennersdorf (650 EW), Markersbach (350 EW), Oelsen (190 EW) und Zwiesel (120 EW).



Abb. 1.12.1: Wappen der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

Das **Wappen der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel** wurde durch Änderung der Hauptsatzung vom 31. Januar 2008 festgelegt³⁷. Das Wappen enthält Elemente der Wappen und Siegel von Gottleuba (Adler), Berggießhübel (knieender schwarzer Bergmann mit Hammer und Schlegel), Bahretal (Tanne) und Langenhennersdorf (Ähre). Die Wellenbalken symbolisieren die drei Flüsse der Region (Bahra, Gottleuba und Seidewitz). Die Grundfarben sind Grün und Gold. Das Wappen wurde von Herrn Bernd Fischer(t) aus Worbis vorgeschlagen.

Am 30. Juni 2008 hatte die Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel 5997 Einwohner, davon männlich 2967 und weiblich 3030. 1508 Einwohner sind evangelisch-lutherisch und 21 katholisch.

Die Stadt hat eine Fläche von 88,75 Quadratkilometer, eine Nord-Süd-Ausdehnung von 11 km und West-Ost-Ausdehnung von 10 km. Ihr Straßennetz besteht aus 43,5 km Gemeindestraßen, 23 km Kreisstraßen, 47,5 km Staatsstraßen und 9 km Autobahn.

Die Wirtschaftsstruktur ergibt sich aus 10 % Land- und Forstwirtschaft, 5 % Industrie, 23 % Handwerk, 10 % Handel und Verkehr, 52

% Dienstleistungen.

Oberste Priorität hatte die Entscheidung für den Fortbestand der beiden unterschiedlichen Kurort-Prädikate, der **Kurort Bad Gottleuba** mit dem Prädikat **Heilbad** und der **Kurort Berggießhübel** mit dem Prädikat **Kneippkurort**. Die neue Postanschrift lautet: 01816 Bad Gottleuba-Berggießhübel.

Die folgende Abbildung zeigt die historische Entwicklung der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel mit den Ersterwähnungen:

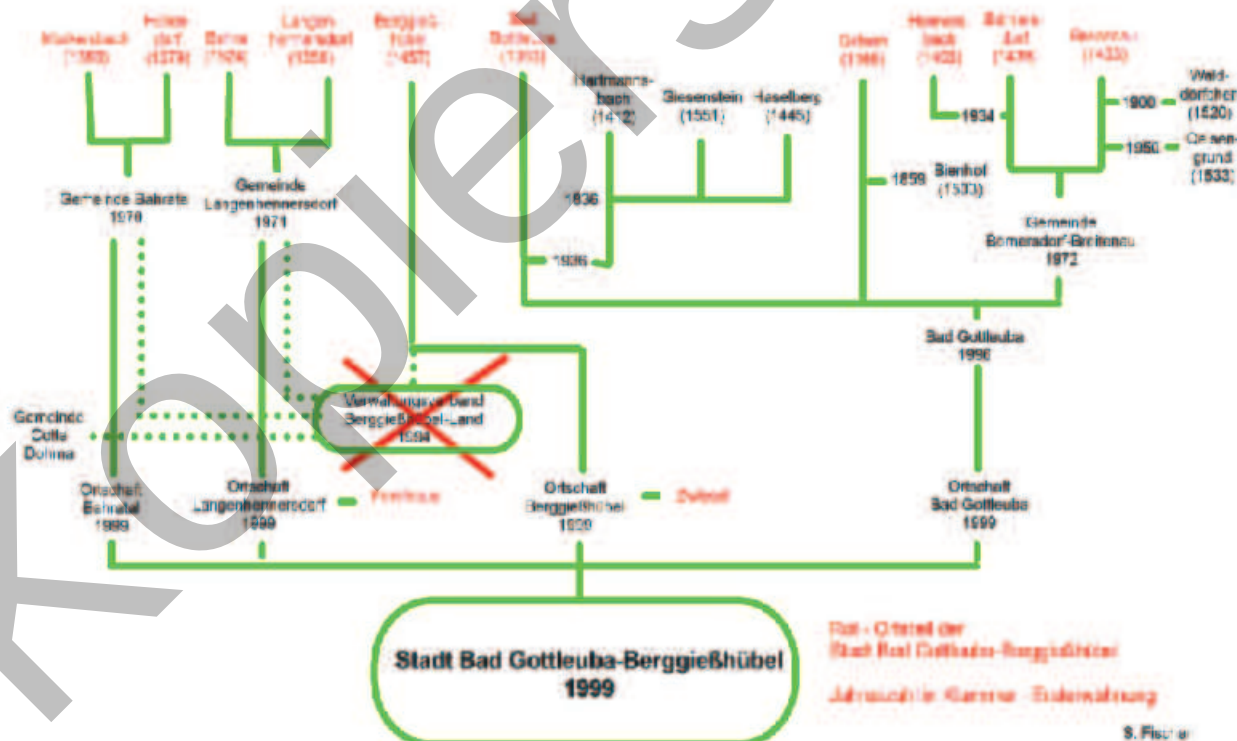


Abb. 1.12.2: Historische Entwicklung der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel mit Ersterwähnungen (Rot - die heutigen Ortsteile)

³⁶ Lokalanzeiger der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel, Liebstadt und Bahretal vom 29.10. 2004

³⁷ Lokalanzeiger der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel, Liebstadt und Bahretal vom 29.2. 2008

Die Bildung der neuen Stadt erfolgte 1999 ohne Mitarbeit der Bevölkerung und führte zu großen Irritationen. Da es in einer Reihe von Gemeinden gleichlautende Straßennamen, wie Talstraße, Hauptstraße, Kirchberg usw. gab, kam es über Jahre zu Unklarheiten bei den Adressen und damit bei der Zustellung und Anlieferung. Die Anfertigung von neuen Straßenschildern, Verkehrsschildern und Dokumenten kostete Unsummen. Das Hauptproblem ist der Verlust von Bürgernähe. Der Bürger vor Ort hat keinen Ansprechpartner mehr und hat längere Verwaltungswege. Letztendlich verlieren die Gemeinden ihre Identität. Wieso wurde der Gemeindeverband mit einem Gemeindevorstand nicht diskutiert?

Die geschichtliche Entwicklung der zum Verwaltungsverbund gehörenden **Stadt Liebstadt** zeigt die folgende Grafik:

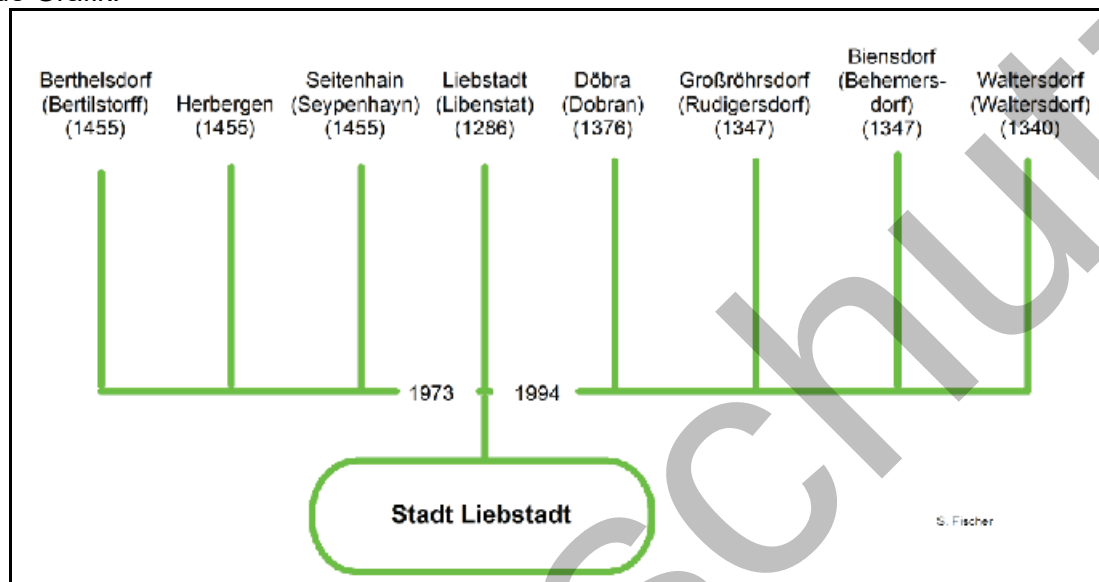


Abb. 1.12.3: Historische Entwicklung der Stadt Liebstadt

1.12.3 Bürgermeister der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel

Der finanzielle Zustand der neuen Stadt hatte zu diesem Zeitpunkt vereinfacht folgendes Aussehen: Die Gemeinden hatten folgende Kredite aufgenommen: Bad Gottleuba mit Oelsen, Börnersdorf/Breitenau ca. 10 Mio DM; Berggießhübel ca. 6,3 Mio DM; Bahratal 400.000 DM; Langenhennersdorf 1,1 Mio. DM; Dazu der Eigenbetrieb Abwasser "Gottleubatal" 1,1 Mio. DM; Kurhaus Berggießhübel GmbH ca. 2,7 Mio DM; Kommunale Dienstleistungsgesellschaft Bad Gottleuba ca. 10,4 Mio. Der Gesamtkreditbestand betrug damit 43.585.253,57 DM, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3.142,23 DM entsprach.

Des Weiteren waren Fehlbeträge von ca. 844 TDM, vorhanden. Außerdem hatte Berggießhübel Fördermittel von ca 2,4 Mio. DM zurückzuzahlen (Einsatz der Fördermittel in nicht geplanten Objekten), hinzu kam eine Ertragsauskehr von Grundstückerlösen in der Höhe von 358.000 DM.

Nach Gemeindezusammenschluss erhielt die Stadt aus dem Landeshaushalt ab 1999 ca. 1 Million DM.

Bei der Vereinigung spielte die unterschiedliche Schuldenhöhe der Gemeinden in der Diskussion in der Bevölkerung eine große Rolle.

Die neue Stadt hatte damit schwierige Startbedingungen.

Bis zur Bestellung eines **Amtsverwesers** am 25. Februar 1999 leitete die Geschäfte der Stadt der älteste Gemeinderat, Herr Werner Schütze. Am 19. Januar wurde die Wahl des Bürgermeisters wegen Fehlern bei der Wahl der Ortschaftsräte auf den 13. Juni festgelegt. Die bisherigen Bürgermeister, Herr Volker Dittrich von Bad Gottleuba und Herr Klaus Uwe Seeger von Berggießhübel wurden am 21. Januar entpflichtet und am 25. Februar wählte der Stadtrat der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel Volker Dittrich zum **Amtsverweser**. Diese Funktion bekleidete er bis 1. Dezember 1999. Andreas Geißler aus Langenhennersdorf wurde 1. Stellvertreter.

Es wurde ein Übergangsstadtrat mit 18 Stadträten gebildet, der bis zu einer Wahl fungierte. An den Sitzungen hatten auch alle gewählten Ortschaftsvorsteher teilzunehmen.

Die neue Stadt benötigte einen neuen **Verwaltungssitz**, da die Rathäuser in Berggießhübel und Bad Gottleuba zu klein und in keinem guten Zustand waren. An einen Neubau war nicht zu denken. Deshalb erfolgte eine Aufteilung der Verwaltung auf die beiden Rathäuser:

Rathaus Bad Gottleuba: Bürgermeisteramt, Kämmerei, Meldewesen, Kur- und Dienstleistungsgesell-

schaft (KDLG), Kurverwaltung;

Rathaus Berggießhübel: Bauwesen, Allgemeine Verwaltung, Ordnungswesen, Liegenschaften, Standesamt, Meldewesen und Gewerbeamt.

Weiter fehlte ein neuer Bürgermeister. Kommunalwahlen haben ihre eigenen Gesetze. Während landesweite Wahlen durch politische Programme bestimmt werden und die Kandidaten meist persönlich völlig unbekannt sind, sind bei Kommunalwahlen die Kandidaten persönlich bekannt und es spielen dabei lokale Interessen eine große Rolle. Im Raum Bad Gottleuba und Berggießhübel gab es z. B. eine Jahrhunderte alte Konkurrenz zwischen den beiden Städten. Dies sollte sich hemmend auf das Zusammenwachsen der neuen Großgemeinde auswirken, wie auch die anschließende Wahl zeigte.

Am 13. Juni 1999 erfolgte die **Stadtrat- und Bürgermeisterwahl** zur neuen Stadt. Die Zahl der Wahlberechtigten: 5.294, Anzahl der Wähler: 3.799. Ergebnis der Wahl: die 18 Sitze verteilen sich folgendermaßen: CDU 10 Sitze, SPD 1 Sitz, PDS 3 Sitze, Freie Wähler 4 Sitze. Grüne, Freiwillige Feuerwehr Langenhennersdorf, Freiwillige Feuerwehr Bahratal keine Sitze.

Ergebnis der **Bürgermeisterwahl**: Volker Dittrich (CDU) 1507, Lothar Seifert 923, Wolfgang Karsch (Freiwillige Feuerwehr) 709, Bernd Hauswald (Freie Wähler) 566 Stimmen.

Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichte, wurde der 2. Wahlgang am 4. Juli 1999 durchgeführt. Es traten an Dittrich und Karsch. Herr Seifert (24,9 %) und Herr Hauswald (15,3 %) traten nicht wieder an und forderten ihre Wähler auf, Herrn Karsch (19,1 %) zu wählen.

Ergebnis des 2. Wahlganges: von 5.317 Wählern stimmten 1.828 für Wolfgang Karsch und 1.624 für Volker Dittrich. Am 5. August wurde die Bürgermeisterwahl wegen Formfehlern annulliert. Es wurden Fehler bei den Unterstützungsunterschriften der Freiwillige Feuerwehr Bahratal für Herrn Karsch moniert. Eine neue Wahl zum 14. November wurde vorbereitet.

Die 18 Stadträte wurden vereidigt und die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses (9, davon 6 CDU/SPD, 1 PDS, 2 FW), des Technischen und Bauausschusses (9), des Aufsichtsrates Abwasser GmbH "Osterzgebirge" (6, davon 4 CDU/SPD, 1 PDS, 1 FW) und der Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft (6) entsprechend des Wahlergebnisses beschlossen. Die Stelle des **Hauptamtsleiters** wurde sachsenweit ausgeschrieben, die dann von Herrn Richter besetzt wurde.

Anfänglich wurde zusätzlich ein **Ortschaftsrat** eingerichtet, in dem Vertreter aller Ortschaften mit den Ortsvorstehern vertreten waren. Er hatte folgende Zusammensetzung: Bad Gottleuba CDU 6, PDS 1, Berggießhübel CDU 2, PDS 1, Freie Wähler 4; Bahratal CDU 4, Freiwillige Feuerwehr 3; Langenhennersdorf CDU 3, PDS 1, FW 3 Sitze. Dieser Rat hatte aber nur beratende Funktion und wurde nach einigen Jahren leider aufgelöst.

Bei der folgenden Wahl konnte sich kein Kandidat der Gemeinden durchsetzen. Am 14. November wurde die **Bürgermeisterwahl** wiederholt: Von den 4.936 Wahlberechtigten wählten 66 %, davon 55,56 % Herrn Wolfgang Karsch und 44,44 % Herrn Dittrich. Der ungeeignere Kandidat hatte gesiegt. Herr Dittrich hatte sich durch seine rigorose Art besonders bei den überstürzten Eingemeindungen nach Bad Gottleuba vor der Reform viele Sympatien verschert.

Am 2. Dezember trat der 1. Bürgermeister Wolfgang Karsch sein Amt an. Am 6. Dezember 1999 übergab Herr Dietrich die Amtsgeschäfte an ihn und am 16. Dezember 1999 erfolgte die Vereidigung des neuen Bürgermeisters im Stadtrat durch den stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Mutze.

Es kam, wie es kommen musste, am 23. August 2004 wurde der Bürgermeister Wolfgang Karsch vom Landratsamt Pirna wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Keine klare Linie für einen Sparkurs der fusionierten Doppelkurstadt und fehlende Durchsetzungskraft des Bürgermeisters erbrachten eine angedrohte Zwangsverwaltung durch das Landratsamt und wiederholte Rücktrittsforderungen des Stadtrates. Am 2. September 2004 ging in der Stadtverwaltung die schriftliche Mitteilung über die Versetzung des Bürgermeisters in den Ruhestand ein. Somit konnte ab diesem Tag die offizielle Wahlvorbereitung beginnen. Herr Karsch erklärte gegenüber dem stellvertretenden Bürgermeister Herrn Gollmann, keine Rechtsmittel gegen diesen Bescheid einzulegen.



Abb. 1.12.4: Bürgermeister Thomas Mutze. Foto: Stadtverwaltung.

Am 16. Januar 2005 erfolgte die neue Bürgermeisterwahl. Von 5.169 Wahlberechtigten beteiligten sich 2.932 Bürger (56,70 %) an der Bürgermeisterwahl.

Das Wahlergebnis lautete: Thomas Mutze (Dipl. Ing. Bauwesen, freie Wähler): 49,3 %, Martina Guske (PDS): 27,2 %, Markus Funken (Einzelkandidat): 23,5 %. Da auf keinen der Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen entfallen war, fand am 30. Januar 2005 der 2. Wahlgang statt.

Das Ergebnis 2. Wahlgang: 5.166 Wahlberechtigte, 1.416 Wähler, 102 ungültige Stimmen, 1.314 gültige, davon Thomas Mutze 1.132, Martina

Guske 133, Markus Funken 33, Sonstige 16.

Der 2. Bürgermeister hieß damit **Thomas Mutze** und er sollte der Stadt bis Ende 2018 ein guter Bürgermeister sein. Unter ihm stabilisierte sich die Verwaltung und der Haushalt. Die mit der Stadt verbundenen Gemeinden entwickelten sich.

Im Verwaltungsverband wurde **Herr Retzler in Liebstadt** und **Frau Kolba in Bahretal** zum Bürgermeister gewählt.

Thomas Mutze hatte rechtzeitig erklärt, dass er bei der nächsten Kommunalwahl 2019 als Bürgermeister nicht mehr zur Verfügung steht und somit musste am 13. Januar 2019 ein neuer Bürgermeister gewählt werden.

Die Wahl zum Bürgermeister 2019 zeigte folgendes Ergebnis: Wahlberechtigte: 4661; Wähler: 2702; Stimmenverteilung auf die Parteien und Wählervereinigungen im Stadtrat: CDU 2823, 6 Sitze, Linke 1547, 3 Sitze, AFD 1759 3 Sitze B90/ Die Grünen 284, 0 Sitze, Freie Bürger, 2088, 4 Sitze. 1 Sitz der AFD blieb unbesetzt.



Abb. 1.12.5: Bürgermeister Christian Walter. Foto: Stadtverwaltung.

Die Stimmenverteilung für die Bürgermeisterwahl: Madlen Rätze (CDU) 890, Christian Walter 1309, Chris Mathias Wolf 480 Stimmen. Es war also ein 2. Wahlgang am 3. Februar erforderlich.

Ergebnis 2. Wahlgang: Wahlberechtigte: 4678; Wähler: 2316; Ergebnis: Madlen Rätze (CDU) 749, Christian Walter; 1558 Stimmen.

Christian Walter erhielt die absolute Mehrheit und wurde am 16. Mai zum 3. Bürgermeister der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel vereidigt.

Es zeigte sich, dass die kommunale Arbeit in der neuen Stadt immer noch schwierig ist und durch subjektive Interessen und politische Zwänge beeinflusst wird. Der Bürgermeister Walter verfügte offensichtlich als Parteiloser über keine ausreichende Unterstützung im Stadtrat und in der Verwaltung. Er versuchte seine ganze Kraft für das Wohl in der Stadt einzusetzen, musste aber gesundheitlich geschwächt aufgeben. Am 16. September reichte er seinen Rücktritt beim Landrat ein und übernahm eine andere Tätigkeit. Mit ihm trat ein Teil des Stadtrates zurück und Frau Rätze übernahm als stellvertretender Bürgermeister und später nach Bestätigung, als Amtsverweser bis zur Neuwahl das Amt. Die Neuwahl wurde auf den 18. April 2021 festgelegt.

Die Wahl zum Bürgermeister 2021 wurden als Wahlvorschläge Thomas Peters, Michael Ullman und Madlen Rätze zugelassen. Die Wahl zeigte folgendes Ergebnis: Wahlberechtigte: 4606; Wähler: 2904; Die Stimmenverteilung für die Bürgermeisterwahl: Thomas Peters (CDU) 1601, Michael Ullman (AFD) 510, Madlen Rätze (EB) 752 Stimmen.



Abb. 1.12.6: Bürgermeister Thomas Peters. Foto: Stadtverwaltung.

Thomas Peters wurde damit im 1. Wahlgang mit 55,9 % der Stimmen zum 4. Bürgermeister der Stadt gewählt und ist seit dem 11. Mai 2021 im Amt.

Stimmenverteilung auf die Parteien und Wählervereinigungen im Stadtrat (Keine Neuwahl, Veränderungen durch Rücktritte und Ausscheiden): CDU 5 Sitze, Bürgervereinigung Bad Gottleuba-Berggießhübel 2 Sitze, Liste Freier Wähler 5 Sitze.

1.12.4 Feuerwehr der Stadt Bad Gottleuba Berggießhübel

Die ursprünglich 8 Feuerwehrstandorte der Stadt benötigten eine zentrale Kommandostelle und z. T. auch moderne Technik. Die Anschaffung allein von teurer neuer Technik konnte nicht die Lösung sein. Sie muss untergebracht, gewartet und gepflegt werden. Dazu benötigt man größere Räume und leistungsfähiges Personal. Das war in einigen Gemeinden nicht zu gewährleisten, denn es fehlte an jungen Nachwuchs und natürlich auch an den notwendigen Mitteln. Eine Konzentration der Feuerwehrstandorte war sinnvoll.

Bereits 2018 hatte sich die Stadtfeuerwehr zusammen mit der Stadtverwaltung über eine notwendige neue Organisation und mögliche neue Technik Gedanken gemacht, sowie sich theoretisch und praktisch mit den verfügbaren Alternativen befasst.

Nach einer Testveranstaltung wurden seitens aller Stadtfeuerwehren die Geräte der Fa. Interspiro befürwortet. Dank der Stadtverwaltung und dem Stadtrat konnte durch die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel die komplette Umstellung vollzogen werden. So stehen jetzt zeitgemäße Atemschutzgeräte in einer wesentlich leichteren Ausführung zur Verfügung, die den oft schweren Einsatz erträglicher macht.

Nach einer letzten erfolgreichen Ausbildungsmaßnahme mit Regionalleitstelle Dresden konnte die "**Ortsfeste Befehlsstelle Bad Gottleuba-Berggießhübel**" am 10. September 2018 in Betrieb genommen werden und unterhält seit 2018 eine Freiwillige Feuerwehr mit sechs Stadtteilfeuerwehren.

Insgesamt 125 aktive Mitglieder verrichten ihren Freiwilligen Feuerwehrdienst in der Stadt Bad Gottleuba-Berggießhübel. 55 Mitglieder zählen die Jugendfeuerwehren, 40 Mitglieder die Alters- und Ehrenabteilung. Sie ist verantwortlich für die Verwaltungsgemeinschaft Bad Gottleuba-Berggießhübel mit ihren Mitgliedsgemeinden die Stadt Liebstadt und der Gemeinde Bahretal.

Die Standorte der **Stadtteilfeuerwehren** befinden sich in den folgenden Stadtteilen:

Bad Gottleuba,
Berggießhübel,
Börnersdorf (mit Breitenau),
Langenhennersdorf (mit Bahra),
Markersbach (mit Hellendorf) und
Oelsen.

1.12.5 Entwicklung des Naturschutzes im Stadtgebiet

Im Verlaufe des 19. Jh.s wuchs das Bewusstsein für die Schutzwürdigkeit der Natur. Die ersten Naturschutzvereine sind in dieser Zeit entstanden, so zum Beispiel 1899 der Deutsche Bund für Vogelschutz, aus dem der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) hervorgegangen ist. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert setzten sich Naturschützer für größere Schutzflächen und großräumige Landschaftspflege ein und stellten Forderungen nach gesetzlichen Regelungen. Das Jahr 1906 gilt mit der Gründung der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen als der Anfangszeitpunkt für den staatlichen Naturschutz in Deutschland. Der Naturschutz im Nationalsozialismus war geprägt durch umfassende gesetzliche Neuregelungen, vor allem durch das 1935 erlassene Reichsnaturschutzgesetz. Das Gesetz galt in der BRD bis zum Erlass des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) 1976 als Landesrecht weiter. Ähnliche Regelungen wurden in der DDR erlassen.

Für die Schönheit und Attraktivität der Landschaft in der Region Bad Gottleuba-Berggießhübel spricht die große Anzahl der zu schützenden Objekte.

Auf eine Beschreibung der Lage der Denkmale wurde verzichtet, da sie in der "Rad- und Wanderkarte Bad Gottleuba-Berggießhübel und Umgebung" der Sachsenkartographie GmbH Dresden [1.48] eingezeichnet und somit leicht zu finden sind.

1.12.5.1 Naturschutzgebiete

1.12.5.1.1 Naturschutzgebiet um Oelsen

Zwischen beiden Weltkriegen hatte der **Landesverein Sächsischer Heimatschutz** um Oelsen und Bienhof große Flächen aufgekauft und praktizierte aktiven Naturschutz. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1948 der Landesverein Sächsischer Heimatschutz, wie alle Vereine enteignet und aufgelöst und diese Flächen z. T. bei der Bodenreform an landarme Bauern und Neubauern vergeben.

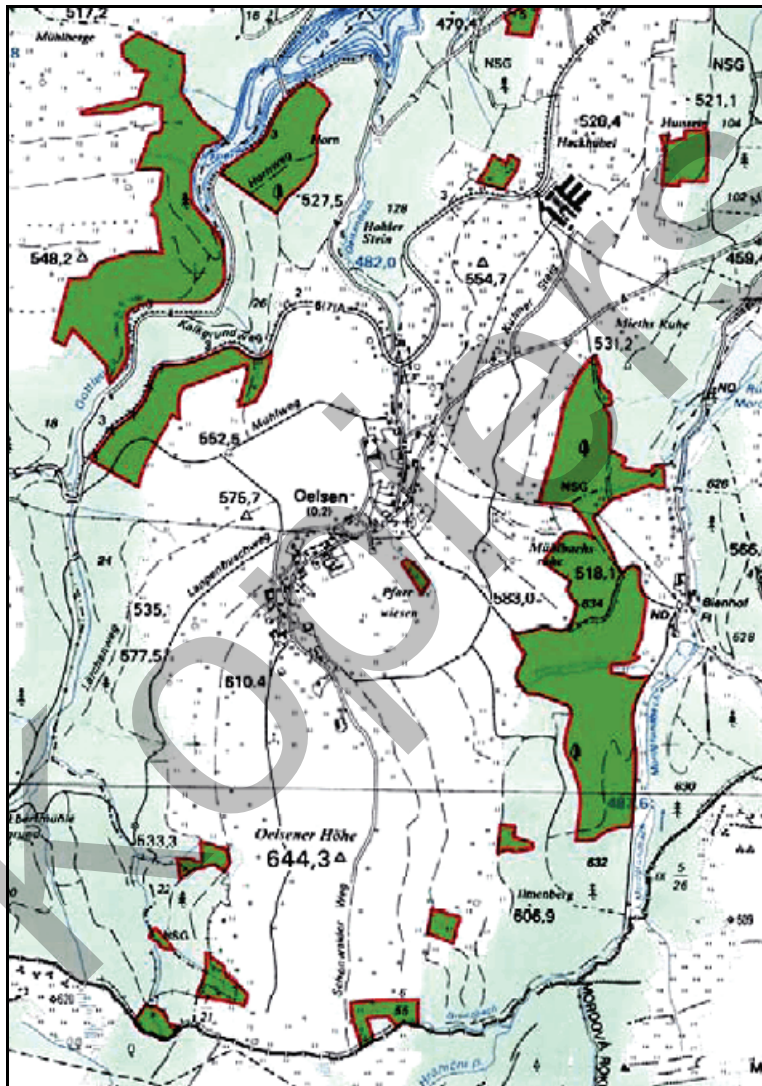


Abb. 1.12.7: Naturschutzgebiet Oelsener Wiesen 2003. Landesverein Sächsischer Heimatschutz.

Für einige der wertvollsten Wiesen wurde in den 1970er und 1980er Jahren eine naturschutzgerechte Pflege in die Wege geleitet. Es entstand in der DDR um 1970 das **Naturschutzgebiet Oelsen**, zunächst mit lediglich 9 Hektar, vorwiegend Waldflächen und einigen Bergwiesen. Der Naturschutz wurde bis zur Wiedervereinigung in erster Linie durch einige Enthusiasten und mit Unterstützung durch Studenten der TU Dresden betrieben.

1990 stellte der nach der Wiedervereinigung wieder entstandene Landesverein Sächsischer Heimatschutz einen Restitutionsantrag, der aber abgelehnt wurde [1.30].

Die Flächenpflege übernahmen nun eine Beschäftigungsgesellschaft und die neu gegründete Agrargenossenschaft Gottleuba.

1998 wurde der östliche Teil des schon zu DDR-Zeiten ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes abgetrennt und als **Landschaftsschutzgebiet (LSG) Unteres Osterzgebirge** neu ausgewiesen. Nach und nach konnte der Landesverein Sächsischer Heimatschutz seine ehemaligen Flächen zurückerwerben und zum Naturschutzgebiet erklären.

Das seit 2003 vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz betreute Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben "**Wiederherstellung artenreicher Bergwiesen im Osterzgebirge**" widmet sich der Wiederherstellung und Ausweitung dieser artenreichen Bergwiesen um Oelsen und Bienhof. Die

Äcker werden von der Gottleubaer Agrargenossenschaft Weideland naturschutzgerecht behandelt, unter anderem durch den Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Dazu gehört auch die

Entwicklung eines abgegrenzten Wegenetzes in Zusammenarbeit mit den tschechischen Nachbarn. Schwere Schäden erlitten die Bergwiesen unter dem **Špicák (Sattelberg)** ab 2003 durch die Autobahn A17. Bereits während des Baus gingen von dem Großprojekt trotz Wildbrücke erhebliche Belastungen aus. Galt das östliche Ost-Erzgebirge bislang als sehr ruhige Zone mit geeignetem Lebensraum für störungsempfindliche Tierarten, so hat sich innerhalb eines breiten Korridors dieser Vorzug in sein Gegenteil verkehrt.

Ein weiteres Problem entstand mit der Grenzöffnung nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zum Schengener Abkommen 2006. Da der Špicák wegen seiner hervorragenden Aussicht schon in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ein beliebtes Wanderziel war, hat der Strom der Wanderer zu diesem Aussichtspunkt seitdem und zu den Wiesen stark zugenommen. Da keine offiziellen Wanderwege vorhanden sind, entsteht in den geschützten Wiesen ein immenser Schaden.

Eng beieinander wachsen hier vielfältige Arten der Bergwiesen, wie Bärwurz, Alantdistel, Weicher Pippau und Perücken-Flockenblume, Berg-Platterbse, Arnika, Wald-Läusekraut, Breitblättrige Kuckucksblume, Sumpf-Dotterblume, Sumpf-Pippau, Wollgras, Sumpf-Veilchen und Kleiner Baldrian. Zu den auffälligen Besonderheiten des Gebietes zählen Trollblume, Färberscharte, Kugelige Teufelskralle und Sibirische Schwertlilie (ausführlicher im Teil 11 der Geschichte der Stadt).

Hier einige Kostproben von den Oelsener Wiesen:



Abb. 1.12.8: Alant mit Pfaue 2005.



Abb. 1.12.9: Rotschwengelgras 2006.

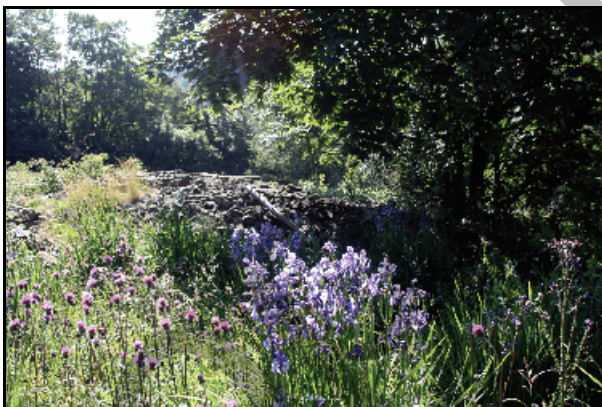


Abb. 1.12.10: Sibirische Lilie 2006.



Abb. 1.12.11: Wollgras 2006.

1.12.5.1.2 Naturschutzgebiet Hochstein/Karlsleite

Auf dem Gebiet des Hochsteins wurde seit dem 14. Jh. Eisenerzbergbau betrieben. An Steilhängen des Hochsteins suchten Bergleute mit geringem Aufwand oberflächlich das Gebiet ab, um Hinweise auf anstehende Erzadern zu bekommen, in der Hoffnung, diese auch im Tagebaubetrieb abbauen zu können. Der nördliche und mittlere Teil der Karlsleite zeigt dieses Vorgehen sehr deutlich. Kleine Halden, Bingen und Stollenmundlöcher sind bereits vom Weg aus zu beobachten. Besonders das Magneteisenerz war von Interesse, brachte es doch höchste Ausbeute an Eisen. Deutschlandweit sind nur sehr wenige solcher Fundorte vorhanden (siehe Teil 3 der Stadtgeschichte).

Der Bergbau erstreckte sich bis zum Brand an der Gersdorfer Flurgrenze (Kohlhau) und entsprechend umfasst das **Naturschutzgebiet Hochstein/Karlsleite** auch zwei Teilflächen von insgesamt ca. 21 ha:

1. das Gebiet des Hochsteins und
2. die Gehölzinsel zwischen Hochstein und Brand auf dem Gebiet der ehemaligen Carlszeche mit dem einzigen z. T. erhaltenen Kalkschneller des Gebietes

Um 1888 wurde hier die Bergbautätigkeit eingestellt. Die vorhandenen Bergbauzeugnisse in Form von Stollen und Schächten sind nicht nur montanhistorisch interessant, sondern bieten Fledermäusen ein einzigartiges Winterquartier. Allgemein verbreitet sind Breitflügelfledermaus, Kleine Bartfledermaus und Braunes Langohr. Die **Kleine Hufeisennase** hingegen, hat hier noch eines der stabilsten und bedeutendsten Vorkommen der ganzen Bundesrepublik.

Der Wald besteht aus Berg- und Spitz-Ahorn, Rot-Buche, Sommer- und Winterlinde, Trauben-Eiche, Gemeiner Esche, Berg-Ulme und reichlich Hainbuche. Typisch für diese Waldgesellschaft sind Draht-Schmiele, Schattenblümchen, Maiglöckchen, Wiesen-Wachtelweizen und Heidelbeere im Felsbereich. Die Bodenflora zeigt in der reichsten Ausbildung u. a. Wald-Bingelkraut, Hohlen und Mittleren Lerchensporn, Zwiebel-Zahnwurz, Frühlings-Platterbse, Waldmeister, Haselwurz, Goldnessel und nicht zuletzt das seltene Leberblümchen. Eine kleine Waldwiese bereichert das Schutzgebiet, Standort für Wärme und Trockenheit liebende Arten wie Hain-Wachtelweizen, Bärenschole, Kronwicke und Färber-Ginster.



Abb. 1.12.12: Tagestolln.



Abb. 1.12.13: Hainwachtelweizen am Waldrand des Hochsteins 2005.

Auf ärmeren Standorten ist dann entsprechend mehr Waldreitgras, Schmalblättrige Hainsimse und Fuchs-Kreuzkraut vertreten. Für den Strauchbereich dieser bodensauren Buchenmischwälder sind Eberesche, Faulbaum und Hirsch-Holunder typisch, in der eher artenarmen Bodenflora treten meist Drahtschmiele, Maiglöckchen, Heidelbeere, Schmalblättrige Hainsimse, Wiesen-Wachtelweizen, Fuchs-Kreuzkraut, Wald-Habichtskraut und Purpur-Hasenlattich auf.

1.12.5.2 Flächenhafte Naturdenkmale

In dem Stadtgebiet gab es 2021 folgende **flächenhaften Naturdenkmale** (FND) [1.50]:

Nr.	Bezeichnung des FND	Gemarkung	Bedeutung	ha
SSZ007	Markersbacher Granit 50° 51 37,6"N, 14° 0 7,3"O	Markersbach	Granitstock aus dem Karbon (Zinnerzzwitter)	
SSZ 011	Magnetitskarn Berggießhübel 50° 52 9"N, 13° 57 37"O	Berggießhübel	Magnetitskarn mit Magnetit	1,4
SSZ 013	Langenhennersd. Wasserfall 50° 53 46,9"N, 13° 59 34"O	Langenhennersdorf	Wasserfall des Langenhenners- dorfer Baches	0,2
SSZ 017	Strudellöcher Forellensteig	Berggießhübel/Cotta	Sandsteinblöcke mit Strudellö- chern	0,2
SSZ 023	Turmalingranit bei Cratza 50° 50 6,7"N, 13° 58 52,4"O	Gottleuba	zertrümmerter Turmalingranit	0,7
SSZ 024	Labyrinth Langenhennersdorf	Langenhennersdorf /Leupoldishain	Zerklüftete Felsgruppe mit Höh- lungen	

SSZ030	Zauschengrund Bahratal 50° 49 59,3"N, 14° 1 3,7"O	Markersbach	alter Bestand von Fichten und Kiefern	
SSZ 031	Kachemoor Markersbach 50° 49 46,2"N, 14° 0 20,9"O	Markersbach	Letztes Moor im sächs. Elbsandsteingebirge	
SSZ 032	Poetengang Gottleuba 50° 52 0,9"N, 13° 56 42,1"O	Giesenstein/Berggießhübel	Exponierter Hang mit Ahorn und Hainbuche	3,1
SSZ 039	Feldgehölz Giesenstein 50° 51 31,9"N, 13° 56 30,8	Giesenstein	Bergbusch als Biotopinsel	3,6
SSZ 048	Trockenhang Hartmannsbach 50° 50 8,5"N, 13° 54 34,7"O	Hartmannsbach	Artenreicher Trockenhang	1
SSZ 053	Feuchtsenken Markersbach 50° 50 10,3"N, 14° 0 29,1"O	Markersbach	Künstlich mit Moorcharakter	0,3
SSZ 057	Hohler Stein bei Oelsen 50° 49 9,2"N, 13° 55 46,6"O	Haselberg	Markantes Felstor im Gneis	1,5
SSZ 082	Wiese am Haselberg 50° 50 23,7"N, 13° 56 16,3"O	Haselberg	Artenreiche Rotschwingelwiese	0,7
SSZ 149	Buchenberg bei der Klarens- wiese 50° 51 44,7"N, 13° 58 18"O	Berggießhübel	120 Jahre alter Hainsimsen-Buchenwald	1,5
SSZ 150	Rotbuchen-Altholz am Zwei- weg 50° 51 12,5"N, 13° 59 3,1"O	Berggießhübel	120 Jahre alter Hainsimsen-Buchenwald	3,2
SSZ 158	Quellhang Hartmannsbach 50° 49 54,4"N, 13° 54 38,5"O	Hartmannsbach		5
SSZ 159	Rehwiese Hartmannsbach 50° 50 8,6"N, 13° 54 26,9"O	Hartmannsbach		2,8
SSZ 160	Hainwiese Oelsen 50° 49 0,8"N, 13° 55 58,9"O	Oelsen		2,6

Tabelle 1.5: Flächenhafte Naturdenkmale im Stadtgebiet Bad Gottleuba-Berggießhübel

Im Folgenden sollen einige der **flächenhaften Naturdenkmale** näher beschrieben werden:

1.12.5.2.1 *Magnetitskarn*

Das **flächenhafte Naturdenkmal Magnetitskarn** befindet sich südöstlich von Berggießhübel am Kohlweg 400 m oberhalb der Eisenstraße und umfasst das Martinslager mit dem Martinschacht. Für den Laien ist es durch eine Vielzahl von Halden und Bingen im gesamten Waldgebiet zu erkennen. Im Zentrum liegt der versiegelte Martinsschacht mit der Schachtplombe (siehe Teil 3 der Geschichte der Stadt). Der 75 m tiefe Schacht ist das dritte Lichtloch des über 1000 m langen Tiefen Zwieseler Erbstollens. Es hat eine Fläche von 1,4 ha. Nach der Einstellung des Bergbaus hat sich in dem Gebiet ein wertvoller Rotbuchenbestand entwickelt.

Magnetitskarn ist ein Eisenerz, das durch Kontaktmetamorphose in Kalklagern entstanden ist. Reines Magnetit besteht aus reinem Eisenoxid, mit ca. 70 % Eisen. Es kann aus Kalksilikaten, Kalksilikathornfelsen, Granatfelsen und Magnetit bestehen. Entstanden ist das Lager durch die Kontaktwirkung bei der Entstehung des Markersbacher Granits.

1.12.5.2.2 *Turmalingranit Gratza*

Das **flächenhafte Naturdenkmal Turmalingranit** liegt links neben der Bahra an einem kleinen Steinbruch an der Talstraße von Hellendorf nach Markersbach am linken Ufer der Bahra unterhalb des Sportplatzes und ist Teil des Markersbacher Granits auf dem sich die bekannte Uranlagerstätte befindet. Der glimmerarme Granit setzt sich im Wesentlichen aus Quarz, Feldspat und **Turmalin** in stengelartiger Ausbildung zusammen. Der Edelstein Turmalin besitzt unterschiedliche äußerliche Erscheinungsformen und Farben. Urspr. versperrte der Felsrücken hier das Tal und der Weg ging auf dem rechten Talhang von Hellendorf nach Markersbach. Die heutige Straße entstand erst 1820.



Abb. 1.12.14: Schachtplombe des Martinschachtes.

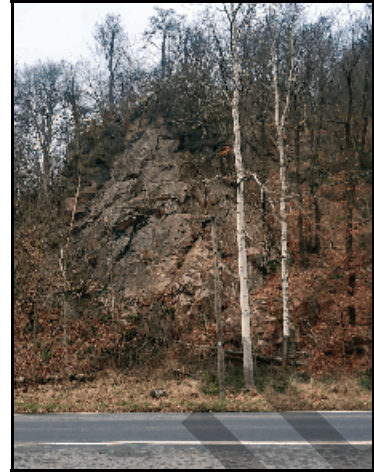


Abb. 1.12.15: Naturdenkmal Markersbacher Turmalingranit.

1.12.5.2.3 Labyrinth Langenhennersdorf

Das **flächenhafte Naturdenkmal Labyrinth** liegt auf den Gemarkungen Langenhennersdorf und Leupoldishain und ist 3,5 ha groß. Es liegt links neben der Hohen Straße (S169) von Langenhennersdorf nach Hermsdorf. Es ist eine stark erodierte und zerklüftete Felsgruppe mit zahlreichen Höhlungen und deswegen geschützt. Die Reihen von Höhlungen gehen auf Sandnester im Stein zurück, die ausgelaugt worden sind (siehe Abb. 1.12.17). Das Labyrinth gehört zu den beliebtesten Besucherzielen in der Region. Durch die engen und leicht zugänglichen Schlüchte und Felsen, die z. T. mit Leitern zugänglich sind. Neben dem Labyrinth liegt der leicht zugängliche **Bernhardtstein**.



Abb. 1.12.16: Kinder im Labyrinth.



Abb. 1.12.17: Interessante Felsauswaschungen.

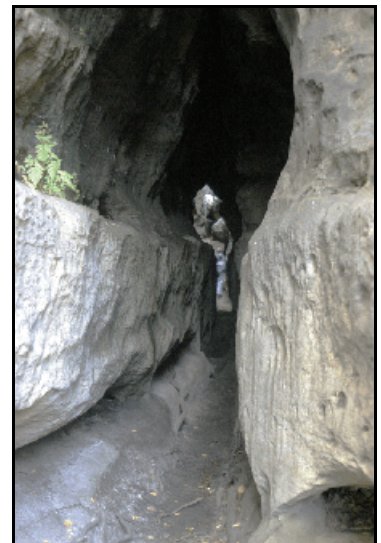


Abb. 1.12.18: Lange Felsspalten und -gänge.



Abb. 1.12.19: Der Weg zum Bernhardtstein.



Abb. 1.12.20: Blick vom Bernhardtstein zum Königstein.

1.12.5.2.4 Poetengang

Das **flächenhafte Naturdenkmal Poetengang** liegt am ca. 1 km langen Wanderweg von Berggießhübel nach Giesenstein rechts der Gottleuba. Seinen Namen hat der Poetengang durch die Badegäste, den Dichter Christian Fürchtegott Gellert und dem Schriftsteller Gottlieb Wilhelm Rabener, an die die Sandsteintafel erinnert, die von dem damaligen Besitzer des Kurbades Berggießhübel von Leyßer 1829 den beiden Gästen gewidmet wurden. Die Dichterbank, die Tafel und die Wegsäule wurden 2020 durch den Gebirgsverein mit Fördergeldern restauriert.



Abb. 1.12.21: Der Eingang zum Poetengang mit der Tafel für den "Montanhistorischen Wanderweg". dahinter die historische Wegsäule.



Abb. 1.12.22: Alte Wegsäule mit der Aufschriften: "WILLKOMMEN FREUND IN DEM POETENGANG" und "ERHOLUNG U. SCHATTEN FINDEST DU HIER"; Restaurierung 2020 durch Matthias Kajer.



Abb. 1.12.23: Die im Jahre 2020 durch die Initiative des Berggießhübler Gebirgsvereins restaurierte Steinbank und Tafel von 1829 für die Dichter Gellert und Rabener.



Abb. 1.12.24: Die Erinnerungstafel zum Besuch des sächsischen Königs im Jahre 2011.

Das Natudenkmal wird durch die Gottleuba und einen Steilhang begrenzt, auf dem prächtige Exemplare von Bergahorn, Hainbuche, Sommerlinde und Spitzahorn stehen. Der Flusslauf mäandert durch das geringe Gefälle in der Aue und hat besonders durch das Hochwasser von 2002 wieder seine natürlichen Geröllflächen erhalten. Interessant ist der ehemalige Spannteich der Hänسلمühle, in dem man geschützte Exemplare des Feuersalamanders, Unken und Frösche beobachten kann. Die Hänسلمühle ist die Nachfolgeeinrichtung eines alten Hammerwerkes und war bis zum Hochwasser 1957 als Schneidemühle in Betrieb.

Über diesen Steilhang gelangt man entlang der so genannten **Hexenstufen** auf die darüber liegende Hochfläche zum Zechenweg zwischen Berggießhübel und Giesenstein oder zur Panoramahöhe.



Abb. 1.12.25: Die Allee über den Hexenstufen zum Zechenweg und zur Panoramahöhe.



Abb. 1.12.26: Die Erläuterungstafel am Zechenweg, der hier Teil des "Montanhistorischen Wanderweges" ist.

1.12.5.2.5 Strudellöcher am Forellensteig

Am Ortsausgang von Zwiesel Richtung Langenhennersdorf links an der Staatsstraße 174 beginnt der Forellensteig. Der Steig führt am rechten Ufer der Gottleuba durch ein Flussgebiet, das durch die Erosion mit großen Lockersteinen ein eindrucksvolles Naturschauspiel bildet. Nach ca. 600 m befindet sich im Fluss ein großer Sandsteinblock mit einem 2 m tiefen Strudelloch (Abb. 1.12.27).

Es verdankt seine Entstehung der Mahlbewegung von "Mahlsteinen" der eiszeitlichen Schmelzwässer. In der Nähe befinden sich weitere kleine Strudellöcher. Durch die nebenstehende Erläuterungstafel ist das **flächenhafte Naturdenkmal Strudellöcher** nicht zu übersehen. Es ist nicht möglich, das große Strudeloch direkt von der Straße aus zu erkunden.



Abb. 1.12.27: Die Strudellöcher in der Gottleuba 2006.



Abb. 1.12.28: Am Forellensteig 2006.

1.12.5.2.6 *Langenhennersdorfer Wasserfall*

800 m nordöstlich der Gaststätte Waldburg neben der Staatsstraße 174 mündet der Langenhennersdorfer Dorfbach mit einem 9 m hohen Wasserfall rechts in die Gottleuba.



Abb. 1.12.29: Der 9 m hohe Wasserfall 2006.

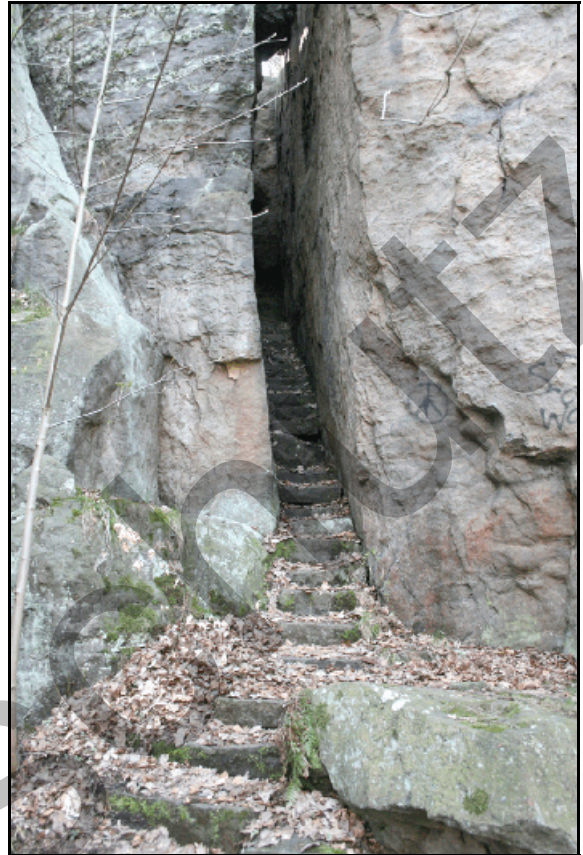


Abb. 1.12.30: Der Eingang zur Zwergenhöhle 2006.

Entstanden ist das **flächenhafte Naturdenkmal Langenhennersdorfer Wasserfall** durch die im Vergleich zum Dorfbach größere Tiefenerosion der Gottleuba. Wirklich beeindruckend ist er nur nach der Schneeschmelze oder größeren Gewittern. Trotz seiner vergleichsweise geringen Höhe ist er der höchste natürliche Wasserfall des Elbsandsteingebirges. Er ist besonders dadurch bekannt geworden, weil er durch die Klüfte und Höhlen (**Zwergenhöhle**) an seiner Flanke Eingang in die Sagenwelt gefunden hat.



Abb. 1.12.31: Der Mühlsteintisch unterhalb des Wasserfalls.



Abb. 1.12.32: Blick von der Straße.

1.12.5.2.7 Kachemoor Markersbach

Das **flächenhafte Naturdenkmal Kachemoor** ist das letzte im sächsischen Elbsandsteingebirge erhaltene Moor und hat eine Größe von ca. 1 ha. Es liegt an dem Wanderweg von Buchenhain zum Zeisigstein unterhalb des Schwert-A-Weges an der Kache mitten im Wald versteckt.



Abb. 1.12.33: Blick auf das kleine Kachemoor mit Wollgras 2011.



Abb. 1.12.34: Wollgras im Kachemoor 2011.



Abb. 1.12.35: Sonnentau im größeren Abstand. Es sind so viele Pflanzen, dass der Bewuchs rötlich erscheint 2011.



Abb. 1.12.36: Sonnentau. Zu erkennen sind die Kleberöpfchen zum Fangen der Insekten.

Ein derartiges Biotop kann natürlich nur entstehen und sich halten, wenn es absolut geschützt liegt, d. h. wenn es nicht bekannt ist. Also nicht weiter sagen.

1.12.5.2.8 Hohler Stein bei Oelsen



Abb. 1.12.37: Der "Hohle Stein" bei Oelsen, ein Felsentor im Gneis 2008.

Der Oelsenbach hat sich unterhalb der Staatsstraße von Gottleuba nach Breitenau bis zur Mündung in die Talsperre Gottleuba tief in den Gneis des Gebirges eingegraben.

An dem oberen Teil des rechten Erosionshangs hat sich inmitten von Klippen durch natürliche Verwitterungsprozesse ein Felstor von ca. 3 m Höhe und 4 m Breite gebildet, das **flächenhafte Naturdenkmal Hohler Stein** (Abb.). Bemerkenswert ist außerdem der Laubwaldbestand der Umgebung mit Traubeneiche, Rotbuche und Eberesche.

Zu erreichen ist der Hohle Stein von der Staatsstraße nach Oelsen (Kilometer 4,7. Achtung, keine Parkmöglichkeit).

1.12.5.2.9 *Rehwiese, Quellwiese und Trockenhang Hartmannsbach*

Ein landschaftlich sehr reizvolles Tal haben sich auch die Bahre und ihre Nebenbächlein (Wingendorfer Bach und Gersdorfer Bach) gegraben. Die Bahre entspringt nördlich des Breitenauer Pfarrberges. Ihr Quellbereich ist der **Eisengrund**. Der Name beruht auf den früher zahlreichen Transporte von Eisenerz von Berggießhübel zu den Hammerstandorten an der Müglitz. Sehr schön erhalten ist hier im Eisengrund noch die typische, durch zahlreiche **Steinrücken** gekennzeichnete Waldhufenflur von Börnersdorf. Der Bewuchs der Lesesteinwälle besteht überwiegend aus Eberesche, Esche und Ahorn, beigemischt sind Kirsche, Hasel, Schlehe sowie verschiedene Weißdorn- und Wildrosenarten. Traubenkirsche, Schneeball, Roter und Schwarzer Holunder tragen zum optischen Reiz der Steinrücken bei. Dort, wo die Straße Börnersdorf - Hartmannsbach die Bahre überquert, befindet sich ein Komplex von drei Flächennaturdenkmalen:

Am steilen **flächenhaften Naturdenkmal Trockenhang Hartmannsbach** gedeiht eine artenreiche Rotschwingelwiese mit Wärme- und Magerkeitszeigern wie Pech-Nelke, Hain-Wachtelweizen, Kreuzblümchen, Thymian, Kriechender Hauhechel, Zickzack-Klee und Jakobs-Kreuzkraut. Mehrere dieser Hügellandspflanzen erreichen hier ihre regionale Höhengrenze, während andererseits auch Berglandsarten wie Perücken-Flockenblumen vorkommen.

In der feuchten Bachaue, dem **flächenhaften Naturdenkmal Rehwiese**, gedeihen unter anderem noch einige Exemplare der Trollblume. Selbst in ihren Kerngebieten um Oelsen hält der Rückgang an. Um so wichtiger ist es, den verbliebenen Beständen besonderen Schutz zu gewähren.

Darüber liegt das **flächenhafte Naturdenkmal Quellwiese**.

1.12.5.3 **Natur-Baumdenkmale**

Im Bereich der Stadt existieren z. Z. nur noch vier geschützte Baumdenkmale (siehe [1.51]).

Nr.	Bezeichnung	Gemarkung	Bedeutung
SSZ 009	Kastanie im Oelsengrund	Oelsengrund	Hofbaum der wüsten Siedlung mit 4 markanten Einzelstämmen
SSZ 010	Sommerlinde im Oelsengrund	Oelsengrund	Linde der ehemaligen Clemensmühle im Oelsengrund
SSZ 055	Prachtbuche bei der Panorama-höhe (Abb. 1.12.39)	Berggießhübel	32 m hohe Rotbuche mit 6 m Umfang an der Hellendorfer Straße
SSZ 100	Zwei Bergahorne in Bienhof	Bienhof	
SSZ 102	Hoflinde Fischermühle	Hartmannsb.	Linde neben Wohnhaus
SSZ 103	Kastanie Oelsener Höhe (Abb. 1.12.38)	Oelsen	Dominante einzeln stehende Kastanie
SSZ 104	Linden bei Mieths Ruhe	Gottleuba	Linden über Mordgrund

Tabelle 1.6: Baum-Naturdenkmale im Raum Bad Gottleuba-Berggießhübel

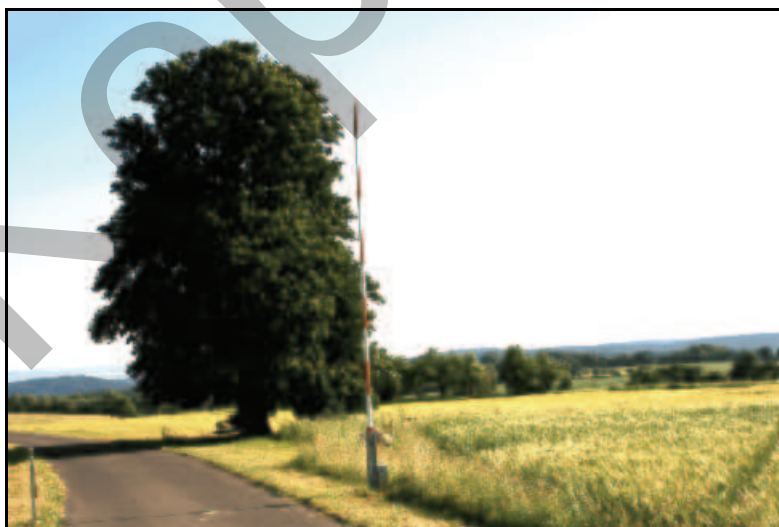


Abb. 1.12.38: Die Kastanie auf der Oelsener Höhe 2008.



Abb. 1.12.39: Die Prachtbuche an der Hohen Straße.

1.13 Anhang

1.13.1 Klima und Wetterkapriolen

Mit den Zeilen möchten wir uns nicht an den z. Z. aktuellen Klimadiskussionen beteiligen, denn das Wetter beobachtet jeder Bürger und fühlt sich dadurch berechtigt sachkundig zu sein. Es gibt jedoch kaum ein Problem, was so vielschichtig ist, wie das Wetter und auch die modernsten wissenschaftlichen Modelle sind bei den Voraussagen immer noch unsicher.

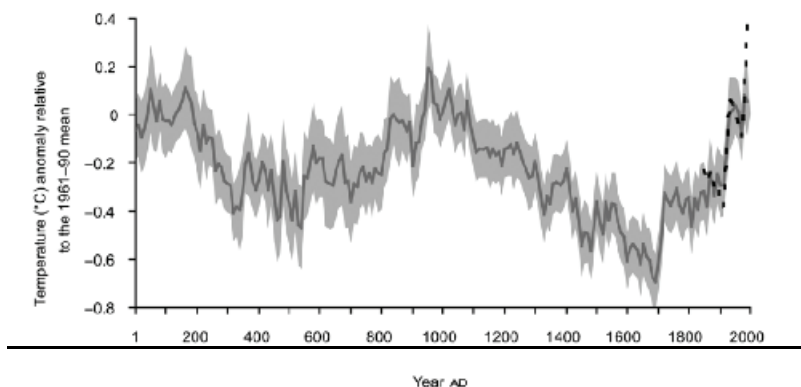


Abb. 1.13.1: Temperaturabweichung von dem Mittelwert in den letzten 2000 Jahren auf der nördlichen Hemisphäre nach Ljungquist 2010 [1.46].

Wir möchten nur zeigen, dass Klimaveränderungen auch schon in der Vergangenheit stattfanden und dass sie offensichtlich einfach zum Wesen unseres Planeten gehören. Klima ist ein globales System und dahinter verbirgt sich des Pudels Kern, denn Umweltschutz ist teuer. Feinstaub, NO_x , FCKW und ähnliche umweltschädliche Verbindungen, die der Mensch verursacht und in die Umwelt bringt, sind möglichst zu vermeiden und denn die Natur ist für jeden Menschen schützenswert. Wenn im Ergebnis der Diskussion eine Verringerung dieser Emissionen und der Umweltverhältnisse erreicht wird, dann ist

diese Diskussion immer sinnvoll und trägt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse bei.

Das Klima der Erde unterliegt natürlichen Schwankungen, wie man auf der Abbildung 1.13.1 zu den jährlichen Mitteltemperaturen auf der nördlichen Hemisphäre sehen kann.

Man erkennt die **Römische Wärmephase** (um das Jahr 0), die **frühmittelalterliche Kältephase** (um 500 n. Chr.), die **mittelalterliche Wärmephase** (um 1000 n. Chr.), die „**Kleine Eiszeit**“ (um 1500 n. Chr.) und die aktuelle Wärmephase. Der graue Bereich stellt den Unschärfenbereich der Ergebnisse dar. Andere Quellen zeigen ähnliche Ergebnisse.

In der mittelalterlichen Wärmephase waren die durchschnittlichen Temperaturen über Jahrhunderte (900 bis 1200) hinweg ähnlich hoch, wie die heutigen. Dadurch wurde z. B. die Besiedlung Islands (847) und Grönlands (999) durch die Wikinger, sowie der Weinanbau in Schottland möglich.

In den Jahren 1300 bis 1800 gab es eine ausgesprochene Kälteperiode, in der küstennahe Bereiche der Nord- und Ostsee komplett zufroren. In den Jahren 1315 bis 1317 kam es aufgrund des Wetters zu gravierenden Hungersnöten, in denen sogar Menschenfresserei zu verzeichnen war.

Deutlich ist die starke Erhöhung der Mitteltemperatur auf der nördlichen Halbkugel in den letzten Jahren. Die Ursache für diese Temperaturschwankungen sind jedoch nicht vollständig geklärt. Die Treibhausgase (Gase wie z. B. Kohlendioxid, Wasserdampf, Methan und Schwefeldioxid, die mit der Sonnenstrahlung reagieren und sie nicht ungehindert passieren lassen) und die Luftverschmutzung (Vergrößerung der Absorption in der Luft und auf den Schnee- und Eisflächen) können nicht allein für diese Veränderungen verantwortlich gemacht werden. Unbestreitbar ist jedoch, dass sie die Temperatur der Atmosphäre beeinflussen.



Abb. 1.13.2: Am 4. Advent 2015 blühte die Japanische Kirsche in Dresden.

Aus diesem Grunde muss jede Verringerung der Emission von Treibhausgasen und Staub unterstützt werden. Dabei rückt das Methan, durch die 25fach stärkere Wirkung im Vergleich zum Kohlendioxid, immer mehr ins Blickfeld und damit die Viehwirtschaft.

Die Archive sind voll von Hinweisen zu solchen Wetterkapriolen und Temperaturveränderungen, die abgeschwächt schon in der Vergangenheit auftraten. Durch die dramatische Umweltverschmutzung und den Anstieg der schädlichen Emissionen aber gehen heute die Veränderungen schneller vor sich, als früher und die Auswirkungen sind durch die dichtere Besiedlung und sensiblere Infrastruktur katastrophaler.

Aber lokale Katastrophen in der Landwirtschaft verursachen heute durch die Globalisierung der Wirtschaft keine Hungernöte mehr.

Bekannt ist, dass der Dezember 2015 der wärmste seit über 50 Jahren war. Es blühten einige Frühlingsblüher und die Japanische Kirsche.

Einige **Beispiele für Wetterkapriolen** der Vergangenheit in unserer Region:

Die älteste Mitteilung stammt aus dem Jahre 1315. Es wird über drei Jahre von großen Überschwemmungen berichtet, die Äcker konnten nicht bestellt werden. In der Hungersnot vermehrten sich die Wölfe.

Im Januar 1328 blühten die Bäume, im Mai wurden die Feldfrüchte geerntet und im Juli war Weinlese. Im Jahre 1400 regnet es von Gregorius (12. März) bis zum Lampertitag, ein halbes Jahr hindurch täglich.

1410 herrschte von Martini (11. November) bis Lichtmeß (2. Februar) ein so strammer Winter, dass alle Flüsse vom Grund ausfroren. 1416 froren alle Mühlen ein und man musste das Getreide rösten, stampfen oder sonst wie zubereiten. Man verzehrte sogar Eicheln. Im April 1420 blühten die Rosen, Erdbeeren und Kirschen reiften.

Am 22. Juli 1432, nach einem harten Winter gab es große Schneefälle, fürchterliche Regengüsse und Hochwasserfluten. Die gesamte Ernte wurde vernichtet. Die Folge war eine große Hungersnot. Vom 15. August 1464 an regnete es fast ununterbrochen bis Mitte November. Roggen und Weizen verdarben.

Im Januar des Jahres 1478 blühten die Obstbäume. Dafür war es im August schon wieder sehr kalt. 1540 setzte eine 19 Wochen lang währende Dürre ein. Am 16. April warf es Schloßen wie Hühnereier groß. 1555 zu Weihnachten war so warmes Wetter, dass die Kinder barfuß gehen konnten.

1.13.2 Einwohnerzahlen und Ersterwähnungen der Gemeinden der Stadt

Die Einwohnerzahlen sind nach Blaschke für 1764, 1871, 1910, 1957, 1995 [1.7] und 2010 angegeben. Nach 2015 basieren die Angaben auf Angaben der Stadtverwaltung. Die Ersterwähnungen sind Meiche [1.39] entnommen.

heutiger Ortsname	hist. Bezeich.	1764	1871	1910	1957	1995	2010	Erw.
Stadt Bad Gottleuba	Gotlauia	58	914	1414	3501	2099	1640	1363
Bahra (seit 1971 zu Langenhennersdorf)	Bar Hammer	4	312	261	344	-	-	1524
Stadt Berggießhübel	Gießhobel	54	1161	1327	2032	1768	1787	1450
Bienhof (seit 1859 zu Oelsen)	Bünhoff			-	-	-	-	1503
Biensdorf (seit 1994 zu Liebstadt)	Behemersdorf	24	164	179	217	-	-	1340
Berthelsdorf (seit 1973 zu Liebstadt)	Bertilstorff	21	136	120	133	-	-	1455
Börnersdorf (seit 1997 zu Gottleuba)	Bernerstorff	36	400	389	503		321	1439
Breitenau (seit 1997 zu Gottleuba)	Breitenow	39	322	365	409		172	1403
Burkhardswalde	Burgharcwalde	30	512	700	782			1400
Döbra (seit 1994 zu Liebstadt)	Dobran	27	359	295	352	-	-	1376
Erdmannsdorf (wüst seit 1445)	Ertmersdorf	-	-	-	-	-	-	1379
Friedrichswalde		40	437	327	449			1311
Gersdorf (1900 aus Obergersdorf und Untergersdorf)	Gerhardisdorf	46	541	526	612			1299
Giesenstein (seit 1936 zu Gottleuba)	Gissenstein				-	-	-	1551
Göppersdorf	Gotfridestorf	28	266	374	386	250		1437
Goes (seit 1994 zu Dohma)	Goszow	21	248	325	305			1350
Großbröhrsdorf (seit 1994 zu Liebstadt)	Rudigersdorf	39	330	450	504			1547

Hartmannsbach (seit 1936 zu Gottleuba)	Hartman-spach	29	316	345	-	-	-	1412
Haselberg (1936 zu Gottleuba)	Haselperge				-	-	-	1445
Heidenholz (wüst seit 1515)	Heidenholz	-	-	-	-	-	-	1515
Hellendorf	Heldisdorf	23	348	401	579	400	385	1379
Hennersbach (1934 zu Börnersdorf)	Heinrichspach	14	137	112	-	-	-	1403
Herbergen (1973 zu Liebstadt)	Herbergen	15	104	111	132			1455
Langenhennersdorf	Henriciuilla	41	816	1186	1391	1030	954	1356
Lichtenberg (wüst seit 15..Jh.)		-	-	-	-	-	-	1727
Stadt Liebstadt	Libenstat	64	857	707	950	1534		1286
Markersbach	Marquardivil-la,	28	444	462	645	550	343	1363
Oelsen (seit 1997 zu Gottleuba)	Olesnice	39	319	336	384	241	206	1169
Oelsengrund (seit 1950 zu Breitenau, wüst seit 1973)	Oißengrund	3	71	53	-	-	-	1537
Ottendorf	Tutendorph	32	403	520	597	579		1262
Seitenhain (1973 zu Liebstadt)	Seypenhayn	14	121	109	114	-	-	1455
Walddörfchen (1900 zu Breitenau)	Weltigensdorff	5	61	52	-	-	-	1520
Waltersdorf (1994 zu Liebstadt)	Walthersdorf	28	248	213	239	-	-	1340

Tabelle 1.7: Einwohnerzahlen und Ersterwähnungen der Gemeinden**1.13.3 Sowjetische Speziallager des NKWD** ³⁸

In der DDR wurde das Thema der sowjetischen Internierungslager nicht diskutiert. Für die Öffentlichkeit gab es die Lager nicht. Erst nach der Wende von 1989/90 brach ein vor allem von den Betroffenen Jahrzehnte hindurch empfundenes Tabu auf. Als zudem Anfang der 1990er Jahre in der Nähe ehemaliger sowjetischer Internierungslager Massengräber freigelegt wurden, sah sich die sowjetische Regierung gezwungen, die Öffentlichkeit zu informieren. In der Zeit von 1945–1950 wurden – so die sowjetischen Angaben – in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) 122.671 Deutsche interniert, die sich als NS- oder Kriegsverbrecher schuldig gemacht oder gegen die sowjetische Besatzungsordnung verstoßen hätten. Lediglich 45.262 (37 %) von ihnen wurden bis 1950 wieder entlassen. In den Lagern starben besonders durch die grausamen Lager- und Transportbedingungen 42.889 Häftlinge (35 %). An 756 Personen wurden Todesurteile vollstreckt. 19.450 Häftlinge wurden in die Sowjetunion deportiert (16 %) und 14.202 Häftlinge 1950 bei Auflösung der Lager weiterhin in DDR-Gefängnissen festgehalten (11,5 %). Infolge der unzureichenden Dokumentation und der weiteren Geheimhaltung sind die Zahlen und Verhaftungsgründe heute nicht mehr nachprüfbar.

Mitunter werden die sowjetischen Internierungslager auch als "Schweigelager" bezeichnet. Denn die Verhaftungen und Einweisungen in ein **Speziallager des NKWD** erfolgten ohne Benachrichtigung der Angehörigen, so dass die Verhafteten für Jahre verschwanden, ohne dass über sowjetische oder deutsche Dienststellen etwas über ihr weiteres Schicksal zu erfahren war. Laut NKWD-Vorschrift dienten Speziallager der "vollständigen Isolierung der im Lager befindlichen Häftlinge und der Verhinderung von Fluchten". Bis zum Sommer 1948 gab es kaum Entlassungen aus den Speziallagern, in denen die Verhafteten meist ohne Überprüfung des Internierungsgrundes festgehalten wurden. Über Todesfälle erfuhren die Angehörigen erst durch entlassene Mithäftlinge, und noch heute sind viele im Unklaren über das Schicksal ihrer Verwandten und Freunde. Bekannt sind die Lager:

Nr.	Ort	Zeitraum des Bestehens
1	Mühlberg (Elbe, ehem. Kriegsgefangenenlager)	September 1945 – Oktober 1948
2	Buchenwald (Weimar, ehem. KZ)	August 1945 – Februar 1950

³⁸ Morré, Jörg: Speziallager des NKWD in der SBZ 1945-1950. Herausgegeben von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 1997. ISBN 3- 932502-07-8

3	Berlin-Hohenschönhausen	Mai 1945 - Oktober 1946
4	Bautzen (ehem. Landestrafanstalt)	Mai 1945 - Februar 1950
5	Ketschendorf (Fürstenwalde)	April 1945 - Februar 1947
6	Frankfurt/Oder Jamlitz (Lieberose, ehem. KZ)	Mai 1945 - September 1945 September 1945 - April 1947
7	Werneuchen/Wessow Sachsenhausen (Oranienburg, ehem. KZ)	Mai 1945 - August 1945 August 1945 - März 1950
8	Torgau (Fort Zinna)	August 1945 - März 1947
9	Fünfeichen	April 1945 - Oktober 1948
10	Torgau (Seydlitz-Kaserne)	Mai 1946 - Oktober 1948

Tabelle 1.8: Speziallager des NKWD

Weiterhin gab es außerhalb der SBZ noch weitere Lager, wie z. B. in Oppeln (Schlesien), Graudenz (Pommern) und Tost (Oberschlesien). Die kleineren Lager wurden bis 1947 aufgelöst und die Häftlinge auf die übrigen Speziallager verteilt. Nach der großen Entlassungswelle im Sommer 1948 blieben in der ganzen SBZ nur noch die Speziallager in Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen übrig. 1950 wurden auch sie aufgelöst. Heute befinden sich an allen Lagerstandorten Gedenkstätten.

1.13.4 Die Geschichte der Mark der DDR³⁹

Am 20. Juni 1948 wurde in den westlichen Besatzungszonen die Reichsmark abgeschafft und die **Deutsche Mark** eingeführt. Nun wurden die dort wertlos gewordene Reichsmarkbestände in größeren Mengen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebracht, in der die Reichsmark noch gesetzliches Zahlungsmittel war. Dies verursachte eine plötzliche Inflation, durch die alle privaten Bargeldbestände in Ostdeutschland über Nacht praktisch wertlos wurden. Als schnelle Notmaßnahme wurden am 23. Juni 1948 von der sowjetischen Militärverwaltung Reichsmarknoten einfach mit Wertmarken beklebt und im Wert von maximal 70 Reichsmark pro Person als gültige Währung umgetauscht. Darüber hinausgehende Barbeträge wurden im Verhältnis zehn zu eins eingetauscht. Bei Sparanlagen wurden die ersten hundert Mark eins zu eins gutgeschrieben, Beträge bis tausend Mark im Verhältnis fünf zu eins und darüber hinausgehende Sparbeträge zehn zu eins abgewertet. Der Besitzer der Geldscheine musste die rechtmäßige Herkunft des Geldes nachweisen.

Erst ab 24. Juli 1948 wurden mit dem Befehl 124 der Sowjetischen Militärverwaltung "zwecks Vollendung der Währungsreform" neue Geldscheine - die **Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM)** - in der sowjetischen Besatzungszone ausgegeben. Die zur Währungsreform mit Wertmarken versehenen alten Scheine wurden dabei eingezogen. Die alten Münzen blieben zum Nennwert im Umlauf.



Abb. 1.13.3: 5 Deutsche Reichsmark mit Wertmarke von 1948 für die SBZ. Foto: Internet Wikipedia.



Abb. 1.13.4: 2 Deutsche Mark der Edition der SBZ von 1948. Foto: Internet Wikipedia.

Für die Mark, welche die damalige Deutsche Notenbank in Berlin herausgab, wurde in der DDR bis 1964 die offizielle Bezeichnung **Deutsche Mark** beibehalten. Im Rahmen eines Geldumtausches erfolgte dann die Umbenennung in **Mark der Deutschen Notenbank (MDN)**.

Neue Banknoten und Münzen der Mark (M) der Deutschen Demokratischen Republik herausgegeben

³⁹ Erstellt mit Hilfe von Internet Wikipedia: Mark (DDR)

von der **Staatsbank der DDR** lösten seit dem 12. Dezember 1967 die bis dahin im Umlauf befindliche Mark der Deutschen Notenbank (MDN) nach und nach ab. Damit wurden ab 1948 auf dem Territorium der DDR folgende auf "Mark" lautende Währungen emittiert:

Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM) (24. Juli 1948 bis 31. Juli 1964)

Mark der Deutschen Notenbank (MDN) (1. August 1964 bis 31. Dezember 1967)

Mark (M) der Deutschen Demokratischen Republik (1. Januar 1968 bis 30. Juni 1990).

Ziel dieser Umtauschaktionen war u. a. die Bekämpfung des illegalen Handels mit der Binnenwährung der DDR. Die durch illegale Tauschgeschäfte angesammelten Bestände im In- und Ausland wurden auf diese Art wertlos.



Abb. 1.13.5: 1 Mark Münze der DDR von 1956. Foto: Internet Wikipedia.



Abb. 1.13.6: Geldscheine der DDR von 1964. Foto: Internet Wikipedia.

Umgangssprachlich wurde die **Mark der DDR** einfach als **Mark** bezeichnet. Viele Münzen trugen bis in die 1980er Jahre hinein noch die Bezeichnung **Deutsche Mark**. Sie wurden schrittweise durch motivgleiche Münzen mit der Benennung **Mark** ersetzt.

Die **Mark der DDR** war eine Binnenwährung, d. h. im Außenhandel und internationalen Reiseverkehr nicht konvertierbar. Einfuhr und Ausfuhr von Mark waren verboten und standen unter Strafe. Im internationalen Zahlungsverkehr wurde mit Valuta-Verrechnungseinheiten bzw. der **Valuta-Mark** gerechnet. Ausländisches Geld war im DDR-Einzelhandel als Zahlungsmittel in der Regel nicht zugelassen. Ausgenommen waren die Intershops, in denen nur mit harten Währungen oder den zur sofortigen staatlichen Abschöpfung der Devisen eingeführten sogenannten **Forumschecks** bezahlt werden konnte.

Für Reisen in andere sozialistische Länder konnten DDR-Bürger in begrenztem Umfang auch Mark in andere Landeswährungen tauschen. Reisende aus dem westlichen Ausland mussten als Mindestumtausch einen festgelegten Betrag in Mark der DDR wechseln.

Die Kaufkraft der Mark der DDR lässt sich nur sehr eingeschränkt mit der Deutschen Mark (DM) der Bundesrepublik Deutschland vergleichen: Für viele in der DDR subventionierte oder preiskontrollierte Güter des täglichen Grundbedarfs wie Grundnahrungsmittel, Wohnungen oder Bus und Bahn, aber auch Bücher hatte sie eine deutlich höhere Kaufkraft als die Deutsche Mark der Bundesrepublik. Für Konsumgüter wie Fernsehgeräte oder Autos war ihre Kaufkraft dagegen deutlich geringer. Auf dem freien Markt wurde die Mark der DDR lange Zeit für etwa 0,2 Deutsche Mark gehandelt; auch dies taugt aber nur sehr bedingt zur Einschätzung der Kaufkraft.

Die **Kaufkraft der DDR-Mark** lässt sich am besten an den Preisen in der DDR abschätzen, wenn man diese in Relation zu den durchschnittlichen Einkommen betrachtet. Nach den Tabellen zur Rentenbe-

rechnung war ein durchschnittliches Monatseinkommen in der DDR zum Beispiel:

1950: 265,25 DM 1960: 444,00 DM 1970: 589,08 M 1980: 787,33 M 1990: 1290,33 M

Die Preise blieben bei vielen Produkten über Jahre stabil und wurden häufig nur durch Veränderungen der abgepackten Mengen angepasst. Bei der Einführung neuer Produkte wurden ebenfalls Preiserhöhungen durchgeführt. Weiterhin gab es Preiserhöhungen im Vergleich zu ähnlichen Vorgängerprodukten, was mit einer "Gebrauchswertsteigerung" begründet wurde. Bei alkoholischen Getränken gab es seit den 1960er Jahren mindestens zwei offiziell bekanntgegebene Preis- bzw. Alkohols-teuererhöhungen.



Abb. 1.13.7: 10 Mark der DDR von 1971 mit Clara Zetkin, Vorderseite. Foto: Internet Wikipedia.



Abb. 1.13.8: 10 Mark der DDR von 1971, Rückseite. Foto: Internet Wikipedia..

Für gewerbliche und private Abnehmer gab es teilweise verschiedene Preise für die gleichen Produkte, z. B. für Baustoffe. Die Preise für "Grundbedürfnisse" (Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie, Fahrkarten, Zeitungen) waren auf Vorkriegsniveau eingefroren. Viele Preise wurden über Jahrzehnte staatlich subventioniert und dadurch konstant niedrig gehalten. Dagegen waren die Preise für "Luxusgüter" zu denen auch Fernseher und Waschmaschinen gezählt wurden, extrem überhöht. Die durchschnittlichen Nettolöhne betrugen 1988 etwa 800 M, die durchschnittlichen Renten betrugen etwa 300 bis 600 M. Schätzungen aufgrund von Berechnungen des **Warenkorbs** gehen heute davon aus, dass die Kaufkraft der Mark der DDR 1989 für lebensnotwendige Gebrauchsgüter insgesamt etwa so groß war wie die der D-Mark, nur dass das die Monatseinkommen, die Verfügbarkeit der Produkte und deren Qualität völlig unterschiedlich war.



Abb. 1.13.9: 1 Mark Münze der DDR von 1979, im Volksmund "Aluchip" genannt). Foto: Internet Wikipedia.



Abb. 1.13.10: 1 Mark Münze der DDR von 1979. Foto: Internet Wikipedia.

Preisbeispiele aus der DDR (ca.-Werte):

- | | |
|--------|--|
| 0,05 M | ein einfaches Brötchen |
| 0,08 M | eine Kilowattstunde Elektroenergie |
| 0,08 M | je Kilometer bei Fahrkarten der Deutschen Reichsbahn in der 2. Klasse (0,02 M bei Schüler oder Arbeiterrückfahrkarten, 0,116 M in der 1. Klasse) |
| 0,10 M | bis 0,15 M eine Tageszeitung |
| 0,20 M | Porto für einen Brief bis 20 g im Inland. sozialistische Ausland (Postkarte 0,10 M) |

0,20 M	je Fahrt bei S-Bahn, U-Bahn und Straßenbahn (0,10 M für Kinder), Sammelkarten (6 bis 8 Fahrten für 1,00 M) preiswerter
0,34 M	eine Flasche Vollmilch (0,5 l, 2,2 % Fettgehalt)
0,35 M	Porto für einen Brief bis 20 g in das "nichtsozialistische Ausland"
0,42 M	eine Flasche Club-Cola oder Quick Cola (0,33 l)
0,48 M	eine Flasche Vollbier, hell (0,33 l)
0,61 M	eine Flasche Vollbier, Pils (0,33 l)
0,66 M	ein Beutel Vollmilch (1,0 l Schlauchbeutel)
0,78 M	1,5 kg Roggenmischbrot
0,93 M	1,5 kg Weizenmischbrot
1,50 M	1 Liter Benzin 88 Oktan (Normal)
1,55 M	1 kg Zucker
1,60 M	1 Schachtel (20 Stück) filterlose Zigaretten der Marken (Salem, Karo oder Carré).
1,65 M	1 Liter Benzin 92 Oktan (Extra)
2,40 M	250 g Butter
3,20 M	1 Schachtel (20 Stück) Filterzigaretten der üblichen Marken (f6, Semper oder Cabinet)
4,00 M	1 Schachtel (20 Stück) Filterzigaretten der Marke Club
12,10 M	1 LP mit klassischer Musik von Eterna oder Sprachaufnahmen von Litera
14,50 M	1 Flasche "Goldbrand" (0,7 l, 32 % Alkohol)
16,10 M	1 LP mit Popmusik (Amiga)
19,00 M	1 Fahrkarte der Deutschen Reichsbahn über 200 Kilometer im D-Zug
25,00 M	Monatsmiete für 40-m² Altbauwohnung mit Ofenheizung
66,00 M	ein Hin- und Rückflug Berlin–Prag mit der Interflug
70,00 M	ein Kilo Kaffee (acht Packungen gemahlener Filterkaffee "Mocca Fix" à 125 g)
70,00 M	Monatsmiete für eine 60-m²-Neubauwohnung inkl. aller Nebenkosten
2.300 M	beste Kleinbildspiegelreflexkamera Praktica B200 mit Standardobjektiv (um 1985)
2.700 M	Motorrad MZ TS 150 deluxe
2.990 M	Waschvollautomat (1988, VA 861 von Monsator)
5.000 M	Farbfernseher (Chromat, 1982 bzw. Colortron, 1987)
8.900 M	ein Trabant 601,
20.000 M	Nachfolger Trabant 1.1 (VW-Motor)
23.000 M	Wartburg 353,
30.000 M	Nachfolger Wartburg 1.3 (VW-Motor)

Nach dem Mauerfall bildeten sich Ende 1989 auf dem freien Markt ein Schwarzmarktkurs, der zu Beginn bei bis zu 1 zu 20 lag. Seit dem 2. Januar 1990 hatten Bürger der DDR die Möglichkeit, sich bei der Staatsbank der DDR sogenannte Valutakonten in DM einzurichten. Damit galt seit Jahresbeginn der offizielle freie Umtauschkurs von 1 : 5, zu dem jeder in den Wechselstuben gegen Vorlage eines gültigen Personaldokumentes tauschen konnte. Zu diesem Kurs konnte auch in Filialen der Staatsbank der DDR bis zum 30. Juni 1990 in beide Richtungen unbegrenzt getauscht werden. Noten beider Währungen durften von nun an die deutsch-deutsche Grenze ungehindert passieren. Auf dem Schwarzmarkt pendelte sich zur gleichen Zeit der Kurs auf ein Verhältnis von etwa 1 : 8 ein. Auf diese Weise gelangte vor allem Geld zum Umtausch, das entweder aus illegalen Quellen stammte oder am Finanzamt vorbei fließen sollte.

Mit der **Währungsunion am 1. Juli 1990** wurde die Mark der DDR (M) von der Deutschen Mark (DM) als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR abgelöst und es galten für Konteninhaber folgende Regelungen:



Abb. 1.13.11: 100 DM-Schein der BRD. Auf dem illegalen Mark wurde die DM "Blaue Fliesen" genannt. Foto: D-Mark, Internet Wikipedia.

Im Verhältnis 1 : 3 konnten alle Konteninhaber tauschen, die nicht Bürger der DDR waren.

Im Verhältnis 1 : 2 konnten alle Konteninhaber tauschen, die Bürger der DDR waren.

Zusätzlich konnten sie folgende Freibeträge im Verhältnis 1 : 1 tauschen:
2.000,- M für Kinder bis einschließlich 14 Jahre
4.000,- M für Erwachsene
6.000,- M für Rentner

Die Umstellung der Löhne und laufenden Kosten wie Miete, Strom etc. geschah 1 : 1.

Die DDR-Münzen bis 50 Pfennig wa-

ren in einer Übergangszeit bis zum 1. Juli 1991 auf dem Territorium der DDR bzw. in den neuen Bundesländern weiter gültig, da die Bundesbank anfangs nicht genug Hartgeld zur Verfügung stellen konnte. Dies führte in den Wochen vor der Währungsunion zu einer Hortung von Kleingeld.

1990 und 1991 wurde das gesamte Papiergeld (ca. 100 Mrd. DDR-Mark bzw. 620 Millionen Geldscheine) mit einem Volumen von 4500 Kubikmeter (ca. 300 Güterwaggons, ca. 3000 Tonnen), einschließlich der bei der Währungsunion umgetauschten Banknoten und der nicht ausgegebenen 200- und 500-Mark Banknoten, Sparbücher, Tank- und Forumschecks in zwei 300 Meter langen Sandsteinstollen in den Thekenbergen bei Halberstadt eingelagert. Sie wurden per Militärlastzug aus dem alten Berliner Reichsbanktresor unter polizeilichem Schutz dorthin gebracht. Das hierfür genutzte 13 km lange Stollensystem war gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von KZ-Häftlingen angelegt und zu DDR-Zeiten als Bunker der NVA unter dem Decknamen "Malachit" zum Einlagern kriegswichtiger Geräte und Munition genutzt worden. Er war der flächengrößte Bunker der DDR. Das Geld wurde mit Kies überdeckt und dann durch zwei Meter dicke Betonmauern und schwere Stahltüren vor Diebstahl gesichert. Es sollte dort durch die natürliche Feuchtigkeit verrotten.

1999 machte die DDR-Mark zum letzten Mal Schlagzeilen. Zwei junge Männern aus Halberstadt gelang es wiederholt, über einen ungesicherten Verbruch in das Stollensystem einzudringen und zahlreiche Banknoten zu entwenden, und Sammlern anzubieten. Die 24 und 26 Jahre alten Männer wurden vom Amtsgericht Halberstadt zu einer Freiheitsstrafe von jeweils vier Monaten verurteilt. Heute tauchen gelegentlich 200- und 500-Mark-Scheine aus diesen Beutezügen bei Sammlern auf. Im Jahre 2002 entschied die KfW, aufgrund der nur sehr langsamen Verrottung der Geldscheine und um weiterem Diebstahl vorzubeugen, die Banknoten zu verbrennen. Dazu ließ man ab März 2002 die Stollenabschlusswände abreißen. Unter Tage wurde per Trommelsieb das Geld vom Erdreich befreit und in Container zu 33 m³ und 65 Tonnen verbracht. Ab April 2002 wurden täglich etwa sechs solcher Container per LKW in die Müllverbrennungsanlage am Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt überführt; dort wurden die Scheine mit Hausmüll vermischt und verbrannt. Am 25. Juni 2002 waren alle 298 Container verarbeitet. Damit endete die Geschichte der DDR-Mark. Bei allen Gütern, bei denen nun die staatliche Subventionierung wegfiel, kam es nach der Währungsunion in den neuen Bundesländern zu Preiserhöhungen.

1.13.5 Herrscher im sächsisch-meißenenischen Raum⁴⁰

1.13.5.1 Wettinische Markgrafen von Meißen

- 1 Heinrich I. von Eilenburg (um 1070/1089-1103)
- 2 Heinrich II. von Eilenburg (1103 od. 1104 / 1103-1123), Sohn von 1.
- 3 Konrad der Große (1098/1123-1156/1157), Neffe von 1.
- 4 Otto der Reiche (vor 1130/1156-1190), Sohn von 3. Um 1168 wurde auf seinem Territorium in der Nähe des heutigen Freiberg Silber gefunden, das seinen Reichtum begründete.
- 5 Albrecht (I.) der Stolze (?/1190-1195), Sohn von 4.
- 6 Dietrich der Bedrängte (?/ 1197-1221), Sohn von 4.
- 7 Heinrich der Erlauchte (1218?/1221-1230-1288), Sohn von 6.
- 8 Albrecht (II.) der Entartete (1240/1288-1291/1315), Sohn von 7.
- 9 Friedrich (I.) der Freidige (der Gebissene) (1257/1291-1323), Sohn von 8.
- 10 Friedrich II. der Ernsthafte (1310/1323-1329-1349), Sohn von 9.
- 11 Friedrich III. der Strenge (1332/1349-1381), Sohn von 10.
- 12 Wilhelm I. der Einäugige (1343/1382-1407), Bruder von 11. Betrieb zielbewusst und tatkräftig den Ausbau der wettinischen Lande zu einem geschlossenen Territorium. Nachdem es ihm gelungen war, die Herrschaft Dohna, die enge Beziehung mit Böhmen hatte, 1402 durch Waffengewalt an sich zu bringen, war er bestrebt, auch Gottleuba und seine Umgebung zur Abrundung seiner Besitzungen zu erwerben, zumal der Zusammenhang dieses Landstrichs mit Böhmen durch eine von 1379 bis 1391 erfolgte Verpfändung an Thiemo von Colditz schon gelockert war.
- 13 Friedrich IV. der Streitbare (1370/1407-1423), Sohn von 11. Der Sohn Friedrichs III. regierte nach dem Tod seines Onkels Wilhelm I. 1407 die Mark Meißen gemeinsam mit seinem Bruder Wilhelm II. sowie seinem Cousin Friedrich dem Friedfertigen. Nach Landesteilungen 1410 und 1415 erhielt er die Mark Meißen zur Alleinherrschaft. An der Seite des Königs nahm er 1420 an den Hussitenkriegen teil und wurde am 6. Januar 1423 mit dem Herzogtum Sachsen-Wittenberg und der Pfalzgrafschaft Sachsen belohnt. Damit stieg Friedrich IV., der sich jetzt Friedrich I. nannte, zum Herzog und Kurfürsten auf. Nach dem Tod seines Bruders Wilhelm wurde Friedrich Herrscher über den gesamten wettinischen Besitz außer Thüringen. Als Friedrich 1428 starb, wurde er als erster Wettiner in der Meißner Domkapelle beigesetzt.

1.13.5.2 Kurfürsten von Sachsen

- 13 Friedrich I. (1423-1428), Sohn von 11. Friedrich II. der Sanftmütige, übernahm nach dem Tode

⁴⁰Nach [1.43]

von Friedrich I. gemeinsam mit seinen Brüdern Wilhelm III., Heinrich und Sigismund die Regierung. Nachdem Heinrich und Sigismund als Mitregenten ausgeschieden waren, teilten Friedrich und Wilhelm 1445 den Besitz auf. **Altenburger Teilung Sachsens** - Wilhelm III. erhielt den thüringischen und fränkischen Teil, Friedrich II. den Ostteil des Kurfürstentums.

14 Friedrich II. der Sanftmütige (1412/1428-1464), Sohn von 12.

Leipziger Teilung Sachsens 1464 unter den Brüdern Ernst und Albrecht von Wettin, Söhne des Kurfürsten Friedrich II.

15 **Ernst** (1441/1464-1485-), Sohn von 14. wählt Sachsen-Wittenberg und die Kurwürde - **Ernestiner** (die Ernestiner werden in diesem Rahmen nicht weiter betrachtet).

16 **Albrecht** III. der Beherzte, Herzog (1443/1464-1485-), Sohn von 14 erhält den Herzogstitel und regiert die Mark Meißen - **Albertiner**

1.13.5.3 Herzöge der Albertinischen Linie

16 Albrecht III. der Beherzte (- 1485-1500), Sohn von 14.

19 Georg der Bärtige (1471/1500-1539), Sohn von 16.

20 Heinrich der Fromme (1473/1539-1541), Bruder von 19.

21 Moritz (1521/1541-1547-), Sohn von 20. Kurfürst Moritz. Im Jahr 1547 ging die Kurwürde nach der Schlacht bei Mühlberg von der ernestinischen an die in Dresden residierende albertinische Linie der Wettiner über. Unter Kurfürst Moritz von Sachsen wurde Dresden nun Kurfürstliche Residenz, Hauptstadt des führenden protestantischen Landes und Mittelpunkt des evangelischen Lebens in Deutschland.

1.13.5.4 Kurfürsten der Albertinischen Linie

21 Moritz (-1547-1553), Sohn von 20.

22 August (1526/1553-1586), Bruder von 21.

23 Christian I. (1560/1586-1591), Sohn von 21.

24 Christian II. (1583/1591-1601-1611), Sohn von 23.

25 Johann Georg I. (1585/1611-1656), Bruder von 24.

26 Johann Georg II. (1613/1656-1680), Sohn von 25.

27 Johann Georg III. (1647/1680-1691), Sohn von 26.

28 Johann Georg IV. (1668/1691-1694), Sohn von 27.

29 Friedrich August I. der Starke (1670/1694-1733), Bruder von 28.

Ab 1697 als August II. König von Polen. Trat, um König von Polen zu werden, zum katholischen Glauben über. Sehr bedeutend war sein Einfluss auf die kulturelle Entwicklung in Sachsen. Mit vielen Kulturdenkmälern ist sein Name als Auftraggeber verbunden. Auf seine Anweisung wurde 1710 die Porzellanmanufaktur in Meißen gegründet. 1722 begann die Neuorganisation und Erweiterung der Kunstsammlungen und die Vermessung der sächsischen Straßen.

30 Friedrich August II. (1696/1733-1763), August III. als König von Polen. Sohn von 29. Mit Unterstützung Rußlands und Österreich gleichfalls König von Polen.

31 Friedrich Christian (1722/1763), Sohn von 30.

32 Friedrich August III. der Gerechte (1750/1763-1768-1806-), Sohn von 31. Der Geist der Französischen Revolution führte zum sächsischen Bauernaufstand von 1790, der nur mit Einsatz des Heeres gewaltsam unterdrückt werden konnte. Noch 1806 mit Preußen bei Jena gegen die siegreichen napoleonischen Truppen fechtend, trat Friedrich August III. auf die Seite Napoleons, schloss sich dem Rheinbund an und erhielt dafür 1806 von Napoleon die Königswürde.

1.13.5.5 Könige von Sachsen

32 Friedrich August I. der Gerechte (-1806-1827), Sohn von 31. Sachsen stellte sich im nationalen Befreiungskampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft nicht auf die Seite Rußlands und Preußens, sondern verblieb mit der sächsischen Armee bis zur Leipziger Völkerschlacht 1813 bei Napoleon. Das hatte nach den vom Wiener Kongreß 1815 ausgehandelten Friedensbestimmungen die Abtretung von etwa zwei Dritteln des Territoriums an Preußen zur Folge

33 Anton der Gütige (1755/1827-1836), Bruder von 32.

34 Friedrich August II. (1797/1836-1854), Neffe von 32. Seit 1830 Mitregent.

35 Johann (1801/1854-1873), Bruder von 34.

36 Albert (1828/1873-1902), Sohn von 35.

37 Georg (1832/1902-1904), Bruder von 36.

38 Friedrich August III. (1865 /1904-1918/1932), Sohn von 37. Am 13. November 1918 dankte der letzte sächsische König auf Schloss Guteborn bei Ruhland ab. Der häufig angeführte Ausspruch des Monarchen "*Macht doch Eiern Dreck alleine!*", kann historisch dabei nicht gesichert belegt werden. Nach der Abdankung zog er sich auf seine schlesische Besitzung Schloss Sibyllenort zurück. Sein Leichnam wurde am 23. Februar 1932 in der Gruft der

Hofkirche beigesetzt.

Erläuterung zur Darstellung der Lebensdaten

(a/b-c-d/e):

a	Geburtsjahr
b-c	Zeitspanne der vormundschaftlichen Regierung
c-d	Regierungszeit
e	Todesjahr

(a/c-d):

c-d Regierungszeit (endet mit dem Tode)

(-c-d-d):

im Jahre -d- Änderung des Titels

Kopierschutz

Kopierschutz

Literatur

- [1.1] Agricola, Georg: Vom Berg- und Hüttenwesen. München 1977 oder im Internet: Digitale Texte der Bibliothek des Seminars für Wirtschafts- und Sozialgeschichte.
- [1.2] Altmann, Götz: Erzgebirgisches Eisen, Geschichte, Technik, Volkskultur. Sächsische Landesstelle für Volkskultur, Schneeberg/Erzgebirge. Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG, 1999.
- [1.3] Bellmann, Ferdinand: Historische Salzlecken in der Sächsischen Schweiz. Mitteilungsheft 8, des Arbeitskreises Sächsische Schweiz im Landesverein Sächsischer Heimatschutz e. V., Pirna, 2009.
- [1.4] Bergmann, Alwin: Die Gegenreformation in Böhmen und ihre Folgen für das Amt in Hohnstein. Über Berg und Tal. 29. Jahrg. 1906, S. 41
- [1.5] Bierbaum, Georg : "Geschichtliche Wanderfahrten", Nr. 24 1932, "Von Schanze zu Schanze", Verein für Geschichte Dresden (Zuordnung der Kulturen).
- [1.6] Billig, Gerhard: Burgen, Zeugen sächsischer Geschichte, Verlag Degener und Co, 1998.
- [1.7] Blaschke, K. H.: Geschichte Sachsens im Mittelalter, Union Verlag Berlin, 1990, S. 243 ff.
- [1.8] Blaschke, Karlheinz und Baudisch, Susanne: Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen 2006, Internetausgabe, 2013.
- [1.9] Bode, Dietmar: Der Beginn des Siebenjährigen Krieges in Sachsen 1756. Militärgeschichtliche Schriften, Dresden 1996.
- [1.10] Bremen, Walter: Friedrich der Große, der Siebenjährige Krieg. Verlag von Velhagen und Klasing 1912.
- [1.11] Brenner, Hans, Todesmärsche über sächsische Straßen (Teil 2). Evakuierung niederschlesischer Außenlager des KZ Groß-Rosen. In: Sächsische Heimatblätter, 2/2006,
- [1.12] Engelmann, Gerhard: Im Süden der Barbarine, Reihe Werte der Deutschen Heimat, Band 3, Akademie-Verlag Berlin, 1961.
- [1.13] Eichler, Ulrich: Marter und Bildstock, Betsäulen in Sachsen. Verlag D. J. M Dresden, 2003
- [1.14] Friedrich, Alexander: Die Kämpfe an der sächsisch-böhmischen Grenze im Herbst 1813. Verlag A. Köhler, Dresden 1913.
- [1.15] Fischer, Annemarie und Siegfried: Stadt Bad Gottscheuba-Berggießhübel, Chronik 2008, Stadt Bad Gottscheuba-Berggießhübel, Druckhaus Dresden GmbH. 2008.
- [1.16] Fischer, Moritz: Führer durch das Gottscheubatal, Verlag Friedrich Axt, Dresden, 1891.
- [1.17] Fischer, R.: Sekundärbahnen von Pirna nach Groß-Cotta und Gottscheuba, Verlag Kenning, 1998
- [1.18] Fröhlich, Ingrid: Festschrift 650 Jahre Langenhennersdorf, 2007
- [1.19] Fröhlich, Ingrid: Chronik von Langenhennersdorf, unveröffentlichtes Manuskript, 1977 und ergänzungen.
- [1.20] Fröhlich, I.: Chronik von Langenhennersdorf, Manuskript, unveröffentlicht, 1977.
- [1.21] Groß Günter und Groß Rikarda: Fürstenau. Ein Grenzdorf im Osterzgebirge. Museum Dippoldiswalde, Druckerei Union Druckerei Dresden GmbH, 2014.
- [1.22] Hanzsch, Christoph: Ortschronik, Ein geschichtlicher Überblick der Gemeinde Börnersdorf-Breitenau, 1989.
- [1.23] Hanzsch, Christoph, und Mirsch, Hans: Ortschronik Oelsengrund, ein Ort, den es heute nicht mehr gibt, 2006.
- [1.24] Helbig, Jochen: Die ländliches Bauen im Osterzgebirge, Tagungsmaterial ländliches Bauen am 24. Mai 1989 in Dippoldiswalde.
- [1.25] Helbig, Jochen: Die ländliche Bauweise im östlichen Erzgebirge. Sonderdruck aus Werte der deutschen Heimat, Akademie-Verlag, Berlin, 1964.
- [1.26] Helfrich, Eberhard: Auf dem Weg vom Ich zum Wir- Genossenschaftsbauern machen Geschichte. LPG (T) "Weideland" Bad Gottscheuba. Unveröffentlichtes Manuskript der Geschichtskommission der LPG 1989, Archiv Oelsen. Hugo Jensch hat das Manuskript "Auf dem Wege vom Ich zum Wir - Genossenschaftsbauer machen Geschichte" in das Internet gestellt.
- [1.27] Jensch, Hugo: Beiträge zur Geschichte Pirnas. Internet: <http://www.geschichte-pirna.de/>
- [1.28] Jobst, Walter: Um Gottscheuba, Berggießhübel und Liebstadt, Reihe Werte der Deutschen Heimat, Band 4, Akademie-Verlag Berlin, 1961.
- [1.29] Kastl, D. Loschke und J. Weber: Naturführer Sattelberg und Gottscheubatal, 2003. Internetseite: Grüne Liga Osterzgebirge e. V. C.
- [1.30] Klenke, Friedmann: Oelsen-Bienhof - widerrechtliche Enteignung des Landesverbandes, Landesverein Sächsischer Heimatschutz Dresden, 1999, H. 3.
- [1.31] Klinger, Johann Gottlob: Sammlungen zum Dorf- und Bauernrechte. Leipzig 1749
- [1.32] Kirsten, Wulf: Die Schlacht bei Kesselsdorf, Aufbau Verlag Berlin und Weimar 1984
- [1.33] Kral, K., Belina, P.: Schlacht bei Chlumec und Prestanov (1813) ASCO di Prag.
- [1.34] Kretschmar, Gottfried: Ortschronik Hellendorf bis 1914, unveröffentlichtes Manuskript.
- [1.35] Kroitzsch, K.: Napoleonschanzen und Kanonenkugeln, Schriftenreihe des Stadtmuseums Pirna, Heft 6, 1987.
- [1.36] Landgraf, Rudolf: Berggießhübler Wanderführer, Ein Heimatbuch, Verlag J. H. Pflugpfeil,

Roßwein, 1938.

- [1.37] Landgraf, Rudolf und Paul Wolf: Badestadt Berggießhübel-Zwiesel im Gottleubatal. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1927 durch eine Hochwasserkatastrophe fast gänzlich zerstört. Stadt Berggießhübel, Druck von F. A. Brockhaus/Leipzig, 1927.
- [1.38] Meiche, A.: Die Burgen und vorgeschichtlichen Wohnstätten der Sächsischen Schweiz. Dresden 1907. Jahrbuch IV des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz,
- [1.39] Meiche, A.: Historisch-Topographische Beschreibung der Amtshauptmannschaft Pirna, Verlag Baensch Stiftung, Dresden 1927.
- [1.40] Meiche, A.: Sagenbuch der Sächsischen Schweiz und ihrer Randgebiete. Altis-Verlag 1991.
- [1.41] Möschner, D.: Kirchen in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz, Tourismusverband Sächsische Schweiz, 1999.
- [1.42] Nacher, J.: Die altfränkischen Bauernhöfe in Sachsen. Über Berg und Tal. 19. Jg. 1898, S. 276.
- [1.43] Naumann, Günter: Sächsische Geschichte in Daten. München, 1998.
- [1.44] Niemetz, Gustv.: Geschichte der Sachsen, vom germanischen Stamm bis zum Freistaat. Oberlausitzer Verlag, 2003.
- [1.45] N. N.: Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz, Band 16, S. 397-447. Marschner, G.: Wassernot im Oelsengrunde und Bildatlas.
- [1.46] N.N.: Internetportale www.dhm.de/lemo (Projekt des Deutschen Historischen Museums, des Haus der Geschichte der Bundesrepublik und des Fraunhofer Instituts; LeMO: Lebendiges virtuelles Museum online) und www.de.wikipedia.org
- [1.47] N. N.: Berggießhübel, ein chronologischer Abriss der Geschichte der Berg- und Badestadt, Gebirgsverein 1899 e. V. , Berggießhübel 1997.
- [1.48] N.N.: CD-ROM TOP50 © Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen 2012 (www.landesvermessung.sachsen.de). Erlaubnis: 17206/2012.
- [1.49] N. N.: Wander- und Radwegkarte Bad Gottleuba-Berggießhübel, N94, 1:20000, Sachsen Kartographie GmbH Dresden, 2011.
- [1.50] N. N.: Flächenhafte Naturdenkmale im Landkreis Sächsische Schweiz. Staatliches Umweltfachamt Radebeul, 1999.
- [1.51] N. N.: Baum-Naturdenkmale in der Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge. Staatliches Umweltfachamt Radebeul, 1999.
- [1.52] N. N.: Talsperre Gottleuba: Talsperrenmeisterei Gottleuba Weißeritz, Mitteldeutsche Druckanstalt GmbH Heidenau.
- [1.53] Pilk, Georg: Aus den letzten Tagen der Feste Dohna. Über Berg und Tal, 18. Jahrg., S. 180.
- [1.54] Reichert, Friedrich: Bockwurst und Vita-Cola. Dresdner Stadtgeschichtsbuch Nr. 2, S. 166 ff.
- [1.55] Rieder, H.: Die Hussiten, Streiter für Glauben und Nation, Katz Verlag 1998.
- [1.56] Schmidt, Otto, Eduard: Zur Besiedlung der sächsischen Schweiz, Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz Dresden, Band 20, Heft 2, 1931.
- [1.57] Smelser und Syring, Militärelite des 3. Reiches.
- [1.58] Schiefer, Joachim: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945 zwischen Berlin und Erzgebirge. Sax-Verlag Beucha, 1998.
- [1.59] Schilka, H. W.: Mitteilungen des Vereins für sächsische Landesgeschichte e.V. Beiheft Historischer Abriss zur Region der oberen Elbe, 2008.
- [1.60] Schmidt, H., G.: Tschechien. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 2016.
- [1.61] Schmidt, Otto Eduard: Zur Siedlungsgeschichte der Flußgebiete der Müglitz und der Gottleuba, Landesverein Sächsischer Heimatschutz Dresden, Band 16, 1927, S. 367
- [1.62] Schröder, Marcus: Ortschronik Markersbach, 2006. Unveröffentlichtes Manuskript.
- [1.63] Tittel, Walter: Dorffest in Oelsen, Festschrift 1972.
- [1.64] Torke, Horst: Landkreis Sächsische Schweiz, Pirna 1996, Meißner Druckhaus.
- [1.65] Torke, Horst: "Steinerne Zeugen der Geschichte im Landkreis Sächsische Schweiz", Pirna 1998, Meissner Druckhaus GmbH Meißen.
- [1.66] Torke, H.: Alte Steinkreuze zwischen Dresden, Pirna und Sächsischer Schweiz, Stadtmuseum Pirna 1990.
- [1.67] Torke, H.: Das Erbbuch des Amtes Pirna aus dem frühen 16. Jh., Mitteilungsheft 10 des Arbeitskreises Sächsische Schweiz im Landesverein Sächsischer Heimatschutz, Pirna 2011.
- [1.68] Trautmann, Otto: Zur Geschichte der Besiedlung der Dresdner Gegend, Mitteilungen des Vereins für Geschichte Dresdens, Heft 22, 1912, Buchdruckerei der Wilhelm und Bertha von Baensch Stiftung.
- [1.69] Walter, E.: Ohne Verschonung des Kindes im Mutterleibe. Der Dreißigjährige Krieg in der Sächsischen Schweiz. Sebnitz 1989, Kulturbund der DDR.
- [1.70] Umlauf, F.: Geschichtliches über Peterswald im Osterzgebirge. www.peterswald.org-
- [1.71] Zimmermann: Rittergut Oelsen als Schauplatz faschistischer Verbrechen, Archiv Gottleuba, unveröffentlicht.
- [1.72] Walther, Hans: Zur Namenskunde und Siedlungsgeschichte Sachsens und Thüringens. Grafik-Druck-Verlag Leipzig, 1993.

- [1.73]** Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Das neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH, 2004. ISBN 3-360-00940-1.
- [1.74]** Zühlke, Dietrich: Pirna und seine Umgebung, Reihe Werte der Deutschen Heimat, Band 9, Akademie-Verlag Berlin, 1961.

Kopierschutz

Kopierschutz

Index

- "Anschluss" Österreichs 94
 3G-Regel (geimpft, getestet, genesen) .. 164
 Abdankung Wilhelms II. 86
 Abhören ausländischer Sender 97
 Abnutzungsschlacht" um Verdun 85
 Abschaffung des Landes Sachsen 167
 Adelstanz im Dresdner Rathaus 6
 Adolf Hitler 87
 Agrargenossenschaft Bielatal e. G. 153
 Agrargenossenschaft Gottleuba e. G. 153
 Agrargenossenschaft Osterzgebirge e. G. 153
 Ährenlesen 118
 Allgemeine Kopfsteuer nebst Vermögenssteuer r44
 allgemeine Landsteuern auf Vermögen ... 43
 allgemeine Wehrpflicht 94
 Allgemeinen Städteordnung 72
 Ameisenhandel 156
 Amt Hohnstein 42
 Amt Pirna 42
 Ämter 43
 Amtserbbücher 46
 Amtshauptmann 167
 Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde ... 167
 Amtshauptmannschaft Pirna 167
 Amtssassen 42
 Anerbengericht 92
 Angriff auf Dresden 99
 Anspanner 29, 43
 Apotheker Theophilus Jacobäer 15
 Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft ... 146
 Armenhäuser 74, 77
 Armenordnung 74
 Atemmaske 160
 Attentat in Sarajevo 83
 Aufgaben der Innung 49
 Augsburger Religionsfrieden 11
 Aussiedler 110
 Bad Gottleuba-Berggießhübel 168
 Bahra 3
 Bahre 3
 Balkenwaage 120
 Baudienste 44
 Bauer 92
 Beitritt zur Bundesrepublik 152
 Bergschmieden 47
 Berufsschule mit Abitur 127
 Berufsschulen 126
 Besetzung des Sudetenlandes 96
 Besuchsreise König Friedrich August III. ... 82
 Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) 145
 Beulenpest 50
 Biela 3
 Bildungssystem 154
 Bodenreform 116
 bolschewistische Zwangskollektivierung ... 135
 Bombardierung von Gottleuba 101
 Botschaft gehen 45
 Braugerechtigkeit 46
 Bronzezeit 2
 Bruttoinlandsprodukt 165
 Bügeleisen 124
 Bügeln 124
 Burgen 6
 Burgenwarden 3
 Demokratische Bauernpartei Deutschlands 116
 Der Getreideanbau 129
 Deutschböhmen 86
 deutsche Kolonisation 5
 Deutsche Mark 187
 Deutsche Mark der Deutschen Notenbank 187
 Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser ... 81
 Deutschen Arbeitsfront 92
 Deutschen Kriegerbund 81
 Deutschen Volkssturm 98
 Deutsches Reich 79
 Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 91
 Die Sozialunion 151
 Dienste 44
 Dohnaer Fehde 6
 Dorfrichter 29, 42, 47
 Dreifelderwirtschaft 39
 Dreiseithof 31
 Dreißigjähriger Krieg 11
 Dreschflegel 38, 130
 Dreschmaschine 130
 Dresdner Adelstanz 6
 Dresdner Maiaufstand 73
 Einigungsvertrag 152
 Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland ... 94
 Eisengrund 183
 Eisenkammer Pirna 47
 Eisenzeit 2
 Elementarschulen 49
 Entente cordiale 83
 Erbamtsbücher 43
 Erbhof 92
 Erbhofrolle 92
 Erblehngericht 42
 Erblehnrichter 42
 Erbzins 30
 Erdbirne 41
 Ernährungsschlacht 92
 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 91
 Erste Berggeschrey 7
 Erste Nordische Krieg (1655 - 1660) 18
 Erweiterte Oberschule 127
 Exulanten 18
 Exulanten 12
 Fachwerkbau 32
 Fachwerkhäuser 31
 Fackellauf 93
 Fall der Mauer 150
 Fenstersturz zu Prag 12
 flächenhaften Naturdenkmale 177
 flächenhaften Naturdenkmale (FND) 176
 flächenhaftes Naturdenkmal Hohler Stein 182
 flächenhaftes Naturdenkmal Kachemoor 182
 flächenhaftes Naturdenkmal Labyrinth ... 178
 flächenhaftes Naturdenkmal Langenhenners-
 dorfer Wasserfall 181
 flächenhaftes Naturdenkmal Magnetitskarn 177

flächenhaftes Naturdenkmal Poetengang	179	Heeresgruppe Mitte	101
flächenhaftes Naturdenkmal Quellwiese	183	Heerwagen	45
flächenhaftes Naturdenkmal Rehwiese	183	Heilbad	169
flächenhaftes Naturdenkmal Strudellöcher	180	Heimatschein	75
flächenhaftes Naturdenkmal Trockenhang Hartmannsbach	183	Heimatscheine	74
Flachs	39, 74	Heimkehr der Saar	94
Flachsbreche	41	Heinrich I.	3
Flachspflanze	40	Henker	51
Flügelmäher	129	Heuwendemaschinen	132
Französisch-Deutschen Krieg	79	Hexen	51
französisches Denkmal bei Pristen	69	Hitler-Jugend (HJ)	92
Freien Deutschen Jugend	127	HO (Handelorganisation)	120
Fremdarbeiter	98	HO-Preise	144
Frieden von Hubertusburg	26	Hochwasser vom 8./9. Juli 1927	90
Friedensvertrag von Versailles	85	Hufe	29
friedliche Revolution	149	Hufner	30
Friedrich August I.	53	Hüfner	29
Friedrich Ebert	87	Hungerwinter	117
Fruchtfolgenwirtschaft	74	Hussitenkriege	10
Futtermübenanbau	74	Inflation	86
Gasturbinenkraftwerke	166	Innungen	47
Gau Nizan	2	Internierungen	112
Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz	81	Jagd	42
Gemälde der Dresdner Galerie "Alte Meister"	98	Jan Hus	9
Gemeindedienst	44	Jubiläumsdenkmal bei Kulm	68
Gemeindegebietsreform	168	Jugendweihefeier	127
General Innungsartikel	48	Jungpioniere	127
General Kleist von Nollendorf	66	Jungsteinzeit	2
General Moreau	63	Justus von Liebig	79
General Tally	55	Kapp-Putsch	86
Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner	101	Kartoffel	41
Generalfeldmarschall Schörner	101	Kartoffelkrieg	28
Generalkonsumtionsakzise	44	Kartoffelroder	130
Generals Dominique René Vandamme	67	Kaufkraft der DDR-Mark	188
Gerichtsamtsbezirke	167	Kernenergie	166
Gesellenwandern	49	Kindergärten	127
Gesetz über Ablösung und die Gemeinheits- teilung	73	Kinderkrippe	127
Gesindezwang	45	Kipper und Wipper	16
Gewerbefreiheit	48	Kirchenzehnt	44
Gleichschaltung	81	Kleeanbau	74
Gorbatschow	149	Kleine Hufeisennase	176
Gottleubaquelle	1	Kleist-Denkmal in Nollendorf	65
Graf von Schlieffen	83	Klimawandel	166
Grenzbefestigungen	96	Kneippkurort	169
Grenzübergangsstelle Bahratal	148	Kolonialwarenläden	120
grenzüberschreitende Kriminalität	155	Kombinat Fortschritt	138
Griechenlandkrise	156	Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)	91
Große Kreisstadt	168	König Anton	72
Großer Vaterländischer Krieg	97	König Friedrich August I.	71
Grundschule	126, 154	König Friedrich August II.	73
Gründung der NATO (1948)	121	König Friedrich August III.	86
Grünfütterernte:	132	König Friedrich Wilhelm	56
Gymnasium	154	König Johann	73, 78
Hammerwerke	9	König Wenzel	6
Handwerker	37	konstitutionelle Monarchie	72
Hans Modrow	150	Kontaktverbot	161
Hauptschule	154	Konzentrationslager	91, 100
Häusler	29	Kraft durch Freude (KdF)	93
		Kreisentnazifizierungskommission	114
		Kreisrat	167
		Kreistag	167
		Kreuz für die vierzehn Nothelfer	10
		Kriegsanleihen	87
		Kriegsholz	7

Kurfürst Friedrich II. von Preußen (Friedrich der Große)	18	Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)	87
Kurfürstliche Eisenkammer Pirna	9	Naturschutzbund Deutschland	174
kurfürstliches Bergamt	9	Naturschutzgebiet Hochstein/Karlsruhe	175
Kurort Bad Gottleuba	169	Naturschutzgebiet Oelsen	174
Kurort Berggießhübel	169	Neulehrer	126
Landesverein Sächsischer Heimatschutz	174	Neuordnung der Eigentumsverhältnisse	152
Landgemeindeordnung	73	Nord Stram 2	166
Landkreis Pirna	167	Notverordnungen	91
Landkreis Sächsische Schweiz	167	Ober- und Halsgerichtsbarkeit	46
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	168	Oberschule	154
Landrat	167	Olympischen Sommerspiele 1936	93
Landschaftsschutzgebiet (LSG) Unteres Osterzgebirge	174	Örtliche Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB)	137
Landwirt	92	Ortsbauernführer	96
Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)	135	Ortschaften	168
Lebensmittel-Grundkarte	144	Ortskommandanturen	111
Lebensmittelrationen	117	Osmanische Reich	85
Lebensverhältnisse zu dieser Zeit	122	Ostzone	121
Leib- Hand- und Fuß-Dienste	45	Pandemie	158
Lesesteinränder	5, 30	Patrimonialherrschaften	42
Lokatoren	5	Patrimonialgerichtsbarkeit	42
LPG Mischfutterwerk Gottleubatal	138	Paul von Hindenburg	87
LPG Typ I Helmut Just	136	Persilscheinen	113
Luftschutzmaßnahmen	96	Pferdefronen und Spanndienste	44
Luftschutzraum	99	Pflege Pirna	6
Lungenpest	50	Pirnaer Milchkrieg	134
Machtergreifung	92	Pirnisch Eisen	9
Magnetitkarn	177	Pocken	50
Mähibinder	129	polytechnischer Unterricht	127
Manifest der 2000 Worte	147	Prestanov	56
Maria Theresia	19	Prinz Eugen	54, 55, 58
Mark	188	Prioritätenliste	163
Mark der DDR	188	Privatisierung der volkseigenen Betriebe	152
Mark der Deutschen Notenbank (MDN)	187	Quatembersteuer	28, 44
Mark Meißen	3	Querdenker	161
Markgraf Wilhelm der Einäugige	6	Realschule	154
Markgrafschaft	3	Reformation	11
Marschall Berthier	59	Reichsarbeitsdienst	92
Marschall Konjev	101	Reichserbhofgesetz	92
Marschall Mortier	59	Reichsexekution	87
Martin Luther	11	Reichsmark	81, 187
Merinoschafe	39	Reichstagswahl	91
Migeno (Milchverwertungsgenossenschaft)	134	Reichsverfassung	86
Milchkanne	135	Rentenmark	87
Milchrampen	134	Reparationsverpflichtungen	90
Milchwirtschaft	135	Republik Österreich	86
Miriquidi	2	Republik Sudetenland	86
Mittelschule	126	Revolution von 1848/49	73
Molkerei	134	Richtstätte	51
Monarchie Österreich-Ungarn	85	Rittergüter	11, 29, 42
Montagsdemonstrationen	149	Robert Koch-Institut	163
Moreaudenkmal in Dresden	63	Rückhaltebecken Buschbach	143
Müglitz	3	Rückhaltebecken Friedrichswalde-Ottendorf	143
Münchner Abkommen	95	Rückhaltebecken Lauenstein	143
Münzeinheit	81	Rückhaltebecken Liebstadt	143
Nährstand	92	Rückhaltebecken Mordgrundbach	143
Napoleon Bonaparte	28	Runden Tisch	150
Napoleon III.	79	russisches Denkmal bei Pristen	70
Napoleonstein bei Nollendorf	65	Sachsen	11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	116	Sächsische Verfassung	86
		Sächsischen Schulordnung	72
		Sage von den Vierzehn Nothelfern	10

Scharfrichter	51	Vandamme	54, 55, 58
Schengener Abkommen	155	Vandamme-Denkmal bei Sandau	67
Schlacht am Weißen Berge	12	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe	116
Schlacht bei Breitenfeld	13	Vereinsgründungen	81
Schlacht bei Dresden	54, 63	Verhaltenschein	75
Schlacht bei Kesselsdorf	19	Vertrag von Eger	6
Schlacht bei Königgrätz	78	Vertrag von Locarno	88
Schlacht bei Kursk	97	Vertreibung	110
Schlacht bei Lützen	14	Verwaltungsgemeinschaften	167
Schlieffen Plan	83	Vierseithof	31
Schloss Kuckuckstein	59	Vögte	43
Schocksteuer	43	Vogteien	43
Schulgeld	49	Völkerschlacht bei Leipzig	60
Schulpflicht	49	Volkschule	49
Schwarzer Tod	50	Volksentscheid in Sachsen	117
Schwarzmarkt	119	Volksgut	116
Schwedenhöhle	15	Volksschulen	81
Schwingen	41	Volkswohlfahrt	92
Seidewitz	3	Vorhaus	31
sichere Kernenergie	166	Vorwerk Dürrhof	47
Siegmund von Liebenau	14	Wachdienste	45
Sommerschulen	49	Waffenstillstand	101
Sowchosenbildung	135	Währungsreform	120
sowjetische Ortskommandantur	106	Währungsunion	151
Sowjetischen Besatzungszone	111	Währungsunion am 1. Juli 1990	190
Sowjetischen Militäradministration	111	Waldhufendorf	5
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	116	Waldhufendörfer	29
Spezial-Innungsartikel	48	Wallenstein	13
Speziallager des NKWD	112, 186	Wappen der Stadt	169
Spicák (Sattelberg)	175	Wäschrolle	124
Spinnen	40	Wäschrollen	124
Staatliche Handelsorganisation (HO)	144	Waschhaus	124
Staatsbank der DDR	188	Waschkessel	123
Stadt Liebstadt	170	Waschtage	122
Stadtrecht	47	Weimarer Republik	86, 87
Stadtrechtsverleihung	46	Weißeritzkreis	167
Stadtteilfeuerwehren	173	Weltgesundheitsorganisation (WHO)	159
Stalin	97	Weltwirtschaftskrise	90
Stalin-Hitler-Pakt	96	Westfälischen Frieden 1648	15
Stalingrad	97	Wiedervereinigung	151
Steinrücken	183	Wiener Kongress	71
Steuern	43	Wilde Vertreibung	109
Stollen backen	125	Wilderei	42
Strafvollzug	51	Winterhilfswerks (WHW)	92
Strohdach	38	Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	151
Sturmabteilung	87	Wirtschaftsunion	151
Sturmabteilung (SA)	91	Wlassow-Soldaten	101
Sudetendeutschen Freikorps	96	Wolle	39
Sudetendeutschen Partei	94	Wringmaschine	123
Taboriten	10	Zerstörung von Altenberg	101
Tante Emma Laden	120	Zollstation mit Wechselstelle	148
Tenne	33	Zünfte	47
Thälmannpioniere	127	Zunftwesen der Städte	47
Thomistische Almosenlehre	74	Zweiseithof	31
Totalisierung des Krieges	85	Zweite Berggeschrey	9
Treuhandanstalt	151	Zweiten Schlesischen Krieg	19
Trockenklo	31	Zwergenhöhle	181
Tschechoslowakische Republik	85		
Turmalin	177		
Valuta-Mark	188		